



PRINTED IN SWITZERLAND

DRUCK
ZOLLIKOFER & CO., BUCHDRUCKEREI
ST.GALLEN

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTER TEIL

		Seite
I. Kapitel	Geschichte als Schicksal	7
II.	Blut und Eisen	30
III.	Vorspiel und Vorbild	49
IV.	Die erste grosse Etappe	81
V.	Die Geburt des Rassenantisemitismus	101
VI.	Bismarcks Sturz	120
VII.	Vorwärts oder zurück?	135

ZWEITER TEIL

VIII. Kapitel	Das verhängnisvolle Kompromiss	157
IX.	Die «Nationale Opposition»	181
X.	Marsch und Sieg der Revolution	209
XI.	Trotz allem steht die Republik	241
XII.	Die Weltkrise als Hitlers Wegbereiter	281

ERSTER TEIL

ERSTES KAPITEL

Geschichte als Schicksal

Deutschland gehört zu den Ländern, die später als andere in die moderne Entwicklung einbezogen wurden. Sein Bürgertum konnte sich noch nicht einmal in der Revolution von 1848 eine solche Stellung eringen, wie sie das englische schon seit 1688 besass und das französische 1789 erkämpft hatte. Und während Deutschland seine staatliche und nationale Einheit – eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Aufstieg des Bürgertums – erst 1871 erreichte, erfreuten sich England und Frankreich dieser Einheit schon seit Langem.

All dies bedeutete nicht einfach nur Zeitverlust für Deutschland. Es bedeutete sehr viel mehr, weil nämlich – wie wir heute besonders auch auf Grund der Entwicklung Russlands und Japans wissen – der Aufstieg der bürgerlichen Welt in vieler Hinsicht umso komplizierter zu werden pflegt, je weiter das betreffende Land zurückgeblieben ist und je später es den Vorsprung der fortgeschritteneren Länder einzuholen sucht.

Die Verspätung Deutschlands war in hohem Masse eine Folge seiner geographischen Lage. Im Herzen Europas liegend, hatte Deutschland an der Blüte des Mittelmeerhandels nur mit einigen Städten des Südens teilgenommen, und als sich dann das Schwergewicht des Welthandels an die Küsten des Atlantischen Ozeans verlagerte, befand es sich wieder nicht im Brennpunkt der Ereignisse. Es lebte jenseits des grossen Weltgeschehens.

Obendrein wurden auf seinem Boden seit dem 16. Jahrhundert Kriege ausgefochten, die dem Lande schwere Verluste an Gut und Blut zufügten. In unserem Jahrhundert der modernen Technik und der intensiven Arbeit können sich Völker so schnell erholen, dass schon fünfundzwanzig Jahre nach einem gigantischen und verheerenden Weltkrieg ein neuer Weltkrieg von noch grösseren Ausmassen möglich war; aber wie die Dinge damals lagen, brauchte Deutschland rund zwei Jahrhunderte, bis es die Folgen des Dreissigjährigen Krieges überwunden hatte.

Dieser Krieg wurde für die weitere Entwicklung auch dadurch bedeutungsvoll, dass er den Anstoss zur Schaffung eines stehenden Heeres gab, aus dem sich allmählich die spezifische Form des preussischen Militarismus entwickelte.

Von dem englischen Historiker J.R. Seeley stammt das Wort, dass das Mass von politischer Freiheit in einem Staate von dem politisch-militärischen Druck abhängig ist, der auf diesem Staate lastet. In diesem Wort steckt ein Körnchen Wahrheit, und wenn Militär und Bürokratie in Deutschland eine viel bedeutendere Stellung einnehmen und behaupten konnten als in England, so liegt dies nicht zuletzt auch in der grundlegend verschiedenartigen geographischen Lage dieser Länder begründet. Das Bürgertum des militärisch relativ gut gesicherten Inselstaates war dem deutschen Bürgertum gegenüber also auch in diesem wichtigen Punkte sehr im Vorteil.

Aber sehr viel mehr als durch die Existenz eines stehenden Heeres an und für sich wurde der Aufstieg zur bürgerlichen Freiheit in Deutschland durch den feudalistischen Geist und Charakter des Heeres und der Heerespolitik gehemmt.

Der preussische Militarismus war eben nicht nur ein Instrument gegen den militärisch-politischen Druck von aussen, sondern er war gleichzeitig auch eine eigene ökonomische, politische und soziale Welt, die ihre Herrschaft nach innen zu verteidigen suchte und dies oftmals selbst auf die Gefahr hin tat, dass die Wehrkraft des Volkes geschwächt wurde und der militärisch-politische Druck von aussen zunahm. Zwar konnte der preussische Militarismus den Aufstieg der bürgerlichen Welt nicht verhindern, aber er konnte ihn – gestützt auf passive oder aktive Bundesgenossen, an denen es ihm aus sehr realen soziologischen Gründen niemals fehlte – wieder und wieder in verhängnisvoller Weise verzögern, umbiegen und pervertieren.

Es ist charakteristisch, dass in der Revolution von 1848 das Wort fiel: «Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.» Der hegelianisch gebildete Leutnant Hermann Tüpke, der in dieser Revolution trotz seiner freiheitlichen Gesinnung aus Rücksicht auf seinen Fahneneid gegen die Aufständischen vorging und dabei in der Neuen Königstrasse zu Berlin den Todesschuss erhielt, verschied mit den Worten: «Der Offizier steht im Widerspruch zum Zeitgeist – dieser Widerspruch muss aufgehoben werden.»

Aber er konnte im Grunde niemals aufgehoben werden, obwohl es nach der grossen Katastrophe von 1806 und dann wieder nach der von 1918 weitsichtige militärische Führer gab, die in diese Richtung strebten und dies teilweise und vorübergehend auch mit Erfolg getan hatten.

Letzteres gilt besonders für die Zeit nach 1806, das heisst nach dem Zusammenbruch des alten Preussen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt. Zwar wurde Deutschland durch die Napoleonischen Kriege, die Kontinentalsperre und die Befreiungskriege in neue Not gestürzt, noch ehe die Wunden des Dreissigjährigen Krieges vernarbt waren, aber die Französische Revolution und die erwähnten grossen Ereignisse, die ihr folgten, hatten doch für Deutschland auch sehr grosse positive Bedeutung. Denn nun wurde es aus seinem Schlaf geweckt und wurde vor allem auch das feudalistische Preussen zu Reformen im neuen Geist des Bürgertums gezwungen.

Jedoch unmittelbar nachdem der Kriegssturm vorüber und das Napoleonische Joch abgeschüttelt war, ging die Reaktion in die Offensive, um den Strom der bürgerlichen Erneuerung aufzuhalten und die alten Machtverhältnisse nach Möglichkeit wiederherzustellen. So wurde zum Beispiel in der Armee, der Schlüsselstellung der herrschenden Adelschicht, der bürgerliche Einfluss, der durch die Reformen von 1807 bis 1813 sowie durch die Befreiungskriege gefahrvoll stark geworden war, systematisch zurückgedrängt. Die Universitäten wurden überwacht, Presse und Druckschriften unter Zensur gestellt, und die liberal und national Gesinnten wurden als «Demagogen» gebrandmarkt und verfolgt.

Ja, auch die national Gesinnten, denn der liberale und der nationale Gedanke waren ja damals – wie ihrem historischen Ursprung nach – noch eine untrennbare Einheit. Zwar waren sowohl die Vorstellungen von liberal als auch die von national ausserordentlich verschiedenartig,

aber Feudalismus und Absolutismus empfanden im Allgemeinen jegliche Spielart des nationalen Gedankens als Bedrohung. Erst sehr viel später, als er sich beim besten Willen nicht mehr ignorieren liess, annektierte der preussische Konservatismus wie so vieles andere auch den nationalen Gedanken, um ihm gleichzeitig einen eigenen Inhalt zu geben und seitdem immer aggressiver den Anspruch zu erheben, der einzig wahre Vertreter dieses Gedankens zu sein.

Zur Zeit der Demagogenverfolgungen wusste man in Deutschland überhaupt noch nicht, was eigentlich Freiheit sei, aber schon wurde die «Freiheitsschwärmerei» des 18. Jahrhunderts weit über den Adel hinaus als eine Verirrung abgetan, als undeutsch und oftmals auch schon als «jüdisch» denunziert. Es ist bemerkenswert, dass damit eine Sehnsucht zurück ins Mittelalter verbunden war und in diesem Zeitabschnitt vielfach Übertritte vom Protestantismus zum Katholizismus erfolgten.

Jedoch soweit der Protestantismus lutherisch war – und das war er ja in Deutschland in weitaus überwiegender Masse, obwohl stellenweise der Calvinismus grosse Bedeutung hatte oder sogar dominierte – harmonierte auch er mit den seelischen Bedürfnissen der konservativen Elemente, die sich dem Anbruch der neuen Zeit zu widersetzen suchten. So erscheinen die Dinge jedenfalls im Lichte einer Reihe von religionssoziologischen Untersuchungen, von denen die bedeutendste die berühmte Arbeit von Max Weber «Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus» sein dürfte. In anderer Weise hat Ernst Troeltsch in seinem Werk «Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen» gezeigt, dass Luthers Auffassung von Beruf, Leben und Gesellschaft einen durchaus konservativen Inhalt hatte.

Von 1816 bis 1830 wuchs die Bevölkerung des späteren deutschen Reichsgebietes von rund 23 auf rund 30 Millionen. Dank dem allgemeinen Fortschritte, der sich trotz aller Widerstände auf seine Weise schliesslich auch in Deutschland den Weg gebahnt hatte, lebten auf demselben Gebiet später mehr als doppelt so viele Menschen mit bedeutend grösseren Bedürfnissen, aber damals sprach man vielfach – ähnlich wie zu anderen Zeiten wieder – von Übervölkerung.

Doch kam man auf dieser Stufe der Entwicklung noch keineswegs auf den Gedanken, dieses Problem durch Schaffung «neuen Lebensraumes» auf Kosten anderer Völker lösen zu wollen. Die Gründe dafür sind zahl-

reich, aber es genügt hier vorerst die prinzipielle Feststellung, dass ein solcher Gedanke überhaupt nur innerhalb eines Staatesgebildes Bedeutung erlangen kann, das über entsprechende Voraussetzungen und Machtmittel verfügt. Ein solches Staatesgebilde aber war das zersplitterte und zurückgebliebene Deutschland zu dieser Zeit noch nicht. Schon allein darum – aber wie gesagt, keineswegs nur darum – suchte man mit der grössten Selbstverständlichkeit nach anderen Auswegen.

So bemühte man sich vor allem, dem Bevölkerungswachstum Einhalt zu gebieten. Zu diesem Zwecke wurden in verschiedenen deutschen Staaten die Eheschliessungen reglementiert. In Württemberg musste jeder Gemeindebürger, der sich verhehelichen wollte, vor der Obrigkeit nachweisen, ob sein Nahrungsstand dies zulies. In Bayern wurde dazu ein bestimmter Beruf vorausgesetzt und die Fortpflanzung dadurch praktisch auf Grundbesitzer, Staats- und Gemeindeangestellte usw. beschränkt. Auch in Baden, Hessen, Kurhessen, Hannover und in Thüringen herrschten in dieser Hinsicht strenge Bestimmungen.

Auf diese Weise war das Problem jedoch nicht zu lösen. Es gingen daher seit Jahrzehnten grosse Auswanderungen vor sich. Allein im Jahre 1847 verliessen hunderttausend Deutsche ihre Heimat. «Ein solcher Völkerstrom darf gewiss als weltgeschichtliches Ereignis bezeichnet werden, wie es der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung von 1848 getan hat», sagt der deutsche Historiker Veit Valentin in seinem vorzüglichen Werk «Geschichte der deutschen Revolution 1848 bis 1849».

Dieses Problem konnte nicht ohne den Übergang zu intensiveren und rationaleren Formen der Arbeit, der Wirtschaft und des Verkehrs gelöst werden. Aber einer solchen Entwicklung war man besonders auch in breiten Schichten des Mittelstandes mehr oder weniger stark abgeneigt. Es ging dabei jedoch nicht nur um wirtschaftliche Interessen im engen Sinne dieses Wortes, sondern ebenso sehr um die Erhaltung gewisser Traditionen, um die Behauptung der alten sozialen Geltung, um Ständehere, Prestige usw.

Es muss jedoch betont werden, dass es im Mittelstand, der ja überhaupt sehr vielgestaltig und sehr widerspruchsvoll war und ist, immer auch andere Tendenzen gegeben hat, was zum Teil damit zusammenhängt, dass breite Schichten dieses Mittelstandes sich im Kapitalismus nicht nur behaupten konnten, sondern vielfach auch neue Aufstiegsmöglichkeiten fanden. In politischer Hinsicht überwogen im deutschen Mit-

telstand ursprünglich die demokratischen Tendenzen, wenn man von der Demokratie oft auch eigentümliche und romantische Vorstellungen hatte. Dem wirtschaftlichen Liberalismus vermochte der deutsche Mittelstand jedoch schon immer nur zu einem Teil und nur bis zu einem bestimmten Grade zu folgen.

Man muss dabei berücksichtigen, dass das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Mittelstand in Deutschland von vornherein komplizierter war als anderswo. Es erklärt sich dies vor allem daraus, dass der deutsche Kapitalismus zu einer Zeit aufkam, wo gewisse negative Rückwirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf den Mittelstand schon sehr viel fühlbarer waren als auf einer tieferen Stufe der kapitalistischen Entwicklung.

Die bedeutendsten Erfindungen der Technik, die unsere Gesellschaft in so rapidem Tempo revolutioniert und das Zeitalter der Massenproduktion eingeleitet haben, wurden ja erst in der zweiten Hälfte des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht. Die Auswirkungen dieser Erfindungen begannen sich also gerade in jenem Zeitraum geltend zu machen, in welchem die kapitalistische Entwicklung Deutschlands einsetzte, und das war umso bedeutungsvoller, als der Mittelstand in diesem Lande einen ausserordentlich grossen Teil der Bevölkerung ausmachte.

Die sehr zahlreichen deutschen Handwerker hatten unter dem erwähnten Prozess natürlich am meisten zu leiden. Zwar gab es zwischen dem Handwerk und der Fabrik auch auf einer tieferen Stufe der kapitalistischen Entwicklung Spannungen, aber lange Zeit ergänzten sich beide noch und konnten das Handwerk und die Fabrik aus vielen Gründen nebeneinander bestehen. «Die massenhaften Eingriffe von Seiten der Fabrik in die Sphäre des Handwerks gehören eigentlich erst dem 19. Jahrhundert an», stellt Max Weber in seiner «Wirtschaftsgeschichte» fest, und dies ist von sehr grosser Bedeutung.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts setzte die kapitalistische Entwicklung Deutschlands in voller Breite ein. Diese Entwicklung, die durch den in den dreissiger Jahren nach heftigen Kämpfen zustande gekommenen deutschen Zollverein – trotz dessen Unvollkommenheiten – stark begünstigt wurde, fiel mit dem Beginn der allgemeinen Eisenbahnbauten zusammen, die in einem so relativ lebhaften Tempo erfolgten, dass Deutschland im Jahre 1850 6'044 Kilometer Eisenbahnlinien hatte gegenüber nur 549 Kilometer im Jahre 1840.

Der Zollverein und die von vielen bekämpften Eisenbahnen hatten in hohem Masse die Einigung Deutschlands vorbereitet, aber sie hatten auch die kapitalistische Entwicklung vorangetrieben, was unter anderem zur Folge hatte, dass man Mitte der vierziger Jahre in ganz Deutschland von einer Krisis des Handwerks sprach.

Es ist soziologisch interessant, dass damals in ganz bestimmten Gesellschaftsschichten zum ersten Male in der deutschen Geschichte von einem «deutschen Sozialismus» geträumt wurde. Dieser Sozialismus, der sich gern auch der «wahre Sozialismus» nannte, kann — trotz grundlegender Unterschiede, die angesichts der Wandlungen, die Mensch und Gesellschaft inzwischen durchgemacht haben, selbstverständlich sind — im gewissen Sinne doch als ein harmloser Vorläufer des «deutschen Sozialismus» der Nationalsozialisten betrachtet werden.

Friedrich Engels, der Freund und Kampfgenosse von Karl Marx, berichtet aus eigenem Erleben, dass dieser Sozialismus, «der an die Stelle der wissenschaftlichen Erkenntnis die belletristische Phrase setzte», sich seit 1844 im «gebildeten» Deutschland — die Anführungszeichen bei dem Wort gebildeten stammen von Engels — wie eine Seuche verbreitete.

Dieser Sozialismus, so heisst es im 1847 erschienenen «Kommunistischen Manifest» von Marx und Engels, schleuderte die überlieferten Bannflüche gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, die bürgerliche Konkurrenz, das bürgerliche Recht, die bürgerliche Freiheit und Gleichheit und predigte der Volksmasse, dass sie bei dieser bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen, vielmehr alles zu verlieren habe.

Marx und Engels, die Begründer des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, haben ihr «Kommunistisches Manifest» unter anderem auch darum kommunistisches statt sozialistisches Manifest genannt, weil sie sich von dem «deutschen Sozialismus» und anderen ihrer Auffassung nach reaktionären Spielarten des Sozialismus auch terminologisch scharf abzugrenzen suchten. Später waren sie jedoch selber der Meinung, dass man an den Begriff Kommunismus, der inzwischen durch den Begriff Sozialismus verdrängt wurde, nicht ohne Bedenken neu anknüpfen könne, weil die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands wie anderer Länder Europas ihrer Ansicht nach mehr und mehr dem Geist jenes sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus entsprach, der in seiner

Frühzeit im «Kommunistischen Manifest» einen ersten theoretischen Ausdruck gefunden hatte.

Dieses Dokument, mit dem Freund und Feind viel Unfug getrieben haben, ist für den objektiven Beobachter unter anderem auch ein sehr beachtenswertes Spiegelbild der sozialen Verhältnisse Deutschlands am Vorabend der Revolution von 1848, und von ganz besonderem Interesse ist es für unser Thema durch seinen Abschnitt «Der deutsche oder der ‚wahre‘ Sozialismus», in dem es unter anderem heisst:

«In Deutschland bildet das vom 16. Jahrhundert her überlieferte und seit der Zeit in verschiedener Form hier immer neu wieder auftauchende Kleinbürgertum die eigentliche gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Zustände.»

«Seine Erhaltung ist die Erhaltung der bestehenden deutschen Zustände. Von der industriellen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie fürchtet es den sicheren Untergang, einerseits infolge der Konzentration des Kapitals, andererseits durch das Aufkommen eines revolutionären Proletariats. Der ‚wahre Sozialismus‘ schien ihm beide Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er verbreitete sich wie eine Epidemie.»

«Das Gewand, gewirkt aus spekulativem Spinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redebäumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemüts- tau, dies überschwengliche Gewand, worin die deutschen Sozialisten ihre paar knöchernen ‚ewigen Wahrheiten‘ einhüllen, vermehrte nur den Absatz ihrer Ware bei diesem Publikum.»

«Seinerseits erkannte der deutsche Sozialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürgerschaft zu sein.»

«Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spiessbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren, sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die ‚rohdestruktive‘ Richtung des Kommunismus auftrat und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete.»

Marx und Engels haben einem solchen romantischen, feudalistischen oder anderen ihrer Auffassung nach reaktionären Antikapitalismus niemals in ihrem Leben auch nur die geringste Konzession gemacht. Ganz im Gegenteil hiess es schon im «Kommunistischen Manifest»: «In

Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.»

Diese Stellungnahme war keine zufällige. Sie ergab sich vielmehr folgerichtig aus der für den wissenschaftlichen Sozialismus charakteristischen Auffassung, dass der Kapitalismus historisch notwendig sei, «um die Produktivkräfte auf einen Höhegrad zu entwickeln, der eine gleiche menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird», um mit Engels zu sprechen.

Die verelendeten oder noch zünftlerisch eingestellten Arbeiter der kapitalistischen Frühzeit wollten in der Regel ganz andere Töne hören, aber Marx und Engels haben ihnen immer wieder klarzumachen gesucht, dass das kapitalistische System bei allem Elend, das es über sie bringe, gleichzeitig die für den wirtschaftlichen Neubau der Gesellschaft notwendigen Bedingungen und Formen erzeuge.

Friedrich Naumann, der grosse liberale Politiker des wilhelminischen Kaiserreiches, hat deshalb gesagt, dass die marxistische Lehre das unzweifelhafte Verdienst habe, die deutschen Arbeiter vor einer an sich naheliegenden rückständigen Beurteilung der kapitalistischen Umwandlung des Wirtschaftslebens ferngehalten zu haben. Wie leicht hätte der Arbeiter zum Gegner maschineller Fortschritte gemacht werden können, wenn ihm nicht feste Begriffe über die Gemeinsamkeit seiner Interessen mit denen des kapitalistischen Fortschrittes beigebracht worden wären.

Hier zeige es sich, meinte Naumann, welchen hohen Wert es gehabt habe, dass der deutschen Sozialdemokratie ein Mann von universalem Blick als geistiger Vater geschenkt wurde. Selbst die doktrinäre Verknöcherung dieser Lehre hätte insofern einen Nutzen gehabt, als sie alle Versuche, die deutschen Arbeiter als Hilfstruppen der wirtschaftlichen Reaktion zu benutzen, unmöglich gemacht habe. Noch heute stünden Kapitalisten und Sozialisten den beträchtlichen Resten vorkapitalistischer Zustände, Empfindungen und Absichten gegenüber als geistige Einheit da.

Naumann hat dabei nach unserer Auffassung zweifellos den Einfluss überschätzt, den die marxistische Lehre auf das Verhalten der deutschen Arbeiterschaft ausgeübt hat, denn zum Beispiel in England, wo diese Lehre keinerlei praktische Bedeutung hatte, verhielten sich die modernen Industriearbeiter in dem Punkt, mit dem wir uns hier jetzt beschäfti-

gen, prinzipiell nicht anders. Aber im Übrigen enthielten die Ausführungen Naumanns sehr viel Richtiges. Deshalb ist es ja auch nicht so konfus, wie es oft erscheint, wenn Marxismus und Liberalismus, Industriearbeitersozialismus und moderner Kapitalismus im Weltbild des Konservatismus und des Nationalsozialismus stets miteinander gleichgesetzt werden.

Man muss hierbei jedoch betonen, dass Kapitalismus und Arbeiterschaft den vorkapitalistischen Zuständen, Empfindungen und Absichten nicht von Anfang an als geistige Einheit gegenüberstanden. Erst in der Masse, wie sich die grosse Industrie herausgebildet und das Proletariat sich in eine moderne Industriearbeiterklasse verwandelt hat, wurde dieses – ungeachtet seines Gegensatzes zum Unternehmertum – die wichtigste Stütze des rationalistischen Zeitalters, ein Bejager und Förderer der industriellen Gesellschaft.

Die Arbeiterschaft der kapitalistischen Frühzeit war dies in allen Ländern nur zu einem sehr geringen Teil, und in der deutschen Revolution von 1848 dominierten eher auf der einen Seite zünftlerische Tendenzen und auf der anderen Seite ein verzweifelteres Rebellentum, das in Krawallen, sinnlosen Aktionen gegen einzelne Bürger, in Maschinenstürmerei usw. seinen Ausdruck fand.

Dass sich die Bourgeoisie vor solchen Massen fürchtete und daher gegenüber den alten Mächten immer zäher und vorsichtiger wurde, ist sehr gut zu verstehen. Aber dieses Verhalten erklärt sich zumindest in der selben Masse auch daraus, dass es nun, im Jahre 1848 – anders als 1688 in England und 1789 in Frankreich – schon eine moderne Industrie, Eisenbahnen, viele historische Erfahrungen usw. und darum Arbeiter und Arbeiterorganisationen gab, die dem Bürgertum schon als mehr oder weniger klare und radikale Anhänger gewerkschaftlicher und proletarisch-sozialistischer Bestrebungen gegenüberstanden.

Wie der Kampf zwischen Handwerk und Fabrik, so spielte nun also auch der Kampf zwischen Kapital und Arbeit schon eine relativ grosse Rolle, und das bedeutete, dass die deutsche Bourgeoisie infolge ihres verspäteten Aufkommens zwischen zwei entgegengesetzte Massenbewegungen geriet, noch ehe sie sich der Aristokratie gegenüber eine entscheidende politische Machtstellung erkämpfen und die Grundlage für eine kontinuierliche Entwicklung in ihrem Sinne schaffen konnte.

In diesem Zusammenhang muss auch auf den wichtigen Umstand hingewiesen werden, dass das deutsche Bürgertum im Jahre 1848, ganz im

Gegensatz zum französischen im Jahre 1789, keine nennenswerte Stütze in der bäuerlichen Bevölkerung fand und es nur teilweise gelang, die Revolution auf das Land zu verpflanzen. Die Unruhen hatten zwar auf dem Lande begonnen, und die Bauern verprügelten hier und da Adlige, verbrannten Schuldverschreibungen und Hypothekenbriefe, nahmen Frauen und Kinder verhasster Schlossherren als Geiseln usw., aber im Allgemeinen waren die Bauern loyal.

Zum Teil dürfte sich dies aus ihrem allgemeinen kulturellen Niveau, aus dem Mangel an demokratischer Tradition sowie aus dem Einfluss des Junkers und der Kirche erklären lassen. Aber eine sehr viel grössere Rolle scheint doch dabei der Umstand gespielt zu haben, dass der Bauer in Deutschland grösstenteils bereits ein freier Eigentümer war, wenn auch noch – je nachdem, um welche Provinzen es sich handelte – mehr oder weniger drückende Lasten auf ihm ruhten.

In Preussen war es die Niederlage von Jena und Auerstedt 1806, wo Napoleon den alten frederizianischen Staat in Trümmer legte, die unter anderem auch das Signal zu ländlichen Reformen gab. Schon am 9. Oktober 1807 erschien das berühmte Edikt, das die Erbuntertänigkeit überall aufhob. Der Adel tobte wie wild, und obwohl man ihn so schonend wie möglich zu behandeln suchte, fiel in seinen Reihen der bezeichnende Ausspruch: «Lieber noch drei Auerstedter Schlachten verloren als dieses Gesetz.»

Aber ohne dieses Gesetz wären nicht nur die Errichtung eines modernen Heeres und der Befreiungskampf gegen Napoleon unmöglich gewesen, sondern wahrscheinlich auch die Behauptung des Adels in der Revolution von 1848. Was gegen den Willen und die Einsicht des Adels durchgesetzt wurde, trug jetzt also zu seiner Rettung bei, weil es einem wichtigen Gegensatz die Spitze abgebrochen und dadurch die Schlagkraft der Revolution verringert hat. So hat der Adel von dem Fortschritt profitiert, den er so leidenschaftlich hasste.

Aber die Haltung des deutschen Bauerntums in der Revolution von 1848 ist teilweise auch zurückzuführen auf dessen negative Einstellung zur Stadt und zum Kapitalismus, die beide zu stets wachsender Bedeutung emporstiegen und auf mannigfaltige Weise in die traditionellen Lebensformen des Landes eingriffen.

Im Jahre 1848 war ja auch die Bauernklasse Frankreichs schon längst ein konservatives Element. Als Napoleon III. in diesem Jahre zum Präsi-

dentem gewählt wurde, jener Napoleon III., der wenige Jahre später seinen Staatsstreich durchführte, dem eine Periode reaktionärer Experimente folgte, welche 1870 mit dem Zusammenbruch Frankreichs endeten – da fand ja der kleine Neffe des grossen Korsen seine Massenbasis vor allem in der Bauernklasse.

Dies zeigt vielleicht am klarsten, dass wie die Frage Handwerk und Fabrik und die Frage Kapital und Arbeit, so auch die Frage Bürger und Bauer im Jahre 1848 schon ganz anders stand als im Jahre 1789. Und dies alles gehört zu dem Problem der Verspätung, das der ganzen Entwicklung Deutschlands ein besonderes und in dieser Form einmaliges Gepräge gegeben hat.

Allerdings fehlen im Bilde der deutschen Revolution von 1848 auch radikale Bauernbestrebungen nicht, aber dieser Radikalismus war oft sehr sonderbarer Natur. Eine Losung lautete: Teilung der Domänen und des grossen Eigentums nach Köpfen, und viele Bauern hatten schon Geldsäcke mitgebracht, um ihren Anteil an den Domänen gleich mitzunehmen, berichtet Valentin.

Ein Flugblatt, das schon 1847 zirkulierte und später von Neuem auftauchte, proklamierte als das Ziel der Revolution nicht nur die Vernichtung des Adels und die Ermordung aller Beamten, sondern auch die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Im Geiste der zuletzt erwähnten Forderung wurde hier und da auch gehandelt, wobei sich besonders Süddeutschland auszeichnete.

In Baden begannen die Agrarrevolten überall als Judenverfolgungen. Am 4. Mai 1848 fand der Judenkravall in Neckarbischofsheim statt, der auf alle Orte Übergriff, in denen Juden wohnten, und im Breisgau spielte sich dieselbe Tragödie ab. In Mühlheim wurden die Häuser der Juden zerstört, vernichtet und ausgeplündert. Etwa dreihundert Juden flohen in der traurigsten Verfassung mit Weib und Kind nach Basel in der Schweiz.

«Das Gesindel feiert nach seiner Weise die Emanzipation der Juden durch die Zerstörung – Jerusalems», sagte Herr v. Arnim, der preussische Gesandte in Karlsruhe. In Bruchsal musste ein Rechtsanwalt und Abgeordneter sich eiligst dem Zorn der Menge entziehen, weil diese in ihm wegen seines Kampfes für die Emanzipation einen Juden sah.

Die wichtigste Ursache dieser Judenpogrome war eine wirtschaftlich-soziale. Die Bauern hatten sich nämlich aus den verschiedensten Gründen in schwerer Geldnot befunden und sahen sich daher zur Aufnahme

von Krediten gezwungen. Die Kreditgeber aber waren vielfach Juden, die von den notleidenden Schuldnern als rücksichtslose Gläubiger empfunden wurden.

Es ist für das Problem als solches belanglos, ob die Juden in diesem Falle wirklich besonders rücksichtslos waren oder nicht, denn das Entscheidende ist, dass der Bauer – mit oder ohne Juden – zur Aufnahme von Krediten gezwungen war und dadurch in ein engeres Verhältnis zum Kapitalismus kam, das nicht nur positive, sondern auch negative Seiten hatte.

Die Bauern konnten diese komplizierten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge umso weniger verstehen und sachlich beurteilen, als sie wirklich notleidend waren, aber das ändert nichts daran, dass sie objektiv gegen den Kapitalismus revoltierten, indem sie auf den Juden einschlugen, denn der Jude war die Gestalt, in der ihnen der Kapitalismus am konkretesten gegenübertrat.

Auch die Kleinbürger von Heidelberg schlugen den Juden und meinten den Kapitalismus. Nicht zufällig spielten bei diesen Exzessen die Zunftschnneider die Hauptrolle und man hatte es dort namentlich auf die jüdischen Konfektionshäuser abgesehen, die mit den Werkstätten der Zunftschnneider konkurrierten. Es ist auch bezeichnend, dass die Handwerker auf ihren Kongressen häufig ebenso energisch gegen die Judenemanzipation protestierten wie gegen das Fabrikwesen und die Gewerbefreiheit. Soziologisch betrachtet waren dies nur zwei verschiedene Seiten ihres wirtschaftlichen und sozialen Kampfes.

Die Juden waren zwar keineswegs alle Händler, Geldverleiher usw., aber sie waren dies in einem relativ hohen Masse, und dass sie im deutschen Wirtschaftsleben, wo man sie zunächst aus vielen Gründen gebrauchte, eine ausserordentlich grosse Rolle gespielt haben, das ist ganz einfach eine historische Tatsache.

Zum Beispiel waren von den 513 Bankiers, die es im Jahre 1855 in Preussen gab, nicht weniger als 385 Juden. Berücksichtigt man dabei noch, wie gespannt das Verhältnis zwischen dem Kapitalismus und den vorkapitalistischen Schichten in Deutschland von Vornherein war und auf einer wie tiefen Stufe die politische Erziehung des deutschen Volkes stand, so erklärt sich sehr vieles. Vor allem aber erklärt sich so auch, dass in Deutschland leichter als anderswo in ganz bestimmten Köpfen die Vorstellung aufkommen konnte, nicht nur der deutsche, sondern überhaupt der ganze Kapitalismus sei das Werk des Judentums.

Man wird das eigentümlich finden, aber ein deutscher Professor hat diese Vorstellung sogar wissenschaftlich zu begründen gesucht. Wir meinen hier Werner Sombart, der in einem 1911 erschienenen Buch: «Die Juden und das Wirtschaftsleben» die folgende phantastische These über die historische Rolle der Juden aufstellte: «Wären sie alle im Orient geblieben oder in andere heisse Länder verschlagen worden, so hätte natürlich ihre Eigenart auch Eigenartiges bewirkt, aber die Wirkung wäre keine so dynamische geworden ... Es wäre niemals zu dem Knalleffekt der menschlichen Kultur: dem modernen Kapitalismus gekommen.»

Diese These wurde insbesondere auch von Max Weber, dem grossen Wirtschaftshistoriker und Soziologen Deutschlands, als unhaltbar zurückgewiesen. Denn gerade der moderne Kapitalismus – den Weber zum Unterschied von anderen Formen des Kapitalismus den rationalen Kapitalismus nannte – konnte nach der Auffassung dieses Gelehrten nur im Okzident entstehen. «Daher findet sich unter den Schöpfern der modernen Wirtschaftsorganisation, den Grossunternehmern, kaum ein Jude. Dieser Typus war christlich und nur auf christlichem Boden denkbar. Der jüdische Fabrikant dagegen ist eine moderne Erscheinung», argumentierte Weber.

Wenn die Juden so häufig als Händler, Geldverleiher usw. auftraten, so ist dies keineswegs mystisch, sondern aus einer ganzen Reihe von objektiven Ursachen zu erklären. Die Juden waren eine besondere Gruppe von Ausländern, die keinen eigenen Staat besaßen und daher auch nicht durch völkerrechtliche Übereinkommen geschützt wurden. Sie unterlagen als Fremde den Sonderbestimmungen ihrer Gastländer, und zu diesen Sonderbestimmungen gehörte vor allem auch ihre zwangsweise Beschränkung auf ganz bestimmte Berufe.

Im westlichen Europa wurde ihnen in den meisten Fällen selbst der Zugang zum Handwerk verwehrt. Was ihnen offenstand, das waren dort nur der Kleinhandel und der Wucher – der Wucher, der im Mittelalter von der Kirche aufs strengste verpönt war und welches Wort damals noch nicht ungewöhnlich hohe Zinsen bedeutete, sondern Zinsnahme überhaupt, denn dies galt ja als unchristlich. Das kirchliche Wucherverbot war also ein Zinsverbot.

Aber der von der Kirche verpönte Geldhandel war mittlerweile unentbehrlich geworden, und da die Juden dem kirchlichen Gesetz nicht unterstanden, lag es umso näher, dass *sie* diese unentbehrlich gewordene wirt-

schaftliche Funktion ausfüllten. Zwar wurde das Zinsverbot, eben weil es mit der Entwicklung in Widerspruch geraten war, auch von christlichen Geldleuten und selbst von Männern der Kirche missachtet, aber die Juden konnten dieses Gewerbe sozusagen ganz legal ausüben, und durch die lange Tradition brachten sie es darin natürlich zu einer grossen Meisterschaft.

Inwieweit rituelle Gründe dazu beigetragen hatten, den Schwerpunkt des jüdischen Wirtschaftslebens auf den Handel, besonders den Geldhandel zu verlegen, ist umstritten. Max Weber misst diesem religiösen Moment jedoch sehr grosse Bedeutung bei. «Die jüdische Frömmigkeit prämierte die Gesetzeskunde, und das kontinuierliche Studium des Gesetzes war weitaus am leichtesten mit dem Geldhandel zu verbinden», sagt er.

Die ständig in ihrem Dasein bedrohten Juden scheinen den Geldhandel jedoch auch deshalb vorgezogen zu haben, weil dieser einen Gewinn brachte, «der sich in der Stunde der Gefahr leichter verbergen und fort-schaffen liess als jede andere Art des Besitzes», wie der deutsche Historiker Hermann Pinnow in seiner «Deutschen Geschichte» anmerkt. Derselbe Historiker stellte in diesem Zusammenhang übrigens sehr richtig Folgendes fest:

«Freilich war das Geschäft mit den meist kurzfristigen Darlehen sehr unsicher; daraus erklären sich die für unsere Begriffe zuweilen phantastisch hohen Zinssätze, die nicht nur bei den jüdischen Geldverleihern üblich waren. Da sich jedoch die Juden ausschliesslich als Darlehensgeber betätigten, ist das ausgehende Mittelalter mit erbitterten Klagen über den „Juden“-wucher erfüllt . . . Die unter den unsinnigsten Vorwänden stets wiederkehrenden Judenverfolgungen mordeten in den Juden die auch aus anderen Gründen verhassten Vertreter der beginnenden Herrschaft des Kapitalismus.»

Im Mittelalter, wo das Leben des Einzelnen wie der ganzen Gesellschaft in einem Masse von der Kirche beherrscht wurde, wie wir uns das heute kaum noch vorstellen können, mag der Judenhass – der ja bekanntlich eine internationale Erscheinung war und ist – noch vorwiegend religiöse Motive gehabt haben. Aber im Deutschland von 1848 waren schon wirtschaftlich-soziale Motive und Vorstellungen dominierend, mögen die süddeutschen Bauern, die Zunftschneider von Heidelberg usw. sich dessen auch nicht bewusst gewesen sein.

Antisemitismus und schliesslich Rassenantisemitismus wurde aus dem Judenhass in Deutschland jedoch erst seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, und wie entscheidend dabei die wirtschaftlich-sozialen Motive und Vorstellungen waren, das wird die weitere Darstellung zeigen.

In den Judenverfolgungen von 1848 sowie in den Protesten gegen die Judenemanzipation spiegelte sich in hohem Masse das Dilemma der deutschen Bourgeoisie, was zugleich auch das Dilemma Deutschlands war. Marx und Engels, die aus dem Lager des Liberalismus kamen, waren sich dieses Dilemmas schon lange vor 1848 bewusst. Aber wenn sie die reaktionären Kräfte auch sahen, so haben sie diese doch damals wie in ihrem ganzen Leben gewaltig unterschätzt. Was übrigens ziemlich ausnahmslos auch für ihre Schüler und im Grunde nicht minder für die grossen Fortschrittsoptimisten des Bürgertums gilt.

Für Marx und Engels lag das Dilemma der liberalen Bourgeoisie in allererster Linie in dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Und bezweifelten sie besonders im Hinblick auf diesen Gegensatz, dass in Deutschland eine Revolution «im gewöhnlichen Stil» möglich sei, so glaubten sie andererseits gerade auf Grund dieses Gegensatzes mit einer Revolution rechnen zu können, «die Deutschland nicht nur auf das offizielle Niveau der modernen Völker erhebt, sondern gleich auf die menschliche Höhe, welche die nächste Zukunft dieser Völker sein wird», wie Marx 1844 in einem Briefe schrieb.

Aber so richtig es auch gesehen war, dass die Arbeiterklasse nun schon einen wichtigen Faktor darstellte, so überschätzten Marx und Engels die Bedeutung dieses Faktors für das Gesamtgeschehen doch ebenso gewaltig, wie sie die Bedeutung anderer Faktoren unterschätzten. Das Erstaunliche ist nicht, dass die reinen Industriearbeiter dieser Zeit die Hoffnungen dieser beiden Männer unerfüllt liessen. Erstaunlich ist vielmehr, dass sie trotz zwölf- bis fünfzehnständiger Arbeitszeit, die sie zusammen mit Weibern und Kindern in trostlosen Fabrikräumen ohne jede hygienische Einrichtung verbrachten, trotz kärglichen Lohnes und primitiven Wohnens, vielfach so besonnen handelten und so ernsthaft mit ihren Problemen rangen.

Im Übrigen war die Zahl der reinen Industriearbeiter damals noch sehr klein. Wie hätte dies auch anders sein können? Zwar gab es im Jahre 1830 schon eine Firma in Chemnitz, die allein 3'000 Arbeiter beschäftig-

te, aber im Jahre 1849 gab es in Preussen noch nicht mehr als insgesamt 1444 stehende Maschinen. 1835 – dem Jahre der ersten deutschen Eisenbahn – stellte Krupp in seinem Betriebe, aus dem später die grosse Waffenschmiede Deutschlands werden sollte, die erste Dampfmaschine auf. Damals wurden dort nur wenig über 60 Arbeiter beschäftigt, und im Jahre 1846 waren es auch erst 140.

Zwar war die Zeit längst vorbei, wo – wie im Jahre 1822 – ein einziger Kran genügte, um den gesamten Wasserverkehr Berlins umzuschlagen, aber während England, die Werkstatt der Welt, schon im Jahre 1831 nur noch 28 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung hatte, zählte Preussen im Jahre 1849 noch 64 Prozent. Schmoller nimmt an, dass Preussen im Jahre 1846 etwa $\frac{1}{4}$ Million Landarbeiter, 380'000 Gesellen und 550'000 Fabrikarbeiter hatte.

Marx und Engels haben später aus diesen und vielen anderen Gründen bekannt, dass ihre Hoffnungen trügerisch waren. Im Negativen hatten sie allerdings recht behalten, denn die Revolution «im gewöhnlichen Stil» hatte sich ja wirklich als undurchführbar erwiesen. Valentin betrachtet dies teilweise jedoch als eine Folge gewisser im Kommunistischen Manifest verkündeter Revolutionsgedanken, weil diese das Bündnis des schaffenden Bürgertums mit den Mächten der alten Gesellschaft vorbereiten halfen.

«Das Kommunistische Manifest hat also in der gedanklichen Nachwirkung – praktisch blieb es zunächst ganz unbeachtet – viel zum Scheitern der bürgerlichen Revolution beigetragen, deren Gelingen doch schliesslich die Voraussetzung der proletarischen war – mindestens nach der Logik des historischen Prozesses, wie Marx und Engels ihn verstanden», schreibt Valentin. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus werden hier also einer gewissen Inkonsequenz bezichtigt.

Das mag nicht ganz unberechtigt sein. Aber auf der anderen Seite scheint Valentin den Anteil, den das Kommunistische Manifest am Scheitern dieser Revolution hatte, doch erheblich zu überschätzen. Dessen negative Wirkungen sollen nicht bestritten werden, aber wie schon aus den Ausführungen von Naumann hervorging, waren seine Einflüsse in entscheidenden Punkten auch positiv.

Wenn zum Beispiel Stephan Born, der Initiator und Führer der «Arbeiterverbrüderung», gegen Krawalle und Maschinenstürmerei ankämpfte, gegenüber zünftlerischen Bestrebungen, die auch in seinen eigenen Reihen vorhanden waren, für die Gewerbefreiheit eintrat und im

Kampf gegen die Aristokratie die Partei des fortschrittlichen Bürgertums ergriff, so hing dies zu einem Teil sicher auch damit zusammen, dass Stephan Born das Kommunistische Manifest studiert und zu Marx und Engels persönliche Beziehungen unterhalten hatte. Und wenn dieser junge und ausserordentlich reife Schriftsetzer in politischer Hinsicht schliesslich andere Wege ging als seine Lehrmeister, so zeigt dies, dass die bewusstesten Elemente der erwachenden Arbeiterschaft von der neuen Lehre im Wesentlichen nur das übernahmen, was sie für richtig hielten und was sie unter den gegebenen Umständen verwirklichen zu können glaubten.

Stephan Born erkannte schon als Zwanzigjähriger, dass es für den Aufbau einer neuen Gesellschaft erst einmal darauf ankomme, «Roheit und Unkultur im eigenen Stand zu beseitigen». «Viel zu wollen ist leicht, etwas zu erreichen ist schwerer», schrieb er im Juli 1848 in seinem Blatt «Volk», das sich bemerkenswerterweise «sozialpolitische Zeitschrift» nannte. Er war Sozialist, aber sein Hauptaugenmerk war zunächst auf die Schaffung einer eigenen und selbständigen Arbeiterbewegung und auf die Überwindung der alten Mächte von Gottes Gnaden gerichtet. Den «tränenfeuchten und liebeschmachtenden Sozialismus» verhöhnte dieser Realist ebenso wie die Schwärmer, «die ewig nach dem Kranz der Guillotine fassen, weil sie selber keinen Kopf zu verlieren haben». Man kann Stephan Born wohl als den ersten bewussten Politiker des sogenannten reformistisch-demokratischen Sozialismus bezeichnen, der später mehr und mehr auch in Deutschland das Feld behaupten sollte.

Interessant sind in diesem Zusammenhange auch die Arbeiter der Eisengiesserei Borsig, die damals der am höchsten stehende Teil der Berliner Arbeiterschaft gewesen sein sollen. Diese Maschinenarbeiter, die sich in einem Maueranschlag einmal mit berechtigtem Selbstbewusstsein die «ehernen Säulen der Demokratie» nannten, hatten mit kommunistischen Bestrebungen so wenig zu tun, dass man sie bewaffnen und aus ihnen das 17. Bataillon der Bürgerwehr bilden konnte. Wahrscheinlich ohne das Kommunistische Manifest gekannt zu haben, machten sie auf Grund ihrer ganzen Mentalität und ihrer eigenen Interessen mit dem einen wichtigen Grundsatz ernst, dass die Arbeiter die Bourgeoisie, sobald sie revolutionär auftritt, gegen die Mächte der Beharrung unterstützen.

Trotzdem war man im Bürgertum auch gegen diese Arbeiter misstrauisch. Sie suchten dieses Misstrauen jedoch zu zerstreuen, und in einem Aufruf sämtlicher Maschinenbauarbeiter an die Bürger Berlins hiess es unter anderem: «Hätten wir euren Plunder gewollt, so hätten wir ihn ungestört und ungestraft schon vor Wochen nehmen können, wo die Reichsten des Landes noch unter uns waren, die ihr aber nach und nach habt ausreissen lassen.»

Der empörte Ton dieses Aufrufes lässt erkennen, wie naiv und hysterisch die Furcht vor dem roten Gespenst vielfach gewesen sein muss. Von damals bis in die jüngste Gegenwart hinein bediente sich die Reaktion in Deutschland des roten Gespenstes mit einer Meisterschaft, die in der europäischen Geschichte einzig dastehen dürfte. Diese Taktik konnte in dieser Form und in diesen Ausmassen nur auf Grund der speziellen deutschen Verhältnisse mit so grossem Erfolg eingeschlagen werden.

Aber vielleicht noch grösser als in der Bourgeoisie war die Furcht vor dem roten Gespenst wie später, so auch 1848, in breiten Schichten des Mittelstandes, die ausserdem zugleich auch noch den Sieg der Bourgeoisie fürchteten und daher gerade mit jenen Arbeitern am wenigsten gemein hatten, die für den Sieg dieser Bourgeoisie eintraten.

Es ist daher charakteristisch, dass in Frankfurt am Main, das 1935 zur «Stadt des deutschen Handwerks» erklärt wurde, im Jahre 1848 ein Handwerkerparlament zusammentrat, das sich gegen das Frankfurter Parlament richtete. Dieses hatte sich nämlich mit der Mehrheit seiner Vertreter für die Gewerbefreiheit entschieden. Wie jede typische Mittelstandsbewegung in der Folgezeit, führte auch der Handwerkerkongress von 1848 einen Zweifrontenkrieg gegen den Kapitalismus und das Proletariat. «Er hat sich der Arbeiterbewegung als stärkste Mauer in den Weg gebaut», sagt Valentin über diesen Handwerkerkongress, dem diverse Handwerkertagungen vorausgingen, die alle im Zeichen des Kampfes gegen das Fabrikwesen standen.

Wäre es nicht besser, so fragten die Augsburger Weber, Deutschland hätte einen wohlgeordneten Mittel- und Gewerbestand als einige reiche Fabrikanten? Ein Schneiderkongress, auf dem 149 Städte vertreten waren, forderte unter anderem auch ein Einfuhrverbot für Kleider. Ebenso erhoben die Weinhändler und Weingärtner Württembergs sowie andere Interessengruppen ihre Stimme gegen freihändlerische Pläne. Das waren Verbote kommender Kämpfe!

An der Spitze der Handwerkerbewegung stand Professor Winkelblech, dessen Schriftstellernamen Karl Marlo war und der die Regenerierung des Zunftwesens anstrebte. Wie viele andere und vor allem auch viele Nachfolger seines Geistes, sprach er viel von der Errichtung einer «organischen Gesellschaft» und stellte er den neuen Rechtsauffassungen der bürgerlichen Epoche Rechtsgrundsätze gegenüber, die er als «germanische Rechtsgrundsätze» bezeichnen zu können glaubte.

«Wir sollten durch so viele und bittere Erfahrungen zu der Einsicht gelangen, dass der germanische Rechtsgrundsatz, alle Erwerbssphären gesetzlich zu ordnen, eine unabweisable Forderung der Ökonomie ist.» Für Winkelblech bestand das einzige Mittel, die soziale Reform ins Leben zu rufen, in der Aufklärung des Mittelstandes über seine wahren Interessen. Im Proletariat sah er bezeichnenderweise einen Stand, «der das mit der Unterwelt gemein hat, dass er seine Pforten für alle öffnet, die zu ihm herabsteigen, aber allen einmal empfangenen Opfern den Rückweg verschliesst».

Das alles nannte Winkelblech «Sozialismus», und da viele Demokraten Anhänger der Gewerbefreiheit, Gegner der Zünftlerei usw. waren, stellte er fest: «Bei der Demokratischen Partei haben wir zwischen der liberalen und der sozialistischen Fraktion zu unterscheiden.» Die sozialistische Fraktion war also der mittelständische Antikapitalismus, und die von Winkelblech geführte eindeutig reaktionäre Bewegung der Handwerker wurde so zur Avantgarde eines Sozialismus, der in vieler Hinsicht dem «deutschen oder wahren Sozialismus» entsprach.

Das Wort Sozialismus wurde jedoch im Lager des Mittelstandes umso weniger angewandt, je bedeutungsvoller die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiterbewegung wurden. Erst später begann es wieder eine grössere Rolle zu spielen. Allem Anschein nach besonders darum, weil man es hier und da für zweckmässiger hielt, dem immer stärker werdenden Sozialismus der modernen Industriearbeiter im Namen eines – wie man erklärte – «besseren Sozialismus» entgegenzutreten.

Schon bei Winkelblech dürften solche taktischen Rücksichten mitgespielt haben. Man muss ja bedenken, dass es damals noch sehr viel zünftlerisch eingestellte Arbeiter gab, die sich für den Kampf der Handwerker relativ leicht gewinnen liessen, die aber nicht selten unter dem Einfluss eigenartiger sozialistischer Ideologien standen. Es gelang Winkelblech in der Tat, mit Teilen dieser Arbeiter eine Einheitsfront

gegen die liberale Bourgeoisie zustande zu bringen. Die Resolution, die diese Arbeiter gegen die freie Konkurrenz, die Gewerbefreiheit usw. erliessen, deckte sich im Wesentlichen mit der der Handwerksmeister.

Ganz so harmonisch, wie es auf Grund dieser Übereinstimmungen scheinen könnte, war das Verhältnis zwischen diesen Arbeitern und ihren Unternehmern jedoch nicht. Dazu waren die sozialen und politischen Gegensätze zu gross. Ausserdem sahen viele dieser Arbeiter bald ein, dass sie nicht zünftlerisch bleiben konnten. Trotzdem haben solcherlei Bestrebungen viel zum Scheitern der Revolution beigetragen.

Die feudale Aristokratie sah die im reaktionären Sinne antiliberalen und antikapitalistischen Bestrebungen der Handwerker und anderer Schichten natürlich sehr gern. Zwar blieb Masse für den Aristokraten im Allgemeinen auch dann Masse, wenn diese konservativ oder gar reaktionär war, aber trotzdem kam schon damals eine gewisse Fühlungnahme zwischen Konservativen von oben und Konservativen von unten zustande, wobei der Feind einerseits das liberale Bürgertum und andererseits der zu ihm neigende Teil der Arbeiterschaft war.

Ein Teil der Aristokratie war jedoch zu starr und zu doktrinär, um in dieser Weise politisch denken zu können, und ein anderer Teil, der in gewissem Sinne einen liberalen Konservatismus vertrat, neigte dazu, Brücken zur liberalen Bourgeoisie zu bauen, die sich ja auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht und der trotz allem wirksamen ökonomischen Gesetzmässigkeiten sowieso nicht einfach ignorieren liess. Winkelblech wollte die Aristokratie natürlich nicht an der Seite der liberalen Bourgeoisie sehen, und er richtete deshalb folgenden Appell an die Macht, auf die er seine Hoffnungen setzte:

«Die aristokratische Partei muss einsehen, dass sie nur zwischen ihrem unausbleiblichen Untergang und der vollständigen Wiederherstellung der monopolistischen Ordnung zu wählen hat und dass jeden Ortes, wo ihr der Mut oder die Kraft zu dieser allein wirksamen Restauration gebricht, ihr Schicksal bereits entschieden ist. Sie muss einsehen, dass die Behauptung ihrer grundherrlichen Monopole zu den Unmöglichkeiten gehört, sobald sie der Bourgeoisie Erwerbsfreiheit gestattet. Sie muss einsehen, dass ein Bündnis mit der hohen Bourgeoisie, die mit der einen Hand nach der Krone des Fürsten und mit der anderen nach dem Eigentum des Volkes greift, zu den Unmöglichkeiten gehört.»

In ähnlichem Sinne hatte schon seit Langem der preussische Leutnant a. D. Friedrich Wilhelm Held gewirkt. «Er war durchaus kein Sozialist, aber ein antikapitalistischer Hetzer», sagt Valentin. Held empfahl die Lösung der sozialen Frage in mittelbürgerlich-agrarischer Weise und trat daher für ein Bündnis zwischen der Volksbewegung und dem militärisch-feudalen Royalismus gegen die Bourgeoisie ein.

Dadurch machte sich dieser preussische Leutnant nicht nur bei der bürgerlichen Linken, sondern auch bei den fortschrittlichen Arbeitern unmöglich. Eine Gruppe solcher Arbeiter erschien unerwarteterweise auf einer politischen Versammlung der Richtung Held, um diese Versammlung auseinanderzujagen und so ihre Missbilligung gegenüber diesen reaktionären Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen. Die Empörung der Arbeiter war umso grösser, als sie erfahren hatten, dass Held mit jener Gruppe von Männern innerhalb der preussischen Aristokratie konspirierte, die ganz ähnliche Pläne schmiedete.

Einer der Führer dieser Gruppe war Herman Wagener, der das im Juli 1848 gegründete Parteiblatt der Konservativen, die «Kreuzzeitung», leitete und der später als enger Mitarbeiter Bismarcks bei dessen Konspiration mit Lassalle eine grosse Rolle spielte. Auf diese interessante und für unsere Untersuchung wichtige Episode der deutschen Politik kommen wir noch zurück. Hier sei zunächst nur bemerkt, dass diese Konspiration gegen die liberale Bourgeoisie gerichtet und also im Prinzip dasselbe war wie die Konspiration mit Held im Jahre 1848.

Zwar kam Held für die Männer um Wagener schliesslich nicht als Partner in Frage, weil er – wie Valentin meint – zu kompromittiert war, aber auch die konservativen Politiker um Wagener unternahmen den Versuch, an gewisse Volksmassen heranzukommen, um diese gegen die liberale Bourgeoisie und die Demokratie zu mobilisieren. Man gründete zu diesem Zwecke «Vaterlandsvereine», «Preussenvereine» und «Vereine für König und Vaterland». Der Name «konservative Vereine» wurde bezeichnenderweise vermieden. Alle diese Vereine entfalteten eine rege agitatorische Tätigkeit, ganz besonders auf dem Lande. Von dort kamen ständig Adressen an den König, die ihm in seinem Kampf gegen die Demokratie die Unterstützung des Landvolkes zusicherten.

Wir sind auf die Bestrebungen Winckelblechs, Helds und der Konservativen um Wagener vor allem deshalb etwas näher eingegangen, weil es sich hier um die ersten theoretischen und praktischen Vorläufer einer

im konservativen Sinne antiliberalen und antikapitalistischen Bündnispolitik handelt, die seitdem in Deutschland in wechselnden Formen aktuell geblieben ist und die schliesslich mit der keineswegs zufälligen Allianz zwischen Hitler und Papen einen ebenso dramatischen wie verhängnisvollen Höhepunkt erreichte.

Im Jahre 1848 lag die Führung bei politischer Zusammenarbeit dieser Art jedoch noch unbestritten bei den Aristokraten. Aber obwohl dies so war und obwohl die Aristokraten nun schon auf eine gewisse Massenbasis angewiesen waren – was Wagener sehr klar erkannte –, hatten viele von ihnen gewisse Bedenken gegen die Taktik, bestimmte Massen gegen andere Massen zu mobilisieren. Das war gewissermassen der Ausdruck des romantischen Konservativismus, der die neue Zeit und ihre Probleme einfach negieren zu können glaubte.

Er hatte dabei jedoch das ganz richtige Gefühl, dass der realistische Konservativismus um Wagener, der vorläufig noch eine ziemlich kleine Gruppe war, einen Weg empfahl, der seine problematischen Seiten hatte. Denn die Handwerker usw. waren ja immerhin auch Bürger, die als solche gewisse Ansprüche an die herrschende Oberschicht stellten. Sie gehörten zum «Volk», das sich nun – wenn auch mit grundlegend verschiedenen Zielsetzungen – ganz allgemein grössere Geltung zu verschaffen suchte, und die insofern – mindestens vom Standpunkt der Aristokratie – stellten sie ein demokratisierendes Element dar. Ihr Konservativismus hatte eine soziale Note, und wir wollen ihn aus all diesen Gründen von nun an – zum Unterschied vom aristokratischen Konservativismus – als plebejischen Konservativismus bezeichnen.

Im Laufe unserer weiteren Untersuchung werden wir sehen, dass dieser plebejische Konservativismus im Lager des konservativen Deutschland ebenso an Bedeutung gewann, wie auf der anderen Seite, das heisst im Lager des fortschrittlichen Deutschland, die Massenbewegung der industriellen Arbeiterschaft. Und in diesen soziologischen Zusammenhängen werden wir dann auch die Erklärung dafür finden, weshalb die im Grunde bürgerliche Revolution von 1918 viel weniger vom fortschrittlichen Bürgertum als von der demokratischen Arbeiterklasse getragen wurde, und weshalb dann der gegenrevolutionäre Diktator nicht von oben, sondern von unten kam, das heisst nicht Papen, sondern Hitler der schliessliche Sieger der «Revolution von rechts», der «Konservativen Revolution», geblieben ist.

ZWEITES KAPITEL

Blut und Eisen

Es war für den Verlauf und den schliesslichen Ausgang der deutschen Revolution von 1848/49 ganz gewiss von grosser Bedeutung, dass nicht einmal das höhere deutsche Bürgertum auf eine gewisse demokratische Tradition zurückblicken konnte. Aber noch bedeutungsvoller war es, dass sich der Gegensatz zwischen Feudalismus und Bürgertum nun – auf Grund der Verspätung – schon in allzu starker Weise mit dem Gegensatz Mittelstand und Industrialismus, Bauer und Kapitalismus sowie Arbeiter und Unternehmer durchdrang. Und all dies hilft nicht nur erklären, weshalb die politische Gestaltungskraft des deutschen Bürgertums so gering war, sondern auch, weshalb das deutsche Volk sein Schicksal nicht in die eigenen Hände zu nehmen und die Frage seiner nationalen Einigung nicht von unten her zu lösen vermochte.

Diese grosse Frage wurde zunächst überhaupt noch nicht gelöst, und dann schliesslich durch das ziemlich eigenmächtige Vorgehen Preussens, durch Bismarcks Politik von «Blut und Eisen». So wurde Deutschland nicht nur sehr spät geeinigt, sondern ausserdem auch in einer Weise, die seine Zukunft schwer belastete.

Die Einigung Deutschlands war nicht zuletzt deshalb so kompliziert, weil die beiden Grossmächte Preussen und Österreich dabei um die Vorherrschaft kämpften, was sowohl dynastische als auch religiöse und ökonomische Gründe hatte. In der Revolution von 1848/49 waren auf beiden Seiten Kräfte vorhanden, die dieses Problem durch die völlige Ausschaltung aller Dynastien und durch die Errichtung einer alle deutschen Länder umfassenden freiheitlichen grossdeutschen Republik lösen wollten.

Zuweilen sah es so aus, als sei dieser Weg gangbar. Denn in Preussen hatten die alten Gewalthaber, von der Revolution vollkommen überrascht, vorübergehend den Kopf verloren, und andererseits schien sich der österreichische Staat zu Beginn des Sommers 1848 in den Stürmen der Revolution in seine verschiedenen nationalen Bestandteile aufzulösen. Die Ungarn hatten sich losgerissen, in Prag tagte ein allslavischer

Kongress, und viele Deutsche erwarteten die Vereinigung mit den übrigen deutschen Ländern. Aber der Zerfall Österreichs konnte damals noch einmal verhindert werden, und auch ausserhalb Österreichs verlief die Revolution nicht im Sinne derer, die die radikale Lösung der deutschen Frage anstrebten.

Dass die alten Mächte von einer freiheitlichen grossdeutschen Republik nichts wissen wollten, versteht sich von selbst. Aber auch die liberale Bourgeoisie Preussens hatte im Allgemeinen andere Vorstellungen. Sie hielt diesen Weg sowohl für zu radikal als auch für unreal, und trat sie schon nicht für ein solches Grossdeutschland ein, so noch viel weniger für ein anderes. Sie fürchtete nämlich, dass ihr Aufstieg dadurch gehemmt werden könnte, weil Österreich im Allgemeinen noch viel weiter zurückgeblieben war als Preussen und andere Staaten Deutschlands. Schon aus diesem Grunde schwebte der liberalen Bourgeoisie Preussens im Allgemeinen ein Nationalstaat unter Ausschluss Österreichs vor, das heisst die kleindeutsche Lösung.

Dieser kleindeutsche Nationalstaat sollte unter der Führung Preussens, der Hohenzollern, geschaffen werden – jedoch unter der Voraussetzung, dass Preussen sein gesamtes politisches System änderte und die Forderungen der liberalen Bourgeoisie akzeptierte. Dies aber lief letzten Endes darauf hinaus, dass Preussen in ein liberal-demokratisches Deutschland eingehen sollte, und dazu war es unter keinen Umständen bereit.

Die Anhänger der kleindeutschen Lösung hatten in der aus der Revolution hervorgegangenen Nationalversammlung eine knappe Mehrheit für ihren Plan gewonnen, aber der König von Preussen, Friedrich Wilhelm IV., lehnte die ihm im April 1849 angetragene Kaiserkrone ab. Er war zu sehr davon überzeugt, ein Herrscher von Gottes Gnaden zu sein, als dass er eine Krone von Volkes Gnaden auf sein Haupt setzen konnte.

Damit war der deutsche Einheitstraum zunächst ausgeträumt. Dies war jedoch nur ein Ausdruck dessen, dass sich die Machtverhältnisse inzwischen grundlegend zugunsten der alten Mächte verändert hatten. Schon im Frühling 1849 waren diese in Preussen wieder so stark, dass sie auf dem Wege eines Staatsstreiches das Dreiklassenwahlrecht einführen konnten, das ihre Herrschaft sicherstellen sollte. Die folgenden Jahre standen dann vollkommen im Zeichen der Reaktion.

Es wurde nun nicht nur radikal mit dem Geist der Revolution gebrochen, sondern auch mit der Strömung der liberalen Konservativen, die sich zu Zugeständnissen an die Prinzipien des Bürgertums bereit zeigten. Eine rigorose Beamtenpolitik, Versetzung von Richtern, Gesinnungsschnüffelei, polizeiliche Überwachung des Privatlebens, ein für damalige Verhältnisse gut durchgebildetes Spitzelwesen – all dies und vieles andere sorgte für die Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung und jeder unabhängigen Gesinnung.

Polizeiliche Willkür und kirchlich orthodoxe Zensur machten jede ernsthafte weltanschauliche Diskussion unmöglich. Die Schulen standen unter der Aufsicht von Geistlichen; der Religionsunterricht nahm im Lehrplan den ersten Platz ein, während die klassische Literatur von der Lektüre der Seminaristen ausgeschlossen wurde. Überhaupt hegten die Männer, die damals die Geschicke Preussens bestimmten, Feindschaft gegen alles Fremde. Der deutsche Soziologe Dr. Sigmund Neumann sagt darüber in seiner Untersuchung «Die Stufen des preussischen Konservatismus»:

«Dies ging so weit, dass von ihnen allgemein sogar das Rheinland als Ausland empfunden wurde. In diesem Sichabschliessen hatte nicht nur der preussische Partikularismus seine Wurzel – und damit der Widerstand gegen die nationale Einigung – sondern auch ein Denken, das dem Konservatismus grosse Gefahren bringen musste. Damit wurde jene egozentrische Einstellung gefördert, die innenpolitisch sich bis zur völligen Missachtung der anderen Gesellschaftskreise steigern konnte, ausserpolitisch zur unter-, schätzenden Verkennung der anderen Staaten führen musste.»

Diese Geisteshaltung, die für den preussischen Konservatismus in sehr hohem Masse charakteristisch geblieben ist, erklärt zu einem guten Teil, warum dieser sich nicht in einen liberalen Konservatismus verwandeln konnte. Zwar hatte es in Preussen auch nach dem grossen Reformen Freiherrn von Stein nicht an Konservativen gefehlt, die Liberalismus und Konservatismus miteinander zu verbinden suchten, aber wie Stein, so stiessen auch sie auf den zähen und leidenschaftlichen Widerstand der alten Welt, ganz besonders der Junker und der von ihnen beherrschten Armee. So wurden Liberalismus und Konservatismus in Preussen immer mehr unversöhnliche Gegensätze.

Wenn Neumann über die Zeit nach 1848 sagt: «Jetzt setzte die verhängnisvolle Periode ein, in der sittliche und staatspolitische Ideale mit

unmittelbar wirtschaftlichen Vorteilen verknüpft wurden», so kann dazu ergänzend bemerkt werden: dies war nicht nur damals so. Auch die Allianz, die Thron und Altar in dieser Ära gegen den Fortschritt geschlossen hatten, blieb für die Zukunft in hohem Masse charakteristisch. Es versteht sich von selbst, dass durch diese Allianz breite Massen des Volkes, besonders der aufstrebenden Arbeiterschaft, zur Monarchie und zum Christentum ein ganz anderes Verhältnis gewinnen mussten als zum Beispiel in England, wo sowohl die Monarchie als auch das Christentum von einem wesentlich anderen Geist erfüllt waren.

Die Reaktionsperiode, die der Revolution von 1848 folgte, war für die weitere Entwicklung Deutschlands überhaupt sehr bedeutungsvoll. Neumann schreibt darüber in seiner bereits erwähnten Studie:

«Nicht zum Geringsten haben die Schwierigkeiten, mit denen der deutsche Nationalcharakter noch heute zu kämpfen hat, ihre Wurzeln in jener Zeit. So ist der Mangel an politischer Reife, den man nicht selten dem deutschen Volke vorwirft, wesentlich eine Folge jener Reaktionspolitik, die das reichlich späte Erwachen politischen Denkens mit rücksichtslosen Massnahmen und erfolgreich verhinderte, um Servilismus und Herdeninstinkte grosszuziehen. Solche zehn Jahre konnten nicht spurlos vorübergehen, zumal sie mit Radikalität genutzt wurden und selbst mit dem Zusammenbruch der Reaktion ein durchgängiger Umbruch nicht stattgefunden hat.»

Neumann meint, dass auch das oft im kleinlichen steckenbleibende Spezialistentum, das den Deutschen so häufig zum Vorwurf gemacht wird, in hohem Masse ein Ergebnis dieser Reaktionsperiode ist. Es sei der einzige Ausweg gewesen, der dem Volke der «Dichter und Denker» bei der rücksichtslosen Verfolgung freier Gedanken blieb. Dies hätte jedoch die positive Seite gehabt, dass es die «deutsche Gründlichkeit» schuf, die den Siegeszug von Wissenschaft und Technik in diesem Lande erst ermöglicht habe. Von sehr grosser Bedeutung war dabei aber auch, dass man durch die Enttäuschung über den Ausgang der Revolution vielfach wesentlich nüchterner geworden war und die schärfere Beobachtung und Erforschung der Wirklichkeit nun mehr als zuvor als Notwendigkeit empfunden wurde.

Eine weitere Folge der Reaktionszeit war, dass die besten Kräfte des Volkes – von der Politik ausgeschlossen und abgestossen – sich der Wirt-

schaft zuwandten. Auf diese Weise hat die Reaktion indirekt den 1850 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung gefördert.

Umgekehrt wirkte diese wirtschaftliche Entwicklung jedoch auch wieder auf die Politik zurück. Denn das Bürgertum empfand die Kleinstaaterie und die allgemeinen politischen Zustände nun drückender denn je, und die Arbeiter, deren erste Organisationen dem reaktionären Kurs zum Opfer gefallen waren, begannen sich ebenfalls von Neuem zu regen.

Es war schon viel Druck im Kessel, als Friedrich Wilhelm IV. in geistige Umnachtung verfiel und sein Bruder Wilhelm im Oktober 1858 als Prinzregent die volle Regierungsgewalt übernahm. Dieser Prinzregent öffnete vorsichtig das Ventil, berief ein gemässigt liberales Ministerium und machte dem üblen Polizeiregiment ein Ende. Das preussische Volk begrüßte freudig diese neue Ära, doch zeigte es sich bald, dass der spätere Kaiser Wilhelm I. nicht gewillt war, den Liberalen viel Spielraum zu gewähren. Er hatte die damals herrschende Kamarilla – ähnlich wie später der junge Wilhelm II. seinen Reichskanzler Bismarck – vor allem deshalb beseitigt, weil er selber regieren wollte.

Aber solche Gegensätze in der obersten Staatsspitze können in bestimmten Situationen den Kampf der Opposition erleichtern, und so war es auch in diesem Falle. Der Prinzregent tolerierte den 1859 gegründeten Deutschen Nationalverein, der in mehreren deutschen Staaten verboten wurde und der durch den Zusammenschluss aller nationalen und liberalen Männer die Ideen von Deutschlands Freiheit und Einheit im Sinne der Frankfurter Verfassung von 1849 und der kleindeutschen Lösung zu verbreiten suchte.

Schon seit dem Herbst 1858 wirkte der Kongress deutscher Volkswirte, der auf seinen Wanderversammlungen zum Kampf für Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit, Zinsfreiheit, Münzeinheit usw. aufrief. Dieser Kongress suchte auch der Idee des Freihandels zum Siege zu verhelfen, und durch seine enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Nationalverein, der unter der Führung Rudolf von Bennigsens stand, kam eine Verbindung zwischen Liberalismus und Freihandel zustande, die für Deutschland etwas Neuartiges war, die aber von nun an ziemlich eng bleiben und die Position des deutschen Liberalismus bald unerhört erschweren sollte.

Aus verschiedenen Strömungen des Liberalismus entstand 1861 die Fortschrittspartei, zu deren Anhängern der grosse Historiker Theodor

Mommsen sowie der bekannte Arzt und Wissenschaftler Rudolf Virchow gehörten.

Innenpolitisch forderte die Fortschrittspartei tiefgreifende Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung, Übergang zum parlamentarischen System, Trennung von Staat und Kirche, grösste Sparsamkeit, die zweijährige Dienstzeit und die Reform des preussischen Herrenhauses. Ausenpolitisch trat sie ebenfalls für die Einigung Deutschlands im kleindeutschen Sinne und unter der Führung Preussens ein, aber nicht durch Machtpolitik, sondern auf dem Wege «moralischer Eroberungen».

Im konservativen Lager entstand als Reaktion auf den Nationalverein und die Fortschrittspartei – bezeichnenderweise in engster Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee des Handwerkertages – der «Preussische Volksverein». Seine Gründungsversammlung, die im September 1861 stattfand, wurde vornehmlich von Gutsbesitzern und Handwerkern besucht. Der leitende Kopf des «Preussischen Volksvereins» war der uns bereits bekannte Hermann Wagener, der nun den Faden von 1848 weiterzuspinnen suchte.

Man hatte dafür im Lager des aristokratischen Konservatismus jetzt schon etwas mehr Verständnis als früher, denn der romantische Konservatismus konnte mit den Problemen nicht fertig werden, und wenn man dem zu neuem Leben erwachten Liberalismus keine Konzessionen machen wollte, dann musste man sich entsprechende Bundesgenossen gegen ihn suchen. Diese aber fand man auf Grund gemeinsamer ständischer Ideale und auf Grund gemeinsamer Feindschaft gegen den vordringenden Kapitalismus vor allem im Handwerk. «Wir treiben die Sache des Handwerks nur, weil wir mit dem Handwerksstande sehr reelle gemeinschaftliche Interessen haben. Das ist die rein zuverlässige haltbare Allianz, die nicht ins Blaue hineingeht», antwortete Hermann Wagener im Jahre 1861 auf einen Angriff gegen seine Bündnispolitik mit dem plebejischen Konservatismus.

«So kam das Bündnis zwischen handwerkendem Kleinbürgertum und Grossgrundbesitz zustande», stellt Neumann sehr richtig fest. Die Führung innerhalb dieses Bündnisses lag unbestritten in den Händen des Grossgrundbesitzes. Im ersten Vorstand des «Preussischen Nationalvereins» sassen 13 Adlige und nur ein Bürgerlicher.

Der linke Flügel des demokratischen Bürgertums hatte auf das 1849 durch Staatsstreich eingeführte Dreiklassenwahlrecht rund zehn Jahre

mit Wahlenthaltung geantwortet. Mit dem Beginn der «Neuen Ära» wurde diese Protesthaltung jedoch aufgegeben. Einer der wichtigsten Gründe dafür war, dass sich das Dreiklassenwahlrecht – ganz im Gegensatz zu den Absichten seiner Urheber – für das liberale Bürgertum allmählich relativ vorteilhaft auszuwirken begann.

Die drei Klassen waren nämlich Steuerklassen, und da durch die günstige wirtschaftliche Entwicklung der fünfziger Jahre in den Städten und Industriebezirken der Reichtum des Bürgertums gestiegen war, stieg auch dessen Einfluss im Abgeordnetenhaus. In der Periode der Reaktion wurden zwar dagegen gewisse Massregeln ergriffen, aber mit dem Beginn der «Neuen Ära» änderte sich in dieser Hinsicht vieles, und da die Liberalen nun wieder ziemlich geschlossen an den Wahlen teilnahmen, waren sie im preussischen Abgeordnetenhaus in den ersten Regierungsjahren Wilhelms I. in der Mehrheit.

Wie später die Erfolge der Sozialdemokraten, so jagten jetzt die Erfolge, die die Fortschrittspartei bei den Wahlen Ende 1861 hatte, den Konservativen einen mächtigen Schrecken in die Glieder. Feldmarschall von Wrangel erteilte der Königin den Rat, die unteren Fenster des Berliner Schlosses durch eiserne Gitter zu sichern. Das Schloss und die Kasernen wurden durch Telegraphenleitungen miteinander verbunden, um auch ja die Truppen rechtzeitig alarmieren zu können, falls das Signal zur Revolution ertönen sollte.

In dieser Situation berief Wilhelm I., der gleich zu Beginn des Jahres 1861 den Thron bestiegen hatte, den Junker Otto v. Bismarck zum Ministerpräsidenten. Im Jahre 1862 sprach dieser seine programmatischen Worte: «Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen.» Das zielte ebenso auf die Nationalversammlung von 1848/49 wie auf den Liberalismus der sechziger Jahre ab.

Die Aristokratie fürchtete und hasste diesen Liberalismus derart, dass ihre realistischsten Vertreter gegen ihn die Arbeiterbewegung zu mobilisieren suchten, die sich nun wieder regte und zu einem Teil unter dem Einfluss von Ferdinand Lassalle stand.

Dieser begabte, aber auch ehrgeizige und zweifelhafte Politiker, der 1864 wegen einer Liebesaffäre in einem Duell fiel, spielte die ihm von der Reaktion zuge dachte Rolle zwar mit eigenen Vorstellungen und mit

eigenen Zielen, aber er spielte sie. Er verlangte, die Arbeiter sollten die Partei des Königtums gegen die Bourgeoisie ergreifen «und mogelte mit seinem charakterverwandten Bismarck in einer Weise, die zum tatsächlichen Verrat an der Bewegung führen musste, wäre er nicht zu seinem eigenen Glück rechtzeitig erschossen worden», schrieb Friedrich Engels 1891 an den sozialistischen Wissenschaftler Karl Kautsky.

Dieses Urteil mag sehr hart erscheinen, aber es steht heute ausser jedem Zweifel, dass Bismarck und Lassalle gemeinsame Sache gegen den Liberalismus gemacht hatten und die damaligen Behauptungen der Liberalen in dieser Hinsicht richtig waren, obwohl sie von vielen Arbeitern mit Entrüstung zurückgewiesen wurden.

Seit 1928 wissen wir darüber noch etwas besser Bescheid als vorher. In diesem Jahre fiel nämlich im preussischen Innenministerium ein alter Schrank zusammen, und bei dieser Gelegenheit kamen aufschlussreiche Briefe Lassalles an Bismarck ans Tageslicht. In einem dieser Briefe schrieb Lassalle im Hinblick auf das Statut des «Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins», durch welches er sich praktisch zum Diktator gemacht hatte, unter anderem Folgendes:

«Aber es wird Ihnen aus diesem Miniaturgemälde deutlich die Überzeugung hervorgehen, wie wahr es ist, dass sich der Arbeiterstand instinktmässig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht überzeugt sein kann, dass dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen – oder vielmehr gerade auf Grund derselben – in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschliessen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.»

Es war kein Zufall, dass Hermann Wagener, der mit Lassalle verkehrte und nun ein sehr enger Mitarbeiter Bismarcks war, auch bei dieser Allianzpolitik gegen den Liberalismus wieder eine grosse Rolle spielte. Er und die Konservativen seines Schlages hielten ihren «Preussischen Volksverein» und das Bündnis zwischen dem Grossgrundbesitz und dem Handwerk offenbar nicht für ausreichend, um die grosse Krise überste-

hen zu können, in welcher sich ihr Obrigkeitsstaat damals befand. Darum mussten sie versuchen, ihre Massenbasis zu erweitern, und zu diesem Zwecke traten sie für eine bestimmte Art von Sozialpolitik ein, die gleichzeitig den Einfluss der Staatsmacht steigern und so auf mehrfache Weise den Sieg des Liberalismus verhindern sollte.

Hermann Wagener sprach 1864 im «Preussischen Volksverein» ganz offen aus, Sozialpolitik sei «der einzige Weg, dem Streben der sogenannten Bourgeoisie nach politischer und sozialer Alleinherrschaft die Spitze abzubrechen». Und damit hinsichtlich der Bündnispolitik mit der lassalleianischen Bewegung im konservativen Lager auch ja kein Missverständnis aufkommen konnte, hatte die «Kreuzzeitung» schon am 7. Mai 1863 klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: «Unsere Gemeinschaft mit jener Bewegung reicht gerade so weit wie die Gemeinschaft des Gegensatzes gegen die Herrschaft des Geldkapitals.»

Man sieht, dass es in gewissen Kreisen schon damals üblich war, «Herrschaft des Geldkapitals» zu sagen, wenn man in Wirklichkeit Herrschaft des Liberalismus meinte.

Will man die damalige Annäherung zwischen einem Teil des «vierten Standes» und den Konservativen richtig verstehen und bewerten, so muss man vor allem beachten, dass das Proletariat der sechziger Jahre noch sehr viel Ähnlichkeit mit dem von 1848 hatte. Wie es zum Beispiel in Sachsen aussah, das zu den entwickeltsten Industriegebieten gehörte, geht recht anschaulich aus den Erinnerungen von August Bebel hervor.

Der spätere Führer der deutschen Sozialdemokratie berichtet dort, dass die gewerblichen Arbeiter zum grössten Teil dem Handwerk angehörten. Die Fabrikarbeit wurde von den handwerksmässig arbeitenden Gesellen mit Geringschätzung angesehen. Eine Ausnahme machte dabei nur die Arbeit in der eigentlichen schweren Industrie, dem Bergbau, der Eisen- und Maschinenbauindustrie. Im Allgemeinen galt der Fabrikarbeiter dem Handwerksgesellen als unterwertig, und als Arbeiter bezeichnet zu werden, statt als Geselle oder Gehilfe, betrachteten viele als eine persönliche Erniedrigung. Die grosse Mehrheit dieser Gehilfen oder Gesellen lebte noch in der Hoffnung und Überzeugung, eines Tages Meister zu sein. Die politische Bildung dieser Arbeiter war sehr gering.

Was Bebel aus Sachsen berichtet, kann im hohen Masse als typisch für ganz Deutschland angesehen werden. Zwar hatte die industrielle Entwicklung seit 1848 grosse Fortschritte gemacht und die Zahl der moder-

nen Fabrikarbeiter war nun schon beträchtlich grösser, aber noch immer dominierte in der Arbeiterschaft der Zunftgeselle, der Manufakturarbeiter, der verelendete Heimarbeiter. Es ist nun recht interessant und auch kein Zufall, dass Lassalles Gefolgschaft sich gerade aus diesen Schichten rekrutierte, während die modernen Fabrikarbeiter im Allgemeinen an der Seite der Fortschrittspartei standen, wenn auch keineswegs unkritisch.

Lassalles Gefolgschaft – so heisst es in einer Untersuchung, die im Jahre 1911 in der «Neuen Zeit», dem wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokratie, erschien – bestand aus solchen Arbeitern, «die der Manufaktur oder dem kapitalistisch zersetzten Handwerk angehörten. Auf die Bewegungsverhältnisse *dieser* Gruppen ist die Präsidialverfassung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zugeschnitten, mit ihrer Gedankenwelt harmonieren die sozialistischen Theorien Lassalles.»

Der sozialdemokratische Historiker Franz Mehring bemerkte dazu, dass sich Zunftgesellen, nicht Fabrikarbeiter, für Lassalle begeisterten, habe seinerzeit schon den Nationalverein getröstet. Neuerdings – so fuhr Mehring fort – hat Wendel in seiner Monographie über Frankfurt her vor gehoben, dass die Städte mit entwickelter Industrie und entwickeltem Proletariat wie Hanau und Offenbach die Fortschrittspartei unterstützen, während sich die Arbeiter in den Zunftorten Frankfurt und Mainz zu Lassalle bekannten. Ähnlich war es unter anderem auch in Berlin, wo Lassalle zwar in den Schichten des Handwerks, namentlich der Schuhmacher, nicht aber bei den Maschinenbauarbeitern usw. Anklang fand.

Ob die Anhänger Lassalles die Zusammenarbeit ihres Führers mit Bismarck und der Reaktion gebilligt hätten, wenn sie ihnen bekannt gewesen wäre, ist sehr fraglich. Aber ihrer sozialen Lage wie ihrer Mentalität nach konnten sie kaum eine Avantgarde des Fortschrittes sein, und darum konnte Lassalle eine solche Politik treiben. Diesen Massen entsprach auch der geradezu primitive Kult, den er mit dem Staate trieb. «Was wollen Sie? Der Staat ist Gott», antwortete Lassalle einmal einem Fortschrittler.

Es ist auch bezeichnend, dass er nach einer Parteiversammlung schrieb, er habe dabei ständig den Eindruck gehabt, so müsse es bei der Stiftung neuer Religionen zugegangen sein. Nicht minder bezeichnend aber ist, dass sich nach dem Tode Lassalles, der rein private Ursachen

hatte, unter seinen Anhängern in Deutschland die Vorstellung verbreitete, ihr Führer sei als ihr Heiland für ihre Sache, als Blutzuge für seine Lehre gestorben. Jahrelang wurde in Versammlungen über das Thema «Christus und Lassalle» gesprochen.

Diese religiöse Beziehung zum Führer und der mystische Glaube an den Staat erklären sich zwar zu einem Teil aus dem niedrigen Bildungsniveau, dem noch schwach entwickelten Selbstbewusstsein und dem Elend der betreffenden Arbeiter, aber zum grösseren Teil aus ihrer besonderen sozialen Problematik als Zunftgesellen usw. Dafür spricht auch die Tatsache, dass Lassalle in den entwickelteren Schichten der Arbeiterschaft, besonders in denen der modernen Fabrikarbeiter, nicht nur keinen Beifall, sondern oft sogar ebenso erbitterte Feinde fand wie den preussischen Leutnant Held im Jahre 1848.

Viele dieser Arbeiter brachten Lassalles Führerallüren, seinem Staatskult, seinen vorgetäuschten Erfolgen usw. eine sehr gesunde Ironie und Verachtung entgegen, und je mehr sich die deutsche Arbeiterklasse in eine moderne Industriearbeiterschaft verwandelte, desto weiter entfernte sie sich von den erwähnten negativen Eigenschaften Lassalles und seiner Bewegung. Aus welchen soziologischen Gründen diese Eigenschaften dann in verstärkter Masse in anderen Gesellschaftsschichten zum Ausdruck kamen, ahnt mancher vielleicht schon, aber das werden wir später noch genauer sehen.

Nach dem Tode Lassalles führte J.B. v.Schweitzer die alte Politik fort. Gustav Mayer vertritt in seinem Werk «J. B. v.Schweitzer» übrigens die Auffassung, dass dieser «deklassierte Adlige», wie er ihn nennt, der eigentliche Schöpfer der «lassalleianischen» Partei war. Schweitzers Tätigkeit wurde auf Umwegen von Bismarck subventioniert, und Eduard Bernstein, der gewisse Lehren des Marxismus zu revidieren suchte und daher der «Vater des Revisionismus» getauft wurde, sagt über Schweitzer: «Mit noch weniger Scheu als Lassalle hat er mit den preussischen Hof-Sozialdemagogen geliebäugelt.» Wache Arbeiter reihten ihn mit gutem Instinkt unter die «feudalen Sozialisten» ein, die im Manifest als reaktionäre Kritiker des Bürgertums bezeichnet und mit den «deutschen Sozialisten» auf eine Stufe gestellt wurden.

Schweitzer charakterisierte den Parlamentarismus als «Regiment der Mittelmässigkeit» und stellte dem «machtlosen Gerede» die bewältigen-

de Tat des Cäsarismus gegenüber. Bebel und Wilhelm Liebknecht, die in völliger Übereinstimmung mit Marx und Engels gegen das Kokettieren mit der Kreuzzeitungspartei waren, wurden von dem deklassierten Adligen ganz im Stile der Nationalsozialisten als Stützen des «bürgerlich-demokratischen Geldjudentums» denunziert.

«Nennt die Anhänger der Kreuzzeitungspartei Finsterlinge, Reaktionsäre, Volksfeinde, kurz wie ihr wollt, aber dennoch den Hut ab! Es sind Männer!» sagte Schweitzer. Er forderte die Konservativen auf, sie mögen den Arbeitern entgegenkommen, um die «unnatürliche Allianz der liberalen Partei mit den Massen zu verhindern», und natürlich fand er in der «Kreuzzeitung» Beifall, denn das war ja alles so vereinbart.

Im Oktober 1865 versuchte Lothar Bucher, der früher der Mittelsmann bei den Verhandlungen zwischen Bismarck und Lassalle war, den im Exil lebenden Karl Marx auf die gleiche politische Linie zu bringen. Man hielt dies offenbar für notwendig, weil Marx ständig wachsenden Einfluss gewann. «Bucher forderte also den Begründer des internationalen Sozialismus zum gemeinsamen Kampfe mit Bismarck gegen das preussische Bürgertum auf», stellt der deutsche Historiker Ziekursch in seinem Werk «Die Reichsgründung» fest.

Dieser Versuch kennzeichnet dreierlei recht schlagend: erstens wie bedroht sich der Obrigkeitsstaat damals durch das liberale Bürgertum fühlte, zweitens die Skrupellosigkeit der konservativen Bündnispolitik, und drittens die vollständige Unfähigkeit dieser Konservativen, Marx und seine Lehren zu verstehen. Denn Marx war selbstverständlich nicht der Mann, mit dem man eine im konservativen Sinne antiliberalen und antikapitalistische Politik treiben konnte. Hier liegt übrigens einer der vielen psychologischen Gründe dafür, dass seine Sozialkritik und seine Theorien mit den Empfindungen und Vorstellungen des deutschen Industrieproletariats in vieler Hinsicht besser harmonierten als die anderer und darum mit dem Vormarsch der grossen Industrie auch immer bedeutungsvoller wurden.

Es ist soziologisch tief begründet, dass die Annäherung zwischen gewissen Teilen des «vierten Standes» und dem Konservativismus in einem Lande wie Preussen Episode bleiben musste und sich – trotz aller Gegensätze – in den entscheidenden Fragen praktisch immer mehr eine Annäherung zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie ge-

gen den Konservativismus und seine Alliierten im Mittelstand und im Bauerntum vollzog.

Es ist verständlich, dass sich diese Wandlung in den Köpfen der Nationalsozialisten als «Entartung der Arbeiterbewegung» spiegelt. Alfred Rosenberg zum Beispiel spricht von Vereinigung der marxistischen Arbeiterbewegung mit dem «organisierten Verbrechen in Frack und Zylinder», mit «Freimaurertum und Börse» und mit der «jüdischen Demokratie». Was der reale Kern dieser auffallend affektbetonten Anklage ist, geht schon etwas klarer aus dem sonst belanglosen Buch «Durchbruch zur Nation» von Ullmann hervor. Ebert sei zwar noch Handwerker gewesen, so klagt dieser Nationalsozialist, «aber die konkreten politischen Verpflichtungen bezog der Gewerkschaftler nur noch aus den industriellen Massen, nicht mehr aus dem handwerklich-bodenständigen Volk».

Das ist im Prinzip richtig, sofern man nur an den Gewerkschaftler und nicht auch an den Reichspräsidenten Ebert denkt. Und eben weil die Arbeiterbewegung immer mehr durch die grosse Industrie geformt wurde, war in ihr zur Zeit Eberts schon seit Langem kein Lassalle und kein Schweitzer mehr möglich. Umso verständlicher ist es, dass die «Kreuzzeitung» schon sehr frühzeitig den «Trommler» Hitler als willkommenen Bundesgenossen gegen den Liberalismus, aber jetzt mehr noch gegen die moderne Arbeiterbewegung, begrüßte.

«Es ist unsicher, wer sich mehr beleidigt fühlt, der Sozialdemokrat oder der Nationalsozialist, wenn man Ferdinand Lassalle und Adolf Hitler nebeneinander nennt», schrieb der linksliberale Politiker Theodor Heuss in seiner 1932 erschienenen Schrift «Hitlers Weg». Gegen diese Auffassung, die nicht wenige Befürworter hat, lässt sich sehr viel einwenden. Aber Heuss dachte dabei an Berührungspunkte, die der Jude Lassalle und der Antisemit Hitler miteinander haben, soweit es sich um das Führerprinzip, die Führerallüren, den Staatskult, die religiösen Züge beider Bewegungen und die Frage der Allianz mit den extremsten Vertretern des Konservativismus gegen den Liberalismus handelt. Und was dies betrifft, sind ja zweifellos gewisse Übereinstimmungen zu verzeichnen.

Es muss jedoch mit Nachdruck betont werden, dass die Unterschiede viel grösser und wesentlicher sind als die Übereinstimmungen und dass kein innerer Zusammenhang zwischen der lassalleanischen und der nationalsozialistischen Bewegung besteht. Vor allem war die erstere zwar

keine Bewegung moderner Fabrikarbeiter, aber doch immerhin Arbeiterbewegung, während die nationalsozialistische Bewegung und alle ihre Vorläufer in ganz anderen Gesellschaftsschichten wurzelten und daher auch ganz anderen Gesetzmässigkeiten unterworfen waren.

Es könnte auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen, dass Bismarck und der Kreis um Wagener mit einem Manne paktierten, der ein leidenschaftlicher Vorkämpfer des allgemeinen Wahlrechts war. Aber dieser Kampf Lassalles war ihnen keineswegs unsympathisch. Ihre Gedanken gingen nämlich in dieselbe Richtung, und gleich nachdem Bismarck zu Lassalle in Beziehungen getreten war, verhandelte er mit diesem sowohl über die Einführung als auch die Art und die Wirkung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preussen.

Warum hätten Bismarck und seine Mitarbeiter dies auch nicht tun sollen? Napoleon III. hatte ihnen ja gezeigt, wie man mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts den Liberalismus und die Demokratie erdrosseln konnte. In ähnlicher Weise planten nun auch sie, durch die Mobilisierung rückständiger oder ihnen nahestehender Massen den Fortschritt ins Herz zu treffen und so ihr eigenes Regime zu stabilisieren. Wie sehr sich die Reaktion mit dem Dreiklassenwahlrecht verrechnet hatte, haben wir ja gesehen, und eben aus diesem Grunde setzten Bismarck und andere nun ihre Hoffnungen auf das allgemeine Wahlrecht.

Am 19. April 1866 schrieb Bismarck an den Grafen Bernstorff in London: «In einem Land mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen.» Zwar nicht ausschliesslich, aber doch in erster Linie unter diesem Gesichtspunkt führte Bismarck erst im Norddeutschen Bund, der 1867 nach dem siegreichen Kriege Preussens gegen Österreich gegründet wurde, und dann auch im Deutschen Reiche, das 1871 nach dem siegreichen Kriege gegen Frankreich entstand, den Artikel 20 in die Verfassung ein, welcher besagte: «Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor.»

Auf diese Weise kam Deutschland zum allgemeinen Wahlrecht. Man muss dies beachten, wenn man diesen scheinbaren Sieg der Demokratie richtig verstehen und beurteilen will.

Aber wie sich das Dreiklassenwahlrecht in den sechziger Jahren durch die Wandlungen im wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes ge-

gen seine Urheber kehrte, so war dies später aus denselben Gründen auch mit dem allgemeinen Wahlrecht der Fall, und welche Konsequenzen der Konservatismus daraus zog, – das werden wir bald sehen. Jedenfalls hatte Bismarck sich das alles ganz anders vorgestellt, wie ja auch aus seinen eben zitierten Ausführungen über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts hervorgeht. In Preussen verblieb es jedoch beim Dreiklassenwahlrecht. Das kunstvolle System, das Bismarck nun aufgebaut hatte, stellte die politische Vorherrschaft der alten Mächte – die übrigens auch durch das preussische Herrenhaus gefestigt war – vorläufig auf andere Weise sicher.

Bismarck hatte schon seit Langem erkannt, dass Preussens Grossmachtstellung nicht ohne eine Auseinandersetzung mit dem Rivalen Österreich behauptet werden konnte. Auch sah er die Gefahr, dass die Einigung Deutschlands sich einmal unter dem Banner des Liberalismus vollziehen könnte, wenn die preussische Herrenklasse dieses Problem nicht in ihrer Weise zu lösen vermag. Er war daher bereit, das kleindeutsche nationale Programm von 1848/49 zu verwirklichen –jedoch auf seine Weise, nämlich durch Blut und Eisen, und fest entschlossen, die politischen Machtansprüche des Liberalismus zurückzuweisen. Darum der Verfassungskonflikt in den sechziger Jahren, der Kampf um das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, der Kampf um die Heeresreform, um die Reform des Herrenhauses, das Bündnis mit Lassalle und das Spiel mit dem Gedanken des allgemeinen Wahlrechts.

Nach dem Siege über Österreich kam Bismarck dem Bürgertum in wirtschaftlicher Hinsicht sehr bereitwillig entgegen. Auch in der Behandlung parlamentarischer Fragen war er nicht so rücksichtslos wie vorher und später. «Es war seine beste Periode. Man konnte stellenweise zweifeln an seiner spezifisch preussischen Borniertheit, an seiner Unfähigkeit, einzusehen, dass es in der Weltgeschichte noch andere und stärkere Mächte gibt als Armeen und auf sie gestützte Diplomatschliche», schrieb Friedrich Engels rückblickend.

All dies erleichterte es vielen Liberalen, ihre bisherige Oppositionsstellung aufzugeben. So entstand aus diesen und anderen Elementen die Nationalliberale Partei, deren Führer Rudolf von Bennigsen wurde. Für Bismarck war dies umso angenehmer, als seine eigenen Standesgenossen mit der neuen wirtschaftlichen Gesetzgebung wie überhaupt mit der gan-

zen neuen Entwicklung höchst unzufrieden waren und er daher für die Schaffung und den Ausbau des Reiches eine neue Stütze brauchte. Mit Recht sagt ein deutscher Soziologe:

«Gerade auf den Wegen, wo Bismarck die Vorstellungswelt der alten Aristokratie verliess, folgte diese ihm nicht, sondern blieb fest und noch zäher mit dem Land und nur mit dem Land verbunden. Und dies in einer Zeit, da das Schwergewicht des modernen Lebens endgültig in die Stadt wanderte. So stellte sich der Adel ausserhalb der neuen Bewegungen, sammelte um sich die Kräfte antikapitalistischer, städtefeindlicher Lebenshaltung¹.»

So stützte sich Bismarck gezwungenermassen auf die Nationalliberalen. Er liess dabei jedoch alle Künste seiner verschlagenen Politik spielen, um das Heft fest in seiner Hand zu behalten und für seine Klasse zu retten, was zu retten war. Trotzdem wuchs die Erbitterung der Konservativen gegen Bismarck zusehends. «Wir gehen rapide unserem Untergange entgegen», – so und ähnlich klagten viele ihrer Vertreter. Wie sehr sich führende Nationalsozialisten gerade mit ihnen verbunden fühlen, geht aus dem folgenden Urteil Rosenbergs über Bismarck hervor: «So schuf und zimmerte der grosse Mann mit einer Hand das Reich und setzte er mit der anderen die Lunte ins eigene Haus.»

Die Lunte – das waren die wirtschaftlichen Reformen und die unter dem Zwang der Umstände notwendig gewordenen Zugeständnisse an den politisch sehr gemässigten Liberalismus der Nationalliberalen. Also schon das 1871 in Versailles gegründete Reich war Rosenberg zu liberal – genauso wie den oppositionellen Aristokraten der damaligen Zeit, und nicht zufällig marschierte Rosenberg im Bunde mit konservativen Männern dieses Typs ins Dritte Reich.

Dass Bismarck nach 1866 eine sehr starke Position im Bürgertum hatte, erklärt sich nicht nur daraus, dass er nun – wenn auch in seiner Weise – das bürgerliche Einigungsprogramm von 1848/49 verwirklichte, auch nicht nur aus Bismarcks Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet oder aus dem Sieg von 1866. Von entscheidender Bedeutung war

1) Dr. Sigmund Neumann «Die Stufen des preussischen Konservatismus». Historische Studien, Heft 190, Seite 63. Diese Arbeit erschien im Jahre 1930, und es ist interessant, dass Neumann in einer Fussnote zu dem eben angeführten Zitat bemerkte: «Auch für die Gegenwart wird man diese Vorstellungen als die herrschenden im Adel bezeichnen können.» Nach 1930 war dies in noch viel stärkerem Ausmass der Fall, und wir werden sehen, wie dies zum Bündnis zwischen Adel und Nationalsozialismus gegen den fortschrittlichen Teil des deutschen Kapitalismus, den Liberalismus und die Arbeiterbewegung geführt hat.

dabei nämlich auch, dass das morsche Frankreich Napoleons III. – vorwiegend aus Gründen des Prestiges und der inneren Politik – die Einigung Deutschlands zu sabotieren suchte.

Auf diese Weise profitierte der autoritäre Staatsmann Bismarck von dem autoritären Staatsmann Napoleon III., und das war in gewissem Sinne schon in den vorausgegangenen Jahren der Fall, weil die Einigung Deutschlands auf dem Weg der moralischen Eroberungen ganz besonders im Hinblick auf das damalige Frankreich problematisch erscheinen musste.

Aber die preussische Junker- und Kriegerkaste hätte unter keinen Umständen den Weg der moralischen Eroberungen einschlagen können. Dazu hätte eine echte liberale Gesinnung und ein ebenso tiefes wie selbstverständliches Nationalbewusstsein gehört. Dies aber war und blieb der preussischen Junker- und Kriegerkaste fremd. Es ist bezeichnend, dass die «Kreuzzeitung» im Jahre 1868 schrieb: «Die Konservative Partei musste, wenn sie ihre Aufgabe nicht ganz verkennen wollte, den Krieg gegen Österreich schon um des Krieges willen fördern, statt zu hemmen. Selbst ein unglücklich verlaufender Krieg ist für die fürstliche Macht konservativer als gar kein Krieg, denn jeder lange dauernde Frieden ist nur ein Zersetzungszustand, der die Tätigkeit oppositioneller Parteien hervorruft und fördert.»

In all dem liegen die psychologischen Ursachen dafür, dass die Militärs kein Verständnis für einen vernünftigen Frieden mit Frankreich hatten. Die preussische Junker- und Kriegerkaste wollte das ihr verhasste Geburtsland der Menschenrechte demütigen, ihr Prestige mehren und durch eine permanente deutsch-französische Spannung die Armee von Vornherein zum Mittelpunkt des werdenden deutschen Reiches machen. So wurde in völliger Verkennung der ernststen Konsequenzen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen musste, Elsass-Lothringen annektiert.

Schlimmeres wurde dank der in diesem Punkte grossen Weitsicht und weisen Mässigung Bismarcks verhindert. Es gelang ihm mit Mühe, den König auf seine Seite zu bringen und den Militärs den Friedensschluss aus der Hand zu nehmen. Ein besseres Resultat hätte er jedoch auch dann nicht erreichen können, wenn er es – wie oft behauptet wird – wirklich ernsthaft gewollt hätte. Denn das System, dessen Verteidiger und Repräsentant er trotz allem immer geblieben ist, hatte die Erziehung des deut-

schen Volkes zum politischen Denken und Handeln unerhört erschwert, und nicht zuletzt aus diesem Grunde fanden die Eroberungspläne in weiten Kreisen dieses Volkes Resonanz. Im Lager des Liberalismus und besonders auch der jungen Arbeiterbewegung – die sich einer sehr ernsten und prophetischen Warnung von Marx anschloss – erhob sich jedoch gegen die Annexionspläne Protest. Sozialistische Führer wurden verhaftet und in Ketten nach der Festung Lötzen in Ostpreussen gebracht. Bebel und Liebknecht wurden zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt. So stellte die junge deutsche Arbeiterbewegung ihre internationale und humanistische Gesinnung unter Beweis.

Man hat im Hinblick auf solche und andere politische, weltanschauliche und soziale Risse im deutschen Volk von «zwei Deutschland» gesprochen, und der Nationalsozialist Alfred Rosenberg sagt in seinem erstmalig 1930 erschienenen Buch «Der Mythos des 20. Jahrhunderts», dass sich diese zwei Deutschland «schon 1870/71 zeigten, nach 1914 unversöhnlich gegenüberstanden, 1918 endgültig auseinanderfielen und heute auf Leben und Tod miteinander ringen».

Diese zwei Deutschland zeigten sich zwar schon viel früher als 1870/71, aber damals nahm innerhalb des einen Deutschland die Arbeiterbewegung schon einen besonders wichtigen und selbständigen Platz ein, und insofern kann man vielleicht sagen, dass der alte Kampf in dem historischen Augenblick eine neue Note bekam, wo sich der nationale Einigungskrieg gegen Napoleon III, in einen Eroberungskrieg gegen die französische Republik verwandelte.

Es sollte sich sehr bald zeigen, wie verhängnisvoll der Friede war, den man Frankreich auferlegt hatte. Aber trotzdem wurden die entschiedensten Vertreter eines aufrichtigen Verständigungsfriedens als «antinational» gebrandmarkt.

Am meisten interessanterweise von denen, die vor wenigen Jahren noch leidenschaftlich gegen die «Verleugnung unseres preussischen Vaterlandes» und gegen den «Nationalitätenschwindel» gekämpft hatten und deren König noch Ende 1870 zum Kronprinzen gesagt hat: «Es würde ein grosses Unglück sein, wenn ich die glänzende preussische Krone mit dieser Schmutzkrone vertauschen müsste.» Mit Tränen in den Augen klagte er seinen Vertrauten gegenüber, wie unendlich schwer ihm die Annahme der Kaiserkrone falle. Es warnte ihn «der leichte Revolutionsgeruch, der seit 1849 dem Kaiserdiadem nun einmal anhaftete»,

sagt ein deutscher Historiker. Mehrfach dachte der König ernsthaft an seine Abdankung, wiederholt geriet er mit Bismarck in Streit.

Die Geburt dieses Kaisers war so problematisch wie die seines Reiches, und die ausgesprochen militärische Note bei den Feierlichkeiten der Kaiserproklamation war in jeder Hinsicht charakteristisch. Mit Recht sagt Ziekursch, dass nun nicht ein Nationalstaat entstand, in dem das Volk den Träger des Staatslebens bildet, sondern der alte Obrigkeitsstaat beibehalten und ihm nur eine nationale Färbung gegeben wurde. Nichts fürchtete das alte Preussen mehr, als sein Aufgehen in einen wirklich demokratischen Nationalstaat. Noch im Jahre 1936 bekannte der preussische Junker v. Oldenburg-Januschau in seinen «Erinnerungen»:

«Wir waren als Soldaten viel zu sehr Preussen, um nicht einzig und allein in der preussischen Geschichte unser Vorbild zu sehen. Die Reichsgründung hatte auf uns nicht so gewirkt wie auf die nachfolgenden Generationen. Wir sahen im Deutschen Reich nicht den Zusammenschluss aller deutschen Stämme, sondern mit den Worten des alten Kaisers nur ein vergrössertes Preussen.»

Dieser Oldenburg-Januschau wird uns im neuen Reich nicht nur als ein sehr selbstbewusster Vertreter altpreussischen Herrentums entgegengetreten, sondern kurioserweise auch als ein Führer der «Nationalen Opposition», die sich nicht erst nach 1918, sondern schon sehr viel früher herausgebildet hat.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Wege war die berühmte «reaktionäre Wendung» Bismarcks, die wenige Jahre nach der in Versailles erfolgten Gründung des Deutschen Kaiserreiches vollzogen wurde und die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie fand.

Diese Periode kann in gewissem Sinne als ein Vorspiel zum Dritten Reich angesehen werden. Dies umso mehr, als sie von der sogenannten «Nationalen Opposition» der Zeit nach Bismarck in vieler Hinsicht als das Vorbild hingestellt wurde. Allerdings mit dem sehr wesentlichen Unterschied, dass man alles noch viel radikaler machen wollte und schliesslich auch machen musste. Aber dass ein innerer Zusammenhang zwischen den Ereignissen nach dem Versailles von 1871 und dem von 1919 besteht – das deuten auch die folgenden Worte an, die Adolf Hitler in «Mein Kampf» geschrieben hat:

«Ich studierte die Bismarcksche Ausnahmegesetzgebung in Absicht, Kampf und Erfolg.»

DRITTES KAPITEL

Vorspiel und Vorbild

Wir haben gesehen, dass Deutschland später als andere Länder in die moderne Entwicklung einbezogen wurde, dass dadurch die politischen, ökonomischen und sozialen Spannungsmomente in diesem Lande von vornherein zahlreicher und grösser waren als anderswo und dass darin in sehr hohem Masse auch der problematische Charakter der nationalen Einigung Deutschlands begründet liegt.

Nun muss auf eine Erscheinung hingewiesen werden, die ganz allgemein und besonders auch zum Verständnis der deutschen Entwicklung von ausserordentlich grosser Bedeutung ist, nämlich die Tendenz verspäteter Länder, die ökonomisch fortgeschrittenen relativ schnell einzuholen oder gar zu überflügeln, wenn auch vielleicht nur partiell. So wurden zum Beispiel in Deutschland zwischen 1865 und 1875 14'000 Kilometer Eisenbahn gebaut gegenüber nur 5'400 in England und 8'000 in Frankreich.

Auch auf anderen Gebieten war das Entwicklungstempo Deutschlands schneller als in den alten kapitalistischen Ländern. Dabei hat der Zwang zur Anpassung an die am weitesten entwickelten Länder eine ebenso grosse Rolle gespielt wie auf der anderen Seite der Vorteil, sich die Erfahrungen und Errungenschaften dieser Länder zu eigen machen zu können. Die verspäteten Länder überspringen auf diese Weise eventuell sogar bestimmte Etappen der Entwicklung, und je später sie den Anschluss an die neue Zeit finden, desto grösser sind die Sprünge. Russland zeigt dies besonders klar.

In England, dem Mutterland des Kapitalismus, wirkt im Vergleich zu den Spätlingen des Industrialismus manches altmodisch und zurückgeblieben. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass – um ein Beispiel zu nennen, auf das unter anderem Max Weber hingewiesen hat – eine hoch und mit grossen stehenden Kapitalien entwickelte Gasbeleuchtung oder Dampfisenbahn stärkere Hemmnisse der Elektrifizierung bietet als Gebiete, die als völliges Neuland erschlossen werden. Was einmal mit grosser Mühe und gewaltigen Kapitalinvestitionen ge-

schaffen wurde, ist ziemlich zählebig und lässt sich nur schwer von Grund auf erneuern.

Rein technisch und ökonomisch war es daher unzweifelhaft ein grosser Vorteil für Deutschland, dass dieses gleich an die höchsten Formen der kapitalistischen Produktionsweise anknüpfte. Es blieb ihm auch nichts anderes übrig, weil es umso mehr auf seine Konkurrenzfähigkeit bedacht sein musste, als es im Gegensatz zu England keinen Rückhalt in Kolonien hatte – auch eine Folge der Verspätung! – und keine Gewinne aus der Beherrschung der Weltschiffahrt sowie des internationalen Kapitalmarktes.

Aber soziologisch betrachtet war der Umstand, dass Deutschland gleich an die höchsten Formen der kapitalistischen Produktionsweise anknüpfte und anknüpfen musste, sehr problematisch. Man sieht oft nur die technische und ökonomische Seite der Sache, während man die soziologische ignoriert. Aber nur wenn man beide zugleich im Auge behält, wird das phantastische Nebeneinander von Rationalismus und Irrationalismus, höchstem Fortschritt und tiefster Reaktion, Weltwirtschaft und Autarkie usw. verständlich.

Die Tendenz der verspäteten Länder, die ökonomisch fortgeschrittenen Länder relativ schnell einzuholen oder gar zu überflügeln, hat die Kehrseite, dass sich die Entwicklung stossartig, unorganisch, sprunghaft und darum aussergewöhnlich widerspruchsvoll und besonders für die vorkapitalistischen Schichten sehr schmerzvoll vollzieht. Dies musste in einem Lande wie Deutschland mit seiner breiten Schicht von Kleinbürgern und seiner mächtigen Adelsklasse naturgemäss zu schwerwiegenden Komplikationen und sozialen Erschütterungen führen.

In den ersten Jahren nach dem siegreichen Krieg gegen Frankreich war das Tempo der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands in vieler Hinsicht ganz besonders stürmisch. Es lag dies teils an der neuen wirtschaftlichen Gesetzgebung und teils an der Vereinheitlichung und Erweiterung Deutschlands. Zu einem sehr grossen Teil aber auch daran, dass das besiegte Frankreich an Deutschland die phantastische Summe von fünf Milliarden Francs Kriegsschädigung zahlen musste und diese Summe schon im September 1873 voll abgetragen hatte. Das war der sogenannte «Milliardensegen», der so viele nachteilige Wirkungen hatte, dass die Franzosen seinerzeit in gewissem Sinne mit Recht sagten, die Kriegsschädigung trage die Revanche in sich selber.

Ein grosser Teil dieser Kriegsentschädigung wurde zur Erneuerung und Vervollkommnung der Rüstung verwendet, ein anderer belebte die Wirtschaft auf andere Weise. Auf vielen Gebieten ging es im Sturmschritt vorwärts. Hatte zum Beispiel Preussen im Jahre 1870 1'000 Kilometer Eisenbahnstrecke gebaut, so waren Ende 1872 5'000 Kilometer im Bau. Auch die Kurve der Kohlenförderung, der Eisen- und Stahlerzeugung, des Handels usw. stieg schnell an. Man gründete damals in einem atemraubenden Tempo neue Unternehmungen, und man nennt diese Jahre daher die «Gründerjahre».

In diesen Gründerjahren setzte eine wilde Jagd nach Reichtum ein. Adlige, Kleinbürger und Bauern, die sehr häufig zu den Anklägern der Geldherrschaft und des Kapitalismus gehörten, beteiligten sich nun an oft sehr problematischen und schwindelhaften Finanzgeschäften, um nach Möglichkeit über Nacht in die Klasse des kapitalistischen Bürgertums aufzusteigen. In München bekam eine Spekulantin einen sehr hohen Kredit von Bauern, weil sie 20 Prozent Zinsen in Aussicht stellte. Die Jobbermanie herrschte übrigens auch in Österreich. Der Wiener Offizier Plaght zum Beispiel konnte 1'600 sogenannten «kleinen Leuten» bedeutende Beträge aus der Tasche locken. Er versprach nicht weniger als 40 Prozent Zinsen, und da konnten die Gegner der «Zinsknechtschaft» nicht widerstehen.

Bald aber mussten alle diese Spekulanten feststellen, dass sie sich ganz grob verspekuliert hatten. Im Jahre 1873 brach nämlich eine gewaltige Wirtschaftskrise herein. Zuerst kam es in Wien, dann in New York zu einem grossen Börsenkrach, und dann kam Deutschland an die Reihe. Es handelte sich also um eine Weltwirtschaftskrise.

Dass Deutschland von dieser Krise – die zugleich eine Agrar- und Industriekrise war – sehr tief erfasst wurde, war der Ausdruck dessen, dass es inzwischen ziemlich eng mit der Weltwirtschaft verwachsen war und in deren Gesetzmässigkeiten verstrickt wurde. Dieser Tatbestand kam jedoch nur sehr wenigen zu Bewusstsein. Ebenso wenig verstand man, dass Deutschland in den Gründerjahren eine Entwicklung durchlief, die zwar in sehr vieler Hinsicht weniger stürmisch und chaotisch hätte sein können, die aber an und für sich notwendig und unaufhaltsam war.

Besonders kurzichtig waren in diesem Punkt begreiflicherweise die junkerlichen und mittelständischen Gegner des Liberalismus und des In-

dustrialismus, und vollständig kopflos waren natürlich die vielen kleinen Leute, die sich im Traume schon als grosse Leute gesehen hatten und nun plötzlich am Grabe ihrer Hoffnungen standen. Nach einer amtlichen Feststellung gingen auf diese Weise mehr als 2 Milliarden Mark verloren. So hatte sich in der Gründerkrise eine ungeheure Enteignung breiter Volksschichten vollzogen, und das bedeutete in sozialer Hinsicht in gewissem Sinne etwas Ähnliches wie nach dem verlorenen Krieg von 1918 die Inflation.

In beiden Fällen waren die speziellen und vorübergehenden Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftslebens jedoch nicht die letzte und tiefste Ursache der nun wild aufflammenden Mittelstandsbewegung und des untrennbar mit ihr verbundenen Antisemitismus. Vielmehr wurde durch die Enteignung breiter Volksschichten in dem grossen Krach der siebziger Jahre ebenso wie später durch die Inflation der unabhängig von diesen exzeptionellen Verhältnissen bestehende Gegensatz zwischen dem Mittelstand und dem Industrialismus nur *verschärft*. Die industrielle Gesellschaft, die zwangsläufig zur Weltwirtschaft drängt und damit deren Gesetzen unterworfen ist, musste nicht nur mit dem im Rittergut wurzelnden preussischen Konservativismus, sondern auch mit breiten Schichten des Mittelstandes in Stadt und Land in zunehmende Konflikte geraten, weil sie ihrer Tendenz nach in sehr hohem Masse mittelstandsfeindlich ist.

All dies sowie die allgemeine Kompliziertheit der Entwicklung des verspäteten Deutschland und die grosse Rolle, die das jüdische Finanzkapital in dem Prozess der Industrialisierung gespielt hat, ist unter anderem auch von entscheidender Bedeutung, wenn man sich Klarheit über die Entstehung und das Wesen der antisemitischen Massenbewegung zu verschaffen sucht.

Die Juden haben zwar in Westeuropa nirgends mehr als ein Prozent der Bevölkerung ausgemacht, aber trotzdem war ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben dieser Länder ausserordentlich gross. Der jüdische Soziologe Jakob Lestschinsky sagt darüber in einer seiner Arbeiten:

«Durch eine ganze Reihe historisch gegebener Ursachen haben sich die Juden nicht nur als psychisch geeigneter, mit grösserer Erfahrung und Sachkenntnis ausgestattet erwiesen, sondern sie haben auch über jene Art von Kapital verfügt, das an und für sich nicht gross war im Vergleich zum allgemeinen Volksvermögen, jedoch die hauptbewegende Kraft in

der kapitalistischen Entwicklung darstellte. Das jüdische Finanzkapital hat im Laufe des gesamten 19. Jahrhunderts eine viel grössere Bedeutung gehabt, als man auf Grund seines Volumens hätte erwarten können. Das sinnfälligste Beispiel in dieser Hinsicht ist Deutschland, welches am Anfang des 19. Jahrhunderts noch ausgesprochenes Agrarland war, in welchem die Reichtümer ausschliesslich in den Händen des Landadels konzentriert lagen, in dem das Finanzkapital nur einen geringen Bruchteil des gesamten Volksvermögens darstellte, in dem die Juden kaum ein Prozent der Bevölkerung ausmachten und in dem fast das gesamte Finanzkapital sich in jüdischen Händen befand oder – präziser ausgedrückt – bei einer kleinen Gruppe von Juden.

Es ist allgemein bekannt, dass der grösste Teil der deutschen Eisenbahnen (bis 1875) von den Rothschilds und Stroussbergs gebaut wurde. Diesem kleinen Häuflein jüdischer Kapitalisten, die höchstens einige Prozent der jüdischen Bevölkerung und einen verschwindenden Prozentsatz der Gesamtbevölkerung darstellten, fiel die Rolle zu, jene erweckende und treibende Kraft zu werden, die in hohem Masse bei der Entwicklung des natürlichen Zerfallprozesses der patriarchalisch-agrarischen Fundamente mitwirkte und das noch halb bäuerliche Land in das Gewirr der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen hinein zog.

Zweifellos hatte Marx, als er seine Theorie von der Konzentration des Kapitals aufstellte, die mannigfaltigen Gegenkräfte und Gegentendenzen unterschätzt. Aber wie die ganze neuere Geschichte und die Entstehung des Dritten Reiches, so ist auch das Aufkommen des Antisemitismus in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht zu verstehen, wenn man die Rückwirkungen der Konzentration des Kapitals und der Durchindustrialisierung wie Durchorganisierung unserer Gesellschaft auf den Mittelstand und die Landwirtschaft ignoriert.

«Wer von all diesen bedrängten Kleinbürgern und Bauern vermochte zu erkennen, dass sein Stand und Wohlstand einer unaufhaltsamen Wirtschaftsentwicklung zum Opfer fiel?» fragt Dr. Kurt Wawrzinek mit Recht in seiner Studie «Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873-1890» (Berlin 1927). Man *vermochte* dies nicht nur nicht zu erkennen, sondern man *wollte* es auch nicht erkennen. Alle Gefühle dieser Schichten lehnten sich dagegen auf. Denn welche Hoffnung hätte man wohl noch, wenn es sich wirklich um eine «unaufhaltsame» Wirtschaftsentwicklung handeln sollte?

Man flüchtete sich daher in seiner Bedrängnis in die Illusion, Deutschland sei durch den Einfluss «undeutscher» Ideen, vor allem der Juden, auf eine verhängnisvolle Bahn getrieben. Diese Illusion wurde natürlich von Demagogen bewusst genährt und ausgebeutet, aber es wäre viel zu mechanisch, wenn man den Antisemitismus als solchen aus dem Wirken solcher Demagogen erklären wollte.

Es hat noch keine Massenbewegung gegeben, die nur durch Demagogen hervorgerufen wurde. Fehlen gewisse objektive ökonomische und soziale Voraussetzungen für eine solche Massenbewegung, dann können sich die Demagogen den Hals ausschreien, und sie werden doch Generäle ohne Truppen bleiben. Zwar kann man den Antisemitismus in einem gewissen Sinne einen Betrug nennen, aber es handelt sich dabei in erster Linie um einen Selbstbetrug – um einen Selbstbetrug all jener Menschen, die sich davor fürchten, der Wahrheit ins Antlitz zu schauen, weil sie nicht einsehen wollen und können, dass es die grossen und unaufhaltsamen Gesetze der Entwicklung sind, die sich gegen sie in permanenter Aktion befinden.

Darin liegt die soziologische Erklärung dafür, dass – wie Wawrzinek feststellt – «der Kampf des Kleinbürgertums gegen seine Herabdrückung ins Proletariat unter der Signatur der Reaktion gegen Liberalismus, Manchesterium und Judentum steht».

Die Geschichte des deutschen Antisemitismus ist die Geschichte der sozialen Kämpfe Deutschlands, und es ist daher kein Zufall, dass der Antisemitismus immer umso stärker in die Erscheinung trat, je zugespitzter die sozialen Kämpfe Deutschlands waren. Die jeweilige nationale Lage, die ja immer auf die Innenpolitik zurückwirkt und die sozialen Auseinandersetzungen in der einen oder anderen Weise beeinflusst, kann dabei eine grosse Rolle spielen, aber die entscheidenden Ursachen des modernen Antisemitismus sind ökonomischer und sozialer Natur. Es ist in diesem Zusammenhange besonders zu betonen, dass der deutsche Antisemitismus nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 entstanden und eine Massenbewegung geworden ist, also nicht nach einer Niederlage, nicht in einer Periode nationaler Demütigung.

1874/75 erfolgten in der im Kleinbürgertum verbreiteten «Gartenlaube» schwere öffentliche Angriffe gegen das Judentum, das der Verfasser dieser Artikel, Otto Glagau, für alle Übel verantwortlich machte und – wie das für den Antisemitismus bis auf den heutigen Tag typisch

blieb – ohne Weiteres mit der Börse identifizierte. Das war natürlich eine grobe Verkennung der Dinge, aber die Phantasie bestimmter Massen reagierte aus den bereits erwähnten sozialpsychologischen Gründen auf eine so eigentümliche und irreführende Weise, dass dieser Irrtum als eine Wahrheit erschien.

Die Kompliziertheit des Börsenbetriebes mag dazu ihren Teil beigetragen haben. Aber das Primäre war ohne Zweifel erstens die besondere psychische Struktur der von der modernen Entwicklung bedrohten vor-kapitalistischen Gesellschaftsschichten und zweitens die Tatsache, dass das jüdische Finanzkapital in dem Prozess der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands eine so dominierende Rolle spielte und Juden mit der Institution der Börse sowohl sehr eng als auch sehr sichtbar in Beziehung standen.

Wir wiesen früher schon daraufhin, dass im Jahre 1855 in Preussen von 513 Bankiers 385 Juden waren. Im Jahre 1861 war das Verhältnis 642 : 550, also noch immer ähnlich. Und diese Relation, so sagt A. Sartorius von Waltershausen in seiner «Deutschen Wirtschaftsgeschichte 1815-1914», «änderte sich nach 1871 nicht. Von der Börse wurde ohne Widerspruch behauptet, dass von 8-10 Besuchern nur einer ein deutscher Christ oder ein getaufter Jude gewesen sei. An jüdischen Feiertagen pflegte das Geschäft an ihr zu ruhen».

Die Juden ruinieren den kleinen Mann, den Mittelstand und den Bauernstand – so und ähnlich schrie die antijüdische Propaganda ins Land hinaus. Das Judentum wurde mit dem Kapitalismus so weitgehend identifiziert, dass man die Formel prägte: «Die Judenfrage ist die soziale Frage». Unter diesem Motto erschien ab 1882 übrigens auch das antijüdische Wochenblatt «Reichsgeldmonopol».

In einer Broschüre mit dem bezeichnenden Titel «Die goldene Internationale» entwarf der Stadtgerichtsrat G. Willmanns im Jahre 1876 zum ersten Male ein Programm, das den Zweck verfolgte, den Kern der «goldenen Internationale», das heisst das Judentum, zu treffen. Der Verfasser sprach in bekannter Weise von einer internationalen Partei des Geldkapitals, die unter der Maske des Liberalismus marschiere. Auch nahm er – wie das für diese ganze Richtung immer charakteristisch geblieben ist – gegen das «römische Recht» Stellung, um demgegenüber für ein spezielles deutsches Recht einzutreten. «Wenn es gelingt, durch eine gerechte Gesetzgebung dem jetzt schwindenden Mittel- und namentlich

dem Bauernstande neue Lebenskraft zu geben, so ist für die Erhaltung deutschen Wesens und für die Fernhaltung des Einflusses der semitischen Rasse mehr getan, als alle Emanzipationsgesetze verderben können», heisst es in der erwähnten Schrift.

Man glaubt vielfach, dass der Judenhass immer eine plebejische Angelegenheit war und von den aristokratischen Konservativen verachtet wurde. So einfach liegen die Dinge jedoch nicht. Der österreichische Historiker Charmatz sagt über die diesbezüglichen Verhältnisse seines Landes, dass sich der breite antisemitische Strom, der sich später als christlich-soziale Partei durch das Stammland der Monarchie wälzte, aus zwei anfänglich kleinen Quellflüsschen zusammensetzte. Der eine Arm kam aus den Höhen des Konservativismus und der andere aus den kleingewerblichen Kreisen. Ähnlich vollzogen sich die Dinge auch im Deutschen Reich.

Besonders unter den preussischen Konservativen war seit Langem eine Aversion gegen die Juden vorhanden. Es hing dies aufs engste zusammen mit dem Kampf zwischen dem Adel und dem Bürgertum, zwischen dem Feudalismus und dem Kapitalismus. Unterdrückt und verfolgt, standen die Juden meistens im Lager des Liberalismus und später oft auch des Sozialismus, weil nur diese Bewegungen konsequent für die Emanzipation der Juden eintraten. Dies im Verein mit der Tatsache, dass ein Teil des Judentums durch seine wirtschaftlichen Funktionen ein fördernder Faktor des Kapitalismus war, erklärt hinreichend die antijüdischen Neigungen gewisser Kreise des preussischen Adels.

In der nationalliberalen Ära musste sich Bismarck von seinen eigenen Standesgenossen den Vorwurf machen lassen, er betreibe Judenpolitik, und zwar ganz einfach darum, weil er das Deutsche Reich nicht gründen und ausbauen konnte, ohne dem Bürgertum auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Gesetzgebung entgegenzukommen und so die industrielle Entwicklung zu begünstigen. Der preussische Junker Bismarck fühlte sich in dieser Rolle durchaus nicht wohl. Aber er hatte keine andere Wahl, denn die Dinge waren stärker als sein Wille. Jedoch wie gewisse Schichten des Kleinbürgertums und der Bauern, so hatten auch die extremen Konservativen als die Repräsentanten einer untergehenden Welt nicht den Mut und die innere Kraft, den Tatsachen ins Auge zu schauen und ihr Schicksal aus den grossen Gesetzen der Entwicklung zu begreifen. Sie gehörten daher ebenfalls zu denen, die Judentum, Liberalismus

und Kapitalismus miteinander gleichsetzten und an der antijüdischen Hetze teilnahmen.

Im Gegensatz zu vielen Kleinbürgern und Bauern taten diese Konservativen das jedoch nicht nur infolge Verkennung der Wirklichkeit, sondern auch auf Grund sehr nüchterner politischer Erwägungen. Sie glaubten nämlich, auf diese Weise am besten die nationalliberale Ära denunzieren und eine Freiheitsfront mit den antijüdischen, das heisst antiliberalen Kleinbürgern und Bauern errichten zu können.

Zwar war Julius Stahl, der dem preussischen Konservativismus die ideologischen Waffen geschmiedet hatte, ein süddeutscher Jude, aber sollte man deshalb darauf verzichten, die antijüdischen Leidenschaften zu schüren, wenn man dadurch den konservativen Interessen dienen konnte? Viele Konservative haben diese Frage verneint.

Die «Kreuzzeitung», das führende Organ der konservativen Partei, veröffentlichte im Sommer 1875 eine Artikelserie, in der Bismarck, der zu den Mitbegründern dieses Blattes gehörte, als intimer Judenfreund und Börsenspekulant charakterisiert wurde. Der intellektuelle Urheber der «neudeutschen Wirtschaftspolitik» sei Bleichröder, und dieser «regierender Bankier» sei selbstverständlich Jude, wie überhaupt die ganze nationalliberale Ära des Reichskanzlers eine Politik von Juden für Juden sei. Durch Lasker und Bamberger, die jüdischen Führer der mächtigsten Partei, der Nationalliberalen, beherrschten die «Mitbürger semitischer Rasse» die Gesetzgebung, mit Hilfe ihrer Presse regierten die Nationalliberalen das deutsche Volk und seien sie bemüht, dem Volke die planmässig angelegte Judenpolitik nicht zum Bewusstsein kommen zu lassen.

Ausser der «Kreuzzeitung» wirkte vor allem noch die «Reichsglocke» in diesem Sinne. Diese Richtung der Konservativen war sehr stark und einflussreich. Davon zeugt unter anderem auch die Tatsache, dass eine grosse Anzahl von Grundbesitzern, Pastoren usw. die scharfe Abrechnung, die Bismarck im Februar 1876 im Reichstage mit der «Kreuzzeitung» und ihren Hintermännern vorgenommen hatte, mit einer offenen, in der «Kreuzzeitung» veröffentlichten Erklärung beantworteten, in der sie die Angriffe des Reichskanzlers zurückwiesen und sich geschlossen mit der Haltung ihres Blattes solidarisierten. Wochen hindurch konnte die «Kreuzzeitung» weitere solche zustimmenden Erklärungen aus den

Reihen der Konservativen veröffentlichen. Die sogenannten «Deklaranten» bekannten sich damit auch zu der antijüdischen Agitation des konservativen Parteiorgans.

Auch katholische Kreise schürten die antijüdischen Leidenschaften. Es ist bemerkenswert, dass die «Germania», das leitende Organ der 1870 gegründeten Zentrumspartei, die Losung ins Volk rief «Kauft bei keinem Juden!» und dass Ausdrücke wie Ausbeuter, Halsabschneider, Güterschlächter usw. zu ihrem selbstverständlichen Vokabular gehörten. Diese Ausdrücke, so sagt Wawrzinek, «weisen daraufhin, dass die ‚Germania‘ den späteren ‚reinen Antisemiten‘ an Kampfesfeier kaum nachstand. Und es gibt auch in der Tat kaum ein Argument, das in den achtziger Jahren geltend gemacht worden ist, das sich nicht schon in den Germaniaartikeln von 1875 fände». Von besonderem Interesse ist, dass die katholische «Germania» damals schrieb: nicht religiöser Fanatismus habe je Judenverfolgungen hervorgerufen, sondern diese seien «ein Protest der germanischen Rasse gegen das Eindringen eines fremden Stammes».

Damit hatte sich die «Germania» sogar den Rassenstandpunkt zu eigen gemacht, der damals erst im Aufkommen begriffen war und vorläufig noch sehr vereinzelt vertreten wurde. Die neue Form des Judenhasses kündigte sich jedoch auch schon in den verächtlichen Worten der Kreuzzeitung über die «Mitbürger semitischer Rasse» an.

Von hier aus war es nur noch ein Schritt zur Prägung des Begriffes Antisemitismus, und es war zuerst der leidenschaftliche Judenhasser Wilhelm Marr – nach S.M. Dubnow («Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes», Band III, S. 10) getaufter Sohn eines jüdischen Schauspielers – der diesen Schritt tat. Wilhelm Marr, der unter anderem ein Pamphlet mit dem Titel «Der Sieg des Judentums über das Germanentum» veröffentlicht hatte, war auch der Gründer der ersten im richtigen Sinne des Wortes antisemitischen Organisation. Sie nannte sich die «Antisemitenliga». Ihr Organ war die «Deutsche Wacht», eine Halbmonatsschrift, die seit Oktober 1879 erschien. Das Ziel dieser Organisation, die auf dem Rassenprinzip basierte, war die Abwehr jüdischen Wesens und die «Vernichtung jüdischer Herrschaft mittels Aufrichtung des deutschen Volksbewusstseins».

Genau genommen dürfte man als Antisemiten nur diejenigen Judenhasser bezeichnen, die auf dem Boden des Rassenprinzips stehen. Aber

der Begriff Antisemitismus hatte sich allmählich in allen Richtungen der Judengegner eingebürgert, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Es ist jedoch ganz in der Ordnung, dass die judenfeindlichen Bewegungen, die sich seit den siebziger Jahren geltend machten, eine eigene Bezeichnung annahmen. Denn sie hatten viele neue Züge selbst da, wo noch nicht von einem Rassengegensatz zwischen den Ariern und den Semiten gesprochen wurde.

Diese neuen Züge bestanden vor allem darin, dass der Judenhasse nun ins parteipolitische Leben einzog, zum Programm organisiert handelnder Menschen erhoben wurde, sichtbar als jemals zuvor mit den ökonomischen, sozialen und machtpolitischen Auseinandersetzungen verbunden war und zumindest zeitweilig und teilweise sowie mehr oder weniger offen durch die herrschenden Schichten gefördert wurde.

Auf Grund all dieser Erscheinungen hat sich für den Judenhasse der Zeit nach 1870 mit Recht ein neuer Begriff eingebürgert. Zwar war der Begriff Antisemitismus aus den angeführten Gründen nicht ganz treffend, aber dass die Judengegner ihn so allgemein akzeptierten, war ein Symptom, das deren Empfindungen und Vorstellungen charakterisiert und die Richtung andeutete, in welcher sich die Dinge weiterentwickeln sollten.

Ähnlich wie bei den Konservativen um die «Kreuzzeitung» war die judenfeindliche Haltung der Katholiken um die «Germania» teils ein Ausdruck konservativer Gesinnung und antiliberaler Lebenseinstellung und teils ein Mittel im Kampf gegen Bismarcks damaligen Kurs. Mit dem Vordringen des Industrialismus, das tiefe Rückwirkungen auf das Fühlen und Denken der Menschen hatte und insbesondere auch die Machtstellung der Kirche auf dem Gebiete des Schulwesens einengte und bedrohte, konnte sich der Katholizismus ebensowenig kampfflos abfinden wie mit der Schwächung seines Einflusses durch die Schaffung des kleindeutschen Nationalstaates unter Ausschluss des katholischen Österreich und unter Führung des vorwiegend protestantischen Preussen.

Aus diesen und anderen Gründen brach im Jahre 1871 der sogenannte Kulturkampf aus, in dem Bismarck versuchte, die Macht der katholischen Zentrumspartei zu brechen. Er fand dabei besonders im Lager des Liberalismus wertvolle Unterstützung, wobei jedoch zu bemerken ist, dass die Motive und die Ziele der Kulturkämpfer ziemlich verschiedenartig waren. Für Bismarck war dieser Kampf vor allem einmal ein Kampf

für die Wahrung der staatlichen Souveränität, die er durch den universalistischen und föderalistischen Katholizismus gefährdet sah. Zwar spielte dieses Moment in der einen oder anderen Form auch für die liberalen Mitkämpfer des Reichskanzlers eine entscheidende Rolle, aber für sie war dieser Kampf im allgemeinen zumindest im gleichen Masse ein grundsätzlicher Kampf für die Freiheit des Geistes, der Wissenschaft und der Schule.

Alle diese Differenzen waren an sich unvermeidlich und mussten ausgeglichen werden. Aber dass sie die scharfen Formen des Kulturkampfes annahm, lag in hohem Masse darin begründet, dass Bismarck ein autoritärer Politiker war und sein Reich kein demokratischer Nationalstaat.

Es war die Tragik Deutschlands, dass es auf Grund seiner mannigfachen und tiefen Gegensätze zwischen den verschiedenen Klassen, Religionen und Ländern die Demokratie nötiger hatte als manches andere Land, aber sich auf Grund derselben Gegensätze nur sehr schwer den Weg zur Demokratie bahnen konnte. Wer, wie Bismarck, diesen Weg überhaupt nicht zu beschreiten suchte, sondern umgekehrt entschlossen war, ihn zu verbauen, hatte ein ziemlich leichtes Spiel, weil es in diesem Lande kein Kunststück war, mit dem einen gegen den anderen zu operieren und zu manövrieren. Es gehört überall mehr staatsmännische Grösse zur Herausbildung als zur Verhinderung der Demokratie, ganz besonders aber in Deutschland, mit dem es die Geschichte nicht so gut gemeint hat wie mit anderen Ländern.

Nach der Absicht der Liberalen, so sagte Virchow im Jahre 1881 im Reichstage, sollte der Kulturkampf «nicht in eine Verfolgung Einzelner, sondern in eine grössere Freiheit der Individuen auslaufen». Aber Bismarcks Absichten waren offenbar andere, und dementsprechend waren auch seine Kampfmethoden. Jedoch wie später mit den Sozialdemokraten, so wurde der «Eiserne Kanzler» nun auch nicht mit den Jesuiten fertig. Geldbussen, Gefängnisstrafen und Ausweisungen vermochten nichts gegen geistige Kräfte auszurichten.

Der naive Machtoptimismus Bismarcks erwies sich im Laufe weniger Jahre zweimal als eine Illusion. Sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Katholiken wurden durch die Verfolgungen nur noch eigenwilliger und stärker. Im Jahre 1871 hatte das Zentrum 63 Reichstagsmandate, im Jahre 1874 aber 91, im Jahre 1877 93. Zwar ging der Kulturkampf offi-

ziell noch lange weiter, aber schon im Jahre 1876 suchte Bismarck vertraulich mit der Kurie Fühlung zu nehmen, und in der Zeit von 1878 bis 1887 erfolgte dann allmählich die Beilegung des Konfliktes, obwohl die letzten Reste der Kulturkampfgesetze erst durch die Weimarer Verfassung weggeräumt wurden.

Aber wenn Bismarck im Jahre 1876 vertraulich mit der Kurie Fühlung zu nehmen suchte, so geschah dies nicht nur, um einen Konflikt beizulegen, sondern auch, um einen vielleicht noch verhängnisvolleren heraufzubeschwören. Er hatte sich nämlich, von seinen Standesgenossen systematisch bearbeitet, damals schon mit dem Gedanken beschäftigt, eine reaktionäre Wendung zu vollziehen, die liberale Wirtschaftspolitik aufzugeben und einen konservativ-schutzzöllnerischen Kurs einzuschlagen. Dazu aber brauchte er das Zentrum.

Diesem entsprach eine solche Politik zu dieser Zeit umso mehr, als das Arbeiterelement und die demokratischen Tendenzen innerhalb dieser Partei vorläufig noch von relativ untergeordneter Bedeutung waren. Vor allem durch die Industrialisierung und das Erstarken der katholischen Gewerkschaften wurden der Charakter und die Politik des ausserordentlich wandelbaren Zentrums später immer stärker in einem anderen Sinne beeinflusst. Aber in den siebziger Jahren und noch lange danach orientierte sich die Zentrumsparlei wirtschaftspolitisch sehr einseitig an den Interessen bestimmter katholischer Industrieller, des einflussreichen katholischen Adels und der stark traditionalistischen katholischen Bauern und Kleinbürger, die nicht nur auf Grund ihrer Weltanschauung, sondern zu einem sehr grossen Teil auch auf Grund ihrer sozialen Lage zum Kampf gegen den Liberalismus, für die Schutzzollpolitik, für das Innungswesen usw. berufen waren.

Wie die Dinge damals lagen, ist es verständlich, dass viele Konservative dem Kulturkampf – der zudem auch die Machtstellung des orthodoxen Protestantismus bedrohte – abgeneigt waren, dass sich in den Tagen der judenfeindlichen Artikel der «Kreuzzeitung» und der «Germania» die ersten Beziehungen zwischen den Konservativen protestantischer und katholischer Konfession anbahnten und dass beide Strömungen in den folgenden Jahren und Jahrzehnten aufeinander eine Anziehungskraft ausübten, die für die Entwicklung Deutschlands alles andere als segensreich war.

In der damals von Bismarck vollzogenen Umkehr sah das eine Deutschland stets einen Fluch, das andere einen Segen, aber beide waren

sich darüber im Klaren, dass sie einen bedeutungsvollen Wendepunkt darstellte.

Theodor Barth, einer der besten Köpfe des deutschen Liberalismus, veröffentlichte im Jahre 1879 eine Broschüre «Zur Entwicklungsgeschichte der heutigen reaktionären Wirtschaftspolitik», worin er mit Recht sagt: «Wenn spätere Forscher die Geschichte des Zolltarifs vom Jahre 1879 zur Darstellung bringen werden, so dürften ihnen wenige Tatsachen so interessant erscheinen wie der völlige Umschwung der öffentlichen Meinung in wirtschaftlichen Dingen, welcher sich mit einer unerwarteten Geschwindigkeit während der letzten Jahre im deutschen Reich vollzogen hat.»

Von besonderem Interesse und auch von besonders grosser Tragweite ist der plötzliche Umschwung, den die Agrarier damals vollzogen haben. Sie waren bis dahin leidenschaftliche Verfechter des Freihandels, und in einer Polemik gegen die Eisenzölle schrieb die «Kreuzzeitung» im Jahre 1850: «Der freie Austausch ist wie ein Gottesdienst, in welchem sich die Menschen der Gaben ihres Schöpfers freuen und die weise Verteilung der Früchte und Talente anerkennen.» Das konservative Parteiorgan bezeichnete es als ein «menschliches Machwerk», wenn man durch Schutzzölle «das Genie ersetzen und die Weltordnung verrücken will».

Zu dieser Zeit lag der Freihandel nach konservativer Auffassung noch im Plane der göttlichen Weltordnung und war der Schutzzoll ein Götze. Was dieser Götze geleistet hat, so argumentierte die «Kreuzzeitung» in ihrer Polemik vom Jahre 1850, «das erzählen unsere Hungerseuchen und unsere Kriminalstatistik, die Staatsbankrotte in Frankreich, in Spanien und Österreich».

Diese Auffassung der Konservativen erfuhr im Laufe der nächsten fünf und zwanzig Jahre keine wesentlichen Veränderungen. Die «Kreuzzeitung» schrieb noch im Jahre 1875: «Was wir billiger im Auslande kaufen können, als es bei uns gewonnen oder fabriziert werden kann, müssen wir dort beziehen, wenn wir nicht unseren Geldbeutel und also auch den der Gesamtheit schädigen wollen.»

Diese Auffassung hatte sehr reale Ursachen. Die Agrarier waren damals nämlich Getreideexporteure. Vor allem exportierten sie nach England, das seinerseits Wert darauf legte, seine Industrieerzeugnisse möglichst reibungslos auf dem deutschen Markt absetzen zu können. Schon allein aus diesem Grunde waren den Agrariern die Industriezölle höchst

unwillkommen. Aber vielleicht mehr noch, weil diese Zölle den Aufstieg der deutschen Industrie förderten und früher oder später die politische und soziale Vorrangstellung der Landwirtschaft zu erschüttern drohten. In diesem Sinne ist der Ausspruch von Marx im Januar 1848 zu verstehen, dass Schutzzölle für die Bourgeoisie Waffen im Kampf gegen den Feudalismus und die absolute Staatsgewalt sind.

Schon daraus geht hervor, dass die damaligen Schutzzölle einen progressiven Charakter hatten. Einen solchen Charakter hatten sie aber vor allem auch darum, weil sie im Gegensatz zu den späteren Schutzzöllen der Agrarier nicht ein Mittel zur Abschliessung der deutschen Nationalwirtschaft von der Weltwirtschaft waren, sondern umgekehrt ein Mittel zur Durchsetzung der deutschen Nationalwirtschaft in der Weltwirtschaft.

Der frühere Schutzzoll schützte bestimmte Produktionszweige, weil sie *noch nicht*, der spätere aber vorwiegend, weil sie *nicht mehr* wettbewerbsfähig waren. Der frühere Schutzzoll war also seiner volkswirtschaftlichen Funktion nach ein Erziehungszoll, der nur als ein Übergangszustand gedacht und dessen Ziel der Freihandel war. Teilweise hatte zwar auch die von Bismarck inaugurierte Schutzzollpolitik noch die Wirkung von Erziehungszöllen. Insofern hatte sie dazu beigetragen, gewisse Lücken in der deutschen Industrie zu schliessen und Deutschlands spätere Erfolge auf dem Weltmarkt vorzubereiten.

Aber das war weder das angestrebte Ziel noch die dominierende Tendenz der neuen Schutzzollpolitik. Im Gegenteil, auf eine einfache Formel gebracht, lässt sich diese Schutzzollpolitik am besten so charakterisieren: den vernünftigen internationalen Austausch der materiellen und geistigen Güter fürchtend, zogen sich ganz bestimmte Interessengruppen wie Schnecken in ihr Gehäuse zurück und nannten dies «nationale Wirtschaftspolitik». Letzten Endes aus dieser Furcht vor dem vernünftigen Austausch der materiellen und geistigen Güter unseres Erdballes wird dann später das Ideal der Reagrarisierung und der «Lebensraum-Imperialismus» entstehen.

Die Liberalen haben stets mit Recht geltend gemacht, dass sich in den siebenziger Jahren ein grundsätzlicher Funktionswandel des Schutzzolles vollzogen hat. Dies war übrigens auch immer der Standpunkt der Sozialdemokraten, wobei besonders auf das «Finanzkapital» von Rudolf Hilferding hingewiesen sei. Die neudeutschen Schutzzöllner, Autarksten

und Reagrarisierungs-Ideologen verkannten oder missbrauchten die Ideen des grossen deutschen Nationalökonomen Friedrich List, wenn sie sich auf diesen Vorkämpfer eines freiheitlichen und fortschrittlichen Deutschlands zu berufen suchten.

Der von den reaktionären Mächten seinerzeit verfolgte Friedrich List, der im Jahre 1846 resigniert, von Daseinssorgen und Krankheit gequält, Selbstmord verübte, betrachtete den Schutzzoll als einen Erziehungszoll, der nur so lange bestehen sollte, bis Deutschland der Industrie Englands und Frankreichs gewachsen und zum Welthandelsverkehr befähigt war. Er hatte seinen Blick stets auf die Weltwirtschaft und nicht auf die Autarkie gerichtet, und er sah nicht in der Reagrarisierung, sondern in der Industrialisierung das höchste Ziel der Volkswirtschaft. «Er wollte die industrielle Entwicklung jeder Nation als die Vorbedingung für die Wohlfahrt des Einzelnen und der Welt», wie Oskar Klein-Hattungen in seiner «Geschichte des deutschen Liberalismus» sehr richtig hervorhebt.

Wie wir im vorigen Kapitel sahen, waren die freihändlerischen Bestrebungen im Bürgertum schon seit dem Ende der fünfziger Jahre sehr rege und seit dieser Zeit kam eine intime Verbindung zwischen Liberalismus und Freihandel zustande. Dies war nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass man die deutsche Industrie nun für ausreichend erstarkt und die Schutzzölle daher nicht mehr für gerechtfertigt hielt, weil sie ja im System des Liberalismus ebenso wie in dem von Friedrich List Erziehungszölle und Brücken zu einer freien Weltwirtschaft waren.

Seit dem Beginn der Sechziger Jahre ging Deutschland, das nun auf dem Wege zum Industriestaat war, mehr und mehr zum Freihandel über. Dies vollzog sich jedoch nicht ohne Widerspruch seitens verschiedener Interessengruppen, und besonders heftig war der Kampf für und wider die Eisenzölle. Dabei spielte sich Ende der sechziger bis weit in die siebziger Jahre hinein das interessante Schauspiel ab – das in Deutschland nie wieder zur Aufführung gelangen sollte –, dass die Liberalen und die Konservativen in einer Front gegen die entsprechenden Interessengruppen der Schwerindustrie standen. Die einen waren nicht mehr und die anderen noch nicht Schutzzöllner, so kam dieses Schauspiel zustande.

Im Mai 1873 sagte der konservative Abgeordnete von Behr-Greifswald im Reichstag: «Nächst dem Brot und Fleisch ist nichts wichtiger als freies Eisen. Geben wir es frei, und geben Sie es in der vollen

Ausdehnung frei, wie es in diesem Jahre von mir und meinen Freunden verlangt ist! – Verlassen Sie sich darauf, meine Herren, solange ein deutsches Schiff unsere Ostsee befährt, solange wir in den Provinzen an der Ostsee, wo wir kein Eisen herausgraben, sondern sehr viel Eisen hineingraben müssen, um eine Ernte zu haben, solange dort der Landmann seinen Boden zu bestellen haben wird, solange werden wir das freie Eisen verlangen!»

Vor allem auf das Drängen der ostelbischen Landwirte hin wurde damals ein Gesetz angenommen, durch welches die letzten Eisenzölle mit dem Beginn des Jahres 1877 aufgehoben wurden. Damit hatte der Freihandel praktisch vollkommen gesiegt. Nur die Textilindustrie und ein Teil der chemischen Industrie sollten noch weiterhin durch einen mässigen Zoll geschützt bleiben.

«Die konservative Partei und ihre Presse mag sich manchen Fehlers anzuklagen haben. Aber von der Sünde der Schutzzöllner ei oder des Schwankens auf diesem wirtschaftlichen Gebiet wird sie ihr ärgster Feind freisprechen müssen.» So schrieb die «Kreuzzeitung» im Jahre 1875. Aber schon nach kurzer Zeit geriet die konservative Partei und ihre Presse ins Schwanken, um schliesslich der «Sünde der Schutzzöllnerei» zu verfallen. Und Herr von Wedell-Malchow sagte nun plötzlich: «Der Schutz von Eisen und Roggen ist gleich unentbehrlich für das Wohl des Vaterlandes.»

Was hatte sich da mit einem Male ereignet? Welche irdische Macht stiess die göttliche Weltordnung so überraschend schnell um? Warum war es so plötzlich aus mit dem «Gottesdienst des freien Austausches»?

Nun, Amerika hatte begonnen, seinen jungfräulichen Boden nach den modernsten Gesichtspunkten und mit den neuzeitlichsten Maschinen zu bearbeiten. Die rapide Entwicklung des Verkehrswesens brachte Länder und Kontinente einander näher. Der Erdball schrumpfte zusammen und Amerika konnte mit seinen Agrarprodukten erfolgreich auf dem europäischen Markt konkurrieren. Gleichzeitig begann sich die russische Agrarkonkurrenz fühlbar zu machen.

Durch diesen bedeutungsvollen Strukturwandel der Weltwirtschaft waren die ökonomischen Grundlagen der im Rittergut wurzelnden feudalistischen Oberschicht des Bismarckschen Reiches bedroht, und darum brach diese Klasse nun mit ihrer freihändlerischen Tradition, um seitdem immer schutzzöllnerischer und schliesslich ausgesprochen autarkistisch zu werden.

Auf sich allein gestellt, hätte diese Klasse die Umorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik nicht erzwingen können. Aber sie war ja auch nicht auf sich allein gestellt! Hatte sie schon seit Langem unter den Kleinbürgern und den Bauern Stützen und Mitkämpfer gefunden, so jetzt noch mehr als jemals zuvor. Es erklärt sich dies zwar auch aus dem Gründerkrach und der Krise, also aus exzeptionellen und konjunkturellen Erscheinungen, aber in erster Linie aus der Industrialisierung und dem Aufkommen der überseeischen Agrarkonkurrenz, also aus fundamentalen und strukturellen Veränderungen des Wirtschaftslebens.

Dass alle diese Erscheinungen und Veränderungen zeitlich zusammenfielen und dies in einem Augenblick geschah, in dem die fortschrittlichen Kräfte die Chance gehabt hätten, die weitere Entwicklung in ihrem Sinne beeinflussen zu können, das gehört zu den vielen tragischen Momenten des deutschen Liberalismus.

In der Krise der siebziger Jahre und der ihr folgenden Depressionsperiode der achtziger Jahre zeigte es sich, was sich später in noch viel grösserem Ausmasse seit 1929 zeigte, dass nämlich in einem Lande wie Deutschland Krisen und Depressionen mehr als anderswo die besten Alliierten der antiliberalen und antisozialistischen Kräfte sind. Denn wenn in diesem Lande die Stabilität des Kapitalismus erschüttert ist, dann gewinnen sehr leicht diejenigen Gesellschaftsschichten die Oberhand, die den Kapitalismus von einer feudalistisch-romantisch-vorkapitalistischen Position aus bekämpfen und hinter den rationalen Kapitalismus zurückstreben.

Aber wenn die nunmehr schutzzöllnerischen Rittergutsbesitzer auch nicht allein standen, so mussten sie sich trotzdem nach weiteren Bundesgenossen umsehen, «denn der Bauer und der Handwerker reichten als solche nicht hin, um mit ihnen zusammen politische Erfolge zu erringen», sagt der deutsche Historiker Ziekursch sehr richtig. Als weitere Bundesgenossen kamen vor allem die schutzzöllnerischen Industriellen in Frage. Zwar näherte sich der ostelbische Adel den Industriellen nur «langsam, argwöhnisch und widerstrebend», um mit Ziekursch zu sprechen, aber er näherte sich ihnen schliesslich doch. Was sollte er auch anderes tun?

Im Jahre 1876 wurde der «Zentralverband deutscher Industrieller» gegründet. Wie sein langjähriger Geschäftsführer Axel Bueck in einer Arbeit über diesen Verband sagt, «als Sammelpunkt für alle die Umkehr der

deutschen Wirtschaftspolitik vom fast bedingungslosen Freihandel zu einer massvollen Schutzzollpolitik erstrebenden Elemente». Eine besonders grosse Rolle spielten dabei die Interessen der Eisenindustrie.

Dies ist umso verständlicher, wenn man bedenkt, wie gewaltig sich die Eisenindustrie in den vorangegangenen Jahren ausgedehnt hat. Allein in Preussen wurden von 1871 bis 1874 ebenso viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken angelegt wie in der Zeit von 1800 bis 1870, wobei zu bemerken ist, dass sich die deutsche Roheisenerzeugung in den Jahren 1860 bis 1868 verdoppelte und die Stahlerzeugung verfünffachte! Die deutschen Hochöfen und Walzwerke hätten 1873 den gesamten Bedarf des Weltmarktes befriedigen können. Nun war der grosse Krach da, der Gründerjubiläum hatte sich in Weltuntergangsstimmung verwandelt, die im Kriege abgenutzte Heeresausrüstung war erneuert und die Aufhebung der Eisenzölle war auch schon beschlossen.

Was ist da natürlicher, als dass die Eisenindustrie ganz besonders laut nach dem «Schutz der nationalen Arbeit» schrie? Aber viele andere Industriegruppen sowie breite Schichten der Kleinbürger und Bauern und vor allem das Junkertum traten kaum weniger energisch für den Bruch mit dem Freihandel und für den Übergang zur Schutzzollpolitik ein.

Dem Reichskanzler Bismarck bot sich hier eine Chance, der er auf Grund seiner Herkunft und seines ganzen Wesens nicht zu widerstehen vermochte. Dieser Junker hatte sehr darunter gelitten, dass er mit seinen Standesgenossen so tief verfeindet und von vielen alten guten Freunden verlassen war. Auf der anderen Seite empfand er die Abhängigkeit von den Nationalliberalen, die im Jahre 1874 155 von insgesamt 397 Reichstagsitzen einnahmen, schon seit Langem als unbequem, obwohl die Nationalliberalen im Allgemeinen einen sehr zahmen Liberalismus vertraten.

Bismarck, so meinte Engels, hätte sich sagen müssen, dass die Junker, wie sie waren, keine lebensfähige Klasse bildeten, dass von allen besitzenden Klassen nur die Bourgeoisie eine Zukunft beanspruchen konnte und dass daher – abgesehen von der Arbeiterklasse, deren geschichtliche Sendung zu begreifen wir ihm nicht zumuten wollen – sein neues Reich umso sichereren Bestand versprach, je mehr er es allmählich auf den Übergang in einen modernen Bourgeoisistaat vorbereitete. Ganz gewiss war es richtig, wenn Engels sagte, dass der Reichsgründer die politischen Zustände den industriellen Zuständen hätte anpassen müssen und dass

die Anbahnung eines der englischen Verfassung entsprechenden Zustandes der einzige Weg gewesen wäre, dem neuen Reiche eine feste Grundlage und eine ruhige Entwicklung zu sichern. Aber auch ein Bismarck konnte nicht über seinen eigenen Schatten springen.

Mit Recht sagt der deutsche Historiker Robert Geis, dass Bismarck im Grunde überhaupt kein Mensch des 19. Jahrhunderts war, dass er uns geradezu wie ein Urgestein aus vergangenen Tagen anmutet, dass er doch im Grunde seines Wesens der Landjunker blieb, als der er geboren war und dass er als solcher auch zu den neu auf tauchenden Problemen Stellung nahm. Dies erklärt auch, weshalb dieser Mann der reaktionären Woge der siebziger Jahre nicht zu trotzen vermochte, sondern sich mit Wohlbehagen von ihr tragen liess.

Um seine Ziele zu erreichen, goss der Kanzler Öl ins Feuer und vermittelte er tatkräftig zwischen den industriellen und agrarischen Schutzzöllnern. Er liess dabei auch zu, dass sich die verschiedenen Gruppen der Schutzzöllner wechselseitig höhere Tarife zuschanzten als ursprünglich geplant war, dass zum Beispiel gegen eine Erhöhung der Eisenzölle der Roggenzoll von 50 Pfennig auf eine Mark für den Doppelzentner heraufgesetzt wurde.

Auf diese Weise entstand 1877/78 die Allianz zwischen Rittergut und Hochofen, der Bismarckbund von Korn und Eisen, an den noch verschiedene Mitinteressenten angegliedert wurden und der von nun an eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte.

Zwar ging dies nicht ohne Reibungen zwischen den Alliierten ab, und zuweilen ging diese Allianz sogar in die Brüche, aber in der einen oder anderen Form wurde sie immer wieder erneuert. Max Weber wies in den neunziger Jahren daraufhin, dass seit der Entstehung dieser Allianz eine formelle Religiosität ganz neuer Art aufkam, die Feudalisierung grosser Schichten des Bürgertums einsetzte und ein Kapitalismus entstand, der nicht in der vernünftigen Erschliessung neuer Absatzbahnen, «sondern in der ökonomischen Niederhaltung der Arbeiterschaft seinen Vorteil sucht, ökonomisch den Klassenkampf von oben gegen unten züchtet und politisch den Todfeind in der Entwicklung der Arbeiterklasse und den freien Institutionen des Landes sieht».

Als ein Mensch der Vergangenheit war Bismarck natürlich ausserstande, das Arbeiterproblem zu begreifen. Umso hemmungsloser und demagogischer nutzte er den Sozialistenschreck des Bürgertums zur Ab-

wehr liberaler Bestrebungen und zur Aufrechterhaltung des Obrigkeitsstaates aus. Dies tat er besonders in jenen Tagen, wo er seine Wendung zur Schutzzollpolitik und seinen Bruch mit der liberalen Ideenwelt vorbereitete.

Als er die Möglichkeit sah, durch seine Konspiration mit Lassalle und später mit Schweitzer die von diesen Politikern geführten Arbeiter gegen das liberale Bürgertum ins Feld zu führen, da liess er sich diese Möglichkeit nicht entgehen und drohte den Vorkämpfern des historischen Fortschrittes mit dem Massenschritt sozialistischer Bataillone. Nun aber, wo die Tage Lassalles und Schweitzers vorüber waren und sich – trotz aller Differenzen und heftiger Kontroversen mit dem Liberalismus – keine organisierte Gruppe der Arbeiterschaft mehr vor den Karren der reaktionären Mächte spannen liess, da suchte dieser machiavellistische Kanzler seine im Grunde unveränderten Ziele unter anderem auch durch die Heraufbeschwörung des roten Gespenstes zu erreichen, und da musste die Arbeiterbewegung unterdrückt werden!

Bismarck konnte es nicht verborgen geblieben sein, dass er jetzt einer anderen Arbeiterbewegung gegenüberstand als früher. Durch die gewaltige Industrialisierung der sechziger und siebziger Jahre wurde sie nicht nur gestärkt, sondern auch wesentlich verändert.

Der Geist der lassalleanischen Bewegung, die ihrer soziologischen Struktur nach die Bewegung von Menschen einer Übergangsperiode war, trat in diesem Umwandlungsprozess selbst bei den Lassalleanern immer mehr zurück, wenn auch vieles davon noch lange weiterlebte. Stark beeinflusst durch die Lehren von Karl Marx und schon allein aus diesem Grunde in einem ganz anderen Sinne als seinerzeit unter Lassalle, lösten sich unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die sächsischen und süddeutschen Arbeitervereine vom Liberalismus los, um 1869 in Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gründen.

Gegen diese Richtung der Eisenacher war die Regierung schon immer scharf vorgegangen. Aber die Lassalleaner wurden auch immer mehr schikaniert, und dies beschleunigte sehr wesentlich den an sich nicht leichten Zusammenschluss beider Richtungen, der im Mai 1875 in Gotha erfolgte. Die Leitung der neuen Partei übernahmen Liebknecht und Bebel, zwei Schüler von Marx, die ihren Lehrer freilich auf ihre Weise verstanden.

Die Sozialisten hatten zwar im Jahre 1874 erst neun und im Jahre 1877 zwölf Vertreter im Reichstag, aber das konnte Bismarck nicht davon ab-

halten, so zu tun, als stünde die sozialistische Revolution unmittelbar vor der Tür. Sich als Retter des Bürgertums anzupreisen, wenn man in Wirklichkeit ganz etwas anderes retten will, gehört ja zur politischen Technik der Reaktion.

Am 1 I. Mai 1878 schoss der zwanzigjährige Leipziger Klempnergeselle Hödel mit einem schadhafte Revolver in Berlin Unter den Linden zweimal auf den Kaiser. Die Schüsse verfehlten ihr Ziel, aber Bismarck hatte nun endlich den lange ersehnten Vorwand, zum Schläge auszuholen.

Als ihm die Nachricht des Attentates überbracht wurde, schlug er triumphierend auf den Tisch und rief aus: «Jetzt haben wir sie!» Wen? «Die Sozialdemokraten, Durchlaucht?» fragte einer aus Bismarcks Umgebung, worauf der Kanzler antwortete: «Nein, die Liberalen.» Er wartete nicht erst das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung ab, sondern war sofort entschlossen, «das Attentat gegen die Sozialisten auszunutzen, um die Nationalliberalen in die Enge zu treiben und zum Bruch mit der liberalen Ideenwelt zu zwingen», wie es bei Ziekursch heisst.

Der Attentäter wurde kurzerhand zum Sozialdemokraten gestempelt, die Erregung wurde unter Vergewaltigung der Wahrheit politisch ausgebeutet und dem Reichstag ging eine Vorlage zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen zu, durch die für die Sozialisten die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit aufgehoben werden sollte.

«Die Vorlage ist angeblich gegen die Sozialdemokraten, in Wahrheit gegen die Nationalliberalen gerichtet», schrieb der nationalliberale Abgeordnete Stephani in sein Tagebuch. Viele andere hatten dies auch bemerkt. Rudolf von Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, stellte bei der ersten Beratung des Gesetzesentwurfes diplomatisch die Frage, was an dem Gerücht wahr sei, nach welchem die Regierung diese Vorlage weniger zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie als zu anderen politischen Coups eingebracht habe.

Im Übrigen bezeichnete Bennigsen den sehr naiv inszenierten Anschlag Hödels als einen «Dummenjungenstreich eines nichtsnutzigen Subjektes» und wehrte er sich gegen eine politische Ausnutzung dieses Ereignisses. Er sprach auch die Überzeugung aus, dass es unmöglich sei, durch Ausnahmegesetze die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu hindern. «Was öffentlich nicht agitiert werden kann, wird im geheimen umso wirksamer geschehen. Die Erbitterung derjenigen Klas-

sen, die Sie durch die Vorlage treffen, wird in ausserordentlicher Weise eintreten.»

Eugen Richter, der Führer der Fortschrittspartei, erinnerte an das Verhalten Bismarcks zum Lassalleanismus und fand es begreiflich, wenn man in weiten Kreisen vermute, die Vorlage sei gegen die Mehrheit des Reichstages gerichtet. Sehr klug sagte er weiter, man täusche sich, wenn man glaube, die Organisation der Sozialdemokratie beruhe hauptsächlich auf der Presse und dem Versammlungsrecht. Die Grundlage der Organisation seien die Vereinigungen innerhalb der Werkstätten. Dort werden die Verabredungen getroffen, dort werden die Blätter kolportiert. Windthorst, der Führer des Zentrums, sprach ebenfalls gegen den Gesetzesentwurf, wobei er geschickt auf den Kulturkampf hinwies.

Bismarck erreichte sein Ziel zunächst noch nicht. Am 24. Mai 1878 wurde die Vorlage mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Aber schon nach einer Woche fiel dem Kanzler eine neue Gelegenheit in den Schoss. Nach den Worten des deutschen Historikers Hermann Oncken war dies eine Gelegenheit, «wie sie selbst seine dämonische Taktik nicht wirksamer hätte ersinnen können». Am 2. Juni 1878 wurde nämlich ein zweites Attentat auf den Kaiser verübt. Diesmal von einem gebildeten Mann, dem dreissigjährigen Dr. Karl Nobiling. Durch zwei Schrotschüsse verwundete er den nun schon einundachtzigjährigen Kaiser so schwer, dass man um dessen Leben fürchten musste. Bismarcks grosse Stunde war gekommen. Oncken schreibt darüber:

«Jetzt konnte er nicht nur die sozialdemokratische Partei als solche mit äusserster Schärfe für die Verbrechen verantwortlich machen, nicht nur an den Liberalen für die Abstimmung vom 24. Mai Rache nehmen. Jetzt lockte ihn ein höheres Ziel: zu der endgültigen Abrechnung mit der parlamentarischen Machtstellung der Liberalen schreiten, sie beugen und dann sprengen, und unter dem Hochdruck der Leidenschaften seine Umkehr in der inneren Politik einleiten. „Jetzt habe ich sie – Jetzt lösen wir den Reichstag auf“, so lauteten bekanntlich seine ersten Worte, als er das Telegramm von der Schreckenstat erhielt.»

Es ist sehr bezeichnend, dass Bismarck sich nicht zuerst für das Befinden des Kaisers und die Einzelheiten des Attentates interessierte, sondern für dessen politische Folgen und Möglichkeiten. Zu seiner grossen Zufriedenheit gingen die Wogen der Empörung immer höher.

Mit eiskaltem Zynismus beutete er das rote Gespenst aus und vertiefte er seinen reaktionären Zielen zuliebe die ohnehin so tiefen Risse zwischen den verschiedenen Klassen seines Reiches, das nicht zuletzt auch aus diesem Grunde keinen langen Bestand haben sollte. Er scheute sich nicht, für das erste wie für das zweite Attentat die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen, obwohl er sicher schon damals wusste, was heute als eine unzweifelhafte historische Tatsache gilt, dass nämlich «in keiner dieser sinnlosen Taten die Sozialdemokratie ihre Hand hatte», wie zum Beispiel Professor Ferdinand Tönnies in seiner 1929 erschienenen kleinen Studie «Der Kampf um das Sozialistengesetz» feststellt.

Am 2. Juni 1878 war das zweite Attentat erfolgt, und schon am 11. Juni hatte Bismarck die Auflösung des Reichstages erzwungen. Für die Neuwahlen wurde der 30. Juli bestimmt. Ähnlich folgten später dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 die Reichstagswahlen vom 5. März 1933, und wie Bismarck beim Empfang der Nachricht von Nobilings Attentat ausrief: «Jetzt habe ich sie!», so soll Hitler beim Empfang der Nachricht vom Reichstagsbrand ausgerufen haben: «Jetzt bekomme ich 51 Prozent!»

In dem nun folgenden Wahlkampf liess Bismarck verkünden, dass die Fortschrittler nicht mehr zu den Ordnungsparteien gerechnet werden könnten und es ebenso gefährlich wäre, sie zu wählen, wie die Sozialisten. Selbst die Nationalliberalen wurden als mittelbare Helfershelfer der Sozialisten denunziert, weil sie im Wahlkampf hier und da mit den Fortschrittlern, also den Linksliberalen, zusammengingen. Bismarck erwoog damals übrigens auch, das Wahlrecht abzuändern oder Korrekturen an der verfassungsmässigen Stellung des Reichstages vorzunehmen. Er hatte ja schon im Sommer 1867 gesagt: wenn mir das Wahlsystem nicht mehr gefällt, «so nehme ich es wieder zurück». Das ist charakteristisch für das Denken dieses autoritären Junkers, und absolut zutreffend, sagt Tönnies:

«So war es denn nur eine Rückkehr zu seiner alten Liebe, man darf sagen, zum Kern seines Wesens, wenn Bismarck von seinen liberalen Verehrern sich abwandte und die alten Tendenzen wieder aufnahm und die ererbte preussisch-konservative Politik gegen alle Elemente, die des Liberalismus schuldig und der Demokratie verächtlich waren, erneuerte. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass seine Absicht zu unterdrücken sogar dem Liberalismus der Nationalliberalen (soviel oder so wenig daran war) galt.»

Die Wahlen von 1878 bedeuteten eine grosse Schwächung des Liberalismus und eine ebenso grosse Stärkung des Konservatismus. Zweifellos hatten die Attentate und die geschickte Ausnutzung des roten Gespenstes daran einen Anteil, aber der Liberalismus war auch schon in den vorangegangenen Jahren in ständigem und schnellem Rückgang begriffen.

Die nationalliberale Partei hatte 1874 155 Mandate, 1877 128 und 1878 99. Die Fortschrittspartei in entsprechender Reihenfolge 52, 48, 36. Dagegen stiegen die Mandate der Konservativen Partei, die seit 1876 die «Partei der Deutsch-Konservativen» hiess, von 22 im Jahre 1874 auf 40 im Jahre 1877 und auf 59 im Jahre 1878. Einen ähnlichen Aufstieg hatten in diesem Zeitraum die sogenannten Freikonservativen zu verzeichnen.

Dies war eine Richtung, die sich im Jahre 1866 von der Konservativen Partei losgelöst und im Gegensatz zu den extremen Konservativen an die Seite Bismarcks gestellt hatte. Bis 1871 hiess sie «Freikonservative Partei», seitdem «Deutsche Reichspartei». Diese Partei, die übrigens niemals ein eigenes Programm veröffentlichte, war der Deutsch-Konservativen Partei sowohl ihrer soziologischen Struktur wie ihrer Weltanschauung und Wirtschaftspolitik nach sehr verwandt. Sie war jedoch elastischer und in vieler Hinsicht moderner, daher auch die Partei gewisser schwerindustrieller Kreise, die nicht liberal, aber auch nicht konservativ im Sinne der Deutsch-Konservativen Partei sein konnten.

Später verlor die Deutsche Reichspartei immer mehr an Bedeutung. 1912 hatte sie nur noch 14 Abgeordnete. Aber in den siebziger Jahren konnte diese Richtung der Konservativen die Zahl ihrer Mandate von 33 im Jahre 1874 auf 38 im Jahre 1877 und auf 57 im Jahre 1878 erhöhen – ihr Rekord! Die beiden Richtungen der Konservativen gewannen also, was die beiden Richtungen des Liberalismus verloren. Es war dies der politische Ausdruck des grossen Umschwunges, der sich seit der Mitte der siebziger Jahre in bestimmten Schichten Deutschlands im Hinblick auf die zentralen Fragen des Wirtschaftslebens vollzogen hatte.

Dem neuen Reichstag, der Bismarck wesentlich gefügiger war als der alte, wurde natürlich sofort ein neuer Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Sozialisten vorgelegt. Der Fortschrittler Leopold Sonnemann, der Begründer der «Frankfurter Zeitung», erinnerte bei diesen Beratungen an seinen früheren Ausspruch, dass unsere Regierungen meisterhaft grosse Kriege führen, Provinzen erobern und annectieren, aber nicht das

deutsche Volk zur Freiheit und zum Wohlstand führen können. Das war offenbar der Standpunkt der gesamten Fortschrittspartei, die auch diesmal wieder ihren liberalen Grundsätzen treu blieb und gegen das Ausnahmegesetz stimmte.

Das Zentrum nahm ebenfalls seine alte Position ein; erst später, als die Kulturkampfgesetze mehr und mehr liquidiert wurden, hatten die konservativen Elemente dieser Partei bei der regelmässigen Verlängerung des Sozialistengesetzes mitgewirkt. Aber die Nationalliberalen, die das Dilemma eines verspätet auf die politische Bühne gekommenen Bürgertums repräsentierten, fielen nun um und stimmten zusammen mit den beiden konservativen Parteien für die Annahme des Ausnahmegesetzes.

«Niemand täuscht sich darüber, dass die Zurückdrängung der revolutionären Bestrebungen nicht ohne Rückwirkung bleiben kann auf den Zustand der bürgerlichen Freiheit überhaupt. Solange wir im Kampf gegen den sozialistischen Todfeind stehen, wird zumindest nicht auf den weiteren Ausbau des Rechtsstaates zu rechnen sein», schrieb die nationalliberale Korrespondenz. Im Gegensatz zum Linksliberalismus suchte der rechte Liberalismus also das Pferd am Schwanz aufzuzäumen. Dass die Zurückdrängung der «revolutionären Bestrebungen», die im Grunde nur radikaldemokratische Bestrebungen waren, nur durch den weiteren Ausbau des Rechtsstaates, nicht aber durch die Kapitulation vor den entgegengesetzten Bestrebungen Bismarcks möglich war – das ignorierten diese Nationalliberalen ganz einfach.

Dieses Verhalten beleuchtete klar die soziologisch begreifliche, aber politisch tragische Tatsache, dass die grosse Mehrheit des liberalen Bürgertums, das von rechts her von den aristokratischen sowie den nun schon sehr zahlreichen plebejischen Konservativen und von links her von der schnell emporsteigenden Arbeiterbewegung attackiert wurde, nicht mehr für seine Ideale einzutreten wagte.

«Mit dem Sozialistengesetz wurde in den Leib des deutschen Volkes ein Pfahl gestossen und eine eiternde Wunde geschlagen, die bis zur Gegenwart noch nicht vernarbt ist», schreibt Ziekursch im zweiten Band seines Werkes «Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches», der im Jahre 1927 erschien. Eine der vielen Folgen dieses Gesetzes war, dass es in einem Teil der Arbeiterschaft gewisse doktrinäre Ele-

mente des sozialistischen Denkens konservieren half. Mit aus diesem Grunde war noch nach 1918 nicht überall der notwendige Realismus vorhanden, dagegen aber in der Weltkrise, als die Reaktion drohend ihr Haupt erhob und der Geist des Sozialistengesetzes von Neuem herumgespensterte, eine umso grössere Aufnahmefähigkeit für die kommunistisch-bolschewistische Ideologie.

Hätten die Nationalliberalen im Oktober 1878 ihren früheren Standpunkt gewahrt, so wäre das für den Liberalismus wie für die ganze weitere Entwicklung Deutschlands verhängnisvolle Sozialistengesetz nicht zustande gekommen. Aber nun kapitulierten sie, wenn auch mit tausend Hemmungen, und nicht ohne Bismarck zu gewissen Konzessionen zu zwingen. So wurde zum Beispiel die Gültigkeit des Gesetzes zunächst auf 2½ Jahre beschränkt, was unter anderem bedeutete, dass Bismarck sich nach Ablauf dieser Frist von Neuem mit dem Reichstag einigen musste und also nicht machen konnte, was er wollte.

Es ist bezeichnend, dass es im Hinblick darauf in «Mein Kampf» heisst: «Indem der Eiserne Kanzler das Schicksal seines Marxistenkrieges dem Wohlwollen der bürgerlichen Demokratie überantwortete, machte er den Bock zum Gärtner.» Nun, der Eiserne Kanzler wäre in mancher Hinsicht gern etwas nationalsozialistischer vorgegangen. Wenn das Gesetz wirken soll, so sagte er zum Beispiel, dann sei es auf die Dauer unmöglich, den als Sozialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht, die Wählbarkeit und den Genuss der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen. Auch wollte er sozialistische Beamte ohne Pension entlassen können. Ihm war es nämlich nicht verborgen geblieben, dass kleinere Beamte, Bahnwärter, Weichensteller usw. Sozialisten waren, und er sah darin «eine Tatsache, deren Gefährlichkeit bei Aufständen und Truppentransporten einleuchtet». Aber diese Wünsche Bismarcks wurden nicht befriedigt.

Dieser Kanzler war sich übrigens auch schon darüber im Klaren, dass wie der gewaltsame Kampf gegen den demokratischen Sozialismus indirekt auch ein Stoss ins Herz des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie ist, umgekehrt ein erfolgreicher Kampf gegen den Sozialismus der modernen Industriearbeiter im Grunde nur geführt werden kann, wenn man zugleich auch der bürgerlichen Demokratie und dem Liberalismus zu Leibe geht. Bennisen wollte das zwar nicht wahrhaben, aber

Bismarck hatte in gewissem Sinne trotzdem recht, als er bei den Beratungen zum Sozialistengesetz erklärte: «Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereicher, er gedeiht danach vorzüglich.»

Dieser Vorwurf ist typisch für die Ideologen vorkapitalistischer Gesellschaftsschichten, für Konservative, Reaktionäre und Romantiker, aber von ihrem Standpunkt aus ist es ganz in der Ordnung, wenn sie im modernen Sozialismus nur die radikale Variante des Liberalismus erblicken. Denn die Gegensätze zwischen dem modernen Sozialismus und dem Liberalismus sind für sie ebenso Gegensätze innerhalb einer Einheit, wie für den Liberalismus und die moderne Arbeiterbewegung beispielsweise die Gegensätze zwischen den aristokratischen und den plebejischen Konservativen. So ist es auch verständlich, wenn der Aristokrat Papen sagt: «Der Marxismus, wie ich ihn sehe, ist nichts anderes als die logische Fortsetzung des bürgerlichen Liberalismus.» Der bürgerliche Liberalismus sprengt ja die Welt des Herrn von Papen nur auf eine andere Weise als der Marxismus, aber sprengen tun sie diese Welt beide.

Interessanterweise war Friedrich Engels ganz ähnlicher Auffassung wie Bismarck, Papen usw. Jedenfalls schrieb er einmal an Karl Kautsky: «Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.» Diese Äusserung zeigt übrigens auch, dass sich der von Engels verfochtene und repräsentierte Sozialismus in diametralem Gegensatz zum «deutschen» oder «wahren» Sozialismus, zu Bismarcks während des Sozialistengesetzes praktiziertem «Staatssozialismus» usw. nicht nur als der Kritiker und Gegner, sondern zugleich auch als das Kind, der Schicksalsgenosse, der Erbe und der Vollender des Liberalismus fühlt.

Zwar hatte die schnell emporwachsende Arbeiterbewegung wie alles, was den Anbruch einer neuen Zeit verkündete, für Bismarck etwas Unheimliches, aber er wusste doch sehr gut, dass diese einstweilen noch nicht die grösste Gefahr für ihn und seine Welt darstellte.

Ich glaube nicht, so sagte er später, als die Sozialisten trotz Ausnahmegesetz schon viel stärker waren, dass diese Partei «im Staat zur Herrschaft gelangen, uns in Mark und Blut vergiften wird. Wohl aber traue

ich das der Fortschrittspartei zu. Ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten». Gerade in den Jahren des Sozialistengesetzes hat er wieder und wieder erklärt, er halte es für die Aufgabe seines Lebens, als seine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, «diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug». Er hatte daher, wenn es ihm notwendig erschien, selbst unter dem Sozialistengesetz noch den Versuch gemacht, die Arbeiter gegen den Liberalismus auszuspielen.

«Die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, dass nicht alles so ist, wie es sein sollte, dass die Hand zum Besseren angelegt werden kann», sagt er am 26. November 1884 im Reichstage. Schon nach einem Jahre Sozialistengesetz waren 217 Arbeitervereine vernichtet, 127 Zeitungen und 278 sonstige Druckschriften verboten, viele Existenzen zerstört, zahlreiche Führer aus ihren Wohnbezirken ausgewiesen, viele andere in der Emigration – aber trotzdem sagte der Kanzler nun, am 26. November 1884: «Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchteten, würden die mässigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren.»

Darin hatte er ja recht, aber erstens galt dies auch im Hinblick auf ihn selber, und zweitens sagte er dies nur, um seine patriarchalisch-autoritäre Sozialpolitik – bei der es nicht um den Menschen, seine Freiheit, sein Recht und seinen Aufstieg, sondern letzten Endes um die Machtinteressen des Kanzlers und seiner Schicht ging – in das denkbar beste Licht zu rücken. Aber wie so oft in der Geschichte, hinterliess dieser Machtkampf zwischen den verschiedenen Klassen auch diesmal einige sehr positive Resultate. Deutschland kam damals nämlich zu einer Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Der Sozialistenführer Ignaz Auer sagte im Jahre 1888, dass die Absicht der Regierung Bismarcks gar nicht war, am Sozialismus zu unterdrücken, was den Liberalen so viel Kummer machte, «sondern dass ihre Absicht dahin ging, die sozialistische Arbeiterbewegung ihres *demokratischen* Charakters zu entkleiden und sie zum Zwecke der Einschüchterung der liberalen Bourgeoisie in ihre Dienste zu nehmen». Das heisst also, so meinte Auer, auf die Allianz zwischen Bismarck und Lassalle anspielend, «dass das anfangs der sechziger Jahre aufgeführte Manöver im grossen Stile wiederholt werden sollte».

Aber für solche Manöver war die Zeit für immer vorbei. Die moderne Arbeiterbewegung konnte weder durch die Peitsche noch durch das Zuckerbrot ihres demokratischen Charakters entkleidet werden, und die Kombination von Peitsche und Zuckerbrot beantwortete sie mit dem alten und immer wieder neuen Ruf: Freiheit und Recht! In einem interessanten Buch, mit dem wir uns im nächsten Kapitel ausführlich beschäftigen werden, wird folgendes Urteil über die Arbeiterpolitik Bismarcks während des Sozialistengesetzes gefällt:

«Der gewaltige Schöpfer und Lenker des Staates, Bismarck, zeigte hier wie schon im Kulturkampf die verhängnisvolle Seite seiner Innenpolitik, Unterschätzung der Kraft des Charakters und der moralischen Energien, vor allem der inneren Energie von ihm fremden Welten, wie der katholischen und der proletarischen. Der Staat hatte mit dieser Ausnahmegesetzgebung jede Brücke zur Arbeiterklasse abgebrochen. Denn was bedeutete eine Politik wirtschaftlicher Reformen, wenn ihr nicht politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung zur Seite stand, wenn vielmehr stattdessen ein Ausnahmegesetz Öl ins Feuer der Opposition goss? Sie musste als Zuckerbrot erscheinen, hinter dem schnell die geschwungene Peitsche auf nicht dankbar und demütig gebeugte Rücken herabfallen konnte. Das Streben nach politischer Macht und persönlicher Geltung war eben gerade bei der charaktervollen Arbeiterschaft noch stärker als das Streben nach wirtschaftlichem Wohlsein.»

Dieses Urteil ist als solches keineswegs sensationell, denn ungefähr so urteilt jeder einigermassen vernünftige und sachliche Historiker, Sozialpolitiker usw. Aussergewöhnlich ist jedoch, dass dies vernichtende Urteil ein Nationalsozialist gefällt hat, und nicht nur ein ganz gewöhnlicher Nationalsozialist, sondern der Nationalsozialist Dr. Walter Frank, einer der führenden Historiker des Dritten Reiches. Er tat dies jedoch nicht in einer seiner Arbeiten, die im nationalsozialistischen Deutschland erschienen, sondern in seinem Erstlingswerk, das schon im Jahre 1928 das Licht der Öffentlichkeit erblickte.

Es hat einen tiefen Sinn, dass sich am 18. Oktober 1878, in derselben Stunde, in der das Sozialistengesetz zur Annahme gelangte, eine interfraktionelle Schutzzöllnergruppe zusammenschloss, die aus Konservativen, Klerikalen und einem Teil der Nationalliberalen bestand und die mit insgesamt 204 Abgeordneten über die Mehrheit im Reichstage verfügte.

Im Juli 1879 wurde der neue Zolltarif angenommen, der den Agrariern und ihren industriellen Bundesgenossen die lange umkämpften Schutzzölle und der Regierung Finanzzölle garantierte.

Im Zusammenhang mit dieser Wendung der deutschen Wirtschaftspolitik kam in bestimmten Schichten mehr und mehr ein neuartiges Nationalgefühl auf, das im Menschheitsgefühl nicht seine Krönung, sondern seinen Antipoden sah und das mit dem weltbürgerlich betonten Nationalgedanken, den das aufsteigende humanistisch-liberale Bürgertum entwickelt und die Arbeiterbewegung in ihrer Weise übernommen hatte, immer mehr in Konflikt geraten musste. Man kämpfte gegen das Überwuchern des «dramatischen Manchestertums», gegen den «Kosmopolitismus auf der Bühne» und zählte zu den «undeutschen Stücken» auch solche von Goethe und Schiller. Interessant ist auch, dass Theodor Barth 1879 in seiner bereits erwähnten Schrift konstatierte: «Nirgends werden heute internationale Kongresse mit weniger Sympathie begrüßt und mit mehr Misstrauen betrachtet, als gerade in Deutschland.»

Zwar war die schutzzöllnerische Mehrheit, die in derselben Stunde zustandekam wie das Sozialistengesetz, nicht identisch mit jener Mehrheit, die dieses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung angenommen hatte. Aber nicht nur ihrem historischen Taufschein, sondern auch ihrem ganzen Wesen nach waren der Bruch mit der liberalen Ära, der Übergang zur Schutzzollpolitik und das Sozialistengesetz ebenso Geschwister, wie im Jahre 1933 die Zertrümmerung der Demokratie, der Übergang zur Autarkie und die Errichtung der Gestapoherrschaft.

Jedoch nur in dem Sinne, wie man etwa Napoleons und Hitlers Krieg gegen England miteinander vergleichen kann, ist ein Vergleich zwischen jenen sozialen Kämpfen zulässig und lehrreich, die Deutschland in der einen und in der anderen Periode bis in die Grundfesten hinein erschüttert haben. Es ging dabei um eine Reihe ähnlicher Grundprobleme, die zu ähnlichen Reaktionen der Menschen, zu ähnlichen politischen Tricks, zu ähnlichen Interessenallianzen und zu ähnlichen Konflikten zwischen den verschiedenen Klassen der Nation führten. Aber die Kämpfe spielten sich in den siebziger und achtziger Jahren natürlich auf einer anderen Stufe der Entwicklung ab als später, auf einem anderen soziologischen Hintergrund, in anderen Formen und mit anderen technischen, organisatorischen und politischen Mitteln.

Einer der fundamentalen Unterschiede besteht darin, dass die breiten Volksmassen damals noch nicht eine so dominierende und aktive Rolle spielten wie später, und besonders nach dem ersten Weltkrieg. Der Teil des Mittelstandes, der im konservativen Lager stand und eine Stütze für Bismarcks reaktionäre Wendung bildete, führte innerhalb dieses konservativen Lagers noch immer ein ziemlich einflussloses und relativ unselbständiges Dasein.

Jedoch allmählich trat auch er aus seiner Reserve heraus und begann er sich zu einer eigenen Kraft zu formieren. Die Form, in der er dies tat, war der Antisemitismus, und der Boden, auf dem dies geschah, war zunächst die Deutsch-Konservative Partei, die dadurch über ihren alten Anhang hinaus noch neuen bekam und diesen in ihrem Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands auch nötig hatte.

VIERTES KAPITEL

Die erste grosse Etappe

«Wir haben niemals daran gezweifelt, mit der Judenfrage ein überaus zeitgemässes Thema in Angriff genommen zu haben. Aber wir sind trotzdem im höchsten Grade überrascht, dass uns Anerkennung und Beifall in solcher Fülle zuteil wird», schrieb die «Germania» im Jahre 1875.

Einige Jahre später hat ein royalistischer Hofprediger dieselben Erfahrungen gemacht. Wir meinen Adolf Stöcker, den orthodoxen Prediger des Berliner Doms, den erfolgreichsten Antisemiten dieser Zeit.

Adolf Stöcker hatte seine politische Laufbahn nicht als Judengegner begonnen. Dieser streng konservative Mann war ursprünglich vielmehr ausgezogen, um das Volk wieder enger mit der Kirche zu verbinden. Vor allem kam es ihm darauf an, die Arbeiter von der Sozialdemokratie loszulösen, sie mit dem Geist seines orthodoxen und engherzigen Protestantismus zu erfüllen und mit dem bestehenden Staat zu versöhnen, ohne die politischen Machtverhältnisse zu verändern. Zu diesem Zwecke trat er für eine bestimmte Sozialpolitik ein und er rief zu Beginn des Jahres 1878 eine Partei ins Leben, die er «Christlich-soziale Arbeiterpartei» nannte. Der Name hatte – wie so oft – nichts mit der sozialen Struktur dieser Partei zu tun. Er drückte keinen Tatbestand, sondern nur Hoffnung und Sehnsucht ihres Gründers aus.

Die sozialdemokratischen Arbeiter hatten es sich jedoch nicht nehmen lassen, bei der Gründungsversammlung des konservativen christlich-sozialen Konkurrenz Versuches zu erscheinen. Stöcker, der hier zum ersten Male vor den Massen Berlins stand, hatte daran jedoch keine grosse Freude. Die Arbeiter machten sich nämlich sehr bald zu den Herren der Lage, und schliesslich schlossen sie die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie und mit dem Gesang der Arbeitermarseillaise. Fäuste ballten sich und erbitterte Zurufe ertönten, als Stöcker nach seiner ersten schweren Niederlage den Saal verliess. Seine

Partei musste dann an anderem Ort und in anderer Gesellschaft aus der Taufe gehoben werden.

Was der Hofprediger den Arbeitern in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht versprach, war keineswegs bedeutungslos. Er hatte sich unter anderem die sozialdemokratische Forderung nach Einführung eines Normalarbeitstages zu eigen gemacht, wenn auch in modifizierter Form. Überhaupt trat er für gewisse Arbeiterschutzgesetze ein, und er wollte auch, dass man energisch deren Internationalität anstrebte. Im Mittelpunkt der christlich-sozialen Agitation stand jedoch immer der Staat, das heisst der preussische Staat mit seiner verstaubten Untertanenideologie und seinem ausgesprochen antidemokratischen Charakter.

«Niemand kann ihr Los dauernd verbessern als der Staat», rief Stöcker den Arbeitern zu. Deren Streben nach Selbstbetätigung, Wissen, Erkennen, Freiheit und politischer Gleichberechtigung war dem konservativen Hofprediger im höchsten Masse unsympathisch. Er vermochte dieses Streben auch niemals zu verstehen, und nur darum konnte er dem Irrtum verfallen, dass man die Sozialdemokratie durch materielle Konzessionen an die Arbeiter überwinden, in diesen Arbeitern dann eine Stütze gegen den Liberalismus finden und auf diese Weise die Machtstellung der herrschenden Oberschichten stabilisieren könnte.

Es ist bemerkenswert, dass eine sozialdemokratische Resolution das christlich-soziale Programm in der verunglückten Gründungsversammlung der Stöcker-Partei vor allem deshalb als vollkommen unannehmbar bezeichnete, weil «selbst jede wirtschaftliche Errungenschaft, sei sie gross oder klein, ohne den gleichzeitigen unumschränkten Besitz politischer Freiheit völlig wertlos ist und selbst bei Erfüllung des christlich-sozialen Programms alles beim alten bleibt».

Wie in dieser ersten Versammlung, so zeigte es sich auch später immer wieder, dass zwischen dem Königsprediger einer überlebten Welt und den Arbeitern als den Trägern zukunftsweisender Ideale eine unüberbrückbare Kluft bestand. Zu der Gemeinde, die unter seiner Kanzel sass und die zur Hälfte aus kleinen Leuten und zur anderen Hälfte aus den Kreisen des kaiserlichen Hofes sowie der Aristokratie bestand, vermochte dieser orthodoxe Trommler des Konservatismus Zugang zu finden, nicht aber zu der ihm völlig fremden Welt der modernen Industriearbeiterschaft.

Soweit Stöcker auf Arbeiter einzuwirken vermochte, handelte es sich nicht um moderne Fabrikarbeiter, sondern – ähnlich wie bei Lassalle –

im Wesentlichen um Arbeiter, die dem kapitalistisch zersetzten Handwerk angehörten und die oft noch in Zunftvorstellungen lebten. Aber selbst hier waren seine Erfolge sehr gering und ausserdem nur vorübergehend. Bei den Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 bekam die christlich-soziale Partei in ganz Berlin nur 1'421 Stimmen, die Sozialdemokratie dagegen 56'147. Stöcker schrieb nach der Wahl an seine Frau, dass im Grossen und Ganzen nur die Mitglieder seiner Partei für diese gestimmt hätten.

Mit den Arbeitern war also nichts zu machen. Stöcker zog es deshalb sehr bald vor, sich an den Mittelstand Berlins zu wenden, der noch enger mit den alten Autoritäten verbunden war und mit dessen Mentalität die Anschauungen des orthodoxen Hofpredigers daher besser harmonierten. Es ist nun ausserordentlich interessant, dass die Wendung Stöckers zu den Mittelschichten mit dem Beginn seines Kampfes gegen das Judentum zusammenfiel.

War dies Zufall? War es Berechnung? War es guter Instinkt? Oder war der Hofprediger schon immer Judenhasser und hatte er seine wahre Natur nur vergewaltigt, solange er die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen suchte? Jedenfalls hielt er am 19. September 1879 seinen ersten öffentlichen antisemitischen Vortrag. Bald darauf wurde er in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er sich – was bezeichnend ist – der Fraktion der Konservativen Partei anschloss, deren Volkstribun er nun wurde. Es sei betont, dass hier immer von der Deutsch-Konservativen Partei die Rede ist.

«Der Mittelstand begann das Machtgebiet der Stöckerschen Agitation zu werden und wurde von dem Hofprediger unter der Ägide der Konservativen Partei zu politischer Aktivität mobilisiert. Der Wirkungskreis Stöckers vergrösserte sich reissend, seitdem er den Kampf gegen das Judentum in die Volksversammlungen getragen hatte ... Er hat den Antisemitismus nicht erfunden, aber erst durch ihn begann er als politische Macht in den Massen wirksam zu werden.»

So schreibt Dr. Walter Frank, der Leiter des «Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschland», in seinem Buch «Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung». Es handelt sich hier um das Buch, das wir am Ende des vorliegenden Kapitels erwähnten und aus dem wir das Urteil Franks über die Arbeiterpolitik Bismarcks zitierten. Dieses Buch, das 1928 in erster und 1934 in zweiter Auflage erschien,

ist ein ausserordentlich interessanter Beitrag zur soziologischen Durchleuchtung der Stöcker-Bewegung und damit sowohl des allgemeinen als auch des nationalsozialistischen Antisemitismus.

Es ist sehr bezeichnend, dass Dr. W. Frank seinem Führer Adolf Hitler im Mai 1928 ein Exemplar des soeben erschienenen «Adolf Stöcker» mit einem Geleitbrief überreichte, in dem es hiess, dass dieses Buch «aus dem Erleben der nationalsozialistischen Bewegung und Ihrer Persönlichkeit hervorgegangen ist». Nicht weniger bezeichnend ist, dass Frank im Vorwort zur zweiten Auflage von dem Brausen der sozialen Frage spricht, «die mit der Zerschmetterung des Mittelstandes auch uns aus einem Gegenstand ‚akademischer‘ Diskussion zu einer greifbaren Wirklichkeit wurde», und in diesem Zusammenhang bekennt: «‚Adolf Stöcker‘ entstand aus dem Nachgrübeln über das Erlebnis Adolf Hitler.» All dies zeigt an, dass ein gewisser innerer Zusammenhang zwischen der christlich-sozialen Bewegung Stöckers und der nationalsozialistischen Bewegung Hitlers besteht und dass das Studium der Vergangenheit uns sehr wichtige Anhaltspunkte zum Verständnis der Gegenwart bieten kann.

Die nationalsozialistische Bewegung, deren Vorgeschichte sehr lang und kompliziert ist, hat viele ideologische Wegbahner; «als eine grosse Volksbewegung jedoch, die zum erstenmal gegen den internationalen Marxismus und die herannahende Herrschaft des Geldes anzukämpfen sich getraute, wird man die christlich-soziale Bewegung des Hofpredigers Stöcker in Berlin verzeichnen dürfen», schrieb Alfred Rosenberg am 1. September 1928 im «Völkischen Beobachter».

Eine zum siegreichen Durchbruch gelangte soziale Bewegung an ihren ersten Quellen zu studieren, ist nicht nur reizvoll, sondern auch sehr nützlich, weil man die inneren Triebkräfte einer sozialen Bewegung auf diese Weise am besten erkennen kann. Die Stöcker-Bewegung nimmt daher in dem vorliegenden Buch einen ziemlich breiten Raum ein, ebenso die Alldeutsche Bewegung.

Das ist sachlich notwendig, aber es besteht dabei auch die Gefahr, dass diese Bewegung in das Bewusstsein der Leser viel tiefer eindringt, als sie zu ihrer Zeit in das Bewusstsein und das Leben des deutschen Volkes eingedrungen war. Diese Gefahr ist umso grösser, als das nationalsozialistische Regime in der ganzen Welt berechnete menschliche Empörung und einen tragischen Hass gegen das gesamte deutsche Volk erweckt hat

und Millionen Menschen unter dem Eindruck furchtbarer Zeitereignisse geneigt sind, bestimmte Tendenzen zu absoluten zu erheben und die ganze deutsche Geschichte als einen zielbewussten Marsch, als eine permanente Sehnsucht in das Dritte Reich zu betrachten.

Es soll daher hier, obwohl es aus der Darstellung selber deutlich genug hervorgehen dürfte, mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass man die Bedeutung, die zu ihrer Zeit der Stöcker-Bewegung, der Alldeutschen Bewegung usw. zukam, nicht an den Druckseiten messen darf, die diesen Bewegungen im vorliegenden Buch gewidmet sind.

Lange Zeit war man vielfach geneigt, den Nationalsozialismus und damit auch den Antisemitismus im Wesentlichen als ein künstliches Produkt einflussreicher und finanzkräftiger Gruppen anzusehen. Diese Auffassung lief letzten Endes auf die Vorstellung hinaus, dass der Nationalsozialismus und der Antisemitismus keine tieferen historischen und soziologischen Wurzeln und daher im deutschen Volke selber keine nennenswerte Verankerung haben.

Diese Vorstellung war zu einfach, und es war vorauszusehen, dass dies einmal offensichtlich werden würde. Nun neigt man unter dem Eindruck der Ereignisse vielfach zu einer ganz anderen Auffassung. Nämlich zu der, dass das Geheimnis des Nationalsozialismus und seines Judenhasses im «deutschen Volkscharakter» begründet liege.

Zweifellos unterscheiden sich diese Auffassungen voneinander sehr wesentlich. Jedoch nur, soweit es sich um die Beurteilung des deutschen Volkes handelt. Im Übrigen sind sie viel enger miteinander verwandt, als es auf den ersten Blick erscheint. Man hat ja nur ein Schema durch ein anderes ersetzt und verkennt die Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit des gesellschaftlichen Lebens jetzt nur in anderer Weise als bisher. In beiden Fällen ignoriert man die historischen, ökonomischen und sozialen Tatsachen, in beiden Fällen bleibt man mit seinen Gedanken nicht auf dem Boden der Wirklichkeit und in beiden Fällen geht man daher an den entscheidenden Problemen vorbei.

In dem Buch von Frank kommt ausserordentlich klar zum Ausdruck, dass der Antisemitismus durchaus keine Angelegenheit des deutschen Volkes, sondern nur ganz bestimmter Schichten dieses Volkes ist, und dass insbesondere der Liberalismus und der Sozialismus damit absolut nichts zu tun haben. Es ist zwar nicht neu, aber ganz besonders interes-

sant, es so ausführlich von einem führenden Nationalsozialisten bestätigt zu sehen, dass Stöckers Erfolge in der Problematik des Mittelstandes begründet lagen, dass der Hofprediger von den mittelständischen Massen getragen und von diesen auf immer radikalere Bahnen getrieben wurde, und dass der Antisemitismus die Ideologie war, in der sich der Mittelstand zu einer ständigen Interessenvertretung zu formieren begann.

«In der Konservativen und Nationalliberalen Partei traten mit der Ära des Schutzzolles die agrarischen und industriellen Interessen massgebend hervor. Die Sozialdemokratie war grundsätzlich schon eine wirtschaftlich-soziale Interessenpartei. Nun entstand in der antisemitischen Bewegung eine ebenfalls im sozialen Machtkampf wurzelnde neue politische Richtung», stellt Frank fest.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass der Antisemitismus «nur sozialen Motiven entspringen wäre», fährt Frank fort, um dann wenige Zeilen später die folgenden entscheidenden Feststellungen zu treffen:

«Dort aber, wo der Antisemitismus in die politische Massenwirksamkeit eintritt, gliedert er sich in die Reihe moderner sozialer Machtkämpfe ein, mit dem Unterschied, dass dieser Machtkampf durch den rassischen Unterschied noch eine besondere Note erhält . . . Fasst man etwa die Artikel der ‚Kreuzzeitung‘ von 1875 gegen die ‚Ära Bleichröder-Camphausen-Delbrück‘ ins Auge, so ist der Hintergrund dieser Opposition als eine Auflehnung der früher im altpreuussischen Staat massgebenden Schicht der Aristokratie mit ihrem Anhang der Landgeistlichkeit gegen die mit der liberalen Wirtschaftspolitik emporsteigenden Mächte des Kapitals zu erkennen ...»

«Der Antisemitismus aber, der seit 1879 immer weitere Kreise zu erfassen begann, stützte sich auf den Mittelstand in Stadt und Land, auf die sozialen Schichten, denen das ausbeutende Kapital vorwiegend mit einer jüdischen Physiognomie entgegentrat, die unter dem Laisser-faire der liberalen Epoche litten und nach einem Wort Glagaus im ‚Judentum das angewandte, bis zum Extrem durchgeführte Manchesterturn‘ sahen, gegen dessen Übermacht sie die Hilfe des Staates anriefen.»

Der Handwerkerstand, der einen verzweiferten Kampf gegen die Konkurrenz der Fabriken und Grossbetriebe führte, der Stand der Kleinkaufleute, der unter dem Druck der Warenhäuser und Bazare litt, die kleinen und mittleren Grundbesitzer, die verschuldet waren, Offiziere, Beamte, Studenten, die sich durch das Aufsteigen neuer Kräfte in ihrer alten ge-

sellschaftlichen Stellung bedroht sahen – das waren die Schichten, die uns auch der Nationalsozialist Walter Frank als die Träger der antisemitischen Bewegung vorstellt.

In diesen Schichten, so sagt Frank, glühte es – nach einem Wort von Stöcker – schon lange, wie das Feuer tief im Krater, das nur auf den Anstoss wartet, um hervorzubrechen. Im folgenden Kapitel seines Buches wiederholt Frank noch einmal kurz, welche soziale Schichten der Antisemitismus mobilisierte, und im Anschluss daran stellt er fest:

«Diese Kreise hatten bisher entweder in den konservativen Bürgervereinen ein einflussloses Dasein geführt, oder sie waren unter den Fahnen des Fortschritts, ja der Sozialdemokratie gestanden. Zum Teil hatten sie sich von der Politik ferngehalten, da keine der bestehenden Parteien ihr Interesse vertrat. Jetzt ballte Stöcker diese unzusammenhängenden Scharen zu einer einheitlichen politischen Macht zusammen, sammelte sie zum Angriff auf die Bastionen des städtischen, das heisst liberalen und jüdischen Kapitalismus und knüpfte sie durch seine Persönlichkeit an die Konservative Partei.»

«In Berlin schossen die konservativen Bürgervereine aus der Erde. Der ‚Verein deutscher Studenten‘ wurde 1880 gegründet und griff auf den Universitäten mächtig um sich. Die akademische Jugend, vor 1848 in den Burschenschaften eine Hauptträgerin politischer Bewegung, in der Folge immer mehr in politischer Indifferenz und reiner Gesellschaftspflege versunken, wurde hier vorübergehend von einer neuen politischen Welle erfasst: jetzt freilich von einer konservativ-antiliberalen ...»

«. . . Die Partei der preussischen Aristokratie und der protestantischen Orthodoxie erhielt mm in der Reichshauptstadt eine breitere Grundlage in den Massen des bürgerlichen Mittelstandes.»

Wir haben es bei der Stöcker-Bewegung also mit der ersten grossen Etappe jenes bedeutungsvollen soziologischen Prozesses zu tun, der sich seitdem in wechselnden Formen fortsetzte und der später mit der Hitlerbewegung seinen Kulminationspunkt erreichte: nämlich mit der Formierung des Mittelstandes zu einer selbständigen politischen Macht.

Zwar vollzog sich dieser Prozess in erster Linie auf Kosten der Liberalen, aber auch der Sozialdemokratie gelang es nicht immer und überall, ihren kleinbürgerlichen Anhang zu halten.

«Uns Sozialisten», so schrieb Karl Kautsky im Jahre 1884 an Friedrich Engels, «ist ein neuer Feind erwachsen im Antisemitismus, der kolossale Dimensionen annimmt und ein gut Teil kleinbürgerlicher – mitunter sehr ‚radikaler‘ – Elemente aufgenommen hat, die bisher bei uns waren . . . Die Antisemiten haben sich jetzt offen als die Partei der kleinbürgerlichen Ausbeuter proklamiert welche den Normalarbeitstag nur für die Fabriken verlangen, um besser mit diesen konkurrieren zu können.»

Das bezog sich zwar auf Österreich, wo der junge Adolf Hitler später von den Antisemiten erobert wurde, doch im Deutschen Reich lagen die Dinge ähnlich. In den Reichstagswahlen von 1881 war es Stöcker in seinem Wirkungsfeld Berlin gelungen, der Sozialdemokratie ihre kleinbürgerliche Wählerschaft teilweise abzujagen. «Die Konservativen und Antisemiten hatten sich in die Wahlkreise Berlins geteilt und betrieben eine Wahldemagogie, die an die schlimmsten Auswüchse amerikanischer Wahlen erinnerte. Sie hatten die sozialistische Literatur gründlich ausgeplündert, um auf die noch nicht durchgebildeten Arbeiter zu wirken, und scheuten kein Geld, Überläufer zu kaufen», schreibt Eduard Bernstein in seiner «Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung». (Band II, Seite 71.)

Aber der Hofprediger musste bald bemerken, dass es ein weltfremder Optimismus war, als er nach den für ihn erfolgreichen Wahlen von 1881 die bezeichnenden Worte sprach:

«Wir werden durch unsere Arbeit die Sozialdemokratie in Berlin von der politischen Bildfläche hinwegfegen; nachher werden wir dem Fortschritt zu Leibe gehen und ihn zertrümmern im politischen wie im kommunalen Leben.»

Die Reichstagswahlen von 1884 bewiesen, dass die Sozialdemokratie Berlins – trotz des Sozialistengesetzes und trotz Stöckers Agitation – in ständigem Vormarsch begriffen war. Der vereinte Ansturm Bismarcks und Stöckers auf die Sozialdemokratie vermochte nur deren kleinbürgerlichen Anhang zu reduzieren, und die Folge davon war, dass die Sozialdemokratie umso schneller eine Klassenpartei der Industriearbeiter wurde.

Indem der orthodoxe Hofprediger den Mittelstand mobilisierte, um ihn gegen die progressiven Kräfte der Gesellschaft ins Feld zu führen, hatte er also diesen Prozess der Verwandlung der Sozialdemokratie in eine reine Arbeiterpartei erheblich beschleunigt und somit den Klassen-

kampf, den er in Übereinstimmung mit fast allen typischen Mittelstandspolitikern zu bekämpfen vorgab, ungeheuer intensiviert und radikalisiert. Sein ursprüngliches Ziel, die Sozialdemokratie zu überwinden, rückte dadurch notwendigerweise in immer weitere Ferne. «An die Fabrikarbeiter kam er auch jetzt nicht heran», stellt Frank im Hinblick auf das Jahr 1884 fest. So war es, und so blieb es immer.

Die modernen Fabrikarbeiter standen der liberalen Fortschrittspartei, die für die Bedürfnisse und Ansprüche dieser Gesellschaftsklasse ursprünglich im Allgemeinen nur sehr begrenztes Verständnis hatte, in vieler Hinsicht sehr kritisch gegenüber, und sie hatten sich ja deshalb vom Liberalismus losgelöst und selbständig gemacht. Aber im Gegensatz zu den Junkern, den orthodoxen Geistlichen, den reaktionären Teilen des Mittelstandes, den Antisemiten usw. kritisierten sie den Liberalismus und die Fortschrittspartei nicht, weil sie den Liberalismus und den Fortschritt verneinten, sondern umgekehrt, weil sie mit den grossen positiven Ideen dieser Strömungen viel entschiedener Ernst machen wollten.

Aus diesem Grunde stand die deutsche Sozialdemokratie in dem Kampf zwischen dem Antisemitismus und dem Liberalismus, dem junkerlich-kleinbürgerlichen Antikapitalismus und der Bourgeoisie, an der Seite des Liberalismus und der Bourgeoisie – trotz aller Gegensätze und trotz der Gefahr, dadurch einen Teil ihrer kleinbürgerlichen Gefolgschaft dauernd oder nur vorübergehend zu verlieren.

Diese Einheitsfront zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie gegen die ebenfalls nicht zufällige Einheitsfront zwischen den Konservativen und der antisemitischen Mittelstandsbewegung Stöckers fand im Jahre 1884 im Kampf um die Herrschaft über das Berliner Rathaus einen weithin sichtbaren Ausdruck. Frank schreibt darüber:

«An der Spitze der mittelständischen Massen der Reichshauptstadt war der geistliche Agitator im Jahre 1884 nahe daran, die Phalanx der fortschrittlichen Bourgeoisie ins Wanken zu bringen. In diesem Augenblick schlossen sich die antikapitalistische Sozialdemokratie und die kapitalistische Fortschrittspartei zu einer Einheitsfront zusammen. Die Gemeinsamkeit der rationalistischen Weltanschauung und der demokratischen Politik erwies sich als stärker denn der Gegensatz von Arm und Reich. Dem orthodox-royalistischen Hofprediger gegenüber empfanden sich Sozialdemokratie und Fortschritt als proletarisches und bürgerliches

Glied der ‚modernen‘ Gesellschaft.» (Gespart von Frank.)

Der Nationalsozialist Walter Frank bezeichnet es nicht als einen Zufall, sondern für ihn war es «eine tiefinnere Notwendigkeit, dass die Agitation Stöckers an den Kernstellungen sowohl des Proletariates wie der Bourgeoisie abprallte», und diese Auffassung ist vollkommen richtig. Darin liegt auch die soziologische Erklärung dafür, dass die Arbeiterbewegung den Antisemitismus umso entschiedener und geschlossener zurückwies, je mehr sie ihre handwerklichen und zünftlerischen Traditionen abstreifte und je stärker, reifer, bewusster und geschulter sie wurde.

Die Niederlage, die die reaktionäre Allianz zwischen den Konservativen und der Stöcker-Bewegung im Jahre 1884 in Berlin erlitten hatte, war bedeutungsvoll. Aber trotzdem hatte diese Allianz noch keinen Anlass zum Verzweifeln, denn Frank sagt sehr richtig:

«Den konservativen Mächten, die 1878 in der Reichshauptstadt ein verzagtes kleines Häuflein dargestellt hatten, stand jetzt unter Stöckers Fahnen eine antisemitisch-antifortschrittliche Volksbewegung zur Verfügung, welche den Glauben an die Möglichkeit weiterer Expansion nicht aufzugeben brauchte. Noch waren weite mittelständische Kreise in Berlin vorhanden, die für solche Einflüsse empfänglich sein konnten; und noch wartete in der Provinz eine Armee mittelständischer Massen auf den Führer, der sie organisieren und in den Kampf führen konnte.»

Demgegenüber konnte jedoch schon im Jahre 1878 kein Zweifel darüber bestehen, dass Stöcker in seinem Kampf um die Arbeiter ein totales Fiasko erlebt hatte. Aber die Partei des Hofpredigers erkannte diese Tatsache der Öffentlichkeit gegenüber erst am 3. Januar 1881 an. An diesem Tage änderte sie endlich ihr Firmenschild, indem sie auf den Namen «Arbeiter»-Partei offiziell verzichtete und sich nur noch «Christlich-soziale Partei» nannte. Stöcker hatte dies zunächst zu verhindern gesucht, aber er überliess dann die Entscheidung den Bezirksversammlungen seiner Partei. Frank schreibt darüber:

«Hier führten die Anhänger einer Änderung des Namens bezeichnende Argumente ins Gefecht: Die Zahl der Arbeiter in der Partei betrage höchstens 150 bis 200 Köpfe, andere Stände aber, besonders die gebildeten Klassen, könnten durch den Namen einer Arbeiterpartei leicht vom Beitritt abgehalten werden. Die Namensänderung war also nur Anerkennung einer vollendeten Tatsache.»

Interessanterweise sagt Frank, dass die Umwandlung der Christlich-sozialen Partei aus einer «Arbeiterpartei» in eine «wesentlich mittelständisch-bürgerliche Partei» tatsächlich schon seit dem Jahre 1879 begonnen hatte, eben mit dem Auftreten Stöckers gegen das Judentum! Besser kann man den Zusammenhang zwischen Mittelstandsbewegung und Antisemitismus kaum charakterisieren. Und andererseits ist es bezeichnend für die Mentalität, die Einstellung und Haltung der Arbeiter, wenn Wawrzinek in seiner bereits erwähnten Studie sagt: «Solange Stöcker als Ziel die Errichtung einer Arbeiterpartei festhielt, war es weder notwendig noch taktisch zweckmässig, antijüdische Gedanken zu propagieren.»

Wawrzinek weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in einer Arbeiterversammlung in den Berliner «Reichshallen» am 11. Januar 1880 eine Resolution beschlossen wurde, in der es hiess: den Arbeitern könne es gleichgültig sein, ob sie von jüdischen oder christlichen Kapitalisten ausgebeutet würden.

Es kennzeichnet die damalige Situation, dass Stöcker schon im Jahre 1881 sagen konnte: wenn er heute «die Parole zur Judenhetze ausgeben würde, so wäre sie da». Der Hofprediger sagte dies zu einem Geheimrat, und wie Frank berichtet, «voll Machtgefühls».

In der Tat hatten in diesem Jahre schon einige Antisemiten das Bedürfnis, von Worten zu Handlungen überzugehen. Es setzte daher eine Pogrombewegung ein. Diesmal jedoch nicht in solchen Proportionen wie 1848, und ausserdem auch nicht – wie es damals der Fall war – in dem stark preussenfeindlichen Süddeutschland, sondern in kleinen Städten der Provinzen Brandenburg und Pommern, der Wiege des Preussentums.

Am 18. Februar 1881 brannte in Neustettin, wo eine kleine jüdische Gemeinde wohnte, die neuerbaute Synagoge vollständig nieder. Es war das Werk eines fanatischen Antisemiten dieses Ortes. Wenige Tage vorher hatte dort der rassenantisemitische Agitator Dr. Henrici eine seiner masslosen Reden gehalten. Über diesen Dr. Henrici wird später noch einiges zu sagen sein. Hier nur so viel, dass er der Stöcker-Bewegung angehörte, in der er eine Richtung vertrat, die über den Antisemitismus des Hofpredigers hinausging und die mehr und mehr zur entscheidenden werden sollte, um dann mit Streicher, Hitler usw. ihren Gipfelpunkt zu erreichen.

Dr. Henrici ging bereits so weit, dass er im Jahre 1881 in einem engen Kreis von Antisemitenführern der Stöcker-Bewegung den Vorschlag ge-

macht haben soll, die Juden totzuschlagen. Jedoch wird zum Beispiel berichtet, dass Professor Adolf Wagener, der Freund und Kampfgenosse Stöckers, gegen diesen Vorschlag mit äusserster Schärfe protestisiert hat, und wir glauben, dass diese Haltung – möglicherweise von vereinzelt Ausnahmen abgesehen – der ganzen antisemitischen Bewegung dieser Zeit entsprach. Sie war eben noch nicht nationalsozialistisch, was übrigens mit Nachdruck betont werden soll.

Aber obwohl Stöcker damals schon sagen konnte: wenn er heute die Parole zur Judenhetze ausgeben würde, wäre sie da, und obwohl der Antisemitismus damals schon Typen wie Dr. Henrici hervorgebracht und verheerende Wirkungen auf das Leben der Nation ausgeübt hatte, haben die Konservativen die antisemitische Bewegung begrüsst, unterstützt, gefördert und verteidigt. Dass dies nicht immer eindeutig geschah und dabei oft gewisse Vorbehalte gemacht wurden, ändert an dieser historischen Tatsache nichts.

Zwar gab es auch Konservative, die sich dem Antisemitismus gegenüber ablehnend verhielten. Aber das war nicht typisch für die Konservative Partei, sondern – von einer später noch zu erwähnenden Gruppe abgesehen – im Wesentlichen nur für ihren sogenannten gouvernementalen Flügel, der vorwiegend aus hohen Beamten, Diplomaten und Professoren bestand und der im Allgemeinen überhaupt gemässigter, kompromissbereiter und weniger doktrinär war.

Viele Konservative haben die antisemitische Bewegung gefördert, weil sie selber Antisemiten waren. Aber viele haben dies auch getan, obwohl sie keine überzeugten und vielleicht überhaupt keine Antisemiten waren. Es erklärt sich dies daraus, dass die aristokratischen Konservativen im Zeitalter der Massenbewegungen und der Massenparteien aus machtpolitischen Gründen nicht darauf verzichten konnten, sich am Kampf um die Massen zu beteiligen. Die Aristokratie konnte gegen ihre Feinde nicht allein mit ihrer wirtschaftlichen, sozialen, bürokratischen, polizeilichen und eventuell auch militärischen Macht kämpfen. Sie brauchte dazu auch Massen, und das begriff man in ihren Reihen allmählich immer besser.

Aus diesem Grunde suchte eine Gruppe realistischer Vertreter des Konservatismus in der Revolution von 1848 Bauern, Handwerker und Kleinbürger an sich heranzuziehen. Aus diesem Grunde wurde im Jahre 1861 der «Preussische Volksverein» gegründet. Aus diesem Grunde

suchte Bismarck den von Lassalle geführten Teil der Arbeiterschaft gegen den Liberalismus zu mobilisieren. Aus diesem Grunde, respektive auch aus diesem Grunde, schürten die Konservativen um die «Kreuzzeitung» in den siebziger Jahren die antijüdischen Leidenschaften, und aus diesem Grunde paktierten sie nun mit der antisemitischen Mittelstandsbewegung Stöckers.

Es soll an dieser Stelle gleich die weitere Entwicklung angedeutet und daher festgestellt werden: aus diesem Grunde nahmen die Konservativen im Jahre 1892 den inzwischen viel radikaler und rassenbetonter gewordenen Antisemitismus offiziell in ihr Parteiprogramm auf, und aus diesem Grunde paktierten sie nach dem Kriege mit der Partei Hitlers und Streichers, um dieser dann schliesslich im Jahre 1933 zum Siege zu verhelfen.

Wir haben es hier also nicht mit zufälligen Allianzen, sondern mit ganz bestimmten sozialen Gesetzmässigkeiten zu tun. Das ist einer der wichtigsten roten Fäden der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands von 1848 bis 1933, und wer den nicht beachtet, kann vor allem auch nicht die Entstehung des Dritten Reiches verstehen.

An anderer Stelle sind wir zu dem Resultat gekommen, dass die antisemitische Massenbewegung Stöckers die erste grosse Etappe in dem Prozess der Formierung des Mittelstandes zu einer selbständigen politischen Macht war, welcher Prozess mit der Hitler-Bewegung seinen Kulminationspunkt erreichte. Nun ist als zweites wichtiges Resultat unserer Untersuchung zu konstatieren, dass die Allianz zwischen den aristokratischen Konservativen und der antisemitischen Bewegung Stöckers die erste grosse Etappe auf dem Wege zu der Allianz zwischen den aristokratischen Konservativen und der antisemitischen Bewegung Hitlers war, welche Allianz ihren Kulminationspunkt mit der Errichtung des Dritten Reiches erreichte.

Sehr richtig sagt Professor Bergsträsser in seiner «Geschichte der politischen Parteien Deutschlands» über das Verhältnis der Konservativen zu der antisemitischen Bewegung der Ära des Sozialistengesetzes: «Die Konservativen hatten sofort Beziehungen zu ihr angeknüpft; sie erneuerten damit in veränderter Form den Versuch, den schon in den sechziger Jahren der Preussische Volksverein gemacht hatte, die Konservative Partei dadurch zu fördern, dass man Handwerker und Kleinbürger an sich heranzog.»

Dass dieser Versuch ständig «in veränderter Form» gemacht werden musste und schliesslich nicht mehr allein im Rahmen und auf dem Boden der Konservativen Partei möglich war, liegt im Wesen der Dinge. Es hängt dies vor allem damit zusammen, dass die Massen stets wachsende Bedeutung erlangten und auch dann wachsende Ansprüche stellten und sich eigene Parteien schufen, wenn sie antiliberal, antisozialistisch und antisemitisch waren.

Diese Tendenz und *diese* Seite der Sache war den aristokratischen Konservativen natürlich niemals sympathisch, und viele von ihnen verhielten sich daher gegenüber der Bündnispolitik mit dem plebejischen Konservativismus immer mehr oder weniger reserviert. Dies erklärt übrigens auch, weshalb gewisse Aristokraten, die vielleicht sogar sehr stramme Antisemiten waren, für die antisemitische Massenbewegung keine Begeisterung aufzubringen vermochten, eben weil sie *Massenbewegung* war.

Das ist die Gruppe, die wir vorher nur nebenbei erwähnt hatten. Liebermann von Sonnenberg, der neben Dr. Henrici der Führer der rassenantisemitischen Richtung innerhalb der Stöcker-Bewegung war, gehörte zu denen, die die Haltung dieser Aristokraten scharf verurteilten. Ihr Benehmen, so schrieb er im Jahre 1882 in der «Neuen deutschen Volkszeitung», sei weder aufrichtig noch klug. Nicht aufrichtig, so argumentierte Liebermann von Sonnenberg, weil die meisten Konservativen Antisemiten seien, und nicht klug, weil die Judenfrage das beste Agitationsmittel sei.

Ähnlich dachte vor allem auch Freiherr Wilhelm von Hammerstein, der die antisemitische Bewegung innerhalb der Konservativen Partei führte. Er entstammte altmecklenburgischer Aristokratie und war seit November 1881 der Chefredaktor der «Kreuzzeitung».

«Ein aussergewöhnlicher Vertreter der ostelbischen Junkerklasse – voll von hochgespanntem Ehrgeiz und herrschgewohntem Aristokratenstolz, das Volk im Grunde seines Herzens verachtend, aber klug genug, um die Bedeutung der Massen im 19. Jahrhundert klarer zu erkennen als der Durchschnitt seiner Standesgenossen» – so charakterisiert Dr. W. Frank diesen intimen Bundesgenossen des westelbischen Hofpredigers Stöcker. Der Freiherr und der Volkstribun der Konservativen waren in der Zeit von 1881 bis 1895, das heisst, bis der Freiherr wegen Betrugs- und Urkundenfälschung zu Zuchthausstrafe verurteilt wurde, ein Dioskurenpaar.

Hammerstein und Stöcker waren beide «bei aller Grundsätzlichkeit der Ziele Realpolitiker der Mittel, die sie dem demokratischen Jahrhundert angepasst haben. Allerdings erscheint die soziale Idee bei dem Freiherrn nur als Mittel zum Zweck, bei Stöcker auch als Herzenssache», sagt Frank.

Bei Stöcker konnte die soziale Idee nicht *nur* Mittel zum Zweck, sondern bei ihm musste sie *auch* «Herzenssache» sein, denn die antisemitischen Kleinbürger, die er führte, erwarteten und verlangten von ihm natürlich Massnahmen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage. Zwar hatte sich die Christlich-soziale Partei 1881 endgültig mit der Deutsch-konservativen Partei vereinigt, aber damit sprachen die Massen des Hofpredigers nicht den Verzicht auf die Wahrung ihrer besonderen sozialen Interessen aus. Ihr Konservativismus hatte nach wie vor eine bestimmte soziale Note und war daher trotz aller Gemeinsamkeiten nicht mit dem Konservativismus der Barone identisch. Dies erklärt die Reservation gewisser Aristokraten gegenüber ihrem Volkstribun und in diesem Zusammenhang auch gegenüber der antisemitischen Massenbewegung.

Aber da die preussische Aristokratie kein positives Verhältnis zu der liberalen Ideenwelt finden konnte und auch nicht finden wollte, blieb ihr – als Schicht betrachtet – gar nichts anderes übrig, als gegen die Massen des Liberalismus und des rasch anwachsenden sozialdemokratischen Industrieproletariates andere Massen zu mobilisieren. Diese Massen aber konnte sie nur in den Gesellschaftsschichten suchen und finden, die – ebenso wie die Aristokratie selber – in einem konservativen oder gar reaktionären Sinne antiliberal und antikapitalistisch waren. Und da die antisemitische Bewegung gerade aus solchen Gesellschaftsschichten bestand, war sie der natürlichste Anknüpfungspunkt.

Dies ist die soziologische Erklärung für das Bündnis zwischen den aristokratischen Konservativen und den Antisemiten, und dies ist die soziologische Erklärung für das Verhalten der Konservativen Partei.

«Schon früh suchten die Konservativen mit der antisemitischen Bewegung in Berührung zu treten», konstatiert Dr. Willy Kremer in seiner Untersuchung: «Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871 bis 1918» (Emsdetten 1934). Es ist auch richtig, wenn dieser Autor sagt, dass die antisemitische Bewegung von Bismarck freundlich begrüsst wurde. Es war dies ein Ausdruck seiner reaktionären Wendung.

Zwar lassen sich direkte Beziehungen des damaligen deutschen Reichskanzlers zu den Antisemiten nicht nachweisen, jedoch wussten die Antisemiten sich «begünstigt als Bundesgenossen des Gewaltigen», schreibt Wawrzinek. In Berlin herrschte damals allgemein die Ansicht, dass eine Quelle für die Mittel der antisemitischen Agitation der sogenannte «Welfenfonds» war, das heisst das von Preussen beschlagnahmte Vermögen des 1866 entthronten Königs Georg V. von Hannover. Wawrzinek meint, es liege kein Grund vor, zu bezweifeln, dass diese damals in Berlin allgemein herrschend gewesene Ansicht richtig war.

Trotzdem kann man Bismarck nicht als einen Antisemiten bezeichnen. Was er tat, tat er als ein raffinierter Politiker, als ein Opportunist ohne Skrupel. Für ihn war der Antisemitismus wie vieles andere nur eine Figur auf dem Schachbrett seiner Politik. Sein Verhältnis zu den Antisemiten war daher nicht immer dasselbe. Will man seinen eigenen Worten Glauben schenken – was man niemals kritiklos tun darf –, so nahm er zeitweilig an gewissen sozialen Forderungen seiner plebejischen Bundesgenossen Anstoss, wie das viele Aristokraten immer getan haben.

Im Jahre 1880 spielte Bismarck vorübergehend sogar mit dem Gedanken, das Sozialistengesetz auch gegen die Bewegung Stöckers in Anwendung zu bringen. «Die Tendenzen, welche er verfolgt, decken sich in mehreren Punkten mit denjenigen der anderen Sozialdemokraten», schrieb der Kanzler am 16. Oktober 1880 an den Kultusminister von Puttkamer, wobei er sein Bedauern darüber aussprach, dass seine früher gemachte Anregung, gegen Stöcker die Bestimmungen des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie in Anwendung zu bringen, «bei dem Herrn Minister des Innern keinen Anklang gefunden hat».

Bezeichnenderweise fühlte Bismarck sich gedrängt, durch seinen Sohn Herbert dem Minister Puttkamer am 21. November 1880 mitteilen zu lassen, dass für ihn «viel mehr das Sozialistische als das Antisemitische» in den Reden und Aufreizungen Stöckers entscheidend sei. Er hielt diese Präzisierung seines Standpunktes nach seinen eigenen Worten für notwendig, um bei Kaiser Wilhelm I., der den Hofprediger wohlwollend behandelte, nicht den Eindruck zu erwecken, als ob er – Bismarck – wegen der antijüdischen Richtung des Hofpredigers Anträge gegen diesen stelle. Nein, das Gefährliche sei die «kommunistisch-sozialistische Tendenz der Stöckerschen Aufreizung», heisst es in dem Brief vom 21. November 1880.

Aber wie Papens Herrenklub, die Junker usw., die Nationalsozialisten sehr häufig als «braune Bolschewisten» bezeichneten, mit ihnen aber trotzdem in einer Front standen, um dann schliesslich im Bunde mit diesen «braunen Bolschewisten» ins Dritte Reich zu marschieren, so fand sich damals unter anderem auch Bismarck mit der angeblich «kommunistisch-sozialistischen» Tendenz des Antisemitismus ab, sobald er die Antisemiten in seinem Kampf gegen den Liberalismus und die Sozialdemokratie nicht entbehren zu können glaubte. Dann war er froh, dass sie da waren.

Auch Dr. Frank ist es nicht entgangen, dass sich Bismarcks Haltung gegenüber Stöcker genau in dem Augenblick änderte, wo die Regierungspolitik sich auf eine konservativ-klerikale Mehrheit stützen und eine freisinnig-sozialdemokratische Opposition bekämpfen musste. Nun erklärte Bismarck in einem Privatbrief vom 14. Oktober 1881, Stöcker sei «ein ausserordentlicher, streitbarer, nützlicher Kampfgenosse», und nun war auch keine Rede mehr von einer «kommunistisch-sozialistischen Tendenz der Stöckerschen Aufreizung» oder von den «anderen Sozialdemokraten».

Es spricht übrigens viel dafür, dass der machiavellistische Kanzler des Deutschen Reiches gegen den Volkstribun der Konservativen damals mindestens teilweise – aus ganz anderen Gründen opponierte als er vorgegeben hatte. Jedenfalls sagte er im November 1881 nicht mehr, was er ein Jahr früher gesagt hatte, dass nämlich für ihn «viel mehr das Sozialistische als das Antisemitische» aufreizend sei an Stöcker. Jetzt motivierte er sein früheres Vorgehen ganz anders, denn jetzt sagte er: «Ich wollte zuerst die Agitation für Stöcker *als Antisemiten* nicht. Sie war mir unbequem und ging zu weit.»

Aber nun motivierte er nicht nur sein früheres Vorgehen ganz anders, sondern nun sagte er auch: «Jetzt freue ich mich, dass der Hofprediger gewählt ist. Er ist ein tätiger, furchtloser, standhafter Mann und hat ein Maul, das nicht totzumachen ist.» Trotzdem nannte er die Agitation der Antisemiten einige Tage später in einem Privatgespräch «inopportun», um dann die ausserordentlich bezeichnenden Worte zu sprechen: er habe sich dagegen erklärt, «aber weiter nichts dagegen getan wegen ihres mutigen Eintretens gegen die Fortschrittler».

Das ist der springende Punkt! «Wegen ihres mutigen Eintretens gegen die Fortschrittler» hat die Regierung in Berlin die antisemitische Bewegung Stöckers behördlich gefördert und hat sie durch den Grosskauf-

mann Rudolf Hertzog die Wahlen, die Organisation und die Agitation sowie patriotische Volksfeste mit kostenlosem Bier, mit Konzert, Tanz und Vorträgen finanzieren lassen. Und «wegen ihres mutigen Eintretens gegen die Fortschrittler» haben die Konservativen, auch wenn sie keine Antisemiten waren, die Antisemiten entweder aktiv unterstützt oder – mit mehr oder weniger gemischten Gefühlen – zumindest toleriert!

Das war eine der vielen, sehr vielen Vorarbeiten, die die Konservativen für «die Revolution des Nihilismus» geleistet haben.

In einer seiner glänzenden Parlamentsreden rief Eugen Richter den Konservativen zu: «Sie klagen über die Börsenspekulation, vergessen aber, dass an ihr auch deutsche Fürsten und Herzöge teilgenommen haben, die im Parlament ein Jude – Lasker – entlarvt hat. Sie klagen über die jüdische Presse, gestehen Sie aber, dass Sie darunter die liberale Presse überhaupt meinen. Die Regierung verfolgt die Sozialdemokraten, die nur gegen die besitzenden Klassen auftreten, beschirmt aber die Sozialchristen, die den Hass gegen eine ganze Rasse predigen. Ich weiss sehr wohl, dass in dieser Angelegenheit der Kanzler seinen Kopf und seine Hand mit im Spiele hat: Bismarcks Freunde, Treitschke und Busch, nehmen an der antisemitischen Bewegung teil.»

Die Liberalen wiesen in diesem Zusammenhange sehr häufig auf die Beziehungen Bismarcks zu Lassalle und dessen Nachfolger, J. B. v. Schweitzer, hin. «Fast scheint es» – so sagte zum Beispiel Eugen Richter am 12. Januar 1881 – «als ob die antisemitische Bewegung im Rücken des Liberalismus die sozialistische ablösen sollte. Auch Lassalle fand mancher im Anfang recht interessant, wie man heute das Vorgehen der Antisemiten gegen die Liberalen und die Fortschrittspartei interessant findet.»

Eugen Richter hatte es sich damals sicher nicht träumen lassen, dass er damit nicht nur eine vorübergehende Tendenz konservativer Politik kennzeichnete, sondern die erste grosse Etappe in einer Bündnispolitik, deren Schlussstein das Bündnis zwischen den Konservativen und den Nationalsozialisten war. Aber es waren prophetische Worte, als Eugen Richter den Konservativen zurief: «Hüten Sie sich, in der zuchtlosen Volksmasse die wilden Leidenschaften zu erwecken. Erweckt die Bestie im Menschen nicht, denn sie wird dann vor nichts haltmachen!»

Die blutige Tragödie des Dritten Reiches hielt in den Tagen Stöckers niemand für möglich, und der Hofprediger hat es ganz bestimmt nicht

geahnt, dass der Historiker einmal über ihn sagen könnte: dieser Hofprediger war der Prediger eines Hasses, dessen letzte Konsequenz die Ersetzung des Christenkreuzes durch das Hakenkreuz und die Auflösung der Zivilisation war. Aber es ist sehr interessant, dass Bleichröder am 18. Juni 1880 ein Schreiben an den Kaiser richtete, in welchem er sich über die Aufreizung zur Gewalttätigkeit gegen seine Person und sein Eigentum beschwerte und warnend auf die unheimlichen Konsequenzen des Antisemitismus hinwies.

«Tausende drängen sich schon zu den Versammlungen, und Hunderttausende erwarten mit Ungeduld die Berichte der Zeitungen», schrieb Bleichröder, um dann der Auffassung Ausdruck zu geben, dass das Ende die Revolution sein müsse. «Majestät, ich zittere nicht vor diesem letzten notwendigen Ereignis, wenn der Agitation nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird. Ich versuche mich darauf vorzubereiten, so schweren Herzens ich das Vaterland auch meiden würde... Aber ich glaube annehmen zu dürfen, dass der Versuch einer Gewalt gegen mich, der in den Reden des Herrn Hofpredigers Stöcker und Genossen gegen mich heraufbeschworen wird, nicht vereinzelt stehenbleiben könnte, dass er vielmehr nur der Anfang des Unglücks einer furchtbaren sozialen Revolution sein müsste.»

Einige Monate später – am 12. November 1880 – veröffentlichte eine Gruppe hervorragender Vertreter der Berliner Gesellschaft in den Zeitungen einen Aufruf, in dem die antisemitische Bewegung als Deutschlands Nationalschande gebrandmarkt wurde. Deutschland sei von einer nahenden Welle der Mittelalterlichkeit, des Rassenhasses und des Fanatismus bedroht. «An dem Vermächtnis Lessings rütteln Männer, die auf der Kanzel und dem Katheder verkünden sollten, dass unsere Kultur die Isolierung desjenigen Stammes überwunden hat, welcher einst der Welt die Verehrung des einzigen Gottes gab», hiess es in dieser Deklaration, die mit dem Appell an die Öffentlichkeit schloss, «der Verwirrung entgegenzutreten und die nationale Schmach abzuwenden».

Mommsen, Droysen, Gneist, Virchow, der Astronom Foerster, der Berliner Oberbürgermeister Forckenbeck, die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, Mitglieder der Akademie der Wissenschaft, des Reichstages und des Magistrats – sie alle, die diesen Aufruf unterzeichnet hatten, liessen damit die Stimme eines anderen Deutschland ertönen, als das Deutschland der Stöcker, Hammerstein usw. war.

Auch Kronprinz Friedrich III., auf den die Liberalen ihre Hoffnung gesetzt hatten, der aber später nur sehr kurze Zeit regieren und tragi-scherweise von Wilhelm II. abgelöst werden sollte, hatte es gewagt, den Antisemitismus als «eine Schmach des Jahrhunderts» zu bezeichnen. Man müsse sich vor dem Auslande schämen, dass diese Bewegung so um sich greife und auch gebildete Kreise sich an diesem Treiben betei-ligen, hatte er schon am 29. Oktober 1879 erklärt. Dubnow bezeichnet den Kronprinzen Friedrich III. als den einzigen Hohenzoller, der sich von der Reaktion nicht mitreissen liess.

Es ist sehr interessant und wichtig, dass sich die Massengefolschaft des antisemitischen Agitators herzlich wenig für die kirchlichen Motive des Hofpredigers interessierte. Damit sind wir zu einer Frage gekom-men, die in mehrfacher Hinsicht von grosser Bedeutung ist und auf die wir daher etwas näher eingehen wollen.

FÜNFTES KAPITEL

Die Geburt des Rassenantisemitismus

Heinrich Graf Goudenhove-Kalergi, der Vater des bekannten Paneuropäers, hat um die Jahrhundertwende zu beweisen gesucht, dass aller Antisemitismus religiösen Fanatismus entsprungen sei. Der früher schon einmal erwähnte österreichische Historiker Charmatz bemerkt dazu in seinem 1907 erschienen Werk «Deutschösterreichische Politik» mit Recht, dass Goudenhove als ein mutiger und leidenschaftlicher Gegner des Antisemitismus mit Houston Stewart Chamberlain, dem Verfasser des rassenantisemitischen Buches «Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts», merkwürdigerweise einen Wesenszug gemein hatte. Es fehlte nämlich auch ihm, dem Grafen, «die Gabe des sozialen Schauens, des scharfen Erfassens wirtschaftlicher Triebkräfte».

Denn der moderne parteipolitische Antisemitismus in Österreich, so stellte Charmatz auf Grund seiner konkreten Studien fest, sei zum grossen Teile ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; hinter ihm verberge sich die Hilflosigkeit des Mittelstandes gegenüber dem sieghaft vordringenden Industrialismus. Religiöse Motive hätten zwar mitgewirkt, sagt der österreichische Historiker, «aber die Angst oder der Hass gläubiger Seelen verschwand fast hinter der Bedeutung, die der Empörung über die leeren Taschen innewohnte».

Was Charmatz von dem katholischen Österreich sagt, gilt in vielleicht noch höherem Masse für das vorwiegend protestantische Deutsche Reich. Zwar wurde die erste antisemitische Massenbewegung Deutschlands von einem Hofprediger geführt, «aber es war gewiss nicht das Bild des am Kreuze leidenden Erlösers, das diesen Massen vorschwebte, es war die soziale Frage des «Jahrhunderts, die sie vorwärtstriebe», heisst es bei Frank. Er stützt sich dabei unter anderem auf die Polizeiberichte, die als relativ objektives Material betrachtet werden können.

Auf Grund dieser Polizeiberichte stellte Frank eine Tabelle zusammen, die sich auf die Jahre 1880/81 bezieht. Aus dieser Tabelle geht her-

vor, dass die religiösen Vorträge Stöckers wesentlich schlechter besucht waren als die Vorträge, die sich speziell mit den sozialen Nöten des Mittelstandes und mit der Judenfrage beschäftigen. Hier einige Beispiele:

Tag des Vortrages	Thema	Zuhörerzahl
9.4.1880	Judenfrage	2'000
30.4.1880	Ist die Bibel Wahrheit?	500
24.9.1880	Judenfrage	2'000
19.11.1880	Das Dasein Gottes	1'000
17.12.1880	Das Alte und das Neue Testament	700
21.1.1881	Das Handwerk einst und jetzt	2'500
28.1.1881	Die Sünden der schlechten Presse	3'000
4.2.1881	Judenfrage	3'000

Frank bemerkte dazu:

«Eine solche Tabelle, die man beliebig fortsetzen könnte, spricht über die treibenden Motive der Berliner Bewegung eine deutliche Sprache: der innerste Kern dieser Bewegung war durchaus kein religiöser, sondern ein politisch-sozialer. Die Massen folgten nicht dem orthodoxen Hofprediger, sondern dem antisemitischen Agitator Stöcker. Dessen Zuhörer – so kritisierte 1881 Paulus Cassel («Die Antisemiten und die evangelische Kirche») – jubelten bei den antisemitischen Sätzen und liessen sich ‚seine christlichen Interjektionen gefallen, in der Annahme, dass er auch kirchlich reden müsse, weil er Pastor sei‘. Der Antisemitismus, der hier in christlich-ethischer Verbrämung propagiert wurde, war tatsächlich nur ein Symptom der modernen politischen und sozialen Machtkämpfe. Er allein kettete die Masse der Anhängerschaft an den Hofprediger.»

Die Tatsache, dass der Antisemitismus in einem Staat einen phantastischen Höhepunkt erreicht hat und Regierungsgrundsatz geworden ist, in einem Staat, in dem zugleich auch das Christentum bekämpft wird –, diese Tatsache muss vollkommen unbegreiflich erscheinen, solange man von der absolut irrigen Auffassung ausgeht, dass aller Antisemitismus religiösem Fanatismus entsprungen sei.

Dagegen wird man die Vorgänge im Dritten Reich sehr viel besser verstehen können, wenn man sich stets dessen erinnert, dass schon in der ersten antisemitischen Massenbewegung Deutschlands die soziale Frage

auf der ganzen Linie über die Religion triumphiert hatte. Stöckers Erfolg – das muss mit Nachdruck betont werden – beruhte nicht auf seinen religiösen Reden, sondern er beruhte, wie Wawrzinek in Übereinstimmung mit Frank und anderen sehr richtig hervorhebt, «letztlich darauf, dass eine wirkungsvolle Persönlichkeit sich zum Träger eines Gedankens an einem Ort machte, an dem weite Schichten nach diesem Gedanken hindrängten.»

Aber schon von Anfang an drängten viele auf eine radikalere und konsequentere Ausprägung dieses Gedankens.

Wir sagten bereits, dass es innerhalb der Stöcker-Bewegung auch Rassenantisemiten gab, und es waren diese Rassenantisemiten, die sehr bald die Bewegung beherrschten. Hass schreit immer nach dem denkbar einfachsten Schema, aber das bot ihm erst der Rassenantisemitismus. Der Antisemitismus Stöckers musste in vielem zweideutig bleiben, weil Stöcker nicht nur Prediger, sondern ausserdem Hofprediger war und er sich darum einen Begriff des Judentums konstruieren musste, der vielleicht seine persönlichen Konflikte löste, den aber die breite Masse der hassenden Menschen auf die Dauer ganz einfach nicht akzeptieren konnte.

Der einzelne Antisemit konnte noch einen «modus vivendi» mit dem Christentum finden, der Antisemitismus als solcher aber war damals schon vor die Frage gestellt, entweder sich oder das Christentum aufzugeben. Stöcker aber konnte weder das eine noch das andere tun, und dies erklärt seine Widersprüche und den schliesslichen Sieg seiner radikalen Konkurrenten.

Dieser christliche Geistliche wies die Rassentheorie zurück. «Der christliche Geist dringt durch die Rasse, und wenn die Israeliten getauft sind, so sind sie unsere Brüder», sagte er Anfang 1881, gegen seine radikaleren Konkurrenten polemisierend. Er bekämpfte das Judentum nicht als kultische oder völkische Gemeinschaft, sondern er bekämpfte das «moderne» Judentum, das gebildete und besitzende Judentum der europäischen Grossstädte. Dieses «moderne» Judentum war für ihn der Inbegriff «typisch-jüdischer Eigenschaften», obwohl er gleichzeitig sagte, dass diese angeblich «typisch-jüdischen Eigenschaften» auch bei Christen zu finden und in diesem Falle ebenso zu bekämpfen seien.

Noch unklarer wurde seine Haltung dadurch, dass er versicherte, «anständige Juden» mit Freuden zu seinen Bekannten zu zählen und er solche «anständigen Juden» in seinen Versammlungen öfter zu Worte kom-

men liess, um dadurch zu bekunden, dass er keineswegs gegen alle Juden sei.

Er tat dies nicht zuletzt mit Rücksicht auf seine höfische Stellung, die seine Agitation zwar einerseits mit dem Nimbus der kaiserlichen Autorität umgab und insofern ausserordentlich begünstigte, ihn andererseits aber auch zur Einhaltung bestimmter Grenzen zwang.

Die Demütigung, welche die «anständigen Juden» in diesen Versammlungen über sich ergehen lassen mussten, zeigten jedoch, dass die Gefolgschaft Stöckers für dessen teils politisch und teils religiös bedingten Einschränkungen seiner Judenhetze kein Verständnis hatte. Das Objekt des Hasses musste eindeutig vor den Augen dieser Massen stehen. Bei Stöcker aber blieb es immer unklar, wen er sich eigentlich als seinen Gegner vorstellte.

Ebenso unklar war daher auch das Ziel seines Kampfes. Er schürte einerseits als wilder Demagoge den Hass gegen das «moderne» Judentum und wollte den Juden «keinen Einfluss – auch nicht den geringsten – auf unser inneres und äusseres Leben» einräumen, wollte aber andererseits die Emanzipation der Juden, obwohl diese ihm im höchsten Grade unsympathisch war, *nicht* wieder aufheben. So sagte er zum Beispiel in einer Rede vom 27. Mai 1881:

«Dass Juden wählen und gewählt werden, staatliche oder gar obrigkeitliche Ämter haben, dass sie in Kommunalbehörden und in parlamentarischen Körperschaften sitzen, dass sie Lehrer in unseren Schulen sind, ist im Prinzip absolut zu verwerfen. Das ist *prinzipiell*, – Sie klatschen Beifall, meine Herren, aber ich möchte Ihnen raten, zu warten.» Und dann bezeichnete er, seine Zuhörer schwer enttäuschend, die Emanzipation als eine Tatsache, mit der man rechnen müsse und die man nicht wieder rückgängig machen könne. Keine Regierung und kein Parlament würde sich dazu bereifinden.

«Unter einem konservativen Regiment», so sagte er bemerkenswerterweise, «gelänge es vielleicht einmal, die Emanzipation zu beseitigen», – aber er fügte hinzu: «die nächste liberale Ära würde sie wieder auf die Fahnen schreiben».

Im Jahre 1888 äusserte sich jedoch auch Stöcker einmal, und zwar in der «Kreuzzeitung», im Sinne der Beseitigung der Judenemanzipation. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass er dies tat, um das Schwinden seines Einflusses auf die antisemitische Bewegung, die immer stärker

zum Rassenantisemitismus tendierte, nach Möglichkeit aufzuhalten. Jedenfalls ist es eine Tatsache, dass der Hofprediger sich aus diesem Grunde wiederholt auf den Boden der Extremen gestellt hat. Ein weiterer Grund dafür war der, dass die radikalen Antisemiten seine natürlichen Bundesgenossen im Kampf gegen die Fortschrittspartei und den Liberalismus waren und dieser Kampf war ihm ja schliesslich doch die Hauptsache.

«Die erbitterte Bekämpfung durch die Gegenseite, die Konkurrenz der radikalen Antisemiten, der stürmische Beifall der Massen, sich steigernd, je schärfer und beissender die Angriffe auf das Judentum wurden-all das trieb ihn weiter, als er ursprünglich wohl hatte gehen wollen», sagt Frank über Stöcker. Aber auf Grund seiner religiösen, kirchlichen, politischen und höfischen Bindungen konnte er schliesslich doch nicht so weit gehen, wie es notwendig war, um die Führung über die antisemitische Bewegung zu behaupten.

Die erregten Massen brauchten nun Führertypen, die hemmungsloser, konsequenter und eindeutiger waren, und diese Führertypen konnte nur der Rassenantisemitismus stellen. Seine totale Mystifizierung der Juden kam den Gefühlen breiter Schichten jener Massen entgegen, die sich ihre Tragik aus dem Einfluss der Juden erklärten und in diesem Irrtum auch in jenen judenfeindlichen Versammlungen bestärkt wurden, in denen noch nicht der Geist des Rassenantisemitismus herrschte.

Wer nun waren die ersten bedeutenderen Ideologen und Führer des deutschen Rassenantisemitismus, und welchen Gesellschaftsschichten gehörten sie an? Einige dieser Ideologen und Führer haben wir im Laufe der Darstellung bereits erwähnt. So Wilhelm Marr, der ein Literat, Liebermann von Sonnenberg, der ein verabschiedeter Offizier, und Dr. Henrici, der ein Gymnasiallehrer war. Weiter wären vor allem zu nennen: Moritz Busch, der bekannte Pressegehilfe Bismarcks, Eugen Dühring, ein Philosoph und Schriftsteller, Theodor Fritsch, ein Publizist, Bernhard Förster, ein Gymnasiallehrer, und Dr. Böckel, ein Universitätsbibliothekar.

Die Ideologen und Führer des Rassenantisemitismus entstammten also dem sogenannten «gebildeten Mittelstand», der – wie wir bereits wissen – auch einen wichtigen Teil der Gefolgschaft der antisemitischen Bewegung stellte.

Es ist bemerkenswert, dass Dr. W. Frank über die Motive seiner Standes- und Gesinnungsgenossen dieser Zeit sagt: viele von ihnen waren fi-

nanziell verschuldet, und soweit sie dies nicht waren, «fühlten sie sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung durch das Aufsteigen des wirtschaftlich mächtigen Judentums bedroht, das seine Geldmacht trefflich zu Bildung und seine Bildung trefflich zu Macht zu machen verstand».

Die entsprechenden Schichten des gebildeten Mittelstandes waren also auch nach der Auffassung des Antisemiten Frank aus sozialen Gründen antisemitisch, nämlich weil sie sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung bedroht fühlten. Dass Frank in diesem Zusammenhang davon spricht, das «wirtschaftlich mächtigere Judentum» habe es trefflich verstanden, «seine Geldmacht zu Bildung und seine Bildung zu Macht zu machen», kann man von ihm nicht anders erwarten.

An diesem Punkt musste auch der in vielen Fragen aussergewöhnlich objektive Antisemit Dr. Frank die Objektivität preisgeben, wenn er nicht den Antisemitismus preisgeben wollte. Das konnte er offenbar nicht, aber sachlich ist zu der zuletzt erwähnten Bemerkung des nationalsozialistischen Historikers zu sagen, dass sie irreführend und affektbetont ist, obwohl Frank sich in diesem Falle nicht in der üblichen Terminologie der Antisemiten ausgedrückt hat, sondern wesentlich milder.

Diese Bemerkung ist darum irreführend und affektbetont, weil sie erstens den Eindruck erweckt, als ob alle Juden reich gewesen wären und ihre Kinder deshalb studieren lassen konnten; zweitens als ob die Juden auf den Hochschulen dominiert hätten, und drittens, als ob das Bildungsstreben der Juden Ausdruck eines mystischen jüdischen Machtstrebens gewesen wäre.

In Wirklichkeit war die Schicht der reichen Juden, wie bereits erwähnt wurde, ausserordentlich schmal, während dagegen die breiten Massen der jüdischen Bevölkerung ein oft sehr kärgliches kleinbürgerliches Dasein führten und viele jüdische Studenten diesen Gesellschaftsschichten angehörten. Was nun die Zahl der jüdischen Studenten betrifft, so war sie bei Weitem nicht so gross, wie man sich das oft vorstellt. In den Jahren 1886-1891 waren in Deutschland nur 9 Prozent aller Studenten jüdischer Herkunft, und es soll hier gleich bemerkt werden, dass der jüdische Anteil bis 1905/06 auf 7 Prozent und bis 1929 weiter auf 4 Prozent sank.

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung studierten also von den Juden mehr als von den Nichtjuden, aber von einem Dominieren der jüdischen Studenten kann gar keine Rede sein. Vor allem aber muss festgestellt

werden, dass viele Juden ihre Kinder darum auf die Hochschulen schickten, weil der Existenzkampf des ungewöhnlich breiten jüdischen Mittelstandes infolge der Gesetze des modernen kapitalistischen Wirtschaftslebens teilweise immer schwerer wurde und man den Kindern daher eine andere Existenzmöglichkeit zu bieten suchte.

Diese Tendenz aber gab es aus prinzipiell denselben soziologischen Gründen auch im nichtjüdischen Mittelstand, und dies erklärt nicht wenig. Was besonders die Stöcker-Periode betrifft, so ist zu beachten, dass sich die Wirtschaft damals in einer Depressionsperiode befand, die ebensowenig wie die vorangegangene Krise ohne Einfluss auf die Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten der Intelligenz bleiben konnte.

Aber wenn Frank sagte, dass sich gewisse Vertreter des «gebildeten Mittelstandes» der antisemitischen Bewegung angeschlossen hatten, weil «sie sich in ihrer gesellschaftlichen Stellung durch das Aufsteigen des wirtschaftlich mächtigeren Judentums bedroht fühlten», so muss man sich dabei stets eine wichtige und entscheidende Tatsache vor Augen halten, nämlich die Tatsache, auf die wir immer wieder hingewiesen haben, dass der Inbegriff Judentum für die Antisemiten ein Synonym für Liberalismus und Fortschritt und mehr und mehr auch für Demokratie, Marxismus und proletarischen Sozialismus war.

Erst wenn man dies beachtet, erscheinen die Dinge in ihrem richtigen Licht, und dann wird auch klar, dass es sich bei den antisemitischen Teilen des «gebildeten Mittelstandes» nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, um einen Kampf gegen die in der Regel sehr tüchtige jüdische Konkurrenz, sondern ganz allgemein um die Wahrung ihrer Privilegien und ihres Bildungsmonopols und damit um die Aufrechterhaltung ganz bestimmter gesellschaftlicher Machtverhältnisse handelte.

Es ist sehr bezeichnend, dass der früher von Eugen Richter erwähnte chauvinistische Historiker Heinrich von Treitschke, der den Antisemitismus salonfähig gemacht hat und der von den Nationalsozialisten nicht zufällig ziemlich wohlwollend behandelt wird, einmal ganz offen ausgesprochen hatte, dass es notwendig sei, einen ungebildeten Arbeiterstand zu erhalten, «wenn die Bildung der höheren Klassen nicht unmöglich werden soll».

Wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde herrschte im Jahre 1878, als Bismarck seine reaktionäre Wendung gegen den Liberalismus und in

diesem Zusammenhang sein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vorbereitete, «hauptsächlich in akademischen Kreisen eine geradezu blödsinnige Reaktionsstimmung», wie der Nationalökonom Schmoller damals an seinen Kollegen Brentano schrieb. Es ist daher verständlich, dass sich im Jahre 1881 ein Verband deutscher Studenten bildete, der seitdem mit zu den Bannerträgern des Antisemitismus und der untrennbar mit ihm verbundenen Reaktion gehörte.

Der erwähnte Typ von Intellektuellen, der den Intellekt bewusst oder unbewusst und zumindest partiell ignorierte, um dann schliesslich zu einem grossen Teil bei einem konsequenten Antiintellektualismus zu landen, war natürlich nur *ein* Typ von vielen und absolut nicht der dominierende. Aber es war ein Typ, der in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schon relativ häufig in Erscheinung trat, wenn auch nicht annähernd so häufig wie nach dem ersten Weltkrieg. Und selber ein Produkt jener Entwicklung, die breite Schichten des Mittelstandes antiliberal und antisemitisch machte, stand dieser Typ dem antisemitischen und antiliberalen Teil des Mittelstandes in Stadt und Land sehr nahe.

Sofern die Intellektuellen dieses Typs die Ambition hatten, eine politische Rolle zu spielen, konnten sie sich im Wesentlichen nur an diese Volksmassen wenden, weil sie nur hier auf Vorstellungen und Gefühle stiessen, die ihren eigenen verwandt waren, und sie daher nur hier Kontakt finden konnten. Und die Ambition, eine politische Rolle zu spielen, hatten nicht so wenige dieser Intellektuellen.

Die antisemitischen Massen konnten sich daher nicht darüber beklagen, dass das Führerangebot quantitativ zu klein war. Eher traf das Gegenteil zu, und nicht zuletzt aus diesem Grunde waren die Konkurrenzkämpfe und die Zersplitterungen in der antisemitischen Bewegung grösser als in jeder anderen. Daraus erklärt sich zum Teil übrigens auch ihr geringer politischer Einfluss. In der Hauptsache erklärt er sich jedoch daraus, dass die antisemitische Bewegung damals erst einen sehr kleinen Teil der für sie in Frage kommenden Bevölkerungsschichten erfasst hatte.

Wir haben früher zu zeigen gesucht, weshalb der Stöcker-Antisemitismus für die hassenden Menschen auf die Dauer seelisch untragbar war. Wir haben ferner zu zeigen gesucht, dass das Bedürfnis nach einem radikaleren und einfacheren Schema längst vorhanden war und die Gefolgschaft Stöckers keineswegs für all die Unterschiede Verständnis hatte,

die der Hofprediger – ohne dabei jedoch konsequent zu sein – aus den erwähnten Gründen zu machen pflegte oder doch wenigstens zu machen suchte.

Es war ein Gesetz des Judenhasses, dass dieser immer mystischer werden musste, und es waren Vertreter des erwähnten Typs der Intellektuellen, die dieser Entwicklung durch die Produzierung entsprechender Theorien und durch die Prägung entsprechender Formeln tatkräftig entgegenkamen und sie zugleich kolossal beschleunigten.

Auf Grund ihres eigenen psychischen Zustandes waren sie dazu prädestiniert. Auf Grund ihrer «Bildung» waren sie dazu imstande, und sofern sie Einfluss auf Massen gewinnen wollten, waren sie dazu gezwungen. Das psychologische Bedürfnis dieser Intellektuellen, den Kampf gegen ihre Mitmenschen sowohl anderen als auch sich selber gegenüber zu rechtfertigen, spielte dabei jedoch auch eine sehr grosse Rolle. Denn letzten Endes haben ja alle Menschen so etwas wie ein Gewissen, das beruhigt sein will.

Indem diese Intellektuellen Theorien produzierten und Formeln prägten, die das Objekt des Hasses in der psychologisch notwendigen Eindeutigkeit zu charakterisieren und den Kampf gegen die Juden unter Hinweis auf deren «Bluts- und Rasseneigenschaften» zu motivieren und zu heiligen suchten, befriedigten sie jedoch nicht nur ihre eigenen seelischen Bedürfnisse, sondern zugleich auch die der antisemitischen Massen, die im Allgemeinen allem Anschein nach grössere innere Konflikte hatten als vielfach angenommen wird.

Das Bedürfnis, allgemeine und natürlich negative Kriterien für das gesamte Judentum zu haben, wurde – wie wir zu zeigen suchten – auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung durch den in erster Linie sozial bedingten Hass erzeugt. Aber dass zu diesen Kriterien gerade das Blut und die Rasse proklamiert wurden, das hing damit zusammen, dass auf dieser Stufe der Entwicklung die Naturwissenschaften, besonders die Rassenbiologie, im internationalen Massstab eine dominierende Rolle spielten und das Denken der Menschen ganz allgemein ausserordentlich stark beeinflussten. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die Lehren des englischen Naturforschers Darwin, die man wie auf viele andere Gebiete, so auch auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen suchte.

Es handelte sich dabei, wie bereits gesagt, um eine Erscheinung von *internationalem* Massstabe, und man muss daher die Frage beantworten,

weshalb ganz bestimmte Theorien der Naturwissenschaft in einer ganz bestimmten Weise ausgerechnet in Deutschland mit so grossem Erfolg interpretiert, umgedeutet, verfälscht und in dieser speziellen, absolut unwissenschaftlichen und mystischen Form in die politischen und sozialen Kämpfe eingehen konnten.

Es mögen da noch andere Faktoren hineingespielt haben. Aber nach unserer Auffassung liegt dieses eigenartige soziologische Phänomen entscheidend darin begründet, dass der aus den geschilderten sozialen Ursachen erwachsene Antisemitismus, der mehr und mehr den Charakter eines Verfolgungswahns annahm, früher oder später notwendigerweise zur Postulierung allgemeiner, für alle Juden gleichermassen charakteristischen negativen Kriterien führen musste. Und Blut und Rasse waren vorzüglich geeignet, eine grosse Lücke in der Gedanken-, Gefühls- und Vorstellungswelt der Antisemiten auszufüllen und ein seelisches Bedürfnis der betreffenden Menschen zu befriedigen.

Nachdem diese Ideologie nun einmal vorhanden war, entwickelte sie natürlich ein gewisses Eigenleben, wie das zum Beispiel auch mit politischen Parteien und staatlichen Institutionen der Fall ist. Es liegt dies übrigens im Wesen einer jeden Ideologie, was sehr leicht zur Folge haben kann, dass die Kluft zwischen den Vorstellungen der Menschen auf der einen und der Wirklichkeit auf der anderen Seite immer grösser wird. Ob und inwieweit dies geschieht, das hängt jedoch in sehr hohem Masse von der Beschaffenheit und den sozialen Trägern der betreffenden Ideologie ab.

Bei der rassenantisemitischen Ideologie musste dies jedenfalls in einem phantastischen Ausmass geschehen, weil schon ihr ganzes Werden notwendigerweise im Zeichen weitgehender Verneinung der Wirklichkeit stand und es sich bei dieser Ideologie, wie wir gesehen haben, von Anfang an um eine Ideologie von Gesellschaftsschichten handelte, die gegen den Strom der geschichtlichen Entwicklung zu schwimmen suchten.

In welcher Weise sich in dem komplizierten Prozess der Herauskristallisierung und des Ausbaus der rassenantisemitischen Ideologie das Bewusste und das Unbewusste einander gefördert, bekämpft, überlistet, betrogen, getäuscht und ergänzt haben – dies bleibt noch zu untersuchen. Aber auf jeden Fall handelt es sich bei dieser Ideologie um eine echte Ideologie, mag sie vielen auch als eine reine Konstruktion oder als ein Produkt raffinierter Propagandakunst erscheinen.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass die gesamte Gefolgschaft der rassenantisemitischen Bewegung in dieser Ideologie mit der grössten Selbstverständlichkeit lebt. Das trifft nicht einmal auf alle Führer dieser Bewegung zu, noch viel weniger auf die Massen.

Eben weil die Triebkraft *aller* antisemitischen Bewegungen nicht ein abstrakter Judenhass, sondern das soziale Interesse ganz bestimmter Gesellschaftsschichten war, folgten den antisemitischen Bewegungen zeitweilig und teilweise auch solche Angehörige der betreffenden Gesellschaftsschichten, die keineswegs leidenschaftliche oder vielleicht sogar überhaupt keine Antisemiten waren. Dies trifft übrigens in einem ganz besonders hohen Masse auf den Nationalsozialismus zu. In diesem Falle kann man sogar getrost behaupten, dass sehr viele Wähler dem Nationalsozialismus ihre Stimme gaben, nicht weil, sondern obwohl er rassenantisemitisch war. Aber die Kerntruppen der antisemitischen Bewegung, die aktiven Kader, die stabilen Elemente – die lebten und leben zu einem grossen Teil noch heute in ihrer irrealen Welt der Rassenideologie und Rassenmystik mit einer ziemlich grossen Selbstverständlichkeit.

Zwar halten wir es beinahe für unmöglich, dass zum Beispiel ein Mann wie Dr. Frank ein überzeugter Rassenantisemit sein kann. Auch haben wir selbst führende Propagandisten des Rassenantisemitismus in Verdacht, dass sie kaum ein Wort von dem glauben, was sie prinzipiell oder in den verschiedenen Situationen über die Juden sagen. Aber in vielen, sehr vielen Fällen ist das anders, und mit den Reservationen, die wir in dieser Frage machen zu müssen glaubten, sehen wir uns zu dem folgenden Schlusssatz gezwungen: es handelt sich bei der rassenantisemitischen Ideologie nicht um Schauspielerei, sondern um tragische Wirklichkeit, nicht um einen vorgetäuschten, sondern um einen tatsächlichen existierenden Geisteszustand.

Nur so ist zu erklären, was sich in Deutschland und Europa im Zeichen des Hakenkreuzes abspielt. Ein sehr grosser Teil der diktatorisch herrschenden nationalsozialistischen Partei und ihrer Führer muss ganz einfach an seine Mythen und sein Phantasiebild vom Juden glauben. Denn wären diese Menschen in Wirklichkeit wesentlich bewusster, rationaler und realistischer, dann wären sie zu solchen Handlungen in solchem Ausmass, in solchen Formen und in solcher Intensität nach unserer Auffassung nicht fähig.

Im Lichte der Gegenwart betrachtet, waren es bedeutungsvolle und unheilverkündende Vorzeichen, dass in der sogenannten «Berliner Bewegung» sehr bald leidenschaftliche Meinungskämpfe über das Problem Blut, Rasse und Taufe und in diesem Zusammenhang auch über die Frage der Wiederaufhebung der Judenemanzipation entbrannten.

Man muss sich dabei dessen erinnern, dass die Berliner Bewegung – soweit es die personelle Seite der Sache betrifft – vornehmlich auf die Initiative Stöckers hin ins Rollen gekommen und seitdem das Wirkungsfeld des Hofpredigers geblieben war. Aber der Hofprediger geriet durch die Logik der Dinge mehr und mehr in die eigentümliche Lage, eine Bewegung zu repräsentieren, in der die Rassenantisemiten das Feld beherrschten – eine Entwicklung, in der sich das Gesetz des Judenhasses manifestierte.

Die Führer der rassenantisemitischen Richtung innerhalb der Stöcker-Bewegung waren, wie bereits an anderer Stelle gesagt wurde, vor allem Dr. Henrici und Liebermann von Sonnenberg, die in vielen politischen und sozialen Fragen jedoch sehr verschiedene Vorstellungen hatten. Am 17. Dezember 1880 hielt der erst 27jährige Dr. Henrici in den Berliner «Reichshallen» seine erste grosse öffentliche Rede gegen die «schamlose Koketterie», die von den Liberalen mit dem Judentum getrieben würde. Es war ein bedeutungsvolles Symptom, dass er diese Rede vor einem zahlreich versammelten Publikum halten konnte, das dem Redner lebhaften Beifall zuteil werden liess.

Einige Tage später hielt Henrici unter dem Vorsitz Liebermann von Sonnenbergs eine zweite grosse und erfolgreiche Versammlung ab, und sehr bald war er weit über die Reichshauptstadt hinaus der bekannteste und berüchtigtste Agitator des Rassenantisemitismus. Henrici bezeichnete die Juden als krumme und verwachsene Menschen, die man schon am Geruch erkenne. Man sehe sich einmal ein preussisches Gardebataillon an und denke sich ein Rudel Judenjungen daneben, sagte er. Ideales Streben sei den Juden völlig fremd. Die Judenfrage sei in erster Linie eine Rassenfrage, die auf der Minderwertigkeit der Juden in körperlicher und geistiger Hinsicht beruhe, und daran könne auch die Taufe nichts ändern.

Durch den Massenzulauf zu seinen Versammlungen ermutigt, suchte Henrici eine eigene Partei zu gründen, die im Gegensatz zur Christlich-

sozialen Partei Stöckers nicht nur eindeutig rassen-antisemitisch, sondern auch unabhängig von den Konservativen sein sollte.

In seinem Parteiprogramm trat Henrici unter anderem auch für die Begründung einer deutschen Kolonialpolitik ein. Es ist bemerkenswert, dass das Parteiprogramm des Rassenantisemiten Henrici das erste deutsche Parteiprogramm war, das die Forderung nach Einleitung einer imperialistischen Politik erhob. Nicht weniger bemerkenswert aber sind die Motive, die Henrici dafür anführte.

Er forderte die Kolonialpolitik nicht, weil er sie aus objektiven volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig hielt, sondern als ein Mittel im Kampf gegen das Judentum! Nur in der Ausnutzung tropischer Schätze, so argumentierte er, seien Gewinne möglich, welche die jüdischen Handelsgewinne überragen und damit den Einfluss des jüdischen Kapitals brechen könnten. Nur in der aktiven Kolonisation und Kultivation sei der Germane dem jüdischen Erwerbstalant überlegen, meinte Henrici¹.

Wir haben es hier mit einer der vielen Ursachen des Lebensraums-Imperialismus zu tun, und Henrici war vielleicht der erste Rassenantisemit, der die Rassenideologie auch zur Motivierung und Heiligung ganz bestimmter imperialistischer Bestrebungen benutzte. Dass sie sich dazu sehr gut eignete, ist übrigens auch eine Ursache für ihr Vordringen innerhalb jener Gesellschaftsschichten, die aus denselben Gründen, wie sie antisemitisch und das heißt antiliberal usw. waren, allmählich zu den entscheidenden Trägern jener besonderen Spielart von Imperialismus wurden, die man als Lebensraum-Imperialismus zu bezeichnen pflegt.

Henrici, der seine Partei «Soziale Reichspartei» nannte, ging in den Reichstagswahlen von 1881 selbständig vor, doch bekam er nur 843 Stimmen. Ihm folgte nur ein kleiner Teil der Rassenantisemiten seines Wirkungsfeldes Berlin. Dabei spielte zwar auch seine Masslosigkeit in

1) Das meinen die genuinen Rassenantisemiten übrigens heute noch, obwohl die Juden in Palästina in der Kolonisation und Kultivation inzwischen Leistungen vollbracht haben, die von vielen Nichtjuden und auch von vielen «Germanen» bewundert werden. Der Verfasser dieser Arbeit, der im Jahre 1930 die Möglichkeit hatte, das jüdische Aufbauwerk an Ort und Stelle gründlich zu studieren, kann aus eigener Erfahrung berichten, dass überzeugte deutsche Antisemiten, mit denen er in den letzten Jahren vor der nationalsozialistischen Machtergreifung über die Judenfrage diskutierte, ganz einfach nicht glaubten, was er über das Leben und die kolonisatorischen Leistungen der Juden in Palästina mitteilte. Ein Beispiel dafür, wie echt die rassenantisemitische Ideologie ist! (Kurt Stechert «Palästinabericht eines Nichtjuden», Wien/Leipzig 1934).

der Judenfrage eine gewisse Rolle, aber in erster Linie lag sein geringer Erfolg darin begründet, dass sich der junge Doktor in vielen politischen und sozialen Fragen allzuweit von den Anschauungen der Konservativen Partei entfernt hatte.

Anderswo oder einige Jahre später hätte ihm dies nicht so sehr geschadet, aber gerade in Berlin fühlten sich die antisemitischen Massen damals im Allgemeinen noch sehr eng mit der Konservativen Partei verbunden, wenn auch die plebejischen und die aristokratischen Konservativen keineswegs in idyllischer Harmonie miteinander lebten. Allem Anschein nach war der Zusammenhalt in der Reichshauptstadt deshalb enger als anderswo, weil der Liberalismus und die Sozialdemokratie hier naturgemäss besonders grosse Bedeutung hatten. Mit all dem hängt es wohl auch zusammen, dass der Rassenantisemit Liebermann von Sonnenberg, der in der Ideenwelt der Konservativen Partei lebte, hier vorläufig noch viel grösseren Erfolg hatte als ein Rassenantisemit vom Typ Henrici.

Liebermann von Sonnenberg bekam im Jahre 1881 als Kandidat der Konservativen Partei in demselben Wahlkreis, wo der konservative Kandidat Generalfeldmarschall von Moltke, der Sieger von Sedan, im Jahre 1878 nur 2'800 Stimmen erhalten hatte, 6'300 Stimmen. Das waren nur 2'400 weniger, als der Kandidat der Fortschrittspartei für sich gewinnen konnte.

Liebermann von Sonnenberg, der im Jahre 1881 zusammen mit Bernhard Förster als ein politisch bedingtes Konkurrenzunternehmen gegen Henrici den rassenantisemitischen «Deutschen Volksverein» ins Leben gerufen hatte, war durch und durch romantisch-konservativ und wollte daher – im Gegensatz zu Henrici – in engster Fühlung mit der Konservativen Partei bleiben. Er lebte in der uns nicht unbekanntem Vorstellung, dass der deutsche Glaube und die deutsche Treue durch die «Verjudung des deutschen Volkes» zerstört wurden, und forderte genauso wie Henrici die Aufhebung der Judenemanzipation. Das Parlament bezeichnete er als die «Quelle allen Unheils», das durch eine «auf verfassungsmässigem Wege beschlossene vorübergehende kaiserliche Diktatur» unschädlich gemacht und durch eine «wirklich praktische deutsche Volksvertretung» ersetzt werden müsse.

Natürlich waren die Antisemiten von jeher auch Gegner des «Internationalismus». Aber das hinderte sie nicht, den Kampf gegen ihre Feinde

im internationalen Massstab zu führen und schon 1882 den Versuch zu unternehmen, eine Internationale der Antisemiten zu schaffen.

In diesem Jahre wurde in Dresden vom 10. bis 12. September der «Erste Internationale Antijüdische Kongress» abgehalten. «Der allen Völkern gleichmässig drohenden Judengefahr sollte die vereinte Kraft der europäischen Nationen entgegengestellt werden», schreibt Wawrzinek darüber. Die Anregung zu diesem Kongress kam von ungarischen Antisemiten, die hofften und glaubten, auf diese Weise allmählich einen «antisemitischen Völkerbund» zustandebringen zu können. Das sei kennzeichnend dafür, «welche Riesengefahr man in den Juden sah und wie sehr man die judenfeindlichen Gefühle der Völker überschätzte», bemerkt Wawrzinek dazu. Die anderen Völker zu verstehen, war übrigens niemals die Stärke der Antisemiten.

Unter den 300 bis 400 Teilnehmern des Kongresses, die allem Anschein nach jedoch nicht alle Delegierte waren, befanden sich auch Stöcker, Bernhard Förster, Liebermann von Sonnenberg und Henrici, also sämtliche bedeutenden Führer der Berliner Bewegung. Aber auch aus anderen Provinzen Deutschlands waren viele Antisemitenführer erschienen. Den Vorsitz führte Rittmeister v. Bredow, Berlin.

Der Kongress liess klar erkennen, wie sehr die Judenfeinde untereinander verfeindet waren – aber auch, wie sehr der Rassenantisemitismus nun schon dominierte. Stöcker beharrte auf seinem Standpunkt, dass die Juden durch die Taufe «unsere Brüder» würden. Henrici, Liebermann und Förster verteidigten demgegenüber den Rassenstandpunkt. «Diese Richtung erwies sich als weitaus stärker», konstatiert Wawrzinek in Übereinstimmung mit Frank und vielen anderen.

Henrici, der radikalste Gegenspieler Stöckers, forderte die Ausweisung aller Juden, worauf der Hofprediger antwortete, dass die Bewegung viel zu schwach sei, um eine solche Forderung in die Tat umsetzen zu können. Eine Volksabstimmung darüber, ob die Juden oder die Antisemiten ausgewiesen werden sollten, würde zweifellos zugunsten der Juden ausfallen, meinte Stöcker, womit er zweifellos recht hatte.

Aber wenn der Hofprediger auch in der Lage war, den Kongress vor der Annahme ganz unmöglicher Forderungen zu bewahren, so siegten doch in allen entscheidenden Punkten seine radikalen Gegenspieler. «Nach diesen Erfolgen der Rassenantisemiten», so sagt Wawrzinek,

«hatte der politisch unzweifelhaft befähigtste Führer der antijüdischen Bewegung, Stöcker, jeden massgebenden Einfluss auf die Agitation verloren.» Man beachte: schon im Jahre 1882!

Von der Position des Hofpredigers aus gab es eben nur zwei Möglichkeiten: entweder den Hass zu überwinden und zur Vernunft zurückzukehren, – oder aber noch konsequenter und genereller zu hassen und noch tiefer in die Mystik zu versinken. Stöcker konnte weder das eine noch das andere. Aber nicht wenige fanden die innere Kraft, das erstere zu tun. Jedenfalls befand sich der Antisemitismus in Berlin und ebenso in Dresden, wo er ein zweites Zentrum gefunden hatte, um 1885 im Zurückfluten.

Möglicherweise hat dabei auch die instinktive Furcht vor einem Bruch mit dem Christentum eine gewisse Rolle gespielt, doch müsste dies erst noch erforscht werden. Andere Faktoren waren in diesem Zusammenhange jedenfalls wichtiger, zum Beispiel der Stellungswechsel, den die Regierung mit dem Jahre 1885 aus politischen Gründen den Antisemiten gegenüber vollzog, was umso schwerer ins Gewicht fiel, als gerade die Bewegung Stöckers nicht die Fähigkeit zu selbständigem und unabhängigem Handeln hatte.

Darüber hinaus aber wird sehr häufig die zweifellos richtige Ansicht vertreten, dass die moderne Grossstadt nicht der soziologische Boden ist, auf dem der Antisemitismus dauerhafte Erfolge erringen kann. Anfangs der neunziger Jahre, wo die antisemitische Bewegung einen Höhepunkt erreicht hatte, der erst nach dem Kriege wieder erreicht und dann allerdings sehr bald noch bedeutend übertroffen wurde, entfielen zwischen 75 Prozent und 85 Prozent der antisemitischen Stimmen auf das flache Land und die Kleinstädte.

Der Rückgang des Antisemitismus in Berlin und Dresden um 1885 war jedoch nur die eine Seite der Sache. Die andere war der gleichzeitige gewaltige Aufschwung des Antisemitismus in den Provinzen Westfalen und Hessen, die Radikalisierung der festen Kader der antisemitischen Bewegung und der organisatorische Zusammenschluss vieler antisemitischer Gruppen. Im Jahre 1886 wurde in Kassel die «Deutsche Antisemitische Vereinigung» gegründet, die sich die Aufgabe stellte, durch rege Agitation zur Bildung einer antisemitischen politischen Partei zu gelangen. Man einigte sich darauf, nur solche Judengegner aufzunehmen, die für die Aufhebung der Emanzipation eintraten, und damit war Stöcker von vornherein ausgeschaltet.

Dieser «Deutschen Antisemitischen Vereinigung» gehörte unter anderem auch Dr. Böckel an, der in Hessen eine antisemitische Partei gegründet hatte, deren Gefolgschaft vorwiegend aus hessischen Bauern bestand. Die antisemitische Bewegung war hier so stark, dass Dr. Böckel im Jahre 1887 als der erste Abgeordnete einer von den Konservativen unabhängigen antisemitischen Partei in den Deutschen Reichstag einziehen konnte. Was innerhalb der Berliner Bewegung und im Schosse der Konservativen Partei vorbereitet wurde, war nun gelungen: die rassenantisemitische Partei war nun eine Tatsache. Sie war zunächst jedoch noch lokal begrenzt, und eine das ganze Deutsche Reich umfassende antisemitische Partei wurde daraus erst etwas später.

Die Rassenantisemiten um Böckel waren so radikal, dass Frank mit Recht sagt: «Es waren die Nachfahren des Dr. Henrici.» Es war sicher kein Zufall, dass Böckel seinem 1887 gegründeten Wochenblatt denselben Namen gab, den das 1881 ins Leben gerufene, aber nur sehr kurzlebige Organ Henricis getragen hatte: nämlich «Reichsherold».

Die Bewegung Böckels war übrigens auch sehr stark antikirchlich. Sie hatte im Grunde schon jenen Bruch mit dem Christentum vollzogen, der vom Weltengott zurück zum Stammesgott führte – ein Bruch, der an sich im Wesen des Rassenantisemitismus liegt, dem aber viele Rassenantisemiten aus diesem oder jenem Grunde auszuweichen suchten, was dann später, und zwar schon lange vor dem ersten Weltkrieg, zu der absurden Behauptung führte, Christus sei ein Arier gewesen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Rassenantisemit Eugen Dühring einem seiner Hauptwerke, das im Jahre 1883 erschien, den Titel gab: «Der Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums durch den modernen Völkergeist.»

Es ist auch bezeichnend, dass die Anhänger Böckels zu ihrem Führer eine stark religiöse Beziehung hatten. Wenn zum Beispiel dieser Führer des westdeutschen Antisemitismus irgendwo einen judenfreien Viehmarkt einweihte, dann waren Girlanden gezogen, die den einziehenden «hessischen Bauernkönig» begrüßten, und gaben die Bauernsöhne, hoch zu Pferde, ihrem «König» als Ehrengabe das Geleit.

Die Phantasie dieser Menschen, die sich vielleicht auch durch die jüdischen Händler, Kreditgeber usw., aber in erster Linie doch durch die allgemeine europäische Agrarkrise und die grossen strukturellen Wand-

lungen des internationalen Wirtschaftslebens in einer bedrängten Lage befanden, verzauberte hemmungslose Judenhasser in weise Führer, kopflose Draufgänger in Könige und kleine Männer in grosse historische Persönlichkeiten. Es hängt ebenso mit der besonderen psychischen Verfassung dieser bedrängten Massen wie mit der ihrer Führer zusammen, dass im Lager des Antisemitismus schon sehr früh eine naive Führermystik entstand.

Als verschiedene Richtungen und Gruppen der Antisemiten im Jahre 1888 gemeinsam in die Preussenwahlen zogen, machten sie in ihrem Wahlauftritt keine konkreten Versprechungen, sondern legten sie nur die allgemeinen Grundzüge einer judenfeindlichen Reformpartei dar. Warum? Es sollte eben nicht ein *Programm* im Mittelpunkt stehen, «sondern der Führer, der unbedingtes Vertrauen genoss», wie Wawrzinek sagt, um dann sehr richtig zu konstatieren: «Die Gefolgschaftsidee, die im späteren Antisemitismus stark werden sollte, kündigte sich an.»

Schon allein auf Grund ihrer antikirchlichen Haltung war die Bewegung Böckels nicht mehr konservativ im Sinne der Konservativen Partei. Aber es ist bemerkenswert und in gewissem Sinne auch typisch, dass Böckel seinen Wahlsieg gegen den langjährigen konservativen Vertreter dieses Wahlkreises errungen hatte. Die Konservative Partei vermochte also ihren bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhang hier nicht mehr zu halten, und der Prozess der Formierung der Mittelschichten zu einer selbständigen politischen Macht vollzog sich nun teilweise auch schon ausserhalb der Konservativen Partei und sogar in einer mehr oder weniger scharfen Kampfstellung gegen sie.

«Gemässigte konservative Kreise, denen von jeher die Begünstigung der Antisemiten durch ihre extremen Parteifreunde unangenehm war, hatten jetzt einen erwünschten Anlass, kräftig gegen diese Freundschaft vorzugehen. Es sei nun offen erwiesen, dass die Vertreter des religionslosen Antisemitismus auf freisinnigem, antikonservativem Boden stünden, dass sie nur ihre Gefolgschaft und Geldunterstützung im konservativen Lager suchten, um, erstarkt, in konservative Wahlkreise einzubrechen», schreibt Wawrzinek.

Um das Abwandern der antisemitischen Bauern und Kleinbürger von der Konservativen Partei nach Möglichkeit aufzuhalten, gründete Liebermann von Sonnenberg im Jahre 1889 die «Deutsch-Soziale Partei», die von den extremen Konservativen begrüsst wurde. Ein Jahr später

wurde unter Böckels Führung in Erfurt die «Antisemitische Volkspartei» ins Leben gerufen. In diesem Jahr hatten die Antisemiten bereits fünf Abgeordnete im deutschen Reichstag. Vier davon vermochte Böckel zu einer «Fraktion der Antisemiten» zusammenzufassen, während der fünfte, nämlich Liebermann von Sonnenberg, seine eigenen Wege ging. Im Jahre 1894 schlossen sich diese beiden Richtungen jedoch zur «Deutsch-Sozialen Reformpartei» zusammen. Aber das war auch noch nicht das letzte Wort.

Doch die Cliquenkämpfe und Rivalitäten der Antisemiten sind im Einzelnen nicht interessant und auch nicht wichtig. Wichtig aber ist, dass im Reichstag des kaiserlichen Deutschland seit Böckel stets Vertreter einer selbständigen und radikalen antisemitischen Bewegung gesessen haben und dass die antisemitische Reichstagsfraktion, um mit Professor Bergsträsser zu sprechen, «gemeinhin mit der Konservativen Partei, immer mit der Rechten zusammenhing».

SECHSTES KAPITEL

Bismarcks Sturz

Nicht nur die innere Politik, auch die Wirtschaftspolitik und die Außenpolitik Bismarcks wurden immer unmöglicher, und all dies führte schliesslich den Sturz des Kanzlers herbei.

Seit 1879 hatte sich die Auswanderung in wenigen Jahren vervielfacht. Allein im Jahre 1882 zwang die autarkistische Wirtschaftspolitik, die viele negative Rückwirkungen auf den deutschen Industrieexport hatte, rund 222'000 Deutsche zum Verlassen ihres Heimatlandes. Bismarck bezeichnete diese Auswanderung als «Verrat am Deutschtum» und wollte einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass dieser «Verrat» eine Folge seiner neuen Wirtschaftspolitik war. Er wagte allen Ernstes zu behaupten, die Leute könnten nun, weil mehr Geld da sei, auch mehr reisen. Nach dieser Theorie spiegelte sich also in den steigenden Auswandererziffern das Zunehmen des deutschen Wohlstandes.

Angesichts solcher Behauptungen, so sagt Maximilian von Hagen in seiner gründlichen Arbeit «Bismarcks Kolonialpolitik» (1923), kann man nicht oft genug den treffenden Scherz des englischen Bismarck-Biographen Charles Lowe wiederholen, der im Jahre 1885 schrieb: «Der Fürst hätte mit demselben Recht hinzufügen können, dass die Zahl der Selbstmorde in Deutschland ebenfalls mit der materiellen Wohlfahrt des Reiches Schritt hält, da nur Wohlhabende sich die erforderlichen Rasiermesser, Stricke, Pistolen und Gifte kaufen können, während den Armen dies nicht möglich ist.»

Maximilian von Hagen weist darauf hin, dass Bismarck immer gereizter wurde, wenn ihm Gegner seiner Wirtschaftspolitik diese Widersprüche zum Bewusstsein zu bringen suchten, dass er aber kein Wort zurücknahm und dadurch immer tiefer «in den Sumpf eines parlamentarischen Jesuitentums» geriet.

Hier haben wir übrigens ein weiteres Beispiel dafür, dass das Denken von Menschen, die eine unhaltbare Position zu verteidigen suchen, nicht sachlich und objektiv sein kann und umso irrationaler werden muss, je anachronistischer ihre Ideale werden. Am Ende der Laufbahn Bismarcks

fanden viele seiner Minister, dass er nicht mehr ganz richtig im Kopfe sei. Caprivi, der Nachfolger Bismarcks, sagte einmal, er habe sich oft darüber gewundert, dass nicht im Ausland häufiger die Frage aufgeworfen wurde, wie eine so grosse und stolze Nation einen so kläglichen Beamten an ihrer Spitze dulden könne.

Die wirtschaftliche Problematik, die durch den Zolltarif von 1879 entstand, ist die entscheidende Ursache dafür, dass das junge, labile Deutsche Reich, das im Westen einen gekränkten und grollenden Nachbar hatte, in den achtziger Jahren zur Kolonialpolitik übergehen musste, wodurch seine aussenpolitische Lage nicht unwesentlich kompliziert wurde.

«Ich will überhaupt keine Kolonien, sie sind nur zu Versorgungsposten gut», sagte Bismarck im Februar 1871, und noch zehn Jahre später erklärte er: «Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik». Ihn leitete dabei nicht etwa die Rücksicht auf die Schwarzen. Im Gegenteil, «wenn es zum Krieg zwischen Weissen und Schwarzen kommt, bin ich immer auf Seiten der Weissen», versicherte er. Sein Vorgesetzter, keine Kolonialpolitik zu treiben, hatte aussenpolitische Gründe, wobei es sich besonders um das deutsch-englische Verhältnis drehte.

Aus ähnlichen Gründen, wenn auch zu vollkommen anderen Zwecken, kämpfte später Adolf Hitler in «Mein Kampf» leidenschaftlich gegen die Wiederaufnahme der Kolonialpolitik. Aber da der Lauf der Geschichte nicht von grossen Männern bestimmt wird, mögen sie nun wirklich oder nur scheinbar gross sein, musste der eine wie der andere deutsche Reichskanzler ganz etwas anderes tun als er ursprünglich tun wollte. Beiden diktierte die Logik der Tatsachen und die Dynamik ihrer Politik – besonders der Wirtschaftspolitik – die Marschroute.

Maximilian von Hagen, der der Kolonialpolitik sehr positiv gegenübersteht, sagt in seinem bereits erwähnten Werk:

«Die seitdem in Deutschland herrschende schutzzöllnerische Handelspolitik mit ihren steigenden Agrarzöllen, die (auch infolge ihres Einflusses auf die Löhne) den Industrieexport erschwerten, musste indes notwendig zu dem Gedanken führen, das deutsche Wirtschaftsgebiet auf kolonialisatorischem Wege zu erweitern, wenn das Reich den Aristotelischen Staatszweck der Autarkie erfüllen wollte . . . Die Kolonialpolitik bildete daher die notwendige Fortsetzung der Bismarckschen Schutzzollpolitik.»

Diese Kolonialpolitik war also ebenso wie die Schutzzollpolitik nicht ein Mittel zur Durchsetzung der deutschen Nationalwirtschaft in der Weltwirtschaft, sondern umgekehrt ein Mittel zur Abschliessung der deutschen Nationalwirtschaft von der Weltwirtschaft. Aus diesem Grunde war sie ihrem Wesen nach nicht progressiv – was Kolonialpolitik an und für sich durchaus sein kann –, sondern das aussenpolitische Korrelat der innerpolitischen und wirtschaftlichen Reaktion dieser Periode.

Es ist bezeichnend, dass der konservative Politiker von Kardoff, der als ein energischer Vorkämpfer der autarkistischen Schutzzollpolitik soziale Not heraufbeschwören half, schon bei Beratung des Sozialistengesetzes erklärte, Kolonien könnten vielleicht auch der sozialen Not abhelfen. Ebenso bezeichnend ist, dass die kolonialen Ideen besonders aus Süddeutschland kamen, wo die Schutzzöllner ihren stärksten Rückhalt hatten, und dass der Kampf für Kolonien ebenso wie der für Schutzzölle sehr häufig von Angriffen gegen den Kosmopolitismus und die freie Weltwirtschaft begleitet war.

Fast überall waren die Schutzzöllner zugleich Freunde der Kolonialpolitik, bemerkt Dr. Detlef Albers in seiner Untersuchung «Reichstag und Aussenpolitik». (Historische Studien, Heft 170, Berlin 1927), um dann in Übereinstimmung mit Maximilian von Hagen und vielen anderen zu konstatieren: «Das Zusammentreffen von Schutzzoll und Kolonialbewegung war nichts Zufälliges, sondern lag in der Natur der Sache. Wenn durch eine Schutzzollpolitik eine nationale Wirtschaft, ein geschlossener Handelsstaat erreicht werden sollte, dann bedurfte sie der Ergänzung durch eine Kolonialpolitik, denn nur wenn das Reich sich Kolonien angliederte, war eine wirtschaftliche Autarkie möglich. Und auf diese kam es den Schutzzöllnern an.»

In welchem Umfange der freie und rationale Warenaustausch funktioniert, hängt natürlich nicht nur von dem Verhalten eines einzelnen Landes ab. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die entsprechenden Gesellschaftsschichten und Interessengruppen Deutschlands den freien und rationalen Warenaustausch im Allgemeinen überhaupt nicht wollten. Sie verneinten ihn, und sie mussten ihn bis zu einem bestimmten Grade auch verneinen, weil er für sie eine ganze Reihe von negativen Folgen hatte.

Der Fortschritt kann unter den gegebenen Umständen eben nicht von allen als ein Glück empfunden werden. Vielen Menschen, die die Dinge von ihrer sozialen Welt aus sehen und mit ihrer Wertskala messen, muss

er – zumindest teilweise – als ein Unglück erscheinen, das sie natürlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten abzuwehren suchen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sei betont, dass dies keineswegs nur ein deutsches Problem ist.

An Bismarcks Kolonialpolitik interessiert hier vor allem, dass sie ein notwendiges Produkt der Schutzzollpolitik war und auf Grund der Folgen dieser Schutzzollpolitik betrieben werden *musste*. Dieser Zusammenhang ist besonders deshalb von grosser Bedeutung, weil er klar erkennen lässt, dass das relativ menschenreiche und rohstoffarme Deutschland schon damals zu der denkbar rationalsten Gestaltung seines Wirtschaftslebens und zur höchstmöglichen Anpassung an die Gesetze der Weltökonomie gezwungen war, wenn es die Ernährung und Entfaltung seiner Bevölkerung ermöglichen wollte, ohne zu territorialer Expansion gezwungen zu sein.

Zweifellos ist im internationalen Konkurrenzkampf privilegiert, wer über die günstigsten Rohstoffgebiete verfügt und auf der Basis grösserer Wirtschaftsräume produzieren kann. Und zweifellos hätte ein konsequent weltwirtschaftlich orientiertes Deutschland sich *mit* Kolonien, ähnlich wie zum Beispiel England, in vieler Hinsicht ruhiger und günstiger entwickeln können. Aber andererseits hätte gerade ein solches Deutschland auch ohne Kolonien oder eine andere Form von *territorialer* Expansionspolitik zu leben vermocht. Denn dieselbe Verspätung Deutschlands, die eine grosszügige Kolonialpolitik im Stile Englands – und bescheiden hätte ja gerade ein autarkistisch orientiertes Deutschland auf die Dauer nicht sein können! – vor allem auch darum unmöglich machte, weil die Welt nun schon zum grössten Teil mit Beschlag belegt war, bot dem deutschen Volke andere Möglichkeiten, sich zu behaupten und zu entwickeln.

Der verspätete Aufstieg Deutschlands hatte ja für dieses Land neben vielen negativen Seiten auch positive; zum Beispiel fand es einen rationalen Kapitalismus vor, an den es anknüpfen konnte und auch mit grossem Erfolg angeknüpft hat. Dies aber, sowie die eng damit zusammenhängende Tatsache, dass mm auch schon eine entwickelte Weltwirtschaft existierte, eröffnete für Deutschland wie für alle anderen Völker neue Perspektiven und machte die primitive Expansionspolitik vergangener Zeiten an und für sich entbehrlich.

In den Tagen Bismarcks betrieb man zwar eine autarkistische Schutzzollpolitik, aber doch noch keine einseitige und konsequente Autarkie-

politik. Ausserdem waren die Zölle noch verhältnismässig niedrig und die verschiedenen Prinzipien der Wirtschaftspolitik noch relativ leicht miteinander zu vereinbaren. In diesen Tagen konnte man sich daher auch noch mit einer ziemlich bescheidenen territorialen Expansionspolitik begnügen, und vor allem war einstweilen noch gar keine Rede davon, eine solche territoriale Expansionspolitik in *Europa* zu treiben und auf Kosten grosser wie kleiner Nachbarn «Lebensraum» zu erobern. Solche Ideen, das muss mit Nachdruck betont werden, kamen erst später auf.

Aber dass man in den Tagen Bismarcks überhaupt schon zu Landerwerb getrieben wurde, obwohl die Absperrungstendenzen zu dieser Zeit noch relativ harmlos waren, das weist überzeugend darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft schon damals ein ausserordentlich empfindlicher Organismus war und jede Schwächung dieses Organismus durch weltwirtschaftsfeindliche Gruppeninteressen die Existenz des deutschen Volkes bedrohte und in untrennbarem Zusammenhang damit das Streben nach territorialer Expansion hervorrief.

Diese Problematik ist wohl kaum für ein anderes Land so gross wie für Deutschland. Sie gilt es zu beachten, wenn man verstehen will, weshalb die konsequentesten Gegner der industriestaatlich-weltwirtschaftlichen Entwicklung, des Liberalismus und der Arbeiterbewegung, im Laufe der Zeit die Ideologen und Träger eines ganz besonderen Imperialismus wurden und dem Deutschland des historischen Fortschrittes nicht nur in ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller und rechtlicher, sondern notwendigerweise auch in aussenpolitischer Hinsicht mit eigenen Vorstellungen und Zielsetzungen entgegentraten.

Auf der anderen Seite scheint es in hohem Masse in dieser geschilderten Problematik Deutschlands begründet zu liegen, dass die deutsche Arbeiterbewegung, die ihrer ganzen Ideologie und Mentalität nach nicht autarkistisch und imperialistisch sein wollte und sein konnte, für den Gedanken des Internationalismus ganz besonders empfänglich war. Dieser Internationalismus war vielleicht oft sehr gefühlsbetont, aber er entsprang im Grunde einem sehr richtigen Gefühl.

Jedoch unterschieden sich die Arbeiter von ihren «nationalen» Kritikern nicht etwa dadurch, dass ihnen – wie in unserer Zeit den Quislingen – das Schicksal der Nation gleichgültig war, sondern dadurch, dass ihr Nationalgefühl und Nationalbewusstsein anders waren und darum auch

ihre Vorstellungen von den Beziehungen ihrer eigenen Nation zu den anderen Nationen und Völkern des Erdballes.

«Gewiss muss das Wohl unserer Nation uns am Herzen liegen, allein gerade weil wir an die Solidarität und Interessengemeinschaft der Menschen glauben, erblicken wir in der internationalen Verbrüderung die Verwirklichung des nationalen Ideals.» So hiess es im Jahre 1881 im Wahlaufuf der Sozialistischen Partei Deutschlands. In diesem humanistisch-universalistischen Geist hatte die damals noch sehr schwache deutsche Arbeiterbewegung im Deutsch-Französischen Krieg gehandelt, wo sie durch den Kampf gegen die Annexionen nicht nur ihre Pflicht gegenüber der französischen Nation erfüllte, sondern – wie die Zukunft bald zeigen sollte – auch besser als die Annexionspolitiker das wohlverstandene Interesse der deutschen Nation verteidigten. Und in diesem Geiste kritisierte die deutsche Arbeiterbewegung unter anderem auch die Kolonialpolitik Bismarcks.

Gleichzeitig wurde im Wahlaufuf von 1884 jedoch ausdrücklich betont, dass man «ernsthafte Bestrebungen» zur Hebung des deutschen Aussenhandels fördern werde. Das war im Wesentlichen dieselbe Position, wie sie breite Schichten des liberalen Bürgertums bezogen.

«Der deutsche Liberalismus wollte, soweit die freihändlerische Demokratie in ihm Einfluss hatte, von Kolonien nichts wissen und nahm in ihrer Bekämpfung die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie gern an», schreibt A. Sartorius von Waltershausen. Diese ablehnende Haltung der betreffenden Liberalen und der Sozialdemokratie gegenüber der Kolonialpolitik war zwar im Allgemeinen prinzipieller Natur, aber die spezifische Form der Bismarckschen Kolonialpolitik, die untrennbar mit seiner reaktionären Wendung verbunden und die Konsequenz einer bedenklichen Wirtschaftspolitik war, musste diese ablehnende Haltung natürlich im höchsten Grade versteifen.

Im Übrigen hatte ja diese Frage auch eine aussenpolitische Seite. Mit Recht wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Deutschland sich durch kolonialpolitische Unternehmungen der Gefahr neuer Verwicklungen aussetze, und mitunter wurde von bürgerlicher Seite auch hinzugefügt, dass Deutschland im Hinblick auf seine unzulängliche Marine doch nicht imstande sei, diese Konflikte kräftig und würdig durchzufechten.

Dieselbe Dynamik der schutzzöllnerischen Ära Bismarcks, die entgegen den Wünschen des Reichskanzlers zu den ersten Spannungen mit England führte, war auch eine entscheidende Ursache dafür, dass gleichzeitig die deutsch-russische Freundschaft, in deren Zeichen das Deutsche Reich gegründet wurde und die Bismarck stets aufrechtzuerhalten suchte, tiefe Risse bekam. Die Agrarzölle waren für das Getreideexportland Russland ein schwerer Schlag, und im Laufe der achtziger Jahre spitzte sich der deutsch-russische Handelskrieg immer mehr zu. In diesem Zusammenhang sank die deutsche Ausfuhr nach Russland von 228 Millionen Mark im Jahre 1880 auf 131 Millionen Mark im Jahre 1887.

Industrie, Handel und Finanz kämpften verzweifelt um die Behauptung des russischen Marktes, der für die Zukunft von noch grösserer Bedeutung war als für die Gegenwart, stiessen dabei jedoch stets auf den Widerstand der zähe für ihre Sonderinteressen kämpfenden Agrarier. So torpedierte die Wirtschaftspolitik Bismarcks die Aussenpolitik Bismarcks.

Der Fürst suchte sich einzureden, seine prorussische Aussenpolitik sei mit der antirussischen Wirtschaftspolitik, die er und seine Standesgenossen durch die Agrarzölle sowie gewisse finanzpolitische Massnahmen betrieben, durchaus zu vereinbaren. Aber Georg von Siemens, der Führer der Deutschen Bank, konnte angesichts der wachsenden deutsch-russischen Spannungen mit Recht sagen: «Die Theorie des Fürsten Bismarck, dass man politisch Freund und wirtschaftlich Feind einer anderen Nation sein könne, ist glatt zu Boden gefallen.» (Karl Helfferich, «Georg von Siemens», Band III, Seite 187.)

Allen Legenden zum Trotz ging die traditionelle Freundschaft mit Russland schon in den Tagen Bismarcks in die Brüche. Schon unter der Staatsführung seines Gründers stand das Deutsche Reich vor der Gefahr des Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Russland.

Ende der achtziger Jahre sah die Lage zuweilen sehr ernst aus. In der Armee und im Lager der extremen Konservativen, besonders der Agrarier, drängten viele zum Kriege gegen Russland. Systematisch von seinem damaligen Generalstabschef Graf Waldersee bearbeitet, erklärte der junge, impulsive Kaiser Wilhelm II., der im Jahre 1888 den Thron bestiegen hatte, aber das Regieren einstweilen noch dem Kanzler überlassen musste, Ende Mai 1889: «Wenn Bismarck nicht mit will gegen die Russen, so müssen sich unsere Wege trennen.»

Waldersee sagte, der Kanzler habe zwar verstanden, sich geschickt den Ruf zu erhalten, ein Meister auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und unersetzlich zu sein, habe aber bei all seiner Kunst nicht zu verhindern vermocht, dass wir jetzt Frankreich und Russland zu Gegnern hätten.

Das war im Kerne nicht falsch, aber es war Naivität oder Demagogie, die Dinge auf eine rein personalistische Ebene zu schieben und unter anderem zu ignorieren, welche Rolle dabei die antirussische Wirtschaftspolitik der agrarischen Kreise gespielt hat, zu deren entschiedensten Vertretern Waldersee gehörte und die Übrigen auch von Stöcker unterstützt wurde.

Der eitle Kaiser, den Max Weber später einen «Fatzke» nannte, fühlte sich natürlich sehr geschmeichelt, als Waldersee ihm sagte: «Wahrlich, eine sehr ernste Lage! Eure Majestät haben das Reich in einer sehr schwierigen Lage übernommen.» Borniert, ohne ernstes Bemühen um die Problematik und gekränkt, weil er noch immer im Schatten seines Kanzlers stehen musste, stimmte der junge Monarch den Worten Waldersees zu. Wo bleibt da der grosse Kanzler, wo sind seine Verdienste?, meinte der Kaiser.

Waldersee freute sich seines Triumphes, denn er war einer der Führer der extremen Konservativen, die mit Bismarck allmählich wieder unzufriedener geworden waren, einen viel stärker agrarisch-mittelständischen Kurs steuern, die Zusammenarbeit zwischen den Konservativen und bestimmten Schichten des industriellen Bürgertums sprengen und zu diesem Zwecke den Kaiser gegen seinen Kanzler ausspielen wollten. Die anderen bedeutendsten Führer dieser Richtung waren Hammerstein und Stöcker.

Das war die rechte Opposition Bismarcks, die im Gegensatz zur linken Opposition der Sozialisten und Liberalen nicht über Bismarck hinaus, sondern in vieler Hinsicht noch hinter Bismarck zurück wollte. Sie war in sich differenziert, bildete aber in vielen entscheidenden Fragen eine ähnliche Einheit wie später die Rechtsopposition Hugenberg-Hitler.

Dank des allgemeinen Niveaus, der Mentalität und der antijüdischen Neigung Wilhelms II. vermochten die Männer der rechten Opposition auf den jungen Monarchen einen gewissen Eindruck zu machen. Schon als Prinz hatte er mit ihnen intimen Kontakt. Auf einer Hofjagd sagte er zu dem preussischen Innenminister v. Puttkamer, wenn er zur Regierung komme, werde er nicht dulden, dass Juden in der Presse tätig seien. Auf

den Hinweis Puttkamers, dass doch durch die Gewerbeordnung die Gewerbefreiheit garantiert sei, erwiderte der Prinz: «Dann schaffen wir die ab.»

Genauso naiv, wie in dieser elementaren Frage der Wirtschaft, der Verfassung und des politischen Lebens, war er auch im Hinblick auf das Arbeiterproblem. Dass die Methode Bismarcks Bankrott gemacht hatte, das konnte selbst ein Wilhelm nicht übersehen. Aber dass die Methode Stöckers auch schon Bankrott gemacht hatte, dies zu begreifen, ging über seinen Horizont. Und ohne die Lehren aus den vergangenen Jahren zu ziehen, bildete er sich ein, mit einigen Ideen aus dem Arsenal des Hofpredigers die grosse Frage der Zeit lösen, Ruhm ernten und das preussische Staatssystem retten zu können.

Zwar war es eine sehr negative Erkenntnis, mit der man absolut nichts anfangen konnte, aber vom Standpunkt des preussischen Staatssystems aus betrachtet, hatte Bismarck ganz recht, wenn er die Ideen des jungen Monarchen für Illusionen hielt und energisch bekämpfte. Auf der Basis der bestehenden Verhältnisse konnte ja nicht einmal das Bürgertum befriedigt werden. Wie sollte man da goldene Brücken zur Arbeiterklasse bauen können?

Friedrich Engels, der eine grosse staatsmännische Begabung besass, zweifelte keinen Augenblick daran, dass Bismarck die Widersprüche seines Reiches nicht bändigen könne und er früher oder später ihr Opfer werden müsse. Im April 1885 äusserte Engels in einem Brief die Auffassung, dass die Bourgeoisie gezwungen sein werde, endlich wieder einmal ein Stück von dem alten Kram niederzureissen und eine politische Rolle zu spielen, wie das ihre verdammte Schuldigkeit sei. Jedoch sein Schüler August Bebel hielt dies für zu optimistisch. Er sah in der damaligen Depression der Weltwirtschaft sozusagen die Todeskrise des Kapitalismus und glaubte nicht, dass dem liberalen Bürgertum im Verlaufe einer deutschen Revolution noch einmal eine bedeutende Rolle zu fallen könnte.

Dieser Pessimismus bezüglich des liberalen Bürgertums war in einem Lande wie Deutschland psychologisch verständlich, aber Engels betrachtete die Dinge realistischer. «Von der deutschen Bourgeoisie», so schrieb er im Oktober 1886 an Bebel, «kannst du keine schlechtere Ansicht haben als ich. Aber es fragt sich nur, ob sie nicht wider ihren Willen gezwungen wird, durch die geschichtlichen Umstände wieder aktiv einzugreifen. Eine Stagnation, wie sie jetzt im politischen Deutschland

herrscht, kann nur ein vorübergehender Ausnahmezustand sein. Die grosse Industrie lässt sich ihre Gesetze nicht von der Feigheit der Industriellen diktieren, die ökonomische Entwicklung bringt die Kollisionen immer wieder hervor, treibt sie auf die Spitze und leidet nicht, dass die halbfeudalen Junker mit feudalen Gelüsten über sie auf die Dauer herrschen.»

Der erfahrene Theoretiker Engels, der durch seine Tätigkeit in dem Unternehmen seines Vaters zugleich ein erfahrener Praktiker war und der vom Weltzentrum London aus mit offenem Blick die Entwicklung des Welthandels verfolgte, beurteilte auch die damalige Depression der Weltwirtschaft realistischer als Bebel. Wie Marx, so hatte sich auch Engels im Hinblick auf die Wirtschaftskrisen und die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu oft geirrt, um in dieser Frage jetzt nicht etwas vorsichtiger zu sein.

Es sollte sich bald zeigen, dass dies begründet war, denn Ende der achtziger Jahre machten sich Anzeichen einer neuen Konjunktur bemerkbar. Zwar vermochte sich diese Konjunktur nicht zu festigen – schon im Sommer 1890 trat ein Rückschlag ein –, aber inzwischen trug sie sehr viel zum Losbrechen jenes Sturmes bei, der Bismarck zu Boden warf wie einen morschen Baum.

Durch den Silberstreifen am Horizont der Weltwirtschaft erstarkten der Optimismus, das Selbstbewusstsein und der Oppositionsgeist des liberalen Bürgertums. Gleichzeitig witterten die Arbeiter Morgenluft. Anfang Mai 1889 brach im Ruhrgebiet ein Bergarbeiterstreik aus, und bald streikten in Rheinland-Westfalen 90'000, im Saargebiet 13'000, in Sachsen 10'000 und in Schlesien 17'000 bis 19'000 Bergarbeiter. Es ging dabei auch um Lohnerhöhungen, aber vor allem ging es um den Achtstundentag und um das Recht, Arbeiterausschüsse wählen zu dürfen, mit denen die Arbeitgeber sich künftig zwecks Beratung von Streitfragen an einen Tisch setzen sollten. Im Übrigen verlangten die Streikenden eine Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie im Reichstage oft gefordert, von Bismarck aber stets abgelehnt wurde.

Wie alle anderen Gegensätze, so spitzten sich nun auch die zwischen dem Kaiser und dem Kanzler zu. Letzterer äusserte in diesen Tagen, dass die soziale Frage nicht mit Rosenwasser, sondern nur mit Blut und Eisen zu lösen sei, dass man die Arbeiter nicht gewinnen könne, sondern ihnen mit Pulver und Blei begegnen müsse. Je später der Widerstand der Regierung einsetzte, desto gewaltsamer müsse er sein. Wilhelm II. jedoch

erwiderte, er wolle nicht schon die ersten Regierungsjahre mit dem Blute seiner Untertanen färben.

Wenn Bismarck damals sagte: «Ich will das Sozialistengesetz zu Fall bringen, weil ich ein schärferes will», so ist das ganz natürlich. Denn ein System, das den Arbeitern keine politische und soziale Gleichberechtigung einräumen kann, muss an und für sich immer stärker in die Richtung der Gewaltpolitik tendieren. Dass Bismarck und später Wilhelm II. nicht mehr die Möglichkeit hatten, nach diesem Gesetz zu handeln, ist eine andere Sache. Je stärker die Arbeiterbewegung wird, desto schwieriger ist es natürlich, sie zu unterwerfen. Aber wenn diese Unterwerfung auf Grund besonderer Verhältnisse doch möglich ist, dann muss sie umso brutaler und vollständiger sein, je später sie erfolgt. Nur wer solche soziologischen Zusammenhänge nicht beachtet, kann die Methoden der Nationalsozialisten unbegreiflich finden.

Nicht weil er wollte, sondern weil er musste, beschäftigte sich Bismarck besonders in den letzten Jahren seiner Herrschaft stets mit Staatsstreichgedanken. Wiederholt sagte er: «Wenn die Wahlen schlecht ausfallen, würde das parlamentarische Regime umso schneller ruiniert und die Säbelherrschaft vorbereitet werden.» Seine Meinung war immer, dass man den Reichstag eher entbehren könne als die Armee. 1886 sagte er: «Es kann sehr wohl dahinkommen, dass ich das, was ich gemacht habe, wieder zerschlagen muss», und damit meinte er die Verfassung.

Kein Mensch des 19. Jahrhunderts, war sich Bismarck nicht dessen bewusst, dass er durch die Reichsgründung ökonomische, soziale und politische Kräfte entfesseln half, die ihm früher oder später über den Kopf wachsen und das von ihm repräsentierte System sprengen mussten. Im Grunde ganz statisch denkend, sah er weder Deutschlands Hineinwachsen in die Weltwirtschaft noch die daraus entspringenden politischen und sozialen Probleme voraus. Infolgedessen hatte er auch das allgemeine Wahlrecht unter falschen Voraussetzungen eingeführt.

Wir wissen, dass er dies vor allem deshalb durchgesetzt hatte, weil er auf diese Weise die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie beseitigen und die Vorherrschaft der alten Mächte sichern wollte. «Wenn ich zum Beispiel hier in Preussen von meinem Gute 100 Arbeiter zur Wahlurne schicken könnte, so würden sie jede andere Meinung im Dorf totstimmen», äusserte er sich 1865 in einem Brief, und das war das Leitmotiv seines künftigen Handelns.

Aber die modernen Industriearbeiter waren nicht die Gutsarbeiter des Herrn von Bismarck. Sie waren auch nicht mehr die Arbeiter Lassalles und Schweitzers. Qualitativ wie quantitativ stellten sie nun etwas ganz anderes dar. Parallel mit der sozialistischen Arbeiterbewegung machte auch die katholische schnelle Fortschritte. Darüber hinaus aber wurde die autoritär-bürokratische Politik Bismarcks auf Grund des gesamten Strukturwandels der Gesellschaft zusehends problematischer.

Die Industrialisierung und Technisierung, die eine gewisse Zentralisierung und Bürokratisierung mit sich führt, beziehungsweise solche Tendenzen begünstigt, hatte zwar auf der einen Seite die Möglichkeiten der Staatsmacht im Vergleich zu früher wesentlich erweitert und Bismarcks Kampf gegen die demokratischen Elemente insofern erheblich erleichtert. Aber obwohl man dies unbedingt beachten muss, weil auch dies zeigt, wie wenig gleichgültig es ist, in welchem Jahrhundert und auf welcher Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung ein Volk seine demokratische Durchbruchschlacht zu schlagen hat, so darf man doch unter keinen Umständen die andere Seite der Sache übersehen. Denn diese Sache hat zwei Seiten, und nur wenn stets beide zugleich im Auge behalten werden, entgeht man dem Schicksal, einer bornierten bürokratischen Geschichtsauffassung zu verfallen, in der die Geschichte als ein Kampf zwischen freischwebenden Eliten erscheint – und daher gründlich verkannt wird.

Die andere Seite der Sache besteht nämlich darin, dass dieselbe Industrialisierung und Technisierung gleichzeitig die breiten Volksmassen ins politische Leben hineinreißt, anspruchsvoller und bewusster macht und ihnen die materiellen und ideellen Voraussetzungen für selbständige und organisierte Aktionen zuführt. Es ist dies ein Wesenszug unserer modernen Gesellschaft, den der deutsche Soziologe Mannheim «Fundamentaldemokratisierung» nennt und den alle Apparate und Eliten zur Kenntnis nehmen und respektieren müssen, wenn sie ihre Macht behaupten, aber noch mehr, wenn sie die Macht erst erringen wollen.

Wir haben unter anderem gesehen, dass die aristokratischen Konservativen aus diesem Grunde an dem Kampf um die Massen teilnehmen mussten, und wir haben auch schon wiederholt angedeutet, was später noch genauer zur Darstellung kommen wird, dass zum Beispiel Papens Elite des «Herrenklubs» schliesslich deshalb unter die Räder kam, weil

in dem Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der Reaktion die Masse den Ausschlag gab. Apparate und Eliten, die nicht in breiten Volksmassen verwurzelt sind, oder mit denen sich nicht ausreichend breite Schichten des Volkes identifizieren können, befinden sich in einer umso problematischeren Lage, je höher ein Land industrialisiert, je dichter es bevölkert und je weiter also der Prozess der «Fundamentaldemokratisierung» fortgeschritten ist.

Für Bismarck war das alles noch viel einfacher als beispielsweise für Papen, aber es wurde auch für ihn allmählich immer schwieriger. Mit der Bevölkerung wuchs die Zahl der Wahlberechtigten von 7'650'000 im Jahre 1871 auf 9'770'000 im Jahre 1887, und die Wahlbeteiligung stieg im selben Zeitraum von 50,78 Prozent auf 77,19 Prozent. Es schritten also immer grössere Massen an die Wahlurne, und die nach Entfaltung strebenden Parteien liessen sich immer schwerer in das autoritäre System Bismarcks hineinzwängen.

Aus all diesen Gründen, unter denen die Furcht vor dem wirklichen Liberalismus und der Arbeiterbewegung die wichtigste war, wollte Bismarck schliesslich sein eigenes Verfassungswerk zerstören. Voller Erregung und mit furchtbarem Ernst sagte er zu einem führenden konservativen Politiker: «Ich will die letzten Jahre meines Lebens daransetzen, den schwersten Fehler wieder gutzumachen, den ich begangen, nämlich die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.»

Friedrich Engels, der die heute authentischen Staatsstreichabsichten des Kanzlers mit feinem politischem Instinkt bemerkte, warnte die Arbeiter davor, sich provozieren zu lassen, denn «eine Arbeitererhebung käme Bismarck jetzt gerade recht». Die Staatsstreichpläne des Kanzlers waren umso natürlicher, als dieser nun nicht einmal mehr die notwendige Majorität zur Verlängerung des Sozialistengesetzes zustandebringen konnte, noch weniger aber die Aussicht hatte, das Parlament für das verschärfte Sozialistengesetz zu gewinnen, das er plante und als ein konsequenter Vertreter des preussischen Staatssystems planen musste.

Total verwirrt war Bismarck, als die Wahlen vom 20. Februar 1890 das politische Kräfteverhältnis weiter zu seinen Ungunsten verschoben, die Linksliberalen bedeutende Erfolge errangen und die Sozialdemokraten 1'427'300 Stimmen bekamen. «Die politischen Ideen sind stärker als die Waffen», schrieb der deutsche Wehrpolitiker K. L. von Oertzen im

Jahre 1934, und das bewiesen auch die Wahlen vom 20. Februar 1890. Nach fast zwölf Jahren Ausnahmegesetz, Verfolgungen und Schikanen gaben 19,7 Prozent aller Wähler ihre Stimme der Sozialdemokratie. Diese bekam zwar nur 35 Mandate, war aber nun zahlenmässig die stärkste Partei Deutschlands. «Kein Zweifel, dass unter dem Eindruck dieser Wahl der Versuch gemacht wird, das Wahlrecht zu ändern», schrieb die linksliberale «Frankfurter Zeitung», die Pläne Bismarcks sehr richtig durchschauend.

Im Dezember 1889 sagte der Kanzler in einem Privatgespräch, man müsse den Sozialdemokraten auch das Wahlrecht nehmen, «denn diese Feinde dürfen nicht mitberaten», und als er fünf Tage nach der Wahl vom 20. Februar 1890 dem Kaiser Bericht über die Lage erstattete, suchte er den Monarchen in diesem Sinne zu beeinflussen. Bismarck unterbreitete dem Kaiser den Vorschlag, den Sozialisten durch einen Staatsstreich das Wahlrecht zu entziehen und um die sozialistischen Wähler feststellen zu können, die geheime Abstimmung zu beseitigen.

Gegen eine eventuelle Auflehnung der Massen gegen diesen Staatsstreich sollte rücksichtslos vorgegangen werden. In diesem Falle sollte der Kaiser ordentlich dazwischenschiessen, Kanonen und Gewehre spielen lassen. «Jetzt ist so etwas noch möglich, später wird es unmöglich sein. Aber wenn die Sache in die Hand genommen wird, muss sie auch unter allen Umständen durchgefochten werden. Dann darf es nur heissen: No surrender! Keine Übergabe», schloss der Kanzler seine Ausführungen.

Es war dies das Eingeständnis der schwerwiegenden Tatsache, dass Bismarck, der die nationale Frage nur in sehr problematischer Weise hatte lösen können, zur Lösung der sozialen Frage überhaupt nicht in der Lage war. Die Politik von Blut und Eisen auf die innere Politik zu übertragen – das war die letzte Möglichkeit, die er sah. Einen konstruktiven Weg vermochte der letzte Grosse einer kleinen Welt nicht zu weisen.

Aber zur Verwirklichung dieser Pläne sollte der Kanzler nicht mehr kommen. Von den verschiedensten Seiten her, aus den verschiedensten Motiven und mit den verschiedensten Zielen kritisiert und attackiert, mit seiner Kunst innenpolitisch wie aussenpolitisch am Ende, bekam er vom Kaiser am 20. März 1890 seinen Abschied. Es kennzeichnet die damalige Situation, dass kein Minister, kein General, kein geistiger Führer Deutschlands offen für den einst bejubelten Schöpfer des Reiches eintrat.

Absolut zutreffend sagt Ziekursch, dass der Weg, den Bismarck im Frühjahr 1890 einschlagen wollte, anfangs über Blut und Leichen hinweg zu einem vergänglichen Erfolge, für die weitere Zukunft aber umso sicherer ins Verderben geführt hätte. Der Kaiser war durchaus im Recht, wenn er sich weigerte, auf Bismarcks Kampfpläne einzugehen, und die von ihm geforderte Arbeiterschutzgesetzgebung war für eine gesunde Entwicklung der deutschen Industrie unentbehrlich.

Jedoch – so urteilt Ziekursch weiter – allein mit ein paar Gesetzen über Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit war die Kluft, die die deutschen Arbeiter von der bürgerlichen Gesellschaft trennte, nicht auszufüllen. Wer die Arbeiter versöhnen, wer die innere Einheit herstellen wollte, musste das Deutsche Reich von Grund aus umgestalten. Der Sturz Bismarcks konnte nur durch einen Bruch mit Bismarcks Staatsform gerechtfertigt werden. Mit Bismarck hätte der konstitutionell verbrämte Absolutismus fallen müssen. «Wenn diese Folge nicht eintrat, dann war es nicht politischer Scharfblick, der zu Bismarcks Entlassung führte, sondern jugendliche Unerfahrenheit und Überhebung, machtlüsterner Ehrgeiz und herrschsüchtiger Stolz, Empfindlichkeit, Eitelkeit und Furcht vor der Gefahr.»

Diese Folge aber trat nicht ein, und damit ist auch schon das Urteil über Wilhelm II. gefällt. Dieser Monarch hat überhaupt nicht daran gedacht, das Reich von Grund aus umzugestalten, und die christlich-sozialen Methoden machten auf ihn offenbar gerade deshalb einen gewissen Eindruck, weil sie einen verlockend bequemen Ausweg aus dem Dilemma des preussischen Staatssystems zu weisen schienen.

Aber das war ein grosser Irrtum. Denn das klassenbewusste sozialistische Proletariat, so sagt der deutsche Historiker Arthur Rosenberg in seinem Werk «Die Entstehung der deutschen Republik», liess sich mit Bibelsprüchen und ein paar Sozialgesetzen nicht zu treuen Anhängern des preussischen Staatssystems machen. Rosenberg weist dann darauf hin, dass die Zentrumsarbeiter dem herrschenden System Preussen-Deutschlands im Grunde genauso fremd gegenüberstanden wie die Sozialdemokraten, und fährt fort:

«Wer die Situation von 1890 in all ihren Konsequenzen durchdenkt, hat damit die historische Notwendigkeit der Revolution von 1918 schon begriffen.»

SIEBENTES KAPITEL

Vorwärts oder zurück?

Der Kaiser hatte sehr bald bemerken müssen, dass er mit den christlich-sozialen Methoden nicht erreichen konnte, was er erreichen wollte. Vielleicht war er in diesem Punkt von Vornherein viel skeptischer als den Anschein hatte, und vielleicht zeigte er sich in sozialpolitischer Hinsicht vorübergehend vor allem deshalb so eifrig, weil er Bismarck loswerden und selber regieren wollte. Die aristokratischen Konservativen um Hammerstein und Waldersee interessierten sich für Stöcker jedenfalls nicht *wegen*, sondern *trotz* seiner sozialpolitischen Ideen.

Es ist bezeichnend, dass Waldersee schon am 20. Februar 1890, also noch vor dem Sturze Bismarcks, in sein Tagebuch notierte: «Der Monarch geht grossen Enttäuschungen entgegen. Er hat einen Strom entfesselt, der schwer einzudämmen sein wird.» Diese Worte Waldersees beziehen sich auf die sozialpolitischen Bestrebungen des Kaisers, die im Wesentlichen mit den Bestrebungen Stöckers, des intimen Bundesgenossen Waldersees, identisch waren! Und wie Waldersee, so dachte im Grunde auch Hammerstein, der im Jahre 1892 ganz im Geiste Bismarcks sagte: «Es gibt kein anderes Mittel, als dass man die Arbeiter provoziert und schiessen lässt.»

In diesen Kreisen erwog man stets ein neues und rabiateres Sozialistengesetz, während im Lager des plebejischen Konservativismus, der damals einen gewaltigen Aufschwung erlebte und sehr optimistisch war, sehr viele dagegen protestierten. Es erklärt sich dies nicht zuletzt daraus, dass diese plebejischen Konservativen die «verführten» Arbeiter damals noch gewinnen zu können glaubten, wie es umgekehrt viele Sozialisten für möglich hielten, die ihrer Meinung nach auch nur «verführten» Massen des plebejischen Konservativismus in die sozialistische Kampffront eingliedern und somit auf die «richtige» Bahn führen zu können.

Teils weil die Illusionen des Kaisers bezüglich der christlichsozialen Methoden sehr schnell zerplatzten, vor allem aber auf Grund der gesam-

ten realen Machtverhältnisse, gelang es der Opposition Hammerstein-Waldersee-Stöcker nicht, den Kurs der deutschen Politik entscheidend zu bestimmen. Im Gegenteil, das Pendel schlug jetzt in vieler Hinsicht nach links aus. Stöcker verlor bald nach dem Sturz Bismarcks seinen Einfluss auf den Kaiser und wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung zur Aufgabe seines Hofpredigeramtes gezwungen.

Es ist typisch, dass Waldersee darin «einen Sieg jüdischer Kreise» sah und Treitschke im Jahre 1892 den Sturz Stöckers als einen grossen Triumph des Radikalismus bezeichnete, weil dieser Sturz «die einzige Partei entwaffnete, welche vielleicht noch hoffen konnte, die Herrschaft des Freisinns und der Sozialdemokratie zu brechen. Die «Kreuzzeitung» äusserte sich natürlich in ähnlichem Sinne, denn von allen Antisemiten war ihr Stöcker selbstverständlich der angenehmste, weil er sich am engsten mit der alten Herrschicht verbunden fühlte und seine Bewegung dementsprechend zu führen suchte.

In diesen Tagen war Caprivi deutscher Reichskanzler. Er hatte dieses Amt unmittelbar nach dem Sturz Bismarcks angetreten und bis Oktober 1894 bekleidet. Caprivi war ein General, aber ein ganz anderer Typ als Waldersee und seine Kollegen. Selbst ein Sozialist wie Friedrich Engels hatte eine sehr hohe Meinung von Caprivi, während die Agrarier diesen Kanzler «ohne Ar und Halm» geradezu hassten. Caprivi hatte nämlich sehr richtig erkannt, dass Deutschland entweder Menschen oder Waren exportieren müsse, dass aber der Menschenexport, das heisst die Auswanderung, weder zu verantworten noch auf die Dauer eine Lösung sei.

Er entschied sich also für den Weg des Warenexportes und suchte dementsprechend die Wirtschaftspolitik und auch die Politik gegenüber der Arbeiterklasse zu führen. Für ihn stand es ausser jedem Zweifel, «dass auf dem bisherigen Wege fortzufahren, der Ruin nicht nur unserer Industrie und unseres Arbeiterstandes, sondern vielleicht auch des Staates sein würde.» Diese Worte des Nachfolgers Bismarcks können ebenso wie die über den objektiven Zwang Deutschlands zum Warenexport nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden.

Caprivi trat unter anderem für Verbilligung der Lebensmittel und für Arbeiterschutzgesetze ein, setzte die Zölle herunter und schloss eine Reihe günstiger Handelsverträge ab. Er war durchaus kein Liberaler, aber seine Wirtschaftspolitik war in vieler Hinsicht liberal, und daher führten die Konservativen gegen ihn einen so erbitterten Kampf. Über-

haupt spitzten sich die sozialen Gegensätze in diesen Jahren ganz erheblich zu.

Das Bündnis zwischen den Agrariern und den schutzzöllnerischen Industriellen hatte sich infolge vieler Interessengegensätze, vor allem auch wegen der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, vorübergehend gelockert und teilweise sogar in heftige Feindschaft verwandelt. Befreit von den Fesseln des Sozialistengesetzes, meldeten die Arbeiter selbstbewusster denn je ihre Forderungen an, und gleichzeitig wurde die Bewegung des plebejischen Konservatismus breiter und radikaler.

In der Atmosphäre dieser Jahre entstanden viele Ideen und Organisationen, die für die weitere Entwicklung Deutschlands von grosser Bedeutung werden sollten und an denen niemand vorbeigehen darf, der die Entstehungsgeschichte des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches zu studieren sucht.

Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der Alldeutsche Verband, der bis 1894 «Allgemeiner deutscher Verband» hiess. Dieser Verband wurde am 9. April 1891 in Berlin gegründet. Der äussere Anlass dazu war der sogenannte Helgoland-Sansibar-Vertrag, den die deutsche Regierung unter der Kanzlerschaft Caprivis am 1. Juli 1890 mit England abgeschlossen hatte, weil sie den Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich damals schon für unvermeidlich hielt und daher das Verhältnis zu England zu verbessern suchte. Aber dieser Tauschvertrag bedeutete Verzicht auf den Traum gewisser deutscher Kolonialpolitiker, ein grosses deutsches Kolonialreich in Ostafrika zu errichten. Daher der Protest der entsprechenden Kreise Deutschlands.

Für einen grossen Teil dieser Kreise war die Opposition gegen die Aussenpolitik Caprivis jedoch nur ein Ausdruck ihrer allgemeinen Opposition gegen die Politik dieses Reichskanzlers gegen den sogenannten «neuen Kurs». Ein grosser Teil dieser Kreise wollte nämlich in vieler Hinsicht die Politik Bismarcks fortsetzen, und zwar in noch radikaleren Formen. Heinrich Class, der seit 1908 der Führer des Alldeutschen Verbandes und in der Weimarer Republik neben Hitler und Hugenberg der Initiator der «Nationalen Opposition» war, bezeichnete das Abkommen mit England und die Gründung des Alldeutschen Verbandes mit Recht als die Geburtsstunde der «Nationalen Opposition» im alten Reich.

Aber lange Zeit, besonders in den ersten Jahren, war der Alldeutsche Verband noch sehr uneinheitlich, und ihm gehörten auch Personen an,

die aus diesem Verband ganz etwas anderes machen wollten. Die verschiedenen Auffassungen kamen unter anderem auch im Kampf für und wider den Antisemitismus zum Ausdruck.

Über die Organisation, die soziologische Struktur, den Einfluss und die Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes werden wir später das Notwendige sagen. Hier sei nur noch erwähnt, dass als der eigentliche Vater des Alldeutschen Verbandes Alfred Hugenberg bezeichnet wird – derselbe Alfred Hugenberg, der später als Führer der Deutschnationalen mit Hitler paktierte. Auf der Gründungsversammlung des Alldeutschen Verbandes befand sich bemerkenswerterweise auch Herr Emil Kirdorf – derselbe Emil Kirdorf, der später ein treuer Bundesgenosse Hitlers war.

Im Jahre 1891 sprach man jedoch noch nicht von einem tausendjährigen Reich, sondern nur vom «kommenden deutschen Jahrhundert». Man war also nach dem Sieg von 1871 bescheidener als nach der Katastrophe von 1918.

«Wir meinen, es bleibt nur die eine Alternative; dass die Sozialdemokratie den grossen Schritt vorwärtsgehe – oder wir einige Schritte rückwärts tun», schrieb die «Kreuzzeitung» in den Tagen Caprivis. Diese bemerkenswerten Worte zeigen, wie verzweifelt man damals im konservativen Lager war, und dies macht auch verständlich, weshalb die aristokratischen Konservativen dem Antisemitismus damals besonders grosse Konzessionen machten.

Das war zwar nun notwendiger, aber auch komplizierter und gefährlicher als zuvor, denn nicht nur die Massen der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch die Massen der antisemitischen Bauern- und Kleinbürgerbewegung waren inzwischen selbstbewusster und anspruchsvoller geworden. Es wäre ganz falsch, sich diese Massen einfach als die Hammelherde und die willigen Diener der Junker vorzustellen. Das waren sie ebensowenig, wie jene Arbeiter, die einst in den Reihen des bürgerlichen Liberalismus standen oder später als Sozialdemokraten sehr oft in einer Front mit diesem marschierten, einfach die Hammelherde und die willigen Diener der liberalen Bourgeoisie waren. Es ist vielmehr eine Tatsache, dass viele Antisemiten die Junker sehr scharf angriffen. Und es ist ferner eine Tatsache, dass viele Antisemiten das allgemeine Wahlrecht verteidigten und es auch für Preussen forderten.

Natürlich taten sie dies in einem ganz anderen Sinne und zu ganz anderem Zwecke als die Sozialdemokratie, aber jedenfalls ist zu konstruieren

ren, dass der *immer* und *überall* antiliberal gewesene Antisemitismus nicht immer und nicht überall zugleich antiparlamentarisch und in diesem speziellen Sinne auch nicht immer und überall antidemokratisch war. Dies wurde er erst allmählich, und zwar in dem Masse, wie durch die Industrialisierung das politische und soziale Gewicht der Industriearbeiter zunahm. In dem Masse, wie dies geschah, ging den entsprechenden Antisemiten ihr Optimismus hinsichtlich des Parlamentarismus verloren und denunzierten sie diesen sowie die Demokratie immer häufiger als «Werkzeuge des Judentums».

Nach 1918 standen praktisch alle Antisemiten im Lager der diktatorischen Kräfte, aber viele sehnten die Diktatur auch schon vorher herbei. Soweit sie dies damals noch nicht taten, kämpften sie im Bunde mit der Aristokratie und der Konservativen Partei, mit denen sie trotz aller Gegensätze und auch trotz der Bildung eigener Organisationen durch tausend Fäden verbunden blieben, gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preussen. Nur ein kleiner Teil operierte noch auf der demokratischen Linie.

Parallel mit dieser Entwicklung hat sich auch eine gewisse Entradikalisierung in der Haltung der Antisemiten zum Junkertum vollzogen. Die erstarkenden Kräfte des Fortschrittes zwangen die verschiedenen Fraktionen der Reaktion zu engerem Zusammenhalt. Aber in den achtziger und neunziger Jahren hatte es viele Antisemiten gegeben, deren Parole war: Gegen Junker und Juden! – eine Parole, die etwas an das früher erwähnte Flugblatt von 1847 und 1848 erinnert.

Höchst eigentümlich und chaotisch war also die Welt jener Bauern, Kleinbürger und Intellektuellen, die sich im Zeichen des Antisemitismus radikalisierten. In vielen Fragen nicht oder nicht mehr konservativ im Geiste der von der Aristokratie beherrschten Konservativen Partei, andererseits aber doch ebenso wie diese in einem konservativen oder gar reaktionären Sinne antiliberal, antikapitalistisch und antisozialdemokratisch – in diesem bunten Durcheinander von Kritik und Anerkennung des Mittelalters, von Fortschritt und Reaktion, in diesem Konglomerat von widerspruchsvollen Bestrebungen, Vorstellungen, Wünschen und Forderungen dieser antisemitischen Volksmassen kündigte sich der Nationalsozialismus an.

Dr. Böckel war der typischste Repräsentant jener Antisemiten, die für das allgemeine Wahlrecht eintraten und gegen die Junker wie überhaupt

gegen die aristokratischen Konservativen eine scharfe Sprache führten. Dies war allerdings zu einem guten Teil Taktik. Denn diese Antisemiten, so sagt Professor Bergsträsser ganz richtig, wollten die Konservativen «dadurch zwingen, ihr Programm anzunehmen», was ihnen ja dann schliesslich, wie Professor Bergsträsser ebenfalls sehr richtig feststellt, im Jahre 1892 auch gelungen ist.

Wir sagten bereits, dass die Antisemiten im Jahre 1890 schon fünf Abgeordnete im deutschen Reichstage hatten. Aber das war noch lange nicht der Höhepunkt. Die antisemitische Woge war in einem ständigen Ansteigen begriffen, und dies nicht zufällig am stärksten innerhalb der Konservativen Partei und ihrer Wählerschaft. Der radikale Antisemitismus kritisierte die Konservative Partei teils von aussen und teils von innen her und veränderte den Charakter dieser Partei nicht unwesentlich.

In einem verzweifelten Kampf gegen Caprivi stehend, konnten die Konservativen nicht darauf verzichten, die radikal-antisemitischen Massen ebenso als Bundesgenossen zu betrachten wie vorher die viel weniger radikalen Antisemiten der Stöcker-Bewegung und nachher die Rekordantisemiten der Hitler-Bewegung. In jeder dieser Situationen siegte der Klassenegoismus der Konservativen über alle ideologischen Hemmungen und politischen Bedenken.

Im Jahre 1892 fand dies darin seinen sichtbarsten Ausdruck, dass die Konservativen den Antisemitismus offiziell in ihr Programm aufnahmen. Es geschah dies auf dem sogenannten Tivoli-Parteitag in Berlin, dessen Name von dem Namen des Tagungslokales herrührt. Dort traten am 8. Dezember 1892 1'200 Delegierte zusammen, um das konservative Programm von 1876 zu revidieren, und dort beschloss man unter anderem den folgenden Programmpunkt: «Wir bekämpfen den vielfach sich vordringenden und zersetzenden jüdischen Einfluss auf unser Volksleben.»

Gemässigte Konservative suchten den Zusatz durchzudrücken: «Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus.» Aber dagegen erhoben die Delegierten einen wilden Protest. Es ist bemerkenswert, dass auch Stöcker *gegen* diesen Zusatzantrag gesprochen hat. Als es dann zur Abstimmung kam, stimmten von den 1'200 Delegierten nur 7 für den Zusatz! «Dass auch die innerlich widerstrebende Mehrheit der parlamentarisch-gemässigten oder der agrarisch-ostelbischen Vertreter sich dem

Druck der Atmosphäre unterworfen hatte, wurde mit lautem Beifall aufgenommen», schreibt Frank.

Von der Reichstagsfraktion erhoben jedoch 22 Mitglieder gegen das revidierte Programm Protest. An der Spitze dieser Gruppe stand Helledorf-Bedra, der Führer der parlamentarisch-gouvernementalen Richtung. Aber – so hebt Frank hervor – die Wahlen von 1893 liessen nur sechs Vertreter dieser Richtung zurückkehren. «Der Einfluss Helledorfs in der Deutsch-Konservativen Partei war endgültig gebrochen.» Der extreme Flügel um Stöcker und Hammerstein hatte auf der ganzen Linie triumphiert.

Die gouvernementalen Konservativen wurden also in den Tagen Capravis genauso als eine hoffnungslose Minorität an die Wand gedrückt, wie dann wieder in den letzten Jahren der deutschen Republik. In ökonomisch stabileren und politisch ruhigeren Zeiten konnten sie unter Umständen ausschlaggebend sein, wenn aber das Barometer auf Sturm stand und es um grosse Entscheidungen ging, dann war es fast immer anders. In solchen Situationen erstarkten oder dominierten die Hammersteins und Hugenbergs, und in solchen Situationen begriffen auch die doktrinär-romantischen Konservativen, denen Massenbewegungen grundsätzlich unsympathisch waren, die Notwendigkeit, sich durch Angliederung entsprechender Mitinteressenten eine möglichst breite Massenbasis zu schaffen.

Stöcker sagte in einem Rückblick auf den Tivoli-Parteitag mit Recht: «Es war kein Parteitag im schwarzen Frack und in weissen Glacéhandschuhen, sondern im Rock. Es war die Konservative Partei unter der Geltung des. allgemeinen Wahlrechts, die uns da entgegentrat.»

Zwar konnte der Grossgrundbesitz seine dominierende Stellung innerhalb der Konservativen Partei auch unter diesen veränderten Umständen behaupten, aber nicht ohne gewisse Konzessionen an die plebejischen Elemente. Jedoch im Zentrum, das viel elastischer war, konnten sich die unteren Volksschichten bedeutend stärker zur Geltung bringen. Während zum Beispiel seine agrarischen Interessenvertreter in der Parlamentsfraktion im Jahre 1890 aus 19 Rittergutsbesitzern, 9 Gutsbesitzern und 3 Landwirten bestanden, entfielen im Jahre 1893 auf die Rittergutsbesitzer nur noch 6 und auf die Gutsbesitzer 4, dagegen auf die Landwirte 10 Mandate.

Eine solche Entwicklung war in der Konservativen Partei unmöglich, und dies ist unserer Auffassung nach eine Hauptursache dafür, dass viele

plebejische Konservative sie so heftig kritisierten und nach dem Kriege die Nationalsozialistische Partei das grosse Sammelbecken des Mittelstandes, der Bauern usw. wurde. Rückblickend betrachtet, war es ein Signal, dass die selbständige antisemitische Bewegung bei den Reichstagswahlen von 1893 – gegenüber 47'000 Stimmen im Jahre 1890 – 290'000 Stimmen und 16 Abgeordnete bekam, obwohl die Konservative Partei nun offiziell eine antisemitische Partei war.

Die bäuerliche und kleinbürgerliche Gefolgschaft der Konservativen stimmte sehr häufig für die Antisemitenpartei, und auch viele Mitglieder der Konservativen Partei taten dies. Trotzdem bekam diese Partei 1893 erheblich mehr Stimmen als bei den vorangegangenen Reichstagswahlen von 1890. Die Leidtragenden waren die Liberalen, besonders die linken. Denen liefen vor allem grosse Teile ihres bäuerlichen Anhanges fort, und sie liefen nicht nach links, sondern nach rechts. Manche dieser Bauern, die bisher liberal gewählt hatten, machten nun sogar den Sprung zu den Antisemiten.

Die radikalen Antisemiten wussten sehr genau, dass viele Konservative nur aus politisch-taktischen Gründen für den antisemitischen Programmpunkt des Tivoli-Parteitages stimmten und dass sie gar nicht die Absicht hatten, ernsthaft in diesem Sinne zu handeln. Ein Teil der Konservativen war dazu übrigens auch zu klug. Aus all diesen Gründen unterschieden die radikalen Antisemiten sehr häufig zwischen Konservativen und – auf den jüdischen Namen Kohn anspielend – «Kohnservativen».

Im Übrigen aber wussten die Konservativen die Existenz der radikalen antisemitischen Bewegung in mehrfacher Hinsicht geschickt für sich auszunutzen. Unter anderem konnten sie, sofern es ihnen opportun erschien, für die schlimmsten Auswüchse des Antisemitismus der Öffentlichkeit gegenüber immer ihre radikalen Konkurrenten verantwortlich machen. Und ausserdem konnten sie sagen: Seht ihr, was wir für ein weises staatsmännisches Werk vollbracht haben! Wären wir nicht dem «berechtigten Antisemitismus» entgegengekommen, dann würde alles viel schlimmer sein.

Mit derselben demagogischen Methode suchte der entthronte Hofprediger und Volkstribun der Konservativen, dem seine Kinder jetzt über den Kopf wuchsen, der protestantischen Kirche die saure Frucht des Antisemitismus zu versüssen. Wenn wir uns nicht auf die antisemitische

Volksbewegung einlassen, so argumentierte er, dann wird es uns mit dieser Bewegung ähnlich ergehen wie mit der Arbeiterbewegung, die in die Hände der Sozialdemokratie geriet, weil wir sie zu spät zu erobern suchten.

«In Hessen hat Dr. Böckel in Stadt und Land ein solches Ansehen gewonnen, dass Geistliche nicht wagen dürfen, ihm entgegenzutreten, auch wenn er falschen Antisemitismus treibt. Sie würden sonst in ihren Gemeinden den letzten Rest von Einfluss verlieren», jammerte Stöcker in der «Kirchenzeitung». Er folgerte daraus, dass die Kirche versuchen müsse, «die richtige Art der Bekämpfung des Judentums sich zu eigen zu machen», denn dieser orthodoxe Prediger hatte niemals begriffen, dass der «falsche Antisemitismus» Böckels nichts anderes war als die logische Fortsetzung seines eigenen Antisemitismus und dass es auf der Strecke Stöcker-Böckel kein Retourbillett gab.

Im Februar 1893 bezeichnete der kurzsichtige Stöcker den Antisemitismus als das «instinktive Element», das der Konservativen Partei bisher noch gefehlt habe. Und wenn er einige Tage später programmatisch formulierte, dass es gelte, «die Bataillone der kleinen Besitzer den Arbeiterbataillonen entgegenzuführen», dann versteht man, welchen Sinn für ihn das «instinktive Element» des Antisemitismus hatte und weshalb Herr Stöcker nicht weitsichtiger sein konnte. «Es gibt Gedanken, die man einfach totschiessen muss», schrieb er einmal in einem Privatbrief. Er hat nach diesem Grundsatz sicher sehr oft gehandelt.

Im Jahre 1894 erschien im Verlag von S. Fischer in Berlin eine Serie von Interviews über das Thema «Der Antisemitismus». Im Vorwort dieser von Herman Bahr herausgegebenen Schrift heisst es, dass diese Interviews vielleicht später einmal als ein ganz kuriozes Dokument über die Verfassung des Geistes um 1893 erscheinen. In der Tat ist es sehr interessant und lehrreich, diese Interviews heute wieder zu studieren.

So sagte zum Beispiel Professor Ernst Haeckel, er möge überhaupt nicht glauben, alle seine Anschauungen sträuben sich dagegen, dass eine so mächtige, lange und grosse Bewegung ohne gute Gründe möglich sein sollte. Mit den Phrasen von Unbildung und Roheit komme man da nicht aus, meinte er. Viele der Interviewten erklärten, dass man mit Argumenten und moralischer Entrüstung nicht gegen den Antisemitismus aufkommen könne, weil es sich dabei um ein ökonomisches und soziales

Problem handle, das nur durch entsprechende ökonomische und soziale Massnahmen gelöst werden könne.

Das grosse Problem aber war, dass die Anhänger des Antisemitismus nur für solche Lösungen zu haben waren, die ihrer traditionellen Lebensweise, ihren Standesvorurteilen usw. gerecht wurden. Dies aber war unmöglich, und daher war der Kampf gegen den Antisemitismus so hoffnungslos und wurde die antisemitische Bewegung von der einen zur anderen grossen Krise der Gesellschaft immer fanatischer, widerspruchsvoller und mystischer. Dementsprechend brachte sie natürlich auch immer merkwürdigere Repräsentanten hervor.

In den neunziger Jahren war einer der merkwürdigsten ein Rektor Ahlwardt, der zur Böckel-Richtung gehörte und von seinen Anhängern der «Rektor aller Deutschen» genannt wurde. Vielen war es vollkommen unbegreiflich, wie dieser Mann auf gewisse Schichten einen so starken Einfluss ausüben konnte. Aber August Bebel sagte 1893 in einem Interview sehr richtig: «Ahlwardt hat nur den Einfluss, weil er der Schicht von Leuten, die ihm anhängen, im Fühlen und Denken gleich ist.»

Bebel hat die Demagogie der Antisemiten stets scharf angegriffen, aber ebenso energisch bekämpfte er die Auffassung, dass der Antisemitismus nur ein Produkt von Agitatoren sei. In seinem Vortrag «Sozialdemokratie und Antisemitismus», den er 1893 auf dem Kölner Parteitag der SPD. hielt, sagte er, den Antisemitismus mit solchen Urteilen abfertigen zu wollen, würde auf demselben Niveau stehen, auf dem Jahrzehnte hindurch die meisten Gegner der Sozialdemokratie gestanden haben. Nach dem Protokoll ertönten an dieser Stelle Zurufe: Sehr richtig! Damals, so fuhr Bebel fort, hiess es auch: Die Sozialdemokratie ist nur ein Produkt der agitatorischen Tätigkeit gewisser Leute.

Ahlwardt hatte in Friedeberg-Arnswalde, einem alten Machtgebiet der Konservativen, mit 6903 Stimmen, die er – wie Frank hervorhebt – «zum grössten Teil den Konservativen abgenommen hatte» – gegen 2876 den konservativen Kandidaten aus dem Felde geschlagen. Auf dem Tivoli-Parteitag waren die Sympathien für Ahlwardt sehr gross, obwohl er ein Führer der selbständigen Antisemitenbewegung war. «Als der Kammerherr von Blumenthal für den Zusatz sprach und erklärte: man könne nicht konservativ sein und einen Ahlwardt wählen, wurde er durch stürmische Oho- und Schluss-Rufe unterbrochen, und aus dem einsetzenden Tumult

erklang der Ruf: Hoch Ahlwardt!», schreibt Frank. Und als ein Rechtsanwalt sich erhob, um kurz und bündig zu erklären: «Ich halte mich für ebenso konservativ wie der Vorredner und habe Ahlwardt gewählt. Weiter habe ich Ihnen nichts zu sagen!» –, da stimmte ihm der Parteitag durch minutenlangen Beifall zu!

Ein Mann, der in jedem Prozess der Verleumdung überführt wird – und durch jeden Prozess wächst nur seine Macht und der Eifer seiner Partei. Ein Redner? Keine Spur. Er faselt ganz leer und wirr tausend läppische Dinge durcheinander. Man weiss gar nicht, was er will. Alle Vernunft ist dagegen wehrlos und ohne Hilfe. – So äusserte sich Theodor Barth im Jahre 1893 über Ahlwardt. Er tat dies in einem Interview mit Herman Bahr, in dem er ferner sagte: es werde einem alles verleidet, und mancher ehrliche Freund der Freiheit klagt schon das allgemeine Wahlrecht an. Wenn einer ohne Gewissen nur den niedrigsten Instinkten dient – das sind die einzigen Leute, die jetzt mit der Politik zufrieden sind.

Herman Bahr meinte: Sie sehen ein wenig schwarz. Jedoch der Führer der Freisinnigen erwiderte darauf: Wir haben auch alle Ursache dazu, und dann sprach er die folgenden Worte:

«Die Zukunft ist, wohin wir immer blicken, trübe, und es gibt nur eine einzige Hoffnung, das sind die Arbeiter, das ist der Sozialismus. Im Kampf gegen den Antisemitismus hat sich der Sozialismus zuerst als ein Faktor der deutschen Kultur gezeigt, indem er allen Verlockungen widerstanden und treu bei uns ausgeharrt hat. Und auf den Sozialismus muss man sehen, wenn man wieder ein wenig Vertrauen und Zuversicht gewinnen will. Die Sozialisten sind die verlässlichsten Hüter der Freiheit, die ehrlichsten Diener einer gesunden Entwicklung.»

Wer Gründen und Argumenten zugänglich ist, der kann ja überhaupt kein Antisemit sein, sagte der deutsche Historiker Theodor Mommsen damals sehr richtig. Mommsen äusserte gleichzeitig die optimistische Auffassung, dass sich die antisemitische Pest ja doch einmal erschöpfen müsse, denn über Ahlwardt hinaus könne sie doch nicht mehr steigen. Jedoch August Bebel, der mit Hilfe seiner soziologischen Betrachtungsweise viel tiefer als Mommsen und andere in das Problem des Antisemitismus eindrang, sagte 1893 in seinem bereits genannten Vortrag auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Köln: «Je schwieriger nun der Existenzkampf für die erwähnten Schichten wird, je mehr sie fühlen,

dass sie dem Untergang entgegenzueilen, umso mehr wird innerhalb dieser Schichten die antisemitische Bewegung zunehmen. Darüber täuschen wir uns nicht.»

Dagegen sei vorläufig leider nicht viel zu machen, aber die Handwerker, die Bauern, die kleinbürgerlichen Intellektuellen usw. werden einmal erkennen müssen, dass der Antisemitismus ihnen nicht helfen kann, und dann kommen wir an die Reihe, sagt Bebel. Wie dieser grosse Sohn einer aufsteigenden Klasse, so bekämpfte die ganze deutsche Arbeiterbewegung den Antisemitismus nicht nur darum, weil er barbarisch und ungerecht gegen die Juden war, sondern auch, weil es sich dabei um eine völlige Verkennung der menschlichen Gesellschaft, ihres Entwicklungsganges und ihrer Probleme handelte.

Das war damals und das war auch später die Einstellung der deutschen Arbeiterbewegung zum Antisemitismus. Wir bekämpfen nicht bloss die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, «richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse», verkündete die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Erfurter Programm vom Jahre 1891. Aber es war keineswegs nur die sozialistische Arbeiterbewegung, die den Antisemitismus und den Rassenwahn zurückwies. Viele andere taten dies auch.

Es muss dies umso entschiedener betont werden, als es gerade gegenwärtig eine schlechte Mode ist, nur die eine, gerade aktuelle Seite der Sache zu sehen. Je mehr die Menschen die Tendenzen, die in einer ganz bestimmten Situation und unter ganz bestimmten Voraussetzungen dominieren konnten, bis dahin übersehen und unterschätzt hatten, desto grösser ist nach dem Triumph dieser Tendenzen natürlich ihre Überraschung. Aber desto leichter werden sie dann, sobald sie über das Vorhandensein dieser und jener Tendenzen in früheren Zeiten etwas erfahren, geneigt sein, den Triumph dieser Tendenzen im Grunde als eine ganz normale Sache anzusehen und die Bedeutung, die diese Tendenzen früher hatten, masslos zu überschätzen.

Das ist psychologisch ganz begreiflich, und bekanntlich praktizieren auch viele Historiker diese Methode. Aber auf diese Weise wird man den Ereignissen nicht gerecht, kann man den Pulsschlag der Menschheit nicht spüren und kann man aus der Geschichte nichts lernen. Dazu ist notwendig, dass man – frei von allen Affekten – stets die Mannigfaltig-

keit und das Antagonistische der Entwicklung im Auge behält und sich gleichzeitig den Sinn für die Proportionen bewahrt.

Die zitierten Worte August Bebels, dass die antisemitische Bewegung der Mittelschichten im selben Masse wachsen wird, wie die Schwierigkeiten der betreffenden Schichten zunehmen, haben sich als prophetisch erwiesen. Sie bedeuten jedoch keineswegs, dass der ehemalige Führer der deutschen Sozialdemokratie mit der Möglichkeit gerechnet hatte, der Antisemitismus könne einmal die totale Macht in die Hände bekommen. Nein, Bebel war ein viel zu grosser Fortschrittsoptimist, als dass er solche Perspektiven machen konnte. Ausserdem hielt er den Triumph des Antisemitismus deshalb für unmöglich, weil er sehr richtig sah, dass die Antisemiten, wenn sie ihre reaktionären Utopien verwirklichen wollten, nicht nur das jüdische, sondern das gesamte Kapital in Fesseln schlagen müssten. Für Bebel aber war es genauso wie für viele andere eine Selbstverständlichkeit, dass die Kapitalisten sich so etwas nicht gefallen lassen würden.

Im Übrigen sah Bebel natürlich auch, dass der Antisemitismus trotz allem nur einen relativ kleinen Teil der deutschen Bevölkerung erfasste, und aus all diesen Gründen sagte er im Jahre 1906: «Tröstlich ist, dass er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen massgebenden Einfluss auf das staatliche und soziale Leben auszuüben.»

In den neunziger Jahren, wo der Antisemitismus einen so grossen Aufschwung genommen hatte, traten im Kampf gegen die Wirtschafts- und Handelspolitik Caprivi's auch die autarkistischen Tendenzen immer stärker hervor, und wie nach 1918 ertönte damals aus dem konservativen Lager Deutschlands der Ruf: «Gegen dieses System werden wir kämpfen bis zum letzten Atemzug.» Georg von Siemens, Direktor der Deutschen Bank, hatte im Februar 1892 in einer Reichstagsrede sehr richtig gesagt: «Derjenige, der über die billigsten Arbeitsgelegenheiten, über die billigsten Arbeitsmethoden, über die besten Arbeitsmittel gebietet, der gewinnt den Sieg in der internationalen Konkurrenz. Darum handelt es sich.» Aber die Anpassung der Landwirtschaft an die Gesetze der internationalen Konkurrenz war gerade in Deutschland ein sehr heikles Problem, und daraus ergaben sich allmählich immer grössere Spannungen.

Sie waren jedoch nicht nur ökonomisch, sondern auch machtpolitisch bedingt. Ich verstehe, so sagte Georg von Siemens 1893 im Reichstag, dass die Konservative Partei es schwer empfindet, wenn neue Kräfte auf-

tauchen, die statt ihrer gegenwärtig die Lasten des Staates und der Kultur auf sich nehmen und damit die Partei des Grossgrundbesitzers und des Militärdienstes im Grossen und Ganzen überflüssig machen. Der Direktor der Deutschen Bank wird es deshalb auch verstanden haben, dass – seine feierlichen Worte über den auf der industriellen Entwicklung beruhenden Fortschritt der Menschheit nicht die Herzen der konservativen Abgeordneten zu erwärmen vermochten.

Aber nicht nur die Grossgrundbesitzer, sondern auch sehr breite Massen des Bauerntums dachten über diese Dinge anders als Georg von Siemens, die Liberalen und die Sozialdemokraten. Das bewies unter anderem das Echo, das der schlesische Gutspächter Ruprecht fand, als er im Jahre 1892 in der fast unbekanntenen Fachzeitschrift «Landwirtschaftliche Tierzucht» einen Aufruf erliess, in dem er zur Bildung einer einheitlichen agrarischen Front und zum Kampf gegen die Regierung aufforderte.

«Wir müssen zeigen, dass wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, und entschlossen sind, sie unsere Macht fühlen zu lassen. . . Wir müssen aufhören zu klagen, wir müssen schreien . . . Wir müssen schreien, dass es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, dass es in die Parlamentssäle und Ministerien dringt, wir müssen schreien, dass es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird! Aber wir müssen, damit unser Geschrei nicht wieder unbeachtet verhallt, gleichzeitig handeln . . . Darum müssen wir aufhören, liberal, ultramontan oder konservativ zu sein und zu wählen, vielmehr müssen wir uns zu einer einzigen grossen agrarischen Partei zusammenschliessen und dadurch mehr Einfluss auf die Parlamente und Gesetzgebung zu gewinnen suchen . . . Wir müssen Interessenpolitik treiben . . . Denn nur dadurch, dass wir rücksichtslose und ungeschminkte Interessenpolitik treiben, kann vielleicht die Existenz der heutigen Landwirte gerettet werden.»

Der schlesische Gutspächter Ruprecht war ein ganz bedeutungsloser Mann, der weder vor noch nach seinem Aufruf eine politische Rolle spielte. Aber sein Aufruf kam einem Bedürfnis entgegen, das in weiten Kreisen der Landwirtschaft empfunden wurde, und war daher der äussere Anlass dafür, dass am 18. Februar 1893 in Berlin der «Bund der Landwirte» gegründet wurde.

Durch diese kompakte und sehr kämpferische Organisation, die ihrem Wesen nach eine Allianz zwischen den Junkern und breiten Schichten

von Gross- und Kleinbauern war, konnte die Konservative Partei ihre Massenbasis bedeutend erweitern und stabilisieren. Schon im ersten Jahre seines Bestehens zählte der Bund der Landwirte nahezu 200'000 Mitglieder, rund zehnmal soviel, wie es Grossgrundbesitzer gab. Von seiner Geburtsstunde an war der Bund der Landwirte antiliberal, autarkistisch, arbeiterfeindlich und zum grossen Teil auch antisemitisch.

Der Bund der Landwirte, den seine liberalen Gegner schon damals den Bund der Sonderinteressen nannten, lehnte sich natürlich energisch gegen die Politik Caprivis auf. Vor allem suchte er den damals zu Debatte stehenden industriestaatlich orientierten Handelsvertrag mit Russland zu verhindern. Den Junkern gefiel das russische Staatssystem, aber wie russefeindlich sie nun wegen der Wirtschaftspolitik waren, geht auch aus einem Ausspruch des Kaisers hervor, der anfangs 1894 sagte: «Ich habe keine Lust, wegen hundert dummer Junker mit Russland Krieg zu führen.»

Wie die Kleinhändler sich im Kampf gegen die Warenhäuser des Argumentes bedienten, dass bei den Warenhäusern die «Feuergefahr» so gross sei, so wiesen die Agrarier in ihrem Kampf gegen die russische und andere ausländische Konkurrenz warnend auf die «Seuchengefahr» hin. Sehr bemerkenswert ist, dass der Bund der Landwirte sich zum Fürsprecher eines speziellen deutschen Rechtes machte, «damit den Interessen von Grundbesitz und Landwirtschaft besser als bisher genügt wird», wie man sehr freimütig zugab. Unter diesem Gesichtspunkt kritisierten die Agrarier auch die Goldwährung und kämpften sie für die Verstaatlichung der Reichsbank sowie für schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktenbörse.

Von der Schärfe der damaligen Gegensätze macht man sich im Allgemeinen gar keine richtigen Vorstellungen. Nach seinem Sturz schrieb Caprivi in einem Brief: «Bedenklich ist auch die Rückwirkung der agrarischen Hetze auf unser Offizierskorps, das in erheblichen und einflussreichen Teilen mit dieser Bewegung zusammenhängt.» In Bezug auf die Agrarier, so schrieb Caprivi im selben Brief, «sehe ich schwarz und scheint mir eine Revolution auf agrarischer Basis nicht unmöglich und für den Augenblick gefährlicher als eine sozialdemokratische».

Was die Agrarier anstrebten, war die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik, die Bismarck seit seiner reaktionären Wendung betrieben hatte. Jedoch wollten sie nun viel einseitiger und konsequenter in diesem Sinne

handeln. Das war vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen verständlich, aber wie sollte unter diesen Umständen die wachsende deutsche Bevölkerung ernährt werden? Ein rationaler Warenaustausch war mit einer solchen Wirtschaftspolitik praktisch unvereinbar, denn der erforderte ständige Anpassung an die Weltwirtschaft, und gerade das war für die Agrarier sowie andere Interessengruppen untragbar. Andererseits wollten sie aber auch keinen Menschenexport.

Darum kam nun in reaktionären Kreisen ein für die zivilisierte Welt ganz neuer äusserst primitiver Expansionsgedanke auf, nämlich das deutsche Wirtschaftsterritorium nicht nur durch den Erwerb von überseeischen Besitzungen, sondern auch durch Eroberungen auf dem europäischen Festland zu erweitern. Die Ideologen dieser neuen Strömung behaupteten, Deutschland sei zu klein und müsse daher von anderen Ländern Landgebiete abtrennen, um leben zu können. Besonders waren die Blicke dabei auf Russland gerichtet.

Zwar tauchten solche Ideen zunächst nur ganz sporadisch auf und wurden von der öffentlichen Meinung kaum bemerkt, aber auf jeden Fall traten sie damals ins Leben. Ihre Träger waren fast ausnahmslos reaktionäre Politiker, die dem Alldeutschen Verbände angehörten oder sich Alldeutsche nannten, ohne Mitglieder dieser Organisation zu sein. «Man kann bis auf das Jahr 1892 und weiter zurückgehen, wenn man eine Beispielsammlung für die ‚grosszügig‘ nach Macht- und vor allem Ländererweiterung verlangenden alldeutschen Stimmen anlegen will. Von da an häufen sie sich in der verbandsamtlich anerkannten wie in der ‚wilden‘ alldeutschen Literatur», stellen Hobohm und Rohrbach in ihrer 1919 erschienenen Arbeit «Die Alldeutschen» fest.

Einer der bedeutendsten Ideologen der Landeroberungspolitik war Karl Jentsch, den man als den «Propheten des Dranges nach dem Osten» bezeichnet hat. In seinem 1893 erschienenen Buch «Weder Kommunismus noch Kapitalismus» trat er offen für einen grossen Eroberungskrieg gegen Russland ein, um Deutschland dadurch von dem Zwang zur Industrialisierung und zur Weltwirtschaft zu befreien.

Der Drang nach dem Osten entstand wie der Antisemitismus in verschiedenen Köpfen gleichzeitig, eventuell sogar vollkommen unabhängig voneinander. Wer Deutschland aus der Weltwirtschaft herausreissen, die Industrialisierung aufhalten oder gar reagrarisieren wollte und – dar-

auf kommt es an! – im Rahmen dieser seiner utopischen Bestrebungen realistisch sowie konsequent war – der musste auch auf den Gedanken kommen, von seinem Nachbarn Land zu rauben. Noch heute gibt es deutsche Autarkiepolitiker, die in der Illusion leben, es könne eine Autarkiepolitik *ohne* eine solche territoriale Expansionspolitik geben. Aber das sind noch viel grössere Phantasten und Utopisten als diejenigen, die zwecks Verwirklichung ihrer autarkistischen Träume Eroberungen anstreben, die sich einfach nicht realisieren lassen.

Damit soll jedoch keineswegs gesagt sein, dass die Eroberungsbestrebungen der entsprechenden Kreise *alle* und *nur* die unausweichliche Konsequenz der wirtschaftlichen Zielsetzungen dieser Kreise sind. Nein, sehr vieles davon ist Machtrausch, Prestige usw. Vor allem aber muss man berücksichtigen, dass Menschen, die durch das Heraufsteigen neuer gesellschaftlicher Kräfte, neuer Lebensformen und neuer Ideale ihre Welt einstürzen sehen, leicht desperat werden können. Manches ist überhaupt nur so zu verstehen.

Aber all dies ändert nichts daran, dass hinter dem sogenannten Lebensraumimperialismus auch ein objektiver Zwang steht und er in einem Lande wie Deutschland in der einen oder anderen Form, nach der einen oder anderen Richtung hin und in mehr oder weniger grossem Stil unausweichlich ist, sobald man die Brücken zur Weltwirtschaft sprengt und die Voraussetzungen für den rationalen Warenexport zerstört. Und eben darin liegt die entscheidende Ursache dafür, dass die Ideen von Jentsch und den Alldeutschen in ganz bestimmten Schichten Deutschlands allmählich immer grössere Bedeutung erlangten.

Es ist ganz gewiss kein Zufall, dass *alle* Vorkämpfer des Dranges nach dem Osten leidenschaftliche Gegner der internationalen Arbeitsteilung, der freien Weltwirtschaft und des rationalen Warenexportes waren. Es gab dabei zwar Unterschiede, aber alle diese Ideologen drängten prinzipiell in dieselbe Richtung.

Jentsch ging vielleicht in mancher Hinsicht am weitesten. «Geht es nicht mehr vorwärts, so bleibt nichts übrig, als den Wagen zurückzuschieben und die Menschen wieder in einfache, natürliche Verhältnisse zu versetzen», schrieb er, ähnlich wie vor ihm die «Kreuzzeitung». Wenn durch dieses Experiment «die Produktion bis zur Vernichtung einiger Exportindustrien verteuert wird, so würde darin ein starker Antrieb liegen,

die Radikalkur möglichst zu beschleunigen», meinte Jentsch. Und weiter: «Die Geschäftsleute werden bei verschiedenen Massnahmen schreien, das Geschäft gehe zugrunde, der Rechtsstaat ebenso, das Faustrecht kehre wieder», aber das müsse man in Kauf nehmen. Jedoch die absolut notwendige Voraussetzung für eine solche Umkehr ist, dass «wir den Zug unserer Altvorderen nach dem Osten wieder beleben». Nur durch Landerwerbungen im Osten könne Deutschland, «das einem Amputierten gleicht, allenfalls ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet bilden».

Russland, so erklärte Jentsch, dies durch Sperrdruck besonders unterstreichend, sei nichts anderes als unser natürliches Kolonisationsgebiet. Der Prophet des Dranges nach dem Osten behauptete, dass sein Programm auch im Interesse anderer Völker liege. Er gab daher seinem Buch den Untertitel: «Ein Vorschlag zur Lösung der europäischen Frage.» Überzeugt davon, das Patentrezept zu besitzen, stellte er der deutschen Diplomatie die Aufgabe, «alle Staaten West- und Mitteleuropas zu einem gemeinsamen Unternehmen gegen Russland zu vereinen». Wie die Dinge damals lagen, bezweifelte er jedoch mit vollem Recht, dass sich die deutsche Diplomatie für die Entfesselung eines solchen Kreuzzuges mobilisieren lasse. Neue Männer, so meinte Jentsch, werden notwendig sein, um diese grosse Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Wer das Buch von Jentsch damals unkritisch gelesen hat, musste den Eindruck gewinnen, als ob Deutschland unmittelbar vor dem Hungertode stünde. Der Verfasser behauptete mit absoluter Sicherheit, dass es für die Deutschen kein anderes Rettungsmittel gäbe, «als entweder Verminderung der Bevölkerung oder Sprengung des Höllentrichters, das heisst Vergrösserung des Landes». Aber Deutschland wurde damals räumlich nicht vergrössert und seine Bevölkerung wurde nicht vermindert, sondern umgekehrt, von Jahr zu Jahr zahlreicher. Und doch brauchte niemand mehr aus wirtschaftlichen Gründen die Heimat zu verlassen. Zudem stieg der Lebensstandard ununterbrochen; die Menschen konnten sich immer besser ernähren, kleiden und entwickeln.

Des Rätsels Lösung liegt darin, dass der Lebensraum eines Volkes in unserem Zeitalter eben nicht mehr identisch ist mit seinen geographischen und politischen Grenzen. Durch den Industrialismus und die intensive Weltwirtschaft sind die Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Völker zu hoher Blüte emporsteigen können, ohne sich gegenseitig ihren Boden zu entreissen.

Im selben Jahre, in dem das erwähnte Buch von Karl Jentsch erschien, sehnte der Alldeutsche Kurd von Strantz den Ausbruch eines Krieges mit Deutschlands West- und Ostnachbarn herbei. Russland sollten in diesem Kriege unter anderem die baltischen Provinzen entrissen werden. Kurd von Strantz, der Regierungsrat sowie Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes war, konnte in seinem 1918 erschienenen Buch «Unser völkisches Kriegsziel» mit Recht schreiben: «In Wort und Schrift habe ich für diesen Rachekrieg gefochten.» Es kennzeichnet die geistige Beschaffenheit dieser reaktionären Katastrophenpolitiker, dass sie auf solche Tage stolz waren und in der sinnlosesten Weise von «Rachekrieg» sprachen.

Schon in den neunziger Jahren gehörten viele Alldeutsche zu denen, die ein neues Spezialgesetz gegen die Sozialdemokratie forderten. In konservativen Publikationen wurde von «Internierung an einem bestimmten Ort» gesprochen, und da haben wir im Kern schon die Idee der Konzentrationslager. Caprivi war sich ebenfalls darüber im Klaren, dass ein neuer Feldzug gegen die Sozialisten mit schwereren Geschützen geführt werden müsste als von 1878 bis 1890. «Wird jetzt ein solches Spezialgesetz gemacht, so muss es schärfer sein», schrieb er an den freikonservativen Scharfmacher der Schwerindustrie, Freiherr von Stumm, den Herren des Saarreviers. Auch müsste man die Möglichkeit haben, die gefährlichen Elemente schon *vor* der Tat unschädlich zu machen, meinte Caprivi sehr richtig. Aber dieser General hatte zu solcherlei Experimenten keine Neigung.

Andererseits war er jedoch weder entschlossen noch auf Grund der realen Machtverhältnisse in der Lage, seine allgemeine Politik mit seiner liberalen Wirtschaftspolitik in Übereinstimmung zu bringen. Im Gegenteil, selbst auf wirtschaftlichem Gebiet musste er ständig Konzessionen an die Front seiner Gegner machen, die an der Bürokratie und der Armee einen starken Rückhalt hatten und die auch das Ohr des Kaisers zu erreichen wussten. In einem liberalen Aufruf zu den Reichstagswahlen von 1893 hiess es:

«Schroff in der Abweisung volkstümlicher Reformen, erweist sich die Regierung schwach gegenüber den Plänen des Rückschrittes. Das Recht der Freizügigkeit, die Solidität der deutschen Währung, die Erweiterung des Absatzes im Auslande durch Handelsverträge sind bedroht. Der Bund der Sonderbestrebungen fordert Preisgabe allgemeiner Interessen und

stärkt jene rückläufige Bewegung, welche das schwer errungene Gefühl staatsbürgerlicher Gemeinschaft in den Gegensatz der Berufsstände aufzulösen erstrebt. Die Sucht, alle sozialen und wirtschaftlichen Übelstände durch Straf- und Polizeigesetze zu heilen, droht neue Auswüchse zu zeitigen. Wird solchen Bestrebungen nachgegeben, so treibt die Furcht vor der unaufhaltsam wachsenden Unzufriedenheit alsbald wieder zum Erlass von Ausnahmegesetzen, zur Verkümmern der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts. Schon wird im reaktionären Lager die Abschaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, dieses Grundpfeilers unserer Reichsverfassung, mit dreister Stimme gefordert. Deutschland steht an einem Wendepunkt seiner inneren Entwicklung, und die deutschen Wähler haben zu entscheiden, ob es im Vaterlande vorwärtsgehen soll oder rückwärts. Der Kampf wird kein leichter sein.»

Nein, er war nicht leicht! Das zeigte auch der Ausgang der Reichstagswahlen, die – wie an anderer Stelle schon gesagt wurde – mit einer grossen Schwächung des Liberalismus, einem grossen Stimmgewinn der Konservativen und einem prozentual noch grösseren der Antisemiten endeten.

Andererseits ging jedoch der Vormarsch der Sozialdemokratie unaufhaltsam weiter. Sie gewann bei den Wahlen von 1893 360'000 Stimmen. Das war gegenüber 1890 eine Steigerung von 25 Prozent. 1'787'000 oder 23 Prozent aller Wähler traten für die Sozialdemokratie ein. Mit einem noch grösseren Vorsprung als 1890 war sie die grösste Partei Deutschlands. Dem Zug nach rechts stand also ein Zug nach links gegenüber. Jedoch aus wahltechnischen Gründen stieg die Zahl der sozialdemokratischen Mandate nicht in selbener Masse wie die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen.

Durch eine entsprechende Zusammenarbeit mit anderen Parteien hätte dies anders sein können, aber dazu kam es erst später, als auf der einen Seite die Liberalen und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten realistischer geworden waren und begriffen hatten, dass sie im Kampf gegen die starken Kräfte der deutschen Reaktion aufeinander angewiesen waren. In den neunziger Jahren waren es auf beiden Seiten nur sehr wenige, die in klarer Erkenntnis der Lage Brücken zu bauen suchten.

August Bebel war in vieler Hinsicht ein nüchterner und realistischer Führer, aber die im sozialistischen Lager weitverbreitete Illusion von dem nahe bevorstehenden Sieg der Arbeiterklasse beherrschte auch ihn. Auf dem Erfurter Parteitag sagte er im Jahre 1891: «Die bürgerliche Ge-

sellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, dass wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.»

Dieser Optimismus war angesichts des Bankrotts der Bismarcksehen Gewaltpolitik, des stürmischen Vormarsches der Arbeiterbewegung und der ganzen Fortschrittsideologie der Sozialisten psychologisch verständlich, aber er ignorierte doch allzu kühn eine Reihe von elementaren Tatsachen. Und eine Folge dieser unbegründet optimistischen Perspektive war natürlich, dass man seine eigenen Kräfte überschätzte und sie daher nicht sinnvoll genug in die Waagschale der Entscheidungen werfen konnte.

Kluge Liberale hatten jedoch sehr richtig beobachtet, dass zwischen Ideologie und Praxis der Sozialdemokratie gewisse Unterschiede bestanden und dass der Sozialismus immer mehr in die Richtung des Reformismus tendierte. Zu diesen klugen Liberalen gehörte unter anderem auch Theodor Barth. Als dieser in seinem bereits erwähnten Interview mit Herman Bahr erklärt hatte, dass sich der Sozialismus im Kampf gegen den Antisemitismus zuerst als ein Faktor der deutschen Kultur gezeigt habe, dass man auf den Sozialismus schauen müsse, wenn man wieder ein wenig Vertrauen und Zuversicht gewinnen wolle, und dass die Sozialisten die verlässlichsten Hüter der Freiheit, die ehrlichsten Diener einer gesunden Entwicklung seien, da stellte Herman Bahr die Frage: «Na – ob nun gerade im Sinne der kapitalistischen Interessen?», worauf Theodor Barth antwortete:

«Ah, wegen der gewissen ökonomischen Utopien? Die treten doch immer mehr zurück und werden mit der Zeit ganz platonisch. Man verleugnet sie nicht, aber sie spielen doch praktisch gar keine Rolle. Sie sind jetzt nur noch wie ein frommer Glaube an ein besseres Leben nach dem Tode. Den kann man ihnen ja lassen. In allen politischen Fragen sind die Sozialdemokraten heute unsere natürlichen Bundesgenossen, und ich zweifle nicht, dass sie mit der Zeit noch manches abstreifen und sich in eine radikale Arbeiterpartei verwandeln werden, die mit uns Schulter an Schulter kämpft.»

Daran war vieles richtig, aber grossen Teilen des Bürgertums und besonders den Konservativen war dies keineswegs so sympathisch, wie

man glauben könnte. Denn eine realistische, radikale Arbeiterpartei, die vorsichtig das Terrain sondiert, kann ja für ihre Gegner unter Umständen ein noch viel grösseres Übel sein als eine doktrinär-revolutionäre Partei, die sich von anderen Gesichtspunkten leiten lässt. Besonders die altpreussische Herrenschicht ignorierte die von Theodor Barth in den Vordergrund gerückten Tendenzen und wies umso entschiedener auf die anderen hin, die sie natürlich in den schwärzesten Farben malte.

Dass diese Tendenzen zu einem grossen Teil das negative Spiegelbild des preussischen Staatssystems waren, das wurde von den Trägern und Verteidigern dieses Systems selbstverständlich verschwiegen oder – was noch wahrscheinlicher ist – überhaupt nicht begriffen. Umso mehr aber wurden sie von den entsprechenden Interessenten in den Dienst der Erhaltung dieses Staatssystems und der Abwehr absolut notwendiger sozialer wie politischer Reformen gestellt. Es ist bezeichnend, dass der Kaiser im Juni 1894 an seinen Kanzler schrieb: «Die augenblickliche ängstliche Stimmung der Bourgeoisie muss ausgenutzt, erhalten, beziehungsweise erhöht werden. Hierzu ist in geschickter Weise die Presse zu verwenden.»

Wie ein Kind, das Radieschen gesät hat, die jungen Pflanzen aus dem Boden zieht, um zu untersuchen, ob sich schon Wurzelknochen gebildet haben, so wollte der Kaiser die Wirkung seiner sozialpolitischen Massnahmen möglichst bald mit den Händen greifen, sagt Ziekursch sehr treffend. Und als es dann unzweifelhaft feststand, dass die Arbeiterfrage nur durch eine vollkommene Umgestaltung des Reiches gelöst werden könnte, da wurden wieder Staatsstreichpläne geschmiedet, und da griff Wilhelm II. auf Bismarcks Vorschläge vom Frühjahr 1890 zurück. Es war ein Akt von symbolischer Bedeutung, dass der Kaiser sich nun auch wieder mit dem Reichsgründer versöhnte.

ZWEITER TEIL

ACHTES KAPITEL

Das verhängnisvolle Kompromiss

«Ich bin ein Mitglied der bürgerlichen Klassen, fühle mich als solches und bin erzogen in ihren Anschauungen und Idealen, aber wenn ich mich frage, ob das Bürgertum Deutschlands heute reif ist, die politisch leitende Klasse der Nation zu sein, so vermag ich dies nicht zu bejahen», sagte Max Weber im Jahre 1895 in seiner akademischen Antrittsrede.

Er sah den Grund für die Unreife des deutschen Bürgertums in dessen unpolitischer Vergangenheit, darin, dass die politische Erziehungsarbeit eines Jahrhunderts sich nicht in einem Jahrzehnt nachholen lässt. Und als ein Forscher ganz grossen Formats, als ein Wahrheitssucher ohne Furcht, fuhr er fort: «Die ernste Frage für die Zukunft des Bürgertums ist jetzt, ob es nicht nunmehr zu spät ist, diese politische Erziehungsarbeit nachzuholen.» Nur allzu offenkundig sehnte sich ein Teil des Grossbürgertums nach dem Erscheinen eines neuen Cäsar, der es schirme, und ein anderer Teil sei längst versunken in jene politische Spiessbürgerei, aus welcher die breiten Schichten des Kleinbürgertums noch niemals erwacht sind.

Werden andere Klassen die Träger einer politisch grösseren Zukunft sein? fragte Max Weber. Selbstbewusst melde sich das moderne Proletariat als Erbe der bürgerlichen Ideale an. ökonomisch, so sagte er, sind die höchsten Schichten der deutschen Arbeiterklasse weit reifer, als der Egoismus der besitzenden Klassen zugeben möchte, und mit Recht forderte die deutsche Arbeiterklasse die Freiheit, auch in der Form des of-

fenen, organisierten, ökonomischen Machtkampfes ihre Interessen zu vertreten. Aber er hielt die Arbeiterschaft in politischer Hinsicht noch nicht für reif, um an die Stelle des Bürgertums treten zu können, und dieses Vakuum bezeichnete er als «das Drohende unserer Situation».

Zu so grossen und wahrhaft nationalen Gesichtspunkten vermochten sich jedoch nur vereinzelte deutsche Bürger emporzurufen. Gerade weil es sein Dilemma spürte, auf keine grossen politischen Traditionen zurückblicken konnte und aus all diesen Gründen kein echtes Selbstbewusstsein hatte, sah die überwiegende Mehrheit des Bürgertums das Drohende der Situation Deutschlands vielmehr als in allem anderen im Aufstieg der Arbeiterklasse.

Dem Bürgertum erschien die Arbeiterbewegung im Allgemeinen umso unheimlicher, als diese durch die feudalistisch-militaristische Spitze Deutschlands, den orthodoxen Protestantismus, den Klerikalismus, die Polizeiherrschaft, den lendenlahmen Liberalismus, das preussische Dreiklassenwahlrecht, den bis in die Sportvereine vordringenden Hurratriotismus und Antisemitismus des Mittelstandes ganz einfach gezwungen war, in sehr viel höherem Masse als die Arbeiterbewegung anderer Länder eigene Wege zu gehen, sich eigene Kampf-, Kultur-, Bildungs- und Sportorganisationen zu schaffen und ein ganz besonders ausgeprägtes Klassenbewusstsein zu entwickeln.

Dass die deutsche Arbeiterklasse dies tat, zeugt für ihre schöpferische Kraft, ihren Aufstiegswillen und ihren tiefen Glauben an eine bessere Zukunft. Aber dass sie es tun musste, ist insofern tragisch, als sich darin ja die Schärfe der sozialen, politischen und kulturellen Gegensätze Deutschlands spiegelte, die eine gesunde Entwicklung der deutschen Nation unmöglich machte. So betrachtet, ist vieles von dem, was an der deutschen Arbeiterbewegung als vorbildlich und progressiv empfunden wurde und es in gewissem Sinne auch war, Produkt und Ausdruck der partiellen deutschen Rückständigkeit. Diesen Zusammenhang darf nicht übersehen, wer sich die Frage zu beantworten sucht, wie die grosse, stolze deutsche Arbeiterbewegung im Jahre 1933 einen so furchtbaren und folgenschweren Rückschlag erleiden konnte.

Nicht unzutreffend sagte Ludwig Bamberger in seinem 1878 erschienenen Buch «Deutschland und der Sozialismus», Deutschland sei die «klassische Erde des Klassenkrieges» geworden, weil man es hier mit einem noch in vielen Klassen zerklüfteten Land zu tun habe. Bamberger klagte tief bewegt über den Zweifrontenkrieg, den einerseits die Reaktion

und andererseits der Sozialismus gegen das deutsche Bürgertum führten. Originale gebe es überall; aber ganze Gruppen von Aristokraten, Professoren, Bischöfen usw., die sich den Krieg gegen das Bürgertum zur Aufgabe machen; Landadelige, welche gegen das «Kapital» zu Felde ziehen, um ihrer Gutswirtschaft aufzuhelfen – dies gebe es nur in Deutschland, meinte Bamberger, der geistvolle nationalliberale Parlamentarier und Mitbegründer der Deutschen Bank.

In den Tagen Caprivis war dieser Krieg in mancher Hinsicht noch heftiger als zuvor, und auch nach dem Sturze Caprivis hatte er sich zunächst eher verschärft als gemildert.

Als Antwort auf den Bund der Landwirte wurde im Jahre 1895 der «Bund der Industriellen» gegründet. Seinem eigenen Programm nach wollte er der geschlossenen wirtschaftlichen Machtentfaltung der Landwirtschaft eine geschlossene Industrievertretung gegenüberstellen und für Aussenhandelsverträge kämpfen, «welche besser als die jetzt geltenden das Interesse der deutschen Ausfuhrindustrie wahren». Ausserdem erhob der Bund der Industriellen Anspruch auf gesetzliche Vertretung der Industrie im preussischen Herrenhaus und in den ersten Kammern anderer Bundesstaaten des Reiches. Auf sozialpolitischem Gebiet bezeichnete er das Verhandeln von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen grundsätzlich für zweckmässig, und auch der Abschluss von Tarifverträgen wurde von ihm im Gegensatz zu dem 1876 gegründeten Zentralverband deutscher Industrieller nicht prinzipiell abgelehnt.

Jedoch nicht in erster Linie dadurch unterschied sich der Bund der Industriellen vom Zentralverband. Der wichtigste Unterschied zwischen diesen beiden Unternehmer Organisationen bestand vielmehr darin, dass der Bund der Industriellen die Organisation der verarbeitenden Industrie war, deren Interessen in entscheidenden Fragen mit denen der im Zentralverband organisierten Industriegruppen kollidierten. Insbesondere konnte sich die verarbeitende Industrie nicht damit abfinden, dass die grossen Rohstoff- und Halbzeugfabrikanten der Schwerindustrie die Preise im eigenen Lande durch Zölle, straffe Organisation und gute Beziehungen zur Staatsmacht hochhielten, während sie dem Auslande sozusagen Geschenke machten.

Ein Export nach diesen Grundsätzen hatte nichts mit rationalem Warenaustausch zu tun. Er war volkswirtschaftlich wie weltwirtschaftlich

destruktiv und eine Quelle innerer wie äusserer Spannungen. Im Programm des Bundes der Industriellen heisst es, dass der Bund die Auswüchse der grossen Rohstoffsyndikate bekämpft, «denn die deutsche Industrie wird durch Verteuerung der Rohstoffe und durch die Ausfuhr von Syndikatsprodukten zu billigen Auslandspreisen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer geschädigt».

Der Bund der Industriellen entstand also nicht nur im Kampf gegen den Bund der Landwirte, sondern auch im Kampf gegen den Zentralverband. Er war ein Ausdruck tiefer Gegensätze im Lager des deutschen Kapitalismus, «und in der ganzen ferneren Entwicklung trat diese Gegnerschaft zwischen Zentralverband und Bund der Industriellen, wenn auch zeitweise überbrückt, zum grossen Nachteil der Industrie selbst, wieder und wieder hervor», konstatiert Dr. Leo Müffelmann in seiner Arbeit «Die wirtschaftlichen Verbände Deutschlands» (Leipzig 1912).

Diese Aufspaltung des deutschen Kapitalismus in zwei einander bekämpfende Machtgruppen, die im Grunde schon in den siebziger Jahren begann, nämlich mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik, ist im Prinzip auch für die Nachkriegszeit charakteristisch geblieben. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsche Geschichte der letzten Jahrzehnte. Man ist häufig geneigt, diese Gegensätze im Lager des Kapitalismus als zweitrangige Hausstreitigkeiten anzusehen, aber das ist nur zu einem Teil richtig. Nimmt man den Kern der Sache, so handelt es sich dabei um sehr wesentliche Konflikte. Professor Ludwig Bernhard, ein Ideologe der Schwerindustrie, sagt darüber in seiner 1928 erschienenen Arbeit über den Hugenbergkonzern:

«Diese Auseinandersetzungen sind nun praktisch-politisch von sehr erheblicher Bedeutung, denn der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also der Kampf um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung, wird entscheidend vorwärtsgebracht weniger durch das Zusammenprallen von Kapitalisten und Sozialisten als vielmehr durch den Kampf zwischen verschiedenen kapitalistischen Gruppen.»

Zwar hält jede dieser Gruppen grundsätzlich am Gedanken des Privateigentums fest, fährt Bernhard fort, aber jede sucht «gewissermassen die Güter der anderen preiszugeben, um ohne eigenen Schaden die Entwicklung weiterzuführen. Daher die Leidenschaft des Kampfes, daher die Hoffnungslosigkeit einer Verständigung».

Als dies geschrieben wurde, hatte die Schwerindustrie nicht mehr dasselbe politische Gewicht wie in jener Zeit, mit der wir uns hier jetzt beschäftigen. Nun waren die sogenannten neuen Industrien, die Elektroindustrie und die chemische Industrie, in den Vordergrund gerückt, und die letztere in einer solchen Masse, dass man im Hinblick auf die dominierende Stellung des Konzerns «I.G.-Farben» von «I.G.-Deutschland» sprach. Das war ein ganz anderer Kapitalismus als der Thyssens oder Kirdorfs, der Herren von Eisen und Kohle, und nicht zufällig lebte die chemische Industrie schon in ihrer Jugendzeit in ständiger Fehde mit dem Zentralverbände.

Sie hatte sich zwar seinerzeit dem Zentralverbände angeschlossen, weil sie zunächst noch des Schutzes durch Zölle bedurfte, aber wenn wir im dritten Kapitel sagten, Bismarcks Schutzzollpolitik hatte teilweise noch die Wirkung von Erziehungszöllen, so dachten wir dabei ganz besonders an die chemische Industrie. Dieser Neuling war entschlossen, sich so schnell wie möglich auf eigene Füße zu stellen, und auf Grund seines ganzen Wesens und seiner Entwicklungstendenzen geriet er mit den massgebenden Interessengruppen des Zentralverbandes in immer grössere Konflikte.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn man in der ziemlich detaillierten Geschichte dieses Verbandes, die sein langjähriger Geschäftsführer Axel Bueck veröffentlicht hat, recht viele Klagen über die «Quertreibereien» der Chemie findet, und der 1877 gegründete «Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der chemischen Industrie» schliesslich den Zentralverband verliess, um seine eigenen Wege zu gehen. In der Denkschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des erwähnten Vereins heisst es anklagend, dass die Wünsche und Anträge der chemischen Industrie überhaupt keine Beachtung fanden «oder direkt durch die aus Verbandsmitteln subventionierte Presse bekämpft wurden».

Der Bund der Industriellen, mit dem die chemische Industrie zusammenarbeitete, hatte sich die Aufgabe gestellt, «ati der Beseitigung des durch die starre Politik des Zentralverbandes hervorgerufenen tiefen Zerwürfnisses zwischen den führenden grossen Gruppen der Industrie zu arbeiten», aber diese Bemühungen blieben negativ.

Wenn auch für jede Industrie Stillstand Rückschritt bedeutet, so gilt dies doch in besonderem Masse für die Farbenindustrie, sagte ihr grosser Pionier Carl Duisberg im Jahre 1893. Aber nach der Auffassung der kon-

servativen Elemente, besonders der Agrarier, drehte sich das Rad des Fortschrittes schon viel zu schnell, musste es aufgehalten, ja zurückgedreht werden. Die Politik der Regierung, sagten und schrieben sie, sei die ausschliessliche Begünstigung des kapitalistischen Grossindustrialismus in allen Erwerbszweigen; sie sei nicht nur antimonarchistisch, sondern auch vaterlandsfeindlich.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang ein Vortrag, den Karl Oldenberg, ein führender Ideologe der Agrarkonservativen, 1897 auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Leipzig hielt und in dem die Gefahren des Industriestaates sowie der Exportwirtschaft in den schwärzesten Farben gemalt wurden. Dieser Vortrag, so sagte Max Weber in der Debatte, demonstrierte den ungeheuren Umschwung der wirtschaftspolitischen Anschauungen im Deutschland des letzten Vierteljahrhunderts.

Die These Oldenbergs, dass die industriestaatliche Entwicklung ein gewisses Risiko bedeutete, wurde von Max Weber nicht prinzipiell bestritten, aber er hob hervor, dass alle grossen Industrie- und Handels Völker ein gewisses Risiko auf ihre Schultern genommen haben und die Deutschen ganz einfach dazu gezwungen seien. «Wir werden von der geschichtlichen Entwicklung gar nicht danach gefragt, ob wir es wollen. Versuchen wir unser uns auferlegtes Schicksal abzulehnen, so wird etwas ganz anderes als die ländliche Idylle des Kollegen Oldenberg sich bei uns entwickeln», sagte Max Weber in wahrhaft prophetischer Weise.

Zu dem Versuch, im Sinne Oldenbergs zu experimentieren, reichten die Kräfte der Agrarier jedoch unter keinen Umständen aus, und darüber waren sich viele schon seit Langem im Klaren. Andererseits war das kapitalistische Bürgertum, gelähmt durch heftige Interessengegensätze, durch die Feindschaft bäuerlicher, kleinbürgerlicher und intellektueller Schichten, vor allem aber durch die Furcht vor der Arbeiterbewegung, nicht in der Lage, die Machtverhältnisse zu seinen Gunsten zu verändern. Darum bahnte sich nun von beiden Seiten her allmählich ein neues Kompromiss zwischen den alten Bundesgenossen an.

«Der ‚Bund der Landwirte‘ leitete in der Konservativen Partei dieselbe Entwicklung ein, welche in der Freikonservativen Partei durch Herrn von Stumm, in der Nationalliberalen Partei durch die Machtstellung des ‚Zentralverbandes deutscher Industrieller‘ unter Herrn von Bueck gekennzeichnet wurde. Die herrschenden Klassen, Junkertum

und Bourgeoisie, fanden sich in einer Politik des Wirtschafts- und Klasseninteresses und der Ablehnung der Sozialreform.»

Soweit es die Bourgeoisie betrifft, bedarf zwar der zweite Satz einer gewissen Modifizierung, aber das Interessanteste an diesem Zitat besteht darin, dass es von Dr. Walter Frank stammt. Dieser nationalsozialistische Historiker widerlegt praktisch auf jeder Seite seines Stöcker-Buches die nationalsozialistische Phrase, der Klassenkampf sei eine Erfindung des Juden Karl Marx. Das ist nicht nur amüsan, sondern auch sehr lehrreich, weil es zeigt, wie gefährlich es für einen Nationalsozialisten ist, sich ernsthaft mit historischen und soziologischen Tatsachen zu beschäftigen, und zugleich erklärt, weshalb die Nationalsozialisten das so wenig tun. Wie der Nebel nicht die Sonne, so erträgt der Mythos den kritisch fragenden Menschen nicht.

Die Ablehnung der Sozialreform durch die erwähnte Interessenallianz war generell. Sie galt daher auch der konservativen Sozialreform Stöckers, und nicht zuletzt aus diesem Grunde kam es nun zum Bruch zwischen den Junkern und ihrem langjährigen Volkstribun. Die tiefere Ursache für diesen Bruch lag jedoch in der vollkommen utopischen Politik, die der christlich-soziale Agitator befürwortete. Sein Grundgedanke war – ähnlich wie früher der von Marlo-Winkelblech –, dass sich die konservativ-kirchliche Aristokratie des Ostens mit den Massen der «kleinen Leute» gegen die liberal-kapitalistischen Mächte verbinden müsse.

In der Caprivi-Ära schien diese Idee in Erfüllung zu gehen. Aber wenn die Massenbasis der aristokratischen Konservativen nun auch viel breiter war als in den siebziger Jahren, so kamen doch die Agrarier jetzt ebensowenig wie damals ohne das Paktieren mit einem Teil der Grossindustrie und des Grossbürgertums aus. Stöckers politischer Grundgedanke liess sich ja nicht einmal 1932/33 verwirklichen, wo die überwiegende Mehrheit der Bauern und Kleinbürger zur grossen Revolte gegen die «liberal-kapitalistischen Mächte» aufmarschierte und der Kern der konservativ-kirchlichen Aristokratie des Ostens trotz aller Hemmungen in derselben Front stand, weil ein Kompromiss und eine Politik im Stile der Jahrhundertwende jetzt aus tiefen ökonomischen und soziologischen Gründen nicht mehr möglich war.

Selbst die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hätten das Steuer der deutschen Politik nicht ohne die Mithilfe gewisser kapitalisti-

scher Interessengruppen herumwerfen können – Interessengruppen, die Stöcker trotz ihres reaktionären Charakters zu den «liberal-kapitalistischen Mächten» gezählt hatte. Um die Jahrhundertwende aber, wo die Massen der «kleinen Leute», verglichen mit der Nachkriegszeit, erst zu einem relativ kleinen Teil als fanatische Gegner der «liberal-kapitalistischen Mächte» in Bewegung geraten waren, gab es für die Agrarier überhaupt keine andere Möglichkeit, als mit diesen liberal-kapitalistischen Mächten zu paktieren. Die Agrarier mussten zufrieden sein, dass das in den siebziger Jahren entstandene, aber inzwischen ins Wanken geratene Interessenbündnis neu ausbalanciert und stabilisiert werden konnte.

Von der bereits geschilderten allgemeinen politisch-sozialen Situation abgesehen, wurde das neue Kompromiss, in dieser Form das letzte, das sich zwischen diesen beiden Welten schliessen liess, vor allem noch durch folgende Faktoren ermöglicht:

Erstens hatten damals noch die gut organisierten Herren von Kohle und Eisen (Kirdorf, Stumm usw.) das absolute Übergewicht über die Chemie, die Elektroindustrie und andere Industriegruppen, die in vieler Hinsicht progressiver, aber infolge ihrer ganzen Struktur nicht so leicht organisierbar waren wie die anderen und auch aus diesem Grunde eine ungünstigere Position hatten. Zweitens waren die Forderungen der Landwirtschaft damals noch nicht annähernd so weitgehend wie später, besonders in der grossen Krise der Nachkriegszeit. Und drittens herrschte seit 1895 eine wirtschaftliche Hochkonjunktur von internationalem Charakter, die die Politik des Ausgleichs zwischen den agrarischen und den industriellen Interessen erheblich erleichterte.

Die Kenntnis der Faktoren, die das Kompromiss damals noch einmal ermöglichten, hilft uns zugleich erkennen, weshalb im Januar 1933 in der schroffsten Weise alle Brücken zwischen den Agrariern auf der einen und der Regierung Schleicher sowie der Industrie auf der anderen Seite abgebrochen wurden, weshalb jetzt nur noch ein ziemlich kleiner Teil der Grossindustrie in einer Front mit den Agrariern stand und weshalb die Agrarier im Bunde mit den Nationalsozialisten ins Dritte Reich hineintaumelten.

Was die aristokratischen Konservativen der neunziger Jahre betrifft, so war ihnen die Erneuerung des alten Bündnisses mit der Grossindustrie trotz allem auch darum das Sympathischste, weil sie dadurch keine so grosse Rücksicht mehr auf den plebejischen Konservatismus zu nehmen brauchten. Der plebejische Konservatismus war ihnen zwar in den

stürmischen Tagen Caprivi sehr willkommen, aber er war ihnen in diesen Tagen zugleich auch zu eigenwillig, zu selbstbewusst und insofern ziemlich unbequem geworden.

Wenn der Antisemitismus, so sagte zum Beispiel Graf Mirbach-Sorquitten am 12. März 1893, sich damit begnügen würde, die Wahlkreise in Angriff zu nehmen, die in den Händen der «Judenschutztruppe» seien – und damit meinte der Graf natürlich die Sozialdemokraten und die Freisinnigen –, so wäre das ja sehr verdienstvoll. Aber er als «östlicher Agrarier» sehe eine Gefahr darin, wenn sich die Antisemiten um gewisse andere Gebiete und Probleme kümmern. Das war vor allem auf die Christlich-Sozialen gemünzt, die mit ihren sozialpolitischen Ideen auch die Landarbeiter beglücken wollten, um sie nicht in die Hände der Sozialdemokratie geraten zu lassen. Aber in solchen Bestrebungen sah der Graf die Gefahr, dass sich die antisemitische Strömung «gegen den Besitz als solchen richte und zu einer Spielart der Sozialdemokratie herabsinke».

Mit diesen Sorgen stand Herr Mirbach-Sorquitten keineswegs allein da. Es waren vielmehr die Sorgen dieser ganzen Schicht. Darüber hinaus aber auch vieler Bauern, die fremde Arbeitskräfte beschäftigten und sich mit dem Grossgrundbesitz nicht nur in dieser Hinsicht solidarisch fühlten. Wie andere, so traten auch die von Graf Mirbach-Sorquitten geäusserten Sorgen zurück, solange die aristokratischen Konservativen grössere Sorgen hatten. Nun aber, wo sich das neue Kompromiss mit den erwähnten Teilen des Bürgertums und der Industrie anbahnte, konnten es sich die aristokratischen Konservativen wieder leisten, den unbequemen Teil ihrer plebejischen Gefolgschaft in die Schranken zu verweisen. Und nun waren die Herren dem «Volk» gegenüber nicht mehr so «tolerant» wie auf dem Tivoli-Parteitag.

Sie suchten natürlich zu halten, was zu halten war, aber sie gaben deutlich zu verstehen, dass sie die Herren sind und bleiben wollen, dass nichts gegen ihre Interessen geschehen dürfe und sie bestimmten, was konservative Politik ist, nicht aber jene plebejischen Konservativen, die gegen das vom Standpunkt der Herrschaft nun notwendige Paktieren mit der Grossindustrie waren, sich um die Landarbeiter kümmerten und keine neuen Gewaltmassnahmen gegen die Arbeiterbewegung wollten, die sie noch immer erobern und in ihrem Sinne umformen zu können glaubten.

Der zuletzt erwähnte Punkt spielte bei diesen Auseinandersetzungen übrigens keine geringe Rolle. Viele Christlich-Soziale waren empört darüber, dass Graf Limburg-Stürum im preussischen Abgeordnetenhaus die Regierung am 21. Januar 1896 aufforderte, die soziale Frage als «glatte Machtfrage» zu behandeln und die Sozialdemokratie gewaltsam zu unterdrücken. Limburg-Stürum lehnte jede Berufsorganisation der Arbeiter ab, auch eine solche, wie Stöcker sie im Interesse der konservativen Sache für notwendig hielt.

Der Graf handelte damit ebenso als Exponent seiner Schicht wie sein Kollege von Heydebrand, der damals erklärte, die Ideen Stöckers seien praktisch undurchführbar und mit dem konservativen Programm nicht zu vereinbaren. Herr von Heydebrand trat demgegenüber für eine gemeinsame Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein, also für eine Zwangsorganisation, wie sie später im grössten Stile von den Nationalsozialisten errichtet wurde. Nicht nur im Hinblick auf die Arbeiterfrage, aber ganz besonders im Hinblick auf sie, war der plebejische Konservatismus damals eben noch etwas anderes als in den Tagen Hitlers, so gross die Übereinstimmungen in anderer Hinsicht auch sind.

Die hemmungslosesten Gewaltpolitiker waren damals die sogenannten Edelleute, nicht die Plebejer. Viele dieser Plebejer hatten auf dem Tivoli-Parteitag ein starkes Gegengewicht gegen die Edelleute gebildet, die die Delegierten auf eine eindeutige und provokatorische Kriegserklärung an die gesamte Arbeiterbewegung festlegen wollten. Das Resultat war, dass nur gewissen Elementen schärfster Kampf angesagt wurde.

Man beachte, dass dies auf demselben Parteitag geschah, der sich so lärmend und geschlossen zum Antisemitismus bekannte. Dies zeigt, wie verfehlt es wäre, sich die antisemitischen Massen generell als blutrünstige Barbaren vorzustellen, die von Natur aus vollkommen verdorben sind und in deren Herzen kein menschlicher Funke mehr glimmt. Solche Vorstellungen sind zu einfach. Sie entsprechen nicht der Wahrheit und liegen zudem noch unter dem Niveau der Wirklichkeit.

Wohl ist der Antisemitismus, wie wir bereits wissen, von der einen zur anderen grossen Erschütterung der Gesellschaft immer mystischer, primitiver und brutaler geworden, aber wir haben an anderer Stelle auch schon gesagt, dass nicht wenige die innere Kraft zur Umkehr fanden. Viele Menschen, die der Sturm der Ereignisse ins politische Leben hin-

eintrieb, bekamen durch die antisemitische Bewegung zum ersten Male Kontakt mit den grossen sozialen Fragen und wuchsen dann über diese Bewegung hinaus, um Bannerträger einer besseren Sache zu werden.

Es sei hier nur auf den schon wiederholt erwähnten Friedrich Naumann hingewiesen, der als junger Pfarrer in ehrlicher Absicht zur christlich-sozialen Bewegung stiess, dort die Gruppe der «Jüngeren» führte, 1896 den «Nationalsozialen Verein» gründete, immer weiter nach links ging und als ein menschlich wie sachlich hervorragender liberaler Politiker der entschiedenste Vorkämpfer einer bürgerlich-sozialdemokratischen Allianz gegen Junkertum, reaktionären Mittelstand und Antisemitismus wurde.

Allerdings hatte Naumann, dessen Christentum sich von Stöckers von jeher sehr wesentlich unterschied, den Antisemitismus schon innerhalb der christlich-sozialen Bewegung bekämpft. Im Januar 1893 tat er dies durch eine Reihe von Thesen zur Judenfrage. Er fand, die Antisemiten besässen «keine Liebe und wenig soziales Verständnis». Auch mit dem Arbeiterproblem rangen er und seine Anhänger viel tiefer. Naumann, der unter anderem Marx und Engels studiert hatte und der im Gegensatz zu Stöcker «mit der Feder des objektiven Wissenschaftlers schrieb», wie Frank sehr richtig sagt, erklärte schon im Jahre 1889, als Christ nicht das politische Programm der Sozialdemokratie bekämpfen zu können.

Solche Tendenzen waren zwar für die Stöcker-Bewegung keineswegs typisch, aber jedenfalls bildeten sich im Schosse dieser Bewegung von einem bestimmten Zeitpunkt an auch solche Kräfte heraus und nicht nur die rassenantisemitischen, die den orthodoxen Prediger in einem ganz anderen Sinne kritisierten und überwandten.

In der von Naumann geführten Gruppe der «Jüngeren» sahen die aristokratischen Konservativen natürlich eine direkte Gefahr. Aber auch die von Stöcker geführten «Alten», die nach verschiedenen Seiten hin Konzessionen machten, um die Bewegung zusammenzuhalten, bereiteten ihnen nun immer grösseren Kummer, ganz abgesehen von der selbständigen radikal-antisemitischen Partei, deren Mitglieder teilweise zugleich auch das Mitgliedbuch der Konservativen Partei in der Tasche hatten. Letzteres hielt man jetzt für umso untragbarer, als die Konservativen durch das neue Kompromiss wieder in eine andere Gesellschaft und vor allem auch in ein positives Verhältnis zur Regierung kamen.

Als Stöcker 1896 zu den aristokratischen Konservativen sagte: «Wir wollen getrennt marschieren und vereint schlagen, Sie das Land und ich die Städte!» bekam er sofort zur Antwort: «Aber nur die grossen Städte.» Noch im Jahre 1910 wies Herr von Heydebrand, der damalige Vorsitzende der Konservativen Fraktion in Preussen, einen Vorschlag von Class, den Alldeutschen Verband stärker mit der Bevölkerung des Ostens zu verbinden, mit den bezeichnenden Worten zurück, «dass man ihm nicht zumuten könne, sich in seinem ‚noch ziemlich sauberen Osten‘ einen politischen Wettbewerber in Gestalt des Alldeutschen Verbandes heranzuziehen», wie Class in seinen 1932 erschienenen Erinnerungen «Wider den Strom» berichtet.

Darum wurden ja Stöcker im Jahre 1896 Bedingungen gestellt, die er nicht erfüllen konnte und die der äussere Anlass dafür waren, dass er und die Christlich-Sozialen aus der Konservativen Partei ausschieden.

«Ein schwerer Schritt; er ist mir blutsauer geworden», sagte Stöcker am 8. Februar 1896, «doch können wir auch in Eintracht miteinander kämpfen. Denn wenn ich die konservative Fraktion verlasse und wir nun in der organisierten Partei keine Unterkunft mehr suchen und finden, so bleiben wir doch selbstverständlich Teile, und zwar lebendige Teil der grossen konservativen Bewegung in christlich-sozialem Sinne. Ein grosser Teil der Konservativen bleibt noch die wirkliche Aristokratie. Die gehört mit dem Volke zusammen, nicht mit der liberalen Bourgeoisie-herrschaft. . . Ich habe in den Zeitungen gelesen, die Konservativen gehen jetzt nach rechts, Stöcker nach links. Nein, meine Herren, das werden Sie nie erleben. Wir gehen noch rechtser!»

Im November 1890 wurde Stöcker von der Hohenzollerschen Monarchie fallengelassen, und nun, im Februar 1896, auch von den aristokratischen Konservativen, denen der christlich-soziale Agitator im Übrigen nicht mehr viel hätte nützen können, nachdem die meisten seiner Anhänger ins Lager des parteipolitisch selbständigen Antisemitismus abgewandert und die besten Elemente unter den Einfluss der Naumann-Richtung geraten waren. Stöcker ist zwar erst im Jahre 1909 gestorben, aber die christlichsoziale Bewegung endete bereits im Jahre 1896.

Viele von denen, die mit Stöcker sympathisierten, blieben in der Konservativen Partei, die durch ihren festen Rückhalt am Staat und der vom Nimbus siegreicher Kriege umgebenen Armee eine starke Anziehungs-

kraft auf den konservativen und autoritätsgläubigen Teil des deutschen Mittelstandes ausübte und ihm trotz allem ein stärkeres Gefühl von Geborgenheit zu geben vermochte als eine kleine Splitterorganisation mit ungewisser Zukunft.

Es musste noch viel, sehr viel geschehen, ehe ein Hitler und die nationalsozialistische Massenbewegung möglich war. Die aristokratischen Konservativen waren vielfach sogar davon überzeugt, die Christlich-Sozialen sowie die radikalere Antisemiten früher oder später wieder zurückerobert zu können. «Es sind dies ja alles bloss ungeratene Söhne der Konservativen Partei. Sie werden, wenn sie ausserhalb des Vaterhausstolpers, schon wieder zurückkehren. Wir wollen ihnen nicht nachlaufen, ihnen aber die Rückkehr erleichtern», sagte zum Beispiel Freiherr von der Bottlenberg im Jahre 1898 auf dem Konservativen Parteitag in Dresden. Die Titulierung «ungeratene Söhne der Konservativen Partei» ist übrigens gar nicht schlecht.

Es war kein Zufall, dass im bürgerlichen Lager die Nationalliberale Partei am eifrigsten für jene neue Kompromisspolitik mit den alten Mächten eintrat, die unter der Flagge der «Sammlungspolitik» segelte und die auf Grund der zentralen Rolle, die der gewandte und verschlagene nationalliberale Politiker Johannes Miquel dabei gespielt hat, oft auch die «Miquelsche Sammlungspolitik» genannt wird. Denn die Nationalliberale Partei, diese Verkörperung des Dilemmas der deutschen Bourgeoisie, konnte keine wahrhaft nationale und liberale Politik treiben, und jetzt noch weniger als früher.

Zwar gab es in der sehr heterogenen Nationalliberalen Partei zu allen Zeiten Elemente, die gegen eine allzu weitgehende Preisgabe liberaler Prinzipien opponierten, und wenn es die Junker, die Klerikalen usw. zu toll trieben, dann konnten diese Elemente unter Umständen eine ziemlich grosse Rolle spielen, weil es für die Nationalliberale Partei als solche Grenzen nach rechts hin gab. Aber entschiedenere liberale Männer vermochten in der Atmosphäre dieser Partei im Allgemeinen nicht zu leben. Daher hatte sich von ihr schon im August 1880 der linke Flügel losgelöst und unter dem Namen «Liberale Vereinigung» selbständig gemacht, um sich 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschfreisinnigen Partei zu verschmelzen.

Diese sogenannten «Sezessionisten» waren insgesamt 28 Abgeordnete, darunter Bamberger. Lasker war schon vorher ausgeschieden. Er

hatte sehr bald die Stunde verflucht, in der seine Partei das Sozialistengesetz mitbeschloss und sammelte dann, zusammen mit anderen, beträchtliche Summen für die ausgewiesenen Sozialdemokraten. Seitdem war die Nationalliberale Partei immer weiter nach rechts gegangen. Der «Zentralverband deutscher Industrieller» erlangte in dieser Partei wachsenden Einfluss, und er vor allem blies dort am lautesten zur Sammlung.

Am 17. Juli 1897 gab Miquel, damals Finanzminister in Preussen, vor den Grossindustriellen des Westens die Parole aus: Deutschland sei weder ein Industrie- noch ein Agrarstaat. Beide Zweige der Wirtschaft seien zu erhalten, und darum müsse der Landwirtschaft staatliche Hilfe zuteil werden. «Unser grosser Kanzler hat 1879 bewiesen, was es heisst, diese beiden mächtigen Pferde vor einen Wagen zu spannen.» Bald darauf wiederholte Miquel seinen Appell im preussischen Abgeordnetenhaus, und schliesslich wurden die beiden mächtigen Pferde von Neuem vor einen Wagen gespannt. Es war dies in innen- wie aussenpolitischer Hinsicht ein verhängnisvolles Kompromiss.

Die von der Rechten ziemlich isolierte und gegen die Linke sehr kampflustige Regierung unterstützte die Sammlungspolitik mit Feuereifer. Der industrielle Partner der Agrarier bekam eine Flotte, die an und für sich ein alter Traum des liberalen Bürgertums war, von den Agrariern bis dahin aber hartnäckig bekämpft wurde, weil sie in ihr ein Instrument kapitalistisch-industriestaatlicher Entwicklung erblickten. Als Gegenleistung bekamen die Agrarier die von ihnen geforderten höheren Zölle und das Versprechen auf Nichterneuerung der Caprivoschen Handelsverträge, die auf 12 Jahre abgeschlossen waren und 1906 abliefen.

Dadurch verzichtete die Industrie praktisch auf die Herausbildung der deutsch-russischen Wirtschaftsgemeinschaft, was unter anderem zur Folge hatte, dass die deutsche Industrie umso mehr in lebenswichtige Interessensphären des britischen Weltreiches vordrang.

Der deutsche Forscher Eckart Kehr, der durch sein konkurrenzlos dastehendes Standardwerk «Schlachtfloottenbau und Parteipolitik» (Berlin 1930) und durch eine Reihe kleinerer Untersuchungen Licht in das scheinbar undurchdringliche Dunkel all dieser Dinge brachte, sagt in seiner Studie «Englandhass und Weltpolitik» (Zeitschrift für Politik, 1928), der deutsche Imperialismus habe sein letztes Motiv nicht im Kapitalis-

mus, sondern in der Machtstellung der Agrarier gehabt, die der Industrie die Expansionsrichtung vorschrieben. «Dass das deutsche Kapital anstatt des kampflosen Einströmens in das kapitalbedürftige Russland den Weg des gefährlichen Kampfes mit England wählte, das war ihm aus der sozialen Lage mit ihrem Primat der Agrarier vorgeschrieben.»

Innenpolitisch war die Sammlungspolitik vor allem deshalb verhängnisvoll, weil die entsprechenden Schichten des Bürgertums dadurch de facto die politische Vorherrschaft der konservativen und militaristischen Mächte anerkannten und mit diesen im Bunde die objektiv notwendige Demokratisierung des Reiches verhinderten. Die in diesen Tagen bombastisch inszenierte Welt- und Flottenpolitik sollte über die innere Problematik des kaiserlichen Deutschland hinwegtäuschen und durch aussenpolitische Erfolge die bestehende Gesellschaftsordnung konservieren. So brach die Dynamik der Innenpolitik in die Aussenpolitik ein. Trefend sagt Kehr:

«Die Zerspaltung der deutschen Nation in Klassen war ein wesentlicher Grund für die Verschärfung der Beziehungen der Nationen zueinander. In verknöchertem Glauben an die eigene Unbesiegbarkeit wollte man lieber alle Kämpfe der Weltpolitik durchfechten, als zu Hause die soziale Frage lösen.»

Im Januar 1897 schrieb Waldersee, in dem viele den kommenden deutschen Reichskanzler sahen, an den Kaiser, dass ihm angesichts der gewaltigen Ausdehnung der sozialdemokratischen Organisation das Nahen des Zeitpunktes unvermeidlich erscheine, «an welchem die Machtmittel des Staates sich mit denen der Arbeitermassen werde messen müssen». Der Kaiser antwortete: «Ich sehe die Zukunft als recht ernst an, sollte es mir zu bunt werden, so müssen Sie heran. Ich weiss, wenn es zum Schiessen kommen muss, dann werden Sie es gründlich tun.» Aber zu einer solchen gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Arbeitermassen fühlten sich die herrschenden Schichten nicht mehr stark genug. Daher flüchteten sie sich nun umso kopfloser in die Welt- und Flottenpolitik.

Es liegt eine tiefe Symbolik darin, dass die Ernennung des Admirals Tirpitz, des Organisators der wilhelminischen Flotte, zum Staatssekretär an jenem 17. Juni 1897 bekanntgegeben wurde, an dem der Kaiser in Bielefeld eine Rede hielt, in welcher er all denen schwerste Strafe androhte, die sich unterstehen, «einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern».

Das war die Inaugurierung der sogenannten Zuchthausvorlage, die später dem Reichstag zugeht und die ein Angriff auf die Koalitionsfrei-

heit der Arbeiter sowie auf ihre Gewerkschaften bedeutete. Aber diese Vorlage wurde vom Reichstag schliesslich abgelehnt. Bemerkenswert ist, dass dieser Gesetzesentwurf in der Presse des Zentrums hauptsächlich wegen der Einschränkung des Koalitionsrechtes bekämpft wurde. Das konnte das Zentrum im Hinblick auf seinen Arbeiteranhang und die katholischen Gewerkschaften nicht zulassen.

Die eine Schwester der Zuchthausvorlage war die Flottenvorlage und die andere die Zollvorlage. Alle drei waren aus dem gleichen Geist, aus der gleichen Problematik heraus geboren, und alle drei waren Mittel im Kampf um die bestehende Gesellschaftsordnung.

Eben noch ging in den Kreisen der Agrarier das Wort von der «grässlichen Flotte» um, aber als sie ihre Forderungen erfüllt bekamen, war der Flottenbau vaterländische Pflicht und nationale Ehrensache. Wie vaterländisch und national man in der altpreussischen Herrenschaft in Wirklichkeit empfand, geht auch daraus hervor, dass der damalige Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst, der nur eine Notlösung und der Platzhalter für seinen Nachfolger Bülow war, Ende 1898 in Berlin in sein Tagebuch schrieb: «Ich muss hier danach streben, Preussen beim Reiche zu erhalten. Denn alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.»

Die Agrarier schwenkten in der Flottenfrage ebenso schnell um wie seinerzeit in der Frage des Freihandels. Sie waren zwar im Innern keineswegs so flottenbegeistert, wie sie nach aussen tun mussten, aber da sie auf andere Weise weder ihre wirtschaftliche noch ihre politische Macht hätten aufrechterhalten können, gaben sie ihren Kampf gegen die «grässliche Flotte» auf. Die Mittel ihrer Politik hatten sich geändert, aber das Ziel blieb dasselbe. Absolut richtig sagt Kehr:

«Gerade weil die Agrarier sahen, dass ihre Position in der Weltwirtschaft nicht mehr zu halten war, sie aber ihr Leben noch nicht aufgeben wollten, verteidigten sie erbittert die durch Zölle gegen die Weltwirtschaft abzuschliessende Nationalwirtschaft. Zolltarif und Flottenbau sollten für sie nicht Mittel der Durchsetzung der deutschen Nationalwirtschaft in der Weltwirtschaft sein, sondern Mittel zur Abschliessung von der Weltwirtschaft.»

Es war der reine Hohn, dass die Flottenpolitik offiziell mit den weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands motiviert wurde, obwohl sie durch ihren untrennbaren Zusammenhang mit der Zollpolitik und durch

ihren Charakter als Palliativmittel gegen die von Marx als die wichtigste Produktivkraft bezeichnete Arbeiterklasse die rationale Entfaltung der Produktivkräfte hemmte und damit die Position Deutschlands in der Weltwirtschaft erschwerte. So spiegeln sich in der Wilhelminischen Welt- und Flottenpolitik die tiefen Widersprüche des wilhelminischen Deutschland.

Das chaotische Nebeneinander von Flottenbau, konservativem Regime und einer Zoll- und Handelspolitik, die dem rationalen Kapitalismus zuwiderlief, empfanden wirklich liberale Bürger als eine Perversität, so lieb ihnen der ursprünglich liberale Flottengedanke an und für sich auch war. Die oppositionellen Liberalen mussten sich deshalb von den Konservativen, die den Flottengedanken nun ebenso skrupellos annektierten und mit einem total anderen Inhalt füllten wie vorher den nationalen Gedanken, der Flottenfeindlichkeit bezichtigen lassen. Aber die Linke, so schrieb zum Beispiel die «Vossische Zeitung» am 10. März 1897, brauche sich vor dieser Beschuldigung nicht zu fürchten. Sie könne sich darauf berufen, für eine Flotte schon geschwärmt zu haben, als das in Regierungskreisen noch als Zeichen revolutionärer Gesinnung galt.

Aber auch ein grosser Teil jenes Bürgertums, das sich energisch gegen die Wirtschaftspolitik der Sammlungsfront zur Wehr setzte, vermochte sich nicht zu einem prinzipiellen Kampf gegen die desperate Welt- und Flottenpolitik aufzuraffen. Man war zu unpolitisch, um ihre Gefahren zu erkennen. Teilweise glaubte oder hoffte man auch, es könnte daraus allmählich noch eine Welt- und Flottenpolitik englisch-amerikanischen Stils werden. Und im Übrigen liess man sich aus den bereits bekannten innenpolitischen Gründen treiben.

Es ist kein Wunder, dass die wilhelminische Welt- und Flottenpolitik ihren schärfsten und konsequentesten Kritiker in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fand. Die Massen reagieren oft viel feiner als es zuweilen scheint, und wenn die Arbeiter es vielleicht auch nur in den seltensten Fällen klar erkannten, so sagte ihnen doch zumindest ihr Instinkt, dass die Geschütze der Tirpitzschen Schlachtflotte nicht nur auf einen äusseren, sondern auch auf einen inneren Feind gerichtet waren. Und deshalb, so schrieb Franz Mehring im Jahre 1900 in einer von Kehr sehr hoch bewerteten Artikelserie im sozialdemokratischen «Vorwärts», «ist es der demosthenischen Beredsamkeit sämtlicher Flottenschwärmer

nicht gelungen, auch nur einen Sozialdemokraten auf ihre Seite zu ziehen».

Das darf man natürlich nicht wörtlich nehmen, aber wie Kehr auf Grund seiner einzigartigen Kenntnis all dieser Dinge feststellt, ist die Propaganda des Reichsmarineamtes selbst unter den Werftarbeitern der Wasserkante, die ein gewisses Interesse an Schiffbauaufträgen hatten, erfolglos geblieben. Dies betont unter anderem auch E. Bernstein in seiner Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung (Band III, Seite 42). Die Kieler Werftarbeiter sprachen sich 1900 gegen die Flottenpläne und die «uferlose Weltpolitik» aus.

Dabei ist zu beachten, dass die Flottenfanatiker sowohl über einen grossen Propagandaapparat als auch über sehr geschickte Einpeitscher verfügten. Man leistete auf diesem Gebiet, was unter den damaligen Verhältnissen und mit den zu dieser Zeit zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt möglich war. In dieser Schule hat übrigens mancher der späteren «nationalen Führer» mehr gelernt als zugegeben wird. «Mögen dem Menschen der Zeit nach 1914 diese Versuche auch noch klein erscheinen im Vergleich zur allerneuesten Agitation – für die Jahrhundertwende war eine Propaganda in einem solchen Ausmasse und solcher Nachdrücklichkeit, die von einer Zentrale dirigiert wurde, etwas Neues und Grosses», schreibt Kehr.

Trotzdem prallte diese Propaganda an der Arbeiterschaft genauso ab wie vorher die von Stöcker und nachher die von manchem anderen. Die Propaganda hat eben in Wahrheit gar nicht die Zauberkraft, die man ihr vielfach andichtet. Ihr sind viel engere Grenzen gesteckt, als es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint.

Die Suggestibilität der Massen wird im Allgemeinen überschätzt, und dies – was ganz natürlich ist – in der Regel umso mehr, je weniger man die konkreten ökonomischen und sozialen Triebkräfte der betreffenden Massenbewegung kennt. Der eklatante Misserfolg Stöckers bei den Arbeitern zeigt jedoch ebenso wie der des Reichsmarineamtes, dass das menschliche Gehirn kein Plastilin ist, das sich in jede beliebige Richtung kneten lässt, sondern dass es so etwas wie eine schichttypische Mentalität gibt, gegen die eine dieser Mentalität wesensfremde Propaganda nur sehr wenig oder gar nichts auszurichten vermag.

In ihrem Fraktionsbericht von 1900 erklärte die Sozialdemokratie, dass es sich bei der Wilhelminischen Welt- und Flottenpolitik nicht um

zivilisatorische Friedensarbeit handle. Deren treibende Motive seien Länderhunger, Eroberungslust, Chauvinismus. Das Argument, die Flotte solle den Handel schützen, wurde angesichts der handelsfeindlichen Wirtschaftspolitik der Konservativen als widersinnig zurückgewiesen. Auch habe sich die deutsche Industrie ohne eine starke Flotte besser entwickelt als die englische.

Ähnlich argumentierten viele liberale Bürger, unter anderem der Grossindustrielle Emil Rathenau, ein hervorragender Vertreter des rationalen Kapitalismus. Angesichts solcher und anderer Übereinstimmungen mit den Liberalen bekamen die Sozialisten von der Reaktion schon lange zu hören, dass sie immer mehr in die Gefolgschaft der «Manchesterländer» gerieten. «Ist es Euch solche Greuel, uns Schulter an Schulter mit dem Manchesterland zu sehen, nun, zum Teufel, dann treibt nicht eine Reaktionspolitik, die noch um ganze Menschenalter hinter das Manchesterland zurückgeht», schrieb der in Zürich erscheinende «Sozialdemokrat» in den Tagen des Sozialistengesetzes.

Im Jahre 1900 hatte Franz Mehring diese Worte in zustimmender Weise in Erinnerung gerufen und der Reaktion entgegengehalten: wer das Manchesterland überwinden will, sollte sich zunächst einmal mit dessen historischen Leistungen vertraut machen.

«Wenn ein ostelbischer Junker neulich im Reichstage schnarrte, die Zeiten Cobdens und Brights sind vorüber, so antwortet ihm die Arbeiterklasse: Ganz recht, aber nicht in eurem, sondern in unserem Sinne; wir marschieren nicht hinter Cobden und Bright zurück, sondern über sie hinaus», schrieb Mehring damals, und das war absolut der Standpunkt seiner Partei. Dass diese im Übrigen keineswegs klare Vorstellungen über die Wirtschaft des sozialistischen Zukunftsstaates hatte, darf nicht verschwiegen werden. Aber unbestreitbar lebte in ihr ein echter und tiefer Fortschrittswille, und eben darum war sie der entschiedenste Antipode aller jener reaktionären Kräfte, die hinter Cobden und Bright zurückstrebend respektlos das Manchesterland kritisierten.

Für eine Weltpolitik der grossen Industrie, «wie sie von den Engländern und Amerikanern betrieben wird», hatte Mehring viel Verständnis. Allerlei Anläufe zu einer solchen Weltpolitik, so meinte er, machte die Ära Caprivi aus. Jedoch so schwächlich diese Anläufe waren, stiessen sie bereits auf den erbitterten und unversöhnlichen Widerstand der reaktionären Klassen.

Die Sozialdemokratie hatte die positiven Tendenzen der Caprivi-Ära unterstützt und darum auch für den deutsch-russischen Handelsvertrag gestimmt, der ohne ihr Ja nicht zur Annahme gelangt wäre. Die Sozialdemokratie wusste, dass sie damit den Industrialismus förderte, aber sie wollte ihn ja auch fördern. Wir wollen vorwärts, und vorwärts geht es nur auf Wegen der grossen Industrie, schrieb zum Beispiel Mehring. Und wenn die Flotte, so sagte er, unbedingte Notwendigkeit für die nationale Existenz wäre, so müsste sie das Proletariat ungeachtet aller Kosten bejahen. Aber *diese* Flottenpolitik und *diese* Weltpolitik sei ihrem Wesen nach reaktionär und direkt gegen die Lebensinteressen der deutschen Nation gerichtet.

Mehring sah sehr klar die Rolle, die grosse deutsche Kapitalsmächte dabei spielten. Aber er war weit davon entfernt, diese Welt- und Flottenpolitik in einen ursächlichen Zusammenhang mit den Gesetzen und den objektiven Lebensbedürfnissen des modernen Industrialismus zu bringen. Im Gegenteil. Das industrielle Kapital, so meinte er, produziere unter so günstigen Bedingungen, dass ihm unendlich mehr daran liegt, in anderen Nationen Käufer seiner Waren zu finden, als ihnen den Schädel einzuschlagen, in anderen Erdteilen die Eingeborenen konsumfähig zu machen, statt sie mit Gewalt oder List um ihre Naturprodukte zu prellen.

Mehring war auch davon überzeugt, dass eine solche anachronistische Gewaltpolitik zu keinerlei dauerhaften Erfolgen führen könne. «Auf dem Weltmarkt der grossen Industrie bleibt es dabei, dass – wie Herr Eugen Richter im Reichstag sehr richtig in getreuem Anschluss an das Kommunistische Manifest ausgeführt hat – nicht die schweren Kanonen der Panzerschiffe, sondern die wohlfeileren Preise der Waren die chinesischen Mauern in den Grund schiessen.»

Das war auch der Standpunkt Rathenaus und anderer Führer der Industrie, der Finanz, des Handels und der Schifffahrt, aber obwohl sie nicht ignoriert werden konnten, vermochten sie doch weder den Kurs der Wirtschaftspolitik noch den der Innen- oder Aussenpolitik zu bestimmen. Sie hatten den konservativen Mächten gegenüber immer einen sehr schweren Stand. Am 11. März 1900 schrieb Albert Ballin von der Hamburg–Amerika-Linie an einen Freund, ob es nicht an der Zeit sei, jetzt eine grosse, starke Vereinigung von Handel, Industrie und Schifffahrt auf die

Beine zu stellen, ebenso stark wie der Bund der Landwirte, ebenso laut, so vorlaut und so unangenehm. Wer am lautesten schreit, bekommt ja recht.

Ballin meinte, es müssen doch auch die richtigen Leute parat sein, falls der Kaiser sich einmal auf liberale Männer stützen sollte, fügte aber mit sehr begründetem Pessimismus hinzu: «Entschuldigen Sie diese Sonntagsbetrachtungen.»

Ballin war zunächst ein Förderer des Flottengedankens, bekämpfte aber das Wettrüsten mit England und geriet daher immer stärker in Widerspruch zu Tirpitz. Er war ein grosser Weltbürger, und gerade darum hatte er für die «Weltpolitik» seines Kaisers kein Verständnis. Als sich die Regierung um die Jahrhundertwende in die Konflikte des Fernen Ostens einmischte, schrieb Ballin in einem Privatbrief vom 17. Oktober 1900: «Was wir in China brauchen, sind Konzessionen, nur Konzessionen und kein Land. Wenn die Regierung das nur einsehen wollte und sich nicht auf den Terrainwerb begeben möchte.» In diesen Tagen machte Waldersee die folgende Bemerkung, die sehr klar die innenpolitischen Motive der aussenpolitischen Abenteuer beleuchtet:

«Es kann sein, dass die äussere Politik einen guten Einfluss auf unsere inneren Zustände ausüben kann, es ist aber doch kein gutes Zeichen, dass wir uns nicht von innen heraus helfen können.»

Waldersee, der das nach China entsandte Expeditionskorps befahl, hatte bei der Durchführung seiner Mission das Gefühl, «dass wir Abenteuerpolitik treiben». Ihm gefiel das gar nicht, aber einen anderen Ausweg aus dem Dilemma seiner Schicht wusste auch dieser Erzkonservative nicht zu weisen. Denn von einer Demokratisierung Deutschlands wollte er ebensowenig wissen wie die anderen – und eine dritte Möglichkeit gab es nicht.

Als die Flottenpläne aktuell wurden, notierte Waldersee in sein Tagebuch, dass leider auch ganz bedenkliche Motive mitspielen. Die an Panzertürmen, Lafetten, Platten usw. gewaltig verdienende Grossindustrie benutze die Neigungen des Kaisers, um Geschäfte zu machen (4. Juli 1897). Es wäre sehr interessant, einmal die mancherlei Beziehungen kennenzulernen, die zwischen Flottenfanatikern und Flottenerzeugern bestehen, heisst es in den Aufzeichnungen von Zedlitz-Trützschler, dem Hofmarschall Wilhelms II. «Die Macht der Stahlkönige wiegt schwer, und die Sorge um ihr Geschäft, der Wunsch auf Haussestimung an der Börse sind uns schon oft als nationale Sorge serviert worden.»

Dies ist wie vieles andere bekanntlich nicht nur ein heikles Kapitel der deutschen Politik. Aber ebensowenig wie der Imperialismus, Chauvinismus und Antisemitismus kann und soll hier die Sonderpolitik der Rüstungsindustrie anderer Länder untersucht werden. Man darf zwar niemals vergessen, dass es sich dabei um Probleme internationalen Charakters handelt, aber unser Thema ist Deutschland, und darauf müssen wir uns beschränken, obwohl es sehr wichtig wäre, durch vergleichende Betrachtungen gewisse Vorurteile zu erschüttern.

Im Frühjahr 1900 brach die Hochkonjunktur der letzten Jahre zusammen, und am 3. Dezember 1901 schrieb Fürst Salm-Horstmar, ein begeisterter Alldeutscher, in seiner Eigenschaft als Präsident des am 30. April 1898 gegründeten «Deutschen Flottenvereins» an Tirpitz, er sei «von Herren verschiedener Parteirichtungen» gebeten worden, angesichts der schlechten Konjunktur und der ungünstigen Geschäftslage von Handel und Industrie auf einen beschleunigten Flottenbau hinzuwirken. Einer der wichtigsten Faktoren dabei aber wäre der, so fuhr der alldeutsche Fürst in nicht gerade vorbildlichem Deutsch fort, «dass durch den Auftrag neuer Kriegsschiffe und die dadurch herbeigeführte Belebung von Handel und Industrie die betreffenden Börsenkurse steigen, viele Werte gerettet und eine Konsolidierung des Marktes eintreten würde».

Aus technischen und parlamentarischen Gründen wies Tirpitz dieses Ansinnen zurück. Die «Rheinisch-Westfälische Zeitung», ein von dem Alldeutschen Reisman-Grone redigiertes Blatt der Schwerindustrie, bedauerte in ihrer Nummer vom 11. Januar 1902 «im Interesse der deutschen Industrie, der Arbeiterschaft und der deutschen Kriegsflotte» den fehlenden Wagemut der Regierung – und die ausserordentlichen Zuwendungen des deutschen Flottenvereins für die Flottenpropaganda stürzten von 170'000 Mark im Jahre 1901 auf 410 Mark im Jahre 1902 herunter!

Kehr bezeichnet die Schwerindustrie, soweit sie Rüstungsindustrie war, als «Raubkapitalismus». Andere nannten sie Feudalkapitalismus oder grenzten sie durch einen anderen Begriff vom rationalen Kapitalismus ab. Das war nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig. Obwohl zum Beispiel die Elektroindustrie sehr schwer von der damaligen Krise betroffen wurde, und obwohl auch sie durch Lieferung von Scheinwerfern, elektrischen Maschinen usw. an dem Bau von Kriegsschiffen

profitiert hat, ist Rathenau überhaupt nicht auf die Idee gekommen, mit Kriegsschiffen gegen die Industriekrise anzukämpfen.

«Die militärische Macht als die Überwinderin industrieller Krise anzusehen, dieser Gedanke lag ihm fern. Er hielt ein Überstehen des Sturmes nur dann für möglich, wenn die kräftigeren Unternehmungen durch zweckmässige Organisation und rationelle Arbeitsleistung die Versuchs-, Fabrikations- und Verkaufsspesen auf das geringste Mass herabmindern», stellt Kehr fest. Im Übrigen wollte Rathenau die Krise durch planmässiges Vordringen der deutschen Elektroindustrie in das Ausland überwinden, und darum forderte er Handelsverträge, «die unseren Waren die Märkte der befreundeten Nationen offenhalten».

Das war auch in der grossen Weltkrise der Nachkriegszeit die Position des rationalen Kapitalismus, aber gewisse Repräsentanten eines anderen Typs von Kapitalismus konnten und wollten diesen Weg nicht gehen.

Als im Jahre 1901 der Entwurf des aus der Sammlungspolitik geborenen neuen Zolltarifs vorgelegt wurde, erklärte die Sozialdemokratie, dass die Klasseninteressen der Agrarier und der mit ihnen verbündeten Grossbourgeoisie dadurch in der masslosesten und schamlosesten Weise begünstigt werden. Die Folge dieser Politik müsse eine Unterjochung unter den Agrar- und Industrie feudalismus sein. Der Entwurf sei das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer zivilisierten Nation zumuten könne; er beweiße, dass seine Urheber nicht nur die grössten Feinde der Arbeiterklasse wären, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Die Liberalen waren kaum weniger empört.

Der damals sehr liberale Dr. Schacht, der 1902 in «Schmollers Jahrbuch» den neuen Zolltarif vom Standpunkt der deutschen Industrie kritisierte, bezeichnete diesen Tarif als «eine Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben», weil er gerade die gesündesten Industriezweige in ihrer Entwicklung hemme, Ausdruck einer schuld bürgerlichen Wirtschaftspolitik sei, die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern, besonders mit Russland, erschwere, nicht genügend Rücksicht auf die unteren Klassen nehme usw. Nicht zufällig trieben die Männer des Zentralverbandes gleichzeitig mit einer solchen Wirtschaftspolitik die stärkste Antisozialpolitik, sagte Schacht, der diesen Männern später ihr abenteuerliches Spiel erleichterte.

Der Kampf für und wider den Zolltarif war ausserordentlich heiss, zähe und langwierig. Zum erstenmal wurde dabei in Deutschland das Mittel der Obstruktion angewandt. Es waren die sozialdemokratische und ein Teil der liberalen Opposition, die sich dieses Mittels bedienten, um die Entscheidung bis nach den Reichstagswahlen von 1903 herauszuziehen, wo man eine bessere Position zu haben glaubte. Jedoch durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages wurde die Obstruktion gebrochen und dieser Plan vereitelt. Nach einer neunzehnstündigen Schlussberatung, in welcher der sozialdemokratische Abgeordnete Antrick von 4.30 bis 12.30, also acht Stunden, gegen den Entwurf gesprochen hatte, wurde der neue Zolltarif schliesslich am 14. Dezember 1902 angenommen.

Die radikaleren Anträge des Bundes der Landwirte konnten jedoch abgewehrt werden. Um seine Arbeiter zu beruhigen, setzte das Zentrum durch, dass zwei Drittel der Mehrbeträge der Getreide-, Vieh- und Fleischzölle bis zum Jahre 1901 sozialpolitischen Zwecken zur Verfügung gestellt werden. Diese Mehrbeträge blieben jedoch aus.

Das Zentrum machte die Sammlungspolitik mit ihrer Zoll-, Flotten- und Weltpolitik umso bereitwilliger mit, als es sich dabei die politische Hegemonie erkämpfen konnte. In intimer Bundesgenossenschaft mit den Konservativen betrieb es eine Politik der «materiellen und geistigen Schutzzöllnerei», um mit Naumann zu sprechen, der den Kern der konservativ-klerikalen Verbrüderung in der gemeinsamen Furcht beider Richtungen vor dem Verkehr der Erzeugnisse und der Geistesströmungen sah.

Mit der Annahme des Zolltarifes von 1902 hatte die Sammlungsfront auf der ganzen Linie triumphiert und war das weitere Schicksal Deutschlands entschieden. Treffend sagt Kehr:

«Es ist die tiefe Tragik des deutschen Kaiserreiches, dass sich die Entscheidungen, die seine innen- wie aussenpolitische Lage im Jahre 1914 bestimmten, auf die wenigen Jahre von 1897 bis 1902 zusammendrängen und dass den Zeitgenossen diese ungeheure Krise in ihrer letzten Bedeutung nicht bewusst geworden ist.»

NEUNTES KAPITEL

Die «Nationale Opposition»

«Manchmal fühle ich es, dass wir, das heisst ganz Europa, nahe vor grossen sozialen Umwälzungen stehen, so gross, wie sie die Welt kaum erlebt hat», schrieb Waldersee am 30. Dezember 1896 in sein Tagebuch. «Stehen wir eigentlich nicht schon jetzt inmitten einer gewaltigen Veränderung aller sozialen Verhältnisse? Die Masse der Menschen ist nur zu blind, um es zu erkennen, glaubt auch, zu einer Revolution gehörten Strassenkämpfe», heisst es in der Notiz vom 30. Dezember 1896 weiter. «Ich wünschte, wir hätten solche Strassenkämpfe, *damit* würden wir schon fertig werden.»

Die Arbeiterbewegung erfüllte diesen Wunsch Waldersees nicht. Sie liess sich nicht auf ein Kampffeld manövrieren, auf dem ihre Gegner in jeder Hinsicht im Vorteil waren.

Sie hatte im Allgemeinen auch begriffen, was Friedrich Engels 1895, kurz vor seinem Tode, als Lehre der Geschichte der letzten fünfzig Jahre bezeichnete, dass nämlich «die Zeit der Überempelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewusstloser Massen durchgeführten Revolutionen, vorbei ist», und dass die Massen überall da, «wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, mit dabei sein, selbst schon begriffen haben müssen, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten». Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt, schrieb Engels in diesem Zusammenhang.

In den Reichstagswahlen von 1898 konnte die Sozialdemokratie abermals die Zahl ihrer Stimmen und Mandate erhöhen. Aber einen noch viel grösseren Aufschwung als von 1893 bis 1898 hatte sie von 1898 bis 1903 zu verzeichnen. Ihr konsequenter Kampf gegen die Politik der Sammlungsfront fand im Lande ein lebhaftes Echo. In den Reichstagswahlen vom Juni 1903 bekam die Sozialdemokratie über drei Millionen Stim-

men, rund 900'000 mehr als 1898. 31,7 Prozent aller gültigen Stimmen entfielen auf sie. Ihre Mandate stiegen von 56 auf 81.

Trotzdem wurden die Reichstagswahlen von 1903 nicht das von vielen erwartete Plebiszit gegen die Zollpolitik. Diese fand nur 4 Millionen Gegner, dagegen 5 Millionen Befürworter. Die breiten Massen der Bauern und des Kleinbürgertums stützten oder tolerierten sie. Dies muss beachten, wer verstehen will, wie auf dem Höhepunkt der grossen Agrar- und Industriekrise der Nachkriegszeit der Autarkiegedanke eine so grosse Anziehungskraft auf viele Millionen von Kleinbürgern und Bauern ausüben konnte. Der Boden war seit den siebziger Jahren psychologisch vorbereitet.

Im Jahre 1903 schloss die «Freisinnige Vereinigung» anlässlich der preussischen Landtagswahlen zum ersten Male ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Es war übrigens auch das erste Mal, dass die Sozialdemokratie an den Preussenwahlen teilnahm. Bis dahin hatte sie diese wegen des Dreiklassenwahlrechts als «Klassenwahlen» boykottiert. Das Wahlbündnis von 1903 war ein Ausdruck dafür, dass man einerseits im linksliberalen Bürgertum und andererseits in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung realistischer zu werden begann.

Naumann, der im Jahre 1903 mit dem grössten Teil seiner Gefolgschaft zu den Freisinnigen ging, war mit Barth und anderen der Meinung, dass auch die Sozialdemokratie in Wirklichkeit kein anderes Wirtschaftsprogramm mehr habe als der zur Erkenntnis der Tatsachen gekommene Liberalismus. Noch gibt es auf beiden Seiten Vertreter alter Denkformen, es gibt einen Liberalismus stehengebliebener Kleinbürger und einen Sozialismus unpraktischer Utopisten, aber zwischen diesen beiden absterbenden Formen entsteht die Weltanschauung derer, die für Technik und Freiheit kämpfen, sagte Naumann.

Auch Theodor Mommsen beantwortete die Frage: «Was uns noch retten kann?» mit den Worten: allein die Allianz zwischen wirklich liberalem Bürgertum und Sozialdemokratie gegen den Interessenbund des Junkertums und der Kaplanokratie («Die Nation», 13. Dezember 1902).

Im Jahre 1903, wo sich als Reaktion auf den im Zeichen der Sammlungspolitik erfolgten Ruck nach rechts ein gewisser Zug nach links bemerkbar gemacht und man in der Staatsspitze vielfach schon Angst vor

den allmählich sichtbar werdenden Konsequenzen der abenteuerlichen Welt- und Flottenpolitik bekommen hatte, schrieb Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, ein Freund und Berater des Kaisers, in sein Tagebuch:

«Was sollen wir aber tun, um der unausbleiblichen Katastrophe zu begegnen? Abwarten, dass unsere leitenden Staatsmänner einen Krieg anzetteln, um aus der ungeheuren Schuldenlast und sozialen Kalamität herauszukommen und dem Militärstaat Boden unter die Füße zu schaufeln? Abwarten, dass der vierte Stand uns angreift, und alsdann den Versuch machen, ihn zu vernichten? Ihn, der wie ein hackender Phönix aus allen Flammen steigen wird, mit denen wir ihn verbrennen wollen?»

Die Tradition begreift nicht, was ihr fehlt, heisst es bei Eulenburg weiter. Sie vergleicht nicht die fremden Völker und Staaten mit ihrem eigenen Vaterland und würde auch nur hochmütig das Haupt erheben, wenn sie es täte. Der Schematismus schnürt dem alten Preussen die Kehle zu. Das alte Preussen bemerkt nicht einmal, dass die Kraft der preussischen Tradition, die glänzende Organisation, auch die Stärke des vierten Standes geworden ist, «der uns lehren würde, die neue Zeit zu begreifen, auch wenn verändertes Wahlrecht und andere Palliativmittel als Versuche aufgewendet würden, die Sozialdemokratie zu beseitigen, die nichts anderes ist als der zum Bewusstsein erwachte jüngste, kräftigste Sohn Europas».

Aber das war keine Kampfansage an die bestehenden Verhältnisse, kein Appell zur Demokratisierung Deutschlands, sondern nur eine Beichte im stillen Kämmerlein, verzweifelte Resignation, wie sie in privaten Briefen, Tagebuchaufzeichnungen usw. bei vielen Repräsentanten der preussischen Oberschicht zum Ausdruck kommt. Ja, es war so, wie Eulenburg 1903 seinem Tagebuch anvertraute: Wir haben nicht den Mut, den Bann zu brechen, denn wir würden nicht die Verachtung des Kreises auf uns nehmen, dem wir angehören. «So schütteln wir denn den Kopf, wir armen starken Schwachen, wir schütteln ihn so sehr, dass er uns eines Tages vor die Füße rollen wird.»

Gegen diese Resignation erhob sich im Lager der Reaktion am entschiedensten der Alldeutsche Verband, der nach innen wie nach aussen einem naiven Machtoptimismus huldigte und mit der materiellen Macht praktisch alles machen zu können glaubte. Zwar war dieser Verband

noch immer ein ziemlich heterogenes Gebilde, aber im Laufe der Jahre hatten die aggressiven Elemente ständig an Bedeutung gewonnen.

Der Führer dieser Elemente war der Justizrat Heinrich Class aus Mainz, der 1898 in den geschäftsführenden Ausschuss und drei Jahre später in die Hauptleitung des Verbandes gewählt wurde, um dann 1908 die Führung zu übernehmen. Nationalliberale Kreise und der Bund der Landwirte trugen Class 1903 eine Reichstagskandidatur an, aber bei den Wahlen fiel er durch. Erst dreissig Jahre später zog er in den Reichstag ein, nämlich im November 1933, nach dem Sieg der «Nationalen Opposition». Da wurde er zusammen mit Hugenberg und anderen unter die elf Gäste der 803 nationalsozialistischen «Abgeordneten» des deutschen «Reichstages» aufgenommen.

Auf seiner Plauener Tagung im Herbst 1903 ging der Alldeutsche Verband auf Betreiben der von Class geführten radikaleren Elemente zum offenen Kampf gegen die Regierung über. Der Führer des Verbandes war seit 1894 Professor Ernst Hasse, Sohn eines sächsischen Pfarrers. Hasse sah die Aufgabe und den Sinn der alldeutschen Bewegung im Kampf «gegen die Internationale in jeder Gestalt, die rote sowohl wie die schwarze und die goldene, die Sozialdemokratie ebenso wie den Jesuitenorden und die internationalen Geldmächte». Gemeinsam von Konservativen und Nationalliberalen als Vertreter der Stadt Leipzig in den Reichstag entsandt, fiel er dort durch häufiges Reden auf. In den Wahlen von 1903 geschlagen, kehrte er nicht in den Reichstag zurück.

Die Anklagerede, die Class wenige Monate nach den Reichstagswahlen gegen die Regierung hielt, suchte Hasse in den internen Vorbesprechungen abzuschwächen. Jedoch nicht nur er. Von den Ausschussmitgliedern des Verbandes, so berichtet Class, «machte fast jeder Abänderungsvorschläge. Die meisten liefen darauf hinaus, den Kaiser möglichst wenig in die Erörterung zu ziehen und die Regierung glimpflicher zu behandeln. Ich musste meine Geduld zusammennehmen, so spiessbürgerlich zeigten sich manche Herren in ihren Darlegungen.»

In der Republik zeigten sich diese Herren nicht mehr «so spiessbürgerlich», aber mit dem Staat des Vorkriegsdeutschland fühlten sie sich doch trotz allem sehr eng verkettet, und das erklärt die Hemmungen, die viele von ihnen damals noch hatten. Im Übrigen liessen diese Hemmun-

gen auch im Kaiserreich schon in dem Masse nach, wie die linke Opposition erstarkte und die Gefahr der Demokratisierung zunahm.

Nach Class' zweistündiger Rede in Plauen erhob sich die Versammlung zu stürmischen Beifallskundgebungen, so dass die Sitzung für eine Zeit unterbrochen werden musste. Ein Antrag, die Rede in Massen als Flugschrift zu verbreiten, wurde einstimmig angenommen. Sie erschien im Oktober unter dem Namen «Die Bilanz des neuen Kurses» in einer Auflage von 60'000 Exemplaren. Class wurde von befreundeter Seite gewarnt, den vollen Wortlaut dieser Rede zu veröffentlichen, da die Berliner Staatsanwaltschaft ihn wegen Majestätsbeleidigung zu verfolgen beabsichtige. Aber dies liess sich nicht zuletzt dank der ausgezeichneten Beziehungen der Alldeutschen zu höchsten Regierungskreisen verhindern.

«Wenn ich die Wirkung meines Plauener Berichtes richtig einschätze», so schreibt Class in seinen Erinnerungen, «glaube ich, sagen zu dürfen, dass er der erste Schritt zur entschlossenen und umfassenden ‚Nationalen Opposition‘ gewesen ist. (Sperrung von Class). Dieser Meinung war auch Hasse, der mir noch in Plauen erklärte, von jetzt ab sei tatsächlich der Alldeutsche Verband etwas anderes als bisher. Nun sei er der Führer im Kampfe gegen die Regierung geworden.»

Damit war die «Nationale Opposition» konstituiert und ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur «Revolution von rechts» vollzogen.

Der Alldeutsche Verband war niemals eine Massenorganisation. Er hatte im Jahre 1903 nur wenig über 19'000 Mitglieder. Im Weltkriege erreichte er mit 35'000 seine Rekordziffer. Junius Alter, ein intimer Mitarbeiter von Class, erzählt uns in seinem 1930 erschienenen Buch «Nationalisten», dass die Alldeutschen ihre primäre Aufgabe in der «Hochzuchtung einer Qualitätsorganisation sahen, die hinter den Kulissen arbeiten sollte». In gewissem Sinne bedeutete dies jedoch, dass man aus der Not eine Tugend machte. Im Übrigen waren die Alldeutschen sehr eifrig bemüht, eine Massenorganisation zu werden, doch fehlten dafür die Voraussetzungen.

Trotzdem stellte der Alldeutsche Verband eine bedeutende Macht dar. Denn Fürsten, höhere Beamte, Diplomaten, Grossgrundbesitzer, Industrielle, Militärs, Professoren usw. in sich vereinend, reichten seine Verbindungen in viele Ämter, Kommandostellen und Privatkontore des kaiserlichen Deutschland hinein.

Der Alldeutsche Verband trat bei den Wahlen nicht mit eigenen Kandidaten auf, aber zum Beispiel im Jahre 1901 sassen im deutschen Reichstag 38 Abgeordnete, die Mitglieder dieses Verbandes waren. Sie gehörten entweder der Fraktion der Konservativen, der Freikonservativen, der Nationalliberalen oder der Antisemiten an. Zeitweise bestand im deutschen Reichstag eine interfraktionelle alldeutsche Vereinigung.

Viele dieser Abgeordneten zeigten für die Arbeit des A.V. jedoch kein lebhaftes Interesse. Zwar waren auch sie in der Regel flottenbegeistert und imperialistisch, aber doch oft nicht im Sinne der Elemente um Class und noch viel weniger im Sinne der im Allgemeinen ganz besonders extremen und phantastischen Alldeutschen, die ausserhalb des Verbandes standen und daher nicht ohne Weiteres mit diesem identifiziert werden dürfen. Besonders von der nationalliberalen Fraktion der Alldeutschen hatten viele ganz andere Vorstellungen, als es für die sogenannten «Jungen» um Class typisch war.

Class, der über das «schwankende Gleichgewicht» der dem Verbände angehörenden Abgeordneten klagt, berichtet in seinen Erinnerungen, dass zu einer sehr wichtigen Sitzung im Jahre 1908, wo es 33 alldeutsche Abgeordnete gab, ausser den Mitgliedern der Verbandsleitung nur einer der Einladung Folge geleistet hatte. Dieser eine war interessanterweise der Antisemitenführer Liebermann von Sonnenberg, den wir bereits kennen.

Liebermann von Sonnenberg war übrigens auch einer der beiden Abgeordneten, die sich nach der Plauener Tagung dazu bewegen liessen, «im Reichstage die Stimme der ‚Nationalen Opposition‘ zu erheben», wie es bei Class heisst. Überhaupt waren es neben den bekannten Grössen des Verbandes «vor allem einige der Antisemiten, die sich offen zum Alldeutschtum bekannten und den Verband gegen die häufigen Angriffe seiner Gegner von der Tribüne des Parlamentes verteidigten», konstatiert Dr. Lothar Werner in seiner umfangreichen Arbeit «Der Alldeutsche Verband 1890-1918» (Historische Studien, Heft 278, Berlin 1935).

Class war übrigens selber Antisemit. Schon seit 1894 wirkte er in der antisemitischen Bewegung, und bald wurde er der Vertrauensmann der Mainzer Gruppe des judenfeindlichen «Deutschbundes». Von dort aus kam er in Fühlung mit den Alldeutschen. Stöcker machte auf den jungen Class keinen starken Eindruck, umso mehr aber Treitschke. «Sein Wort,

„die Juden sind unser Unglück“, ging mir mit meinen zwanzig Jahren in Fleisch und Blut über. Es hat einen wesentlichen Teil meiner späteren politischen Arbeit bestimmt.»

Die Eltern von Class sind für diese Entwicklung ihres Sohnes nicht verantwortlich zu machen. Sie waren darüber im Gegenteil tief erbittert, denn sie hielten die Ideale des Liberalismus hoch und hatten ihren Sohn zu Patriotismus, Toleranz und Humanität erzogen. Treitschke und die antisemitischen Kollegen des Studenten Heinrich Class waren jedoch mächtiger als die edlen Familientraditionen. Es ist übrigens sehr bemerkenswert, dass der antisemitische «Verein deutscher Studenten» geschlossen dem A.V. beitrug und dort einen Sitz im Vorstand einnahm. Auch andere politisch rechtsstehende Vereinigungen hatten sich korporativ dem A.V. angeschlossen. Im Jahre 1905 waren dies 101 Gruppen mit rund 130'000 Mitgliedern.

Die halbabsolutistische Regierungsform des kaiserlichen Deutschland begünstigte das Wirken der Alldutschen im höchsten Grade. Ebenso kamen ihnen die Monopolisierungs- und Bürokratisierungstendenzen unserer modernen Gesellschaft sehr entgegen, denn durch sie gerieten die Schlüsselpositionen der Gesellschaft in die Hände von immer weniger Personen, die immer mehr Macht bekamen, und unter diesen Umständen konnte eine Organisation, die wie der A.V. an viele Hebelarme herankam, einen Einfluss ausüben, der in keinem Verhältnis zu seiner Zahl stand.

Diese Monopolisierungs- und Bürokratisierungstendenzen waren überhaupt ein grosses Plus für die deutsche Reaktion, weil sie den Kampf der demokratischen Kräfte ungeheuer erschwerten. Andere Länder hatten den Grund zu ihrer demokratischen Entwicklung zu einer Zeit legen können, wo die allgemeinen Voraussetzungen dafür auch in dieser Hinsicht noch viel günstiger waren. Diesen Unterschied sollte nicht ignorieren, wer die deutsche Problematik verstehen und darüber hinaus auch die Gefahren erkennen will, die durch die Monopolisierungs- und Bürokratisierungstendenzen und die Durchorganisation unserer Gesellschaft für das demokratische Leben aller Länder heraufziehen.

Max Weber glaubte schon im Jahre 1905 feststellen zu müssen, dass alle ökonomischen Wetterzeichen in die Richtung zunehmender Unfreiheit weisen und überall im industriell organisierten Leben die Gehäuse für neue Hörigkeiten fertig sind. Angesichts dessen, so sagte er, sollten

sich diejenigen endlich beruhigen, welche in steter Angst davor leben, es könnte in der Welt in Zukunft zu viel «Demokratie» und «Individualismus» und zu wenig «Autorität», «Aristokratie» und Schätzung des Amtes geben. Es ist nur allzusehr dafür gesorgt, dass die Bäume des demokratischen Individualismus nicht in den Himmel wachsen (Marianne Weber, «Max Weber», Tübingen 1926, Seite 343).

Aber wie wir bereits auseinandergesetzt und veranschaulicht haben, gibt es in unserer Gesellschaft gleichzeitig auch Tendenzen, die dafür sorgen, dass die Bäume von gewissen Aristokratien, Eliten, Apparaten, Qualitätsorganisationen usw. ebenfalls nicht in den Himmel wachsen. Und schon allein auf Grund dieser Tendenzen, für die wir den Begriff «Fundamentaldemokratisierung» akzeptiert haben, vermochte der Alldeutsche Verband trotz allem nur einen begrenzten Einfluss auszuüben und musste er die Führung der «Nationalen Opposition» nach dem Kriege schliesslich an die nationalsozialistische Massenbewegung abtreten.

So ist die Geschichte des Alldeutschen Verbandes ein klassisches Beispiel dafür, was eine «Qualitätsorganisation» kann und was sie nicht kann. Im Übrigen ist zu beachten, dass der Alldeutsche Verband von rechtsstehenden Schichten Deutschlands gestützt wurde und insofern auch eine gewisse Massenbasis hatte. Dies war ganz besonders im Weltkrieg der Fall, wo die Alldeutschen als die entschiedensten Gegner des Verständigungsfriedens und der Demokratisierung auf die annexionistischen und reaktionären Kräfte Deutschlands ihren stärksten und zugleich verhängnisvollsten Einfluss auszuüben vermochten.

In der bereits erwähnten Arbeit von Hobohm-Rohrbach über die Alldeutschen heisst es, dass diese mit dem Reichswagen daherfahren wollten «wie ein betrunkenen Kutscher», und dass der Alldeutsche Verband die Hauptverantwortung für die nationale Katastrophe Deutschlands trage. Die Organisation sei hier zum Fluche geworden.

Diese Auffassung über die Alldeutschen ist im politischen Schrifttum Deutschlands die absolut dominierende. «Es überwogen die Ansichten, die auf jeden Fall ihr Wirken für die deutsche Politik abträglich und gefährlich hielten», muss selbst Dr. Lothar Werner konstatieren, der mit den Alldeutschen offensichtlich sympathisiert, sie so harmlos wie nur möglich darzustellen sucht und unkritisch ihre ganze Phraseologie akzeptiert. Letzteres erklärt sich vielleicht auch daraus, dass der betref-

fende Autor sein Buch über den Alldeutschen Verband im Jahre 1935 veröffentlichte, wo die Sprache und die Ideen der Alldeutschen in vieler Hinsicht die Sprache und die Ideen des offiziellen Deutschland waren.

Natürlich hatte sich der A.V. sofort an die Spitze der Wilhelminischen Welt- und Flottenpolitik gestellt. Class berichtet, dass er und seine Freunde «hinter den Kulissen» eng mit Tirpitz zusammengearbeitet haben. Wie Eckart Kehr nachwies, produzierte das Reichsmarineamt im Einvernehmen mit dem A.V. Propagandaliteratur für die Flottenrüstungen und griff dieselbe Literatur in der Öffentlichkeit an, um das hinter den Kulissen getriebene Spiel zu verschleiern. Kennzeichnend für den Geist der Flottenpolitik ist auch die Tatsache, dass der Chef der «wissenschaftlichen Abteilung» der Flottenagitation seinen ursprünglichen Namen Levy, der – wie Kehr bemerkt – für seine Intentionen nicht recht passte, in «v.Halle» abgeändert hat.

Der A.V. war mit der Wilhelminischen Welt- und Flottenpolitik jedoch keineswegs zufrieden. Vor allem erschien sie ihm nicht konsequent und radikal genug, und im Gegensatz zu sehr vielen anderen, die lärmend mit dem Säbel rasselten, aber aus denselben politischen und sozialen Gründen, wie sie dies taten, den Krieg fürchteten, verherrlichte ihn der A.V., und zahlreiche seiner Vertreter sehnten ihn in Wort und Schrift offen herbei. «Wenn wir in keiner Kriegsgefahr ständen, wir müssten eine solche künstlich schaffen, um unser weiches und schlaffes Volkstum zu stärken, um ihm Knochen und Nerven zu schmieden», heisst es zum Beispiel bei Hasse («Deutsche Politik», Band I, Heft 4, München 1907, Seite 127).

Den Alldeutschen ging es jedoch nicht um Knochen und Nerven, sondern um Eroberungen. Das war das entscheidende Motiv ihrer Kriegsvergottung. Und das entscheidende Motiv ihrer Eroberungslust wiederum war primär sozialer und innenpolitischer Natur. Die kapitalistischen Interessengruppen, die dabei ihre Hand mit im Spiele hatten, gehörten im Wesentlichen der Schwerindustrie an.

Eine besondere Rolle spielte in dieser Gesellschaft Geheimrat Emil Kirdorf. Der Führer der Alldeutschen hebt hervor, «dass Kirdorf in allen wesentlichen Fragen auf demselben Boden stand wie wir. So war Kirdorf recht ein Vertreter des Gedankens der Nationalen Opposition, wie wir sie betrieben. Im Kriege stand er in vorderster Reihe derer, die sich für das alldeutsche Kriegsziel einsetzten.»

Nach Class war Kirdorf «eigentlich der einzige Mann aus der Schwerindustrie, der eine offene Hand für uns gehabt hat». Das Wörtchen «eigentlich» ist vieldeutig, aber jedenfalls ist es authentisch, dass der spätere Förderer des Nationalsozialismus schon eine offene Hand für dessen bedeutungsvollsten Vorläufer gehabt hat. Jedoch trotz Kirdorf und anderer sind die imperialistischen Bestrebungen der «Nationalen Opposition» noch viel weniger aus den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären als die Welt- und Flottenpolitik des offiziellen kaiserlichen Deutschland.

In den «Denkwürdigkeiten» des früheren deutschen Reichskanzlers Hohenlohe-Schillingsfürst heisst es an einer Stelle (Band II, Seite 523): «P. beklagt, dass Deutschland mehr und mehr Industriestaat werde. Dadurch werde der Teil der Bevölkerung gestärkt, auf den sich die Krone nicht stützen könne, die Bevölkerung der grossen Städte und der Industriebezirke. Den eigentlichen Halt für die Monarchie bilde doch nur die Landbevölkerung. Gehe es so fort wie jetzt, so werde die Monarchie entweder in eine Republik übergehen, oder wie in England eine Art Schattenmonarchie werden. Ich erwiderte, dass ich diese Befürchtungen teile, dass ich aber das Mittel, die Landbevölkerung zu stärken, noch nicht gefunden habe.»

Unter denen, die solche Sorgen hatten, wurde natürlich nach diesem Mittel gesucht, und die Alldeutschen glaubten es gefunden zu haben, nämlich im Gedanken der Eroberung von neuem Grund und Boden auf Kosten anderer Völker. Stolz schreibt Class in seinen Erinnerungen: «Damals war das Wort ‚Volk ohne Raum‘ noch nicht geprägt, aber sein sachlicher Inhalt wurde von uns Alldeutschen längst vertreten.» Ja, von ihnen wurde auch schon das Prinzip vertreten, das eroberte Land ohne die bis dahin dort ansässig gewesene Bevölkerung zu übernehmen.

Weil diese Form von Imperialismus – erst als Ideologie und sehr viel später auch als Praxis – in einer von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Zeit durchbrach, glaubt man vielfach, dass sich in ihm die immanenten Gesetze des Kapitalismus manifestieren. Indes entstand diese Form des Imperialismus gerade in Gesellschaftsschichten, die aus konservativen und reaktionären Gründen gegen die Industrialisierung, diese gewaltige und permanente Revolution unserer Neuzeit, zu rebellieren suchten. Das schliesst nicht aus, dass diese Form des Imperialismus aus dem einen oder anderen Grunde auch von Kapitalisten ge-

fördert oder toleriert werden kann, aber mit den immanenten Gesetzen des Kapitalismus hat sie nach unserer Auffassung nichts zu tun.

Das Prinzip, das eroberte Land ohne die ansässige Bevölkerung zu übernehmen, wurde jedoch erst allmählich ein generelles Prinzip der Alldeutschen. Noch im Weltkriege äusserten dagegen selbst treue Anhänger von Class ernste politische und moralische Bedenken, und vor 1914 wurde dieses Prinzip sehr viel mehr von inoffiziellen als von offiziellen Alldeutschen verfochten. Erstere fanden jedoch sehr häufig den Beifall der «Alldeutschen Blätter», des offiziellen Organs des Alldeutschen Verbandes.

Zahlenmässig waren die inoffiziellen Alldeutschen ein lächerliches Häuflein. Keiner dieser Aussenseiter besass organisationsbildende Kraft, niemand spielte im öffentlichen politischen Leben eine Rolle. Aber sie fanden für ihre phantastischen Geistesprodukte nicht nur Verleger, sondern auch Leser, mitunter sogar ziemlich viele. Mitglieder des Alldeutschen Verbandes und der ihm korporativ angeschlossenen Vereinigungen, Antisemiten, desperate Aristokraten, Offiziere usw. – das waren die Kreise, in denen die Leser solcher Geistesprodukte zu finden waren.

Die in diesen Schriften verfochtenen aussenpolitischen Ziele waren noch uneinheitlicher als die des Alldeutschen Verbandes. Bescheiden waren die Alldeutschen durchwegs nicht und zudem hatten sie verschiedene Wunschzettel und Marotten. Das Resultat davon war, dass das Alldeutschtum als Gesamtströmung praktisch von jedem anderen Volke als Bedrohung empfunden wurde oder doch zumindest empfunden werden konnte.

Dass Imperialisten, Chauvinisten und Gewaltpolitiker anderer Länder die Stimmen der Alldeutschen als typisch deutsche Volksmusik, als den Gesang des deutschen Nationalchors, auszugeben suchten, versteht sich von selbst. So etwas gehört zum ABC dieser internationalen Kategorie von Menschen, und die Alldeutschen beherrschten dieses ABC natürlich ebenso gut wie die anderen.

Als zum Beispiel eine englische Zeitung im Jahre 1897 die bekannte brutale Dummheit schrieb, jeder Engländer werde nach Vernichtung des deutschen Handels entsprechend reicher sein, da schrien die Alldeutschen und andere Chauvinisten triumphierend: Seht ihr, das ist der Geist Albions, so sieht der englische Volkscharakter aus! Die Chauvinisten sind in der Regel Antipoden, aber trotzdem werfen sie einander die Bälle zu. Ein Chauvinismus beutet den anderen aus.

Mag nun von den offiziellen oder inoffiziellen Alldeutschen, den organisierten oder den wilden, die Rede sein – beide kritisierten sie das deutsche Kaiserreich in wachsendem Masse von rechts her, beide bewegten sich – ungeachtet der anderen Tendenzen, die es im Alldeutschen Verband auch nach der Plauener Tagung noch gab – auf der Linie der «Nationalen Opposition», und beide entwickelten sie wesentliche Elemente der späteren nationalsozialistischen Weltanschauung.

Wenn alldeutsche Ideen auch ausserhalb des Alldeutschen Verbandes entstanden und wirksam wurden, so beweist das nur, dass es sich hier – ähnlich wie zum Beispiel beim Antisemitismus – um mehr handelt als um ein künstliches Produkt krankhafter Demagogen. Aber ebenso ist die Tatsache, dass die alldeutschen Ideen nur innerhalb ganz bestimmter Gesellschaftsschichten entstanden, beziehungsweise Einfluss erlangten, ein klarer Beweis dafür, dass wir es bei der alldeutschen Bewegung nicht mit einer abstrakten nationalen Bewegung zu tun haben, sondern mit ganz etwas anderem. Die alldeutsche Bewegung war eine radikale und aggressive Kampfbewegung gegen die Ansprüche, Ziele und Interessen anderer Gesellschaftsschichten. Ihr Kampf galt vor allem der aufsteigenden Arbeiterklasse. Es ist daher auch kein Zufall, dass die Versuche verschiedener Gruppen des Alldeutschen Verbandes, Arbeiter für sich zu gewinnen, ausnahmslos gescheitert sind.

«Der Versuch, durch vaterländische Volksunterhaltungsabende völkische Gesinnung in den, weniger gebildeten Kreisen' zu wecken und zu pflegen, vermochte nichts gegenüber der Macht der sozialdemokratischen Agitation», schreibt Dr. L. Werner. Das Scheitern der alldeutschen Versuche, die Arbeiter alldeutsch zu infizieren, ist jedenfalls eine absolut feststehende und auch von den Alldeutschen allgemein anerkannte Tatsache. Nur erklärt sich diese Tatsache nicht in erster Linie aus der «Macht der sozialdemokratischen Agitation», sondern aus der schichttypischen Mentalität der modernen Industriearbeiterschaft. Auf Grund dieser Mentalität fand die sozialdemokratische Agitation hier Anklang und auf Grund dieser Mentalität waren die Arbeiter von den Alldeutschen so weit entfernt wie etwa Marx und Engels von Hasse und Class.

Ernst Hasse philosophierte, «dass Sozialismus und Nationalismus richtig verstanden sich nicht gegenseitig bekämpfen oder gar ausschlies-

sen», und durch diese demagogische Akrobatik mit zwei auf der Strasse liegenden Begriffen glaubte der Herr Professor das Ohr der Arbeiterschaft gewinnen zu können. «Aber die Arbeiterschaft hörte den alldeutschen Führer nicht», muss Dr. L. Werner konstatieren.

Die Gruppenmentalität der Alldeutschen widersprach zwar keineswegs nur der Mentalität der im modernen Produktionsprozess tätigen Handarbeiter, aber hier stiess sie im Gegensatz zu anderen Schichten ganz generell auf Widerstand, obwohl die Arbeiterklasse im Übrigen – was ein für alle Male mit Nachdruck betont werden soll – mannigfaltig differenziert war und bei Weitem nicht so aussah, wie es ein wirklichkeitsfremder Radikalismus und Proletkult wahrhaben wollte – oder auch, wie der Philister sie in seinen Angstträumen sah.

Den äussersten Gegenpol zur alldeutschen Gruppenmentalität bildete jedoch ohne Zweifel die Mentalität der sozialdemokratischen Arbeitermassen. Zwischen diesen Hauptträgern der linken und den Alldeutschen als den Initiatoren der rechten Opposition des Kaiserreichs gab es ebensowenig eine Brücke wie später zwischen dem Arbeitersozialismus und dem Nationalsozialismus. In einer Rede sagte August Bebel im Jahre 1902 in Bamberg:

«Wir wollen den Völkerbund, den Völkerfrieden. Wir treten für alle Massnahmen ein, die geeignet sind, das Wohl der Einzelnen wie das der Gesamtheit zu heben und die Völker zu einigen. Wir kämpfen und protestieren gegen alles, was geeignet ist, die Völker zu verhetzen . . . Allen diesen kulturwidrigen Zuständen wollen wir ein Ende machen, und darum unser Kämpfen und Streben, damit endlich die Sonne der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit über allen leuchte, die Menschenantlitz tragen.»

In der deutschen Sozialdemokratie gab es ebenso wie anderswo Meinungsverschiedenheiten, Cliquenkämpfe usw., aber der Geist der Rede Bebels war nicht der Geist eines einzelnen Mannes, nicht die Stimme einer Richtung und nicht das Willensbekenntnis einer Fraktion, sondern es war der Geist, die Stimme und das Willensbekenntnis der gesamten Partei, hinter der Millionen Männer und Frauen der deutschen Arbeiterklasse standen.

Das war der entscheidende Grund für die feindliche Einstellung der Arbeiter zum Alldeutschtum. Hier standen sich zwei Welten gegenüber, die durch nichts miteinander zu versöhnen waren. Das sollte sich später

auch im Weltkrieg zeigen, wo die Arbeiter den energischsten Kampf gegen die alldeutsche Annexionspolitik führten.

Viele Alldeutsche gaben schon lange vor dem Weltkrieg ihren Willen zur Erkämpfung der Weltherrschaft kund. Sie begründeten diesen Anspruch übrigens mit denselben Rassentheorien, die wir inzwischen in erschreckendem Masse in ihren praktischen Auswirkungen kennengelernt haben. Jedoch setzten sich der Antisemitismus und die Rassenideologie im Alldeutschen Verband erst sehr allmählich durch. Class schreibt darüber:

«Mit meiner Wahl in die Hauptleitung kam der erste entschiedene Antisemit in diese Körperschaft. Die älteren Herren waren dies nicht, wenn sie auch hie und da einmal ein schroffes Wort über die Juden gebrauchten . . . Nach meinen Eindrücken wäre es zu Hasses Lebzeiten ausgeschlossen gewesen, den Alldeutschen Verband zum Träger einer völkischen Politik zu machen, wie sie aus den Erkenntnissen der Rassenlehre sich ergab. Wir Jüngeren mussten also Geduld haben ...»

Class gedenkt in seinen Memoiren einiger Männer, die ihm als Gesinnungsgenossen und Mitarbeiter besonders viel bedeuteten, und nennt dabei an erster Stelle Professor Dr. Ludwig Schemann, «den Retter des Rassenwerkes von Gobineau». Die Alldeutschen waren zwar ebenso franzosen- wie englandfeindlich, aber für den Franzosen Graf Gobineau interessierten sie sich ebenso lebhaft wie für den gebürtigen Engländer H. St. Chamberlain. «Ich machte es mir zur Pflicht, bei der Verbreitung von Gobineaus ‚Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen‘ tatkräftig einzugreifen. Es gelang, nahezu alle unsere Ortsgruppen in den Besitz des vierbändigen Werkes zu setzen. Sie wurden dazu angehalten, über seinen Inhalt Vorträge und Erörterungen abzuhalten. Ich glaube, man kann sich das rasche und siegreiche Fortschreiten des Rassedankens ohne diese Förderung durch den Alldeutschen Verband nicht denken», schreibt Class.

Als 1899 das Buch von H. St. Chamberlain erschien, rief Ernst Hasse aus: «Unsere Zukunft liegt im Blute! Wunderbar genug, dass man diese scheinbar einfache Tatsache so lange Zeit wenig beobachtet hat.» Wie aus dem letzten Satz hervorgeht, wusste Hasse also, dass diese «Tatsache», wie der Herr Professor so etwas nannte, nicht erst von Chamberlain «entdeckt» wurde, sondern man sie bisher nur weniger beachtet hatte.

Wie sollte Hasse das auch nicht gewusst haben? Er als der Führer des A.V. war doch mit der Rassenideologie längst vertraut. Im Übrigen gab es zu der Zeit, wo Chamberlains «Grundlagen des 19. Jahrhunderts» erschienen, schon ganze Berge von rassenantisemitischer Literatur und seit vielen Jahren auch schon eine rassenantisemitische Partei. Die nicht selten vertretene Auffassung, Chamberlain sei der «eigentliche Vater» der Rassenideologie, hat daher in den Tatsachen keinen Rückhalt, ganz abgesehen davon, dass die Suche nach dem «eigentlichen Vater» überhaupt eine sehr problematische Beschäftigung ist.

Aber H. St. Chamberlain wurde nicht ohne Grund zum Heros der Alldeutschen und der Rassenantisemiten. Die Rassenantisemiten hatten nämlich schon lange das Bedürfnis, ihre Ideologie zu einer geschlossenen Weltanschauung zu systematisieren, und hierfür war Chamberlain der rechte Mann zur rechten Zeit. Es ist sehr bemerkenswert, dass nun auch Gobineau (1897-1901) ins Deutsche übersetzt wurde und der Alldeutsche Schemann der Übersetzer war. Und wenn Dr. L. Werner sagt, dass «zahlreiche Alldeutsche, unter ihnen die Führer des Verbandes, sich als Anhänger der in beiden Werken niedergelegten Anschauungen bekannten», so ist dies umso weniger überraschend, als der alldeutsche Imperialismus darin die Ideologie fand, die er ausgezeichnet gebrauchen konnte.

Auf den Tagungen des Alldeutschen Verbandes nahm daher die Rassenfrage einen sehr breiten Raum ein. Im Jahre 1905 sprach in Worms Professor Kuhlenbeck über das Thema: «Die politischen Ergebnisse der Rassenforschung», wobei er den Mittelstand als «das eigentliche Reservoir des Rassenwertes» bezeichnete. Meistens sollte dies jedoch der Bauernstand sein. Die Arbeiter waren es jedenfalls nie. Auf dem Alldeutschen Verbandstag von 1913 sprach Dr. med. Flitner «Über Rassen und Rassenpflege». Der im Verbandsorgan veröffentlichte Tagungsbericht bezeichnete dieses Thema als den «fast wichtigsten Gegenstand alles völkischen Seins und Tuns».

Die Schlussworte des Redners klangen in den Appell aus, mit aller Kraft dafür zu sorgen, «dass das Volk, welches die grösste Menge nordischen Blutes als edelsten Schatz in sich beherbergt, der Welt das deutsche, das nordische Wesen weiter erhält». Dr. Flitner empfahl auch eine engere Zusammenarbeit mit den rassenverwandten Skandinaviern, in erster Linie den Schweden.

Die Rassenmystik hatte in den für sie empfänglichen Kreisen hier und da bereits im kaiserlichen Deutschland höchst eigentümliche Früchte gezeitigt. So wurde zum Beispiel in der alldutschen Zeitschrift «Heimdall» im Jahre 1905 im Interesse der Erneuerung der germanischen Rasse der Gedanke an Aufgabe der Einehe erwogen. «Da es sich bei planmäßiger Arierzucht um die höchsten Gesichtspunkte handelt, so muss zeitweise von einigen herkömmlichen Gepflogenheiten unserer sogenannten ‚Sittlichkeit‘ abgesehen werden.» Die zitierte Zeitschrift setzte sich für Zuchtungsstätten ein. Solche Zuchtungsstätten zur Produktion von rassenreinen Ariern sollten, «völlig getrennt vom übrigen Volke, etwa auf einigen Nordsee- oder Ostseeinseln eingerichtet werden».

Ähnlich schlug das rassenantisemitische Organ «Hammer» im Jahre 1907 die Bildung von hauptsächlich aus Frauen bestehenden «Edelrasengruppen» vor, welche auf Ehe und Familie Verzicht leisten und nur einige kräftige Männer zum Zwecke der Kindererzeugung unter sich dulden sollten. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die Auffassung von Alfred Rosenberg bemerkenswert, wonach ohne die Vielweiberei vergangener Zeiten «nie der germanische Völkerstrom früherer Jahrhunderte entstanden wäre, womit soviel gesagt ist, dass alle Voraussetzungen für die Kultur des Abendlandes gefehlt hätte».

Tragikomisch ist auch die folgende Vortragsanzeige des «Reichs-Hammerbundes», die 1914 im «Volkserzieher» erschien: «Das Geheimnis der Menschenform. Praktische Vorführungen von Schädelmessungen mit dem Plastometer. Deutschgesinnte Männer und Frauen arischer Abkunft als Gäste gern willkommen.»

In der Arbeit «Die Alldutschen» von Hobohm-Rohrbach heisst es: «Eine besondere Ausprägung des alldutschen Glaubens an die einzigartige Vortrefflichkeit des deutschen Wesens finden wir endlich in einer besonderen Art von alldutscher Religion. Die Alldutschen glauben entdeckt zu haben, dass das Christentum undeutsch, antideutsch ist, und dass im germanischen Wesen viel bessere religiöse Keime und höhere Werte stecken als im Christentum. Die Nächstenliebe vergiftet das germanische Volkstum und mordet den Staat! So schreibt P. Nordheim im ‚Volkserzieher‘ 1910.»

Zweifellos spielten diese Tendenzen in der alldutschen Bewegung eine Rolle, aber die eben zitierten Ausführungen sind eine unzulässige Generalisierung. Die Verfasser korrigieren sich übrigens selber, indem

sie über das Verhältnis der Alldeutschen zum Christentum an anderer Stelle sagen: «Das eine Mal annectieren sie das Christentum und geben es für eine Frucht vom arisch-germanisch-alldeutschen Baume aus; das andere Mal verwerfen sie es und treten es entschlossen unter die Füße.»

Dieser Widerspruch, dieses Doppelgesicht – das ist in der Tat das Charakteristische für die Stellung der alldeutschen Bewegung zum Christentum, und durch prinzipiell dieselben Widersprüche wird dann später auch die nationalsozialistische Bewegung gekennzeichnet sein, obwohl sie daneben – ebenso wie die alldeutsche Bewegung – noch viele andere Züge aufzuweisen hatte.

In der Zeitschrift «Heimdall» hiess es 1899: «Christ konnte kein ‚internationales‘ Christentum wollen ... Er wusste wohl nur zu gut, dass nur Arier, nur Germanen, wahre Christen zu sein vermögen.» Im Jahre 1911 schrieb dieselbe Zeitschrift: «Jesus, der edle, reine Arier, in dessen Adern kein Tröpfchen semitisches Blut geflossen ist, soll in der künftigen freien Deutschkirche, in unserer deutschen heiligen Schrift neben Baldur seinen Ehrenplatz haben.» Es ist psychologisch verständlich, dass andere ihrem religiösen Dilemma zu entrinnen suchten, indem sie das Christentum ganz fallen liessen und sich nicht länger der hoffnungslosen Arbeit widmeten, es zu arisieren, zu monopolisieren und zu nationalisieren.

Treffend sagten Hobohm-Rohrbach im Hinblick auf jene Alldeutsche, die eine spezielle deutsche Religion zu fabrizieren suchten: «Fast 2'000 Jahre nach Christus sollen wir wieder zurückkehren zu dem, was es überwunden hat: vom Weltengott zum Stammesgott. Damit wären wir Erben von neunzehn Jahrhunderten christlicher Gewissensarbeit also wieder bei den Grundsätzen angelangt, mit denen die Völker in die Geschichte einzutreten pflegten.»

Diese Bestrebungen gingen jedoch meistens von inoffiziellen Alldeutschen aus. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des A. V. bekannte sich zum evangelischen Glauben und hielt theoretisch daran fest, obwohl der offiziell geförderte Rassenantisemitismus damit nicht zu vereinbaren war, sondern objektiv eine Förderung christentumfeindlicher Bestrebungen bedeutete, die dem Wotanismus Vorschub leisteten.

Das Vordringen der Rassenideologie innerhalb des A. V. spiegelte sich auch in den neuen Satzungen von 1903 wieder, in denen die Weckung

und Pflege der «rassenmässigen Zusammengehörigkeit» aller deutschen Volksteile zum Programm erhoben wurde. Im Gründungsaufruf und in den ersten Satzungen des Verbandes war von einer solchen rassenmässigen Zusammengehörigkeit noch nicht die Rede.

Jedoch die «Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele» – das wurde schon im Gründungsaufruf und in den ersten Satzungen des Verbandes in den Mittelpunkt gestellt. Darauf ist ja letzten Endes überhaupt der Name «Alldeutsch» zurückzuführen. Die «Zusammenfassung des gesamten Deutschtums» war ein offizielles Ziel des A.V.

Der Verband befand sich indes in dem Dilemma, dieses Ziel nicht unmittelbar auf die Tagesordnung der Politik stellen zu können. Er war nämlich, in diesem Punkte restlos mit der offiziellen deutschen Politik übereinstimmend, der Meinung, das 1879 zwischen Deutschland und Österreich geschlossene Bündnis müsse im Hinblick auf die allgemeine aussenpolitische Lage des Reiches unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Für diesen Standpunkt liessen sich sehr gute Gründe anführen, aber wer ihn vertrat, der konnte natürlich nicht die Forderung aktualisieren, die deutschen Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie ins Deutsche Reich einzugliedern und damit das Donaureich zu zertrümmern. Die zehn Millionen Deutsche oder die ganzen fünfzig Millionen Untertanen der Habsburger – das war die grosse Frage. Der Alldeutsche Verband entschied sich für die fünfzig Millionen. Das reale machtpolitische Interesse siegte hier ebenso wie in vielen anderen Fällen über die Mystik des Blutes. Klar und deutlich erklärte Class, «dass wir an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht nur festhalten, sondern diesen zunächst allein für uns in Betracht kommenden Bundesgenossen auch vor weiterer Schwächung bewahren müssten».

Auf Grund dieser Position musste sich Class häufig den Vorwurf machen lassen, «Habsburger-Politik» zu betreiben.

Bei einigen Kritikern stand letzten Endes das deutsch-russische Verhältnis im Mittelpunkt, andere aber waren über die «Habsburger-Politik» deshalb empört, weil sie direkt auf das Ziel der Zusammenfassung des gesamten Deutschtums lossteuern wollten und daher in der Unterstüt-

zung des Donaustaates einen Verrat an dieser Sache sahen. Zwar gab es auch im A.V. Vertreter solcher Auffassungen, aber unter den inoffiziellen Alldeutschen waren sie häufiger. Das Zentrum dieser Richtung lag jedoch nicht im Deutschen Reich, sondern in Österreich, dem Geburtsland Adolf Hitlers.

Der aktivste und bedeutungsvollste Führer dieser Richtung war Ritter Georg v. Schönerer (1842–1921). Er erblickte in Wien das Licht der Welt, übernahm 1869 von seinem Vater das Gut Rosenau und wurde 1873, dem Jahre des grossen Krachs, in den Reichsrat gewählt.

Wie viele seiner Standesgenossen im Reiche der Habsburger und der Hohenzollern, führte auch er einen leidenschaftlichen Klassenkampf gegen das bewegliche Kapital, die «semitische Herrschaft». Ähnliche soziale Verhältnisse und Probleme gebären ähnliche Ideologien und soziale Bewegungen, und darum erhob der Antisemitismus unter anderem auch unter den Völkern des Donauraumes sein Haupt. Innerhalb der deutschen Volksgruppe spielten dabei zwei Männer eine besonders grosse Rolle, zwei Männer, die trotz ihrer Verschiedenheiten beide sehr wichtige und in «Mein Kampf» oft genannte Lehrmeister Adolf Hitlers waren: nämlich der Wiener Advokat Dr. Karl Lueger und der bereits präsentierte Ritter Georg von Schönerer.

Lueger, der zu den Mitbegründern der Katholischen Christlichsozialen Partei gehörte, war ebensowenig Rassenantisemit wie Stöcker, der Gründer der Protestantischen Christlich-sozialen Partei des Hohenzollernstaates. Aber Schönerer, auf den wir uns hier jetzt beschränken wollen, war Rassenantisemit. Und wer waren seine Anhänger? Erwin Mayer-Löwenschwerdt, ein Verehrer und Gesinnungsgenosse des völkischen Ritters, antwortet darauf in seiner Biographie «Schönerer, der Vorkämpfer» (Wien, Leipzig 1938): «Die Anhänger Schönerers waren die sogenannten Intelligenzkreise, Lehrer, Beamte, Studenten.»

Mayer-Löwenschwerdt hebt wiederholt hervor, dass die Arbeiter der völkischen Gedankenwelt abgeneigt waren, dagegen vor allem die Studenten in deren Bann gezogen wurden. Die antisemitische Bewegung in der deutschen Studentenschaft hatte Anfang der achtziger Jahre einen grossen Aufschwung genommen, und dieser Antisemitismus «war eindeutig rassistisch, nicht konfessionell eingestellt», konstatiert Mayer-Löwenschwerdt, der in diesem Zusammenhange darauf hinweist, dass an

den österreichischen Universitäten im Jahre 1880 16,9 Prozent aller Studierenden Juden waren und die Hörer der Wiener Universität im Wintersemester 1887/88 sogar zu 40 Prozent aus Juden bestanden.

Schönerer war ein Alldeutscher, aber mit dem Alldeutschen Verband, dem er angehört hatte, kam er wegen dessen «Habsburger-Politik» immer mehr in Konflikt, und schliesslich zogen er und seine Anhänger ihre eigene alldeutsche Bewegung auf.

Man darf diese beiden Richtungen der alldeutschen Bewegung, die sich bekämpften, also nicht miteinander identifizieren. Aber obwohl sie sich keineswegs nur durch die Österreich-Politik unterschieden, sind sie soziologisch sehr eng miteinander verwandt und haben sich gegenseitig stark beeinflusst. Wer damals – wie der junge Adolf Hitler, der Sohn eines Zollbeamten – Interesse für Schönerer und die Literatur seiner Alldeutschen hatte, der blieb daher sicher auch nicht unberührt von den Publikationen des A.V. und der wilden Alldeutschen des Reiches. Ganz besonders dann nicht, wenn er – wie der Verfasser von «Mein Kampf» – von sich sagen kann: «Ich las damals unendlich viel, und zwar gründlich.»

Aber wenn die offiziellen Alldeutschen ihr grossdeutsches Ziel unter den damaligen Umständen auch nicht aktualisieren konnten, so träumten sie doch ebenso von diesem Grossdeutschland wie die Alldeutschen der Donaumonarchie und die wilden Alldeutschen der Monarchie Wilhelms II. Ganz gewiss gab es dabei Unterschiede, aber so gross diese im Einzelnen auch gewesen sein mögen, ein Wesensmerkmal war all diesen Alldeutschen gemein, nämlich: ihre Vorstellungen von Grossdeutschland hatten niemals etwas mit den grossdeutschen Bestrebungen der demokratischen und sozialistischen Revolutionäre von 1848 zu tun.

Denn die Losung dieser Tage war: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; Freiheit zu Hause und Freiheit draussen in der Welt, Brüderlichkeit im eigenen Lande und Brüderlichkeit unter den Völkern, Gerechtigkeit gegenüber allen, die Menschenantlitz tragen. Keine fremden Völker sollten vergewaltigt werden, und auch das eigene Volk sollte sich aus freiem Entschluss zusammenfinden, wobei man bedenken muss, dass Deutschland damals überhaupt noch kein Nationalstaat war, sondern in unzählige Kleinstaaten und Fürstentümer zersplittert, ein wirtschaftlich, sozial und politisch unerträgliches Dasein führte. Aber der grossdeutsche Gedanke von 1848, an den 1918, nachdem die österrei-

chisch-ungarische Monarchie durch Krieg und Revolution zerfallen war, Demokraten und Sozialisten beider Länder von Neuem anknüpften, bekam seine tiefe Bedeutung nicht nur durch den demokratischen und freien Geist, sondern auch durch den Willen zur Weltwirtschaft.

Für die Alldeutschen dagegen hatte Grossdeutschland einen grundsätzlich anderen Sinn. Ergibt sich dies schon aus all dem, was wir über diese Strömung bisher gesagt haben, so wird das noch klarer werden, wenn wir nun etwas näher auf die aussenpolitischen Phantasien der Alldeutschen eingehen. Es sei vorausgeschickt, dass wir uns dabei auf die Alldeutschen des Reiches beschränken und diese nicht getrennt nach organisierten und wilden behandeln.

Beginnen wir diese Blütenlese mit einer Schrift, die im Jahre 1895 erschien und den Titel trug «Grossdeutschland und Mitteleuropa um 1950». Wie häufig bei diesen Schriften gab der Verfasser nicht seinen Namen preis. Er ersetzte diesen durch die Worte: «Von einem Alldeutschen.» Die Schrift dieses Alldeutschen hat die Empörung ganz Europas hervorgerufen. Die Niederlande und das Königreich Vlamland sollten nämlich deutsche Bundesstaaten werden, Antwerpen Reichsfestung und Luxemburg ebenso. Der Schweiz wurde nur die Entscheidung darüber überlassen, ganz und gar oder «zusammengeschmolzen auf ihr deutsches Gebiet» in den sogenannten Grossdeutschen Bund einzugehen.

Ferner sollten diesem Bunde Ungarn, Polen, Ruthenien, Rumänien, das grossserbische Königreich und das Kaisertum Österreich auf die eine oder andere Weise eingeordnet werden. Österreich bekam von dem anonymen Alldeutschen den Befehl, auf eine eigene Kriegsmarine zu verzichten, Russland sollte sein ganzes Westgebiet abtreten und dafür die Halbinsel Gallipoli erhalten! Diese Schrift wurde von Ernst Hasse begrüsst und als gut alldeutsch anerkannt.

Die Alldeutschen sprachen viel von der «Errichtung einer Zollunion», und die «Alldeutschen Blätter» versicherten im Jahre 1903, dass man dabei «die Peitsche, wenn es nötig ist, ebenso entschlossen anwendet wie das Zuckerbrot». Auch der Verfasser von «Grossdeutschland und Mitteleuropa um 1950» genierte sich nicht, seinen primitiven Imperialismus mit dem Begriff «Zollunion» in Zusammenhang zu bringen. Wie primitiv sein Imperialismus war, beleuchten auch die folgenden Worte:

«Dadurch, dass die Deutschen allein politische Rechte ausüben, im Heer und in der Marine dienen und Grundbesitz erwerben können, erlan-

gen sie das im Mittelmeer vorhandene Bewusstsein wieder, ein Herrenvolk zu sein. Sie dulden die unter ihnen lebenden Fremden gern zur Ausfuhrung der niederen Handarbeiten.» (2. Auflage, Seite 47-48.)

Noch im selben Jahre erschien – ebenfalls anonym – eine alldeutsche Schrift mit dem Titel «Germania triumphans. Ruckblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse der Jahre 1900-1915». Darin wurde unter anderem für das Jahr 1903 der Krieg gegen Russland angekündigt, dem man bei dieser Gelegenheit riesige Gebiete abzunehmen gedachte. Diese Gebiete sollten in acht deutsche Bundesstaaten umgewandelt und von den deutschen Herrscherhäusern regiert werden.

«Ein Alldeutschland ist überhaupt nur möglich, wenn wir die slawische Vormacht, Russland, zerschmetternd geschlagen, geradezu wehrlos gemacht haben», wurde in dem 1900 erschienenen Buch «Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts» verkündet, und ähnlich hiess es in anderen alldeutschen Publikationen. Auch der Verfasser von «Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts» hatte es vorgezogen, sein Buch namenlos erscheinen zu lassen. Aber Ernst Hasse schrieb im Verbandsorgan, dass «wir den Verfasser in den Kreisen der welterfahrenen Aristokratie suchen». Gleichzeitig drückte Hasse den Wunsch aus, jeder Alldeutsche möge dieses Buch Zeile für Zeile lesen.

Auch der Verfasser dieses Buches forderte eine phantastische Ausdehnung der deutschen Grenzen in Europa. Dies erschien ihm noch wichtiger als die Entwicklung und die Erweiterung der Kolonien. «Bis unsere Kolonien auch nur einen Bruchteil des Getreides liefern, das wir brauchen, wird noch viel Wasser den Rhein hinunterrinnen, und selbst eine hoch entwickelte Agrikultur in Afrika würde unserm deutschen Bauer nichts nützen», sagt der Verfasser, um dann fortzufahren: «Aber wir können einen gewaltigen frischen Zug in unsere Landwirtschaft bringen, wenn es uns glückt, unsere Grenzen in Europa auszudehnen.»

Mit der fremden Bevölkerung sollte – wie dieser Alldeutsche sich ausdrückte – ganz einfach «tabula rasa» gemacht werden, um den Boden dann mit deutschen Bauern besiedeln zu können. Nach diesem Prinzip empfahl er auf dem Balkan, im Westen und im Osten zu verfahren. «Freilich schaffen wir damit ein neues Kriegs- und Völkerrecht; aber was liegt daran, heutzutage, wo man nur alle fünfzig Jahre Krieg führt, kann man

dabei jedesmal sehr gut das Völkerrecht umgestalten, das heisst so weiterentwickeln, wie man es braucht», sagt der Verfasser des Buches «Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts».

«Man wird gut tun», meinte er weiter, «in rücksichtslosester und ganz unbekümmerter Weise aufzutreten». Das gelte auch von einem Kampf mit England, und die Friedensschlüsse müssen hart und wirksam sein. Er bezweifelte zwar etwas, dass man ein besiegtes Volk heute noch physisch vernichten könne, fügte jedoch hinzu: «Gleichwohl aber lassen sich Bedingungen ausdenken, die einer Vernichtung sehr nahekommen würden.» (Seite 215.)

Wie dies, so kann man auch die folgenden Worte dieses Aristokraten nur aus der Untergangsstimmung einer historisch überlebten Welt verstehen:

«Als Staatsmann von grossem, weitem Blick muss man sich sagen: Suchen wir durch einen grossen europäischen Krieg, zu dem wir mehr befähigt sind als irgendeines der kontinentalen Völker, unsere Stellung zu verstärken und für alle Zukunft fest zu begründen, dann wird die Zeit für eine grosse Sozialreform grössten Stils herangekommen sein. Ein hypothetisches Beispiel, damit man uns verstehe. Gelänge es uns, England zu besiegen und mittels der zahlreichen Milliarden, die wir ihm dann abnehmen, eine mächtige wirtschaftliche Reform für die unteren Klassen durchzuführen, was würden wir dann für eine Stellung haben, was würde das für ein Hochbrausen des nationalen Gedankens in- und ausserhalb der schwarz-weiss-roten Grenzpfähle sein!... Gerade aus sozialen Gründen, ebenso wie aus politischen und nationalen, ist daher unseres Erachtens der Krieg nie aus dem Auge zu lassen. Möchten doch die ersten paar Jahrzehnte uns denselben bringen, denn wir brauchen ihn.» (Seite 190-191.)

Sie brauchten ihn wirklich, denn eine kontinuierliche Entwicklung Deutschlands hätte diese überlebten Gesellschaftsschichten allmählich zum totalen Untergang verurteilt. Darum ihre Verzweiflung, ihre Kopflosigkeit und ihre phantastischen Pläne!

Die alldeutsche Zeitschrift «Heimdall» muss hier auch zitiert werden. Sie schwärmte von einem alldeutschen Weltreich und gab zum Beispiel im Jahre 1901 die Parole aus: «Gegen Rom, gegen Slawen, selbst gegen widerstrebende germanische Brüder. Die müssen aber zu ihrem Glück gezwungen werden. Ich meine die Dänen. Heute in der Mehrzahl noch grimmige Deutschenfresser. Das wird man ihnen abgewöhnen müssen. Durch freundliches Zureden allerdings nicht. Nur durch den ehernen

Schritt des gewaltigen Schicksals, durch den unerbittlichen Zug des allgermanischen Weltgedankens nach dem Nordosten.»

Auch das bereits erwähnte Blatt «Volkserzieher» hatte in dieser und anderer Hinsicht grosse Ambitionen. Sein Herausgeber Wilhelm Schwamer war sehr stolz darauf, 8'000 Volksschullehrer und durch diese insgesamt 400'000 künftige deutsche Bürger zu beeinflussen. Dieses Blatt, dessen Herausgeber für die von ihm propagierte «Deutschkirche» eine bis 1914 in 10'000 Exemplaren verbreitete Germanenbibel zusammengestellt hat, schrieb zum Beispiel im Jahre 1913:

«Selbstredend dürfte eine grosszügige deutschvölkische Politik nicht beim Anschluss der ehemaligen österreichischen Bundesländer stehenbleiben, sondern müsste auch die zum alten Reichsgebiet gehörigen Länder: Schweiz, Luxemburg, Belgien und Holland umfassen. Ist dieses Ziel erreicht, dann sind wir allein stark genug, mit jeder denkbaren europäischen Mächtekomination fertigzuwerden. Eine Krönung und dauernde Sicherung dieses wahren ‚Deutschland‘ wäre dann ein bundesrechtliches Verhältnis mit den nordgermanischen Staaten, das ja heute nicht nur von Deutschland, sondern auch bereits von Schweden aus (Sven Hedin) warm befürwortet wird. Ein europäisches Allgermanien: das ist das neue Ideal, das wir unseren Kindern geben müssen.»

Schon im Jahre 1905 veröffentlichte Josef Ludwig Reimer ein Buch mit dem Titel «Ein pangermanisches Deutschland» in dem er unter anderem forderte, «die in Betracht kommenden skandinavischen und niederländischen Germanenstaaten allmählich zu verdeutschen». «Wir wollen und müssen wollen: ein germanisches Stammesreich deutscher Nation, ein Weltreich germanischer Stämme unter der Hegemonie des deutschen Volkes.» Und an anderer Stelle:

«Alles kommt darauf an, dass Deutschland mit der Unterwerfung Frankreichs die unbedingte Hegemonie in Mittel- und Westeuropa erlange unter gleichzeitiger oder unmittelbar folgender Einverleibung der deutschen Provinzen Österreichs in irgendeiner unseren germanischen Rassenabsichten entsprechenden Form. Der natürliche Druck dieses neuen deutschen Reiches wird so gross sein, dass sich – nolens volens – die umliegenden kleineren germanischen Staaten unter Bedingungen werden anschliessen müssen, die wir bestimmen.»

Was England zu all diesen Plänen sagen und gegen ihre Verwirklichung tun würde, wurde im Allgemeinen sehr leicht genommen. Deutschland werde eines Tages Boulogne und Calais erobern, und das werde der Anfang zur Niederzwingung Englands sein, schrieb zum Beispiel der Regierungsrat Rudolf Martin im Jahre 1907.

Alle waren jedoch nicht so phantastisch optimistisch, und mancher war einer Verständigung mit England trotz allen Hasses gegen dieses «verjudete, parlamentarisch-demokratische Krämerland» nicht unter allen Umständen abgeneigt. Der alldeutsche General Bernardi zum Beispiel wollte in diesem Punkt mit sich reden lassen. Aber nur unter der folgenden Voraussetzung: «England müsste uns in der europäischen Politik völlig freie Hand lassen und jede Machterweiterung Deutschlands auf dem Festlande, wie sie etwa in einem mitteleuropäischen Bunde oder in einem Kriege mit Frankreich zum Ausdruck kommen könnte, von vornherein gutheissen.» Auf ungefähr derselben Basis wird später auch Adolf Hitler für die Verständigung mit England plädieren.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das 1911 erschienene Buch «Grossdeutschland, die Arbeit des 20. Jahrhunderts» von Otto Richard Tannenberg. Hier wurden die aussenpolitischen Gedanken von «Mein Kampf» in vieler Hinsicht am eindeutigsten vorweggenommen. Nach Hobohm-Rohrbach muss Tannenberg «als ein sehr markanter ‚Klassiker‘ des Alldeutschtums bezeichnet werden». Dem Alldeutschen Verband hat er allem Anschein nach jedoch nicht angehört.

Deutschland nähme jährlich um eine Million Einwohner zu, wir dürfen nicht stehenbleiben bei dem, was wir 1871 erreicht haben, wir können eine weitere Industrialisierung nicht ertragen, ohne durch die Erweiterung des Bauernstandes ein Gegengewicht zu schaffen, denn «mit den Bauern steht und fällt der Staat» – so heisst es bei Tannenberg wie bei vielen anderen Alldeutschen und später bei Hitler. Wörtlich schreibt Tannenberg auf Seite 77 seiner 280 Seiten umfassenden Arbeit: «In den letzten 25 Jahren haben wir in Deutschland eine Industrialisierung ohne Beispiel erlebt, wie wir sie 1870 uns nicht haben träumen lassen. Unsere Fabrikanten haben grosse Reichtümer erworben, aber die Industrie hat uns den Sozialismus gebracht, und die wilde Bestie will uns fressen.»

Kann man es deutlicher verraten, um was es bei diesem Imperialismus geht und wer innerhalb der deutschen Grenzen das wichtigste Opfer dieser alldeutschen Agressoren werden sollte? «Die Verwirklichung meiner

Vorschläge entzieht den sozialistischen Führern ihre Anhänger», versicherte der reaktionäre Utopist Tannenberg, der an anderer Stelle seines Buches mit der gleichen Naivität und Anmassung schrieb: «Das deutsche Volk hat immer recht, weil es das deutsche ist und 87 Millionen zählt.»

Otto Richard Tannenberg ist mit seinem «Grossdeutschland, die Arbeit des 20. Jahrhunderts» ein Schulbeispiel dafür, dass es sich bei dem «grossteutschen» Gedanken der Alldeutschen nicht um die Erfüllung, sondern um die denkbar radikalste Verneinung der Ideale von 1848 handelt und dass das Ziel dieser Richtung niemals die Vollendung der bei Kleindeutschland stehen gebliebenen nationalstaatlichen Entwicklung Deutschlands war, sondern ein Imperium von ganz besonderer Struktur, ein Imperium, in dem die freiheitlichen Kräfte Deutschlands ebenso in Fesseln geschlagen werden sollten wie die Völker Europas.

Beginnen wollte Tannenberg natürlich mit Österreich, denn da waren ja «deutsche Brüder» zu befreien, also war dies moralisch der beste Start. Von hier aus konnte man am zweckmässigsten das europäische Staatensystem erschüttern und den Stein ins Rollen bringen. Dieser Teil der alldeutschen Riesenarbeit war nach der Auffassung Tannenbergs sehr leicht zu erledigen. «Österreich selbst wird wenig in Betracht kommen, da es zu ohnmächtig ist.» Die Bildung eines tschechischen Kleinstaates wollte er natürlich unter allen Umständen verhindert wissen.

Das alles war jedoch erst der Anfang. Er propagierte unter anderem auch einen Marsch gegen Russland, um dort Land, viel Land zu erobern, denn «Landerwerb allein kann uns helfen». Den geeigneten Bundesgenossen im Kampf gegen Russland sah er in Japan. Plötzlich alle seine Rassenprinzipien vergessend, rief er aus: «Wenn die Japaner nicht vorhanden wären, müsste man sie erfinden.» Andere Alldeutsche erblickten darin jedoch eine grobe Inkonsequenz. Zu ihnen gehörte auch Class. «Hier heisst es den Anfängen zu widerstehen und die Rassenehre wahren», schrieb er 1912 in einem sehr bedeutungsvollen Buch, das uns im nächsten Kapitel beschäftigen wird.

Russland ist unser erster Gegner, der zweite ist Frankreich. Russland bringt Land, Frankreich Geld, meinte Tannenberg. England dürfte der dritte Feind sein, fügte er hinzu. Aber obwohl er an einer Stelle sagt: «Grossteutschland ist nur möglich durch einen Kampf mit Europa. Russland, Frankreich und England werden sich der Begründung Gross-

deutschlands widersetzen», hielt er die englische Feindschaft nicht für unbedingt sicher.

Jedenfalls wollte er den germanischen Vetter zu gewinnen suchen, was er im Gegensatz zu den meisten Alldeutschen auch für möglich hielt, obwohl in seiner Brust ganz offensichtlich zwei Seelen wohnten. «Wir wollen keinen Krieg mit England. Auch mit aus diesem Grunde nicht, weil germanisches Blut zu schade ist, um nutzlos vergossen zu werden, solange es noch andere Völker gibt, die uns im Wege stehen!», schrieb Tannenberg. Er hielt es jedoch auch für unwahrscheinlich, dass England von Deutschland zur See geschlagen werden könnte, und dies dürfte – wie später bei Hitler und Rosenberg – das Entscheidende gewesen sein.

Tannenberg schliesst sein Buch mit einem Ausblick auf den kommenden Friedensvertrag. Er schrieb dabei unter anderem: «Die Friedens Verhandlungen mit Frankreich finden zu Brüssel statt. Es heisst jetzt Brüssel, und mit Bruxelles ist es aus für ewige Zeiten. Der Krieg darf dem Unterlegenen nichts lassen wie die Augen zum Weinen über sein Unglück. Bescheidenheit wäre für uns eine Torheit.» (Seite 237.)

Solche ausgesprochenen Perversitäten waren selbst in der Literatur der wilden Alldeutschen nicht alltäglich. Das lässt sich einigermaßen klar übersehen. Dagegen ist es sehr viel schwieriger, Genaueres über den tatsächlichen Einfluss der Alldeutschen auszusagen. Sicher ist nur, dass dieser Einfluss im Auslande oft erheblich überschätzt, im Inlande aber unterschätzt wurde. Ein Beispiel für diese Unterschätzung ist der bekannte deutsche Historiker Professor Hans Delbrück, der die Alldeutschen in den «Preussischen Jahrbüchern» vom Mai 1911 als eine «zwar rührige, aber gänzlich einflusslose Sekte» bezeichnete.

Jedoch im Dezember 1913 schrieb derselbe Gelehrte in derselben Zeitschrift, die alldeutsche Bewegung sei für die Zukunft des deutschen Reiches eine «grössere Gefahr als die Sozialdemokratie und das Zentrum».

Dieser schroffe Meinungswechsel lag nicht nur darin begründet, dass Delbrück im Jahre 1913 schärfer sah als 1911, sondern ebenso sehr darin, dass die Sympathien für die «Nationale Opposition» im Lager der konservativen und reaktionären Mächte Deutschlands seit 1912 in ständigem Ansteigen begriffen waren.

Und warum dies? Was war da inzwischen geschehen? Nun, der grosse Kampf zwischen den zwei Deutschland war in ein neues Stadium getre-

ten. Die bürgerlich-demokratische Revolution war auf dem Marsch! Jene bürgerlich-demokratische Revolution, die im Jahre 1918 schliesslich triumphierte, nachdem Deutschland militärisch besiegt war. Besiegt, weil seine konservativen und reaktionären Mächte unbedingt den «Siegfrieden» brauchten und daher mehr oder weniger weitgehend das Kriegszielprogramm der «Nationalen Opposition» akzeptierten, das den Verständigungsfrieden unmöglich machte und Deutschland in die nationale Katastrophe des Versailler Friedensdiktates stürzte.

ZEHNTES KAPITEL

Marsch und Sieg der Revolution

Im Laufe der Zeit wurde es immer sichtbarer, dass die Sammlungs politik keine konstruktive Politik war.

Der Zolltarif von 1902 erschwerte ausserordentlich die Handelsvertragsverhandlungen. Fast alle Länder fühlten sich vor den Kopf gestossen. Nachdem dieser Zolltarif im Jahre 1906 in Kraft getreten war, zahlte das deutsche Volk die höchsten Lebensmittelpreise der Welt. Dies blieb natürlich nicht ohne Rückwirkungen auf die Lohnpolitik und das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Mit den Lebensmittelpreisen stiegen die Ausgaben des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden für Löhne, Gehälter usw. Nicht zuletzt aus diesem Grunde befand sich das Reich in permanenten Finanzkalamitäten, obwohl nun in der Weltwirtschaft eine glänzende Hochkonjunktur herrschte und es auch in der deutschen Wirtschaft trotz allem mit Riesenschritten vorwärtsging.

Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, suchte die Industrie die allgemeinen Wirkungen der Zölle durch verstärkte Rationalisierung und Konzentration zu kompensieren. Sie konnte dies tun, weil die Wirtschaft des kaiserlichen Deutschlands trotz aller Einschränkungen doch eine liberale Wirtschaft war. In derselben Weise kompensierten die Warenhäuser die Sonderbelastungen, die den Kleinhandel schützen sollten.

Aber diese Selbsthilfeaktionen der Industrie hatten ihre Grenzen, und die Reichsfinanzen mussten ja schliesslich auch einmal in Ordnung kommen. All dies sowie diverse Wirtschaftsmassnahmen der konservativ besetzten Ämter, die bürokratischen Schikanen, die Schulpolitik, die Politik in und gegenüber den Kolonien, das persönliche Regiment des Kaisers und die beängstigende aussenpolitische Lage des Reiches setzte das kapitalistische Bürgertum wieder etwas stärker in Bewegung.

Dem Fürsten Bülow, der von 1900-1909 deutscher Reichskanzler war, fiel die undankbare Aufgabe zu, das murrende Bürgertum zu befriedigen,

ohne die Konservativen und ihre Bundesgenossen in Raserei zu versetzen, ohne das preussische Staatssystem zu gefährden und ohne die Eitelkeit des Kaisers zu verletzen.

Im Jahre 1906 wurde der linksliberale Bankdirektor Dernburg zum Kolonialdirektor ernannt. Das wirkte beinahe schon wie ein Stück bürgerlicher Revolution, schreibt der sozialdemokratische Politiker und langjährige Chefredakteur des «Vorwärts», Friedrich Stampfer, im einleitenden Kapitel seines Buches «Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik» (Karlsbad 1936). Damit begann ein neuer Zeitabschnitt in der deutschen Kolonialpolitik, und von nun an stellten sich die meisten Linksliberalen und auch ein Teil der Sozialdemokraten grundsätzlich positiver zu ihr als zuvor.

In den allgemeinen Wirren dieser Tage kam es zum Krach mit dem Zentrum, zur Auflösung des Reichstages und schliesslich zur Bildung des sogenannten «Bülow-Blocks», der die Konservativen, die Nationalliberalen und den grössten Teil der Linksliberalen umfasste. Der Rest der Linksliberalen sowie die Sozialdemokratie bildeten die Opposition, ebenso das Zentrum, doch dies aus anderen Gründen und mit anderen Zielen.

Die liberalen Partner des Bülow-Blocks glaubten nun in Preussen wie im Reich an eine neue Ära. Sie verliebten sich in diese Illusion umso mehr, als es ihnen höchst verlockend erschien, liberale Reformen durchführen zu können, ohne den Kampf gegen die Sozialdemokratie mässigen zu müssen. Aber Naumann erklärte in Übereinstimmung mit anderen klugen und realistischen Linksliberalen: «Daran, dass der bürgerliche Liberalismus ohne die Sozialdemokratie noch einmal wieder zur politischen Führung gelangt, kann auch von seinen wärmsten Vertretern nicht mehr geglaubt werden. Das liberale Prinzip wird siegen, aber nicht ohne den Liberalismus der Massen.»

Diese Erkenntnis fiel dem liberalen Bürgertum ebenso schwer wie Herrn von Papen nach seinen eigenen Worten später die Erkenntnis, dass sein reaktionärer Antiliberalismus nicht ohne den reaktionären Antiliberalismus der nationalsozialistischen Massen siegen konnte. Aber das liberale Bürgertum sollte bald etwas mehr Verständnis für die Erkenntnis von Naumann und anderen haben. Im Jahre 1909 flog der unmögliche Bülow-Block nämlich auf. «Versäumt, vergangen, ein grosser Aufwand schmachlich vertan und die alte Misere in Deutschland wieder», sagte

Bassermann, der Führer der Nationalliberalen, am Grabe dieses Experimentes, des letzten liberalen Reformversuchs des Kaiserreiches.

Mit dem Bülow-Block war auch sein Initiator erledigt, der gar nicht daran dachte, die sehr begrenzte Macht des Parlamentes zu erweitern und einen liberalen Kurs einzuschlagen. Er trieb nach allen Seiten hin ein Doppelspiel und verfiel schliesslich in seinen eigenen Intrigen. Bülows Nachfolger wurde Bethmann Hollweg. Äusserlich zerplatzte der Bülow-Block wegen der Erbschaftssteuer, die von den Liberalen als notwendig für die Reichsfinanzreform angesehen wurde, bei den Konservativen aber auf energischen Widerstand stiess. Die gemässigten und kompromissbereiten Konservativen wurden auch in dieser Situation wieder an die Wand gedrückt.

Die Starrheit der Konservativen stiess vorübergehend selbst deren schwerindustrielle Bundesgenossen vor den Kopf, und «einig in all ihren Stämmen», wie ein Redner sagte, reichten sich am 12. Juni 1909 im Zirkus Schumann in Berlin die Industrie und die Bankwelt die Hände zum gemeinsamen Vorgehen.

Das war die Gründung des sogenannten «Hansa-Bundes», der mit einem überraschenden Elan und unter gewaltigem Jubel aus der Taufe gehoben wurde. Vertreter von über 100 Handelskammern und Börsen, von fast 400 Verbänden und Vereinen jeder Richtung des Handels und der Industrie, insgesamt 2'400 Delegierte und 4'000 andere Teilnehmer, hatten an diesem Tage «den Rüttschwur getan», um mit Duisberg zu sprechen. «Wie hoch muss da die Glut des Unwillens gestiegen sein, wenn diese doch reichlich heterogenen Elemente sich in einer einzigen Organisation zusammengefunden haben», sagte Bassermann am 16. Juni 1909 im Reichstag, von der Linken kräftig applaudiert.

Zahlreich waren die Klagen, die auf der Gründungsversammlung des Hansa-Bundes geäussert wurden. Man klagte über die ungeheuren pekuniären Belastungen, die bürokratischen Schikanen, die dauernden Enquêtes, das langsame Arbeiten der Staatsmaschinerie, die deutschen Konsulate, die der deutschen Industrie das Leben erschwerten statt erleichterten. Deutschland sei schon längst ein Handels- und Industriestaat, aber regiert werde dort noch nach Gesetzen, in denen Anschauungen zum Ausdruck kämen, die dem alten Agrar- und Polizeistaat entnommen seien, welcher kein Verständnis habe für die Bedürfnisse des Handels und der Industrie.

Die Bedeutung der heutigen Bewegung, so wurde sehr richtig gesagt, gehe weit über die Frage der einzelnen Steuervorschläge hinaus. Es trete ein gewaltiges Ringen zweier Weltanschauungen zutage, nämlich ein Ringen zwischen der alten agrarischen und der modernen Weltanschauung. Sorgenvoll konstatierte man das Wiederaufleben aller überwunden geglaubten Vorurteile, die jemals gegen Bank und Börse gefasst wurden.

Geheimrat Dr. Jacob Riesser, Vorsitzender des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der zum Präsidenten des Hansa-Bundes gewählt wurde, übte scharfe Kritik an dem mutlosen Bürgertum. Er meinte, die Unternehmer hätten bei dem Sturmloch der deutschen Industrie keine Zeit gefunden, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern. Darum habe die Landwirtschaft noch immer die politische Macht in den Händen, die sie gegen die Industrie in Anwendung bringe. Riesser, der dem linken Flügel der Nationalliberalen angehörte, formulierte auch den sehr beachtenswerten Satz, dass der Kampf zwischen mobilem und immobilem Kapital neben dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit das Signum unserer Zeit sei.

Infolge der guten Konjunktur in der Weltwirtschaft und der starken Vermehrung der Menschheit bei gleichzeitiger Schrumpfung der Möglichkeiten zur Erschliessung von neuen gigantischen Landflächen hatte seit der Jahrhundertwende der Druck nachgelassen, der auf dem Weltmarkt seit den siebziger bis zu den neunziger Jahren vornehmlich von den jungen Agrarländern Nord- und Südamerikas ausgeübt wurde. Die Preise für Agrarprodukte stiegen, und auch die Lage der deutschen Landwirtschaft war in diesem Zeitraum gut.

Trotzdem gab es in der grossen wie in der kleinen Landwirtschaft ständige Unruhe und Unzufriedenheit. Sie nahm zwar nicht annähernd dieselben Formen an wie in den Tagen Caprivis oder gar in der Republik, aber sie war vorhanden, und vielleicht in erster Linie darum, weil das Handeln der sozialen Gruppen ebenso wie das der Individuen nicht nur durch die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt wird, sondern auch durch die Sorge um die Zukunft – die eigene wie die der Kinder.

Jedenfalls lebte der Autarkiegedanke auch in der grossen Blüteperiode der deutschen Wirtschaft weiter. Es war ein Zeichen der Zeit, dass Riesser im Jahre 1909 ebenso wie viele andere gegen «die öde, nackte Interessenpolitik» des Bundes der Landwirte und des Grossgrundbesitzes

polemisierte, der seine Machtstellung durch Schule, Gutspolizei, Wahlsystem usw. befestigt habe.

Der Liberalismus und die Arbeiterbewegung suchten den Bauern klarzumachen, wie schlecht deren Interessen bei der grossagrarisches Führung des Bundes der Landwirte aufgehoben wären. Aber das hatte keinen besonderen Effekt, obwohl die Getreidezölle vorwiegend den Grossgrundbesitzern zugute kamen und der viehzüchtende Bauer durch die mit den Getreidezöllen zusammenhängende Verteuerung der Futtermittel derart benachteiligt war, dass der unter Caprivi erfolgte Zollabbau in einer fünfzigprozentigen Steigerung der Fleischproduktion resultierte.

Warum blieb die überwiegende Mehrheit der Bauern trotzdem im Lager der Rechten? Weil – von anderen Ursachen abgesehen – die Agrarzölle nicht *nur* Getreidezölle waren und nicht *ausschliesslich* den Grossagrariern zum Vorteil gereichten. Wäre es so gewesen, dann hätte der ungefähr gleichzeitig mit dem Hansa-Bund gegründete «Deutsche Bauernbund», der seiner politischen Gesinnung nach demokratisch war, erstens viel mehr Anklang gefunden und zweitens nicht ausdrücklich betont: «Wir segnen den Tag, der uns den neuen Zolltarif gab.»

Der «Deutsche Bauernbund» erhob gegen den Bund der Landwirte den Vorwurf, dass dessen eigentliche Führer reaktionäre Grossgrundbesitzer seien und er einseitig die Interessen des Grossgrundbesitzes vertrete, auch wenn dadurch die der Bauern geschädigt würden. Der «Deutsche Bauernbund» strebte nach stärkerer parlamentarischer Vertretung sowie nach besserer Berücksichtigung der Bauern bei der Futtermittel- und Zollpolitik. Aber – so erklärte er zum Beispiel 1911 in seinem Kalender – «in der Frage des landwirtschaftlichen Schutzzolles ist der deutsche Bauernbund kein Gegner des Bundes der Landwirte, vielmehr steht er Schulter an Schulter mit ihm im Kampfe um die Aufrechterhaltung und Fortführung unserer bewährten Schutzzollpolitik.»

Dass selbst diese politisch demokratische Bauernorganisation so dachte, interessiert uns hier vor allem darum, weil darin eine Antwort auf die Frage liegt, wie die überwiegende Mehrheit der Bauern in der grossen Krise der Nachkriegszeit zusammen mit den Junkern ins Dritte Reich hinein taumeln konnte. In unserer, durch zunehmende Ökonomisierung der Politik gekennzeichneten Gesellschaft orientieren sich die Menschen mehr denn je nach ihren wirtschaftlich-sozialen Interessen, wenn auch objektiv oft falsch.

Am 9. Dezember 1910 erklärte Bueck, dass unter den gegebenen Umständen kaum an die Aufrechterhaltung des alten Bündnisses mit den Agrariern zu denken sei. Hoffentlich, so dachte die deutsche Linke, denn allein die Agrarier dürften wenig zu fürchten sein, sobald sie die Schwerindustrie nicht mehr zu Verbündeten haben, schrieb zum Beispiel der liberale Nationalökonom und Sozialreformer Lujo Brentano. («Die deutschen Getreidezölle» Berlin 1911, Seite 82.)

Aber obwohl die Schwerindustrie in den allgemeinen Klageschrei eingestimmt hatte, aus den Agrariern wären allmählich «Überagrariern» geworden, betrachtete man diesen Kritiker in den Reihen der Veredelungsindustrie, des Handels usw. von vornherein sehr kritisch. Riesser musste stets krampfhaft zur Einigkeit blasen und ermahnen, «nicht zu Hause zu bleiben, weil im Hansa-Bund auch Vertreter der Schwerindustrie sitzen». Das Misstrauen gegen die Herren von Kohle und Eisen sollte sich jedoch sehr bald als vollkommen begründet erweisen.

Wer wie ich hinter die Kulissen sah, so erzählt Duisberg, der konnte beobachten, dass der Vertreter des Zentralverbandes im Präsidium des Hansa-Bundes der Führer der Nörgler und der Hauptbremsen war. Diese Bohrwürmer hatten sich an die Planken des Hansa-Schiffes gesetzt und wollten den Präsidenten des Bundes dahin bringen, «dass er den Kampf gegen rechts aufgeben und sich ausschliesslich gegen links wenden sollte». Nach dem Kriege wird Duisberg im «Reichsverband der deutschen Industrie» auch wieder von «Bohrwürmern» sprechen und gegen prinzipiell dieselben Interessengruppen prinzipiell denselben Kampf führen.

Vergebens hatte die Leitung des Zentralverbandes die Majorität im Direktorium des Hansa-Bundes verlangt, und als dann auf dem «Allgemeinen deutschen Hansa-Tag» am 12. Juni 1911, genau am zweiten Jahrestag des «Rüttschwurs», die mehr freihändlerischen und liberalen Kräfte triumphierten, verliess die Schwerindustrie das Hansa-Schiff, um wieder in das Lager der Agrarier zu segeln.

Es versteht sich von selbst, dass diese Rückkehr zu den nun schon traditionellen Bundesgenossen mit einem kräftigen Bekenntnis zur «nationalen Arbeit» und mit einer scharfen Kampfansage an die Sozialdemokratie vollzogen wurde. Darüber besteht bei uns kein Zweifel, sagte Duisberg, dass die Zentralverbändler mit der Absicht ausgeschieden

sind, den Hansa-Bund in die Luft zu sprengen, und Riesser erklärte, die Schwerindustrie habe durch verschiedene Herren, unter anderem Herrn Bueck, schon lange zu erkennen gegeben, «dass sie sich in der einen oder anderen Form an die Deutsch-konservative Partei anschliessen müsse, weil ihr diese allein die Gewähr biete, dass ihre Zollwünsche durchgesetzt werden». (J. Riesser, «Der Hansa-Bund», Jena 1912.)

Aber wie sollten die relativ progressive Fraktion des deutschen Kapitalismus und das liberale Bürgertum *ihre* Wünsche durchsetzen? Allein waren sie viel zu schwach, um gegen das bestehende System und all seine Stützen, zu denen in entscheidenden Punkten auch die Zentrums-partei gehörte, einen erfolgreichen Kampf führen zu können. Wer aber kam als Bundesgenosse in Frage? Im Wesentlichen nur die grosse demokratische Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie.

Es war ein Symptom, dass man seit 1909 viel über einen «Block von Bassermann bis Bebel» sprach. Er wurde keine Realität, aber Bassermann musste damals wiederholt konstatieren, seine Partei tendiere erheblich nach links. Er selber tat das übrigens auch. Ebenso unter anderem der spätere Reichskanzler Gustav Stresemann, der sowohl in der Nationalliberalen Partei als auch in Verbänden der verarbeitenden Industrie und im Hansa-Bund eine bedeutende Rolle spielte.

Erbittert über die Zerstörung des Bülow-Blocks und keine Möglichkeit mehr sehend, die unhaltbaren politischen Verhältnisse Deutschlands zu reformieren, stieg das Bürgertum «zwar nicht auf die Barrikade», um mit Arthur Rosenberg zu sprechen, «aber es wuchs die Neigung der Liberalen, sich mit den Sozialdemokraten gegen das herrschende System zu verbünden». So bedeutete die Sprengung des Bülow-Blocks zugleich die Sprengung der bürgerlichen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie.

Nun fand im liberalen Bürgertum auch der von den Sozialdemokraten und den Linksliberalen geführte Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht wachsendes Verständnis. Kein Wunder, in ihm lag ja die starke politische Machtstellung der Konservativen in hohem Masse begründet. Dem polizeilichen Demonstrationsverbot trotzend, hatte die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf im Frühjahr 1910 auf die Strasse getragen, wobei es zu gewaltsamem Eingreifen der Polizei und auch zu Blutvergiessen kam. Es ist bemerkenswert, dass der Kampf gegen das

Dreiklassenwahlrecht die Zustimmung der katholischen Arbeiter fand, die in wachsender Masse in Opposition zur offiziellen Politik der Zentrumsparterie gerieten.

Diese Opposition kam im linken Flügel der Zentrumsparterie zum Ausdruck, dessen Führer der ebenso widerspruchsvolle und wandelbare, wie begabte und aktive Matthias Erzberger war. «Von dem linken Zentrumsflügel gilt dasselbe wie von der linksbürgerlichen Opposition: an sich bedeutungslos, wurde er ein lebensgefährlicher Feind des alten Systems, sobald er mit der Sozialdemokratie zusammenging», schreibt Arthur Rosenberg sehr richtig.

In einer mit Hochspannung geladenen Atmosphäre marschierten die Parteien Deutschlands Ende 1911 zum Wahlkampf auf, und im Januar 1912 fanden die sensationellen Reichstagswahlen statt, in denen die Sozialdemokraten ein formelles Wahlbündnis mit den Fortschrittlern hatten und diese ihrerseits mit den Nationalliberalen zusammengingen. Das bedeutete, dass in der Stichwahl Front gegen rechts gemacht wurde. Auf diese Weise traten wesentliche Verschiebungen in der Mandatsverteilung ein, die in erster Linie den Sozialdemokraten zugute kamen. Hatten diese im Jahre 1907 bei rund 3¼ Millionen Stimmen nur 43 Mandate, so im Jahre 1912 bei rund 4¼ Millionen Stimmen 110 Mandate!

Als es dann zur Wahl des neuen Reichstagspräsidenten kam, ging der Zentrums kandidat Spahn nur mit knapper Mehrheit durch, weil sein Gegenkandidat Bebel nicht nur alle Stimmen der Fortschrittspartei, sondern auch 20 von den 45 Stimmen der Nationalliberalen erhielt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Sozialdemokrat Scheidemann gewählt, wobei auch in diesem Falle ein Teil der Nationalliberalen für den «Roten» gestimmt hatte. Da jedoch das Reichstagspräsidium persönlich mit dem Kaiser verkehren musste, Scheidemann aber nicht zu Hofe gehen wollte, wurde er einige Wochen später nicht wiedergewählt.

«Hätten ihn die Nationalliberalen noch weiter gestützt, so wäre das ein offenes Bekenntnis zur Republik gewesen. So weit war die Entwicklung noch nicht. Aber welche Wandlung hatte sich seit 1890 vollzogen! Wie musste das deutsche Bürgertum gestimmt sein, wenn sich loyale, patriotische, von der Industrie gewählte Nationalliberale nicht anders helfen konnten, als indem sie für Bebel und Scheidemann eintraten!» heisst es bei Arthur Rosenberg.

Auf Grund dieser Ereignisse wurden breite Schichten der äusseren Rechten von einer wahren Untergangsstimmung ergriffen. 110 Sozial-

demokraten, und diese grosse demokratische Partei bündnisfähig – um Gottes willen, wo sollte denn das enden!

Schon seit Langem beschäftigte den alldeutschen Katastrophenpolitiker Heinrich Class ein Gedanke, den er in seinen Erinnerungen den Gedanken «einer umfassenden ‚Reform‘ des Gesamtzustandes unseres Vaterlandes auf schlechthin allen Gebieten» nennt. Und nun konnte er nicht länger widerstehen, diesen Gedanken zu Papier zu bringen. Jetzt fühlte er sich gedrängt, einen systematischen Schlachtplan gegen das andere Deutschland in die Debatte zu werfen. «Wie gross meine seelische Spannung war, ergibt sich daraus, dass ich mich gewissermassen auf eine Insel zurückziehen musste, um ohne jede Ablenkung zu arbeiten.»

Anfang März 1912 begann er seine «Auseinandersetzung mit unserer Zeit», und noch ehe vier Wochen verstrichen waren, lag eine ziemlich umfangreiche Arbeit fertig vor ihm, die ebenso schnell gesetzt, gedruckt und auf den Markt gebracht wurde. Sie erlebte vor dem Kriege fünf Auflagen von je 5'000 Exemplaren, während des Krieges eine sechste und nach dem Kriege eine siebente. Das Buch bekam den Titel «Wenn ich der Kaiser wäre». Der Verfasser gab sich als Daniel Frymann aus.

«Das Kaiserbuch» erregte grosses Aufsehen. Die «Alldeutschen Blätter» nannten es «ein Programm für Jahrzehnte deutscher Politik, die Quintessenz aller nationalen Sorgen und Wünsche», und im Jahre 1930 bezeichnete Junius Alter es als ein «mit seherischer Klarheit» entworfenes Reformprogramm, «das auch heute noch – mutatis mutandis – als Grundlage aller vaterländisch-völkischen Erneuerungsarbeit zu gelten hat – und von dessen Einsichten gar manche der heutigen Apostel – in selbstverständlicher Bescheidenheit natürlich ohne Quellenangabe! – zehren.» (Junius Alter, «Nationalisten Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit». Leipzig 1930, 2. Auflage, Seite 17/18.)

Glass ist in seinen Erinnerungen sehr stolz darauf, «als das letzte Mittel der Rettung» schon damals die Diktatur «erkannt» und – als erster, wie er glaubt – offen für sie gekämpft zu haben. In der Tat erliess er im Kaiserbuch einen Appell zur Erneuerung des Sozialistengesetzes, doch nicht in der Form, wie es in Kraft war, sondern wie Bismarck es ursprünglich haben wollte, also «ohne die Verwässerungen, die damals vom Parlament beliebt wurden». Und das blutige Gesetz der Reaktion sehr richtig erkennend, fuhr er fort: «Aber man muss einen Schritt wei-

tergehen.» Es waren also insgesamt zwei Schritte, die «man» über das Sozialistengesetz hinausgehen musste – zwei sehr bemerkenswerte Schritte in der Richtung zum Dritten Reich.

Klar und deutlich forderte Class, dass alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer – kurz alle im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden». (Gespart bei Glass.)

Ausserdem hielt dieser Justizrat die «Sicherungshaft» für unumgänglich. Heute würde man Konzentrationslager sagen. Eine Abkehr der Sozialdemokratie von ihrer internationalen Gesinnung bezeichnete Glass mit Recht für vollkommen ausgeschlossen, und nicht zuletzt darum propagierte er den schärfsten Krieg gegen sie. «Aber wenn man den Kampf aufnehmen will, muss man sich klar darüber sein: keine Halbheit, keine Schwäche, keine Sentimentalität – ganze Arbeit mit festem, hartem Willen.» (Seite 69. Alle Zitate nach der 5. Auflage.)

In dem Arsenal von Glass befanden sich jedoch auch «geistige» Waffen. Er wollte nämlich nach der Vernichtung der sozialistischen und «jüdischen» Presse grosse Zeitungen «für das Volk» herausgeben, Zeitungen, die zu billigen Preisen «unvergifteten Lesestoff» bieten sollten. Und «eine grosszügige nationale Versammlungstätigkeit» müsse einsetzen, vaterländische Festfeiern für das Volk seien zu veranstalten, kurz und gut, «wir müssen den ‚Kampf um die Seele des Volkes‘ aufnehmen, wie man es mit einem schönen Schlagwort umschrieben hat.»

Hierzu sei ergänzend bemerkt, dass General Keim, Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, für «eine zwangsweise, staatlich geleitete Jugendfürsorge» kämpfte. General Keim war übrigens auch Geschäftsführer des Flotten Vereins sowie Führer des Wehrvereins, der 1912 gegründet wurde und noch im selben Jahre 40'000 Einzelmitglieder sowie 100'000 korporative Mitglieder hatte.

Dass Glass in seinem Kaiserbuch die Aufhebung der Judenemanzipation forderte, kann uns nicht mehr überraschen. Ebensovienig seine These, «dass eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie erst dann beginnen kann, wenn ihre bürgerlichen Schrittmacher und Helfer niedergekämpft sind.»

Was die wirtschaftliche Seite der grossen «Reichsreform» betrifft, so ist bemerkenswert, dass Class die völlige Unterdrückung der Warenhäuser für notwendig und auch für möglich hielt, dass er dem «Unwesen der Filialen und Konsumvereine» Kampf ansagte, dass er ermahnte, im Falle eines unlösbaren Konfliktes zwischen Industrie und Landwirtschaft eindeutig zugunsten der letzteren Partei zu ergreifen und dass er sich vor einer eventuellen grossen Wirtschaftskrise nicht fürchtete, weil diese vielleicht das Gute haben könnte, dem Deutschen bewusst zu machen, «wohin unsere Exportwirtschaft führt».

Der ganze standesbewusste Mittelstand und die echte Aristokratie, die konservativen Elemente des Zentrums und der rechte Flügel der Nationalliberalen – das waren nach Class die Kräfte, die zur Erkämpfung der sogenannten «Reichsreform» vor allem in Betracht kamen. Und auf der anderen Seite stellte er fest: «Alle Sozialisten, Bürgerlich-Radikalen, Jüdisch-Missleiteten schreien nach Erweiterung der Rechte der Masse, und mit ihnen schreit ihre Presse; sie schwärmen vom Frieden und hassen den kulturfeindlichen Militarismus – kurz, sie sind in allem der Gegenpol dessen, was die Reichsreform erreichen soll.» Auch Stresemann kam für Glass nur als Gegner in Betracht, obwohl dieser nationalliberale Politiker in aussenpolitischer Hinsicht damals wie während des Weltkrieges noch in unfruchtbaren und gefährlichen Machtillusionen lebte.

Aber in wirtschaftlicher, sozialer und innenpolitischer Beziehung vertrat der eigentümlich widerspruchsvolle Stresemann teilweise relativ progressive Anschauungen, und darum gehörte er innerhalb der Nationalliberalen Partei zu den «Leuten des ‚Rucks nach links‘», wie im Kaiserbuch sehr richtig festgestellt wurde. Dass Glass Stresemann und andere «die jüdischen Affilierten» titulierte – entsprach vollkommen dem Geist der alldeutschen «Reichsreform».

Trotzdem vollzog Stresemann seinen Austritt aus dem A.V., dem er einst wie manche andere mit eigenen Vorstellungen beigetreten war, erst während des Weltkrieges. Aber dann tat er es in demonstrativer Weise, zusammen mit fünf seiner Parteigenossen und in seiner Eigenschaft als Führer der Nationalliberalen Partei, der er 1917 nach dem Tode Bassermanns geworden war.

Im Kaiserbuch gibt es einen Abschnitt mit der Rubrik «In Erwartung des Führers». Darin heisst es, dass schon jetzt eine stattliche Heerschar

reformbereit dasteht «und einem entschlossenen Führer sicherlich mit Begeisterung folgen wird. Aber der lässt auf sich warten». Zwei Seiten später: «Ich sagte: Die Reihen der Streiter für die Reform haben sich geschlossen – sie warten des Führers.» In dem richtigen Bewusstsein, dass auf eine kollektive Nachfrage auch einmal das passende Angebot kommt, fuhr Class fort: «Geduld, Geduld, er wird nicht ausbleiben.» Auf Seite 256 heisst es, der erste Satz in Sperrdruck:

«Wenn heute der Führer ersteht, wird er sich wundern, wie viele Getreue er hat – und wie wertvolle, selbstlose Männer sich um ihn scharen. Wird der Ruf nach dem Führer noch nicht gehört? Dann soll er noch lauter erschallen, dass er nicht weiterhin überhört werden kann!»

Dieser Führer hätte damals wahrscheinlich auch Adolf Hitler zu seinen Getreuen zählen können. Jedenfalls dachte dieser junge Mann ganz ähnlich wie sein späterer Bundesgenosse Heinrich Glass. «In den Jahren 1913 und 1914 habe ich denn auch zum ersten Male in verschiedenen Kreisen, die heute zum Teil treu zur nationalsozialistischen Bewegung stehen, die Überzeugung ausgesprochen, dass die Frage der Zukunft der deutschen Nation die Frage der Vernichtung des Marxismus ist.» («Mein Kampf», 42. Auflage, Seite 171.)

Das ist sehr aufschlussreich, nur war es nicht besonders originell. Viele Aristokraten wälzten solche Pläne im Salon, und viele Kleinbürger taten es am Biertisch. Im März 1913 hatte der Konservative Parteitag öffentlich schärfste Bekämpfung der immer mächtiger werdenden sozialdemokratischen Tendenzen gefordert, und wie Class erzählt, fand sich damals eine Gruppe alter völkischer Antisemiten zusammen, um sein Kaiserbuch in Massen zu verbreiten. «Sie erliessen einen stürmischen Aufruf unter dem Schlagwort: *Der politische Genius des deutschen Volkes ist erwacht.*‘ Diese Männer setzten sich wirklich mit grossem Eifer für meine Kampfschrift ein.»

In höheren Sphären der Gesellschaft wurde die Idee geboren, einen Bund zu gründen, in den nur Männer aufgenommen werden sollten, die sich im Sinne des Kaiserbuchs zu wirken verpflichteten. Der Plan gedieh jedoch nur bis zu dem Entwurf einer Satzung auf streng monarchischer Grundlage. Es wirft ein grelles Licht auf die Untergangsstimmung dieser Herren, dass sie ihrem Bund den Namen «Bund der Letzten» zugedacht hatten.

Diese in breiten Schichten der extremen Rechten herrschende Untergangsstimmung gab dem Alldeutschen Verband seit 1912 einen starken Auftrieb. Dass dieser Verband auch bis dahin sehr viel mehr war als eine «zwar rührige, aber gänzlich einflusslose Sekte» und er in gewissen Kreisen schon seit dem Zerfall des Bülow-Blocks wachsende Sympathien gefunden hatte, geht auch aus den folgenden Worten des damaligen deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg hervor:

«So unwahr die während des Krieges im Ausland verbreitete Vorstellung ist, dass deutsches Wesen im Alldeutschtum seinen Ausdruck finde, so wenig konnte doch schon 1909 verkannt werden, dass die alldeutsche Bewegung bei den Konservativen und Nationalliberalen festen Boden zu gewinnen begann. Auf die Politik der Regierung wirkte dies nicht zurück. Gleich im Anfang meiner Kanzlerzeit hatte ich Anlass, den Vorstoss eines alldeutschen Vereins scharf zurückzuweisen. In welchem Grade aber die auswärtige Politik dadurch erschwert wurde, dass Parteien mit starkem Rückhalt im preussischen Staatsorganismus, in Armee und Marine sowie in der Grossindustrie Tendenzen zuneigten, welche sich mit alldeutschen Ideen berührten, sollte ich namentlich bei der Marokkokrisis des Jahres 1911 und bei den Versuchen einer Verständigung mit England genugsam erfahren.» (Bethmann Hollweg, «Betrachtungen zum Weltkrieg», Berlin 1919, Teil I, Seite 22/23.)

Aber obwohl die von Glass geführten Alldeutschen schon seit 1903 lebhaft «nationale Opposition» machten, obwohl ihre Verbindungen in zahlreiche Schlüsselstellungen hineinreichten und obwohl sie zeitweilig sogar Geheimabkommen mit führenden Männern des Aussenministeriums hatten, wurden sie von vielen Konservativen erst nach dem Linksruck von 1912 entdeckt. Bis dahin war ihnen die Avantgarde des anderen Deutschland teils wenig und teils überhaupt nicht bekannt. Andere Konservative kannten sie zwar, aber hatten gegen sie eine mehr oder weniger starke Abneigung.

Die Männer um Glass als Kampfgenossen zu akzeptieren, wäre diesen Konservativen vor 1912 unmöglich gewesen. «Umso mehr wollen wir aber jetzt zusammenstehen», sagte Freiherr von Wangenheim, der damalige Führer des Bundes der Landwirte, im Jahre 1913 zu Class, und das war symptomatisch.

Wangenheim wollte «baldmöglichst eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Leitungen abhalten, damit unser Bündnis offenkundig

wird». Diese Aussprache fand im Juni 1913 im Hause des Bundes der Landwirte statt. Ausser Wangenheim nahmen vom Bund der Landwirte unter anderem dessen Direktor, Dr. Dietrich Hahn, sowie Herr von Oldenburg-Januschau teil. Class sprach über die Ziele, Bestrebungen und bisherige Tätigkeit des A.V. und hatte nach seinen eigenen Worten «die Genugtuung, dass die Herren von der anderen Seite ihre volle Zustimmung aussprachen und sich in aller Form zum engsten Zusammenwirken bereit erklärten». In den Erinnerungen von Class heisst es weiter:

«Herr von Oldenburg-Januschau äusserte sich geradezu begeistert und sagte, seit langer Zeit beschäftige ihn der Gedanke, es müsse in unserem von Parteien zerrissenen Volke etwas geschaffen werden, wo sich die besten Leute, losgelöst von den Bindungen der Partei, finden könnten, um im vaterländischen Sinne schlechthin zu wirken. Und nun höre er zu seinem grenzenlosen Erstaunen, dass es so etwas seit über zwanzig Jahren schon gebe. Davon habe man nichts erfahren, jedenfalls nichts gewusst. Er sei glücklich über das Vorhandensein eines solchen überparteilichen Verbandes und trete unbedingt dafür ein, dass der Bund der Landwirte mit ihm zusammengehe. Man kann sich denken, welche Gedanken wir Alldeutsche uns aus diesem Bekenntnis des einflussreichsten konservativen Führers machten, der auch einer der wichtigsten Männer im Bunde der Landwirte war.» (Seite 271.)

Es wäre zu simpel, sich die Sache so vorzustellen, als seien Oldenburg-Januschau und seine Gesinnungsgenossen von nun an begeisterte Alldeutsche gewesen. Nein, so unkompliziert geht es in der Politik nicht zu. Auch soll hier nochmals betont werden, dass keineswegs alle Konservativen eine solche Annäherung an die Alldeutschen vollzogen hatten und dass diese Annäherung, soweit sie erfolgte, primär in der innenpolitischen Entwicklung Deutschlands begründet lag.

Aber jedenfalls war im Lager der Konservativen seit 1912 das Interesse und das Verständnis für die von Class geführte Sturmtruppe der Reaktion in ständigem Ansteigen begriffen. Und wenn parallel damit schon seit 1909 wieder das Interesse und Verständnis für die Reste der christlich-sozialen Bewegung wie überhaupt für den plebejischen Konservatismus reger wurde, so waren dies nur zwei verschiedene Seiten ein und derselben Sache.

Class begrüsst es in seinem Kaiserbuch mit der grössten Sympathie, dass die Konservativen aktiver geworden, mehr ins Volk hineingegan-

gen sind und «mehr auf die nationalen Instinkte wirken». Er hatte auch sehr richtig beobachtet, dass der Mittelstand politischer geworden ist, und er sah im Zusammengehen gewisser Mittelstandsorganisationen mit dem Bunde der Landwirte «ein gutes Zeichen». Es ist bemerkenswert, dass in den Reichstagswahlen von 1912 nur noch 51'900 Antisemiten ihre eigene Liliputpartei wählten, während dies im Jahre 1907 noch 248'500 taten, im Jahre 1898 sogar 284'300 und im Jahre 1903 244'500, was in der Periode von 1893 bis 1907 die niedrigste Ziffer war.

Diese bemerkenswerte Stabilität des antisemitischen Wählerstamms wurde erst durch die Ereignisse seit 1909 erschüttert. Die meisten antisemitischen Wähler hielten es unter den veränderten Umständen für opportuner, die grosse Konservative Partei zu unterstützen, die jetzt endlich wieder im offenen Krieg mit den «liberal-kapitalistischen Mächten» lag und die in den Augen der Antisemiten trotz allem schliesslich doch das kleinste aller Übel war.

Nach dem Kriege ist dann der grösste Teil dieser «ungeratenen Söhne der Konservativen Partei» mitsamt seinen Organisationen ins Vaterhaus zurückgekehrt, jedoch ohne ein reuevolles und bescheidenes Familienmitglied zu werden, das gehorsam tat, was der Vater befahl.

Die Generation der Antisemiten, die nach dem Kriege die Führung der völkischen Bewegung an sich riss, hatte sich teilweise schon lange vor der Novemberrevolution und vor Versailles in Marsch gesetzt.

Eine der vielen Formen, in der dies geschah, war die bürgerliche Jugendbewegung, dieses eigenartige kulturhistorische Phänomen, in dem sich die geistige Krise der jungen Generation des deutschen Mittelstandes spiegelte. Um die Jahrhundertwende ins Leben getreten, breitete sich die bürgerliche Jugendbewegung relativ schnell aus, «aber sie drang nicht über die Schicht des Mittelstandes hinaus», konstatiert unter anderem auch Luise Fick in ihrem stark nationalsozialistisch gefärbten, aber material- und kenntnisreichen Buch «Die deutsche Jugendbewegung» (Jena 1939, Seite 45).

Im Jahre 1914 vereinte diese Bewegung in ihren zahlreichen Bünden 30'000 junge Menschen beider Geschlechter. Davon gehörten 25'000 den Bünden der sogenannten Wandervögel an, die innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung die eigentlichen Pioniere des Nationalsozialismus waren.

Es waren also nicht sehr viele, die hier marschierten, und sie marschierten zunächst auch nicht in den Uniformen der späteren kleinbürgerlichen Bürgerkriegsformationen – was viele übrigens niemals getan haben –, sondern sie marschierten in einem einfachen, fast primitiven Gewand, das die Zugehörigkeit zur Jugendbewegung schon von der Ferne erkennen liess. In ihrem allerersten Stadium marschierten sie teilweise sogar in Lumpen, in betont und gewollt pennerhafter Kleidung, weil sie dem Landstreicher ähneln wollten, dem sie sich am engsten verbunden fühlten.

Ihre Leidenschaft galt damals noch nicht der Strasse, sondern der Landstrasse, und was sie auf dieser Landstrasse erreichen wollten, das waren die Wälder – die Wälder, in denen sie die Freiheit suchten. Romantiker waren sie also von Anfang an, aber *politische* Romantiker wurden sie im Allgemeinen erst später und sehr allmählich. Trotzdem landeten sie keineswegs alle im Lager des Nationalsozialismus, ganz abgesehen davon, dass sich ein grosser Teil der bürgerlichen Jugendbewegung direkt in entgegengesetzte Richtung entwickelte und dieser Riss schon lange vor dem Kriege sichtbar geworden war.

Das Geburtsjahr der Wandervogelbewegung ist das Jahr 1897, und ihre Geburtsstätte ist Steglitz, ein typischer Kleinbürger- und Beamtenbezirk Berlins. Dort, in den Oberklassen des Steglitzer Gymnasiums, entstand der Wandervogel. Sein Vater war Karl Fischer, Primaner und erster Vorsitzender eines Stenographenvereins. Karl Fischer interessierte sich für antisemitische und völkische Bestrebungen sowie für die alldeutsche Bewegung, jedenfalls für die Österreichs. Er betonte den Führergedanken, und seine Wanderungen hatten militärischen Geist.

Es war überhaupt in hohem Masse typisch für diese jungen Menschen, dass sie einerseits – aus teilweise sehr gesundem Empfinden heraus – gegen die starren und autoritären Formen des Elternhauses und der Schule revoltierten, andererseits aber innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften mehr und mehr einer bestimmten Führerideologie und einem romantisierten Geist des Militarismus erlagen. Sie hatten sich diese Gemeinschaften geschaffen, um selbstverantwortlich und freier zu leben. Sie glaubten auch, dass sie dies taten, und sie haben es in vieler Hinsicht wirklich getan. Aber ihre innere Unsicherheit war zu gross und ihre geistige Krise zu tief, als dass sie den Halt entbehren konnten, den ihnen die Führerideologie und der romantisierte Militarismus boten. So über-

nahmen sie in dieser Form, was sie bei den anderen verwarfen.

Der Zug dieser Jugend in die Wälder war nicht nur Liebe zur Natur, sondern mindestens in gleichem Masse Hass gegen die Zivilisation, die ihr nicht zuletzt durch den Aufstieg der Arbeiterklasse so ungeheuer fragwürdig erschien. Darum machte die bürgerliche Jugendbewegung einen grossen Bogen um die Städte, lebte sie – wenn auch in ihrer Weise – in einer Ideologie von Blut und Boden und hatte sie für die Bewegung der Arbeiterjugend weder Interesse noch Verständnis. Daneben machten sich jedoch, wie nochmals betont werden soll, immer stärker andere Tendenzen geltend, die erst in Liberalismus, Humanismus und Pazifismus und schliesslich auch in Sozialismus, Marxismus, Kommunismus und Bolschewismus einmündeten.

Luise Fick weist darauf hin, dass die bürgerliche Jugendbewegung in nationalsozialistischen Publikationen bald als die unmittelbare Vorläuferin des Nationalsozialismus und bald als pazifistisch-kommunistisch hingestellt wird. Sie bemerkt dazu sehr richtig: «Beide setzen einen Teil für das Ganze.» Von diesem Fehler, der nicht nur in den betreffenden nationalsozialistischen Publikationen begangen wird, muss man sich freihalten. Auch sollte man nicht das Positive übersehen, das die bürgerliche Jugendbewegung in ihrer Gesamtheit hinterliess.

Man darf die Pionierrolle der bürgerlichen Jugendbewegung für den Nationalsozialismus nicht überschätzen, aber man soll sie auch nicht unterschätzen, denn die romantische Revolte der kleinbürgerlichen Jugend gegen die Zivilisation war in der Tat ein Ereignis von grosser Tragweite.

Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege hatte diese Revolte sich in einem solchen Ausmass politisiert, dass in der Öffentlichkeit ernste Sorgen darüber laut wurden. Selbst im deutschen Reichstag sah man sich genötigt, dazu Stellung zu nehmen. So sagte zum Beispiel der Abgeordnete Kanzow von der Fortschrittspartei im Mai 1914:

«In der Wandervogelorganisation wird in einer Weise Antisemitismus getrieben, wie es schon nicht mehr schön ist. Hier sucht ein gewisser parteipolitischer Patriotismus mit der Jugend Geschäft zu machen. Im Jahre 1913 wurde ein junges Mädchen jüdischen Glaubens plötzlich ausgeschlossen mit der Begründung, sie gehöre nicht in diesen deutschen Verein hinein, da sie eine Jüdin sei, und Jüdinnen könne diese deutsche

Bewegung nicht gebrauchen. In einer Flugschrift, die im Sinne des Wandervogels gehalten ist, heisst es, Deutschland ist nicht die Heimat der Juden. Die Flugschrift sagt, dass der Kaiser drei jüdische Generaladjutanten hätte, und dann weiter: Wir wissen, dass die Tage der Monarchen gezählt sind, die sich mit Juden einlassen. Hierin äussert sich eine Roheit der Sprache, eine Roheit des Geistes und eine Roheit des Herzens, die vergiftend wirken muss auf die Kinder jüdischen und christlichen Glaubens.»

Nach einer im März 1914 abgeschlossenen Zählung waren in 92 Prozent aller Wandervogelgruppen, einschliesslich der österreichischen, keine Juden, und zu 84 Prozent beruhte dies auf besonderen Beschlüssen. So florierte hier der Antisemitismus! Er war jetzt überhaupt wieder im Ansteigen begriffen. Das hing zwar zum Teil mit dem Abflauen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur zusammen, aber vor allem mit den bereits bekannten politischen Wandlungen dieser Zeit. Diese hatten auf das konservative Lager alarmierend und aktivierend gewirkt – eine Erscheinung, die es umso mehr zu beachten gilt, als sie vieles von dem begreiflicher machen kann, was sich nach der Novemberrevolution abgespielt hat.

Als der Bund der Landwirte im Februar 1914 in Berlin seine Generalversammlung abhielt, war der Andrang so gross, dass zum ersten Male eine Parallelversammlung stattfinden musste. Die eine Versammlung ging im Zirkus Busch, die andere im Zirkus Schumann vor sich, und hier wie da sprachen die Redner, als wäre Deutschland schon eine Weimarer Republik. Auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reiches bemerken wir eine immer weitergreifende Rücksichtnahme auf die Stimmungen, Wünsche und Interessen der Demokratie, die in militärischen, steuerlichen und sozialpolitischen Fragen auf das deutlichste erkennbar wird, behauptete man. Dietrich Hahn erklärte rundweg, «mit den jüdischdemokratischen Drahtziehern in Berlin» könne es niemals eine Verständigung geben.

Das war eine Antwort auf die Klagen der Industrie, dass der Bund der Landwirte die Industrie schädige und bewusst ihre Weiterentwicklung bekämpfe. Die Agrarier erklärten zu dieser Zeit nicht selten klipp und klar: Bei dem Kampf zwischen Landwirtschaft und Industrie müsse einer von beiden auf der Strecke bleiben.

Am 28. Januar 1912, also nur wenige Tage nach den sensationellen Reichstagswahlen, erschien in der freikonservativen «Post» ein Leitarti-

kel, in dem verzweifelt nach dem Retter gerufen wurde, «der wie alle Grossen die Toten nicht fürchtet». Dieser starke Mann, so meinte das erwähnte Blatt, dessen Hauptschriftleiter dem Vorstand des A.V. angehörte, müsse bald kommen, denn das Normale für Deutschland sei der Untergang. Das war im Hinblick auf das Deutschland dieser Herren trotz allem keine zu pessimistische Selbstprognose. Und eben weil dieses Deutschland spürte, dass das Normale sein Untergang sei und es nicht nur in tagespolitischem, sondern auch in historischem Sinne «wider den Strom» schwamm, musste es mehr und mehr einer primitiven personalistischen Geschichtsauffassung und der Führermystik verfallen.

Als Oldenburg-Januschau in der erwähnten Versammlung des Bundes der Landwirte sagte: «Das deutsche Volk lechzt nach einer starken Regierung und will nicht regiert sein von diesen wechselnden Parteibildungen», rauschte tosender Beifall durch den Raum. Und dasselbe Schauspiel vollzog sich in der Parallelversammlung, als Freiherr von Vietinghoff seine Rede mit dem Wunsche schloss, dass der starke Mann doch bald kommen möge, der das Eisen zu schmieden verstehe.

«Deutschland, erwache!» wurde damals noch nicht gebrüllt. Aber dieser spätere Kampfruf der Nationalsozialisten war interessanterweise der Titel einer Broschüre, die im Jahre 1913 erschien. Diese Broschüre, in der übrigens auf das Kaiserbuch verwiesen wurde, hatte einen Alldeutschen zum Verfasser, der sich Eisenhart nannte.

Nicht zufällig trat in diesen Jahren auch mehr denn je die Eroberungslust der Alldeutschen zutage. Schon im Kaiserbuch hiess es mit zynischer Offenheit, dass solche Kleinstaaten wie Belgien und Holland keine Existenzberechtigung mehr hätten und unbedingt unter Deutschlands Herrschaft gebracht werden müssten. «Unsere Grenzen sind zu eng. Wir müssen landhungrig werden, wenn man uns auch Kriegs- und Rauflost vorwirft», hiess es im September 1912 auf der Tagung des Alldeutschen Verbandes, und diese Beispiele liessen sich noch um viele andere vermehren.

Diese Herren behaupteten, Deutschland brauche Siedlungsland, aber es war nur ihr Deutschland, das dies brauchte. Das andere Deutschland brauchte es nicht. Klar und deutlich schrieb zum Beispiel die «Frankfurter Zeitung» am 27. September 1912: «Unabhängige Einkaufsmärkte für unsere Bedürfnisse und unabhängige Absatzmärkte für unsere Produkte

–, Märkte, an denen wir zu gleichem Recht mit allen anderen, ohne Vorzug, aber auch ohne Benachteiligung verkehren können, das ist alles, was wir brauchen.»

Es wäre falsch, diese Worte als eine prinzipielle Absage an die Kolonialpolitik zu deuten. Auf jeden Fall aber unterschied sich die Kolonialpolitik dieser weltwirtschaftlich orientierten Kreise grundlegend von der des Alldeutschen Verbandes und anderer Expansionisten. «Auf die Frage nach dem Zweck einer Kolonie erhält man heute die verschiedensten Antworten», stellte Walter Rathenau einige Jahre vor dem ersten Weltkrieg sehr richtig fest. Dieser bedeutende Vertreter des rationalen Kapitalismus war kein Gegner der Kolonialpolitik, aber er sagte: «Unser Absatzmarkt bleibt der Weltmarkt. Können wir hier erfolgreich konkurrieren, so wird es uns an Absatz nicht mangeln. Können wir es nicht, so dürfen wir nicht hoffen, unseren eigenen Kolonien überteuerte Produkte aufzuzwingen.»

Die Alldeutschen unterschieden zwischen «deutscher» und «undeutscher» Kolonialpolitik, und man braucht wohl kaum besonders zu erwähnen, dass sie Rathenaus Auffassungen in die zweite Kategorie einordneten. Genauso unterschieden die Alldeutschen übrigens auch zwischen deutscher und undeutscher Weltpolitik. Dasselbe Wort bedeutet nicht immer dieselbe Sache.

Das ist an und für sich selbstverständlich, aber es muss trotzdem erwähnt werden, weil die total verschiedenen Inhalte ein und desselben Wortes gerade im heutigen politischen Leben mit zuweilen unglaublicher Kühnheit ignoriert werden. Auf diese Weise wurden Männer wie zum Beispiel Naumann und mitunter sogar Walter Rathenau, von unzähligen deutschen Klassikern ganz zu schweigen, völlig sinnlos und ungerechtfertigt zu geistigen Ahnen Hitlers degradiert, nur weil ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz oder Begriff auf dem Papier Ähnlichkeit mit Schlagworten und Formulierungen repräsentativer Nationalsozialisten hat.

Durch diese Methode, die Dinge isoliert und rein formalistisch zu betrachten, sind die unsinnigsten Konstruktionen fabriziert worden. Die Missachtung der elementaren Forderung, dass Ideologien als Ganzes betrachtet und analysiert werden müssen, weil ein Wort, eine Idee, ein Begriff und eine Handlung in dem einen Zusammenhang nicht dasselbe bedeutet wie in dem anderen, hat zu grössten Verwirrungen geführt.

Bethmann Hollweg hat teilweise recht, wenn er geltend zu machen sucht, dass die mit den Alldeutschen liierten Konservativen und Nationalliberalen nicht auf den Krieg lossteuerten. Das war in diesem bewussten Sinne und in dieser Allgemeinheit tatsächlich nicht der Fall. Aber August Bebel hatte auch recht, als er am 9. November 1911, während der von Bethmann Hollweg erwähnten Marokkokrise, im deutschen Reichstag die Worte sprach: «Es gibt offenbar Kreise, denen eine Ablenkung von den inneren Verhältnissen durch einen Krieg recht willkommen wäre. Die alte napoleonische Taktik.»

Solche Kreise gab es in der Tat, und sie bestanden nicht nur aus den verwegenen alldeutschen Katastrophenpolitikern, die sich um Class gruppierten. Am 18. April 1913 konstatierte der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Liebknecht im deutschen Reichstag, dass wir in einer Zeit leben, in der in der «Kreuzzeitung» ein Regierungsrat schreiben konnte: «Herr, gib uns wieder Krieg!», in der die «Konservative Korrespondenz» schreiben konnte: «Ein Krieg käme uns jetzt gerade recht!», in der Herr von Goltz sagen konnte: «Wenn es doch endlich einmal losginge.»

Class sprach diesen Wunsch schon im Kaiserbuch aus, weil «erst eine Katastrophe den Boden bereiten kann für das, was man nationale Politik wird nennen können». Er sehnte diese Katastrophe mit einer Ungeduld herbei, wie der Landmann den Regen. Dieser Krieg sollte die «Reichsreform» bringen, entweder durch einen glorreichen Sieg, der nach aussen und vor allem nach innen entsprechend ausgenutzt werden sollte – oder auch durch eine Niederlage. Von dieser erwartete Class nämlich eine Steigerung der inneren Gegensätze bis zum Chaos, worin er ebenfalls günstige Voraussetzungen für die Errichtung der gewünschten Diktatur sah. Nur durfte der Krieg unter keinen Umständen mit einem status quo, mit einer Verständigung enden. Das war das Gefährlichste, was passieren konnte, denn unter diesen Umständen liess sich die «Reichsreform» nicht verwirklichen.

Es deckt sich vollkommen mit unserer eigenen Auffassung, wenn Arthur Rosenberg schreibt: «Wäre 1914 der Krieg nicht ausgebrochen, so hätten sich die Konflikte zwischen der kaiserlichen Regierung und der grossen Mehrheit des deutschen Volkes immer mehr gesteigert, bis zu einer direkt revolutionären Lage.»

Auf Grund dieser innenpolitischen Problematik sowie auf Grund der ausserordentlich ungünstigen aussenpolitischen Lage des Reiches fürch-

tete sich die überwiegende Mehrheit der herrschenden Oberschichten, einschliesslich des Kaisers, jetzt mehr denn je vor einem grossen Kriege, und so mancher Säbelrassler wäre jetzt am liebsten Pazifist geworden. Aber ein anderer Teil, ganz besonders natürlich der Kreis um Class, reagierte grundsätzlich anders. Deren Philosophie war im Kaiserbuch enthalten, und im Sinne dieser abenteuerlichen Strategie operierten sie.

Diese Männer waren entschlossen, den für die Demokratisierung ihres Vaterlandes kämpfenden friedlichen Heeren der Arbeiterbewegung und des wirklichen Liberalismus in den Rücken zu fallen und die heranrollende bürgerlich-demokratische Revolution durch den Krieg zu erdolchen. Sie waren daher geradezu glücklich, als im August 1914 – *aus den Tiefen der neueren Geschichte Europas entsprossen*, wie der Engländer J.M. Keynes einmal sehr richtig hervorhob – die Saat des Krieges aufging. Wenn es nach den Alldeutschen gegangen wäre, dann hätte die Welt schon viel früher in Flammen gestanden.

«Diese Stunde haben wir ersehnt!» jubelte das Organ der Alldeutschen im August 1914, und später erklärte Freiherr von Gebtsattel, der stellvertretende Vorsitzende des A.V., mit derselben barbarischen Offenheit: «Wir haben den Krieg herbeigewünscht, weil wir ihn gegenüber der abwegigen Entwicklung, die unser Volk zu nehmen drohte, für eine Notwendigkeit hielten.»

Nachdem der Krieg, der eine lange und sehr komplizierte Vorgeschichte hat, mit der unwiderstehlichen Gewalt eines Naturereignisses hereingebrochen und eine Tatsache war, befand sich keine andere Strömung in einer so tragischen Situation wie der internationale Sozialismus. Wie die Dinge damals lagen, sahen die Sozialisten aller Länder im Allgemeinen nur die Möglichkeit, die eigene Nation zu verteidigen, Eroberungen zu bekämpfen und danach zu streben, den Krieg baldmöglichst durch einen auf Vernunft beruhenden Verständigungsfrieden zu beenden. In diesem Sinne hat auch die deutsche Sozialdemokratie gehandelt.

Eine ausserordentlich grosse Rolle spielte dabei ihr traditioneller und tief verwurzelter Hass gegen den Zarismus, der im Bewusstsein vieler Sozialisten und Humanisten seinerzeit ungefähr dasselbe war wie später der Nationalsozialismus. Übrigens wird der Zarismus unter anderem von dem russischen Historiker Pokrowski als der unmittelbare Urheber des ersten Weltkrieges bezeichnet. Diese Auffassung, die Pokrowski in sei

ner «Geschichte Russlands» entwickelt und begründet, erwähnen wir hier nur deshalb, weil auch sie zeigt, dass die Dinge damals sehr viel komplizierter lagen als fünfundzwanzig Jahre später. Wem es um die Wahrheit geht, sollte solche und andere Unterschiede nicht ignorieren.

In der am 4. August 1914 im Reichstag abgegebenen Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion hiess es:

«Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich in in-nigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrecht-erhaltung des Friedens gewirkt.»

Letzteres hat Vandervelde, der Führer der belgischen Sozialisten, im Oktober 1914 feierlich bekräftigt. Von ganzem Herzen, so erklärte er, stellen wir unseren deutschen Genossen das Zeugnis aus, dass sie in ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens ihre Pflicht, ihre ganze Pflicht, und mehr als ihre Pflicht getan haben.

Nachdem in der offiziellen sozialdemokratischen Erklärung vom August 1914, die vom russischen Despotismus drohenden Gefahren in den Vordergrund rückend, die Bereitwilligkeit zur Landesverteidigung ausgesprochen wurde, brachte sie Folgendes zum Ausdruck:

«Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.»

Zu diesen programmatischen Worten, die von den bürgerlichen Parteien schweigend angehört wurden, bemerkt der rechtsstehende Professor Dr. Bredt in seinem Werk «Der deutsche Reichstag im Weltkrieg»

(Berlin 1926): «Dass die Sozialdemokratie keinen Eroberungskrieg mitmachen konnte, war ohnehin klar.» Ja, das war es, und so ist es auch immer geblieben. Es wäre unsachlich und unmotiviert, diesen charakteristischen Grundzug der sozialdemokratischen Kriegspolitik anzweifeln zu wollen, weil im sozialistischen Lager Deutschlands, ebenso wie in dem anderer Länder, hier und da auch Äusserungen fielen, die dem Annexionismus Konzessionen machten oder die in diesem Sinne interpretiert werden konnten.

Schon am 2. Dezember 1914 gab die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eine Erklärung ab, in der sie ihre Forderung vom 4. August wiederholte. Gleichzeitig verurteilte sie, dass in allen Ländern kleine, aber rührige Kreise unter dem Deckmantel besonderer Vaterlandsliebe mit allen Mitteln den Hass gegen die anderen Völker zu erregen suchten und dabei jede Rücksicht auf Wahrheit und Würde ausser Acht liessen.

Allein bis zum April 1917 hatte die deutsche Sozialdemokratie, wie Scheidemann in seinen Memoiren hervorhebt, noch ungefähr dreissigmal durch öffentliche Erklärungen, Reichstagsreden und Interpellationen ihren Friedenswillen und die Ablehnung des Annexionismus zum Ausdruck gebracht. Dabei sind übliche Parteikundgebungen sowie gemeinsame Kundgebungen der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten nicht mitgezählt, ebenso die nicht öffentlich bekanntgewordenen Denkschriften an den Reichskanzler¹.

Die Sozialdemokratie wollte kein Stück deutschen Bodens preisgeben, aber sie wollte auch kein Stück fremden Bodens erobern. Ob ihre Taktik diesem Ziel immer zweckmässig angepasst war, ist eine andere Frage, über die es naturgemäss sehr verschiedene Ansichten gab und gibt. Aber vorurteilsloses Studium des Quellenmaterials führt jedenfalls zu dem Resultat, dass die deutsche Sozialdemokratie das Ziel des annexionslosen Friedens niemals aus den Augen verloren hat und dass die annexionistische Tendenz in ihren Reihen praktisch bedeutungslos war.

Diese soziologisch wie politisch sehr wichtige Tatsache wird unter anderem auch in der Arbeit «Die Annexionsfragen des Weltkrieges» (Berlin 1929) unterstrichen. Dieses Werk wurde – wie übrigens auch das

1) Die Erklärungen, Aufrufe usw. sind enthalten in der Schrift «Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden», Berlin 1916, erste Folge Berlin 1917.

vorhin erwähnte von Professor Bredt – vom Untersuchungsausschuss des deutschen Reichstages über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs herausgegeben.

Dabei muss man beachten, dass der Verfasser der Arbeit «Die Annexionsfragen des Weltkrieges», Major Volkmann, ein Apologet des alten Systems und des Generalstabes ist, der ein gewisses Interesse daran hat, für den später als verhängnisvoll erkannten Annexionismus möglichst viele verantwortlich zu machen. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Annexionismus wird daher bei Volkmann keineswegs zugunsten der Sozialdemokratie gefärbt. Eher trifft das Gegenteil zu. Zum Beispiel hat Volkmann aus einer von ihm sehr schlecht und unvollständig zitierten Rede, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Landsberg am 9. Dezember 1915 im Reichstag hielt, vollkommen zu Unrecht, wenn auch vielleicht nur irrtümlich, eine Bereitschaft zu gewissen Konzessionen in der Annexionsfrage herausgelesen.

Aber trotzdem – und das ist ja schliesslich das Entscheidende – muss selbst Volkmann konstatieren, «dass die deutsche Sozialdemokratie aller Richtungen – die einen etwas schärfer, die anderen mit kleinen gelegentlichen Konzessionen an den Annexionsgedanken – *prinzipiell* durchaus konsequent am annexionslosen Frieden vom ersten bis zum letzten Tage festgehalten hat.» Man beachte: vom ersten bis zum letzten Tage, also in *jeder* Phase des Krieges, auch als die deutschen Waffen zu triumphieren schienen.

«Die deutsche Sozialdemokratie fand in ihrem Kampf gegen den annexionistischen Gedanken Bundesgenossen vor allem im demokratisch-pazifistischen Lager. Sie behielt aber doch durchaus die Führung», stellt Volkmann sehr richtig fest. Bei jeder politischen Krise wiederhallte der sozialistische Blätterwald von Friedenskundgebungen. Gegen die alldeutschen Bestrebungen wurde ein erbitterter Kampf auch in der breiten Öffentlichkeit geführt, schreibt Volkmann weiter.

Wie vor dem Kriege, so bildete die kleine Gruppe der Alldeutschen auch jetzt im Kriege den äussersten Gegenpol zur weitaus grössten Partei Deutschlands, der Sozialdemokratie. Schon im September 1914 schickte Class an zweitausend führende Persönlichkeiten eine Denkschrift, in der er unerhörte Eroberungen im Westen und im Osten propagierte. Diese Denkschrift wurde von der Zensur erst im Mai 1917 freigegeben. Sie erschien dann unter dem Titel «Zum deutschen Kriegsziel» in München als Broschüre.

Das darin entwickelte Programm war eine Herausforderung an die ganze Welt. Belgien, das ursprünglich aus strategischen Gründen überfallen wurde und dem Bethmann Hollweg am 4. August 1914 die Wiedergutmachung des zugefügten Unrechtes versprach, muss deutsch bleiben, forderte Class zum Beispiel. Zugleich stellte er der deutschen Außenpolitik die Aufgabe, «den Osten deutsch zu machen». Die von Russland eroberten polnischen Gebiete sollten dem Deutschen Reich angegliedert werden, ebenso die russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland, Estland. Wünschenswert wäre es, «wenn es ausserdem noch gelänge, Finnland und die Ukraine loszureissen», schrieb Class.

Darüber hinaus trat er dafür ein, von Russland grundsätzlich so viel Land abzutrennen, wie es militärisch möglich sei. Mit Nachdruck bezeichnete er es als notwendig, «bisher fremdes Staatsgebiet ohne die bisherigen Bewohner zu erwerben und, wo aus besonderen Gründen der Erwerb ‚frei von Menschen‘ nicht möglich ist, den übernommenen fremdsprachigen Bewohnern die politischen Rechte zu versagen».

Das entsprach ganz und gar dem Geist des Buches «Wenn ich der Kaiser wäre». Jedoch Class war nicht der Kaiser, und auch die «Reichsreform» war noch nicht durchgeführt, denn zum grossen Kummer von Class, Hitler und vielen anderen, die ihre Empörung damals oder später zum Ausdruck gebracht haben, wurde der Krieg nicht mit einem Bürgerkrieg gegen ihren zentralen Feind, die Sozialisten, eingeleitet.

Der Justizrat musste sich also nach wie vor mit der Stellung als Führer der «Nationalen Opposition» begnügen. Aber er und seine Bewegung vermochten während des Krieges noch viel breitere Kreise der Rechten in ihren Bann zu ziehen als seit 1912. Wie weit der Einfluss der Alldeutschen reichte, so schreibt Major Volkmann, ergibt sich aus der sehr bekannt gewordenen Kriegszieleingabe von sechs wirtschaftlichen Verbänden, «die die Hauptforderungen der Classschen Denkschrift mit erstaunlicher Kritiklosigkeit übernahmen».

Nun, viel dieser Annexionisten sind sehr bald nüchterner geworden. Auch interessierten sich die entsprechenden Kreise nicht für alle diese Forderungen mit gleicher Leidenschaft. Darüber hinaus verhielt man sich in verschiedenen Punkten reserviert oder gar direkt ablehnend. Aber von einem «Verzichtfrieden», von einem «Scheidemannfrieden», wie sie das sozialdemokratische Ziel des annexionslosen Verständigungs-

friedens nannten, wollten die rechtsstehenden Schichten des deutschen Bürgertums nichts wissen. Im Prinzip kann man mit gutem Gewissen sagen: Je weiter rechts sie standen, desto geringer war ihre seelische Widerstandskraft gegen die alldeutsche Propaganda, desto intimer ihre Zusammenarbeit mit dem Alldeutschen Verband und desto lauter der Schrei nach dem «Siegfrieden».

Jedoch die Menschen stehen in vielfachen Beziehungen zueinander, und der Krieg mit seinen eigenen psychologischen wie ökonomischen und sozialen Gesetzen war eine Macht, die die inneren Fronten in mancher Hinsicht sehr wesentlich umgruppierte. Vor allem tendierten jetzt grosse Teile jener Kleinbürger, Bauern usw., denen der Rüstungslärm und die Prestigepolitik des offiziellen kaiserlichen Deutschland aus vielen Gründen imponiert hatte, stark in eine andere Richtung, besonders wenn sie sich in des ‚Kaisers Rock‘ befanden.

Je länger sie als einfache Soldaten im Schützengraben liegen und mit Himmelstoss Bekanntschaft machen mussten, desto stärker veränderte sich ihr Fühlen und Denken, desto weniger waren sie die «Hurakanaille», wie sie vor dem Kriege von den Sozialdemokraten titulierte wurden, und desto mehr schulte sie das Leben um.

Aber im Übrigen harmonierte doch die Stellung, die von den verschiedenen Gesellschaftsschichten in der Frage Siegfriede oder Verständigungsfriede eingenommen wurde, auffallend gut mit der Position, die sie zu den grossen ökonomischen, sozialen und politischen Kämpfen der Vorkriegszeit bezogen hatten. Man kann daher mit den oben gemachten Einschränkungen sagen: der Kampf für den Siegfrieden war die logische Fortsetzung der Welt- und Flottenpolitik, durch welche die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung konserviert werden sollte. Und darum waren die Gegner des Verständigungsfriedens in der Regel auch die Gegner der Demokratisierung Deutschlands. Die Vergewaltigung fremder Völker und die antidemokratische Politik im eigenen Lande bildeten eine untrennbare Einheit, waren zwei Seiten ein und desselben Interesenkampfes ganz bestimmter Gesellschaftsschichten.

Es hat einen tiefen Sinn, dass der Verfasser des Kaiserbuches der hemmungsloseste Annexionist war und Major Volkmann feststellen muss: «Die Sozialisten verlangen den annexionslosen Verständigungsfrieden

und weitreichende innere Reformen; die Konservativen wollen den Machtfrieden und die Erhaltung der bisherigen innenpolitischen Ordnung.»

Dieses Zitat bezieht sich zwar auf eine bestimmte Situation des Jahres 1917, aber es charakterisiert die Fronten, wie sie in Deutschland während des ganzen Krieges bestanden. Es waren zwei Welten, die durch nichts miteinander zu vereinbaren waren, am allerwenigsten durch die sagenhafte «preussische Disziplin», die von gewissen Ideologen gerade heute wieder bis zur Lächerlichkeit mystifiziert wird und in der ahnungslose Zeitgenossen des Rätsels Lösung gefunden zu haben glauben.

Es waren alles Deutsche, die da kämpften und argumentierten, «aber sie redeten zwei verschiedene Sprachen und konnten sich gegenseitig nicht mehr verständigen», schreibt Arthur Rosenberg. Fast genauso heisst es unter anderem bei Bethmann Hollweg: «Mehr als je redeten beide Hälften des Volkes eine völlig verschiedene Sprache.» Wohl kaum in einem anderen Lande begleitete den Donner der Kanonen ein so gewaltiger innerer Kampf wie gerade in Deutschland.

Ihr redet hohnvoll von «Verzichtfrieden», so polemisierte Scheidemann im Mai 1917 im deutschen Reichstag gegen die Imperialisten des eigenen Landes, um dann fortzufahren: «Ja, wir verzichten auf die Fortführung des Krieges, verzichten auf neue Zehntausende Tote und Krüppel, verzichten auf die weitere Verwüstung Europas, aber wir verzichten auf kein Stück deutschen Landes und deutschen Bodens . . . Was sagt also das Wort ‚Verzichtfriede‘? Dass wir verzichten auf die Alldeutschen und ihre dummen Schwätzereien.»

Nicht nur als Sozialdemokrat, sondern ebenso als Deutscher tief empört über die Männer und Mächte um Class, rief Scheidemann in derselben Reichstagsrede aus, die «alldeutsche Porzellanfabrik» bringe das deutsche Volk «wahrhaftig noch in den törichten Verdacht, dass wir ein Räubervolk sind, sozusagen eine national organisierte Räuberbande».

Die Bejahung der Landesverteidigung bei gleichzeitiger Bekämpfung des Imperialismus im eigenen Lande war die schwierigste und komplizierteste Aufgabe, die organisiert handelnden Menschen zufallen konnte, und nicht alle Sozialisten waren dieser Aufgabe in jeder Hinsicht gewachsen. Mancher geriet in seiner Argumentationsweise mehr oder we-

niger auf die nationalistische Rutschbahn. Aber das war ja bekanntlich nicht nur in Deutschland so und ändert vor allem nichts an der grossen Linie der offiziellen sozialdemokratischen Politik. Diese Linie, die wir in groben Umrissen skizziert haben, kann unter den verschiedensten Gesichtspunkten kritisiert werden, aber es war auf jeden Fall keine Politik nach dem Grundsatz: «Right or wrong, my country.»

Trotzdem erhob sich gegen diese Politik schon sehr zeitig Kritik und Widerspruch von links her, und dies sowohl innerhalb der Reichstagsfraktion als auch der Parteiorganisation und der Arbeiterschaft. Eine Gruppe knüpfte an die radikalen Ideologien der Vorkriegszeit an, bezeichnete den Krieg als notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, jede Unterstützung dieses Krieges durch die Sozialisten als Verrat und die internationale Revolution als den einzigen Weg zur Rettung. Diese Gruppe kristallisierte sich um den illegalen Spartakusbund, an dessen Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen und der die Keimzelle der späteren Kommunistischen Partei war. Eine andere Gruppe, die legal war und nicht für die direkte revolutionäre Aktion eintrat, kämpfte für die Beendigung des «Burgfriedens» und die Ablehnung der Kriegskredite. Schon im Dezember 1915 stimmten 20 sozialdemokratische Abgeordnete gegen die Kreditvorlage. Dieser Riss vertiefte sich dann weiter und führte Ostern 1917 zur Gründung der USDP. (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Diese Gruppe von linken Sozialdemokraten war ideologisch sehr uneinheitlich. In ihr trafen sich unter anderem Eduard Bernstein und Karl Kautsky, die in politischer und theoretischer Hinsicht alte Gegner waren. Zahlenmässig übertraf die USDP. weit den Spartakusbund.

«In den Jahren 1917 und 1918 ist der Unterschied zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien nur noch gering. Er zeigte sich fast nur noch in der Haltung zu den Kriegskrediten», schreibt Arthur Rosenberg. Ja, inzwischen hatte die gesamte sozialistische Bewegung die Fesseln des «Burgfriedens» gesprengt. Es ist charakteristisch, dass dies unter der Losung geschah: Gegen die Alldeutschen und Annexionisten. Am 28. Januar 1918 traten in Berlin 400'000 Rüstungsarbeiter in den Streik. Es waren hoch bezahlte und relativ gut ernährte Arbeiter, die in erster Linie schleunigste Herbeiführung des annexionslosen Verständigungsfriedens und durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen Deutschlands forderten.

Das war ebenso international wie im besten Sinne des Wortes national, «denn an den Kriegszeiten, die Europa und Amerika mit Entsetzen erfüllten und die jede Möglichkeit eines Verständigungsfriedens verbauten, sind wir zugrunde gegangen», schrieb zum Beispiel Hans Delbrück nach dem Kriege. Aber die Reaktion konnte auf diese Kriegsziele nicht verzichten, wenn sie sich nicht selber preisgeben wollte. Dazu war sie nicht bereit und so riss sie die ganze Nation mit in den Abgrund.

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die alldeutschen Forderungen nicht zu beachten, schrieb General Freiherr von Gebstättel am 15. Mai 1915 an den damaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg. Die nächste Folge wäre die Revolution. «Dieses Wort muss ausgesprochen werden.» Das war es, was sich hinter dem Schrei nach dem Siegfrieden verbarg.

Aber nicht nur aus politischen, auch aus ökonomischen Gründen brauchte die Reaktion den Siegfrieden, denn nur durch territoriale Expansionspolitik konnte man Deutschland, soweit das überhaupt noch möglich war, aus den Gesetzen der Weltwirtschaft herausreißen. In welchem Masse und in welcher Weise die Eroberungen des kaiserlichen Deutschland kriegsökonomische Ursachen hatten und mit dem Problem der Blockade zusammenhängen, kann im Rahmen dieses Buches nicht erörtert werden. Die Alldeutschen und viele andere waren jedenfalls froh, dass die Dynamik des Blockadekrieges ihre Eroberungspolitik in mancher Hinsicht begünstigte.

Um den Siegfrieden erkämpfen zu helfen, gründeten Tirpitz und der spätere Putschist Kapp im Jahre 1917 die «Vaterlandspartei». Sie umfasste, um Arthur Rosenberg zu zitieren, «die Konservativen und den rechten Flügel der Nationalliberalen, kurz die sogenannte alldeutsche Tendenz».

Wenn in den Jahren 1917 und 1918 der Unterschied zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien nur noch sehr gering war, der «Burgfriede» auf hörte, 400'000 Berliner Rüstungsarbeiter in den Streik traten usw. – so war dies alles wesentlich das Resultat einer Revolution, die im Sommer 1917 stattfand und von rechts her erfolgte.

Formell wurde diese Revolution von der Obersten Heeresleitung vollzogen, aber ihre sozialen Träger waren die Gegner des Verständigungsfriedens und der Demokratisierung. Diese Kreise standen mit Bethmann Hollweg schon lange auf Kriegsfuss, weil er zu stark in die Richtung des

entgegengesetzten Lagers tendierte. Durch die erste russische Revolution hatten die Demokratisierungsbestrebungen einen neuen Antrieb bekommen. Aber je handgreiflicher sich die Notwendigkeit innerer Reformen darstellte, desto leidenschaftlicher kämpfte die Rechte gegen die Sozialdemokratie, klagt Bethmann Hollweg. Die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie und das gleiche Wahlrecht in Preussen war das Ende der konservativen Machtstellung, sagt er in diesem Zusammenhang.

Das war das eine Moment. Das andere war, dass Bethmann Hollweg es nicht verstand, die Begeisterung des Volkes «durch belgische und baltische Zukunftsbilder zu entflammen», wie Ludendorff in einem Gespräch erklärte. Ein solcher Kanzler, der weder nach innen noch nach aussen ein hemmungsloser Machtpolitiker war, entsprach natürlich nicht den Interessen der Reaktion. Also musste er bekämpft und, als sich die inneren Gegensätze gefahrvoll zuspitzten, schliesslich gestürzt werden.

Aber der schwankende Kaiser hatte in diesem wie in manchem anderen Punkt seine Bedenken. Und darum verwandelte die Revolution von rechts den Kaiser in einen Schattenkaiser, lange bevor er im November 1918 durch die Revolution von links vollkommen und definitiv ausgeschaltet wurde.

«Da kann ich ja gleich abdizieren», sagte Wilhelm II. angesichts des Druckes, den die massgebenden militärischen Führer mit Ludendorff an der Spitze auf ihren Monarchen ausübten. Aber das half ihm nichts. Mit der zum System entwickelten Methode, andernfalls «nicht mehr die Verantwortung tragen zu können», erreichten die betreffenden militärischen Führer auch dieses Ziel. Am 13. Juli 1917 musste der Kaiser gegen seinen Wunsch den Rücktritt Bethmann Hollwegs genehmigen.

«Zum ersten Male zwang man den deutschen Kaiser zum Verzicht auf sein Recht, über die Besetzung des Reichskanzlerpostens zu entscheiden. Damit war das konstitutionelle Regiment in Deutschland zerstört, die Verfassung Bismarcks in Trümmer gelegt, und diese Tat vollbrachten preussische Offiziere», schreibt Ziekursch. Es ist schade, dass die Erinnerungen von Class nur noch die ersten Kriegsmonate umfassen, denn dieser Mann hätte auch sehr interessante Dinge über die folgende Zeit und besonders über die sogenannte «Julikrise» des Jahres 1917 zu berichten.

Seit dem Juli 1917 bestand in Deutschland eine Militärdiktatur. Der Kaiser war sich dessen bewusst, dass er nichts mehr zu sagen hatte, er-

klärte Hans Delbrück nach dem Kriege vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages. Delbrück machte in diesem Zusammenhang folgende historisch wichtige Feststellung:

«Dass der Beginn der Revolution also von rechts gekommen ist, ist für das Verständnis der nachher ausgebrochenen Revolution von links von der grössten Bedeutung. Diese Revolution von rechts hat uns verhindert, das zu tun, was für den Verständigungsfrieden unerlässlich war.»

Warum dies nur mit dem totalen Zusammenbruch enden konnte und wie dieser sich vollzogen hat, kann im Rahmen dieses Buches, in dem es die Entwicklung während des Weltkrieges nur unter ganz bestimmten Gesichtspunkten darzustellen galt, nicht näher behandelt werden. Aber wenn auch die Formen und der Umfang der Revolution durch den Krieg und seinen Ausgang bestimmt wurden, so hatte doch Deutschland die Revolution als solche schon im Leibe, als es in den Krieg hineinmarschierte.

Damals war die Revolution, wie wir gesehen haben, auf dem Marsch. Nun erhob sie mit unwiderstehlicher Gewalt ihr Haupt, nun errichteten die progressiven Kräfte Deutschlands mit den Arbeitern an der Spitze eine demokratische Republik. Eine Republik, die sich trotz allem und auch trotz Versailles allmählich gefestigt hatte und die ohne das gigantische Erdbeben der Weltwirtschaftskrise niemals durch ein solches Gebilde wie das nationalsozialistische Dritte Reich abgelöst worden wäre.

ELFTES KAPITEL

Trotz allem steht die Republik!

Im Juli 1917, als in Deutschland eine Rechtsrevolution stattfand und eine Militärdiktatur errichtet wurde, ist zugleich auch der Grundstein zur deutschen bürgerlichen Republik gelegt worden. Das Datum dieses Ereignisses ist der 6. Juli 1917. An diesem Tage hielt Erzberger im Hauptausschuss des Reichstages eine Rede, die den Übergang der Zentrums- und Fortschrittspartei ins Lager der Linken bedeutete. Das war die Geburt jener Koalition, die später die tragende Kraft der Weimarer Republik bildete.

Gestützt auf die Stimmung der katholischen Bauern und Arbeiter vermochten Erzberger und seine näheren Freunde die antidemokratisch-autoritäre Führergruppe ihrer Partei in den Hintergrund zu drängen und einen neuen Kurs einzuleiten. Jetzt vereinten sich das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie zu einem Block, wodurch eine neue Reichstagsmehrheit zustande kam.

Diese neue Reichstagsmehrheit beschloss noch im selben Monat die bedeutungsvolle Friedensresolution, die zum Ausdruck brachte, dass der Reichstag einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker anstrebe und erzwungene Gebietserwerbungen sowie politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung mit einem solchen Frieden unvereinbar seien. Im Volke hatte diese Friedensresolution eine noch viel grössere Mehrheit als im Reichstag, dessen Zusammensetzung seit 1912 unverändert geblieben war, weil inzwischen keine Neuwahlen stattgefunden hatten.

Die Rechte kämpfte bis zum völligen Zusammenbruch Deutschlands gegen den Verständigungsfrieden, und nach dem Kriege konnte man in ihrer «nationalen Presse» lesen, der Sieg sei nur durch die «verbrecherische Novemberrevolution» verhindert worden. Aber Hugenberg und viele andere wussten schon im Juli 1918 aus sicherster Quelle, dass die militärische Katastrophe vor der Tür stand und der Krieg verloren war.

Sie hörten nicht auf, gegen den Verständigungsfrieden zu kämpfen, zugleich aber traten sie – wie andere aus einem Kegelklub austreten – aus dem Kriege aus, um eine grosse nationale Meinungsfabrik aufzubauen und sozusagen die zweite Runde vorzubereiten. In seinem 1928 erschienenen Buch «Der Hugenberg-Konzern» schreibt Professor Ludwig Bernhard mit zynischer Offenheit:

«Am 19. Juli erfuhr ich, dass nach Ansicht der Operationsabteilung Hindenburgs der Krieg verloren sei. So trat unser Freundeskreis, durch gemeinsame Arbeit eng verbunden, aus dem Krieg heraus, und so ergab sich psychologisch zwingend die Notwendigkeit, auch in gemeinsamer Arbeit an die Aufgabe zu gehen, welche wir stets als einen Teil unserer allgemeinen Bestrebungen betrachtet haben, die Organisation der Presse.» (Seite 28.)

Als Hugenberg wegen dieser Angelegenheit in einer Wahlversammlung persönlich zur Rede gestellt wurde, antwortete er: «Ja, was wäre denn geschehen, wenn auch meine Presse umgefallen wäre.»

Im Herbst 1918 war der militärische Zusammenbruch Deutschlands eine auch von Ludendorff und Hindenburg anerkannte Tatsache. Die Oberste Heeresleitung forderte wiederholt die Einleitung von Waffenstillstands Verhandlungen. Sie hatte es damit nun sogar sehr eilig.

Mit dem Ziel, einerseits die politischen Voraussetzungen für die Verhandlungen mit den Westmächten zu schaffen und andererseits in der jetzt unheimlich aktuell und unvermeidlich gewordenen demokratischen Revolution wenigstens den Thron zu retten, bekannte sich der Kaiser durch einen Erlass vom 30. September 1918 zur Parlamentarisierung Deutschlands. Am 4. Oktober 1918 wurde ein parlamentarisches Kabinett ernannt, dem unter anderem Scheidemann und Erzberger angehörten. Nun kam die Koalition vom Juli 1917 zur Geltung.

Was sich in diesen Tagen vollzog, war also auf jeden Fall mehr als ein Kulissenwechsel. Dies verneinen zu wollen, hiesse die Weltgeschichte als ein banales Marionettentheater betrachten. Es liegt nicht an ihr, wenn sie sich in manchen Köpfen so spiegelt.

«Mit dem 30. September 1918, dem Tage des kaiserlichen Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte», sagte der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden am 5. Oktober 1918 im Reichstag. Friedrich Ebert feierte diesen 5. Oktober als den Geburtstag

der Demokratie. Die Kreise, die bisher in Deutschland die Alleinherrschaft hatten, das bürokratisierte Junkertum und die verjunktete Bürokratie, hätten nun endgültig ausgespielt. Aber natürlich sei das bisher Geschehene nur der Anfang eines Überganges, und durch unseren Eintritt in die Regierung übernehmen wir keine Verantwortung für die bisherige Politik, sagte Ebert weiter. Er polemisierte dabei auch gegen die «all-deutschen Schreier, die jetzt mit ihren Hintermännern die Rebellion im Lande organisieren und mit dem Feuer spielen».

Im Auswärtigen Amt, im Kriegsministerium, in der Reichskanzlei, im kaiserlichen Zivilkabinett usw. erfolgten Veränderungen, die Ausdruck des Systemwechsels waren. Jetzt gaben die Konservativen auch ihren Widerstand gegen die demokratische Wahlrechtsreform auf. «Heute wird sich niemand mehr über die Gründe des Verzichtes täuschen», schrieb der «Vorwärts». Am 26. Oktober änderte der Reichstag die Verfassung. Gleichzeitig wurde Ludendorff entlassen. An seine Stelle trat der realistische Gröner, der ein General, aber kein Militarist war. Er hatte die abenteuerliche Kriegspolitik Ludendorffs schon lange bekämpft.

Der Stein war ins Rollen gekommen. Bald meuterten die Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel, und bald gab es überall Arbeiter- und Soldatenräte, die spontan entstanden und die örtliche Gewalt an sich rissen.

Arbeiter- und Soldatenräte sind zwar vorher schon in der russischen Revolution in Erscheinung getreten, aber sie waren in Deutschland keine Nachahmung, sondern sie wuchsen hier wie dort aus den politischen und sozialen Verhältnissen heraus. «In dem Augenblick, in dem die alte Kommandogewalt, der alte Obrigkeitsstaat zerfiel, war es ihre Funktion, einen gewissen Rest von Ordnung aufrechtzuerhalten . . . Natürlich gab es unter den Arbeiter- und Soldatenräten, die überall wie Pilze aus der Erde schossen, auch hemmungslose Abenteurer und noch bedenklichere Elemente. Im grossen Ganzen aber liess das Niveau auf einen verhältnismässig hohen Reifegrad schliessen. Der politisch geschulte Teil der A.- und S.-Räte hat viel Unheil verhindert und viel Gutes bewirkt», schreibt der rechtsstehende Sozialdemokrat Friedrich Stampfer in seinem kenntnisreichen Werk «Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik».

Am 9. November rief Scheidemann die deutsche Republik aus. Wilhelm II. floh nach Holland, nachdem auf die Frage des Oberst Heye, ob das Heer zum Kaiser stehe, von 39 Generalen und Regimentskomman-

deuren nur einer mit Ja geantwortet hatte. Die blutige Unterdrückung der Revolution war also unmöglich. «Jetzt herrschte General Gröners Wesen, und das gab den Kaiser mit einem Achselzucken auf», heisst es in den «Erinnerungen» des Kronprinzen.

Am 10. November 1918 wählten die Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch in Berlin die neue republikanische Reichsregierung. Sie bestand aus sechs Volksbeauftragten, den drei Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann, Landsberg und den drei Vertretern der USPD. Hasse, Dittmann, Barth. Diese sechs Volksbeauftragten, die übrigens nicht lange zusammenhielten, vereinten in sich zugleich die Funktionen eines Reichspräsidenten und eines Reichskanzlers. Praktisch regierte jedoch die Koalition, die im Juli 1917 entstand, wenn sich auch die Machtverhältnisse innerhalb dieser Koalition inzwischen stark zugunsten der Sozialisten verschoben hatten.

Die Spartakisten und andere Linksradikale gaben die Parole aus: «Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!» Diese Linksradikalen erstrebten die Diktatur des Proletariats, doch stellten sie sich darunter vielfach etwas anderes vor als die Bolschewiki in Russland. Dies gilt übrigens in besonders hohem Masse von Rosa Luxemburg, die Lenins Theorien schon im Jahre 1903 als einen Rückfall in vormarxistische Auffassungen kritisierte und scharf ablehnte.

Die zahlenmässig sehr schwache Kommunistische Partei, die an der Jahreswende 1918/19 gegründet wurde und deren geistige Führerin Rosa Luxemburg war, ist ursprünglich *keine* bolschewistische Partei gewesen, obwohl sie sich mit der russischen Revolution aufs engste verbunden fühlte. Übrigens hat von jeher nur ein kleiner Teil ihrer Mitglieder die von Rosa Luxemburg vertretenen Auffassungen verstanden. Letzteres zeigte sich unter anderem auch darin, dass die Partei im Gegensatz zu ihrer Führerin die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ablehnte. Schon am 15. Januar 1919 wurde die charakterlich wie intellektuell hervorragende Rosa Luxemburg auf grausame Weise von reaktionären Offizieren ermordet, und am selben Tage auf dieselbe Weise auch Karl Liebknecht.

Die Ermordung Rosa Luxemburgs, jener bedeutenden Frau, die Moskau gegenüber sehr kritisch und daher auch gegen die Gründung der III. Internationale war, hat nicht wenig dazu beigetragen, dass die Kommu-

nistische Partei mehr und mehr unter den Einfluss des Bolschewismus geriet. Jedoch auch ohne dies musste die äusserste Linke einer bolschewistischen Avantgardemystik und dem Putschismus erliegen, weil für eine proletarische Revolution im Sinne Rosa Luxemburgs alle Voraussetzungen fehlten, nicht zuletzt die weltpolitischen.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte stand hinter den Mehrheitssozialisten, die die Diktatur des Proletariats ablehnten und das weitere Schicksal Deutschlands durch die konstituierende Nationalversammlung entscheiden lassen wollten. Im Rahmen dieser Tendenz gab es zwar vielerlei Abstufungen, aber sie war innerhalb der Arbeiterklasse ohne Zweifel die absolut dominierende, was auf Grund zahlreicher objektiver und subjektiver Faktoren verständlich ist.

Für viele Sozialdemokraten wurde der grosse Sieg bereits im Oktober 1918 errungen und bestand die Aufgabe darin, die Demokratie in möglichst organischer Weise auszubauen. Dieser Teil der Sozialdemokraten war naturgemäss jeder Art von Radikalismus abgeneigt. Aber dass das hochgradig industrialisierte, dicht besiedelte und sehr eng mit der Weltwirtschaft verkettete Deutschland auf andere Weise erneuert werden musste als Russland, darüber war sich nicht nur die erdrückende Majorität der organisierten Arbeiter im Klaren. Dies erklärt neben den vollkommen anders gelagerten Agrarverhältnissen Deutschlands, weshalb sich die Woge der bolschewistischen Revolution an den deutschen Grenzen brach.

Am 18. November 1918 schrieb Max Weber in einem Privatbrief: «Woran man sich freut, ist die schlichte Sachlichkeit der einfachen Leute von den Gewerkschaften und auch vieler Soldaten, zum Beispiel hier im hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat, dem ich zugeteilt bin. Sie haben ihre Sache ganz vorzüglich und ohne alles Gerede gemacht, das muss ich sagen.» Ja, diese Arbeiter hatten auch «Disziplin». Aber diese Disziplin war in sehr viel höherem Grade ein Produkt des modernen industriellen Arbeitsprozesses und des eigenen Organisationslebens als der Kaserne. Je durchorganisierter und durchindustrialisierter ein Land ist, desto selbstverständlicher bildet sich diese Art von Disziplin heraus.

Aber trotz allem war die Arbeiterklasse noch immer nicht imstande, jenes Vakuum auszufüllen, in dem Max Weber seinerzeit «das Drohende unserer Situation» sah. Neben realistischem Radikalismus gab es auch

viel utopischen, was umso natürlicher war, als die Revolution einem langen und verlorenen Kriege folgte, in dem unendlich viel menschliches Glück zerstört wurde, zahllose Existenzen zusammenbrachen, Ehen zerfielen, Kinder den Waffenrock trugen, Illusionen zerplatzten, der Offizier das Selbstbewusstsein des gemeinen Soldaten kränkte. Der Mangel an demokratischer Tradition ist in diesem Zusammenhang auch nicht ganz unbedeutend. Die Organisationen der Arbeiterbewegung erfassten ja nur einen relativ kleinen Teil der Arbeiterklasse und konnten diesem Mangel schon allein darum nur in begrenztem Masse abhelfen.

Im Übrigen entstand während des Krieges viel neues Industrieproletariat, das ideologisch noch besonders labil und daher ein günstiger Boden für den Gefühlsradikalismus war. Zudem hatten der Krieg und die Revolution die Politisierung der Massen in einem Masse beschleunigt, das den realistischen Elementen der Arbeiterklasse nicht immer zum Vorteil gereichen konnte. Dass es besonders in der jüngeren Generation, die allerdings auch zahlreiche erstaunlich reife politische Menschen aufzuweisen hatte, viel Revolutionsromantik gab, ist kein Wunder. Auch in der Politik lernt man das Laufen erst allmählich. Aber der Generationswechsel, der in unserem motorisierten Zeitalter ganz allgemein eine enorme politische und soziale Bedeutung hat, ist neben der permanenten Neubildung von Industrieproletariat die wichtigste Ursache dafür, dass die Arbeiterbewegung den Utopismus immer wieder von Neuem überwinden muss.

All dies sowie die Geldentwertung, der nun ausserordentlich niedrige Lebensstandard und die allgemeine Sehnsucht, nach diesem langen und schrecklichen Krieg mit seiner Hungerblockade endlich wieder wie ein einigermaßen normaler Mensch zu leben, drohte die Revolution zeitweilig in eine Lohnbewegung zu verwandeln. Viele Arbeiter hörten es ungern, dass ihr Anteil an der Wirtschaft nur steigen könne, wenn der Ertrag der Wirtschaft steige. Sie glaubten, die Lohnhöhe sei nur eine Frage des guten oder schlechten Willens der Unternehmer und verkannnten die Grenzen der politischen Macht.

Die Mehrheitssozialisten und ein grosser Teil der Unabhängigen führten gegen die Verwandlung der Revolution in eine Lohnbewegung einen energischen Kampf. Das war nicht immer populär, aber vor allem die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter verstanden es, wenn ihnen zum

Beispiel Hilferding zurief: «Ihr müsst diesen ganzen schweren Arbeitsprozess fortsetzen oder wir alle sind verloren.»

Die bescheidenen Resultate der Novemberrevolution werden oft nur aus der katastrophalen wirtschaftlichen und aussenpolitischen Lage des damaligen Deutschland erklärt. Es ist nicht leicht, diese Auffassung zu widerlegen, aber dennoch soll auch gesagt werden, dass die Arbeiterbewegung ideologisch wie organisatorisch nicht auf ihre Mission vorbereitet war. Sie hatte es sich im Allgemeinen, mindestens bis 1917, nicht träumen lassen, dass das Schicksal Deutschlands durch eine Revolution wie die von 1918 plötzlich in ihre Hände fallen könnte.

In an sich gesunder Reaktion auf gewisse Katastrophentheorien neigte sie im Laufe der letzten Jahrzehnte einem allzu optimistischen und unkritischen Evolutionismus zu. Dieser Evolutionismus, der eine internationale Erscheinung ist, wurde aus tiefen soziologischen Gründen die Ideologie sehr breiter Massen der Arbeiterbewegung, und es wäre eine vollkommene Verkennerung seines Wesens, wenn man ihn als ein Produkt der «Verbürgerlichung der Führungsschicht» bezeichnen wollte. Diese Charakterisierung enthält nur insofern ein Körnchen Wahrheit, als ein Teil der Partei- und Gewerkschaftsbeamten in der grossen Blüteperiode der Weltwirtschaft so selbstzufrieden wurde, dass Max Weber schon im Jahre 1907, auf der Magdeburger Tagung des Vereins für Sozialpolitik, von Verspiesserung sprechen zu können glaubte.

Der Evolutionismus, der übrigens in Deutschland auf Grund der feudalistischen Spitze usw. niemals im selben Masse triumphieren konnte wie in England, zog aus der glücklichsten Periode der industriellen Gesellschaft, wie man die Periode von 1895 bis 1914 mit Recht genannt hat, ganz besonders im Hinblick auf Deutschland allzu einseitige Schlussfolgerungen. Er unterschätzte die inneren wie äusseren Spannungsmomente und marschierte daher mit problematischen Vorstellungen in die Zukunft. Insofern hatte er mit seinem Antipoden, dem doktrinären Revolutionismus, eine gewisse Wirklichkeitsfremdheit gemein. Man darf jedoch niemals übersehen, dass diese Schwächen der Sozialisten historisch bedingt waren.

Es wird vielfach beklagt, dass die massgebenden Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine wahre Scheu vor «Experimenten» hatten. Es gibt keine Waage, auf der zuverlässig und gerecht abgewogen

werden kann, ob diese Scheu nicht zu gross war und nicht *mehr* beim alten geblieben ist, als sich aus dem tragischen Zwang der Umstände unbedingt ergab. Ein Urteil darüber wird immer subjektiv sein. Dass aber mehr beim alten geblieben ist, als es für die Sicherung der Demokratie notwendig war, das steht ausser jedem Zweifel.

Die Novemberrevolution vollzog sich unter der Führung von Sozialisten, aber sie war nicht einmal im *bürgerlichen* Sinne eine radikale Revolution. Sie hat den Staatsapparat nicht tiefgreifend umgestaltet. Sie hat kein demokratisches Volksherr an die Stelle der alten Armee gesetzt. Sie hat die Klasse der Grossgrundbesitzer nicht liquidiert. Sie hat die Herren von Kohle und Eisen nicht entmachtet. Sie vermochte also keine der Machtgruppen zu eliminieren, die wir im Laufe unserer Darstellung als verhängnisvolle Machtgruppen kennengelernt haben.

Was die Frage des Staatsapparates betrifft, so muss man unter anderem beachten, dass den Sozialisten auf vielen Gebieten die notwendigen Fachkräfte fehlten. Sie fehlten, weil die Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit nicht alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens so systematisch bearbeitete wie etwa das Gebiet der Sozialpolitik. Aber sie fehlten vor allem, weil das Staatssystem des kaiserlichen Deutschland zwischen sich und den aufstrebenden Massen eine Mauer errichtet und die Arbeiterbewegung in eine permanente Oppositionsstellung hineingezwungen hatte.

Trotzdem spricht manches für die oft aufgestellte Behauptung, das Problem der Fachkräfte hätte sich teilweise in einem progressiveren Sinne lösen lassen, wenn das Selbstvertrauen der massgebenden Führer etwas grösser gewesen wäre. Grundsätzlich muss jedoch anerkannt werden, dass gerade diese Frage nicht von heute auf morgen gelöst werden konnte, sondern nur in einem längeren Entwicklungsprozess. Der Aufbau eines demokratischen Staatsapparates wird nämlich in vieler Hinsicht im selben Masse schwieriger, wie die Industrialisierung und Spezialisierung fortschreitet. «Eine einmal voll durchgeführte Bürokratie gehört zu den am schwersten zu zertrümmernden sozialen Gebilden.» (Max Weber.)

Was nun die Übernahme der alten Militärorganisation betrifft, so wäre dies nicht so schwerwiegend gewesen, hätte es im Offizierskorps viele Männer wie Gröner gegeben, der ein ehrlicher Demokrat und Republikaner war. Zwar gab es viele Offiziere, die mehr aus dem Kriege gelernt hatten als beispielsweise Ludendorff, und die nichts von Abenteuern wis-

sen wollten, aber demokratische Offiziere gab es nur sehr wenige, und das war das grosse Problem. Dass Gröner nun im Vordergrund und Hindenburg zu dieser Zeit stark unter seinem Einfluss stand, ändert nicht viel daran. Man wird daher Eberts sogenannten Pakt mit dem alten Militarismus auch dann als ein tragisches Kapitel der deutschen Revolution bezeichnen müssen, wenn man neben der Gefahr von links die Gefahr des Separatismus berücksichtigt und für das fürchterliche Dilemma der neuen Männer volles Verständnis hat.

Aber wenn zum Beispiel Major Volkmann sagt, die Oberste Heeresleitung fühlte sich durch diese Zusammenarbeit nicht weniger gebunden als Ebert, so ist das ohne Zweifel richtig. Die Dinge lagen durchaus nicht so einfach, wie man sich das sowohl in deutschen als auch in ausländischen Kreisen häufig vorstellt. Der Franzose J. Benoist-Méchin hat in sehr gründlicher, kenntnisreicher und objektiver Weise geschildert, welche dramatischen Spannungen dieses komplizierte Zusammenspiel durchlebte und wie oft es sich aufzulösen drohte. Der erwähnte Franzose hebt auch hervor, Ebert wollte nicht die Regierung an den Generalstab binden, «sondern umgekehrt den Generalstab an die Republik»¹.

Nach der Auffassung rechtsradikaler Kreise hatte Ebert dieses Ziel sogar erreicht. Es sei hier nur auf «Mein Kampf» verwiesen. Adolf Hitler war natürlich auch sehr erbittert darüber, dass das «politische deutsche Bürgertum die hohe Ehre erhalten hatte, sich mit den dreimal verfluchten Marxistenführern zur Bekämpfung der Bolschewisten an einen Tisch setzen zu dürfen.» Denn ihm kam es ja niemals nur auf die Bekämpfung des Bolschewismus an. Die Vernichtung der Sozialdemokratie, der Demokratie und des Liberalismus war ihm zumindest ebenso wichtig. Das waren doch in der Phantasie dieses reaktionären Mystikers alles nur Zwilingsbrüder des Bolschewismus!

Ausserdem war sein Antibolschewismus zugleich die ideologische Plattform für den Krieg um «Lebensraum» im Osten, also ein antirussisches imperialistisches Programm, wie es Jentsch und die Alldutschen schon dem zaristischen Russland gegenüber verfochten und das wir – wie auch andere charakteristische Züge des Nationalsozialismus – bereits in den vorangegangenen Kapiteln unserer Darstellung analysiert ha-

1) J. Benoist-Méchin, «Histoire de Farinée allemande depuis l'armistice». Zitiert nach der deutschen Ausgabe «Geschichte des deutschen Heeres seit dem Waffenstillstand». Band I, «Vom Kaiserheer zur Reichswehr» (Berlin 1939, Seite 47).

ben. Man sollte dies übrigens beim Studium der beiden letzten Kapitel niemals vergessen.

Lediglich im eigenen Lande die Errichtung eines bolschewistischen Staatssystems zu verhindern, das war für Adolf Hitler und seinesgleichen keine «Rettung der Zivilisation», sondern im Gegenteil eine riesige Gefahr. Denn diese Zivilisationsretter dachten und handelten im Sinne des Kaiserbuches. Daher hat Hitler nicht nur der Reichswehr, sondern auch den rechtsradikalen und antisemitischen Elementen der Freikorps den Vorwurf gemacht, sie hätten dieselbe Revolution, die sie so grimmig hassten, beschützt und dadurch praktisch festigen geholfen.

So ganz unbegründet ist dieser Vorwurf nicht, und insofern erfüllte der extreme Linksradikalismus auch eine positive Funktion für die Republik. Denn ohne die Furcht vor einer proletarischen oder bolschewistischen Diktatur hätten sich nicht so weite Kreise der alten Armee, der Reaktion und des Bürgertums einstweilen mit dem neuen Staat abgefunden und hätte Hindenburg am 10. November 1918 kaum angeordnet: «Es kann bekanntgegeben werden, dass die Oberste Heeresleitung mit dem Reichskanzler Ebert Zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus zu verhindern.»

Aber dass die Männer der alten Armee im Allgemeinen aus ganz anderen Gründen und mit ganz anderen Zielen gegen den Bolschewismus kämpften als Ebert und seine Parteigenossen, das versteht sich von selbst. Und das Schlimmste war vielleicht, dass dieser Kampf sehr häufig mit Truppen geführt wurde, die rechtsradikal, antisemitisch und daher Todfeinde des neuen Staates waren.

Hierbei spielten übrigens auch die Wandervögel eine gewisse Rolle. Im Kriege hatten von den 25'000 Mitgliedern der Wandervogelbünde etwa 10'000 an der Front gekämpft. Im Gegensatz zu anderen Richtungen der bürgerlichen Jugendbewegung, die im Kriege ein Unglück sahen, sahen die Wandervögel in ihm im Allgemeinen die grosse Wanderfahrt, auf der man sich zu bewähren hatte. Und nun, nach dem Kriege, standen die Wandervogelbünde überwiegend im Lager der Völkischen, während sich die sogenannte «Freideutsche Jugend», in der die anderen Tendenzen der bürgerlichen Jugendbewegung ihren Ausdruck fanden, zur Novemberrevolution bekannten und die proletarische Jugendbewegung unterstützten. Von den Wandervögeln aber gingen viele in die Freikorps, die von Offizieren der alten Armee aufgestellt und kommandiert

wurden und die nicht nur für einen Teil dieser Wandervögel die Brücke zum Nationalsozialismus waren.

Viele Angehörige der Freiwilligenverbände gehörten in eine Erziehungsanstalt oder in ein Zuchthaus. In seinem Werk «Von Spa nach Weimar. Die Geschichte der deutschen Zeitwende» (Leipzig-Zürich 1929), das mit einem Geleitwort von Hindenburg versehen ist, stellt Schultze-Pfäelzer fest, dass die Freiwilligengruppen gewissenloser handelten als alle anderen aktiv streitenden Gruppen. Er berichtet eine Reihe grausamer Details, die an Schilderungen nationalsozialistischer Konzentrationslager erinnern, und sagt:

«Das Studium der Aussagen und Gegenaussagen ergibt leider, dass es sich nicht um blutrünstige Propagandalegenden des Kommunismus handelt. Gewiss, auch die Rotarmisten haben reichlich genug Bluttaten jenseits des offenen Kampfes auf dem Gewissenskonto. Doch das Beispiel der Freiwilligenverbände hat diese Methoden des inneren Kampfes erst populär gemacht.» (Seite 235.)

Es wäre ungerecht, dafür das gesamte alte Offizierskorps verantwortlich machen zu wollen, und wenn Schultze-Pfäelzer hervorhebt, Ebert sei wegen des Verhaltens der Freiwilligenverbände oft in Wut geraten, so versteht sich dies bei einem solchen Manne von selbst. Aber nicht durch Wut, sondern nur durch Macht, nur durch eine demokratische und republikanische Volksarmee hätten die Sozialisten dies ändern können. Es wäre für sie und die Republik von entscheidender Bedeutung gewesen, wenn sie den unvermeidlichen Kampf gegen den utopischen und diktatorischen Linksradikalismus mit eigenen Organisationen und in ihrer Weise geführt hätten. Doch dies geschah nur teilweise, und die viel diskutierte republikanische Volksarmee kam über bescheidene Anfänge nicht hinaus, wobei übrigens auch die Abneigung der Arbeiter vor der Fortsetzung des Soldatenlebens keine unbedeutende Rolle gespielt hat.

Wir glauben, dass die Bildung einer republikanischen Volksarmee technisch und personell trotz allem möglich gewesen wäre, besonders wenn man sie gleich in den ersten Tagen und Wochen der Revolution in Angriff genommen hätte. Aber wir glauben allerdings auch, dass das alte Offizierskorps, das nicht zuletzt durch die Politik Eberts in verschiedene Richtungen zerfiel, in diesem Falle zu einem ziemlich einheitlichen Block zusammengeschweisst worden wäre, in dem der Teil des Offizierskorps die Oberhand erlangt hätte, der zu sofortigen gegenrevolutionären Aktionen bereit war.

Darüber hinaus aber hätten die Sozialisten in diesem Falle einen sehr grossen Teil des demokratischen Bürgertums vor den Kopf gestossen. Nicht nur wegen der neuen Erschütterungen, die ein solches Experiment bedeuten musste. Auch nicht nur wegen der aussenpolitischen Komplikationen, die es – was heute zuweilen ganz bewusst übersehen wird – wahrscheinlich mit sich geführt hätte, sondern zumindest im gleichen Masse darum, weil das Bürgertum von einer derartigen revolutionären Umgestaltung des Heerwesens einen allzu starken Machtzuwachs für die Arbeiterklasse befürchtete.

Diese Feststellung trifft übrigens auch auf massgebende Teile des ausländischen Bürgertums zu. Den «preussischen Militarismus» auf diese einzig konstruktive Weise zu liquidieren, das verbot ihnen die Rücksicht auf die bestehende Gesellschaftsordnung, die in den stürmischen Tagen der Nachkriegszeit bekanntlich auch in den Siegerländern mehr denn je bedroht war. Soziologisch betrachtet sind die Gründe für den Fortbestand des «preussischen Militarismus» also nicht nur im Inlande zu suchen.

Der Wille zur Demokratisierung des Heerwesens war in Deutschland zumindest im linksliberalen Bürgertum vorhanden. Aber man glaubte diese Demokratisierung allmählich durchführen zu können, wenn nur erst die allgemeinen politischen Errungenschaften der Republik gesichert wären. Man war nämlich trotz allem und auch trotz der Erfahrungen von 1848/49 vielfach noch immer so optimistisch wie damals, und wenn man dieses psychologische Moment auch nicht überschätzen darf, so war es doch allem Anschein nach nicht bedeutungslos.

Aus prinzipiell denselben Gründen, wie das demokratische Bürgertum nicht für eine radikale und sofortige Umgestaltung des Heerwesens zu haben gewesen wäre, hätte man es auch nicht dafür gewinnen können, dem Grossgrundbesitz gegenüber die radikale bürgerliche Revolution durchzuführen – jetzt immer von all den anderen Schwierigkeiten abgesehen, die einer solchen Revolution im Wege standen. Diese Schwierigkeiten muss man sehen, aber historisch betrachtet war es verhängnisvoll, dass die Novemberrevolution nicht die Macht der Grossgrundbesitzerklasse zu brechen vermochte.

Wäre nur dies gelungen, dann hätte sich die deutsche Republik, die so viele Krisen überstand, auch in der grossen Weltwirtschaftskrise behaupten können, wozu übrigens ohnedies nur sehr wenig gefehlt hat. Die Welt

ahnt ja kaum, wie nahe sie daran war, vom Dritten Reich verschont zu bleiben.

Nicht die Übernahme der alten Bürokratie und auch nicht die Übernahme der Reste des alten Heeres, sondern der Fortbestand der Grossgrundbesitzerklasse, *das* war das Folgeschwerste für die junge deutsche Republik. Sehr richtig sagte zum Beispiel der bekannte Theoretiker und spätere sozialdemokratische Minister Rudolf Hilferding im Oktober 1920, die Enteignung des Grossgrundbesitzes sei schon aus machtpolitischen Gründen eine Notwendigkeit. Aber Hilferding, der damals noch bei der USPD, war, fand lebhaftige Zustimmung, als er erklärte, «dass unter den deutschen und westeuropäischen Verhältnissen die Zerschlagung des Grossgrundbesitzes ein technischer Rückschritt wäre und daher von uns abzulehnen ist». Hilferding fuhr fort:

«Wir wollen keine Expropriation der Bauern, wir wollen die Bauern durch eine bestimmte Agrarpolitik, durch die Förderung des Genossenschaftswesens für uns gewinnen oder wenigstens neutralisieren, aber wir wollen keinen Rückschritt in der agrarischen Produktion, wie ihn die Zerschlagung des Grossgrundbesitzes, die uns neuerdings empfohlen wird, bedeuten würde.» (Rudolf Hilferding, «Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen», Berlin 1920.)

Die Zerschlagung des Grossgrundbesitzes wäre zweifellos einfacher gewesen als die Enteignung im Sinne Hilferdings, aber auch problematischer. Das Problematischste war jedoch, dass weder das eine noch das andere geschah. Hätte sich eins von beiden ermöglichen lassen, so wäre dem aristokratischen Konservatismus seine wichtigste soziale und finanzielle Grundlage entzogen und der plebejische Konservatismus in eine grundlegend andere Position hineingezwungen worden.

Unter diesen Umständen hätte es die Republik notfalls ertragen können, dass die Herren von Kohle und Eisen nicht entmachtet wurden. Denn ihres mächtigen grossagrarischen Bündnispartners beraubt, wären sie auf jeden Fall zu einer gründlichen Umorientierung gezwungen gewesen, und dies umso mehr, als sie durch die Demokratisierung Deutschlands jenen festen Rückhalt am Staat verloren, der für sie notwendig und im Kaiserreich niemals ernsthaft in Frage gestellt war.

Es wird berichtet, ein prominenter Gewerkschaftsführer habe auf eine Einladung zu einer wichtigen Beratung über die ihm sehr am Herzen lie-

gende Entmachtung der Herren von Kohle und Eisen geantwortet, er könne leider nicht erscheinen, da er nach Holland fahren müsse, um für die hungernde Bevölkerung Lebensmittel zu beschaffen. Das illustriert plastisch die Situation dieser Tage. Die Sorge um die nackte Existenz überschattete alles andere. Kein Wunder also, dass die Sozialisierungskommission mit Karl Kautsky an der Spitze für die Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsorganisationen eintrat und dies folgendermassen begründete:

«Die Kommission ist sich bewusst, dass die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.»

Der deutsche Kapitalismus war damals straffer organisiert als jemals zuvor. Der Krieg hatte die Konzentration des Kapitals unerhört beschleunigt. Dadurch lag in den Händen weniger Menschen eine Macht, die im politischen Leben mehr bedeutete als die Macht von Millionen Wählern. Dieser organisierte und monopolisierte Kapitalismus schuf daher für die Demokratie grosse Probleme, die allgemein empfunden wurden und eine wichtige Ursache dafür waren, dass man bis in die Reihen des demokratischen Bürgertums hinein viel von Sozialisierung sprach.

Es gab zwar selbst in der Arbeiterbewegung Bürokraten, die im Grunde in der staatskapitalistischen Kriegswirtschaft das Modell für die «Sozialisierung» sahen, aber damit hatten die Arbeitermassen nichts zu tun. Auf eine solche «Sozialisierung» verzichteten sie umso lieber, als sie ihnen im Kriege lange genug vorexerziert wurde und keineswegs als ein Ideal erscheinen konnte.

Aber obwohl man sehr ernsthaft darüber diskutierte, wie die Synthese von Freiheit und Bindung zu finden sei und wie die Planwirtschaft die Freiheit des Individuums fördere statt einschränke, so ist diese grosse Frage dennoch nicht so zufriedenstellend beantwortet worden, dass die Sozialisten sagen können: wir wissen, wie man dieses zentrale Problem unserer Gesellschaft zu lösen vermag.

Viele, die von der Sozialisierung der Industrie sprachen, verstanden darunter nichts anderes als die Entmachtung der Schwerindustrie. Auch ein grosser Teil der USPD, wäre damit schon zufrieden gewesen. Aber sehr häufig gab man deutlich zu verstehen, dass dies nur ein Anfang sein

dürfe und sein würde, und andere wieder waren von vornherein nur für «Vollsozialisierung» zu haben.

Dies war nicht nur irrational, sondern auch im höchsten Masse unklug, weil es dazu beitrug, dass die verschiedenen Richtungen des Kapitalismus nun vorübergehend ebenso einig waren wie in der ersten Phase des Hansa-Bundes. Damals wurde der deutsche Kapitalismus durch die Ansprüche der «Überagrarien» und durch den extremen Konservatismus geeint. Jetzt war es – neben dem Druck und der Gefahr von aussen – die Gefahr von links, die dies bewirkte. Dieser Druck und diese Gefahren sind überhaupt sehr wesentliche Ursachen dafür, dass die Novemberrevolution keine radikale bürgerliche Revolution war und die Demokratie nicht fest zu fundamentieren vermochte.

Im Gründungsauftrag der demokratischen Partei, die sich aus der früheren Fortschrittspartei und dem linken Flügel der Nationalliberalen zusammensetzte, wurde erklärt, die Zeit erfordere, «für monopolistisch entwickelte Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufzunehmen». Gewiss, dieser Auftrag erschien am 16. November 1918, wo manches gesagt wurde, was nicht so ernst gemeint war. Aber vielleicht wären trotz allem wenigstens einige Schritte auf dem Wege zur politischen Entmachtung der Schwerindustrie möglich gewesen, wenn man nicht so viel von der «Vollsozialisierung» gesprochen hätte.

Diese Parole war umso sinnloser, als das Äusserste, das sich unter den damaligen Umständen erreichen liess, ein kombiniertes System von gebundener und freier Wirtschaft gewesen wäre. Freiheit für den rationalen Kapitalismus, aber keine Freiheit für den Feudalkapitalismus, den Raubkapitalismus. Ein privater Sektor, der den einen Teil, und ein gebundener Sektor, der den anderen Teil der deutschen Industrie umfasste. Einen privaten Sektor zu erhalten, lag auch im Interesse der Demokratie und der Arbeiterbewegung. Denn Bindung der Wirtschaft kann leicht zu einer gefährlichen Machterweiterung der Bürokratie gegenüber der Gesellschaft führen, und dieser Gefahr hätte man unter anderem auch durch die Erhaltung eines Sektors von gesunder Privatwirtschaft entgegenwirken können.

Von diesen und anderen Problemen ganz abgesehen, haben die Befürworter der «Vollsozialisierung» weder sagen können, wie diese organisations technisch noch wie sie machtpolitisch möglich sei.

Spricht man von der machtpolitischen Seite der Sache, so sind dabei nicht nur die innerdeutschen, sondern auch die internationalen Machtverhältnisse zu berücksichtigen.

Was die innerdeutschen betrifft, so hebt Eduard Bernstein in seiner Arbeit «Die deutsche Revolution» sehr richtig hervor, dass die Republik wohl mit *bestimmten* bürgerlichen Parteien und Klassen, aber nicht mit *allen* den Kampf aufnehmen konnte, ohne sich in eine unhaltbare Lage zu bringen. Man darf dabei nicht vergessen, dass die bürgerliche Einheitsfront gegen die Arbeiterbewegung in Deutschland erst kurz vor dem Weltkriege gesprengt wurde, dass ein grosser Teil des Bürgertums die damalige Annäherung an die Sozialdemokratie nur aus taktischen Gründen und sozusagen mit einem schlechten Gewissen vollzogen hatte und jetzt vielfach auch im wirklich liberalen Bürgertum eine gewisse Furcht vor der allzu stark gewordenen Sozialdemokratie vorhanden war.

«Es gilt, Hand in Hand zu gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigte Genossen», schrieb Hugo Preuss, der Schöpfer des Weimarer Verfassungswerkes, der als Anhänger von Barth und Naumann schon vor dem Kriege ein überzeugter Linksliberaler war. Die verantwortlichen Führer der Sozialdemokratie, aber nicht nur sie, waren mit der grössten Selbstverständlichkeit bereit, im Sinne von Hugo Preuss zu handeln.

Am 19. Januar 1919, dem Tage der Wahlen zur Nationalversammlung, erhielten die Sozialisten beider Richtungen 45,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Davon entfielen allein auf die Sozialdemokratie 38 Prozent. Das waren 1,1 Prozent mehr, als die Nationalsozialisten jemals zu erreichen vermochten, solange es in Deutschland noch freie Wahlen gab. Aber die Sozialdemokraten verfahren mit ihren linksliberalen Bundesgenossen anders als später die Nationalsozialisten mit ihren aristokratischen. Auch erhob die Sozialdemokratie, um der Kürze halber ein modernes und sehr vieldeutiges Schlagwort anzuwenden, keinen «Totalitätsanspruch».

Dies wird nicht selten auch von demokratischen Sozialisten als der entscheidende Fehler bezeichnet. Sie meinen nämlich, dass das wirklich liberale Bürgertum in Deutschland erstens nur eine sehr schmale Schicht war und zweitens auch der grösste Teil dieses wirklich liberalen Bürgertums unter keinen Umständen mehr den Mut gefunden hätte, die radikale bürgerliche Revolution nachzuholen, weil die Arbeiterklasse nun schon

viel zu stark war. Daher – so folgern diese demokratischen Sozialisten – hätte die Sozialdemokratie selbst dann einen «Totalitätsanspruch» stellen müssen, wenn sie nichts anderes tun wollte, als einzig und allein diejenigen Machtfaktoren zu eliminieren, mit denen auch der progressive Teil des deutschen Kapitalismus und das wirklich liberale Bürgertum stets in Spannungen lebten und die für die innere Entwicklung Deutschlands wie für dessen Verhältnis zu den anderen Völkern verhängnisvoll waren.

Es ist unmöglich, auch nur annähernd zuverlässige Aussagen darüber zu machen, in welchem Masse es in der Verspätung begründet liegt, dass in Deutschland noch nicht einmal im Jahre 1918 die radikale bürgerliche Revolution nachgeholt werden konnte. Zweifellos wird die Durchführung der bürgerlichen Revolution für das liberale Bürgertum im selben Masse komplizierter und riskanter, wie die Arbeiterbewegung erstarkt und die Gefahr zunimmt, dass die bürgerliche Revolution in eine sozialistische oder doch zumindest – wie das in Russland der Fall war – in eine antibürgerliche Revolution umschlägt. Aber trotz allem und auch trotz des abschreckenden russischen Beispiels kann man doch die Furcht des liberalen Bürgertums vor einem allzu starken Übergewicht der Arbeiterbewegung jedenfalls nicht als die alleinige Ursache für den unglücklichen Verlauf der deutschen Revolution betrachten.

Aber angenommen, die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung hätte einen «Totalitätsanspruch» gestellt, um den gordischen Knoten zu durchschlagen. Was wäre dann geschehen? Nun, dann hätte sich die Republik in eine unhaltbare Lage gebracht, um mit Bernstein zu sprechen. Aber nicht nur wegen der innerdeutschen Machtverhältnisse, über die bereits das Notwendigste gesagt wurde, sondern auch wegen der internationalen Machtverhältnisse.

Spricht man über diese Seite der Sache, so muss vor allem die Feststellung gemacht werden, dass sich ein eventueller sozialdemokratischer «Totalitätsanspruch» mit den realen internationalen Machtverhältnissen auch dann nicht hätte vereinbaren lassen, wenn dieser «Totalitätsanspruch» einzig und allein zu dem Zwecke erhoben worden wäre, die bürgerliche Revolution so radikal wie nur möglich durchzuführen. Denn selbst so gemässigte Sozialisten wie die Sozialdemokraten waren für die

massgebenden Gesellschaftsschichten und Staatsmänner der Siegermächte keine Garantie für die Sicherheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Ganz zweifellos hatte Max Weber recht, als er damals schrieb: «Nur eine Regierung und eine Wirtschaft bürgerlicher Struktur erhält Kredit.» Wer dies ignoriert, macht sich falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten und die objektiven Grenzen der deutschen Revolution. Es ist nationale Borniertheit, wenn man sich einbildet, ein Volk bestimme ganz allein über sein Schicksal. Das ist in unserer modernen Welt weniger denn je der Fall.

Das weiträumige und rohstoffreiche Agrarland Russland, dessen geographische Lage gewaltsame Eingriffe von aussen beträchtlich erschwerte, konnte sich zunächst auf sich selbst zurückziehen. Es konnte notfalls Kredite entbehren und hatte aus all diesen Gründen sehr grosse Möglichkeiten, dem Ententekapitalismus die Zähne zu zeigen. Aber das relativ kleine und rohstoffarme Industrieland Deutschland, das feindlichem Zugriff offen lag, befand sich in einer grundlegend anderen Situation. Ein solches Land musste sich so schnell wie möglich wieder in die Weltwirtschaft einzuschalten suchen, musste auch an die Aufnahme von Krediten denken und schon allein aus diesen ökonomisch-finanziellen Gründen die Spielregeln des Ententekapitalismus einhalten.

Wer diesen Zwang durch eine enge deutsch-russische Allianz für ent-rinnbar hielt, befand sich in einem Irrtum. Denn selbst das intimste Verhältnis zu Russland hätte Deutschland nicht die Weltwirtschaft ersetzen können. Der Weg in die Weltwirtschaft aber führte über Washington und London. Es gab für Deutschland also nicht die Möglichkeit einer einseitigen Orientierung. Heute könnte eine enge deutsch-russische Allianz den Westmächten in einem gewissen Sinne vielleicht trotzen, damals aber, wo Russland noch ganz anders aussah, hätte sie das nicht gekonnt.

Im Übrigen wollte von einer solchen Kampfstellung besonders die Sozialdemokratie nichts wissen. Sie wies zwar andererseits ebenso die Unterstützung sowjetfeindlicher Interventionspläne zurück, aber weltanschaulich in jeder Hinsicht in der Ideenwelt des Westens wurzelnd, blickte sie umso selbstverständlicher nach dort, als sich die junge deutsche Demokratie vom Osten her ernsthaft bedroht fühlte.

Was aber tat in dieser Situation der Westen? Verhalf er nach dem Triumph seiner Waffen seinen Ideen zum Siege? Diese Frage kann leider nicht bejaht werden, und das ist eine sehr wichtige Ursache für die Ent-

stehung des Dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges.

In der Stunde des Zusammenbruches des Kaiserreiches kamen in Deutschland zum ersten Male jene sozialen Kräfte zum Durchbruch, gegen die sich Bismarcks Sozialistengesetz richtete und deren Sieg dann durch die Welt- und Flottenpolitik und schliesslich durch den Siegfrieden verhindert werden sollte.

Der Durchbruch dieser sozialen Kräfte war ein grosses welthistorisches Ereignis, aber menschlich verständlicher Schmerz über zugefügtes Leid, illusionäres Streben nach Sicherheit, Unkenntnis, Siegerjubiläum, Machtrausch, Chauvinismus und Profitinteresse hinderte weite Kreise der Siegermächte daran, die Bedeutung dieses Ereignisses zu erkennen und es zur Basis einer konstruktiven Friedenspolitik zu machen.

Gewisse Gesellschaftsschichten und Staatsmänner der Entente interessierten sich in diesen grossen Schicksalstagen bedeutend mehr für Gebietserwerbungen, die deutsche Handelsflotte, die Ausschaltung der deutschen Handelskonkurrenz usw., als für die Frage, wie man am besten den grossen Ideen des Westens dienen und im Rahmen berechtigter Forderungen den demokratischen Kräften Deutschlands ihre schwere Aufgabe nach Möglichkeit erleichtern könnte. Die Vorkämpfer des Völkerbundes, die Gegner der Wilhelminischen Welt- und Flottenpolitik, die Todfeinde der Alldeutschen und die Anhänger des Verständigungsfriedens, die jetzt die entscheidenden Träger der Revolution waren, wurden zum Unglück für Deutschland, Europa und die Welt nicht nur ungerecht, sondern vor allem im höchsten Grade unklug behandelt. So war es das bittere Los der demokratischen Kräfte, eingeklemmt zwischen Moskau und Versailles, nur über sehr wenig Spielraum und Bewegungsfreiheit zu verfügen.

«Wenn man im Lager der Entente es als hauptsächlichstes Kriegsziel hingestellt hatte, den deutschen Militarismus zu vernichten und damit der Demokratie auch in Deutschland den Weg zu bahnen, so hat die politische Praxis der Jahre 1919-1923 wahrlich zu diesem Ziel nichts beigetragen . . . Metternich und die anderen führenden Männer des Wiener Kongresses wollten 1815 in Frankreich den Geist der Revolution austreiben und dafür wieder die monarchische, konservative Gesinnung beleben. Daher taten sie alles Menschenmögliche, um dem neu entstandenen französischen Königtum seine Aufgabe leichter zu machen. Dagegen die

Sieger von 1919 hatten diese Einsicht nicht. Vor allem die französische Politik hat nach 1919 einer jeden republikanischen und demokratischen Regierung in Deutschland das Leben unmöglich gemacht. Die Kräfte der deutschen Demokratie wurden in einem hoffnungslosen Kampf nach innen und nach aussen aufgerieben, und nachher wunderte man sich, dass in Deutschland die Gegenrevolution und der alte ‚militaristische‘ Geist wieder stärker wurden.» (Arthur Rosenberg, «Geschichte der deutschen Republik», Karlsbad 1935, Seite 120/121.)

Hier wird der weitaus wichtigste Zusammenhang zwischen der «Revolution des Nihilismus» und dem Frieden von Versailles angedeutet.

Das *Aufkommen* des Nationalsozialismus hätten die Siegermächte auch dann nicht verhindern können, wenn sie der Republik gegenüber in deren schweren und bedeutungsvollen ersten Lebensjahren ebenso grosszügig gewesen wären, wie sie es später bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vielfach der Hitlerdiktatur gegenüber waren. Denn wie wir sahen, entstanden die für die Nationalsozialisten charakteristischen Ideen, Vorstellungen und Ziele schon lange vor Versailles. Sie sind also an sich kein Produkt nationaler Demütigung, und wer sie als solche betrachtet, philosophiert jenseits der Wirklichkeit.

Aber eine ganz andere Sache ist es, wenn man nicht über das *Aufkommen*, sondern über das kolossale *Anwachsen* und den *Sieg* des Nationalsozialismus spricht. *Das* kann man allerdings nicht tun, ohne *auch* über das Verhalten der Siegermächte zur Republik zu sprechen, wobei das Schwergewicht zeitlich auf die ersten Jahre und sachlich auf die Schwächung der Position der demokratischen Kräfte Deutschlands zu legen ist, so wie es auch Arthur Rosenberg in seinem vorhin zitierten Buch getan hat.

Die ökonomische Seite des Versailler Vertrages wurde wohl von niemandem besser und klüger behandelt als von dem Engländer John Maynard Keynes, der seinen Posten als Delegierter der Friedenskonferenz verliess, nachdem er eine wesentliche Milderung der destruktiven Friedensbedingungen nicht mehr für erreichbar hielt. Es versteht sich von selbst, dass auch die Sozialisten Deutschlands gegen diese Friedensbedingungen protestierten. Und wer hatte dazu wohl mehr moralisches Recht als sie?

Aber es ging jetzt nicht nur um das moralische Recht, es ging um die allgemeinen Voraussetzungen der Demokratie und vor allem um die

Frage, wie die deutsche Bevölkerung ernährt werden soll. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung ein Deutschland aufbauen wollte, das mit allen anderen Völkern in Friede und Freundschaft leben konnte, dann musste sie unter allen Umständen die mühsam errungene nationale Einheit und die industrielle Leistungsfähigkeit ihres Landes zu bewahren suchen. Das war nicht nur die elementarste Voraussetzung für ihren Aufstieg, sondern auch für ihre nackte Existenz.

Am Tage nach Überreichung der Friedensbedingungen erliessen der Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung einen Aufruf, in dem der Friede als Gewaltfriede bezeichnet wurde, dessen Ziel die dauernde Knebelung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente sei. «Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln schlägt», sagte Scheidemann, der damals Reichskanzler war und zu den schärfsten Gegnern der Unterzeichnung gehörte, am 12. Mai 1919 in der Nationalversammlung. «Eine Verwilderung der moralischen Begriffe ohnegleichen, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles», erklärte dieser konsequente Vorkämpfer des Verständigungsfriedens weiter.

Am 22. Juni 1919 stimmte die Nationalversammlung, sich dem Zwang der Tatsachen fügend, mit 237 gegen 138 Stimmen der Unterzeichnung zu. Der sozialdemokratische Abgeordnete Lobe sagte in der Debatte, der Krieg des Kapitalismus und Imperialismus werde mit Friedensbedingungen geschlossen, die der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus versperren sollen. Es sei deshalb das härteste Schicksal der sozialdemokratischen Partei, der Vorkämpferin der Völkerversöhnung und der Völkerverbrüderung, für diesen unseligen Friedensvertrag stimmen zu müssen.

Es war eine folgenschwere Tragödie, dass die Sozialisten Deutschlands, die stets die Prinzipien des Humanismus, der Gerechtigkeit und der Demokratie verfochten haben, in dem Augenblick, wo sie an der Spitze ihrer Nation marschierten und diese nach ihren Idealen umgestalten wollten, von den grossen Demokratien des Westens Hammerschläge vor den Kopf bekamen. Dies ist eine der vielen psychologischen Ursachen dafür, dass die deutsche Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren nie mehr in derselben Weise, mit demselben Selbstvertrauen und mit derselben inneren Sicherheit kämpfen konnte wie früher. Die Ideenwelt, in

der sie wurzelte, hatte eine Erschütterung erlitten, die von welthistorischer Bedeutung war, weil in Deutschland aus den im vorliegenden Buche aufgezeigten historischen und soziologischen Gründen vor allem die Arbeiterklasse die Rolle spielen muss, die bei der Herausbildung der Demokratie in anderen Ländern das Bürgertum spielte.

Das Verhalten der Siegermächte wirkte auf die Sozialisten Deutschlands umso deprimierender, als diese sich die Völkerverbrüderung im Allgemeinen ohnehin etwas zu einfach vorgestellt hatten –, was übrigens prinzipiell auch für die Sozialisten der anderen Länder gilt. Nirgends widmete sich der Sozialismus im notwendigen Masse dem konkreten Studium der weltpolitischen Vorgänge, und nicht zuletzt darum vergingene Jahre, ehe sich die Sozialisten der kriegführenden Länder wieder an einen Tisch setzten. Als Weltgeschichte gemacht wurde, traten sie nicht als eine organisierte Macht mit einem eigenen konstruktiven Friedensprogramm auf. Darin spiegelte sich die Krise des sozialistischen Internationalismus, die im Jahre 1914 begonnen hatte und ein Teil unserer grossen europäischen Kulturkrise ist.

All dies wirkte nicht nur desillusionierend, sondern in einem gewissen Sinne auch desorientierend. Viele wurden dadurch nüchtern bis zur Phantasielosigkeit und andere flüchteten sich in die Religion des Sowjetstaates, was beides nicht zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung und der Republik war.

Das grosse Spiel der Weltpolitik war mit dem Weltkrieg nicht beendet. Die Rivalitäten zwischen den Grossmächten gingen in veränderten Formen weiter. Von moralischen und anderen Faktoren abgesehen, konnte im Lager der Entente schon allein aus diesem Grunde keine einheitliche Auffassung über die Behandlung des besiegten Deutschland zustande kommen. Darüber hinaus musste in dem grossen Spiel der Weltpolitik bald diese und bald jene Macht so oder so die deutsche Karte auszuspielen suchen. Daher kämpften Grossmächte, die vorher gemeinsam *gegen* Deutschland gekämpft hatten, jetzt sozusagen *um* Deutschland. Aus früheren Bundesgenossen wurden Feinde, und der Feind von gestern wurde plötzlich mit ganz anderen Augen angesehen, weil die weltpolitischen Verhältnisse sich verändert hatten. So sagte zum Beispiel ein bekannter und genialer Engländer am 11. April 1919 in seiner Rede:

«Wir können es uns nicht leisten, die ordnungsliebenden Elemente der jetzigen deutschen Demokratie in das bolschewistische Lager zu treiben.

Wenn die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske stürzt, so weiss niemand, was an ihre Stelle treten wird. Wenn Deutschland in bolschewistische Anarchie versinkt, so gibt es nicht nur keine Entschädigung, sondern wir würden auch selbst verarmen, und das Wiederaufleben des Handels würde durch die wachsende Unordnung gelähmt werden.

«Ein Weg zur Busse steht Deutschland offen: wenn es den Bolschewismus bekämpft und ein Bollwerk dagegen bildet, so ist das der erste Schritt zu einer Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt.

Uns drohen sehr grosse Gefahren. Zwei mächtige Zweige der Menschheit, die Slawen und die Deutschen, sind in das tiefste Elend gestürzt. Es wäre höchst unerwünscht, wenn sie einander in diesem Elend fänden. Wenn Deutschland dem Bolschewismus verfiel, so würden die Wirkungen davon sich bis nach China bemerkbar machen. Die militärische Macht des bolschewistischen Russland wird immer stärker und angriffslustiger, ebenso wie das französische Jakobinertum nach dem Sturze Robespierres vor dem Emporsteigen Napoleons. Sollte Deutschland aus innerer Schwäche oder infolge feindlichen Einmarsches der bolschewistischen Pest verfallen, so würde es zwar zweifellos in Stücke gerissen werden, aber was würde dann aus uns werden, was aus dem Frieden, den wir so sehr erwünschen, aus dem Wiederaufblühen des Wohlstandes und aus dem Völkerbunde?»

Der Engländer, der diese Worte sprach, war Winston Churchill, und zitiert haben wir sie nach Paul Eltzbacher «Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft» (Jena 1919). Dies ist eine der ziemlich zahlreichen Schriften, in denen zu zeigen gesucht wurde, dass der einzige Weg zur Rettung Deutschlands ein enges deutschrussisches Bündnis gegen die Westmächte sei.

Moskau hatte solche Bestrebungen aus verschiedenen Gründen sehr energisch gefördert. In der ersten Phase war das Primäre zweifellos der Selbsterhaltungstrieb der bolschewistischen Revolution. Aber auch als *Russen* waren die Bolschewiki an einer engen Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert. Erstens im Hinblick auf den traditionellen englisch-russischen Gegensatz, der im Jahre 1907 im Wesentlichen nur darum in den Hintergrund trat, weil die Politik des kaiserlichen Deutschland sowohl von England als auch von Russland als die zentrale Gefahr angesehen wurde. Und zweitens ganz allgemein im Hinblick darauf,

dass Russland – unabhängig von seinem augenblicklichen Staats- und Wirtschaftssystem – nicht darauf verzichten konnte, gegen Amerika, England und Frankreich ein gewisses Gegengewicht zu organisieren.

In all dem liegt die Erklärung dafür, dass die Russen das Versailler System bekämpften, die von deutschen Offizieren betriebene illegale Aufrüstung förderten, Gegner des Völkerbundes waren usw. – bis es durch den gewaltigen Vormarsch und schliesslich den Sieg des Nationalsozialismus besonders für sie wieder eine «deutsche Gefahr» gab, die sie zur Neuorientierung ihrer Aussenpolitik zwang.

Die deutsche Sozialdemokratie war konsequent antibolschewistisch, aber nicht antirussisch. Sie liess sich von den Westmächten nicht gegen Russland ausspielen, wie umgekehrt auch nicht von Russland gegen die Westmächte. Sie hat dadurch einen sehr grossen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet. Hätten entweder die Westmächte oder die Russen Deutschland vollkommen sicher an ihrer Seite gehabt, so wäre dies eine ernste Gefahr für Europa und die Welt gewesen.

Aber wie es in Deutschland Kreise gab, die für ein deutschrussisches Kampfbündnis gegen die Westmächte eintraten, so gab es auch Kreise, die sich leidenschaftlich dafür interessierten, den Schritt «zu einer Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt» zu machen, um auf diese Weise ihre zivilisationsfeindliche Landeroberungspolitik im Osten fortzuführen. Zu diesen Kreisen gehörte auch Adolf Hitler, dessen spätere aussenpolitischen Erfolge nicht ohne Beachtung des englisch-russischen Gegensatzes zu erklären sind.

Politische Elemente seines Typs trieben damals zunächst wie Eisschollen im Meere umher. Überall tauchten kleine Gruppen auf, und überall wurde die Gründung neuer Organisationen versucht. – Eine dieser Neugründungen war die sogenannte «Deutsche Arbeiterpartei», die aus sechs Mitgliedern bestand, als Adolf Hitler mit ihr im September 1919 durch einen Auftrag von bayrischen Reichswehrkreisen Bekanntheit machte.

«Der Eindruck war weder gut noch schlecht; eine Neugründung wie ebenso viele andere auch. Es war damals gerade die Zeit, in der sich jeder berufen fühlte, eine neue Partei aufzumachen», schreibt Hitler über die erste Versammlung, nach der er bald die Mitteilung bekam, dass ihn die neue Partei als Mitglied aufgenommen habe. Das wollte ich aber gar

nicht, erzählt er, sondern ich «wollte meine eigene gründen». Kein Wunder, denn wir hörten ja soeben, dass sich damals «jeder berufen fühlte, eine neue Partei aufzumachen». Aber Hitler fand sich schliesslich damit ab, in einer bereits bestehenden «Partei» das Mitglied Nummer sieben zu sein.

Am 24. Februar 1920 hielt die sogenannte «Deutsche Arbeiterpartei», die nicht in *Preussen*, sondern in *Bayern* entstand und deren Führer sehr bald der *Österreicher* Adolf Hitler wurde, in München ihre erste Massenversammlung ab. Dabei verkündete und erläuterte Hitler vor 2'000 Zuhörern die fünfundzwanzig Thesen des Parteiprogrammes, das einerseits die uns bereits bekannten Traditionen des Rassenantisemitismus und andererseits gewisse Traditionen der Alldeutschen fortführte, also kaum etwas Neues enthielt. Es war, wie jedes antisemitische Programm, sehr stark auf den Mittelstand eingestellt und in der für diese Kreise typischen Weise antikapitalistisch, für ein spezielles deutsches Recht usw.

Seit August 1920 hiess die Partei, die dieses Programm verkündete, «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» (NSDAP.). Ein in vieler Hinsicht verwandtes Gebilde, das sich ebenfalls nationalsozialistisch und Arbeiterpartei nannte, gab es schon im alten Österreich.

Parallel mit der NSDAP, entstand eine Organisation, die sich «Deutsch-Soziale Partei» (DSP.) nannte, also genas, wie die 1889 von Liebermann von Sonnenberg gegründete rassenantisemitische Partei. Die Hauptrolle in der neuen «Deutsch-Sozialen Partei» spielte bald Julius Streicher, der seit April 1923 das berüchtigte Skandalblatt «Der Stürmer» herausgab. Im Oktober 1922 vereinte sich diese Partei mit der NSDAP., was in «Mein Kampf» als ein «bewundernswerter Entschluss» Streichers gefeiert wird.

«Die NSDAP, und die DSP. waren mit gleichen Schlusszielen, jedoch gänzlich unabhängig voneinander entstanden», schreibt Hitler. So war es überhaupt. Wenn sich die diversen antisemitischen Gruppen hinsichtlich ihrer Programme gegenseitig des Plagiats bezichtigten, so bewiesen sie damit ebenso ihre masslose Eitelkeit wie ihre Unfähigkeit, historisch und soziologisch zu denken. Nicht Plagiate, sondern ähnliche Empfindungen und Vorstellungen schufen innerhalb ganz bestimmter Gesellschaftsgruppen ähnliche Programme und Organisationen. Und vor allem hatte keines dieser Elemente eine neue Welt entdeckt, sondern alle hatten sie

die Prinzipien ihrer alten Welt nur neu formuliert, was angesichts des Ereignisses der Novemberrevolution in erster Linie natürlich radikalere Formulierung dieser Prinzipien bedeutete.

«Wir bleiben, die wir sind – wenn eine Frage in uns aufkommt, so ist es die, ob wir nicht noch schärfer hätten kämpfen sollen», verkündeten die Alldeutschen in ihrer sogenannten Bamberger Erklärung vom Februar 1919. Das war typisch. So dachten sie, so dachten die Rassenantsemiten und so dachten auch breite Schichten der Deutschnationalen Volkspartei.

Diese Partei, die am 22. November 1918 ins Leben trat, bestand aus der früheren Deutschkonservativen Partei, der Freikonservativen, der Christlich-sozialen und der rassenantisemitischen Deutschen Reformpartei. Vorläufig wurde die offizielle Politik der Deutschnationalen Volkspartei jedoch noch durch die gemässigten Elemente bestimmt, was vor allem deshalb möglich war, weil viele Grossagrarien und andere einflussreiche Kräfte ein allzu provokatorisches Auftreten gegen den neuen Staat unter den gegebenen Umständen für zu riskant hielten.

Aber breite Kreise des aristokratischen wie des plebejischen Konservatismus hatten für diese relativ vorsichtige Taktik kein Verständnis. Diese Kreise dachten und handelten im Sinne des Kaiserbuches, das heisst sie sahen nun im Chaos den einzigen Weg zur «Reichsreform», nachdem der glorreiche Sieg ausgeblieben und damit die erste der zwei von Class erwogenen Möglichkeiten fortgefallen war. Dass der Krieg nicht nur mit einer militärischen Niederlage endete, sondern ausserdem auch noch mit der bürgerlichen Revolution und dem Sieg der demokratischen Kräfte Deutschlands, das war für die Vorkämpfer der «Reichsreform» natürlich umso mehr Veranlassung, die Konsolidierung des neuen Staates nach Möglichkeit zu hintertreiben.

Es war daher für sie eine reine Göttergabe, dass der Friede nicht im Geiste des amerikanischen Präsidenten Wilson geschlossen wurde. Nichts Schlimmeres hätte ihnen passieren können als dies. Nachdem sie den anderen Völkern keinen alldeutschen Frieden aufzwingen konnten, wäre es vom Standpunkt dieser Katastrophenpolitiker das Beste gewesen, wenn man dem deutschen Volke nicht nur einen Versailler Frieden, sondern einen konsequenten alldeutschen Frieden auferlegt hätte, am liebsten nach dem Rezept von Otto Richard Tannenberg. Denn auf diese Weise wäre das ersehnte Chaos natürlich am sichersten gekommen.

In welcher Weise man in gewissen reaktionären Kreisen Deutschlands auf das Chaos spekulierte, geht auch aus den folgenden polemischen Worten hervor, die General Gröner in seiner 1920 erschienenen Schrift «Der Weltkrieg und seine Probleme» schrieb:

«Worauf es ankommt, das ist, die Einigkeit des deutschen Volkes zu stabilisieren als einen Rocher de bronze, an dem alle Stürme der Zeit zerschellen. Diese Aufgabe kann, so wie die Dinge *wirklich* liegen, nur die *nationale Republik* erfüllen; wer sich gegen diese Einsicht sträubt, fördert bewusst oder unbewusst die Zersetzung des Volkes, die entweder zur Zerschlagung Deutschlands oder zum Bolschewismus führen muss. Viele meinen, beides wäre der bessere Weg, die einen, indem sie hoffen, durch die Zerschlagung würde der innere Drang zur Wiedervereinigung aufs höchste gesteigert, die andere, indem sie aus dem Bolschewismus die Geburt einer neuen Monarchie erwarten. Auf solche Pläne, die an die Illusionen der vergangenen Zeiten erinnern, kann ein grosses Volk seine Zukunft nicht aufbauen, weil die Entwicklung einer späteren Zeit sich nicht voraussehen und nicht beherrschen lässt.» (Seite 103.)

Diese Polemik richtete sich nicht gegen die Nationalsozialisten, die damals noch ganz bedeutungslos waren und keinen einzigen Vertreter im Parlament hatten, sondern sie richtete sich gegen gewisse Kreise der traditionellen Oberschichten Deutschlands. Es soll hier jetzt nicht untersucht werden, ob der Begriff «Nihilismus» soziologisch überhaupt haltbar ist und ob in wissenschaftlichem Sinne von einer «Revolution des Nihilismus» gesprochen werden kann. Aber was Rauschning damit meint, ist nur in Form und Ausmass ein Monopol der Nationalsozialisten, nicht im Prinzip.

Oder war es vielleicht kein «Nihilismus», in der Zerschlagung Deutschlands den «besseren Weg» zu sehen? War es kein «Nihilismus», wenn man spekulierte, den Tod der verhassten Republik und die Geburt einer neuen Monarchie vielleicht am ehesten durch ein bolschewistisches Zwischenspiel herbeiführen zu können? Und war es kein «Nihilismus», dass die Konservative Partei 1892 den Antisemitismus in ihr Programm aufnahm? War es kein «Nihilismus», wenn man aus Klassenegoismus blutige Pläne gegen die Arbeiter schmiedete, nur weil sie gleichberechtigte Staatsbürger werden wollten? War es kein «Nihilismus», den Krieg herbeizusehnen, um durch ihn die heranrollende bürgerliche Revolution zu ersticken?

Wir meinen, dass das Kaiserbuch ein klassisches Dokument des «Nihilismus» ist und grosse Teile des deutschen Konservativismus schon lange vor Hitler «nihilistisch» waren, wenn auch nur im Prinzip. In seinem ersten Buch, das unter dem Titel «Die Revolution des Nihilismus» erschien, deutet Rauschnig dies übrigens hier und da an, wobei auch das Kaiserbuch Erwähnung findet. Aber diesen ausserordentlich wichtigen Faden lässt er stets sehr schnell wieder fallen, und in seinen späteren Büchern blitzt dieser auffallenderweise nur noch sehr selten oder überhaupt nicht mehr auf. Und doch ist es eine Tatsache, dass der «Nihilismus» erst eine Angelegenheit von Kreisen war, die den traditionellen Oberschichten Deutschlands angehörten, ehe er an den plebejischen Konservativismus überging.

Es war übrigens nicht der konservative Politiker *Hermann Rauschnig*, der den Begriff «Nihilismus» in die Debatte über die deutsche Problematik eingeführt hat. Zum Beispiel hat dies schon der konservative Politiker Adam Röder im Jahre 1920 in seiner Schrift «Der deutsche Konservativismus und die Revolution» getan, und es ist sehr interessant, dass der Begriff «Nihilismus» in dieser Schrift auf jene Konservativen angewandt wurde, die dem Nationalsozialismus später den Weg zur Ergreifung der Staatsgewalt ebneten.

Adam Röder unterschied zwischen einem naturalistischen und einem ethisch-religiösen Konservativismus. Als die Vertreter des naturalistischen Konservativismus bezeichnete er diejenigen, «die im Besitz der Macht, der Privilegien, der wirtschaftlichen Güter einen unantastbaren Rechtstitel erblicken, dessen Erhaltung sie als eine konservative Aufgabe betrachten». Diese Auffassung, so schrieb Röder, «wird heute getragen von der Mehrheit der Wortführer der Konservativen Partei».

Die Wortführer dieser Auffassung, so heisst es bei Röder weiter, «machen durch den Appell an die natürlichen Instinkte des Egoismus all jene zu Mitläufern, die das überkommene Gut eines irgendwie gearteten politischen oder sozialen Rechtstitels unter allen Umständen behalten wollen . . . Emanzipation der Masse bedeutet ihnen den Tod der Kultur». Diese naturalistischen Konservativen «stehen dem Leben nihilistisch gegenüber». Und an anderer Stelle sagt der Verfasser: «Im modernen Alldeutschum hat dieser naturalistische Konservativismus eine besondere Form des Nihilismus angenommen.» (Seite 5.)

Im März 1920 hielten gewisse «nihilistische» Elemente der deutschen Reaktion die Zeit für gekommen, den ersten Umsturzversuch zu unternehmen. An der Spitze dieses Putsches standen Geheimrat Kapp und Reichswehrgeneral von Lüttwitz. Kapp leitete ein «Büro der Nationalen Vereinigung», das früher die Organisationszentrale der Vaterlandspartei war. Die Feststellung Arthur Rosenbergs, die Vaterlandspartei sei nur eine kleine und verhasste Minderheit im Volke gewesen, ist durchaus richtig, aber trotzdem war diese Partei nicht bedeutungslos. Schon deswegen nicht, weil sie eine gewisse organisatorische und ideologische Vorarbeit für die reaktionäre Bewegung der Nachkriegszeit und vor allem auch für die Nationalsozialisten geleistet hatte.

Die militärische Basis für den Putsch vom März 1920 bildeten die Freikorps. Diese Landsknechtformationen waren für diese Rolle umso leichter zu gewinnen, als sie vor ihrer Auflösung standen, weil Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages nur noch 100'000 Soldaten haben durfte und General v. Seeckt, der Organisator der deutschen Elitarmee, für seine Zwecke besseres Menschenmaterial brauchte. Davon abgesehen, harmonierten die Freikorps und ihre Führer im Allgemeinen weder mit der innenpolitischen noch mit der aussenpolitischen Perspektive der Offiziere um v. Seeckt. Zwar standen auch diese Offiziere politisch fast alle mehr oder weniger weit rechts, aber sie waren doch in der Regel entschiedene Gegner des extremen Rechtsradikalismus, mag dieser deutschnationaler oder anderer Observanz gewesen sein.

Neben dieser bürgerlichen Richtung, wie wir die Richtung Gröner-Seeckt nennen möchten, bestand in der Armee jedoch nach wie vor eine feudale, und obwohl diese Richtung in sich ebenso mannigfaltig differenziert war wie die andere, gab es in ihr doch sehr viele, die an der Seite von Kapp und Lüttwitz standen oder es doch zumindest sehr gerne sahen, dass die Freikorps ihre Waffen jetzt gegen den neuen Staat richteten. Wie der gut eingeweihte Junius Alter in seinem Buch «Nationalisten» erzählt, kam es unter den Militärs damals zu einem Auftritt, der in seinen Formen und in der Heftigkeit der gefallenen Ausdrücke in der Geschichte der preussischen Generalität ohne Beispiel ist und der um Haaresbreite einen bösen Ausgang genommen hätte.

Ludendorff, der sich in der Front der Putschisten befand, bedauert in seiner Schrift «Auf dem Wege zur Feldherrenhalle» (München 1937) tiefstens, «dass die von General v. Seeckt geführten Offiziere sich gegen

General Lüttwitz durchsetzten und ihn sowohl wie Geheimrat Kapp veranlassten, zurückzutreten».

Es soll auch Engländer gegeben haben, die dies bedauerten, denn die Putschisten und ihre Freikorpshelden hatten den bekannten starken «Drang nach dem Osten» und waren daher für die «Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt». Dies war für die Offiziere um v. Seeckt aber nur umso mehr Veranlassung, die Freikorps aufzulösen und gegen die Putschisten Stellung zu nehmen. Denn die Offiziere um General v. Seeckt waren zwar absolut antibolschewistisch, aber in der Regel nicht antirussisch. Im Gegenteil, ihnen schwebte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland vor, und sie konnten solche Pläne haben, weil sie keine Lebensraumimperialisten waren.

Die Demokratie niederzuschlagen und im Einvernehmen mit England gegen Russland zu marschieren, war genau das, was Adolf Hitler auch wollte. Er flog daher im März 1920 nach Berlin, um an der «Rettung des Vaterlandes» teilzunehmen. Doch bei seiner Ankunft in Berlin war der Putsch schon gescheitert. Der Streik vieler Generäle trug dazu nicht wenig bei, aber wichtiger war der einmütig durchgeführte Generalstreik der Arbeiter, die passive Resistenz sehr breiter Kreise der hohen Bürokratie und die ablehnende Haltung, die der grösste Teil des Bürgertums zum Kapp-Putsch einnahm. Selbst vielen eindeutig reaktionären Politikern – wie zum Beispiel Oldenburg Januschau – erschien die Sache zu riskant. So war die erste grosse Krise der deutschen Republik überstanden.

In seiner Broschüre «Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation» schrieb Theodor Heuss über die Putschisten: «Diese Burschen laufen mit lodern den Fackeln durch ein Pulverlager und rufen Alarm wegen Feuersgefahr.» Genauso haben es diese Elemente nach 1933 auch in der Aussenpolitik getan.

Der Kapp-Putsch löste im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen grossen Aufstand der Arbeiter aus. Auch in Mitteldeutschland kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Truppen der Putschisten. Als die sogenannte Regierung Kapp nach vier Tagen erledigt war, wurde in der Arbeiterklasse überall die Forderung nach einer Neugestaltung der deutschen Politik laut. Der Mehrheitssozialist Legien, der Führer der freien Gewerkschaften, erwog den Gedanken, an die Stelle der Weimarer Koalition eine Arbeiterregierung zu setzen, die

von der SPD., der USPD., den freien und den christlichen Gewerkschaften getragen werden sollte. Dieser Plan ist vor allem an dem Doktrinarismus des linken Flügels der USPD, gescheitert. So kam die notwendige Mehrheit nicht zustande und wurde die letzte Chance, das Werk des 9. Novembers wenigstens teilweise fortzusetzen, verspielt. Die Sozialdemokratie musste nun wieder eine Koalitionsregierung alten Stils bilden, denn die Respektierung der parlamentarisch-demokratischen Spielregeln war für sie eine Selbstverständlichkeit.

Der Kapp-Putsch, die fortschreitende Geldentwertung und andere Faktoren hatten die Arbeitermassen radikalisiert und auf Kosten der SPD. den Einfluss der USPD, bedeutend gestärkt. Auch die Kommunisten machten jetzt Fortschritte. Durch eine Reihe politischer Morde wurde die Radikalisierung der Arbeitermassen erheblich beschleunigt. Im Juni 1921 wurde der Sozialist Gareis, Abgeordneter des bayrischen Landtages, ermordet, im August Erzberger und im Juni 1922 Walter Rathenau. «Die Gegenrevolution», so schreibt Arthur Rosenberg, «hat in Deutschland mit erschreckender Folgerichtigkeit den Republikanern und Sozialisten alle wirklich bedeutenden Führer durch Mord entrissen.» Alle diese Ermordeten gehören zu den ersten der unzähligen Deutschen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben opfereten.

Die Ermordung Walter Rathenaus erregte die Republikaner aufs tiefste. Der Zentrumsführer und damalige deutsche Reichskanzler Dr. Wirth sagte am 23. Juni 1922 im Reichstag: «Wenn wir diesen Staatsmann, wenn wir einen Freund verloren und das deutsche Volk einen grossen Sohn verloren hat, so wollen wir aus dieser Tat, aus dieser entsetzlichen Tat doch das eine lernen: Geehrte Herren von rechts, so wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr in Deutschland. Wir werden diese Republik mit sozialem Geist ausgestalten, sobald wir auch nur den Druck des Auslandes von uns genommen haben . . . Arbeiter aller Parteien und Sie, Vertreter einer wirklich freiheitlichen bürgerlichen Auffassung, schützt die Republik und unser teures, gutes deutsches Vaterland.»

Am nächsten Tage, dem 24. Juni 1922, sprach Wirth noch einmal, wobei er ausrief: «Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts!» Die Abgeordneten der Linken und des Zentrums erhoben sich und jubelten dem Redner zu. Ebenso die Besucher auf

den Tribünen. Ein Orkan des Beifalls brauste durch den Saal, wie nie zuvor und nie danach.

Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, der alten Nationalliberalen Partei ohne ihren linken Flügel, erklärte am 5. Juli 1922 im Reichstag, er habe zu denen gehört, die bis vor Kurzem lächelten, wenn die Rede davon war, dass es Mörderorganisationen in Deutschland gäbe. Nun konnte auch er nicht mehr lächeln. Bald werden die antisemitischen Rechtsradikalen, die schon lange gebrüllt hatten: «Knallt ab den Walter Rathenau, die gottverfluchte Judensau», und von denen so mancher zu den Mörderorganisationen gehörte, mit dem Ruf durch die Lande ziehen: «Stresemann, verwese man.»

Die antisemitisch-rechtsradikale Bewegung war damals wie in den folgenden Jahren noch sehr zersplittert. Zwischen den diversen Gruppen und Organisationen bestanden grosse Rivalitäten, und auch innerhalb dieser Gruppen und Organisationen tobten wilde Intrigenkämpfe. Das Führerangebot war nämlich jetzt enorm gross, weil es durch den Krieg und die Niederlage viele verkrachte Existenzen, zum Beispiel arbeitslose Offiziere gab. Die NSDAP, blieb übrigens zunächst im Wesentlichen auf Bayern beschränkt. Die erste Ortsgruppe ausserhalb Bayerns wurde im Oktober 1921 in Zwickau (Sachsen) gegründet.

Trotzdem gab es schon seit dem März 1923 eine völkische Bewegung, die sich praktisch über das gesamte deutsche Reichsgebiet erstreckte und die einen gewissen organisatorischen Zusammenhalt hatte. Im Winter 1922 löste sich nämlich ein Teil der «ungeratenen Söhne der Konservativen Partei» aufs neue vom Vaterhause los, um sich als «Deutschvölkische Freiheitspartei» zu konstituieren und im Jahre 1924 im Reichstage den Namen «Nationalsozialistische Freiheitspartei» anzunehmen. Im März 1923 schlossen Hitler als der Führer der süddeutschen NSDAP, und Albrecht von Graefe als der Führer der norddeutschen «Deutschvölkischen Freiheitspartei» ein Abkommen, durch das sich beide Teile zur Beschränkung auf ihre Provinzen und zur gegenseitigen Respektierung ihrer Interessen verpflichteten. So entstand der «Völkischsoziale Block», der eine Etappe auf dem Wege zur völligen Verschmelzung beider Parteien war.

Im Dezember 1920 erwarb die NSDAP, eine Zeitung, die von 1887 bis 1918 das Wochenblatt «Münchener Beobachter» war und schon eine Zeitlang «Völkischer Beobachter» hiess, ehe sie von den nationalsozia-

listischen Antisemiten übernommen und die erste Zeitung der NSDAP, wurde. Im Frühsommer 1921 nahm Hitler erstmalig mit den aristokratischen Konservativen Norddeutschlands Fühling. Junius Alter nennt in diesem Zusammenhang die Namen Graf York v. Wartenburg und Graf Behr-Behrendorf. Einige Monate später erhielt Hitler durch neue Partei-satzungen bedeutend erweiterte Vollmachten. Im Jahre 1921 hatte die Partei 3'000 eingeschriebene Mitglieder, 1922 7'000.

Am Ende dieses Jahres stand der Dollar, der 1914 bei Kriegsausbruch 4,20 Mark kostete, auf 7'354 und im Januar des folgenden Jahres schon auf 18'000 Mark. Die Bevölkerung bekam immer mehr Geld in die Hände und wurde – von den Nutzniessern der Inflation abgesehen – doch immer ärmer. Mit dem Dollarkurse stieg die Not, und mit der Not wuchs der Radikalismus. Im Lager der Arbeiterklasse profitierte davon die Kommunistische Partei und im Lager der Mittelschichten unter anderem die Nationalsozialistische. Die verschiedenen Klassen radikalisierten sich also in sehr verschiedener Weise.

Die Kommunistische Partei war inzwischen eine Massenpartei geworden, nachdem sich mit ihr im Oktober 1920 der linke Flügel der USPD, vereinigt hatte. Der rechte Flügel der USPD., der zahlenmässig schwächere, blieb zunächst noch selbständig, aber im September 1922 fand in Nürnberg der feierliche Einigungsparteitag statt, auf dem der Zusammenschluss der rechten USPD, mit der SPD., der Mutterpartei, erfolgte. Nur eine kleine und bedeutungslose Gruppe der USPD, machte die Wiedervereinigung nicht mit. So gab es jetzt praktisch nur noch die KPD. und die SPD.

Im sozialistischen Einigungsprogramm hiess es, dass der Krieg des Imperialismus und seine Fortsetzung in den Friedensverträgen eine schwere Weltkrise erzeugt hätte und der Kampf gegen die imperialistische Politik den Zusammenschluss des Weltproletariats erfordere. In traditioneller Weise bekannte sich dieses sozialistische Programm zu einer Aussenpolitik der Verständigung. Doch dies vermochte die von Poincaré geführte Regierung Frankreichs nicht daran zu hindern, am 11. Januar 1923 ihre Truppen in das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen, was mit der Nichterfüllung der Deutschland vorgeschriebenen Reparationsleistungen motiviert wurde.

Als der Sozialist Léon Blum in der französischen Kammer gegen den Einmarsch protestierte, ertönten ihm antisemitische Zurufe entgegen. Poincaré siegte mit 478 gegen 86 Stimmen. «Hinter ihn stellte sich alles,

es in Frankreich an reaktionären Elementen gab, von Millerand, dem Präsidenten der Republik, angefangen, der sich vom Sozialisten bis hart an die Grenze des Klerikalismus ‚entwickelt‘ hatte, bis zu den Geschäftemachern der Rüstungs- und Schwerindustrie, die das Ruhrgebiet wirtschaftlich in die Hände bekommen wollten», sagt Benedikt Kautsky in seinem vom Standpunkt der Verständigungspolitik geschriebenen, vorzüglichen Buch «Reparationen und Rüstungen» (Wien-Leipzig, 1931).

Ein paar Telegraphenstangen und einige Tonnen Kohle genügten, einen Konflikt zu entfesseln, der sich zwar militärisch nicht mit dem Weltkrieg messen kann, der aber wirtschaftlich fast ebenso tiefgehende Wirkungen ausübte wie dieser, heisst es in dem eben erwähnten Werk.

Deutschland leistete passiven Widerstand, dessen Sinn und Ziel für die verschiedenen Parteien und Gesellschaftsschichten ebenso verschieden war wie vorher Sinn und Ziel des Weltkrieges. Die NSDAP, bezeichnete «das Gerede von nationaler Einheitsfront» als einen Schwindel und erklärte am 11. Januar 1923, dass erst die «Novemberverbrecher» beseitigt sein müssten, ehe gegen Frankreich etwas zu erreichen sei.

Russland sah den passiven Widerstand Deutschlands aus realpolitischen Gründen sehr gern. Karl Radek, lange Zeit ein massgebender ausenpolitischer Journalist des Sowjetstaates, bezeichnete den Versailler Vertrag im Jahre 1922 als ein System, das nicht nur auf der Vernichtung Sowjetrusslands, sondern auch auf der Vernichtung Russlands als Grossmacht aufgebaut sei. In diesen Worten liegt auch die Erklärung dafür, dass Russland sich nicht, wie das 1922 auf der Weltwirtschaftskonferenz von Genua versucht wurde, in die Front der Siegermächte einordnen liess, sondern mit Deutschland am 16. April 1922, mitten im Verlauf der erwähnten Konferenz, in Rapallo bei Genua den sensationellen Rapallo-Vertrag abschloss.

Die deutsche Delegation mit dem Reichskanzler Wirth und dem Ausenminister Rathenau an der Spitze war ihrerseits zum Abschluss dieses Vertrages bereit, weil sie – nicht ohne Zutun der Russen – in der Vorstellung lebte, dass andernfalls das russisch-französische Bündnis erneuert werde. Hierbei spielte der Artikel 116 des Versailler Vertrages eine grosse Rolle, der den Russen die Möglichkeit zur Beteiligung an den deutschen Reparationsleistungen einräumte.

Aber die deutsche Freundschaft war den Russen aus den bereits erwähnten Gründen wichtiger als Reparationen, und so kam der Rapallo-Vertrag zustande, in dem beide Partner ihren Verzicht auf jede Kriegsschädigung aussprachen und den Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern regelten. Der Rapallo-Vertrag wurde zwar sehr überstürzt abgeschlossen, aber prinzipiell wurde an einem solchen Übereinkommen auf beiden Seiten schon seit Langem gearbeitet. Der Vertrag vom 16. April 1922 ist bis zur radikalen Umorientierung der deutschen Außenpolitik durch den Nationalsozialismus die Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen geblieben, und dass es später anders kam, war nicht die Schuld der Russen.

Während des Ruhrkrieges warnte die Sowjetunion Frankreichs Bundesgenossen Polen vor einem Einmarsch in Ostpreussen. Auch förderte Moskau die sogenannten nationalsozialistischen Tendenzen, die auf einen revolutionären Befreiungskrieg gegen die Westmächte hinausliefen und denen übrigens die Offiziere um v. Seeckt trotz ihrer prussischen Orientierung scharf ablehnend gegenüberstanden. «Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt, wie die Betonung der Nation in den Kolonien», schrieb die «Rote Fahne», das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, am 21. Juni 1923.

Die französischen Sozialisten hatten nicht vergessen, dass ihre deutschen Genossen nach dem Sturz Napoleons III. leidenschaftlich für die neue französische Republik eintraten. Nun taten sie ihre Pflicht, nun erhoben sie flammenden Protest gegen die Misshandlung einer ebenfalls auf den Trümmern eines verhängnisvollen Kaiserreichs errichteten Republik. Auch die englische Arbeiterpartei bezeugte den kämpfenden deutschen Arbeitern an der Ruhr unermüdlich ihre Sympathien. Während des Ruhrkrieges tagte in Hamburg endlich ein internationaler Sozialistenkongress. Dieser Kongress sprach sich einstimmig gegen die imperialistischen Friedensschlüsse von 1919 aus und brandmarkte die Besetzung der Ruhr als einen Verstoß gegen das höchste Recht der Völker, in Frieden zu leben und zu arbeiten.

Aber während das Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen Welt im Ansteigen begriffen war, sank der Wert der deutschen Reichsmark immer tiefer.

Für die Nationalsozialisten war die deutsche Inflation natürlich ein Satanswerk der Juden. Nach einer anderen Version, die ebenfalls sehr

einfach ist, wurde sie «gemacht», um sich auf diese seltsam heimtückische Weise den Reparationszahlungen zu entziehen. «Aber indem man eine solche Behauptung aufstellt», so schreibt der bekannte Engländer Sir Norman Angell, «ist man geneigt, die Tatsache zu übersehen, dass dasselbe, nur in geringerem Massstab, auch in den alliierten Ländern vorgefallen ist. In Frankreich, in Belgien und in Italien verlor der Inhaber von Staatspapieren zwar nicht seinen ganzen Besitz, jedoch vier Fünftel davon.» (Sir Norman Angell, «Die Rückwirkungen eines Krieges auf das Wirtschafts- und Finanzsystem der Welt», enthalten in der Untersuchung der interparlamentarischen Union «Wie würde ein neuer Krieg aussehen?», Zürich-Leipzig 1932.)

Eine wichtige Ursache für das gigantische Ausmass der deutschen Inflation war die Methode der Kriegsfinanzierung. Während England gleich kräftig die Steuerschraube anzog, stand in Deutschland aus vorwiegend innenpolitischen Gründen die Aufnahme von inneren Schulden im Vordergrund. Bei Kriegsanleihen und Schatzwechselln aber bleibt immer die Frage offen, wer am Ende bezahlt. Die massgebenden Führer des kaiserlichen Deutschland hatten dazu den Feind ausersehen, dem diese va-banque-Spieler daher ja auch unbedingt ihren «Siegfrieden» aufzwingen mussten. Sie konnten schon deshalb nicht für den Verständigungsfrieden sein, weil sie nicht wussten, wie auf der Basis ihrer Herrschaft eine friedliche Verständigung über die Verteilung der Kriegsschulden erzielt werden könnte. So sollte der Feind zahlen, damit sie an der Macht bleiben konnten.

Durch die Inflation, die die Kriegsanleihen fast völlig entwertete, wurden die Kriegslasten in chaotischster Weise auf die breiten Massen abgewälzt. Zugleich hatten nun Schieber und Spekulanten goldene Tage und die Unternehmer produzierten auf Kosten der Arbeiter, deren Real-löhne immer mehr zusammenschrumpften, mit lächerlich geringem Lohnaufwand. Mit dem Wert der Mark sank das materielle und ideelle Niveau der Gesellschaft, bis sie im Ruhrkrieg, durch den die Inflation einen phantastischen Gipfelpunkt erreichte, völliger Auflösung entgegenzugehen schien. Es zeigte sich jetzt, was es bedeutete, dass die Revolution nicht die Schlüsselpositionen des Wirtschaftslebens an sich zu reissen vermochte.

Der Mittelstand, der sich aus Furcht vor Enteignung und sozialer Angleichung an die Arbeiterschaft mit am energischsten gegen die Forde-

runger der Sozialisten wehrte, wurde nun in erheblichem Masse von einem Wirtschaftssystem enteignet, das den Schutz des Privateigentums auf seine Fahne geschrieben hatte. Dieses Ereignis, das man oft als eine der grössten Räubereien der Weltgeschichte bezeichnete, war ausserordentlich bedeutungsvoll. Stresemann hielt im Jahre 1927 in Oslo als Träger des Nobelfriedenspreises eine Rede, in der er unter anderem sagte:

«Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen. Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland mit erlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung nach darin, dass jene geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäss Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde.»

Hier liegt eine der wichtigsten Ursachen dafür, dass der an sich davon unabhängige Prozess der Formierung des Mittelstandes zu einer selbständigen politischen Bewegung in der grossen Weltwirtschaftskrise, die dem Mittelstand seine Verarmung erst voll zu Bewusstsein kommen liess, den Charakter einer nationalen Katastrophe annahm. Wenn trotz der grossen Rolle, die die Landwirtschaft dabei spielte, im Allgemeinen nicht die Bauern die Avantgarde in diesem Prozess waren, so hängt das sicher auch damit zusammen, dass praktisch die gesamte Landwirtschaft zu den Nutzniessern der Inflation gehörte. Sie wurde durch die Geldentwertung fast völlig schuldenfrei.

Am 17. September 1923 kostete der Dollar 123'265'000 Mark. Einige Tage später musste der passive Widerstand abgebrochen werden. Deutschland hatte den Ruhrkrieg ebenso verloren wie vorher den Weltkrieg.

Nach Beendigung des Ruhrkrieges ging die Inflation in rasendem Tempo weiter. Die Lage der Republik wurde von Tag zu Tag ernster. Am 1. Oktober putschte in Küstrin der rechtsradikale Major Buchrucker. In Aachen und Düren riefen separatistische Elemente die Rheinrepublik aus. In Hamburg brach überraschend ein kommunistischer Aufstand los. In Sachsen und Thüringen hatte sich die Kommunistische Partei aus taktischen Gründen an der Bildung von parlamentarischen Arbeiterregierungen beteiligt, und gleichzeitig bereiteten in Bayern zahlreiche reak-

tionäre Organisationen offen den Marsch auf das Sündenbabel Berlin vor – das Beispiel Mussolinis hatte anfeuernd gewirkt.

Im ganzen Reich herrschte Ausnahmezustand. Reichspräsident Ebert übertrug seine Vollmachten dem General v. Seeckt, gegen den der «Völkische Beobachter» eine systematische Hetze führte. Stresemann, der schon seit August 1923 Reichskanzler war, erklärte in diesen Tagen, er lehne es ab, «in den Aktionen verbrecherischer Naturen nationale Beweggründe zu erkennen». (Stresemann, «Reden und Schriften», Band I, Dresden 1926, Seite 79.)

Bayern war für Hitler ein ausgezeichnete Boden. Hier war das Industrieproletariat relativ schwach vertreten. Hier war der Katholizismus so primitiv und reaktionär wie in keinem anderen Teil des Reiches. Hier gab es ausserordentlich starke republikfeindliche und monarchistische Gruppen, und hier waren die Beziehungen der Reichswehr zu den verschiedenen gegenrevolutionären Organisationen am engsten wie am offensten.

Wohl war die NSDAP, von Anfang an radikal rassenantisemitisch, aber den Wotankult lehnten Hitler und viele andere entschieden ab. Sie wollten nichts von einem neuen Kulturkampf wissen. Im Gegenteil, sie waren von der katholischen Kirche tief beeindruckt und sahen in ihr in mancher Hinsicht das grosse Vorbild. Viele, wahrscheinlich die überwiegende Mehrheit der bayrischen Nationalsozialisten, waren gläubige Katholiken, und in den militärischen Formationen der NSDAP, wurde katholischer Feldgottesdienst abgehalten. Mit der Hakenkreuzbinde am linken Arm faltete man die Hände zum Gebet.

All dies gilt es zu beachten, wenn man verstehen will, wie die damals noch sehr kleine Nationalsozialistische Partei in Bayern trotzdem eine so grosse Rolle spielen und Hitler am 8. November 1923 seinen Putsch starten konnte. Ludendorff war natürlich auch wieder dabei, und zahlreiche reaktionäre Gruppen Deutschlands hofften auf das Gelingen dieser «nationalen Revolution». Am 8. November – der Dollar stand jetzt auf 421'500'000'000 Mark – sagte Stresemann in einer Fraktionssitzung seiner Partei: «Versagt die Reichswehr, so werden diese Gruppen siegen. Dann vielleicht deutsch-nationale Diktatur.»

Man wusste in Norddeutschland, was in Süddeutschland vor sich ging. Die deutschnationalen Zeitungen hatten Nachtdienst eingerichtet, um den Sieg der völkischen Bewegung zu melden. «Dem Führer einer Grossgrundbesitzervereinigung wurde am 7. November, als er wichtige

Verhandlungen finanzieller Art in Berlin führen wollte, gesagt, es habe keinen Sinn, mit dieser Regierung zu verhandeln, am 10. November hätte man im Reich eine neue Regierung.» (Stresemann, «Vermächtnis», Band I, Berlin 1932, Seite 203.)

Aber die «nationale Revolution» war schon am 9. November gescheitert. Die Republik vermochte auch diese grosse Krise zu überstehen. Die NSDAP., die Deutschvölkische Freiheitspartei und die Kommunistische Partei wurden im ganzen Reich aufgelöst. Nach Überwindung der Krise gab v. Seeckt, der Chef der Heeresleitung, seine Vollmachten korrekt an den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert zurück. Die Parteiverbote waren alle nur vorübergehend. Hitler und andere Putschisten wurden nicht nach ihren eigenen Grundsätzen, sondern nach denen der Republik behandelt. Sie konnten daher nach einer kurzen und gemütlichen Gefangenschaft ihr Spiel bald wieder fortsetzen.

Am 20. November 1923 kostete der Dollar 4,2 Billionen Mark. Das war der Rekord, und nun wurde wie die politische Krise, so auch die phantastische Währungskrise überwunden. Letzteres nicht zuletzt durch den wachsenden Widerstand der Arbeiter und durch ihre Forderung, die Löhne in Gold zu berechnen.

Am 31. Dezember 1923 schrieb Viscount d'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, in sein Tagebuch: «Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äusseren Gefahren waren so gross, dass sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten . . . Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, dass ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird.»

Nun kam die grosse Wendung, die die Stabilisierung der Republik ermöglichte und den «Nihilisten» den Boden entzog. Diese grosse Wendung kam durch die Neuregelung der Reparationspolitik, durch die Auslandskredite, die Deutschland vor allem von Amerika erhielt, und durch den Triumph der Verständigungspolitik über die Gewalt- und Prestigepolitik, die in unserer modernen Welt immer wieder in die Sackgasse führen muss, gleichgültig, wer sie betreibt.

Dass nun die glücklichste Periode der jungen deutschen Republik begann, das zeigt sehr plastisch, wie entscheidend ausserdeutsche Mächte

darüber mitbestimmen, ob Deutschland eine Demokratie sein kann oder nicht und in welch unerhörtem Ausmass die Entwicklung Deutschlands von der Entwicklung in der übrigen Welt abhängt.

In den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erhielten die Nationalsozialisten und die Deutschvölkischen, die beide zusammen als «Nationalsozialistische Freiheitsbewegung» kandidierten, 1'924'000 Stimmen und 32 von 472 Parlamentssitzen. Die Deutschnationalen erhielten rund 5,7 Millionen und die Sozialdemokraten rund 6,0 Millionen Stimmen. Wenige Monate später, im Dezember 1924, fanden wieder Reichstagswahlen statt. Dabei verloren die Nationalsozialisten mehr als eine Million ihrer Stimmen vom Mai und 18 ihrer Mandate. Teilweise profitierten die Deutschnationalen davon, die rund eine halbe Million Stimmen gewannen. Die Sozialdemokratie aber konnte ihre Stimmenzahl auf 7'880'000 erhöhen.

In den wenigen Monaten von Mai bis Dezember 1924 hatte sich das politische Bild also sehr wesentlich verändert, obwohl die grosse Wendung noch sehr jungen Datums war. Die nächstfolgenden Reichstagswahlen, die am 20. Mai 1928 stattfanden, zeigten dann ganz klar, dass sich die Katastrophenpolitiker in einer katastrophalen Lage befanden. Die Sozialdemokraten konnten ihre Stimmenzahl auf 9'146'165 erhöhen, die Nationalsozialisten verloren weiter rund 100'000 Stimmen – sie bekamen 808'541 Stimmen und 12 Mandate – und die Deutschnationalen verloren rund 1,8 Millionen.

Die Demokratie hatte einen klaren und eindeutigen Sieg errungen. Die Republik schien endgültig gesichert. An den öffentlichen Reichs Verfassungsfeiern des Jahres 1928 nahmen bürgerliche Kreise in vorher unbekanntem Ausmass teil. In der Arbeiterbewegung diskutierte man die Frage, ob die im Februar 1924 von den Demokratischen Parteien zum Schutze der Republik gegründete halb-militärische Organisation «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» nicht als überflüssig aufgelöst werden könnte.

Trotz der unzulänglichen Novemberrevolution, trotz Versailles, trotz der Inflation, trotz der «Nihilisten» – trotz alledem stand die Republik jetzt so fest, dass sie allen Stürmen gewachsen schien.

Aber dem Orkan der Weltwirtschaftskrise, der gewaltigsten Krise, die die zivilisierte Menschheit je erlebt hat, diesem langanhaltenden und immer mächtiger werdenden Orkan war sie schliesslich doch nicht gewachsen. Dazu war sie zu jung, und dazu war ihre Entstehungsgeschichte zu unglücklich.

ZWÖLFTES KAPITEL

Die Weltkrise als Hitlers Wegbereiter

Jedesmal wenn die Entwicklung irgendeines Landes in eine Diktatur einmündet, werden Philosophen und Historiker nachträglich entdecken, dass dies nur der Durchbruch von Tendenzen und Ideologien war, die es «schon immer» gab. Sie werden auf diesen und jenen Klassiker hinweisen, einen oder den anderen Philosophen zitieren, gewisse Eigenarten des betreffenden Volkes mystifizieren und phantastisch überdimensionieren, alles andere dagegen übersehen oder als nebensächlich betrachten und mit dieser Methode beweisen, dass eigentlich gar nichts Sensationelles geschehen sei. Aber vor dem Triumph der Diktatur hätten sie sich vielleicht darüber entrüstet, wenn jemand behauptet hätte, in diesem und jenem Klassiker, Philosophen oder Wesenszug des betreffenden Volkes künde sich unwiderruflich das kommende Unheil an.

Man handelt als Demokrat zwar klug, wenn man die potentiellen Möglichkeiten einer antidemokratischen Entwicklung ins Auge fasst, denn kein Volk ist durch sein «Blut», seinen «Charakter» oder seine «Mentalität» das auserwählte Volk, Naturschutzpark der Demokratie. Aber erstens kommt es darauf an, wie man dabei verfährt, und zweitens gehört zum Verlust der Freiheit einer Nation sehr viel mehr als wirklich oder vermeintlich schlechter Einfluss von Klassikern und Philosophen. Diese ideologisch-spekulative Betrachtungsweise bleibt auf alle wesentlichen Fragen die Antwort schuldig. Denn sie erklärt weder, woher bestimmte Ideologien und Eigenschaften kommen noch warum sie plötzlich eine so grosse und verhängnisvolle Rolle spielen können. Darauf aber kommt es doch letzten Endes an.

Wir haben im vorliegenden Buche am lebendigen Prozess des geschichtlichen Lebens so konkret wie möglich zu zeigen gesucht, aus welchen soziologischen Gründen, in welchen Gesellschaftsschichten und in welchem Masse ganz bestimmte Ideologien und soziale Bewegungen entstanden und wirksam geworden sind. Jedoch ohne die destruktive Po-

litik der Siegermächte gegenüber der Republik und vor allem ohne die beispiellose Weltwirtschaftskrise hätten die in der deutschen Gesellschaft vorhanden gewesenen Elemente des Dritten Reiches niemals ausreifen, siegreich durchbrechen und staatsbildende Kraft erlangen können. Insofern ist die Entstehung des Dritten Reiches ein Ausdruck dessen, dass die gesamte europäische Zivilisation ihre Probleme nicht zu lösen vermochte.

Die grössten Torheiten begingen die Siegermächte bis Ende 1923. Dann waren sie durch die Realitäten unserer modernen Welt weitgehend umgeschult und es begann die Ära einer klügeren Politik, weil die Gewaltpolitik auch in diesem Falle notwendigerweise bankrott machen musste. Aber auch jetzt erkannte man noch nicht den einzigen Weg zur konstruktiven Lösung des deutschen Problems. Kein geringerer als Churchill schrieb im Jahre 1935 in einer Betrachtung über Hitler: «Man machte keine ernsthaften Versuche, mit den verschiedenen modernen Regierungen Deutschlands, die auf dem Boden des Parlamentarismus standen, zu einer Übereinkunft zu kommen.»

Trotzdem bleibt die Ende 1923 begonnene Ära die der klügeren Politik. Aber die Republik hatte bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nur rund fünf relativ ruhige glückliche Jahre, und das war nach einem solchen Krieg, nach einem solchen Frieden und nach einer solchen Revolution zu wenig, um sich im Kampf gegen ihre Gegner behaupten zu können, obwohl ihr dies trotz allem und auch trotz tragischer Schwächen der Republikaner sowie der Arbeiterbewegung beinahe gelungen wäre.

Die glücklichste Periode der deutschen Republik ist sehr eng mit Dr. Gustav Stresemann verbunden, der von August bis November 1923 Reichskanzler und Aussenminister war und letzteres bis zu seinem Tode (3. Oktober 1929) blieb.

Damals in der ganzen Welt als aufrechter Verständigungspolitiker anerkannt und gefeiert, wird Stresemann heute nicht selten ganz anders gesehen. Weil nach seinem Tode der Nationalsozialismus an die Macht kam, spiegelt er sich im Kopfe vieler Subjektivisten und Irrationalisten retrospektiv sozusagen als ein raffinierter Heuchler, der im Grunde dasselbe wollte wie Adolf Hitler. Die Weltgeschichte zu einer Gespenstergeschichte degradierend, betrachten sie die Tatsache des Dritten Reiches als Beweis dafür, dass «die Deutschen» sich schon immer nach einem solchen Reich gesehnt haben. Sie halten Hitler für einen notorischen Lügner, aber wenn er behauptet, die geheime Sehnsucht des deutschen

Volkes erfüllt und die ganze Nation hinter sich zu haben, dann sind sie mit ihm ausnahmsweise einig, dann hat er nach ihrem Empfinden die Wahrheit gesprochen.

Vernunftsgründe sind gegen diese Geisteshaltung ebenso wehrlos, wie sie es beispielsweise im Kampf der Liberalen, der Humanisten und Sozialisten Deutschlands gegen die Phantasien der Rassenantisemiten waren. Wie wir schon bei der Analyse des Rassenantisemitismus sagten, schreit Hass immer nach dem denkbar einfachsten Schema, und daher teilt Stresemann mit vielen anderen und praktisch mit der ganzen deutschen Geschichte das Schicksal, durch die Tatsache des Dritten Reiches bis auf Weiteres nachträglich verändert worden zu sein. «Die Nationale Opposition» weiss aber sehr gut, weshalb sie ihn über sein Grab hinaus verflucht und bekämpft und ihm im Dritten Reich kein Ehrendenkmal errichtet hat.

An und für sich schliessen Verständigungspolitik und Gewaltpolitik einander keineswegs aus, und es kann natürlich niemand sagen, ob Stresemann, wenn er noch länger gelebt hätte, immer Verständigungspolitiker geblieben wäre. Es ist ja so mancher frühere Gewaltpolitiker, den die Erfahrungen des ersten Weltkrieges kritischer gemacht und eines Besseren belehrt hatten, rückfällig geworden. Aber es kommt ja gar nicht darauf an, was Stresemann vielleicht einmal getan hätte. Wichtiger ist, was er tatsächlich getan hat und dass viele Millionen von Deutschen, insbesondere die Sozialisten, die Verständigungspolitik aus prinzipiellen Gründen wollten, stützten und ermöglichten.

Im Übrigen scheint Stresemann, der sicher kein Dummkopf war, einer derjenigen gewesen zu sein, die sich durch das grosse Erlebnis des Weltkrieges wirklich sehr tiefgehend gewandelt hatten. Das braucht ihm wie anderen, die während des Krieges Annexionisten waren, nicht einmal schwer gefallen zu sein. Denn ob man Annexionist wird, wenn der Krieg bereits tobt und seine destruktiven psychologischen Wirkungen auf die Menschen ausübt, oder ob man direkt und vorsätzlich auf den Krieg lossteuert, um Annexionen vorzunehmen, ist ja nicht ganz dasselbe. Im Übrigen besteht zwischen Annexionismus und Annexionismus – rein sachlich betrachtet – auch sonst noch mancher Unterschied, sowohl im Hinblick auf das Mass, die Art, den Zweck und das Ziel. Womit jedoch weder irgendein deutscher noch ein anderer Annexionismus gerechtfertigt werden soll.

Ohne Zweifel wollte Stresemann Deutschland wieder zu einer gleichberechtigten und bündnisfähigen Grossmacht machen. Aber im Gegensatz zu der «Nationalen Opposition», einem Teil der Reichswehr und des Grosskapitals sollte dies für ihn, einen anderen Teil der Reichswehr und des Grosskapitals nicht zum Zwecke territorialer Expansionspolitik auf dem europäischen Kontinent geschehen. Dieser fundamentale Unterschied, den wir bei Behandlung der Frage: Europäischer Wirtschaftsblock oder alldeutschnationalsozialistische «Neuordnung»? noch etwas konkretisieren werden, wird heute allzu leicht übersehen.

In der grossen Staatskrise von 1923 hatte Stresemann unter Einsatz seines Lebens jeden Kompromiss mit der Münchener Gegenrevolution abgelehnt, und auch in der Folgezeit war er ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und der deutschnationalen «Patentpatrioten». Leidenschaftlich kämpfte er gegen jene, die danach trachteten, «die Idee der pommerschen Vendée mit christlich-sozialen, völkischen und mittelständlerischen Gedankengängen zu verbinden», um seine eigene Formulierung zu zitieren. Die Partei Stresemanns, die Deutsche Volkspartei, machte ihm das Leben jedoch sehr schwer. Sie vermochte der Entwicklung ihres Gründers und Führers nur teilweise zu folgen.

«Die inneren Parteiverhältnisse erinnern an die Vorkriegszeit», heisst es in den Aufzeichnungen Stresemanns wiederholt. Das konnte auch kaum anders sein, denn die soziologische Struktur der Deutschen Volkspartei erinnerte sehr stark an die soziologische Struktur der Nationalliberalen Partei. Es gab daher innerhalb dieser Partei die alten Interessenkämpfe zwischen den verschiedenen Richtungen des Kapitalismus und im Zusammenhang damit auch wieder einen rechten Flügel, der sich wie vor dem Kriege mit den Konservativen, so jetzt sehr eng mit den Deutschnationalen verbunden fühlte. Die Politik dieser Elemente lief praktisch darauf hinaus, das eine Deutschland gegen das andere zu sammeln. Aber Stresemann, der solche Bestrebungen bekämpfte, erklärte ganz energisch, «dass wir diese Scheidung in die zwei Deutschland nicht mitmachen».

Derselbe Kampf wie in der Deutschen Volkspartei spielte sich in vieler Hinsicht auch im Reichsverband der Deutschen Industrie ab, der im April 1919 gegründet wurde und alle grossen industriellen Verbände der Vorkriegszeit in sich vereinte. Duisberg, von 1924 bis 1931 Vorsitzender

des Reichsverbandes, sagte im Jahre 1925, dass die vorhandenen Gegensätze natürlich nicht mit einem Schlage beseitigt werden sollten. In- des wurden sie überhaupt nicht beseitigt, obwohl ein Teil der Schwerin- dustrie eingesehen hatte, dass man andere Wege einschlagen müsse als früher.

Schon im Mai 1924 wurde die «Deutsche Industriellenvereinigung» gegründet. Sie war vom Geist der reaktionären Elemente des alten «Zent- ralverbandes deutscher Industrieller» erfüllt, hatte aber nur relativ wenig Mitglieder. An ihrer Spitze stand Paul Bang, führendes Mitglied des All- deutschen Verbandes, intimer Mitarbeiter von Class und Hugenberg, später Verbindungsmann zu Hitler und nach dem Sieg der «Nationalen Revolution» einer der elf Gäste im nationalsozialistischen «Reichstag». Bangs Organisation führte von innen und von aussen her einen heftigen Kampf gegen den Reichsverband der deutschen Industrie. «Bohrwürmer hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es auch weiter geben», sagte Duisberg im Jahre 1925.

Die neue Industriellenvereinigung lehnte im Gegensatz zum Reichs- verband auch schärfstens den sogenannten Dawes-Plan ab, der die Repa- rationspolitik auf eine neue Grundlage stellte, Deutschland bedeutende Erleichterungen brachte und ein Kernstück der grossen Wendung war. In Amerika versprach man sich von diesem Plan des amerikanischen Rechtsanwaltes und Bankmannes Charles G. Dawes ausserordentlich viel, und ähnlich verhielt es sich in Deutschland. Stresemann sagte im Februar 1924, als die Sachverständigen der Reparationskommission ihre Arbeit begonnen hatten, man sehe nun zum erstenmal einen «Silberstrei- fen an dem sonst düsteren Horizont».

Er hatte recht, aber gerade darum war der Dawes-Plan eine ernste Ge- fahr für die «Nationale Opposition», denn was sie brauchte, das war nicht die Stabilisierung, sondern das Chaos. Der Alldeutsche Verband han- delte daher voll und ganz im Sinne des Kaiserbuches, als er am 27. April 1924 den Dawes-Plan schärfstens zurückwies und die Errichtung einer völkischen Diktatur forderte, die mit der «Erfüllungspolitik» rücksichts- los brechen müsse. Die anderen völkischen Elemente nahmen prinzipiell dieselbe Haltung ein.

Die Deutschnationalen hatten ebenfalls einen scharfen und hem- mungslosen Kampf gegen den Dawes-Plan geführt. Das war umso erns- ter, als man im Reichstag für die Annahme dieses Planes eine Zweidrit-

telmehrheit und daher zumindest einen Teil der deutschnationalen Stimmen brauchte. Die kommunistischen Stimmen konnte man schon darum nicht gewinnen, weil Moskau aus nationalrussischen Gründen daran interessiert war, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und den Westmächten so schlecht und so gespannt blieb wie nur möglich.

Die Industrie, die einschliesslich der Schwerindustrie die Annahme des Dawes-Planes befürwortete, sowie der amerikanische Botschafter Houghton und andere Kreise bearbeiteten die Deutschnationalen systematisch, um die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Das Resultat war, dass in der letzten und entscheidenden Abstimmung nur noch 52 deutschnationale Abgeordnete gegen den Dawes-Plan stimmten, während 48 für diesen eintraten. Einige Tage vor dieser grossen Entscheidung, am 22. August 1924, hatte die Reichsregierung eine neue Zollvorlage eingebracht! Dies erklärt nicht wenig.

Durch die Obstruktion der Sozialdemokraten wurde Beschlussunfähigkeit des Reichstages herbeigeführt und die Verabschiedung des Zollgesetzes verhindert. Jedoch im folgenden Jahre nahm eine Bürgerblockregierung, in der Deutschnationale das Innenministerium, das Wirtschafts- und Finanzministerium besetzten, einen Zolltarif an, durch den die im August 1914 aus kriegswirtschaftlichen Gründen aufgehobenen Agrarzölle von Neuem eingeführt wurden. Während des Krieges und noch lange danach waren die Agrarzölle kein Streitobjekt, aber der alte Kampf wurde im selben Masse aktuell, wie der internationale Warenaustausch und das Leben der deutschen Volkswirtschaft sich wieder normalisierte.

Nach einer sozialdemokratischen Berechnung belasteten die 1925 eingeführten Zölle eine aus fünf Personen bestehende Familie mit 150 Mark pro Jahr. Diese Belastung nahm später noch zu, und da die Macht der Grossgrundbesitzer nicht gebrochen und keine Agrarreform durchgeführt werden konnte, musste sie in der Tendenz auch ohne die grosse Weltwirtschaftskrise weiterwachsen.

Darüber waren sich übrigens sehr viele im Klaren. Stresemann zum Beispiel sagte im April 1925 in Hamburg, wo er über das Thema «Weltwirtschaft und Autarkie» sprach, dass die Zukunft Deutschlands durch den Kampf zwischen diesen beiden Prinzipien gekennzeichnet sein werde. Er betonte dabei, dass Deutschland jetzt noch viel enger mit dem Ausland verflochten und viel stärker auf die Weltwirtschaft angewiesen sei, als dies vor dem Kriege der Fall war. Duisberg sagte dasselbe, als er

erklärte, man schmälere nicht die Wichtigkeit der deutschen Landwirtschaft, wenn man behaupte, das Schicksal des deutschen Volkes sei heute mehr denn je von seiner Industrie abhängig. Das entsprach besonders darum den Tatsachen, weil die Rohstoff- und Ernährungsbasis durch den Versailler Friedensvertrag schmaler geworden war und der durch die Gebietsabtrennungen entstandene Verlust sowie die Reparationen nur durch weitere Intensivierung und durch gesteigerten Industrieexport ausgeglichen werden konnten.

Damit war untrennbar die grosse Welle der Rationalisierung und der Konzentration verbunden, die in diesen Jahren über Deutschland hinwegbrauste und die so manche Existenz verschlang. «Ich glaube, dass es ohne den Niedergang vieler Firmen gar nicht zu einer wirtschaftlichen Gesundung kommen wird», sagte Stresemann in seinem bereits erwähnten Vortrag vom April 1925. Dass all dies zu einer Verschärfung der inneren sozialen Gegensätze führen musste, liegt auf der Hand.

Vor allem wurde durch die Rationalisierung und Konzentration die Existenz vieler kleiner Firmen und breiter Schichten des selbständigen Mittelstandes bedroht oder doch zumindest erheblich erschwert. Bedenkt man, dass das soziale Gewicht des kapitalistischen Grossbetriebes schon während des Weltkrieges enorm gestiegen ist und es nach dem Kriege die grosse Inflation gab, die für die Mittelschichten in sehr viel höherem Masse als für andere den Verlust des Sparkapitals bedeutete, so kann es nicht überraschen, dass der Prozess der Formierung der Mittelschichten zu einer selbständigen politischen Macht seit Jahren ein lebhaftes Tempo angenommen hatte.

Aus den Mittelschichten wie aus der bäuerlichen Bevölkerung wuchsen nach dem Kriege zahlreiche Parteien heraus, die oft recht kurios waren. In dem im Mai 1928 gewählten Reichstag sassen neben 73 Deutschenationalen und 45 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei nicht weniger als 51 Vertreter von kleinen Rechtsparteien mit den verschiedensten Programmen für den Mittelstand und die Bauern. Diese neuen Parteien hatten die Stimmen erobert, die den Deutschenationalen und der Deutschen Volkspartei in diesen Wahlen verloren gingen. Die alten Rechtsparteien befanden sich also schon vor der grossen Weltwirtschaftskrise im Rückgang. Aber deren abtrünnig gewordene Wähler strömten jetzt noch nicht den Nationalsozialisten zu, sondern den anderen neuen Parteien der Mittelschichten oder dem Lager der Nichtwähler.

Eine der neuen kleinen Rechtsparteien, die ziemlich grosse Erfolge hatte, war die «Reichspartei des deutschen Mittelstandes», die sich auch «Wirtschaftspartei» nannte. Sie wurde bald nach dem Kriege gegründet und nahm schon an den Wahlen zur Nationalversammlung teil. Damals bekam sie 275'400 Stimmen, im Mai 1924 694'000, im Dezember 1924 1'006'000, im Mai 1928 1'362'000 – und später wurde sie wie so viele andere von den Nationalsozialisten verschlungen.

Im Jahre 1926 hatte sich die «Wirtschaftspartei» eindeutig gegen den Parlamentarismus und damit gegen den neuen Staat ausgesprochen. Bald darauf erklärte der Reichsverband der deutschen Industrie durch den Mund Dr. Silverbergs: «Das deutsche Unternehmertum steht restlos auf staatsbejahendem Standpunkt.» Restlos war zuviel gesagt, aber jedenfalls war es in gewissem Sinne symptomatisch, dass sich die kleinbürgerliche Wirtschaftspartei *gegen* und das deutsche Unternehmertum *für* den neuen Staat aussprach.

Letzteres geschah auf der im September 1926 abgehaltenen Dresdener Tagung des Reichsverbandes, wo Dr. Silverberg über «Deutsches Unternehmertum der Nachkriegszeit» sprach. Rückschauend betrachtet, so führte der Redner aus, könne man nicht sagen, dass die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft immer glücklich gewesen sei. Die alten Fehler wurden oft auch nach dem Kriege wiederholt, fügte er hinzu, glaubte aber dennoch konstatieren zu können, «dass sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat».

Man sagte einmal, es könne nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Aber das sei falsch, denn es müsse heissen: «Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden.» Und wenn das richtig ist, dann muss man den Mut zu der Konsequenz haben, dass nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, sagte Silverberg, der seine programmatischen Ausführungen mit den folgenden Worten schloss: «Ich glaube also feststellen zu dürfen, dass das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, dass das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt. . . Wir haben in Deutschland zusammen viel wieder aufzubauen. Dazu sind in erster

Linie die beiden aufstrebenden Schichten im Volke berufen: das deutsche Unternehmertum und die deutsche Arbeiterschaft.»

Diese Ausführungen wirkten umso sensationeller, als Dr. Silverberg ein Führer der Braunkohlenwirtschaft, also der Schwerindustrie, war. Dagegen wirkte es absolut nicht sensationell, dass am 1. Oktober 1926 in Düsseldorf eine Tagung von Wirtschaftsführern der Schwerindustrie stattfand, auf der unter anderem Fritz Thyssen von den Ausführungen Dr. Silverbergs Abstand nahm. Denn dass Fritz Thyssen nichts von einer vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft wissen wollte, das war überall bekannt. Und wenn er uns in seinem Buch «Ich bezahlte Hitler» erzählt, er habe insgesamt eine Million Mark in die Nationalsozialistische «Arbeiterpartei» investiert, so tat er dies nicht zuletzt darum, weil er den deutschen Arbeitern ihre Errungenschaften rauben wollte. Im Übrigen war er niemals imstande, solche Gedanken wie die von Silverberg zu verstehen. «Sie wissen doch, der Fritz ist dumm», sagte sein Vater August zu einem intimen Mitarbeiter des Hauses, und das hat der Fritz unter anderem auch durch sein erwähntes Buch bewiesen.

Der Protest Thyssens und Konsorten gegen die Ausführungen Silverbergs vermochte den Kurs des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht zu ändern. Aber zu der in Dresden als notwendig bezeichneten vertrauensvollen Kooperation zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft ist es niemals gekommen, was repräsentative Führer der Industrie später, als sie den Marsch in das Dritte Reich vergebens aufzuhalten suchten, als ein grosses Unglück empfanden.

Kurz vor der Dresdener Tagung des Reichsverbandes vollzog Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund. «Diese Stunde haben wir Sozialisten ersehnt», schrieb der sozialdemokratische «Vorwärts», auf die alldeutschen Jubelrufe vom August 1914 anspielend.

Zu denen, die diese Stunde nicht ersehnt hatten, gehörten aus den bereits bekannten Gründen auch die führenden Männer des Sowjetstaates. «Das Programm Englands ist, den Westen zu benutzen, um uns im Osten unschädlich zu machen ... In diesem komplizierten Paktspiel soll Deutschland auch eine Rolle zugewiesen werden», sagte der russische Aussenminister Tschitscherin am 3. Oktober 1925 in einem Interview, in dem er sich gegen den Völkerbund aussprach, wie das die russischen

Staatsmänner und die Kommunisten bis zu einem bestimmten Zeitpunkt immer taten.

Aber die Sorgen Tschitscherins waren im Hinblick auf das damalige Deutschland unbegründet. Denn wie die Sozialdemokraten und viele andere, so wollte auch Stresemann nicht nur mit dem Westen, sondern ebenso mit dem Osten in Friede und Freundschaft leben. Stresemann liess sich umso weniger zu einer antirussischen Aussenpolitik verleiten, als er in Übereinstimmung mit Walter Rathenau, Carl Duisberg und zahlreichen anderen Führern des deutschen Kapitalismus der Auffassung war, dass sich Deutschland und Russland in ökonomischer Hinsicht ausgezeichnet ergänzen.

Wir haben gesehen, wie Industrie, Handel und Finanz in den Tagen Bismarcks bestrebt waren, sich den grossen russischen Markt offenzuhalten, wie verzweifelt sie daher gegen die antirussische Wirtschaftspolitik Bismarcks kämpften, wie leidenschaftlich sie gegen die Agrarier in der Ära Caprivi für den deutsch-russischen Handelsvertrag stritten und welche ernstesten Konsequenzen der durch die Sammlungspolitik de facto ausgesprochene Verzicht der Industrie auf die intime ökonomische Zusammenarbeit mit Russland hatte. Jetzt, in der Weimarer Republik, wurde der Versuch gemacht, das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland wieder auf eine Grundlage zu stellen, die den Erfordernissen des deutschen Industriestaates entsprach. Es ist in gewissem Sinne symbolisch, dass es der moderne Grossindustrielle Walter Rathenau war, der den Rapallo-Vertrag abschloss.

Die prorussisch eingestellten Kreise der Armee begrüsst die Rapallopolitik natürlich auch oder sogar in erster Linie aus militärischen Gründen, wie Militärs ja überall ihre eigenen Gesichtspunkte haben, denn der Beruf prägt den Menschen. Aber General von Seeckt, der bedeutendste und einflussreichste Führer der prorussischen Richtung, war keineswegs der einzige, der sich im gleichen Masse von allgemein aussenpolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen leiten liess. Die sehr vielseitige Motivierung der russlandfreundlichen Aussenpolitik, die Seeckt in seiner 1933 erschienenen Schrift «Deutschland zwischen West und Ost» gab, haben zweifellos viele seiner Gesinnungsgenossen akzeptiert.

Trotzdem war es notwendig, diese Kreise der Armee ebenso kritisch unter die Lupe zu nehmen wie alle anderen, denn sie trieben in ihrer Weise ebenfalls eine Sonderpolitik und fanden dafür in Moskau nicht wenig Verständnis. Aber ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie

hat solche Extratouren verurteilt und bekämpft. Weder ihre Bejahung der deutsch-russischen Zusammenarbeit noch der auf der Republik lastende aussenpolitische Druck vermochten sie davon abzuhalten. Sie tolerierte manches, aber das nicht.

Es sei hier nur an Scheidemanns grosse Reichstagsrede vom 16. Dezember 1926 erinnert, in der er aufdeckte, dass und wie die Russen die illegale Aufrüstung förderten. Scheidemann erklärte im Namen seiner Fraktion, «dass wir die Verträge, die Deutschland eingegangen ist, auch ehrlich halten wollen». Die Sozialdemokratie arbeite für die aussenpolitische Verständigung Dr. Stresemanns, und ihre Liebe zum deutschen Volke wäre sehr schwach, wenn sie sich durch Versuche der Infamierung abhalten liesse, Nützlich und Heilsames auszusprechen. «Wenn wir alle diese Dinge verschweigen und dadurch den Anschein erwecken, als wenn wir sie billigen, wird die Aussenpolitik, die jetzt von Herrn Stresemann geführt wird, unmöglich».

Auf der Rechten machte sich lebhafter Widerspruch gegen Scheidemann geltend, und der kommunistische Abgeordnete Koenen bezeichnete die deutsche Sozialdemokratie in der Debatte als eine Partei, «die im Auftrage des englischen Imperialismus Propaganda mache gegen die deutsche Industrie, gegen die deutsche Arbeiterschaft und gegen Sowjet-russland.»

Wenn Scheidemanns Attacke im deutschen Volk viel Verständnis fand, so nicht zuletzt darum, weil im Westen inzwischen die Vernunft erwacht war. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte es niemand verhindern können, dass die Zahl derer, die allein vom Osten her die Rettung erhofften, ins Gigantische gestiegen wäre. Denn wenn ein Volk nicht weiss, wie es leben soll, dann wird die Frage Demokratie oder Diktatur zweitrangig; dann fragt die grosse Mehrheit nicht danach, welche Staatsform und Ziele diejenige Grossmacht hat, die sich in dem grossen Spiel der Weltpolitik auf Grund ihrer eigenen Interessen als Bundesgenosse anbieten muss.

Die Elemente um Hugenberg, Hitler und Class bekämpften die Rapallo-Politik natürlich mit derselben Energie wie den Völkerbund und Stresemanns Verständigungspolitik mit dem Westen. Denn erstens war es für sie lebensgefährlich, dass sich die Republik in aussenpolitischer Hinsicht ebenso konsolidierte wie in innenpolitischer, und zweitens wollten sie in der einen oder anderen Form wieder ihre alte Macht- und

Eroberungspolitik aufnehmen. Daher trieben sie eine wilde Demagogie mit den Reparationsleistungen, daher waren sie glücklich, als 1929 die furchtbare Weltwirtschaftskrise hereinbrach, und einigten sich nach einer Periode erbitterter Hegemoniekämpfe im Januar 1933 von Neuem, um ihre letzte Chance nicht zu verpassen und eine Minute vor zwölf mit Hilfe Papens und Hindenburgs die Staatsmacht an sich zu reißen.

Es gab selbstverständlich keine Gesellschaftsschicht in Deutschland, die den Versailler Frieden als ein Meisterwerk der grossen Politik preisen konnte. Das war vollkommen unmöglich. Aber im drastischen Gegensatz zu den Anhängern des Verständigungsfriedens, die nun nicht zufällig die Hauptstützen der Verständigungspolitik Stresemanns und des Völkerbundsgedankens waren, ging es den Führern der «Nationalen Opposition» niemals nur um die Gleichberechtigung Deutschlands, um die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit, die Milderung der Lasten, sondern um die Verwirklichung ihrer alten Ziele. Nur über das Mass, die Stossrichtung und den Hauptfeind ihrer imperialistischen Bestrebungen waren sie sich nicht einig. Territoriale Ausdehnung in Europa forderten aber die meisten Führer der sogenannten «Nationalen Opposition», die Class und Hugenberg als alte Spezialisten auf diesem Gebiet zusammen mit Adolf Hitler gebildet hatten.

Es ist typisch, dass Hitler in «Mein Kampf» (Band I, 1925, Band II, 1926) schrieb: «Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist ein politischer Unsinn von Ausmassen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen.» Ganz im Sinne der Alldeutschen trat Hitler für Eroberung von neuem Grund und Boden ein. Nach kaum 100 Jahren sollten 250 Millionen Deutsche auf dem Kontinent leben. «Nur ein genügend grosser Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit seines Daseins», predigte der Mystiker aus Braunau, so wie es in seinem Milieu vorher viele andere taten. Der neue «Lebensraum» sollte vor allem im Osten, auf Kosten Russlands, Polens und der kleinen Völker der Randstaaten erobert werden. Genau dasselbe propagierte insbesondere auch Alfred Rosenberg, der wie auffallend viele nationalsozialistische Führer kein Reichsdeutscher war.

Natürlich stand auf dem Programm auch das alldeutsche «Grossdeutschland», für das Hitler schon vor dem Kriege kämpfte und das nun auch die offiziellen Alldeutschen des Reiches als eine aktuelle Aufgabe betrachteten, nachdem ihre früheren Bedenken durch den Untergang der

österreichisch-ungarischen Monarchie gegenstandslos geworden waren.

Das demokratische Österreich und das demokratische Deutschland wollten unmittelbar nach dem Kriege ohne Gewalt ihr grundlegend anderes Grossdeutschland verwirklichen, doch liessen die Mächte von Versailles, insbesondere Frankreich, dies nicht zu, obwohl es unter den damaligen Umständen in jeder Hinsicht ein Fortschritt gewesen wäre. Aber im Jahre 1938 fanden sich die demokratischen Westmächte kampflos sowohl mit dem Anschluss Österreichs als auch Sudetendeutschlands ab, obwohl das jetzt objektiv imperialistische Gewaltpolitik, nur eine Etappe auf dem Wege zum alldeutschen Grossdeutschland, strategische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges und ein Schlag gegen die Freiheit und den Fortschritt Deutschlands wie Europas war. Hätten die Westmächte dies und jenes zur rechten Zeit getan, was sie später zur unrechten taten, dann wäre zum Segen geworden, was so ein doppelter Fluch war.

Die Nationalsozialisten hatten in keiner Phase ihrer Entwicklung irgendetwas mit dem grossdeutschen Gedanken der Liberalen und Sozialisten gemein. Schon in ihrem Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 begnügten sie sich nicht damit, für den Zusammenschluss aller Deutschen einzutreten. Vielmehr lautete Punkt drei dieses Programmes: «Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.» Auffallenderweise war von Kolonien nur in Klammern die Rede. Wäre es nach Hitler gegangen, hätten sie mit Rücksicht auf England wahrscheinlich überhaupt keine Erwähnung gefunden. Jedenfalls wurde die Kolonialpolitik in «Mein Kampf» mit dieser Motivierung entschieden verurteilt.

Gegen die Eroberung von Land und Boden in Europa hatten die aktiven Kader der sogenannten «Deutschen Arbeiterpartei», soweit diese sich überhaupt für die Aussenpolitik interessierten, im Allgemeinen nichts einzuwenden. Aber auf Kolonien wollten sie keineswegs alle verzichten. Im Übrigen konnten sich diese Elemente, die fast ausnahmslos Beziehungen zum Alldeutschen Verband, zum Flottenverein, zum Kolonialverein, zum Wehrverein, zur Vaterlandpartei usw. gehabt hatten, nur teilweise mit dem Gedanken vertraut machen, dass England nun nicht mehr der grosse Feind sein sollte.

Zwar hatte man in diesen Kreisen nach der Niederlage von 1918 viel mehr Verständnis für das Werben um den germanischen Vetter als in je-

nen Tagen, wo ihr Gesinnungsgenosse Otto Richard Tannenberg dafür plädierte, aber trotzdem musste Hitler in «Mein Kampf» konstatieren, dass es sehr schwer sei, seinen Parteigenossen England als Bundesgenossen zu empfehlen. Das war nicht zuletzt darum sehr schwer, weil England für die genuinen Rassenantisemiten «eher eine jüdische als eine christliche Nation ist», wie es zum Beispiel in Theodor Fritschs «Handbuch der Judenfrage» heisst, das im Jahre 1935 seine 39. Auflage erlebte und aus dem «Antisemitenkatechismus» entstand, den Theodor Fritsch zum ersten Male im Jahre 1887 herausgegeben hatte.

Teilweise wurde die proenglische Politik Hitlers von seinen Parteigenossen aber auch aus sehr sachlichen Gründen abgelehnt. Es vermochten nämlich selbst Nationalsozialisten zu erkennen, dass ein antirussisch orientiertes Deutschland von massgebenden Kreisen Englands zwar sehr viel bekommen könnte, aber unter keinen Umständen soviel, wie Hitler forderte.

Im Übrigen hat es in den aktiven Kadern der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung, die von Anfang an ausserordentlich bunt und widerspruchsvoll war und dies in den Jahren ihrer grossen Erfolge immer mehr wurde, auch prinzipielle Gegner der Landeroberungspolitik gegeben. «Ich muss mich», so schrieb Hitler in «Mein Kampf», «schärfstens gegen jene völkischen Schreiberseelen wenden, die in einem solchen Bodenerwerb eine ‚Verletzung heiliger Menschenrechte‘ zu erblicken vorgeben und demgemäss ihr Geschreibsel dagegen ansetzen.»

Nun, ein echter Völkischer sprach in der Regel nicht von «Verletzung heiliger Menschenrechte», aber es gab echte Völkische, die der Auffassung waren, Deutschland könne den Kampf gegen den «westlichen Imperialismus» am wirksamsten führen, wenn es die Sache aller «unterdrückten Völker» zu seiner eigenen Sache mache. Hitler hielt dieser Richtung, die nicht sehr stark und vielfach prorussisch war, entgegen: «Die völkische Bewegung hat nicht der Anwalt anderer Völker, sondern der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein. Anderenfalls ist sie überflüssig und hat vor allem gar kein Recht, über die Vergangenheit zu maulen . . . Insbesondere sind wir nicht der Schutzpolizist der bekannten ‚armen, kleinen Völker‘, sondern Soldaten unseres eigenen.»

Auch der am 30. Juni 1934 erschossene katholische Schriftsteller Edgar Jung, ein Ideologe des Papen-Kreises, nahm gegen Hitlers Landeroberungspolitik Stellung. Durch sie, so schrieb er in seinem 1927

erschienenen Buch «Die Herrschaft der Minderwertigen», würde das deutsche Volk mutwillig den Ring seiner Gegner zusammenschmieden. «Mit Recht will kein Volk sich seinen Boden fortnehmen lassen. Davor muss Osteuropa und Südosteuropa sich gesichert fühlen.» Aber weil Edgar Jung als Todfeind der Ideenwelt der grossen französischen Revolution von 1789 «die Bastille des Liberalismus» stürmen wollte, stand er 1933 trotz Hitlers Landeroberungspolitik an dessen Seite.

So war es in sehr vielen Fällen, und darum darf man nicht einmal von allen Führern der «nationalen Erhebung» sagen, ihre Entscheidung für Hitler sei die Sanktionierung aller seiner Vernichtungspläne gegen kleine und grosse Völker gewesen. Vollkommen absurd aber wäre es natürlich, wenn man das von den vielen Millionen nationalsozialistischen Wählern behaupten wollte. Wer sich das so vorstellt, geht am Leben vorbei und begreift nichts von dem grossen Drama der Menschheit, das sich im Herzen Europas abgespielt hat. Die absolut unbestreitbare Tatsache, dass die Durchbruchsjahre des Nationalsozialismus die Jahre der Weltkrise waren, spricht doch wahrlich eine Sprache, die deutlich genug sein dürfte, um von allen verstanden zu werden. Die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands führte den Kampf gegen den Nationalsozialismus mit der Parole: «Der Faschismus bedeutet den Krieg!» Doch selbst die Arbeiterbewegung wusste nicht, wie sehr sie im Recht war.

Die grosse Mehrheit der nationalsozialistischen Wähler wünschte die Rettung des Handwerks und der kleinen Industrie, die Abschaffung der Warenhäuser und der Konsumvereine, höhere Agrarpreise und vieles andere, aber nicht den Krieg. Nicht zufällig haben es die Führer des Nationalsozialismus gerade in dessen Durchbruchsjahren für notwendig gehalten, die Friedensschalmei zu blasen. Immer wieder versicherten sie den Massen, keinen Krieg zu wollen. Gegenteilige Behauptungen wiesen sie entrüstet als gemeine Verdächtigungen, niederträchtige Verleumdungen der Bolschewisten, Marxisten und Juden zurück. Gewisse Elemente, die sich von der Hitler-Partei abgesplittert hatten, deren «Legalitätspolitik» bekämpften und sich «Revolutionäre Nationalsozialisten» nannten, betrachteten dies als Verrat. Ihnen ging dieser «Pazifismus» auf die Nerven.

Zu diesen Elementen gehörte auch Otto Strasser, der Bruder des am 30. Juni 1934 erschossenen Gregor Strassers, der lange Zeit eine führen-

de Rolle in der NSDAP, spielte. In der von Otto Strasser herausgegebenen Zeitung «Die schwarze Front» hiess es am 21. August 1932: «Zu welchen Folgen die Legalitätspolitik der Hitlerpartei führte und – wenn sie weitergetrieben wird – führen muss, zeigt die Einstellung der NSDAP, in der Kriegsfrage ... Der legale Nationalsozialismus erklärt, dass er den Krieg ablehnt – der revolutionäre Nationalsozialismus erklärt, dass er diesen Krieg will.»

Die breiten Massen des Mittelstandes und der Bauern glaubten im Allgemeinen, was der «legale» Nationalsozialismus erklärte. «Mein Kampf» wurde von ihnen natürlich nicht gelesen, und viele, die ihn kannten, nahmen ganz besonders seine aussenpolitischen Rezepte nicht ernst – wie das bekanntlich bis kurz vor dem zweiten Weltkrieg auch im Ausland der Fall war. Die Aussenpolitik ist ja überhaupt ein Gebiet, für das sich die breiten Massen relativ wenig interessieren, und dass eine autarkistische Wirtschaftspolitik in einem Lande wie Deutschland mit Notwendigkeit territoriale Expansionspolitik nach sich zieht, ist ja selbst geschulten Politikern heute noch nicht zum Bewusstsein gekommen. Wie sollten da die deutschen Bauern und Kleinbürger gewusst haben, was sie taten, als sie kräftig applaudierten, wenn die «jüdische Weltwirtschaft» attackiert und die Autarkie als das grosse Ideal verkündet wurde?

Wie wir im Laufe unserer Darstellung wiederholt sahen, gibt es im historischen Geschehen eine Logik der Dinge, die sich um Wünsche und Träume nicht kümmert. Daraus ergibt sich aber auch der Schluss, dass die Resultate dieser und jener Bestrebungen von sozialen Schichten nicht mit der Gesinnung, dem moralischen Zustand und dem Willen aller dieser Menschen gleichgesetzt werden dürfen. Die Menschen sind oft besser als die Resultate ihres Handelns. Der Mensch als Individuum kann nicht mit dem Ergebnis identifiziert werden, das er als Glied eines Kollektivs im politischen Kampf heraufbeschwören half.

Aber wenn es auch vollkommen absurd wäre, die grossen Wahlerfolge der Nationalsozialistischen Partei auf Kriegs- und Eroberungslust der betreffenden Wähler zurückführen zu wollen, so muss doch auf der anderen Seite ebensowenig entschieden betont werden, dass nicht nur die Alldeutschen und ihre Schüler Hitler, Rosenberg usw., sondern auch viele andere von vornherein fest entschlossen waren, mit grossen und kleinen Völkern genauso brutal zu verfahren wie mit den kommunistischen, sozialistischen und sonstigen Gegnern im eigenen Lande.

Viele Führer, sowie ein grosser Teil der aktiven Kader der Nationalsozialistischen Partei und der Deutschnationalen um Hugenberg, lebten in der Ideologie des Lebensraumimperialismus mit der grössten Selbstverständlichkeit und sie meinten Raubzüge, wenn sie «Wiederherstellung der deutschen Ehre» sagten. Wie breit diese Schicht war, lässt sich statistisch nicht erfassen. Sicher ist nur, dass sie eine sehr kleine Minorität des Volkes und nicht annähernd so breit war, wie man sich das im Ausland seit einigen Jahren vielfach vorstellt, aber auch nicht so schmal, wie es viele Humanisten, Demokraten, Sozialisten – besonders Deutschlands – glauben oder wahrhaben wollen.

Eine der vielen reaktionären Organisationen Deutschlands, in denen der Lebensraumimperialismus eine grosse Rolle spielte, war der im November 1918 von dem Fabrikanten Franz Seldte gegründete «Stahlhelm». Dieser halb-militärischen Organisation gehörten ursprünglich sehr verschiedene bürgerliche Kreise an. Aber im Laufe der Zeit errangen die rechtsradikalen Elemente in diesem sogenannten «Bund der Frontsoldaten» vollkommen die Oberhand, und im September 1928 erliess der Stahlhelm des Landesverbandes Brandenburg seine berüchtigte Hassbotschaft gegen die Republik.

«Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau», hiess es in dieser Hassbotschaft, und sie hassten ihn unter anderem darum, «weil er uns die Aussicht versperrt, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen.» Stresemann erkannte sofort den faschistischen Charakter dieser nach innen wie nach aussen kriegerischen Proklamation und forderte von seiner Partei den Abbruch aller Brücken zum Stahlhelm. Die Situation, so sagte er, sei ähnlich wie während des Weltkrieges, «wo ich aus dem Alldeutschen Verband austrat, um die Nationalliberale Partei nicht in ein schiefes Licht kommen zu lassen». Am 3. Oktober 1928 beschloss die deutsche Volkspartei, Mitglieder ihrer Fraktion dürften nicht mehr dem Stahlhelm angehören.

Wenige Tage später, am 20. und 21. Oktober 1928, ging auf einer geheimen Tagung der Deutschnationalen deren radikaler Flügel in die Offensive. Der bisherige Parteivorsitzende Graf Westarp wurde gestürzt und durch Alfred Hugenberg, den Führer der Radikalen und den Vater des Alldeutschen Verbandes, ersetzt. Die Radikalen machten für die in den Wahlen vom Mai 1928 erlittene Niederlage der Partei die Kompro-

misspolitik sowie die schwankende Haltung der alten Führung verantwortlich und waren entschlossen, den Kurs konsequent auf die «Reichsreform» einzustellen.

Zu dieser Zeit sass die Sozialdemokratie nach einer mehrjährigen durch Bürgerblockkombinationen charakterisierten Pause wieder in der Regierung. Ausserdem gab es seit dem Jahre 1920 zum ersten Male wieder einen sozialdemokratischen Reichskanzler. Es war Hermann Müller, dessen nach den Wahlen vom Mai 1928 gebildete Regierung durch gewisse agrarpolitische Massnahmen die Machtpositionen der Grossagrarien einzuschränken suchte. Dasselbe tat die preussische Regierung mit den Sozialdemokraten Otto Braun und Carl Severing an der Spitze. Berücksichtigt man ferner die damalige temporäre Verschlechterung der Wirtschaftslage, so wird verständlich, weshalb sich die Gegensätze seit Monaten verschärften, der Stahlhelm sehr aggressiv wurde und Hugenberg die Führung der Deutschnationalen an sich reissen konnte.

Kurz vor diesem Führerwechsel schrieb der deutschnationale Abgeordnete Walter Lambach, die Monarchie sei endgültig überlebt und Kaiser wie Könige wären für die Jugend der Gegenwart nur noch eine Filmangelegenheit. Das war ein Angriff gegen die Hugenbergianer, der von diesen auch so aufgefasst wurde. Aber Walter Lambach konnte keine Hugenberg-Politik machen, denn er war Führer einer grossen Berufsorganisation von Angestellten, jener Gesellschaftsschicht, die im Laufe der letzten Jahrzehnte viel schneller anwuchs als das industrielle Proletariat und die man oft als den «neuen Mittelstand» bezeichnet. Die von Lambach geführte Organisation hiess «Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband» (DHV.). Sie bestand unter diesem Namen schon lange vor Gründung der Deutschnationalen Volkspartei.

Der sogenannte «neue Mittelstand» rekrutierte sich überwiegend aus dem alten und lebte noch sehr stark in dessen Vorstellungswelt. Doch die sozialen Interessen dieser Schicht waren nicht mehr die des alten Mittelstandes. Sie berührten sich vielmehr in mancher Hinsicht mit denen der Arbeiterklasse, zum Beispiel in der Frage der Gewerkschaften. Der grösste Teil des alten Mittelstandes war gewerkschaftsfeindlich, während der «neue Mittelstand» – trotz seiner ausserordentlich widerspruchsvollen Ideologie und seiner Distanzierung von der Arbeiterklasse in die entgegengesetzte Richtung tendierte.

Trotzdem stand die grosse Majorität der Angestellten, unter denen die Arbeitslosigkeit in der Krise übrigens besonders gross war, politisch rechts, und sehr viele setzten ihre Hoffnungen auf den Nationalsozialismus. Aber es ist bemerkenswert, dass die soziale Basis der von Gregor Strasser geführten Richtung der NSDAP., die nichts von einer völligen Vernichtung der Gewerkschaften wissen wollte, in erster Linie die Angestellten waren.

Diese Richtung verschärfte Ende 1932 die damalige schwere Parteikrise, weil sie den hitlerfeindlichen Reichskanzler General von Schleicher und dessen Bestrebungen zur Errichtung einer Gewerkschaftsfront unterstützte. Gregor Strasser stand schon lange in engem Kontakt mit Kreisen des «Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes». Am 19. Mai 1932, als noch die Regierung Brüning am Ruder war, schrieb Goebbels in sein Tagebuch: «Strasser, das heisst DHV., das heisst Gewerkschaften, das heisst Brüning.»

Lambach und andere Gegner des «nihilistischen» Konservatismus Hugenbergs wurden aus der Deutschnationalen Volkspartei hinausgedrängt; ein Teil im Dezember 1929, ein anderer im Juli 1930. Diese Kreise repräsentierten nur eine sehr kleine Minorität der Deutschnationalen. Sehr richtig schreibt ein deutscher Soziologe über sie: «,Tory-Demokraten‘ nannten sie sich stolz und hatten damit bereits treffend ihr notwendiges Schicksal beschrieben. Dieser Tory-Konservatismus hat in Deutschland nie Fuss fassen können. Nicht nur, weil kein Disraeli da war . . . Die wenigen Anhänger eines organischen-unreaktionären Konservatismus wurden – meist als ‚Westler‘-Naturen verpönt – zu den ‚Demokraten‘ auf der Rechten, Offiziere ohne Soldaten.» (Dr. Sigmund Neumann «Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege», Berlin 1932.)

Die grosse Mehrheit der Deutschnationalen Partei stand hinter Hugenberg, dem im Frühjahr 1929 unumschränkte Vollmachten für die deutschnationale Reichstagsfraktion eingeräumt wurden. Damit war in dieser Partei sozusagen das Führerprinzip eingeführt, was voll und ganz den Wünschen von Heinrich Class entsprach, der mit seiner «Qualitätsorganisation» jetzt einen besonders starken Einfluss auf die Politik der Deutschnationalen ausüben vermochte. «Wer beispielsweise die Fäden kennt, die aus langjähriger engster Freundschaft heraus zwischen ihm und dem Geheimrat Hugenberg laufen, wird unschwer hinter man-

cher Aktion, für die offiziell die Deutschnationale Volkspartei zeichnet, den Schatten des alldeutschen Führers gewahren», schrieb Junius Alter damals.

Aber Class arbeitete nicht nur hinter den Kulissen. Er trat jetzt auch selber hervor. Zusammen mit Hugenberg, Hitler und Seldte stand er an der Spitze eines im Juli 1929 konstituierten Ausschusses zum Kampf gegen den Young-Plan. Dieser nach dem amerikanischen Finanzmann Young benannte Plan bedeutete endgültige Regelung der Reparationsfrage, Aufhebung aller ausländischen Kontrollkommissionen und Verschwinden der Reparationsagenten aus Deutschland. Im Vergleich zum Dawes-Plan brachte er für die nächsten Jahre eine Entlastung von 700 Millionen Mark pro Jahr.

Zwar sollte Deutschland bis 1988 Jahresraten zahlen, die in den meisten dieser Jahre zwischen 1,5 und 2,5 Milliarden betragen, aber dass der Young-Plan nicht bis 1988, sondern nur kurze Zeit dauern würde, war schon damals nicht schwer vorauszusehen, sagt Friedrich Stampfer in seinem erwähnten Werk sehr richtig. In der Tat wurden die Reparationen im Juni 1932 gestrichen.

Jede Besserung der Lage Deutschlands mit Recht als eine Gefahr für die «Nationale Opposition» betrachtend, suchten Hugenberg, Hitler und Class auf dem Wege des Volkentscheids ein Gesetz durchzubringen, nach welchem die Annahme des Young-Planes als Landesverrat geahndet werden sollte. Aber die «Nationale Opposition» konnte für ihren Volkentscheid nicht einmal so viel Stimmen erobern wie die nationalistischen Rechtsparteien in den Wahlen vom Mai 1928. Trotz hemmungsloser und intensiver Propaganda, der grosse Geldmittel zur Verfügung standen, bekam sie nur 5,83 Millionen Stimmen. Ihr Volkentscheid erlitt Fiasko.

Das war am 22. Dezember 1929. Noch keine zehn Monate später, in den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, bekam allein die Hitler-Partei 6,4 Millionen Stimmen. Inzwischen hatte die Weltwirtschaftskrise ihre verheerenden Wirkungen auszuüben begonnen!

Die Frage des Young-Planes vermochte die breiten Massen nicht in Bewegung zu bringen, und als im Jahre 1930 die letzten Besatzungstruppen das Rheinland verliessen, war man darüber zwar sehr erfreut, aber auch jetzt brauste keine Welle leidenschaftlicher Nationalbegeisterung über Deutschland hinweg. «In den Jahren 1919 bis 1923 ergriff die nationale Not tatsächlich die Massen in Deutschland, weil das tägliche Le-

ben des deutschen Volkes durch die ständigen Forderungen der Entente verbittert wurde und weil jedermann den Zusammenhang zwischen dem Reparationselend und der Inflation verstand. Seit 1924 jedoch war das Verhältnis des deutschen Volkes zur Aussenpolitik ganz anders geworden», schreibt Arthur Rosenberg in Übereinstimmung mit anderen in seiner «Geschichte der deutschen Republik».

Es sei ein Märchen, dass das deutsche Volk, und speziell die Jugend, vom Gefühl nationaler Minderwertigkeit bedrückt gewesen wäre und die politischen Veränderungen seit 1930 auf dieses Gefühl zurückzuführen seien. Nein, was die Massen seit 1930 wirklich mobilisierte, das sei die wirtschaftliche Not gewesen, hebt Arthur Rosenberg mit Recht hervor. Die Wahlziffern vom Mai

1928 sprechen eine ebenso deutliche Sprache wie das Fiasko des Volksentscheids über den Young-Plan. Erst in der grossen Weltwirtschaftskrise reiften die Bedingungen für den Vormarsch und den schliesslichen Sieg der «Nationalen Opposition» heran.

Wäre über den Volksentscheid im September statt im Dezember 1929 abgestimmt worden, dann hätten Hugenberg und Hitler einen noch grösseren Misserfolg erlitten. Denn im Oktober 1929 war die Überspekulation in den Vereinigten Staaten mit einem gewaltigen Börsenkrach zusammengebrochen und die grosse Weltwirtschaftskrise begann. Im Dezember 1929 gab es in Deutschland bereits mehr als doppelt so viele Arbeitslose wie im September 1929.

Schon im Jahre 1928 hatten sich in der Weltwirtschaft nach einer kurzen Aufstiegsperiode Niedergangerscheinungen gezeigt. In den letzten Monaten von 1928 und in den ersten Monaten von 1929 waren die Arbeitslosenziffern ständig gestiegen. Im Februar 1929 betragen sie im Vergleich zum Mai 1928, dem Jahre des grossen demokratischen Wahlsieges, beinahe das Dreifache: 3'069'706 gegenüber 1'085'000. In den folgenden Monaten ging die Arbeitslosigkeit schnell zurück, um nach dem grossen amerikanischen Bankenkrach ebenso schnell wieder anzusteigen. Im September 1930, dem Monat des sensationellen nationalsozialistischen Wahlsieges, gab es in Deutschland drei Millionen Arbeitslose und viele Kurzarbeiter.

Es waren jedoch nicht diese, wie man sich das vielfach vorstellt, die Hitler gewählt haben, und nicht die «Marxisten», die in dieser Wahl geschlagen wurden. Im Gegenteil, das sogenannte «marxistische Lager» konnte seine 12,4 Millionen Stimmen vom Mai 1928 nicht nur behaupten, sondern sogar um 800'000 vermehren. Zwar erlitten die Sozialdemo-

kraten in diesen wie in den folgenden Wahlen Verluste, aber diese fielen regelmässig den Kommunisten zu, niemals den Nationalsozialisten. Selbst noch auf dem Höhepunkt der furchtbaren Krise, wo Millionen von Arbeitern durch jahrelange Not, durch den schrittweisen Abbau ihrer sozialen Errungenschaften, durch die gesamte politische Entwicklung zermürt und verzweifelt waren, war die ideologische Widerstandskraft der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus ungebrochen.

Bei den Landarbeitern und den Heimarbeitern, die Kategorien für sich sind, lagen die Dinge allerdings etwas anders. Auch arbeitslose wie beschäftigte Industriearbeiter haben nationalsozialistisch gewählt. Aber es waren nur wenige. Die erdrückende Majorität der deutschen Arbeiterklasse stand ideologisch fest wie eine Mauer. Keine andere Gesellschaftsschicht Deutschlands hat in dieser Hinsicht auch nur annähernd dieselbe Stabilität gezeigt. In den Wahlen vom November 1932, den letzten freien Wahlen vor dem Sieg der «Nationalen Revolution», bekamen die SPD. und die KPD. zusammen noch genauso viel Stimmen wie im September 1930! Die nationalsozialistische Propaganda prallte an der schichttypischen Mentalität des modernen Industrieproletariats ab.

Im Jahre 1919, als zur Nationalversammlung gewählt wurde, bestand das sogenannte «marxistische Lager» aus der SPD. und der USPD. Die USPD, erhielt damals 2'317'000, die SPD. 11'446'416 Stimmen, beide zusammen 13'783716. Diese Ziffer verringerte sich im Laufe der nächsten Jahre um mehr als drei Millionen. Im September 1930 war der Stand von 1919 jedoch beinahe wieder erreicht, und diese Position wurde in den nächstfolgenden Jahren gehalten!

Als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland nur einige Hunderttausend «Marxisten» weniger als im Revolutionsjahr 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung, aber einige Millionen mehr als zum Beispiel in den Tagen des Münchener Putsches vom November 1923. Der Nationalsozialismus war nicht imstande, den «Marxismus» mit geistigen Mitteln zu überwinden. Er hatte nur dazu beigetragen, die Kommunistische Partei auf Kosten der Sozialdemokratischen zu stärken.

Das war von seinem Standpunkt allerdings auch ein Gewinn, denn das rote Gespenst war für Hitler so lebenswichtig wie seinerzeit für Bismarck. Hitler und die «Nationale Opposition» hätten bestimmt gern ein

noch stärkeres Anwachsen der Kommunisten gesehen, doch trotz der Radikalisierung der Arbeiterschaft ist die Sozialdemokratie immer die grösste der beiden «marxistischen» Parteien geblieben.

In den im Vergleich zu früher ausserordentlich hohen Wahlziffern der Nachkriegszeit spiegeln sich die demokratischen Errungenschaften der Revolution von 1918. Während im Kaiserreich nur männliche Personen über 25 Jahre wählen durften, setzte die Republik das Wahlalter auf 20 Jahre herab und verlieh das Wahlrecht auch den Frauen (Artikel 22 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919).

Das Recht der Frau, zu wählen und gewählt zu werden, war eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Die Frauen fragten im Allgemeinen jedoch nicht danach, wer ihre politische Gleichberechtigung erkämpft hatte und wer deren Feind war, wer sie erhalten wollte und wer sie bedrohte. Wie wenig den Frauen am Wahlrecht liege, gehe auch daraus hervor, dass nicht einmal eine ausgesprochen frauenrechtsfeindliche Partei wie die Nationalsozialisten die Abneigung weiblicher Wähler zu spüren habe, schrieb der führende demokratische Politiker Erich Koch-Weser in seinem unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 erschienenen Buch: «... und dennoch vorwärts! Eine deutsche Nachkriegsbilanz.»

Relativ am stärksten profitierten vom Frauenwahlrecht jedoch nicht die Nationalsozialisten, auch nicht die Kommunisten, sondern die Klerikalen. Die Sozialdemokratie als die Vorkämpferin und Verteidigerin der politischen Gleichberechtigung der Frau nahm unter den weiblichen Wählern jedenfalls keine bevorzugte Stellung ein. Es ist richtig, wenn es in einer Doktordissertation heisst: «In der Praxis musste allerdings die Sozialdemokratie sehr bald die betrübliche Erfahrung machen, dass sich die Frauen für die für sie erwirkte Emanzipation wenig dankbar zeigten.» (Adolf Borell, «Die soziologische Gliederung des Reichsparlaments als Spiegelung der politischen und Ökonomischen Konstellationen», Giesen 1933.)

Dasselbe gilt prinzipiell auch im Hinblick auf das Jugendwahlrecht. In diesem Falle waren die Gewinner jedoch nicht die Klerikalen, sondern die Radikalen im Lager der Rechten wie der Linken, was ja psychologisch durchaus verständlich ist. Junge Menschen neigen leichter zum Extremismus als ältere. Wenn die älteren Generationen oft auch in sehr

unpädagogischer Weise auf ihre Vorzüge verwiesen, so kann man doch nicht in Abrede stellen, dass es der Jugend mangels Vergleichsmöglichkeiten und infolge eines viel begrenzteren Erfahrungsschatzes besonders schwer fällt, die Kämpfe ihrer Zeit zu verstehen und die Konsequenzen ihres Handelns zu überblicken.

Zudem darf man nicht vergessen, unter welchen Verhältnissen die jetzt wahlberechtigt gewesene deutsche Jugend herangewachsen ist. Der Oberbürgermeister von Berlin veröffentlichte Anfang 1923 eine Broschüre über die Not in der Reichshauptstadt, worin er unter anderem mitteilte, dass im Bezirk Pankow unter den schulentlassenen Kindern des Jahres 1922 31 Prozent der Knaben und 30 Prozent der Mädchen aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Ausübung eines Berufes instande waren. An anderer Stelle dieser Broschüre heisst es: «Die Not erstickt allmählich jedes Gefühl für Ordnung, Sauberkeit und Sitte und lässt nur noch dem Gedanken an Kampf gegen Hunger und Kälte Raum.» Dabei war das Jahr 1922 noch nicht einmal der Höhepunkt des deutschen Nachkriegselends.

Die im Jahre 1922 aus der Schule entlassenen Kinder hatten ihre Schulzeit im Jahre 1914 begonnen. Sie erlebten dann mehr als vier Jahre Krieg, Blockade und Hunger, und als der Krieg zu Ende war, hungerten sie weiter. Ähnlich erging es unzähligen anderen. Bis zur grossen Weltwirtschaftskrise hatte die Republik nur vier Jahre Zeit und nur sehr begrenzte Möglichkeiten, diese Jugend glücklich zu machen. Trotzdem ist auf diesem Gebiet viel geschehen. Zum Beispiel bekamen die Sport- und Jugendverbände erhebliche Beihilfen, zahlreiche Volkshochschulen wurden errichtet, und in der Krise schufen die Jugendämter Erwerbslosenheime, die zuweilen auch grössere Wanderfahrten organisierten und finanzierten.

Wenn ein relativ grosser Teil der wahlberechtigten Jugend in der Krise nationalsozialistisch wählte, so sollte man daraus keine leichtsinnigen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Schul- und Erziehungswesens ableiten. Es wählte ja auch ein relativ grosser Teil der wahlberechtigten Jugend kommunistisch, und es wird doch wohl niemand behaupten wollen, dies sei ebenfalls ein logisches Resultat gewisser deutscher Schul- und Erziehungstraditionen gewesen.

In den Hochschulen der Weimarer Republik lebte der alte Geist des Kaiserreiches zweifellos in sehr hohem Masse weiter, aber nicht nur infolge der Einstellung der Lehrer, sondern mindestens im gleichen Masse

infolge des sozialen Milieus der Schüler. In den Volksschulen dagegen lagen die Dinge wesentlich anders. Hier sabotierte nur eine Minorität den Artikel 148 der Weimarer Verfassung, der den Lehrern unter anderem die Pflicht auferlegte, ihre Schüler im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen.

Der «Deutsche Lehrerverein», die Zentralorganisation der Volksschullehrer, stand auf dem Boden der Demokratie. Man kann dies an seinen Zeitungen und Kongressberichten nachprüfen. Ausserdem gab es die sehr aktive «Allgemeine freie Lehrergewerkschaft», die ausgeprägt pazifistische und sozialistische Auffassungen vertrat und der Gewerkschaftsinternationale angeschlossen war. Auf dem Gebiet der Erziehung kann natürlich niemals genug geschehen, und sicher hatte die Weimarer Republik manches versäumt, aber die im Ausland später oft aufgestellte Behauptung, sie hätte in ihren Volksschulen Nationalsozialismus gezüchtet, hat in den Tatsachen keinen Rückhalt.

Übrigens bedeutete die «Hitler-Jugend», die ihren Namen ebenso wie das «Braune Haus» von Streicher bekam, innerhalb der Jugendverbände sehr viel weniger als die Hitler-Partei innerhalb des deutschen Parteilebens. Die bürgerlichen, konfessionellen, gewerkschaftlichen, sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen stellten die Hitler-Jugend nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ weit in den Schatten. Die nationalsozialistischen Führer waren schon lange vor dem 30. Januar 1933 entschlossen, die «marxistischen» Jugendorganisationen zu zerschmettern, weil sie es für unmöglich hielten, sie zu gewinnen. In seinem 1934 erschienenen Buch «Die Hitler-Jugend» spricht deren Führer Baldur von Schirach darüber sehr offen. Er bekennt dort auch, dass die Gleichschaltung ohne die Hilfe des Staates undurchführbar gewesen wäre.

Durch die Herabsetzung des Wahlalters und die politische Gleichstellung der Frau stieg die Zahl der Wahlberechtigten von 14,4 Millionen im Jahre 1912 auf 36,76 im Jahre 1919. Im September 1930, wo die Nationalsozialisten 6,4 Millionen Stimmen bekamen, gab es 42,97 Millionen Wahlberechtigte. Es wurden 34,95 Millionen gültige Stimmen abgegeben, 82 Prozent der Wahlberechtigten gingen an die Wahlurne, 7,5 Prozent mehr als im Mai 1928.

Diese 7,5 Prozent fielen in erster Linie den Nationalsozialisten zu. Es waren vorwiegend Kleinbürger und Bauern, die sich unzufrieden von der

Politik abgewandt hatten, durch die Krise aber wieder in sie hineingestossen wurden. Ein anderer Teil der nationalsozialistischen Stimmen wurde auf Kosten der deutschen Volkspartei erobert, vor allem aber auf Kosten Hugenburgs, dem fast zwei Millionen Wähler wegliefen! Sassen die Nationalsozialisten im Mai 1928 mit zwölf Abgeordneten im Deutschen Reichstag, so jetzt mit 107. Sie selber waren darüber genauso überrascht wie alle anderen. Goebbels hatte ungefähr mit 50 Mandaten gerechnet.

Die NSDAP, verfügte im Jahre 1930 nur über eine verhältnismässig schwache Presse. Die nationalsozialistischen Wähler lasen zum grössten Teil nicht die Zeitungen der Partei, der sie ihre Stimme gaben, sondern die Zeitungen des Hugenberg-Konzerns. Aber da die Suggestibilität der Massen und daher auch die Macht der Propaganda und der Presse nicht so gross ist, wie man im Allgemeinen glaubt, konnten es die Männer um Hugenberg trotz ihres gigantischen Pressekonzerns und trotz ihrer finanziellen Überlegenheit nicht verhindern, dass die radikalisierten Schichten des Mittelstandes und der Bauern zu Hitler und Streicher liefen, wie früher zu Böckel und Ahlwardt. Man las vielfach die alten Zeitungen, aber man folgte einer neuen Partei, nur dass dies jetzt alles ganz andere Formen und Proportionen annahm als in den Tagen Caprivis.

Was für Hitler, der schon als sehr junger Mensch in die Klassenkampfbewegungen seiner Schicht hineingerissen wurde, seinerzeit der katholische Antisemitenführer Lueger war, das war der Führer der NSDAP, jetzt für dieselben Gesellschaftsschichten Deutschlands. Es ist sehr bezeichnend, dass Lueger in «Mein Kampf» vor allem darum hohe Anerkennung findet, weil er «seine neue Partei in erster Linie auf den vom Untergang bedrohten Mittelstand einstellte». In dieser und anderer Hinsicht hat Hitler nicht die alldeutsche Bewegung Schönereers, sondern die Christlichsoziale Partei Luegers als das Vorbild hingestellt.

An Schönerer gefiel dem jungen Hitler vor allem der im Geiste des Rassenprinzips geführte Kampf für «Grossdeutschland». Dagegen bezeichnete er den Kampf des «völkischen Ritters» gegen die katholische Kirche als einen schweren Fehler, auf den er seine Freunde mit ganz besonderem Nachdruck hinwies. Dem politischen Führer, so predigte er, haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein. «Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland

zu einer Katastrophe führen.» Besonders schwere Strafpredigten hielt Hitler den sogenannten religiösen Reformatoren auf altgermanischer Grundlage. Bei denen, so schrieb er, «habe ich immer das Empfinden, als seien sie von jenen Mächten geschickt, die den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht wünschen.» Demnach waren die konsequentesten Edellaien also raffiniert getarnte Agenten des Judentums.

«Ich muss mich auch dagegen verwahren, dass in den Reihen der völkischen Bewegung irgendein unreifer Kopf vermeint, das zu können, was selbst Bismarck nicht konnte», heisst es in «Mein Kampf». Sein Autor dozierte, es sei einer rein politischen Partei noch niemals in der Geschichte gelungen, zu einer religiösen Reformation zu kommen, und man studiere doch Geschichte, um aus ihr die Nutzenanwendung für die Gegenwart zu lernen. «Wer dies nicht fertigbringt, der bilde sich nicht ein, politischer Führer zu sein; er ist in Wahrheit ein seichter, wenn auch meist sehr eingebildeter Tropf, und aller gute Wille entschuldigt nicht seine praktische Unfähigkeit.»

Der Verfasser von «Mein Kampf», der über den Führer des Dritten Reiches dieses vernichtende Urteil fällte, hatte übersehen, dass der in seiner Weise ebenfalls totalitäre Katholizismus zum totalen Staat des Nationalsozialismus umso mehr in Widerspruch geraten musste, als der Nationalsozialismus durch die Führer- und Rassenmystik ja selber eine Religion darstellte. Wenn die Tage längst vorüber waren, in denen die katholische «Germania» die Judenverfolgungen als einen Protest der germanischen Rasse gegen das Eindringen eines fremden Stammes bezeichnete, und wenn die Katholiken sich der antisemitischen Bewegung gegenüber im Laufe der Zeit immer mehr Zurückhaltung auferlegten, so mag das viele Ursachen gehabt haben. Aber zweifellos erklärt sich dies in sehr hohem Masse auch daraus, dass der Antisemitismus immer mehr die Form des Rassenantisemitismus annahm und dieser Rassenantisemitismus immer mehr kirchenfeindlich wurde.

Lueger konnte ebensowenig Rassenantisemit sein wie Stöcker, aber dies vermochte Hitler ebensowenig zu begreifen wie viele andere. Es charakterisiert das Denken des Autors von «Mein Kampf», dass er einerseits die katholische Christlich-soziale Partei Luegers bewunderte und als das grosse Vorbild hinstellte, es andererseits aber im selben Atemzug als einen «Fehler» bezeichnete, dass der Antisemitismus Luegers nicht das Rassenprinzip in sich aufnahm. Im Kopfe Adolf Hitlers liess sich das

eine mit dem anderen vereinbaren, doch im Reiche Adolf Hitlers sollte sich dies bald als eine der vielen Illusionen des nationalsozialistischen Parteiführers erweisen. Der Kirchenkrieg stand ebensowenig auf seinem Programm wie der Krieg gegen England, aber beide lagen im Wesen der Sache.

Diese beiden Kriege veranschaulichen am deutlichsten, wie wenig Adolf Hitler sich über die Konsequenzen seines Handelns und die Dynamik seiner Bewegung im Klaren war. Das ist kein Wunder. Im Jahre 1924 erschien im Verlag der NSDAP, ein Buch mit dem Titel «Das Volksbuch vom Hitler». Darin schreibt der Verfasser Georg Schott, das Hauptorgan Hitlers sei nicht der Intellekt. «Hitler ist das Gegenteil eines Gehirnmenschen. Er ist ein Herzmensch, Blutmensch.» Daran ist vieles richtig, und das erklärt so manches.

Aber diese psychische Struktur Adolf Hitlers war absolut notwendig für seine Karriere, denn der Heros der radikalisierten Schichten des Mittelstandes und der Bauern konnte keine nüchtern und sachlich denkende Persönlichkeit, kein «Gehirnmensch», sondern nur so etwas wie ein «Blutmensch» sein. Diese Massen setzen immer nur dem den Lorbeerkrantz aufs Haupt, der am glaubwürdigsten und aus innerster Überzeugung versichern kann, dass er den Strom der historischen Entwicklung aufzuhalten und in die von diesen Massen ersehnte Richtung zu dirigieren vermag. Kein anderer Mann konnte der grosse Mann der «kleinen Leute» werden.

Im Rahmen seiner Welt der Illusionen und Mythen war Hitler jedoch – alles ist relativ – in vieler Hinsicht realistischer als andere. Auf Grund seiner Herkunft und seines ganzen Werdeganges vermochte er sich auf die jetzt in Bewegung geratenen Schichten viel besser einzustellen als Hugenberg und Glass, die in einem anderen Milieu aufwuchsen, sich sehr eng mit dem aristokratischen Konservativismus verbunden fühlten, einer älteren Generation angehörten und aus all diesen Gründen trotz ernsthafter Bemühungen nicht imstande waren, die unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit notwendigen Kampf- und Organisationsformen zu entwickeln.

Die bürokratischen Methoden der Vorkriegszeit, das Spiel hinter den Kulissen, die Taktik der Querverbindungen beherrschten die traditionellen Träger der Reaktion nach wie vor ausgezeichnet, aber die Massen, auf die es jetzt wie niemals zuvor ankam, wurden mehr und mehr von

SUMNER WELLES

JETZT ODER NIE!

(«*The Time for Decision*»)

Zum erstenmal tritt in dieser Arbeit ein amerikanischer Diplomat mit einem Programm für die Errichtung des dauernden Weltfriedens vor die breiteste Öffentlichkeit.

Nach einer auf ungewöhnlich grosse persönliche Erfahrung gestützten Darstellung, die die Gegensätze, Spannungen und Katastrophen des vergangenen halben Jahrhunderts dramatisch rekapituliert und auf ihre Ursachen untersucht, entwirft Summer Welles das überzeugende Bild einer in friedlicher, sicherer und nutzbringender Zusammenarbeit lebenden Welt.

Mit sachlichster Unparteilichkeit kritisiert er die Fehler nicht nur der Gegner, sondern insbesondere Englands und Amerikas selbst. Er sieht in der objektiven Erkenntnis früherer Irrtümer die beste Gewähr für ihre Vermeidung in der kommenden Aufbauarbeit.

Jetzt oder Nie! Die Stunde für zielbewusstes Handeln ist gekommen und darf nicht versäumt werden – meint der Verfasser –, sonst kann es zu spät werden.

Der Neuaufbau wird gewiss nicht ohne harte, einschneidende Eingriffe vor sich gehen. Diese Eingriffe – gewissermassen chirurgische Operationen am kranken Körper der Welt – stellen den Kern von Sumner Welles' Vorschlägen dar.





In der Reihe
BÜCHER ZUR WELTPOLITIK
sind bisher folgende Bände
erschienen:

Alva und Gunnar Myrdal

KONTAKT MIT AMERIKA

Deutsche Bearbeitung von Prof. Walter A. Berendsohn

Wendell Willkie

UNTEILBARE WELT

John Scott

JENSEITS DES URAL

Die Kraftquellen der Sowjetunion

Kurt Stechert

WIE WAR DAS MÖGLICH?

Der Ursprung des Dritten Reiches
in historischer und soziologischer Beleuchtung

Fritz Rück

1919 - 1939

Friede ohne Sicherheit

Jeder Band brosch. Fr. 9.-, Ganzleinen Fr. 12.-.

Die Reihe wird fortgesetzt.

Verlangen Sie den Sonderprospekt!

BERMANN-FISCHER VERLAG, STOCKHOLM

den Führern des plebejischen Konservatismus beherrscht.

Sehr richtig sagt Eckart Kehr: «Die Alliiierung der Konservativen mit dem Mittelstand war vor dem Krieg durchaus noch eine ‚societas leonina‘», das heisst in diesem Falle eine Allianz, innerhalb deren den Konservativen der Löwenanteil zufiel. Aber jetzt war diese Allianz keine «societas leonina» mehr.

Der Krieg, die Revolution, die Inflation, die ungeheure Wirtschaftskrise, das stark erweiterte Wahlrecht hatten die Volksmassen mehr denn je in Bewegung gebracht, aktiviert und politisiert. Durch dieselben Faktoren nahm der Prozess der Formierung des Mittelstandes zu einer selbständigen politischen Macht ein beispielloses Tempo an, und da die entsprechenden Volksmassen durch die phantastische ökonomische und soziale Krise immer mehr radikalisiert wurden, ging die Führung an die radikalsten Elemente über, das heisst an den Nationalsozialismus. Auf diese Weise wurden die «ungeratenen Söhne der Konservativen Partei» nun zum erstenmal in der deutschen Geschichte einflussreicher als das Vaterhaus und fiel ihnen in dem alten Kampf gegen den Liberalismus, den rationalen Kapitalismus, die Arbeiterbewegung und das Judentum die Führerrolle zu.

Schon im März 1930 waren die Verhältnisse in Deutschland so zugespitzt, dass Hermann Müllers Koalitionsregierung wegen sozial politischer Konflikte aufflog und keine neue regierungsfähige Mehrheit mehr zustandekam. Das Kabinett Müller war die letzte parlamentarische Regierung Deutschlands. Der 27. März 1930, der Tag ihres Sturzes, war ein schwarzer Tag der Republik. Mit ihm begann der steile Abstieg der deutschen Demokratie.

In diesen Tagen hiess der Präsident der deutschen Republik schon lange nicht mehr Friedrich Ebert, sondern Paul von Hindenburg. Der ehemalige Sattlergeselle Ebert war am 28. März 1925 gestorben. Wer sollte sein Nachfolger werden? Hindenburg stand zunächst überhaupt nicht zur Debatte. Stresemann war es aus verschiedenen Gründen gelungen, um seinen Parteifreund Jarres neben der Deutschen Volkspartei auch die Deutschnationalen und andere Organisationen der Rechten zu sammeln. Als am 28. März 1925 gewählt wurde, erhielt Jarres 10787870 Stimmen. Das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Bayrische Volkspartei traten mit eigenen Kandidaten auf, ebenso die Hitler-Partei. Diese hatte General Ludendorff auf-

gestellt. Sie glaubte, durch dieses Symbol des preussischen Militarismus imponieren zu können. Aber es traten nur 210'968 Deutsche für den mächtigsten General der Weltkriegszeit ein.

Da keiner der Kandidaten die vorgeschriebene Hälfte der abgegebenen Stimmen erreichte, musste ein zweiter Wahlgang erfolgen. In diesem zweiten Wahlgang aber siegte auf Grund der Verfassung der Kandidat mit der relativen Mehrheit. Infolgedessen einigten sich die Sozialdemokraten, das Zentrum und andere Kreise auf den Katholiken Wilhelm Marx. Die Deutschnationalen forderten jetzt die Aufstellung Hindenburgs. Stresemann war dagegen, und seine Partei war dafür im Allgemeinen auch nicht begeistert. Aber schliesslich wurde Hindenburg, der davon übrigens gern verschont geblieben wäre, trotz allem der Sammelkandidat der Rechten. Für ihn traten erstens die früheren Wähler von Jarres ein, zweitens viele Protestanten, die keinen Katholiken wählen wollten, drittens Rechtskreise, die vorher ihren eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. So die Nationalsozialisten und die Bayrische Volkspartei.

Die Bayrische Volkspartei trat trotz ihres katholischen Charakters für Hindenburg ein, und andere Katholiken taten dasselbe. In seinem 1940 erschienenen Buch «Von Weimar zu Hitler» schreibt der Sozialdemokrat Otto Braun, langjähriger Ministerpräsident Preussens und Kandidat seiner Partei bei den Reichspräsidentenwahlen im März 1925: «Die katholischen Bauern und Kleinbürger in Bayern, Rheinland und Schlesien hatten sich von ihren Klasseninteressen leiten lassen und gegen den Katholiken Marx für den Protestanten Hindenburg gestimmt. Der Eier- und Butterpreis hatte über die Ideologie des Katholizismus gesiegt.»

Ebenso wie diese Katholiken hätten auch die Kommunisten den Triumph des konservativen und monarchistischen Feldmarschalls verhindern können. Aber sie taten es nicht, sondern liessen ihren Demonstrationkandidaten Thälmann auch im zweiten Wahlgang aufmarschieren. So siegte Hindenburg über Marx mit 14'655'000 gegen 13'751'000 Stimmen und wurde ein Repräsentant des aristokratischen Konservatismus der Präsident der demokratischen Republik.

Im Jahre 1927 erhielt der Reichspräsident zu seinem 80. Geburtstag das Gut Neudeck als Geschenk, das alte Stammgut der Hindenburgs. «Da der Feldmarschall nicht in der Lage war, von sich aus Neudeck zu

kaufen, fasste ich den Entschluss, das Gut auf irgendeine Weise zu erwerben und es der Familie Hindenburg zu erhalten», schreibt Oldenburg-Januschau in seinen «Erinnerungen». Das benötigte Kapital wurde vor allem von der Grossindustrie gespendet. Die IG.-Farben und andere Industriegruppen des rationalen Kapitalismus begingen die grosse politische Dummheit, sich ebenfalls daran zu beteiligen. Eine politische Dummheit, weil Hindenburg dadurch nicht nur Grossagrарier wurde, sondern zudem Gutsnachbar des Herrn von Oldenburg-Januschau. Otto Braun meint, der alte ostelbische Junker Januschau vollbrachte mit diesem Geschenk ein Meisterwerk. Es kostete ihn nichts, «aber er hatte Hindenburg persönlich agrарwirtschaftlich interessiert und unter seine freundliche Obhut gebracht. Ich habe das bald im persönlichen Verkehr mit dem Reichspräsidenten gemerkt, der mir einmal in bewegten Worten klagte, dass er für den Zentner Roggen nicht einmal mehr acht Mark bekäme.»

Man sollte die welthistorische Bedeutung des Gutes Neudeck jedoch nicht überschätzen. «Auch ohne diese engste nachbarliche Verflechtung mit dem Junkertum wäre wohl der Präsident nicht weniger, als er es wirklich getan hat, für die Interessen seiner Standesgenossen eingetreten», hebt Erwin Topf in seinem kenntnisreichen Buch «Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker», das unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 erschienen ist, mit Recht hervor. Er fährt jedoch fort: «Für die Helfer am Werke freilich, für die Partei- und Wirtschaftspolitiker, die diesen Kurs wünschten, und für die Ministerialbürokratie, die ihn durchführen half, war das sichtbare Faktum des Besitzes Neudeck von grösster, von allergrösster Bedeutung» (Seite 68).

Oldenburg-Januschau behauptet, seine Versuche, während der Reichspräsidentenjahre auf Hindenburg politischen Einfluss auszuüben, hätten nur in den wenigsten Fällen Erfolg gehabt. Es sei gegenwärtig noch nicht genug Abstand zur Zeit der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs vorhanden, um Einzelheiten aus diesen Jahren zu erzählen, schrieb der Januschauer, um dann fortzufahren:

«Allgemein kann ich aber sagen, dass mein Versuch der Einflussnahme auf Hindenburg getreu meiner alten Linie auf eine Beseitigung des Parlamentarismus und die Herstellung einer Diktatur abzielte. Diese Versuche waren in den ersten Jahren zum Scheitern verurteilt. Erst später, als die Entwicklung sich selber ihren Weg gesucht hatte und die Be-

schlüsse des Reichstages durch Notverordnungen abgelöst waren, war das erste Eis gebrochen. Vor weiteren Schritten scheute sich der Feldmarschall lange. In Erinnerung an das Bismarckwort, mit Notverordnungen könne jeder Ochse regieren, sagte ich einmal zu ihm: ‚Sie wissen ja, wie Bismarck über Notverordnungen dachte‘. Darauf antwortete er: ‚Seien Sie still, ich weiss. Aber Sie vergessen, dass ich auf die Verfassung geschworen habe.‘» (Elard von Oldenburg-Januschau, «Erinnerungen», Leipzig 1936, Seite 218/19.)

In der glücklichen Periode der Republik konnte Hindenburg kein grosses Unheil anrichten, auch wenn er es gewollt hätte. Doch in der Weltkrise, als die Republik verzweifelt um ihr Leben kämpfte, da spielte es eine sehr grosse Rolle, dass an der Spitze Deutschlands ein Mann stand, der kein Republikaner, kein Demokrat, kein Parlamentarier und kein geschulter Politiker war, sondern ein Monarchist, ein Repräsentant des aristokratischen Konservatismus, ein Grossagrarier und ein Greis mit einem sehr engen politischen Horizont.

Zwar goss Hindenburg im Gegensatz zu Bismarck kein Öl ins Feuer, doch auf Grund seiner Herkunft sowie seines ganzen Wesens liess auch er sich von der reaktionären Woge tragen, die infolge einer grossen Agrar- und Industriekrise über Deutschland hinwegbrauste und die schliesslich in die Autarkie und die Diktatur einmündete, wie die Krise der siebziger Jahre in die Schutzzollpolitik und das Sozialistengesetz.

Der politische Katholizismus hat viel zu dieser Entwicklung beigetragen; nicht nur die Bayrische Volkspartei, sondern auch die Zentrums- partei. Letztere hatte sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik im Innern umgruppiert, «indem die Arbeitervertreter an die Spitze gestellt wurden, während der aristokratische Flügel zunächst verschwand», um mit Bergsträsser zu sprechen. Aber ungefähr seit demselben Zeitpunkt wie die Deutschnationale Volkspartei ging auch das Zentrum stark nach rechts. Als auf dem Parteitag im Dezember 1928 für den zurückgetretenen Vorsitzenden Wilhelm Marx ein Nachfolger gewählt wurde, erlitten die Gewerkschaftler um Stegerwald sowie die Vertreter der demokratisch-sozialen Richtung um Wirth und Joos eine bedeutungsvolle Niederlage. Den Sieg errang, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, die konservativ-autoritäre Richtung, die im Kaiserreich bis Mitte 1917 den Kurs der Partei bestimmt hatte.

Der neue Parteiführer Dr. Kaas war Repräsentant eines autoritären Klerikalismus. «Seine Führung hat die Zentrums politik immer stärker nach rechts orientiert bis zu der Abstimmung zu dem Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Hitler, das dessen brutalen Staatsstreich den Schein der Legalität verlieh und der Zentrums partei das Todesurteil sprach», stellt Otto Braun in seinem Buch «Von Weimar zu Hitler» fest.

Der politische Katholizismus konnte zwar seine Stimmenzahl behaupten, aber in seinen Reihen herrschte grosse Verwirrung, die ebenso wie die Uneinigkeit im Lager des «Marxismus» eine sehr wichtige Ursache für den Sieg der «Nationalen Opposition» war. Die Verwirrung innerhalb des politischen Katholizismus spiegelte die allgemeine Verschärfung der sozialen Gegensätze wider. Der gemeinsame Glaube vermochte nicht zu verhindern, dass die verschiedenen Gesellschaftsschichten des Katholizismus jetzt mehr denn je miteinander in Konflikt gerieten.

Während zum Beispiel Generaldirektor Hompel auf dem Zentrums-Parteitag im Dezember 1928 emphatisch ausrief, einer Änderung der Eigentumsverhältnisse gelte der schärfste Kampf, sagte Professor Brauer genau umgekehrt: «Die Eigentumsverhältnisse müssen geändert werden, koste es, was es wolle. Wir können kein Gottesgnadentum der Wirtschaftsherren anerkennen.» Viele katholische Arbeiter beklagten ebenso wie die sozialistischen, dass im Jahre 1918 soviel beim alten blieb. Das nächste Mal werden Unternehmerköpfe rollen, drohte ein katholischer Gewerkschaftsführer.

Die konservative Richtung des Zentrums hatte ihre Massenbasis vor allem in der bäuerlichen Bevölkerung. Otto Braun schreibt auf Grund langer Erfahrung: «Der agrarische Flügel dieser Partei, der sich vornehmlich auf die rheinisch-westfälische Bauernschaft stützte, war ebenso reaktionär und wirtschaftspolitisch kleinlich egoistisch wie die Agrarkonservativen.»

Der Zentrums politiker Dr. Heinrich Brüning verkörperte in sich alle Tendenzen und Widersprüche seiner Partei. Der deutschen Armee in fast naiver Weise respektvoll gegenüberstehend, wurde er auf Vorschlag massgebender Reichswehrkreise von Hindenburg am 28. März 1930, einen Tag nach dem Sturze Hermann Müllers, mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die keine parlamentarische Regierung mehr sein sollte. Man nannte sie «Präsidialkabinett», und wohl vor allem, um der «Nationalen Opposition» mit ihrem demagogischen Frontkämpferge-

schwätz den Wind aus den Segeln zu nehmen, legte die Regierung Brüning grossen Wert darauf, sich als «Kabinett der Frontsoldaten» zu präsentieren.

Hindenburg hatte natürlich nichts dagegen, dass der Reichstag nun wieder so ohnmächtig wurde, wie er es im Kaiserreich war, und den katholischen Politiker Brüning schmerzte dies auch nicht. Er regierte sehr gern autoritär, das heisst mit dem Artikel 48 der Verfassung, der dem Reichspräsidenten für bestimmte Fälle ausserordentliche Vollmachten einräumte und mit dem der grösste Missbrauch getrieben werden konnte.

«Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist. Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht!» appellierte der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid im Reichstag an Brüning. «Wir wollen eine ruhige Fortentwicklung auf dem Boden der Verfassung, und wir wollen, dass keine weitere Kluft sich auftue zwischen den Parteien, die zur Wahrung der Verfassung berufen sind.»

Selbst der Zentrumsabgeordnete Schlack bezeichnete die Regierung seines Parteigenossen Brüning als die reaktionärste Regierung seit der Revolution. Schlack war Direktor der christlichen Genossenschaften, die sich in einer sehr schwierigen Lage befanden und nicht damit einverstanden sein konnten, dass Brüning, um dem Mittelstand zu imponieren, unter anderem eine Extrasteuer auf Konsumvereine und Warenhäuser erhob. Weitaus ernster waren jedoch die phantastischen Erhöhungen der Agrarzölle.

Diese wurden schon in den letzten Tagen der Regierung Müller bedeutend in die Höhe geschraubt, und es war in gewissem Sinne konsequent, dass auch die Sozialdemokratie dafür eintrat. Denn nachdem die Macht der Grossgrundbesitzerklasse nicht gebrochen und keine tiefgreifende Agrarreform durchgeführt werden konnte, war die gesamte deutsche Landwirtschaft konkurrenzunfähig, unrentabel und ohne Zollschutz dem Untergang ausgeliefert. Aber wenn die Sozialdemokratie, wie Stampfer schreibt, durch ihre Wendung in der Frage des Agrarschutzes ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern herstellen zu können hoffte, so war das eine grosse Illusion. Ein solches Bündnis wäre unter den gegebenen Verhältnissen Deutschlands nicht einmal ohne die speziellen Folgen der Weltkrise möglich gewesen.

Schon gegen die ersten Zollerhöhungen Brünings musste sich die Sozialdemokratie zur Wehr setzen, wenn sie nicht die Interessen der Arbeiterklasse und des deutschen Industriestaates preisgeben wollte. Durch

Brünings neue Zollerhöhungen sprang zum Beispiel der Zoll für Rindertalg von Mark 2.50 auf 20.00 und der Eierzoll von Mark 6.00 auf 40.00! Im Jahre 1930 betrug die der deutschen Wirtschaft durch Agrarzölle auferlegte Last mehr als 4 Milliarden Mark. Hierzu kam die Last der Subventionen und Kredite für die Landwirtschaft sowie der staatlichen Roggenpreisstützung und der sogenannten «Osthilfe»!

Wie in politischer, so musste die Republik auch in ökonomischer Hinsicht schwer dafür büssen, dass ihre Geburt nicht den Tod der Junkerklasse bedeutet hatte. Lujo Brentano schrieb damals in einem Privatbrief, «dass der Tribut, den wir den bankrotten Grossgrundbesitzern zollen, das Doppelte dessen beträgt, was wir nach dem Young-Plan den Siegerländern schulden. Ich habe es nicht ausgesprochen, weil man heutzutage mit einem Landesverratsprozess rechnen muss, wenn man so etwas sagt.» Brüning bemühe sich um Erleichterung der Reparationslast; eine solche sei gewiss sehr wünschenswert, aber weit grösser sei die Last der Getreidezölle, hiess es in diesem Brief weiter.

Professor Dessauer von der Zentrumspartei fand die Toleranz der Industrie, besonders die der Arbeiterschaft, gegenüber den Wünschen der Landwirtschaft geradezu beispiellos. Aber die Landwirtschaft schraubte ihre Forderungen immer höher, und so spitzten sich die alten Gegensätze rapide zu, bis schliesslich die grosse Majorität der deutschen Bauern entschlossen war, mit den Junkern im Bunde ins Dritte Reich der Autarkie zu marschieren.

Gerade dies aber suchte Brüning zu verhindern. Man kann ihm den Vorwurf machen, dies mit ungeeigneten Mitteln getan zu haben, doch ihrer Zielsetzung nach war seine Regierung trotz allem ein Versuch, die grosse Weltkrise zu meistern, ohne die vom Rechtsradikalismus befürworteten Autarkie- und Finanzexperimente zu machen, die im Augenblick vielleicht Erleichterungen gebracht hätten, die zukünftige Stellung Deutschlands aber gefährden mussten. Auf Grund dieser Zielsetzung wurde die Regierung Brüning von der «Nationalen Opposition» immer wütender bekämpft, und zwar auch darum, weil Brüning trotz seiner autoritären Ambitionen und Methoden aus vielen Gründen weder nach einer reinen Diktatur strebte noch streben konnte.

Seit dem 14. September 1930 konnte er das noch weniger als zuvor, denn durch den grossen Wahlsieg der Nationalsozialisten war er gezwungen, sein Verhältnis zur Sozialdemokratie zu verbessern. Andererseits

brauchte die Sozialdemokratie als demokratisch-parlamentarische Partei den Anschluss an die bürgerliche Mitte, wenn sie die Rechte von der Macht fernhalten wollte. In der Sozialdemokratie gab es zwar nach dem 14. September 1930 starke Kräfte, die es für klüger hielten, die Rechte an die Macht kommen und – so argumentierte man – die Demagogen, Ignoranten, Phantasten und Abenteurer abwirtschaften zu lassen. Aber den massgebenden Führern der Partei erschien diese Taktik zu gewagt, wofür es ja zweifelhaft gute Gründe gab. So siegte unter keineswegs begeisterter Zustimmung des grössten Teils der sozialdemokratischen Mitgliedschaft die andere Linie, die eine gewisse Zusammenarbeit zwischen Brüning und der SPD. bedeutete und «Tolerierungspolitik» hiess.

Diese Linie kann als der schwierigste Stellungskrieg bezeichnet werden, in den jemals eine Arbeiterpartei durch die eigenartigen politischen und ökonomischen Machtkonstellationen ihres Landes hineinmanövriert wurde. Friedrich Stampfer schreibt über das Verhältnis Brünings zur SPD.:

«Es war von beiden Seiten keine Liebesehe, nur eine Vernunftzweh im strengsten Sinne des Wortes. Mit dem Herzen war Brüning viel eher als bei den Sozialdemokraten bei den Deutschnationalen, wären sie nur noch so gewesen wie 1925! Die Sozialdemokraten aber hätten hundertmal lieber opponiert als toleriert. Nur die Einsicht, dass sie durch ihre Opposition die Entwicklung noch viel weiter nach rechts treiben würden, zwang sie in die Gefolgschaft eines sehr weit rechts stehenden Kanzlers.»

Die überwiegende Mehrheit der Grossindustrie und der Schifffahrt befand sich ebenfalls in der Gefolgschaft dieses Kanzlers. Die Grossindustriellen, die jetzt und später im Lager der «Nationalen Opposition» standen, waren ganz andere Typen als beispielsweise Duisberg und sein wesentlich progressiverer Kollege Carl Bosch von IG.-Farben, und als Siemens, der Leiter des gleichnamigen Konzerns. Die weitverbreitete Auffassung, *die* deutsche Grossindustrie hätte die Hitlerpartei unterstützt, ist objektiv falsch. Das ist in noch viel höherem Masse eine Legende als die einheitlich und zielbewusst auf die Eroberung der Welt Herrschaft hinarbeitende Reichswehr.

Solche Legenden zu pflegen, mag manchem als eine politische Zweckmässigkeit erscheinen, aber der Historiker muss auch zur Zertrümmerung von Legenden imstande sein, die ihm als Politiker vielleicht

sehr nützlich sein könnten. Ein humanistisch-demokratischer Politiker muss im Übrigen jeder Legende den Kampf ansagen, denn seine Sache kann immer nur durch die Wahrheit gefördert werden. Der Mensch vermag sich nur in der Masse zum Subjekt seiner Geschichte zu erheben, in dem er sich über Mythen und Legenden zu erheben vermag.

Aber nicht nur deshalb, sondern auch aus Gründen der Gerechtigkeit betonen wir hier mit Nachdruck, dass nicht *die* deutsche Grossindustrie, sondern nur ein Teil von ihr die Partei der Braunhemden unterstützt hatte. Dieser Teil gehörte im Wesentlichen zur Schwerindustrie, doch gab es auch hier viele Gegner Hitlers. Zum Beispiel Silverberg und Krupp. Ja, auch Krupp, Deutschlands Kanonenkönig, den man meistens mit Selbstverständlichkeit zu den grossen Gönnern der NSDAP, zählt. Er fiel zwar im Dritten Reich bald um, aber sehr richtig stellt auch Thyssen in seinem bereits erwähnten Buch fest, dass Krupp bis zur Machtübernahme Hitlers dessen eifriger Gegner war. «Noch am Tage bevor Präsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, warnte er den alten Feldmarschall energisch vor einer solchen Entwicklung», schreibt Thyssen. (Zitiert nach der schwedischen Ausgabe.)

Krupp war übrigens seit Herbst 1931 Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, und er wurde wohl nicht zuletzt deshalb der Nachfolger Duisbergs, weil die Industrie glaubte, mit dem Kanonenkönig lasse sich bei Hindenburg mehr erreichen. Aber das war offenbar eine Illusion.

«Hitlers Verbindungen erstreckten sich nicht auf die Industrie überhaupt. Von dem alten Kirdorf abgesehen, war ich der einzige in diesem Lager, der in diesem Zusammenhang offen hervortrat», heisst es bei Thyssen. Das bezieht sich jedoch nur auf eine bestimmte Zeit. Später öffneten auch andere Herren der Schwerindustrie ihre Geldschränke. «In den letzten Jahren vor der Machtübernahme des Nationalsozialismus begannen die grossen industriellen Zusammenschlüsse ihre Beiträge zu leisten», berichtet Thyssen, der in unmittelbarem Anschluss daran die folgende interessante Mitteilung macht: «Aber sie leisteten sie nicht direkt an Hitler, sondern sie übergaben sie Alfred Hugenberg, der ungefähr ein Fünftel der gespendeten Beträge der nationalsozialistischen Partei zur Verfügung stellte.»

Das zeigt klar, in welcher Weise hier Politik gemacht wurde. Man brauchte den nationalsozialistischen Bären, aber man fürchtete zugleich,

dass er noch etwas anderes niederstrampeln könnte als die Arbeiterbewegung und andere gemeinsame Feinde, und darum musste der nationalsozialistische Bär an Hugenbergs Kette gelegt werden.

Jedoch nicht nur von einem Teil der Grossindustrie bekamen die Nationalsozialisten Geld. Wahrscheinlich haben die kleineren Industriellen noch mehr gegeben, meint Theodor Heuss in seinem 1932 erschienenen Buch «Hitlers Weg». Im Übrigen darf man nicht übersehen, dass die NSDAP, von ihren Mitgliedern ziemlich hohe Beiträge forderte und – was für Deutschland etwas Neues war – bei ihren politischen Veranstaltungen Eintrittsgeld erhob. Wer sich die Schlagkraft der NSDAP, nur aus dem finanziellen Einsatz schwerindustrieller und anderer reaktionärer Kreise erklärt, greift jedenfalls entschieden daneben. Aber ohne die finanzielle und politische Hilfe des Feudalkapitalismus und der Aristokratie hätte Hitler niemals an die Macht kommen können. Das steht auch fest.

Schon im Jahre 1928 leitete der «Völkische Beobachter» eine scharfe Kampagne gegen die Tarifröhne ein. Das wäre etwas unverständlich, wenn die NSDAP, nur als das heimliche Werkzeug der Grossbourgeoisie fungiert hätte, denn sie hätte sich ja auf diese Weise selber entlarvt. Nein, der Kampf gegen die Tarifröhne und sozialen Belastungen entsprach vielleicht noch mehr den Wünschen des gewerblichen Mittelstandes und der Kleinunternehmer als der Grossbourgeoisie, in deren durchrationalisierten Betrieben die Löhne und Sozialabgaben teilweise eine geringere Rolle spielten, was natürlich *relativ* zu verstehen ist.

«Je mehr der Kleinunternehmer ‚de facto‘ proletarisiert wird, desto schärfer muss der Klassengegensatz zwischen ihm und dem Proletariat werden», betonte Emil Grünberg in seiner 1932 erschienenen ökonomischen und soziologischen Untersuchung «Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft». Allerdings träfe es zu, dass der gewerbliche Mittelstand nicht mehr imstande sei, die soziale Belastung zu tragen, aber dies sei höchstens ein Zeichen dafür, dass es Zeit für sein endgültiges Verschwinden sei, schrieb Grünberg. Doch keine Gesellschaftsschicht geht kampflos unter, und so klammerten sich Millionen Menschen des deutschen Mittelstandes an die Illusion, dass das Dritte Reich ihr Paradies sein werde.

Moeller van den Bruck, der Apostel des «revolutionären Konservatismus», der in seinem gleichnamigen Buch «Das Dritte Reich» letzte-

ren Begriff bald nach dem Kriege geprägt hatte, sprach neben vielen Torheiten die im Hinblick auf gewisse Schichten durchaus richtigen Worte aus: «Das deutsche Volk ist nur zu geneigt, sich Selbsttäuschungen hinzugeben». Er selber war auf diesem Gebiet allerdings auch sehr gross, aber trotzdem ahnte er richtig: «Der Gedanke des Dritten Reiches könnte die grösste aller Selbsttäuschungen werden, die es sich je gemacht hat.» Ähnlich äusserte Gregor Strasser Jahre später einmal: mit der Republik könne man schon fertig werden, aber was danach kommt, davor graue ihm. Auch sein persönliches Schicksal beweist, wie berechtigt dies war. In der erbarmungslosen Dynamik des Dritten Reiches gingen all die Hoffnungen unter, die sich Millionen von Menschen gemacht hatten.

In dem quälenden Bewusstsein, keine andere Möglichkeit zur Verhinderung der Katastrophe zu haben, traten viele frühere Führer der USPD, nicht minder entschieden für die Tolerierungspolitik ein als die namhaften Vertreter der ehemaligen Mehrheitssozialisten. Hilferding zum Beispiel warnte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift «Die Gesellschaft», dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, wieder und wieder vor einem Sturz Brünings, weil dieser freie Bahn für eine Rechtsregierung im Reiche und in Preussen bedeuten würde. Gleichzeitig aber richtete er an Brüning die Mahnung, den demokratischen Kräften der Arbeiterbewegung die Tolerierungspolitik nicht immer schwerer zu machen, bei seinem Abbau der Löhne, Gehälter, Altersrenten usw. den Bogen nicht zu Überspannen. «Schwächung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schwächt das festeste Bollwerk gegen Faschismus und Bolschewismus, das bisher Deutschland vor dem Zusammenprall im Bürgerkrieg, vor einer Katastrophe bewahrt hat.» («Die Gesellschaft», Juli 1931.)

Da es nicht um abstrakte Frontsoldatenideale ging, machte es auf die «Nationale Opposition» absolut keinen Eindruck, dass Brünings Kabinett ein «Kabinett der Frontsoldaten» war. Im Gegenteil, ihr Kampf gegen dieses Kabinett wurde zusehends rabiater. Im Oktober 1931 hielt sie in Bad Harzburg eine grosse Tagung ab. Auf dieser Tagung, unter deren Teilnehmern sich auch der im Wesentlichen mit dem früheren Bund der Landwirte identische Reichslandbund befand, wurde die sogenannte «Harzburger Front» gebildet.

Man merke, so spottete der Zentrumsabgeordnete Joos, dass Harzburg am Flüsschen Radau liege. Aber es war unkritisch, wenn Joos meinte, in

Harzburg fände kein Brockenfest, sondern nur eine Brockensammlung statt. Allerdings war die Einigkeit nur im Negativen gross. Wie der neue Staat aussehen und wer darin König sein sollte, darüber mussten angesichts der soziologischen Struktur der Harzburger Front natürlich verschiedene Auffassungen bestehen. Hitler brüskierte die Stahlhelmer, und zwischen diesen Bürgerkriegssoldaten Hugenbergs und der braunen Prätorianergarde des nationalsozialistischen Parteichefs kam es in dem idyllischen Städtchen am Flüsschen Radau zu stürmischen Radauszenen.

Vielen Nationalsozialisten behagte die Harzburger Koalitionspolitik überhaupt nicht. Sie roch ihnen trotz allem zu sehr nach Legalität, und gegen diesen Kurs hatten viele, die in Hitlers Legalitätsbeteuerungen mehr sahen als ein taktisches Manöver, schon seit Langem rebelliert. In der Rebellion des Hauptmann Stennes, dem die ostelbische SA. unterstellt war, fand die Opposition gegen den legalen Kurs einen besonders starken Ausdruck. Diese Rebellion brach im April 1931 los, rund ein halbes Jahr vor der Harzburger Tagung, und endete mit dem Ausschluss Stennes und anderer SA.-Führer aus der Partei. Der Mann, der Stennes absetzte, hiess Röhm, und der Mann, der mit der vorläufigen Führung der in Aufruhrstimmung befindlichen Berliner SA. beauftragt wurde, hiess Heines. Weder 1931, wo Stennes gegen Hitler stand, noch 1934, wo Röhm und Heines Front gegen ihren Chef machten, handelte es sich um Opposition des «proletarischen SA.-Mannes».

Wenn Hitler die rebellischen SA.-Führer am 13. Juli 1934 als Menschen charakterisierte, «die 1918 in ihrem früheren Verhältnis zum Staat erschüttert und entwurzelt wurden und damit überhaupt jede innere Beziehung zu einer geregelten menschlichen Tätigkeit verloren haben», so war daran vieles richtig, aber es charakterisierte sich dadurch zugleich auch der Führer dieser Führer, der sich auf solche Elemente stützte und sie als die Perlen der Nation auszugeben suchte. «Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet, beweist sich schon dadurch als Verräter an der Bewegung», sagte Friedrich Engels einmal über das sogenannte Lumpenproletariat, das heisst die demoralisierten Sumpfb Blüten der menschlichen Gesellschaft. So dachte ein wirklicher Sozialist und Arbeiterführer. Hitler aber marschierte mit diesem Lumpenproletariat gegen das Industrieproletariat, und hatte die Stirn, dies als Kampf gegen das «Untermenschentum» zu bezeichnen.

Natürlich wäre es falsch, die ganze SA. als lumpenproletarisch bezeichnen zu wollen. Nein, es lebte in ihr viel Idealismus, ohne den ja überhaupt keine soziale Massenbewegung möglich ist. Aber ohne Zweifel spielten Landsknechte, Deklassierte, brutale Schläger, Abenteurer, käufliche Subjekte, Lümmel, Radauhelden, Arbeitsscheue, hemmungslose Streber usw. eine dominierende Rolle in der braunen Garde der NSDAP. Diese Typen hatten für den legalen Kurs der Partei begrifflicherweise besonders wenig Verständnis.

Es ist bezeichnend, dass Frick die Stürmer und Dränger, denen die Harzburger Koalitionspolitik missfiel, auf das italienische Beispiel verwies. Mussolini, so argumentierte er, habe doch auch gewisse Umwege machen müssen. Damit deutete er zweifellos die Konturen des Schlachtplanes seines Führers an. Dieser dachte selbstverständlich gar nicht daran, seinen Bundesgenossen die Treue zu halten und im Konzert der «Nationalen Opposition» die zweite Geige zu spielen. «Koalitionserfolge tragen schon durch die Art ihrer Herkunft den Keim zu künftigem Abbröckeln, ja zum Verlust des schon Erreichten in sich», heisst es in «Mein Kampf», und mit dieser Auffassung war jedwede Bündnistreue unvereinbar.

Es konnte schon damals kein Zweifel darüber bestehen, dass die Nationalsozialisten die totale Macht anstrebten, aber ihre diversen Bundesgenossen glaubten dies verhindern und im Wettlauf um den Diktatorposten den Sieg davontragen zu können. Alle, die mit den Braunhemden paktierten, suchten diesen klarzumachen, dass zum Führen andere notwendig und bestimmt seien.

Der katholische Konservative Edgar Jung, der wie der Herrenklub keine Massen hinter sich hatte und von einer Art feudaler Restauration träumte, war natürlich der Meinung: «Politik und Staat sind umso reaktionärer, je breiter sie in den Volksmassen verankert sind.» Er hielt nach Hilfskräften Umschau, um die Demokratie zu zertrümmern, «die Zahl der Besitzenden zu vermehren und den Konzentrationsprozess des Kapitals abzubremsen», aber die Hilfskräfte sollten unter keinen Umständen zu den bestimmenden Hauptkräften werden. Eine in Volksmassen verankerte Diktatur war in seinen Augen eine «demokratische Diktatur, eine Staatsform, die dem Massenindividualismus (Kollektivismus) adäquat ist.»

Sein Hass gegen alles, was Massenbewegung war, befähigte Jung jedoch, die Gefahren einer nationalsozialistischen Parteidiktatur teilweise

richtig zu erkennen. Käme es zu einer solchen «demokratischen Diktatur», so meinte er, dann hätte Spengler recht mit seinen Hinweisen auf das Soldatenkaisertum Spätroms, nur dass bei uns vielleicht die üblere Form des Versammlungskönigtums siegen würde. «Die atheistische Welle nimmt dann zu, der Staat wird grundsätzlich die einzige Bindung – und zwar mechanischer Art – einer im Grunde anarchistischen Menschenmasse. Es bleibt das Bild des omnipotenten Staates, Beute des stärkeren Abenteurers und der verzweifeltsten Gestalten . . . Diese Art von Diktatur ist kein ‚Drittes Reich‘, sondern ununterbrochener Bürgerkrieg der Dekadenz.» (Dr. Edgar Jung, «Die deutsche Staatskrise als Ausdruck der abendländischen Kulturkrise», in dem Sammelwerk «Deutschlands Weg an der Zeitenwende», herausgegeben von Haushofer-Trampier, München 1931.)

Eine andere Rechtsdiktatur war jedoch nur im Kopfe solcher romantischen Phantasten wie der «revolutionären Konservativen» möglich. Wer in Deutschland die Demokratie zertrümmern, die Arbeiterbewegung und den Liberalismus mattsetzen wollte, der konnte dies am Ende nur im Bunde mit dem plebejischen Konservativismus tun, und der musste zwangsläufig den Sieg des «Versammlungskönigtums» erleben. Eine Rechtsdiktatur wie die des Herrn von Papen war aus sehr tiefen soziologischen Gründen nur eine Episode von 170 Tagen, und nicht zufällig reichten Papen, Jung und viele andere, denen vor der Herrschaft des «Versammlungskönigtums» graute, den Versammlungskönigen trotzdem die Leiter, auf denen diese an die Staatsmacht klettern konnten.

Adolf Hitler, so meinte die «Kreuzzeitung» im Jahre 1923, habe als Kämpfer gegen die Sozialdemokratie grosse Verdienste, aber er werde doch wohl selber einsehen, dass er seiner Herkunft und geringen Bildung wegen die eigentliche Führung anderen überlassen müsse. Er sah das jedoch nicht ein. Und wenn es nach der Bildung gehen würde, dann hätten doch im Kaiserreich ganz andere die eigentliche Führung haben müssen als die Junker. «Jeder Mann in Deutschland weiss, dass mit einem Kopf wie August Bebel ein Dutzend ostelbischer Junker so ausgestattet werden könnten, dass sie unter ihresgleichen glänzen würden», schrieb der weltberühmte Historiker Thedor Mommsen 1902 in «Die Nation».

Dr. Oscar Stillich hat 1908 ein materialreiches Buch über die Konservativen veröffentlicht, worin er an zahlreichen Beispielen ihre Bildungsfeindschaft bewies, auf Grund derer er von einer «antiintellektuellen Un-

terwelt der Konservativen» sprach. Das ist übrigens neben den sozialen Interessen dieser Schicht auch zu beachten, wenn man deren Marsch ins Dritte Reich verstehen will. Von Hause aus sehr arrogant, waren diese Herren den Versammlungskönigen gegenüber weitaus selbstbewusster und selbstsicherer, als es sich mit dem realen Kräfteverhältnis vereinbaren liess.

Dabei fassten die Versammlungskönige die feinen Herren keineswegs mit Glacéhandschuhen an. Auch ihnen gegenüber nahmen die Plebejer oft kein Blatt vor den Mund. Aber was blieb den feinen Herren, den Nihilisten um Hugenberg usw. anderes übrig, als auf dem alten Wege fortzufahren? Nach 1918 waren sie mehr denn je auf Massen angewiesen, die Massen aber, die für sie allein in Frage kamen, strömten immer mehr dem Nationalsozialismus zu, und wer nicht auf die «Reichsreform» verzichten wollte, der musste sich schon damit abfinden, dass die «ungeratenen Söhne der Konservativen Partei» mit dem Vaterhaus nicht sehr respektvoll umgingen und vor den alten Pionieren der «Nationalen Opposition» keine dankbaren Verbeugungen machten.

Heinrich Class empfand das offenbar als sehr bitter, und es war sicher kein Zufall, dass sein Buch «Wider den Strom» gerade im Jahre 1932 erschien, wo sich der Kampf um die Führung immer mehr zuspitzte, und dass er diesem Buch den Untertitel gab: «Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich.» Zwar drängten intime Mitarbeiter und Freunde ihn, wie er erzählt, schon seit Langem, er möge seine reichen politischen Erlebnisse niederschreiben, da kaum ein zweiter lebender Deutscher so tiefe Einblicke in wichtige zeitgeschichtliche Zusammenhänge nehmen konnte wie er, aber warum tat er es gerade jetzt, wo er doch mehr denn je zu tun hatte?

Er selbst sagt darüber im Vorwort: «Für den Entschluss dazu war die Beobachtung massgebend, dass auch Männer, die im politischen Leben eine bedeutende Rolle spielten, über zeitgeschichtliche Zusammenhänge nicht oder nicht hinreichend unterrichtet waren – vor allem aber, dass die nationale Jugend so gut wie nichts davon weiss.» Noch deutlicher wurde der alte Führer der Alldeutschen an anderer Stelle des Vorworts, die zum Ausdruck brachte, «dass es heute, wo die Nationale Opposition den Durchbruch zur Macht zu erzwingen scheint, angezeigt ist, darzutun, wie schwer und lang der Weg derer war, die Urheber und erste Vorkämpfer dieser politischen Bewegung gewesen sind.» Das richtete sich zweifellos

gegen die nationalsozialistischen Schüler, Bundesgenossen und Konkurrenten der Alldeutschen.

Aber all dies vermochte nichts daran zu ändern, dass der Führer, nach dem Class, die freikonservative «Post», Oldenburg-Januschau und unzählige andere schon vor dem Kriege geschrien hatten, von unten statt von oben kam.

Zu denen, die diesem Führer zujubelten, gehörten auch sehr viele Intellektuelle, was die Hüter der besten Traditionen deutschen Geisteslebens, jene, die überhaupt nur den Namen Intellektuelle verdienten, mit Kummer, Sorge und Scham erfüllte. In einem Artikel der «Frankfurter Zeitung» vom 13. September 1931 hiess es:

«Jedes Gefühl für den unendlichen und absoluten Wert der individuellen Freiheit, jedes Gefühl dafür, dass das, wofür Aufklärung und Liberalismus gestritten, wofür Männer wie Hume, Voltaire, Wilhelm v. Humboldt, John Stuart Mill, Jefferson und Mazzini so gut wie unsere klassischen Dichter geworben und unsere Grossväter und Urgrossväter gekämpft und gelitten haben, im Grunde ältestes Und schönstes Gedankengut der Menschheit ist, jedes Gefühl für die Humanitas im weitesten Sinne dieses Wortes scheint in diesen Kreisen abgestorben und einer neuen Begeisterung für die Allmacht des Staates, für die Unterwerfung des Individuums, für Militarisierung und Bevormundung Platz gemacht zu haben, die uns einer neuen Barbarei entgegenzuführen droht –, bis nach fünfzig oder hundert Jahren die alte Weisheit, dass Kultur ohne Freiheit nicht bestehen kann, aufs neue entdeckt werden und sich unter neuen furchtbaren Kämpfen durchringen wird, wie es heute schon für Italien vorausgesagt werden kann.»

Der liberale Akademiker Walther Scheunemann glaubte seine Doktordissertation «Der Nationalsozialismus» (Berlin 1931) durch nichts besser abschliessen zu können als durch Worte, die Marx und Engels im Jahre 1847 über den «wahren Sozialismus» geschrieben und die wir im ersten Kapitel zitiert haben. Aber jetzt verbreitete sich dieser romantisch-reaktionäre «deutsche Sozialismus» im «gebildeten» Deutschland in viel höherem Masse und in unvergleichlich bösartigeren Formen «wie eine Seuche» als in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts.

Ebenso nahm im «gebildeten» Deutschland jetzt der Antisemitismus ein noch nie dagewesenes Ausmass an, und all dies hing sehr eng mit der Überfüllung der deutschen Universitäten zusammen, die seit Jahrzehnten

ein Problem war und nach dem Kriege einen katastrophalen Gipfelpunkt erreichte. «Die deutschen Universitäten zählen heute 125'000 Studenten, darunter 22'000 Frauen. Für 80'000 Akademiker sind in Deutschland Stellen vorhanden. Die Zahl der fertigen Akademiker beträgt aber bereits 150'000», schrieb Ernst Robert Curtius in seinem 1932 erschienenen Buch «Deutscher Geist in Gefahr!» Im Laufe der folgenden vier Jahre erwartete man ein Anwachsen dieses Riesenheeres von intellektuellem Proletariat auf 120'000. Das war eine düstere Perspektive für die Akademiker.

Seit Jahrzehnten gab es unter diesen viel Antisemitismus, Arbeiterfeindschaft, nationale und soziale Borniertheit, aber noch niemals so viel wie jetzt. Zahlreiche Akademiker warfen in diesen sturmbewegten Tagen die Vernunft als Ballast über Bord, um Apostel des Irrationalismus, Prediger des neuen nationalen Mythos zu werden. «Und diese Geistgegner sind nicht Pöbelhorden, sondern Intellektuelle», schrieb Ernst Robert Curtius mit Entsetzen in seinem bereits erwähnten Buch «Deutscher Geist in Gefahr!» Dieser Irrationalismus, so heisst es dort weiter, bahnt nicht der mystischen Vision, sondern der seelischen Barbarei den Weg – einen Weg, der bald in die Sackgasse münden dürfte. «Der neue nationale Mythos trägt, mag er es mm wissen oder nicht, einen nihilistischen Zug im Gesicht.»

Wie die aus dem neuen nationalen Mythos sich ergebende Schulpolitik aussah, wurde in bescheidenem Ausmass bereits vor dem Sieg des Dritten Reiches demonstriert. Das Experimentierfeld war Thüringen, wo 1930/31 eine rechtsbürgerlich-nationalsozialistische Koalitionsregierung bestand, in der Dr. Wilhelm Frick, Teilnehmer des Münchener Putschs und nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, als Innen- und Volksbildungsminister amtierte. Frick, der erste nationalsozialistische Minister Deutschlands, bemühte sich tatkräftig, der seelischen Barbarei den Weg zu ebnen. Eine seiner Pionierleistungen auf diesem Gebiet war die Berufung des Rassenmystikers Günther an die Universität Jena, die dagegen zu ihrer Ehre protestiert hat. Thüringen und das Reich lagen während dieser Zeit ständig in Konflikt.

In einem gut geleiteten Staat, so sagte Duisberg am 27. September 1931 in Bonn, nehmen die Hochschulen eine geachtete und freie Stellung ein. Der Staat habe dafür zu sorgen, dass sie ihre Angelegenheiten in stolzer und freier Selbstverwaltung erledigen. Duisberg, der dabei zwei-

fellos den schlecht geleiteten Staat Thüringen vor Augen hatte, fuhr fort:

«Meine Damen und Herren! In einer Zwangsjacke parteipolitisch bedingter Gesetze würden weder Hochschullehrer noch Hochschulforschung gedeihen können. Eine Kollektivisierung und Politisierung der Hochschulen, die mit der Ernennung von Dozenten nach Parteigesichtspunkten beginnt und sich in Verärgerung der Dozentschaft und Unterdrückung der Studentenschaft fortsetzt, ist nur allzusehr dazu geeignet, den tragenden Grundpfeiler unseres kulturellen Lebens zu sprengen. Aus freien Hochschulen staatlich reglementierte Erziehungsanstalten zu machen, ist keine Kunst; es wird aber eine Kunst sein, von diesem Gebilde dann kulturelle Leistungen zu erwarten. Gerade als Wirtschaftler sehe ich in dieser Entwicklung eine ausserordentlich grosse Gefahr, nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für unser deutsches Volk und Vaterland. Nur geistige Leistungen werden uns wieder zur Grösse führen können. Genies kann man aber nicht züchten. Die Grosstaten deutschen Geistes in der Vergangenheit und in der Zukunft bedurften und bedürfen freier Dozenten und freier Studenten an freien Hochschulen.»

Wer sich darüber im Klaren war, vermochte im Nationalsozialismus auch aus diesem Grunde nicht das «Erwachen der Nation» und den idealen Retter des grossindustriellen Bürgertums zu sehen. Den Kreisen um Thyssen konnte das Verhalten des Staates zu den Hochschulen an und für sich ebenfalls nicht gleichgültig sein, aber auf Grund ihrer anders gelagerten Interessen bagatellisierten sie diesen und jenen Wesenszug der nationalsozialistischen Bewegung sehr viel leichter als Industrieführer wie beispielsweise Duisberg. Was sie für sich als unbedingte Notwendigkeit betrachteten, glaubten sie auf jeden Fall sicherstellen zu können. So ist es zum Beispiel eine verbürgte Tatsache, dass Thyssen und Kirdorf von Hitler die Schonung gewisser Juden forderten, besonders der für die Schwerindustrie wichtigen. Hitler, der Geld brauchte, ist auf diese Forderung pro forma eingegangen, hat aber später auch dieses Versprechen gebrochen.

Die Illusion, man könne dem Nationalsozialismus gewisse «Schönheitsfehler» abgewöhnen, war die denkbar beste Bundesgenossin Adolf Hitlers, dessen Chancen in einem Lager der Industrie im selben Masse stiegen, wie die Börsenkurse fielen. «Der 27. Januar 1932 wird immer

ein denkwürdiger Tag sein in der Geschichte der NSDAP. An diesem Tage gelang dem Führer der Durchbruch bei den westdeutschen Industriekapitänen. Im Industrieklub in Düsseldorf erzielte Adolf Hitler einen entscheidenden durchschlagenden Erfolg», schreibt Hitlers Pressechef Dr. Otto Dietrich, einst Syndikus beim Rheinischen Stahl war en-Syndikat, in seinem Buch «Mit Hitler in die Macht».

Siegesgewisser denn je rief der Führer der NSDAP, bald nach seinem Düsseldorfer Erfolg im Berliner Sportpalast aus: «Wir stürzen euch auf alle Fälle!» Das Publikum, das dabei förmlich in Ekstase geriet, deckte sich soziologisch weitgehend mit dem, was früher, politisch indifferent, im selben Berliner Sportpalast den stupiden Sechstagerennen folgte. Diese in Staub, Qualm und Bierdunst abrollenden Sechstagerennen waren der Rekord des Rekordwahnsinns und demonstrierten in drastischer Weise jene tiefe Entartung des Sportes, die von niemandem schärfer als solche bezeichnet und bekämpft wurde als von der recht bedeutenden Arbeitersportbewegung mit ihrem auf die Entwicklung des ganzen Menschen gerichteten Sport- und Kulturideal. Das Sportpalastpublikum, dem an Stelle der Sechstagerennen nun die Amokläufer des Nationalsozialismus Erbauung waren, hatten sich nur politisiert, aber nicht entwickelt. Sie kamen von einem entarteten Sport zu einer entarteten Politik, und in beiden Entartungen spiegelte sich die tiefe Gesellschafts- und Kulturkrise.

Wie auch Dr. Otto Dietrich berichtet, gab es unter den westdeutschen Industriekapitänen schwankende Gestalten, die bei der nächsten Brüning-Rede wieder umfielen. Ja, die Herren hatten zwei Seelen in ihrer Brust. Selbst die Kapitalisten konnten zuweilen grosse Skeptiker sein. Aber je tiefer diese Krise wurde, desto mehr sehnten sie sich nach jenem neuen Cäsar, von dem Max Weber im Jahre 1895 sprach. Admiral Scheer traf den Nagel auf den Kopf, als er – es war noch vor der Stabilisierung der Republik – auf dem vierten Parteitag der Deutschen Volkspartei sagte: «Der Ruf nach dem starken Mann bedeutet nichts anderes als der Gedanke, einen Teil des Volkes mit dem anderen niederzuschlagen.» Nun aber fand dieser Gedanke auch im Lager der in voller Auflösung befindlichen Deutschen Volkspartei wachsenden Anklang. Wie in den kritischen Jahren um die Jahrhundertwende, hofften breite Schichten des höheren Bürgertums durch aussenpolitische Aktivität die inneren sozial-ökonomischen Spannungen verringern zu können.

Wir haben dieses Problem im Laufe unserer Darstellung zur Genüge behandelt, und wir haben auch gesehen, dass sich gewisse Industriekreise bei fallenden Börsenkursen besonders lebhaft für Rüstungsaufträge zu interessieren pflegten. Die Börsenkurse aber fielen in der Krise ganz phantastisch. Man fing daher auch bald wieder mit dem Bau von Panzerkreuzern an. Doch das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit konnte man dem Feudalkapitalismus auf die Dauer ebensowenig imponieren wie mit den staatlichen Subventionen. Er brauchte wesentlich mehr zu seiner Sanierung, nicht zuletzt eine staatlich finanzierte Rüstungskonjunktur grossen Stils. Dies aber setzte einen «starken Mann» voraus, mit dem man den opponierenden Teil des Volkes in Schach halten und den rationellen Kapitalismus sowie den eng mit ihm verbundenen bürgerlichen Flügel der Reichswehr, der seine Rüstungspolitik mit den Notwendigkeiten eines weltwirtschaftlich orientierten Deutschland in Übereinstimmung zu bringen suchte, in den Hinterhalt drängen konnte.

«Wir lassen unter dem Deckmantel der nationalen Gesinnung keine Katastrophenpolitik zu», rief Brüning seinen Feinden von rechts entgegen. Es ist wahr, dieser Kanzler mutete den Arbeitern viel zu. Er erwies sich dabei ausserdem als ein schlechter Psychologe. Allzusehr auf den Reichspräsidenten und die Reichswehr vertrauend, war seine Politik stark bürokratisch betont und machte er den ihn tolerierenden Volksmassen diese opfervolle Aufgabe unnötig schwer, wodurch er seine Position natürlich nicht stärkte. Es war gut, dass er kein Demagoge war, aber es war schlecht, dass er die Bedeutung der Masse unterschätzte. Er drohte wiederholt, über seine Gegner von rechts einmal deutlich zu reden, aber obwohl das politisch wie psychologisch sicher richtig gewesen wäre, hat er es noch nicht einmal in der Emigration getan, in die er sich Mitte Juni 1934 begab, um der ihm von Eingeweihten vorausgesagten Bartholomäusnacht zu entgehen, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch seinen Kopf gefordert hätte. Offenbar sollen seine teilweise bereits im Manuskript vorliegenden Memoiren erst deshalb viele Jahre nach seinem Tode erscheinen, weil er inzwischen noch einmal eine politische Rolle zu spielen gedenkt und weil er über die Intrigen der Hindenburg-Clique, die insbesondere seine Aussenpolitik torpedierte, kaum berichten kann, ohne dabei selber in einem eigenartigen Licht zu erscheinen und seine Zukunft zu belasten. Aber was immer man auch kritisch über Brüning

sagen kann, ein Katastrophenpolitiker war er jedenfalls nicht, und wer ihn damals im Lager der Arbeiterbewegung als Faschist bezeichnete, der verkannte nicht nur diesen Kanzler, sondern die gesamten Kämpfe der Zeit.

Draussen, in der Emigration, als die deutsche Arbeiterbewegung blutend am Boden lag, spannten die Kommunisten die antifaschistische Front so weit, dass Brüning in ihr noch zu der Linken gehört hätte, wenn es gelungen wäre, ihn für solche Experimente zu gewinnen. Aber als es galt, die furchtbare Katastrophe abzuwehren, da bezeichneten die Kommunisten die Sozialdemokratie als den Hauptfeind, da suchten sie unter allen Umständen und ohne die Konsequenzen zu durchdenken, die Regierung Brüning wie die Regierung Braun zu stürzen, und vermittelten sie den Arbeitern ein total falsches Bild von der Lage, indem sie argumentierten: «Der Brüningsche Faschismus ist um kein Haar besser als der Hitlersche Faschismus.» («Die Rote Fahne», Zentralorgan der KPD., 16. November 1931.)

Obwohl sehr weit von Deutschland entfernt, sah Leo Trotzki die Dinge ganz erheblich schärfer. Der Faschismus, so warnte er in seiner Schrift «Was nun?», werde und müsse «die Ergebnisse von dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ausrotten». Dieser permanente Weltrevolutionär, dessen Schüler und Anhänger übrigens oft ziemlich missraten waren, wusste nach unserer Auffassung zwar keinen gangbaren Weg aus dem Dilemma zu weisen, aber sehr richtig rief er der sterilen Führergarnitur der Kommunistischen Partei Deutschlands zu: «Auf die Strasse gehen mit der Parole: ‚Nieder die Regierung Brüning-Braun‘, wenn diese nach dem Kräfteverhältnis nur durch die Regierung Hugenberg-Hitler abgelöst werden kann, ist reinstes Abenteuerium.»

Die Kommunistische Partei tat so, als sei Sowjetdeutschland greifbar nahe, die kommunistische Revolution auf dem Marsch. Ob ihre Führer das glaubten muss zweifelhaft erscheinen, so gross ihre Fähigkeit zur Selbsttäuschung auch war. Viele Kommunisten, besonders grosse Teile des schon seit 1929 illegalen «Roten Frontkämpferbundes» (RFB.), hielten den nahe bevorstehenden Sieg Sowjetrusslands jedenfalls für sicher, und als sie es satt hatten, noch länger vergebens auf die stets angekündigte Revolution von links zu warten, liefen sie massenweise zur SA. «Es geht dort schneller! Das war die Devise!», so charakterisierte der

Kommunist Hans Jäger die Stimmung dieser Überläufer, und derselbe Kommunist musste von diesen Überläufern feststellen: «Als Schläger gegen ihre ehemaligen Parteigenossen taten sie sich in der SA. besonders hervor, und bei allen Prozessen der letzten Zeit tauchen immer wieder diese ehemaligen Rotfrontkämpfer auf». (Hans Jäger, «Das wahre Gesicht der NSDAP.», Prag 1933, Seite 66.)

Ein vernichtenderes Urteil über die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands ist kaum denkbar. Diese Partei konnte sich nicht laut genug als die «Avantgarde» anpreisen, aber durch ihre Farbenblindheit, ihre Phrasenhaftigkeit, ihre törichte Charakterisierung der Sozialdemokratie als «Sozialfaschismus», ihre weltfremde Revolutions- und Barrikadenromantik war sie vollkommen unfähig, der Arbeiterklasse einen realistischen Weg zu weisen. In einer speziellen Analyse der damals von den beiden grossen Arbeiterparteien Deutschlands betriebenen Politik – einer Analyse, die im Rahmen dieses Buches nicht gegeben werden kann –, wäre sicher sehr viel Kritisches über die SPD. zu sagen, aber das Schlussurteil über die KPD. würde bedeutend härter ausfallen.

Inzwischen dürften auch die Staatsmänner der Sowjetunion eingesehen haben, dass die damalige Politik der PKD. verhängnisvoll war, obwohl ihnen selber dafür in sehr hohem Masse die Verantwortung zufällt. Das gilt insbesondere für den opportunistischen Nationalismus der KPD., durch den diese in völliger Verkennung der wirklichen Triebkräfte des Nationalsozialismus in dessen Front einbrechen und gleichzeitig die gegen Russland gerichtete Aggression gegen den Westen ablenken zu können glaubte. Diese Politik der Transformation wurde umso systematischer betrieben, als die Regierung Brüning durch die im Vordergrund stehenden Fragen wirtschaftlicher, finanzieller und rüstungspolitischer Natur sehr intensiv nach London und Paris blickte und auch blicken musste, was die Russen – wie immer – nervös machte.

Die Politik der Transformation führte zu den seltsamsten Abenteuern und den grössten Verwirrungen, zu einer Zeit, in der es mehr denn je darauf ankam, klar zu denken und zu sehen. So veranstaltete die KPD. einen grossen Rummel, als ihr im März 1931 der Reichswehroffizier Scheringer beitrug, der im Oktober 1930 wegen nationalsozialistischer Zersetzungsarbeit im Offizierskorps zu einem Jahr sechs Monaten Festungsstrafe verurteilt wurde. Die Aussage, die Hitler als Zeuge in diesem sogenannten Reichswehrprozess machte, verursachte durch ihren sowohl

nach innen als nach aussen provokatorischen Charakter eine neue Börsenpanik, Kursstürze, Kapitalflucht aus Deutschland und Zurückziehung ausländischer Guthaben. Scheringer verlor aber trotzdem den Glauben an den «revolutionären Willen» seines Führers und erklärte schliesslich von der Festungshaft aus auf Grund rein nationalistischer Erwägungen seinen Beitritt zur KPD., was diese mit Jubel als einen grossen Triumph ihrer Transformationstaktik feierte.

Einige Monate später führte diese Taktik zu dem phantastischen Beschluss des Zentralkomitees der KPD., für den vom «Stahlhelm» eingeleiteten Volksentscheid auf Auflösung des preussischen Landtages einzutreten. Diese Aktion des faschistischen «Stahlhelms», die auf den Sturz der von dem Sozialdemokraten Otto Braun geführten Preussenregierung abzielte, wurde von den Kommunisten ursprünglich bekämpft, obwohl nicht aus Liebe zu Otto Braun. Die Motive für ihre plötzliche Schwenkung deutet Sigmund Neumann richtig an, wenn er in seinem bereits erwähnten Buch über die deutschen Parteien der Nachkriegszeit schreibt: «Es ist durchaus kein Zufall, dass der Eintritt der KPD. in die Volksentscheidsfront 1931 unmittelbar nach den Pariser Verhandlungen erfolgte, in denen eine stärkere Zuwendung nach Westen zu drohen schien.»

Hierbei zeigte sich jedoch, dass den Mitgliedern und Wählern der Kommunistischen Partei durchaus nicht alles zuzumuten war. In der Partei, die übrigens eine beispiellose Fluktuation aufzuweisen hatte, fanden wegen des Zusammengehens mit dem «Stahlhelm» vielfach lebhaftere Auseinandersetzungen statt, die nicht selten den Charakter von Revolten annahmen, obwohl im Laufe der Jahre die eine organisierte Opposition nach der anderen mit den bekannten bolschewistischen Methoden erledigt wurde und das selbständige Denken der Mitglieder dieser Partei in einem für die deutsche Arbeiterbewegung ganz ungewöhnlichen Ausmass abgestorben war.

Der Volksentscheid scheiterte, aber die verwirrende Transformationstaktik der KPD., deren Motive ihren gläubigen Anhängern niemals zum Bewusstsein kamen, ging vorläufig noch weiter. «Die deutsche Bourgeoisie und ihre Brüningregierung, alle bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, haben das nationale Interesse des deutschen Volkes verraten, den wirklichen Kampf gegen die Versailler Räuber, gegen nationale Unterdrückung, die politische Bevor-

mung und ökonomische Ausbeutung aufgegeben. Die deutschen Nationalisten aller Schattierungen haben längst den nationalen Befreiungskampf fallen gelassen», hiess es beispielsweise in der parteikommunistischen Zeitschrift «Der Rote Aufbau» (Herausgeber Willi Münzenberg) vom 15. April 1932. Die Kommunistische Partei lief mit den Nationalisten in der Anprangerung der «Youngsklaverei» und der «Tributlasten» um die Wette, und dies zu einer Zeit, in der selbst Brüning warnend betonte: «Es wäre falsch, alles Heil von der notwendigen Verminderung der Tributlasten zu erwarten.»

Allmählich liess der kommunistische Kampf gegen die «Versailler Räuber» jedoch nach. Die Russen waren nämlich auf dem Wege, Anschluss an die Westmächte zu suchen, nachdem sie sahen, wie sich die Dinge in Deutschland zu entwickeln drohten. Sie beeilten sich, mit Finnland, Lettland, Estland und Polen Nichtangriffspakte abzuschliessen, und am 29. November 1932 fand diese Sicherheitspolitik gegen die Eroberungspläne der nationalsozialistischen und deutschnationalen Lebensraumimperialisten durch die Unterzeichnung eines französisch-russischen Nichtangriffspaktes einen besonders markanten Ausdruck.

Der Gegensatz zwischen West und Ost hatte für die deutsche Republik einen eigenartigen Doppelcharakter. Er trug nämlich auf der einen Seite viel zur Stärkung, auf der anderen Seite aber auch zum Untergang der Republik bei, und letzteres vor allem dadurch, dass die Kommunistische Partei Deutschlands als Sektion der vom Sowjetstaat beherrschten kommunistischen Internationale keine selbständige Politik zu treiben vermochte. Die zahlreichen und oft sehr plötzlichen Wendungen der KPD. stehen alle in engstem Zusammenhang mit den jeweiligen Bedürfnissen des Sowjetstaates. Dies war neben dem bolschewistischen Organisationsprinzip der KPD. die Hauptursache für deren unfruchtbare, widerspruchsvolle und unberechenbare Politik.

Spaltung muss durchaus nicht unter allen Umständen Schwächung bedeuten. Sie kann auch Bereicherung, Entwicklung, Erneuerung und Stärkung sein, gesunde, vorwärtstreibende Konkurrenz, heilsames Gegengewicht gegen bürokratische Erstarrung. Wie jeder grossen Partei, so hätte auch der deutschen Sozialdemokratie eine frische, konstruktive, realistische und verantwortungsbewusste Opposition nur gut tun können. Aber eine solche Opposition ist die Kommunistische Partei nicht gewesen, am allerwenigsten in den Jahren der Weltkrise, in denen es für Deutschland,

Europa und die Welt um Entscheidungen von weittragender Bedeutung. Die Reaktion war noch viel uneinheitlicher als die Arbeiterbewegung, aber ihre diversen Richtungen hielten untereinander trotz des permanenten Kampfes um die Hegemonie stets Kontakt und liessen nie ihre gemeinsamen Feinde aus dem Auge. In der Arbeiterbewegung lagen die Dinge dagegen etwas anders, und *das* war ihr Verhängnis, nicht aber die Spaltung als solche.

Es ist fraglich, ob die Kampfkraft des industriellen Proletariats durch die allgemeinen Auswirkungen der Krise nicht noch mehr geschwächt wurde als durch den scharfen Gegensatz zwischen Bolschewismus und demokratischem Sozialismus. Jedenfalls waren die allgemeinen Auswirkungen der Krise in dieser Hinsicht mindestens von gleich grosser Bedeutung. Es muss dies mit Nachdruck betont werden, weil dieser Seite der Sache merkwürdig wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird.

In den ersten Monaten des Jahres 1932 gab es in Deutschland weit über sechs Millionen Arbeitslose. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern waren 42 Prozent Vollerwerbslose und zirka 25 Prozent Kurzarbeiter. Nach den Anfang 1933 publizierten Berechnungen des deutschen Instituts für Konjunkturforschung verminderte sich das Produktionsvolumen Deutschlands in der Krise der siebziger Jahre um 10 bis 20 Prozent und wurde die Entwicklung um höchstens fünf Jahre zurückgeworfen. «Während der gegenwärtigen Krise hingegen ist der im vorangegangenen Aufschwung gewonnene Produktionsfortschritt völlig verlorengegangen. Deutschland ist um 30 bis 35 Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen.» Die Einfuhr sank von rund 13,5 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf rund 4,7 Milliarden im Jahre 1932, die Ausfuhr im selben Zeitraum von rund 13,5 auf 5,7. Zum ersten Male in der Geschichte der Krisen nahmen die Grossstädte ab. Die bisherige Landflucht verwandelte sich in Stadtflucht.

Diese Auswirkungen der Krise veränderten das soziale Kräfteverhältnis natürlich sehr wesentlich. Durch sie wurden auch die Kassen der Gewerkschaften geleert, was deren Aktionsfähigkeit ebenso einengte wie der zersetzende Einfluss, den die Massenarbeitslosigkeit auf das Solidaritätsgefühl breiter Schichten des Proletariats ausübte. Zwar ging diese Zersetzung nur selten so weit, dass sich Arbeiter der SA. anschlossen, um auf diese Weise ihren Arbeitsplatz zu sichern oder aus der Armee der

Erwerbslosen herauszukommen, aber der Kampf um den Arbeitsplatz spielte in diesen Jahren eine grosse Rolle und stellte die moralischen Prinzipien der Arbeiterbewegung auf eine harte Probe.

Man kann es den ausländischen Geldgebern natürlich nicht verdenken, dass sie seit der Wahl vom 14. September 1930 nervös die kurzfristigen Kredite zurückzogen, aber der «Nationalen Opposition» war das höchst willkommen, denn sie gedieh ja umso besser, je grösser das Chaos wurde. Ihre Führer freuten sich daher über jeden Bankenkrach und suchten ganz systematisch die Kreditfähigkeit Deutschlands zu untergraben. So sagte zum Beispiel der nationalsozialistische Abgeordnete Adolf Wagner am 10. Juni 1931 im bayrischen Landtag: «Wir Nationalsozialisten warnen jedenfalls nachdrücklichst jeden ausländischen Geldgeber, in dieses bankrotte System noch einen Pfennig hineinzustecken, weil wir die Verantwortung ablehnen. Es wird der Zeitpunkt kommen, da an der Stelle der heutigen schwarz-roten Regierung eine nationalsozialistische Regierung steht. Diese wird nicht daran denken, etwaige Kredite, die diesem verfallenden System gegeben worden sind, zurückzuerstatten.»

Der «Nationalen Opposition» war es natürlich auch sehr angenehm, dass die beiden grössten Wirtschaftsmächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und das britische Imperium, eine immer mehr autarkistisch betonte Handelspolitik trieben und dadurch in mehrfacher Hinsicht die Position der weltwirtschaftlich orientierten Kräfte Deutschlands schwächten.

Der rationale Warenexport ungeheuer erschwert, die Auswanderung kaum noch möglich, weil alle Länder ihre Grenzen sperrten, gleichzeitig Millionen Arbeitslose und Zehntausende deklassierte Akademiker – das war natürlich eine glänzende Situation für die Schüler der Reaktionäre, die schon seit den neunziger Jahren gepredigt hatten: weder Warenexport noch Auswanderung, sondern Schaffung eines geschlossenen Wirtschaftsraumes durch Macht- und Eroberungspolitik.

Ihr phantasiert von Weltwirtschaft, aber ihr jagt einem Phantom nach, hiess es in unzähligen Schriften. Die Grossraumwirtschaft löse die Weltwirtschaft ab. Das gigantische Amerika, das ein einheitliches Wirtschafts- und Zollgebiet bilde, verfüge über den notwendigen Grossraum, ebenso das britische Imperium und die Sowjetunion. Wir Deutsche dagegen verfügen darüber nicht, und darum gelte es diesen Grossraum zu schaffen.

Der Grossraumgedanke wies jedoch zahlreiche Varianten auf, die selbst dann schwer auf einen Nenner zu bringen sind, wenn man nur an die von Gegnern des Liberalismus und der Arbeiterbewegung entwickelten denkt. Berücksichtigt man ausserdem die verschiedenen Grossraumvorstellungen, die seit Jahrzehnten im liberalen und sozialistischen Lager auftauchten, dann wird das Bild noch sehr viel bunter, und wer sich da an Worte hält, statt deren Inhalt zu prüfen, kann sich in diesem Labyrinth nicht zurechtfinden und läuft Gefahr, grossen Unfug anzurichten. Wir haben auf diese Gefahr schon in einem anderen Zusammenhang aufmerksam gemacht. Wie es sehr verschiedene Arten von Weltpolitik, Kolonialpolitik und Grossdeutschland gibt, so auch sehr verschiedene Grossraum-Konzeptionen. Dazu ist jedoch zu bemerken, dass wir den modernen Begriff «Grossraum» nur der Einfachheit halber als Sammelbegriff akzeptieren.

Das Empfinden, Europa müsse seine Zersplitterung überwinden, war nicht nur in Deutschland vorhanden. Schon lange vor dem ersten Weltkrieg gab es überall Bestrebungen zur Vereinheitlichung des europäischen Kontinents, wobei sehr häufig die Vereinigten Staaten von Amerika als Beispiel vor Augen geführt wurden. Besonders frühzeitig regte sich das Interesse für solche Bestrebungen in den Kreisen der Sozialisten, was ja im Hinblick auf deren Internationalismus ganz natürlich ist. Wie sich die Sozialisten ihren europäischen Staatenbund dachten, geht aus dem «Vorboten», dem Organ der Internationalen Arbeiterassoziation, hervor, das gleich in seinen ersten 1866 erschienenen Nummern schrieb: «Keine Nation darf ein anderes Übergewicht ausüben können als solches, welches ihr durch Wissen und Vollbringen, ihre intellektuelle und materielle Leistung bei den Schöpfungen des Friedens zuerkannt wird. Auch der kleinsten Nationalität muss eine freie und selbständige Existenz gesichert sein.»

In der Folgezeit geriet diese von der Arbeiterdemokratie entwickelte Idee der Vereinigten Staaten von Europa aus historischen Gründen fast in Vergessenheit. Sie tauchte jedoch als Antithese alldeutscher und anderer bürgerlicher Bestrebungen in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg wieder auf, wobei bemerkenswerterweise auch das Problem der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber Amerika eine grosse Rolle spielte. Wie einst die Einigung Deutschlands, so erschien nun die Einigung Europas als unbedingte ökonomische Notwendigkeit. Zwar blieb

ihr übernationaler Staatenbund für die Sozialisten nach wie vor ein demokratisch-humanistisches Ideal, Dienst am Friedensgedanken, aber durch die stärkere Betonung des ökonomischen Moments wurde das Ganze nüchterner, realpolitischer. Rationale Erwägungen drängten auch hier das Pathos zurück. So sagte beispielsweise Georg Ledebour, später eine Zentralfigur der USPD., deren bedeutungslosen Rest er nach deren Wiedervereinigung mit der SPD. als selbständige Partei aufrechterhielt, im April 1911:

«Ich bin fest überzeugt: wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch schon früher dazu kommen, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, dass sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.»

Im Gegensatz zu anderen Zusammenschlussbestrebungen trat Ledebour – von den übrigen prinzipiellen Unterschieden hier ganz abgesehen – nicht etwa für ein europäisches Zollbündnis gegen Amerika ein, sondern der Sinn seiner Worte war der, dass die Nationen Europas der amerikanischen Konkurrenz nur dann gewachsen sind, wenn sie unter sich die Zollschränken aufheben, wenn sie auf hören, gegeneinander zu rüsten und Krieg zu führen. Dasselbe meinte Karl Kautsky, als er in der «Neuen Zeit» vom 28. April 1911 Betrachtungen zur Maifeier anstellte, die in die Losung des europäischen Zusammenschlusses einmündeten. Kautsky sah nur *einen* Weg zur Sicherung des Friedens und zur dauernden Verbannung des Kriegsgespenstes: «Die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation, in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa.» Diese sollten sich schliesslich zu den Vereinigten Staaten der zivilisierten Welt ausdehnen. Hier lebte also die alte Europaidee der Arbeiterdemokratie in zeitbedingt abgewandelter Form weiter.

Eine Europakonzeption, die weder mit der sozialistischen noch mit der alldeutschen verglichen werden kann, wurde in dem im Oktober 1915 erschienenen Buch «Mitteleuropa» von Friedrich Naumann entwi-

ckelt. Seit Bismarcks «Gedanken und Erinnerungen» hatte kein grösseres politisches Werk einen solchen buchhändlerischen Erfolg wie dieses. Naumann erkannte im Gegensatz besonders zu den alldeutschen Abenteurern sehr bald, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne und der imperialistische Versuch abgeschlossen sei. Er glaubte, der Krieg werde «Remis» enden, suchte in diesem Sinne Politik und Strategie zu beeinflussen und propagierte in seinem Mitteleuropabuch den «Rückzug auf die kontinentale Stellung, auf die Bismarcksche Überlieferung, wenn auch gewandelt und vertieft», wie Theodor Heuss in seiner vorzüglichen Biographie «Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit» (Stuttgart 1937) schreibt.

Naumann ging von der Voraussetzung aus, dass die österreichisch-ungarische Monarchie den Weltkrieg überlebe. Sonst würden wir nicht über Mitteleuropas Zukunft schreiben, betonte er. Überzeugt, der Krieg werde eine unglaubliche Anzahl ungelöster neu entstandener und alter Probleme hinterlassen, die sich in weiteren Rüstungen äussern würden, sowie den amerikanischen, britischen und russischen Grossraum als Tatsachen der werdenden Zeit betrachtend, erschien ihm zumindest ein engerer Verband zwischen Deutschland und Österreich notwendig. Darin sah er den Kern für ein neues Mitteleuropa. «Der Geist des Grossbetriebes und der überstaatlichen Organisation hat die Politik erfasst», war der Grundgedanke Naumanns, mit dem er die Notwendigkeit und zugleich seinen Glauben an die Realisierbarkeit des europäischen Zusammenschlusses motivierte.

Naumanns Mitteleuropa sollte kein neuer Staat sein, sondern ein Bund existierender Staaten. «Die beschliessenden, die verantwortlichen, die Träger der Entwicklung sind und bleiben die vertragschliessenden jetzigen souveränen Staaten.» Vollkommen im Klaren darüber, dass das unendlich mannigfaltige Mitteleuropa nur durch Respektierung aller Eigenarten der betreffenden Völker zu einem überstaatlichen Gemeinwesen werden könne, trat Naumann für politische, kulturelle und nationale Autonomie ein. «Indem wir unsere Nationalität hochhalten, sollen wir die ihrige mit in unseren Händen tragen.»

Die Kolonisation wies Naumann entschieden zurück. Für ihn war sie schon allein wegen des Erwachens der Nationalitäten ein Anachronismus. «Diesen Wechsel der Zeiten zu verkennen, ist die tragische Schuld der gegenwärtigen alldeutschen Germanisatoren.» Hier wird am deutlichsten

sichtbar, wie sehr sich der 1919 zum Vorsitzenden der Deutschdemokratischen Partei gewählte und bald darauf verstorbene Friedrich Naumann von den Alldeutschen und ihren nationalsozialistischen Schülern unterschied. Aber nicht minder deutlich zeigen dies seine Polemiken gegen den Antisemitismus, in dem er eine Gefahr für das Werden eines lebensfähigen Mitteleuropas sah.

Der Amerikaner Peter Viereck hat diese meist ignorierten Unterschiede bemerkt und in seinem rein geistesgeschichtlichen Buch «Die Wurzeln des Nationalsozialismus» die Naumannsche Mitteleuropa-Version mit Recht als eine «tolerante und liberale Version dieses vernünftigen Systems» bezeichnet. Nein, es ist wirklich kein Irrtum, wenn sich führende Nationalsozialisten energisch dagegen verwehren, «mit dem judenhörigen, marxistenfreundlichen, liberalistischen Friedrich Naumann überhaupt nur in einem Atemzug genannt zu werden», wie es zum Beispiel in dem Buch «Der Schweinemord» (München 1937) heisst, dessen Autor Walther Darré ist, der langjährige Landwirtschaftsminister des Dritten Reiches. Die «Frankfurter Zeitung» vom 17. Mai 1936 schrieb sehr richtig, dass es «wohl gerade der Nationalsozialismus schroff ablehnen würde, wenn man die praktische und grundsätzliche Verschiedenheit zwischen Naumann und dem heutigen Deutschland verkennen wollte».

Im Gegensatz zu den Alldeutschen und den Nationalsozialisten wollte Naumann auch nicht die Brücken zur Weltwirtschaft abbrechen, obwohl er jetzt kein Freihändler mehr war. Aber er stellte der Weltwirtschaft keine günstige Prognose. Nach dem Kriege, so prophezeite er, werde England den Freihandel aufgeben. «Die Losung des britischen Weltreiches wird die wirtschaftliche Unabhängigkeit sein . . . Das Engländerium wird sich mit Entschlossenheit auf einen grossenglischen Protektionismus verlegen, für den wirtschaftlich alles vorbereitet ist, nur nicht die Grenze.» Hilferding, der Naumanns Buch ebenso schroff ablehnte wie Karl Kautsky, wandte ein, dass England höchstens durch die Bildung Mitteleuropas auf die Bahn der Schutzzollpolitik gedrängt werden könnte. Aber in diesem Punkt hatte Naumann schärfer gesehen. England ging zur Schutzzollpolitik über, obwohl Mitteleuropa nicht zustandekam.

Die Perspektive eines grossenglischen Protektionismus war unheimlich für den im Herzen des kleinen Europa gelegenen Industriestaat

Deutschland. Professor Lujo Brentano, ein alter Vorkämpfer des Freihandels, suchte schon lange vor Erfüllung der Naumannschen Prophezeiung nach einem Ausweg. «Die uns drohende Gefahr, wenn Grossbritannien sich mit seinen Dominions zu einem Zollgebiet vereinte», so meinte er, «lässt es angezeigt erscheinen, rechtzeitig die Frage ins Auge zu fassen, ob es nicht zweckmässig wäre, uns um die Aufnahme in den geplanten britischen Zollverein zu bemühen . . . Dabei würden wir an politischer Unabhängigkeit keine Einbusse erfahren, ebenso wenig wie die britischen Dominions von ihrer Verbindung mit dem Mutterland politische Nachteile haben.»

Nach dem ersten Weltkrieg war Europa zersplitterter als zuvor. Es erinnerte in mancher Hinsicht an Deutschland vor seiner nationalen Einigung. Durch das Streben fast aller Staaten nach möglichst weitgehender kriegswirtschaftlicher Unabhängigkeit kam ein neues Sprengelament ins europäische Leben, wodurch das Chaos noch erheblich grösser wurde. In Reaktion darauf erhielt jedoch auch der Gedanke überstaatlicher Organisationen neuen Auftrieb, ganz besonders in der grossen Krise, die das Bewusstsein verstärkte, dass Europa vor der Alternative stehe: Zusammenschluss oder Untergang, um mit dem bekannten Paneuropäer Graf Coudenhove-Kalergi zu sprechen.

Den ersten Versuch zum Zusammenschluss unternahm Frankreich, dessen Aussenminister Briand stark von den Ideen Graf Coudenhoves beeindruckt war. Als aber Deutschland und Österreich im März 1931 Richtlinien zur Bildung einer Zollunion vereinbarten, erklärte Briand: soweit es Frankreich möglich sei, werde es das Zustandekommen des Zollabkommens verhindern. Die Rivalität zwischen seinen verschiedenen Staaten liess Europa nicht den Weg zur lebensnotwendigen Zusammenarbeit finden.

Man muss jedoch zugeben, dass der Panzerkreuzerbau, der Schrei nach militärischer Gleichberechtigung und die steigende Flut des Nationalsozialismus nicht geeignet waren, das Misstrauen anderer Völker gegen eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zu zerstreuen. In solcher Kombination und Atmosphäre konnte die Zollunion nicht als eine rein wirtschaftliche Massnahme vernünftigen und risikofreien Charakters erscheinen. Hätte die Regierung Brüning auf Panzerkreuzerbau und militärische Gleichberechtigung verzichten können, dann wäre sie im September 1931 vielleicht nicht zum Verzicht auf die Zollunion gezwungen gewesen.

Deutschland kann bei der Organisierung Europas überhaupt nur dann eine erfolgreiche Rolle spielen und – was dazu die erste und wichtigste Voraussetzung ist – Vertrauen gewinnen, wenn seine Nachbarn keinerlei Vergewaltigung zu befürchten haben. Insofern lag in seiner Entwaffnung eine grosse politische Chance, die es in sehr konstruktiver Weise hätte ausnutzen können, aber niemals in diesem Sinne ausgenutzt hat. Ähnliches gilt übrigens im Hinblick auf die Wegnahme der Kolonien. Wenn das damalige Deutschland zum Beispiel in China sehr wohlwollend behandelt wurde, so doch auch darum, weil es die einzige Grossmacht ohne Kolonialbesitz war und China Freunde gebrauchen konnte, die kein Interesse an der Aufrechterhaltung seines kolonialen Charakters hatten.

Während der Reichslandbund die geplante deutsch-österreichische Zollunion nur «als Ausdruck der Zusammengehörigkeit beider Länder begrüsst», zugleich aber Befürchtungen hinsichtlich der Ausführung im Einzelnen äusserte, eine Sicherung gegen das Einströmen agrarischer Waren anderer Länder über Österreich vermisste und schon jetzt nachdrücklichst Verwahrung dagegen einlegte, «dass die deutsche Landwirtschaft mit Vertragsverhandlungen zwischen weiteren europäischen Staaten im Sinne eines zollfrei oder zollbegünstigten Verkehrs überrascht wird», begrüsst Duisberg dieses Projekt als den ersten Schritt in der Richtung zur Bildung von grösseren übernationalen Wirtschaftsräumen.

«Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf», sagte der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie weiter, auf der Jahrestagung des Bayrischen Industriellenverbandes am 24. März 1931, einen Tag nachdem Graf Kalckreuth als Präsident des Reichslandbundes dessen Bedenken gegen die Zollunion zum Ausdruck gebracht hatte. Ja, die Agrarier konnten kein Vergnügen haben an einem übernationalen Wirtschaftsraum im Sinne Duisbergs.

Der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft musste natürlich auch in der Aussenpolitik seinen Ausdruck finden, besonders in einer so wichtigen Frage wie der Wegräumung von Zollschränken. Die Agrarier tendierten, wenn auch nur teilweise bewusst, zum alldeutschnationalsozialistischen Lebensraumimperialismus, nicht aber zu einer

Grossraumwirtschaft im Sinne Naumanns, Duisbergs und anderer, von den sozialistischen Europakonzeptionen, die wieder eine Kategorie für sich sind, natürlich ganz zu schweigen.

Den sozialistischen Europakonzeptionen standen selbstverständlich auch Naumann und Duisberg – die man jedoch nur bedingt nebeneinander nennen darf – ablehnend, ja feindlich gegenüber, aber von den alldeutsch-nationalsozialistischen waren sie ebenso weit entfernt. Dasselbe gilt für viele andere bürgerliche Vorkämpfer übernationaler Wirtschaftsräume.

Die ökonomische und technische Entwicklung drängt unwiderstehlich zur wirtschaftlichen Vereinheitlichung Europas. Nichts vermag diesen Prozess aufzuhalten. Der Mensch hat nur zu wählen, für welche Form des Zusammenschlusses er streiten will, und da die demokratischen Kräfte Europas ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren, erlebte die Welt das barbarische Experiment der alldeutschnationalsozialistischen «Neuordnung», die Europa versklavte statt einte und daher ebensowenig mit dem Begriff des Fortschrittes in Verbindung gebracht werden kann wie die «Planwirtschaft» des Dritten Reiches. In beiden Fällen handelt es sich trotz vieler Züge, die im Einzelnen progressiv erscheinen und dies in anderem Zusammenhang auch sein könnte, um schwärzeste Reaktion, wobei man den Begriff Reaktion jedoch nicht tagespolitisch, sondern welthistorisch verstehen muss. Es ist Reaktion im Sinne der Verneinung aller europäischen Kulturtraditionen, des Christentums, des Liberalismus, des Arbeitersozialismus, des Humanismus, der Menschenrechte.

Wohl kaum jemand hatte in den Tagen, als die Braunhelden mit dem Ruf «Deutschland erwache!» durch die Strassen zogen, die ganze Grösse der Gefahr klar vor Augen. Je vernünftiger die Menschen waren, desto mehr fehlte ihnen die Phantasie, sich das Dritte Reich ausmalen zu können. Sie ahnten, dass es dort brutal zugehen werde, aber selbst viele geschulte Sozialisten hielten es für eine Torheit, wenn warnend auf das italienische Beispiel verwiesen wurde.

Das hochindustrialisierte Deutschland, so argumentierten sie, sei nicht Italien. Die «monopolkapitalistische Diktatur» müsse in einem solchen Lande notwendigerweise anders aussehen, und der Hinweis auf die Herrschaft Mussolinis sei nur ein Trick der Tolerierungspolitik zur Rechtfertigung ihrer Taktik. Man gebe vor, den Faschismus verhindern zu wollen, während man ihn in Wahrheit unterstütze, denn die spezifi-

sche Form des deutschen Faschismus sei das System Brüning und kein anderes. Der Faschismus sei also keine Gefahr, sondern bereits eine Realität. «Das deutsche Monopolkapital» denke gar nicht daran, einem Narren wie Hitler die Staatsmacht auszuliefern, und die Reichswehr, «das Instrument der Bourgeoisie», verbitte sich diesen kleinbürgerlichen Scharlatan ebenso energisch. Sie alle würden ihm die Rolle vorschreiben, die er zu spielen habe, denn in ihren Händen liege die wirkliche Macht.

Das war ein sehr problematischer «Marxismus», aber er erschien manchem umso richtiger, als das Einkommen der deutschen Arbeiterklasse im Herbst 1931, verglichen mit 1929, nur noch etwa 60 Prozent betrug. Selbst in den Reihen der sozialdemokratischen Partei wurde, besonders von Jüngeren, oft die Frage gestellt, ob es denn überhaupt noch schlimmer kommen könne, wenn man Brüning bekämpfe statt toleriere. Aber immer wieder siegten jene, die sagten: Ja, Genossen, es kann schlimmer kommen, viel schlimmer, denn wir können alles verlieren, was wir uns in langen Jahrzehnten erkämpft haben. Es geht heute nicht nur um den Lohn, es geht um mehr, es geht um die Freiheit. In einem Artikel «Sozialismus als Freiheitskampf» schrieb «Die Gesellschaft» im Februar 1932:

«Der stattgefundene Lohnabbau, die furchtbare Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft überhaupt – das sind zweifellos entsetzliche Verluste. Der ist aber kein Sozialist, der sagt: ‚Wenn schon soundso viele arbeitslos und wenn die Löhne abgebaut sind, so haben wir nichts mehr zu verlieren?‘ Nichts kann für einen Sozialisten entsetzlicher sein als die Perspektive, das erreichte Mass der Freiheit und die vorhandenen Möglichkeiten des Freiheitskampfes zu verlieren. Hier und nicht durch die Wahl der Methoden in einer konkreten Situation unterscheiden sich die Begriffe: ‚evolutionär‘ und ‚nicht revolutionär‘ . . . Deshalb gibt es eine bittere Notwendigkeit für politische Kompromisse, wenn dadurch die Reaktion aufgehalten werden kann, es kann aber kein Kompromiss mit dieser Reaktion selbst geben.»

In diesem Geiste trat die Sozialdemokratie im März und April 1932 auch für Hindenburg ein, als dessen siebenjährige Amtszeit abgelaufen und eine Neuwahl des Reichspräsidenten notwendig geworden war.

Am 10. März 1932 ergriff Hindenburg vor dem Mikrophon das Wort gegen seinen aussichtsreichsten Gegenkandidaten, Adolf Hitler. Ohne

dessen Namen zu nennen, sprach der alte Feldmarschall von einem Parteimann, Vertreter einseitiger und extremer Anschauungen, dessen Wahl das Vaterland in schwere Erschütterungen versetzen müsste. Um dies zu verhindern, habe er, Paul von Hindenburg, trotz aller Anfeindung die Kandidatur angenommen.

So wurde in Deutschland also wieder einmal gewählt. Auf diesem Gebiet erfolgte kein Abbau, herrschte keine Sparsamkeit. Im Gegenteil, je grösser die Not wurde und je weniger Demokratie es gab, desto öfter wurden die Volksmassen zur Wahlurne geschickt, desto häufiger setzte sich die Abstimmungsmaschinerie in Aktion. Nichts war vom Parlamentarismus dieser Zeit lebendiger als der Wahlapparat.

Nun hatte das deutsche Volk zu entscheiden, wer sein Reichspräsident sein sollte. Die Nationalsozialisten, die den «Frontsoldaten Adolf Hitler» als den grossen Retter priesen, beschossen den Feldmarschall in kameradschaftlicher Frontverbundenheit und unverbrüchlicher deutscher Soldatentreue mit den schwersten Geschützen ihres Propagandaarsenals. Sie piffen auf die Tradition, wenn sie ihnen nichts nützte. Nie wurden die Phrasen vom Frontkämpfergeist so ad absurdum geführt, nie trat der reale machtpolitische Inhalt dieser Phraseologie so klar zutage wie jetzt.

Schon im Jahre 1930 erschien im «Völkischen Beobachter» aus der Feder Alfred Rosenbergs ein Artikel, in dem es hiess: «Wir stellen ohne jede Sentimentalität fest, dass der Reichspräsident von Hindenburg Abschied von Deutschland genommen und sich für die Youngkolonie entschieden hat. Deshalb hat das erwachende Deutschland auch Abschied von ihm genommen.» Das war sozusagen die Ausbürgerung des Feldmarschalls. Nun aber fiel das «erwachende Deutschland», das in Wahrheit das träumende – und wie schlecht träumende! – Deutschland war, noch viel wütender über jenen Mann her, den das mit dem «erwachenden Deutschland» sehr weitgehend identische Deutschland des Siegfriedens während des Krieges und noch lange danach als Heros bejubelte.

Das komplizierte machtpolitische Spiel hatte den Reichspräsidenten vorübergehend in eine Front mit den demokratischen Kräften Deutschlands gebracht, die vor sieben Jahren seinen Sieg zu vereiteln suchten und mit denen er sich nicht im Geringsten verbunden fühlte. Zumindest unter den Sozialdemokraten bestand darüber auch kein Zweifel. Viele

trauten ihm durchaus zu, dass er nach seinem Siege grosse Konzessionen an die Nationalsozialisten machen würde. Aber sollte man deshalb für den aussichtslosen Kandidaten Thälmann eintreten und Hitlers Spiel von vornherein erleichtern?

Die Deutschnationalen, die im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellten, zogen diesen im zweiten zurück und stimmten zum weitaus grössten Teil für Hitler. Andererseits gaben einige Hunderttausend Wähler des kommunistischen Zählkandidaten Thälmann ihre Stimme im entscheidenden Wahlgang für Hindenburg ab. Das Schlussresultat war: Hindenburg 19,35 Millionen (53 Prozent), Hitler 13,41 Millionen (36,8 Prozent), Thälmann 3,70 Millionen (10,2 Prozent). Insgesamt brachten also 63,2 Prozent der deutschen Wähler zum Ausdruck, nicht von Adolf Hitler regiert werden zu wollen. Hitlers Stimmen waren zum grössten Teil die Hindenburgs vom April 1925, während die erdrückende Majorität der jetzigen Stimmen Hindenburgs sich aus den Wählern zusammensetzte, die vor sieben Jahren für Wilhelm Marx eintraten. Inzwischen hatte sich die Situation derart verändert, dass aus dem grossen Übel Hindenburg das kleinere geworden war. Der Feldmarschall war jedoch niemals ein grösseres Übel als nach seiner Wiederwahl, nach der schliesslich das kleinere Übel dem grösseren die Hand reichte.

Zunächst sah es freilich nicht so übel aus. Schon am 13. April 1932 wurden im Einverständnis mit dem soeben wiedergewählten Reichspräsidenten im ganzen Land die nationalsozialistischen Bürgerkriegsformationen SA. und SS. verboten und aufgelöst. «Das ist Groeners Geschoss», schrieb Goebbels am nächsten Tage. Aber das Geschoss war zu scharf für jene, die den braunen Bären nicht erschossen, sondern für ihre eigenen Zwecke zähmen wollten. Sie spannen daher im Palais des Reichspräsidenten, in den Salons des Herrenklubs und anderswo Intrigen, die sehr beruhigend auf Adolf Hitler wirkten. Die Herren brauchen mich ja schliesslich doch, dachte er.

Das war umso richtiger, als die ökonomischen und sozialen Konflikte jetzt einen Punkt erreicht hatten, wo jeder Kanzler, der keine Katastrophopolitik machen und sich nicht in die Autarkie hineinmanövrieren lassen wollte, so oder so unbedingt die Machtpositionen des Junkertums angreifen musste. Das Kabinett Brüning beschäftigte sich daher mit Projekten, die darauf hinausliefen, eine bedeutende Anzahl hoffnungslos

bankrotter Grossgüter aufzuteilen und mit Bauern zu besiedeln. Das Durchsickern einiger Details über diese Projekte genügte, die Junker in Raserei zu versetzen. In seinem bereits erwähnten Buch «Die grüne Front» schreibt Erwin Topf darüber:

«Herr von Oldenburg auf Januschau besuchte seinen Gutsnachbar in Neudeck und stellte ihm vor Augen, was hier geschehen solle: Zweitausend Grossbetriebe im Osten sollten zur Aufsiedlung kommen! Das sei ja nun der reine und nackte Bolschewismus, den das Kabinett Brüning da vorbereite. Der weitere Verlauf der Dinge ist bekannt. Die Regierung Brüning, die ans Ruder gekommen war, um die Osthilfe durchzuführen, stürzte in dem Moment, als sie dieses Werk, das bisher einseitig auf die Interessen der Grossbetriebe zugeschnitten war, durch die Einführung eines Siedlungsprogrammes im Interesse der Gesamtheit abrunden und vollenden wollte. Das Regime Papen begann.»

Als der Reichspräsident am 29. Mai aus Neudeck zurückkehrte, stand sein Entschluss fest. Eine dramatische Aussprache, die er mit Vorwürfen gegen Brüning einleitete, endete planmässig mit dessen sofortiger Entlassung. Im November 1918 hatte Herr von Hindenburg den heimkehrenden Soldaten Siedlungsland versprochen, doch das wusste er am 29. Mai 1932 nicht mehr.

Die schnellste Ersetzung Brünings durch einen Mann der Kamarilla schien noch aus einem anderen Grunde äusserst wichtig. Der Kanzler stand nämlich im Hinblick auf die Streichung der Reparationen «hundert Meter vor dem Ziel», wie er in seiner letzten Rede vom 12. Mai 1932 andeutete. Herr von Papen hatte das Vergnügen, die reife Frucht in seinen Schoss fallen zu sehen, und solchen Erfolg konnte die Kamarilla gut gebrauchen. Ähnlich erntete Schleicher später, was andere gesät. Während seiner Regierungszeit wurde nämlich die grundsätzliche Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands ausgesprochen. Als Hitler an die Macht kam, war vom Versailler Frieden also nicht mehr viel übrig. Das ist die Wahrheit. Alles andere ist Legende.

Im Kabinett des Herrn von Papen sassen sechs Aristokraten und nur zwei Bürgerliche. Zum erstenmal in der Geschichte der Republik waren nicht einmal die katholischen Arbeiter vertreten. Das im höchsten Grade unpopuläre «Kabinett der Junker und Barone» erfreute sich in der ersten Zeit der Tolerierung durch die Nationalsozialisten, was diese damals je-

doch leugneten. Am 30. Mai war Hitler in Begleitung Görings bei Hindenburg, um das Geschäft abzumachen. In Goebbels später unter dem Titel «Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei» veröffentlichtem Tagebuch wurde an diesem 30. Mai vermerkt: «Die Unterredung mit dem Reichspräsidenten ist gut verlaufen. Das SA.-Verbot wird fallen. Uniformen sollen wieder erlaubt sein. Der Reichstag wird aufgelöst. Das ist das Allerwichtigste . . . Wir sind alle sehr glücklich.»

Das war der Preis, den die Nationalsozialisten für die Tolerierung Papens forderten. Er wurde auch bezahlt. Schon am 4. Juni löste Hindenburg den Reichstag auf, der aus den Wahlen vom 14. September 1930 hervorgegangen war und daher nicht mehr den inzwischen erheblich gewachsenen Einfluss der Hitler-Partei widerspiegelte. Keine zwei Wochen später war auch das SA.-Verbot aufgehoben.

In diesen Tagen beschäftigte sich eine Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie in ausserordentlich ernster Weise mit den Problemen der Zeit. Clemens Lammers, Aufsichtsrat der IG.-Farben, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes und Mitarbeiter am Völkerbund, hielt in dieser am 24. Juni stattfindenden Sitzung einen Vortrag über «Autarkie, Planwirtschaft und berufsständischer Staat?», der später als Broschüre erschien (Carl Heymanns Verlag, Berlin 1932) und ein höchst interessantes Zeitdokument ist.

Lammers gab eine auf sehr hohem Niveau stehende Kritik des Nationalsozialismus, polemisierte aber ebenso entschieden gegen die Auffassung, als wären alle Probleme gelöst, sobald man nur den alten Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft wieder in Gang setze. So einfach schienen ihm die Dinge nicht zu liegen. Nein, sagte er, die Wirtschaft müsse neu und hoffnungsvoll geformt werden, um jenes Vertrauen der Menschen wieder zu rechtfertigen, ohne das sie nicht leben und blühen könne. Wer das nicht sehe, haften an der Oberfläche. Das Protokoll vermerkt hier Zurufe «Sehr richtig!». Ebenso als der Redner die Unternehmer verurteilte, die den Staat als ihren Schutzpatron betrachten und sich auf Kosten der Allgemeinheit subventionieren lassen. Lammers brandmarkte auch schärfstens die Ausnutzung der augenblicklichen politischen Machtverhältnisse durch viele Kapitalisten, die mit Hilfe des Staates ohne zwingenden Grund die Löhne senken. «Dem Geist des freien Unternehmertums tut jede Firma und Organisation Abbruch, welche frei-

willig diesen Weg geht (Sehr richtig!), sofern sie es im Übrigen noch als ihre Aufgabe ansieht, in dem grossen geistigen Ringen, das sich heute vollzieht, einen führenden Platz zu behaupten (Lebhafter Beifall).»

Mit scharfer Logik und grosser Sachkenntnis zeigte Lammers auf, dass und warum das Autarkieexperiment unter allen Umständen radikale Zwangswirtschaft bedeuten würde. Den Herren, die sich nach dem «starken Mann» sehnten und auf dessen beruhigende Zusicherungen vertrauten, rief er warnend zu: Diktatorische Massnahmen wirtschaftlicher wie politischer Natur lassen sich niemals im Voraus bestimmen. Er hatte aus der Geschichte die immer wieder bestätigte Lehre gezogen, «dass auch der grösste Staatsmann, der mit diktatorischen Mitteln arbeitet, die Linie seines Handelns sich diktieren lassen muss von dem einen Gesetz, der Erhaltung seiner Diktatur».

Der Redner erinnerte dabei ausführlich an das italienische Beispiel, «dessen Nachahmung bei uns so oft empfohlen wird». Er verlas das faschistische Programm von 1919, in dem unter anderem gefordert wurde: eine Nationalversammlung als Unterabteilung der verfassunggebenden internationalen Völkerversammlung, «Volksherrschaft, ausgeübt durch ein gleiches und direktes Wahlrecht beider Geschlechter», Abschaffung der Wehrpflicht, Abschaffung der politischen Polizei, die «Meinungs- und Gewissens-, Religions-, Vereins- und Pressefreiheit», die Auflösung der industriellen und finanziellen Aktiengesellschaften, «eine internationale Politik im Sinne und im Dienste der Solidarität aller Völker und ihrer Unabhängigkeit in einem Staatenbunde».

Das Gremium nahm dieses Programm teils mit Heiterkeit, teils mit Bewegung und den zuletzt erwähnten Punkt mit anhaltender Bewegung zur Kenntnis. Nach Verlesung dieses interessanten und lehrreichen Dokumentes sagte Lammers:

«Meine Herren, Sie scheinen erstaunt, dass der Faschismus auf dieser Basis seine ersten Ausgänge genommen hat. In jedem Falle werden Sie sich freuen, dass auf wirtschaftspolitischem Gebiet sehr markante Punkte des Programms nicht zur Durchführung gelangt sind. Man hat in Italien, als der Faschismus die Regierung antrat, zunächst versucht, Brücken zu anderen politischen Richtungen zu schlagen und sich die Mitarbeit hervorragender Sachverständiger zu sichern, die auf anderem Boden standen. Erst als dies nicht glückte und die politischen Gegensätze sich bis zur Siedehitze zuspitzten, wurde die Diktatur in der heutigen Form errichtet.»

«Manche Vorgänge in Deutschland», so fuhr der scharfsinnige Redner fort, «scheinen mir schon heute Parallelen zu bieten. Man hat mir gesagt, dass führende Persönlichkeiten einer grossen Bewegung bei jeder Gelegenheit erklärten, sie seien gern bereit, jede ehrliche Mitarbeit führender Wirtschaftler anzunehmen, um eine sachverständige Leitung der deutschen Wirtschaft auch künftig gewährleistet zu sehen. ‚Hiernach scheint es ja nicht so gefährlich zu werden!‘ sagte mir kürzlich einer unserer Freunde. Wenn man in das Land hinaushorcht, so lautet es allerdings anders. Immer und immer wieder wird den Massen erklärt, dass ihre eingeschworenen Führer das Heft in die Hand nehmen und niemand neben sich dulden würden, der sich nicht als waschecht in ganz bestimmten Anschauungen erweist.»

«Man reizt den Instinkt der Unduldsamkeit auf, ohne zu wissen, wie man seiner im gegebenen Falle wieder Herr werden kann. Soweit es sich dabei um Taktik handelt, ist es mir gleichgültig, aber ich Sorge mich um die Missleitung des echten Gefühls der Hingabe an unser Volksganzes, welches gerade die besten Teile unserer Jugend mit religiöser Inbrunst verkörpern. Wird dies überschwemmt von den Masseninstinkten, so gibt es später nur ein einziges Mittel, das Volk vor dem Versinken in Blut und Feuer zu bewahren, nämlich eiserne Gewalt und brutale Knebelung des freien Geistes. Betrachten Sie die Aufwendungen für Polizei und Geheimpolizei, die auch gegenwärtig in allen diktatorisch regierten Ländern steigen, und Sie werden wissen, wohin die Reise zwangsläufig geht.»

«Darum verlassen wir uns als Wirtschaftler doch um Gottes willen nicht auf irgendwelche Programme oder kommende Menschen. Eine solche Haltung wäre des deutschen Unternehmertums geradezu unwürdig», war einer der letzten Sätze, mit denen Lammers seinen denkwürdigen Vortrag abschloss. Laut stenographischem Bericht dankten die in dieser Sitzung versammelten repräsentativen Führer des deutschen Kapitalismus dem Redner durch stürmischen, langanhaltenden, allseitigen Beifall.

Es ist sehr bemerkenswert, dass Lammers in seinem Vortrag auch gesagt hat, die gegenwärtige Lage würde vielleicht eine andere sein, wenn die im September 1926 auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes entwickelten Gedanken weitergereift wären. Zwar seien wertvolle Verbindungen geschaffen worden, «ich glaube jedoch, dass diese künftig

nicht genügen werden, um die Industrie für die Auseinandersetzung mit einer Denkweise zu rüsten, die als Kampffeld nicht die Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wählt.» Damit war klar die Notwendigkeit engerer Verbindungen mit der Arbeiterbewegung ausgesprochen.

Der rationale Kapitalismus stand jetzt vollkommen ohne Massenbasis da, er befand sich, wie Lammers an einer Stelle seines Vortrages sagte, in «hoffnungsloser Minderheit». Wollte er sich für die Auseinandersetzung mit einer «Denkweise» rüsten, die von jeher, wenn auch noch nie in dieser Form und Ausdehnung, die Denkweise seiner reaktionären Kritiker und Feinde war, so hätte er das nur im Bunde mit jenen tun können, die nicht hinter Cobden und Bright zurückstrebten, sondern über sie hinaus, das heisst also im Bunde mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das war die durchaus richtige Erkenntnis, die den eben zitierten Worten von Lammers zugrunde lag. Doch diese Erkenntnis liess sich unter den damaligen Umständen schwerer denn je in die Tat umsetzen.

Ein ernster Versuch dieser Art wurde im Jahre 1930 unternommen. Dr. Hermann Bücher, sechs Monate später Präsident der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG.), trat an Theodor Leipart, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Fritz Tarnow, den Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, heran, um sie auf Wunsch von Carl Bosch zu unverbindlichen und vertraulichen Besprechungen einzuladen. Die genannten Gewerkschaftsführer nahmen diese Einladung an und hielten im Hause Carl Boschs, wo ausserdem noch Dr. Bücher anwesend war, einen ganzen Tag hindurch Besprechungen ab.

Fritz Tarnow, dem ich diese erstmalig publizierten Angaben verdanke, berichtet, dass Carl Bosch erklärte, er habe sich bemüht, die Ansichten der Gewerkschaften kennenzulernen und alle Vorurteile zu überwinden. Durch gründliches Studium der sozialistischen Literatur sei er zu richtigen Auffassungen gekommen. Die liberale Wirtschaft existiere nicht mehr, und es sei notwendig, neue Formen zu entwickeln. Er sprach sich für Kontrolle und Demokratisierung der Kartelle aus. Industrie und Gewerkschaften solten gemeinsam ein wirtschaftliches Forschungsinstitut errichten, das die konkreten Fragen zu bearbeiten und entsprechende Vorschläge zu machen hätte. Für die Industrie brachte Bosch Prof. Wichard von Moellendorf, einen alten Vorkämpfer gemeinwirtschaftlicher Bestrebungen, als leitenden Repräsentanten in Vorschlag.

Leipart und Tarnow erklärten, aus taktischen Gründen nicht auf diese Pläne eingehen zu können. Die Besprechungen führten daher zu keinem positiven Resultat. Politische Fragen wurden in diesem Zusammenhang übrigens nicht diskutiert, aber es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass Bosch, Bücher und die ihre Auffassungen teilenden Kreise der Industrie durch diese Fühlungnahme auch bezweckten, sich «für die Auseinandersetzung mit einer Denkweise zu rüsten, die als Kampffeld nicht die Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wählt.»

Auf meine Frage, warum die Gewerkschaften die bedeutungsvollen Vorschläge von Bosch und Bücher nicht näher erwogen, antwortete Tarnow: die Arbeiter hätten für eine solche Zusammenarbeit kein Verständnis gehabt, sie hätten sie nicht gebilligt. Mir aber scheint, dass die Gewerkschaften hier aus Mangel an Initiative und politischem Instinkt einen Fehler gemacht haben. Natürlich hätten die Kommunisten und andere Linksradikale, die sich weder über die drohenden Gefahren noch über die Grenzen jeder rein revolutionär-sozialistischen Aktion im Klaren waren, «Arbeiterverrat!» geschrien. Aber sie taten das ja sowieso, und die vielen Millionen Arbeiter, die die Tolerierungspolitik und die Parole «Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!» verstanden und billigten, die hätten ganz sicher auch eine Zusammenarbeit mit den progressivsten Gruppen des deutschen Kapitalismus verstanden und gebilligt, besonders dann, wenn dadurch Schritte in der Richtung zu einer positiven Neugestaltung der deutschen Wirtschaft möglich geworden wären.

Selbstverständlich wollten die Kreise um Bosch und Bücher keine sozialistische Wirtschaft an die Stelle der liberalen setzen, und wenn Bosch in der Unterredung mit Leipart und Tarnow den Chemietrust als eine sozialistische Organisationsform bezeichnete, so darf man darüber getrost lächeln. Aber zweifellos wollten sie ebensowenig eine nationalsozialistische Wirtschaft an die Stelle der liberalen setzen. Sie suchten die Lösung nicht in reaktionärer, sondern in progressiver Richtung, ungefähr wie Walter Rathenau seinerzeit. Es ist übrigens kein Zufall, dass gerade führende Männer der chemischen Industrie und der Elektroindustrie bemüht waren, das Problem mit vorwärtsgerichtetem Blick zu lösen.

Die kleinsten Erfolge auf diesem Gebiet wären von grösster Bedeutung gewesen, denn nichts war für die Arbeiterschaft so zermürbend wie die passive Tolerierungspolitik mit ihrem ständigen Zurückweichen.

Aber auch rein politisch, zur Sammlung und Festigung der gegen Hitler und Hugenberg kämpfenden Kräfte, wäre eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Kreisen um Bosch, Bücher, Lammers notwendig gewesen. Die indirekte Form der Zusammenarbeit, die ja durch die Tolerierungspolitik bestand, genügte nicht. Die ganze Tolerierungspolitik war ein schwungloses Nebeneinander, kein zielbewusstes und energisches Miteinander von bürgerlichen und sozialistischen Kräften. Sie war Bündnispolitik, aber keine aktive, systematische, und gerade darin bestand ihre Schwäche.

Selbst im Falle einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront hätte die Arbeiterklasse nicht auf die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften verzichten können, wenn sie den Marsch ins Dritte Reich aufhalten wollte. Diese Zusammenarbeit war daher absolut kein Fehler, und der Tolerierungspolitik lagen durchaus richtige Erwägungen zugrunde. Aber sie bedurfte unbedingt der Ergänzung durch eine aktivistische Sammlungspolitik, wie sie die «Nationale Opposition» ihrerseits stets betrieben hatte. Eine solche Sammlungspolitik wäre vor allem nach dem Sturz Brüning notwendig gewesen. Aus Lammers Vortrag vom 24. Juni 1932 geht hervor, dass man dafür auch in der Industrie Verständnis hätte finden können.

Die Industrie wolle die politischen Errungenschaften von 1918 retten, schrieb Ferdinand Fried, ein begabter Ideologe des «deutschen Sozialismus» im Juli 1932 in einer interessanten Analyse des Papen-Experimentes. Fried, ein exponierter Vorkämpfer der Autarkie, der später eine führende Rolle im Reichsnährstand des Dritten Reichs spielte, wusste natürlich sehr gut, dass das nicht auf die gesamte Industrie zutraf, aber deren in andere Richtung tendierende Gruppen, so meinte er, hätten im Gegensatz zur Jahrhundertwende nicht mehr die Vorherrschaft im deutschen Kapitalismus. «Was damals Krupp, Thyssen (August, K. S.), Stumm, Kirdorf waren, das stellen heute Schmitz (IG.-Farben, K.S.) Bosch, Silberberg dar», hob Fried in Sperrdruck hervor.

Und eben darum, so folgerte Fried, dessen ganze Analyse auf diesen viel zu wenig beachteten und zum Verständnis des 30. Januar 1933 ausserordentlich wichtigen Machtverschiebungen innerhalb des deutschen Kapitalismus beruhte, müsse das Papen-Experiment scheitern. Denn Papen wolle zu 1900 zurück, indem er das alte Bündnis zwischen Gross-

industrie und Grosslandwirtschaft zu erneuern und zur Basis seiner Politik zu machen suche. Dies aber sei schon deshalb unmöglich, weil die Grossindustrie nicht mehr, wie unter den Traditionen des Kaiserreiches, «durch die Schwerindustrie repräsentiert wird, sondern durch die neuerdings zum Begriff ‚IG. Deutschland‘ gewordene IG.-Farbenindustrie». Es handelte sich damals also um die Vorherrschaft einer ganz andersgearteten Industrie als heute, und dieser Wandel sei von entscheidender Bedeutung, denn man bilde sich nur ein, Industrie wäre Industrie.

Von der durch die IG.-Farben repräsentierten Grossindustrie, zu der sich noch ein Ausschnitt der Schwerindustrie unter Silverberg geselle, sei wirtschaftspolitisch das zu erwarten, was man als «aufgeklärten Kapitalismus» bezeichnen könne, konstatierte Fried weiter. Dies aber, so fuhr er fort, vertrage sich nicht mit der Einstellung der Grosslandwirtschaft, die politisch mindestens hinter 1909 zurückstrebe und wirtschaftlich über die Zölle hinaus zur Autarkie dränge. Er sah diese tiefen Widersprüche mit der grössten Genugtuung, denn er wünschte das Scheitern des Papien-Experimentes, weil er für das Experiment des «deutschen Sozialismus» war. (Ferdinand Fried, «Rettung des Kapitalismus?», «Die Tat», Juli 1932.)

Papien ging weit über die bisherige Zollpolitik hinaus. Seine Regierung kontingentierte die Einfuhr zahlreicher Erzeugnisse und erschwerte dadurch ausserordentlich die deutsche Ausfuhr. Die Industrie tobte wie wild über den «Exportmord», aber dem Reichslandbund war selbst Papiens Wirtschaftspolitik noch lange nicht agrarisch genug. Mit jedem Tage erwies sich ein Kompromiss im Stile der Jahrhundertwende als unmöglicher. Jetzt war aktuell, was der seit 1930 vielgenannte Karl Oldenberg seinerzeit verfochten hatte. Die «Frankfurter Zeitung» bezeichnete die Nationalsozialisten als gelehrige Schüler der Grossagrarien.

Dieser innerdeutsche Krieg hing ebenso untrennbar mit der Entwicklung in der überseeischen Welt zusammen wie in den siebziger Jahren der Bruch der Agrarien mit dem Freihandel, wie die agrarische Rebellion gegen Caprivi und wie die Geburt des Autarkiegedankens. Von der anderen Seite des Atlantischen Ozeans ging nämlich nach dem Kriege eine Revolution in der Agrarproduktion aus, die oft als die gewaltigste bezeichnet wurde, die je die Landwirtschaft unseres Planeten ergriffen hat. Diese Umwälzungen im Ackerbau und wahrscheinlich auch in der Viehzucht seien nur vergleichbar mit der industriellen Revolution, mit der

Verdrängung des Handwebstuhls durch die Dampfmaschine und den mechanischen Webstuhl, schrieb Professor Friedrich Pollock in seiner materialreichen Studie «Sozialismus und Landwirtschaft». (Festschrift zum 70.Geburtstag für Carl Grünberg, Leipzig 1932.)

Schon vor Ausbruch der grossen Weltkrise war ein Teil der deutschen Bauernschaft stark radikalisiert, was in für diese Schichten beispiellosen Massendemonstrationen, in Revolten gegen Steuerbehörden und Sprengstoffattentaten Ausdruck fand. Doch die grosse Stunde der Nationalsozialisten war erst gekommen, als sich zu den strukturellen Problemen der deutschen Landwirtschaft die konjunkturellen gesellten. Die junge Generation der Bauern marschierte auf dem Wege der Radikalisierung voran, die Älteren folgten nach.

Ihnen allen erschien die Zollpolitik, mochte sie noch so grosszügig sein, als grossstädtisch und industriell, sozialistisch und agrarfeindlich. Darum auf zum Kampf gegen Marxismus und Liberalismus. Je mehr die industrielle Ordnung wackelte, desto fester klammerten sich die Bauern an ihre Scholle. Wie Maulwürfe krochen sie in die Erde. Die Blut- und Bodenmystik ergriff sie stärker als alle anderen. So war die nationalsozialistische Revolution in sehr hohem Masse die einst von Caprivi befürchtete Revolution auf agrarischer Basis. Magie, Wunderglaube an die Macht, Führerkult, Demagogie, Judenhass mussten in einer solchen Revolution naturgemäss eine phantastische Rolle spielen.

Obwohl die Arbeiterbewegung keine dramatische Schlusszene auf der Barrikade aufgeführt hat, brachte sie im aktiven Kampf gegen die nationalsozialistische Revolution erhebliche Opfer. Seit 1930, teilweise schon früher, mussten Tag und Nacht Gewerkschaftshäuser, Parteiheime, Druckereien, Erholungsstätten, Sportanlagen usw. bewacht werden. Ebenso galt es Versammlungen und Aufmärsche vor dem braunen Terror zu schützen. Demonstrationen hatten aufgehört, risikolose Spaziergänge zu sein. Überall lauerte Gefahr. Wer beispielsweise als Kommunist oder Sozialdemokrat Wahlflugblätter verbreitete, musste damit rechnen, auf der Strecke zu bleiben oder verletzt heimzukehren.

Im Oktober 1931 teilte Severing mit, dass in den ersten neun Monaten dieses Jahres allein in Preussen 45 Menschen in politischen Kämpfen getötet wurden. Aber das war noch nicht der Höhepunkt. In den ersten vier Wochen nach Aufhebung des SA.-Verbotes herrschte der reinste Bürger-

krieg. Allein in Preussen wurden in diesen vier Wochen 99 Personen getötet und 125 schwer verletzt. Die Strassenkämpfe nahmen immer grössere Ausmasse an. Viele Tausende Antifaschisten kamen dabei ins Gefängnis, weil zahlreiche Justizbeamte die Faschisten in Schutz nahmen. Im Jahre 1932 waren nicht weniger als 8'100 Mitglieder des Reichsbanners und anderer demokratisch-republikanischer Organisationen in Prozesse verwickelt.

Von 1924 bis zum 30. Januar 1933 opferten im Kampf gegen ihre Feinde 500 Antifaschisten ihr Leben. Die Zahl der Verletzten ist statistisch nicht erfassbar, aber sie ist beträchtlich. «Die nationalsozialistische Bewegung hat dem Marxismus offen und brüsk einen Kampf auf Leben und Tod angesagt. Bald sahen wir das Feld, auf dem dieser Kampf ausgetragen wurde, mit Blutopfern übersät. . . Der Weg, den unsere Partei ging, war mit Blut gezeichnet», schreibt Goebbels in seinem Buch «Kampf um Berlin». Von kampfloser Kapitulation der deutschen Arbeiterbewegung kann selbst dann nicht mit Recht gesprochen werden, wenn man den Begriff «Kampf» auf das rein Militärische reduziert, was natürlich eine absolute Unmöglichkeit ist.

In sozialen Kämpfen gibt es Situationen, in denen die einen oder anderen – ob mit Recht oder Unrecht war und blieb stets eine Streitfrage – nicht mehr in der Lage zu sein glauben, den Dingen durch Waffengewalt eine andere Wendung geben zu können. In einer solchen Situation befanden sich im November 1918 die alten Mächte des kaiserlichen Deutschlands, und später insbesondere die Arbeiter, die deutschen ebenso wie nach ihnen die österreichischen, nur mit dem Unterschied, dass von letzteren eine sehr kleine Minorität einen Aufstand unternahm, als die Gewehre sozusagen von selbst losgegangen waren. Dieser Aufstand, so schrieb Karl Kautsky bald darauf in einer sehr lehrreichen Broschüre, «war eine völlig spontane Bewegung eines kleinen Häufleins». Er wirkte imponierend durch den Heldenmut seiner Teilnehmer, doch dürfe uns dieser Heroismus nicht blind machen für den Charakter dieses Aufstandes. Es sei nicht zutreffend, ihn als «Aufstand der österreichischen Arbeiter» zu bezeichnen¹.

1) «Grenzen der Gewalt. Aussichten und Wirkungen bewaffneter Erhebungen des Proletariats», Karlsbad 1934. Diese Schrift musste aus politischen Gründen anonym erscheinen, stammt aber mit Sicherheit aus der Feder Kautskys. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf meinen unter dem Decknamen Werner Worker erschienenen Beitrag «Probleme sozialistischer Wehrhaftigkeit» hinweisen («Zeitschrift für Sozialismus», Heft 17, Februar 1935, Karlsbad).

Kautsky wehrte sich gegen diese Legende, weil es ihm auf die realistische Erfassung der Problematik ankam. Er wies darauf hin, dass ein bewaffneter Aufstand ohne umfassenden Generalstreik von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, und sah die tieferen Gründe für dessen Ausbleiben in den allgemeinen Folgen der Wirtschaftskrise. Die österreichischen Arbeiter traten im Februar 1934 ebensowenig in den Streik wie die deutschen im Juli 1932, als Papen durch einen Gewaltstreik die preussische Regierung Braun-Severing absetzte. Die tiefere psychologische Ursache dafür scheint darin zu liegen, dass die Arbeiter nicht mehr an die Möglichkeit glaubten, den Dingen durch eigene militärische Aktionen eine andere Wendung geben zu können, aber fühlten und teils sogar vollkommen klar erkannten, dass ein grosser Streik sofort in bewaffneten Kampf umschlagen würde.

Der österreichische Schutzbund, der übrigens nur teilweise kämpfte, war vielleicht weniger deprimiert als das Reichsbanner. Denn er war bedeutend besser mit Waffen versehen und musste, wie die Dinge in Österreich lagen, nicht mit der aktiven Feindschaft der Nationalsozialisten rechnen. Im Gegenteil, es waren ihm zumindest deren Sympathien sicher. Auch waren die zahlenmässig sehr schwachen Kommunisten für ihn kein Problem. Trotzdem wollten bedeutende Teile des «Reichsbanners» und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf Papens Gewaltstreik vom 20. Juli 1932 mit Gewalt antworten. Sie warteten auf das Signal zum Kampf, obwohl es für viele von ihnen ausser Frage stand, dass der Generalstreik, falls er überhaupt einsetzen sollte, unter keinen Umständen in der grandiosen Lückenlosigkeit wie beim Kapp-Putsch möglich sei, und dass man auf der Barrikade nur noch demonstrieren und «in Ehren» untergehen, aber nicht mehr siegen könne.

Das war ja schliesslich ein ziemlich einfaches Rechenexempel. Hindenburg und Papen hatten die Reichswehr hinter sich. Von der preussischen Polizei hätte nur ein Teil an der Seite der Sozialdemokratie gekämpft, der andere wäre gegen sie aufmarschiert. Ebenso der «Stahlhelm», dessen Ehrenvorsitzender Hindenburg war, und natürlich auch die gesamte nationalsozialistische Bürgerkriegsarmee. Zudem verfügten weder die Sozialdemokraten noch die Kommunisten über schwere Waffen, und im Übrigen wurde der Sturz der Regierung Braun-Severing in kommunistischen Versammlungen bejubelt, als sei man durch ihn nicht

dem Faschismus, sondern Sowjet-Deutschland einen bedeutenden Schritt näher gekommen.

Freilich kann niemand sagen, was sich aus einem militärischen Widerstand der Arbeiterorganisationen hätte entwickeln können. Sicher ist auf Grund des realen Kräfteverhältnisses nur, dass es nicht der Arbeitersozialismus oder Sowjet-Deutschland gewesen wären. Aber jedenfalls war das Ausbleiben dieses Widerstandes weitaus mehr als eine Führerfrage. Ohne Zweifel vermochten sich auch die vom demokratischen Geist erfüllten Organisationen der Arbeiterbewegung nicht der allgemeinen Bürokratisierungstendenz unserer modernen Gesellschaft zu entziehen. Aber so wenig wie eine absolute Identität von Masse und Führung besteht zwischen ihnen ein absoluter Gegensatz.

Die im Vergleich zum Nationalsozialismus ohne Zweifel schwach entwickelten militanten Züge der Arbeiterbewegung, besonders der demokratischen, liegen in deren Wesen, nicht aber in deren Führung begründet. Bewegungen aufsteigender Klassen haben zur Gewalt eben eine andere Beziehung als Bewegungen von Klassen und Schichten, die historisch betrachtet keine aufsteigenden sind oder ihren Untergang gar greifbar vor Augen haben. Friedrich Naumann sagte einmal – es war vor dem Kriege, im Zusammenhang mit den Kämpfen um das preussische Wahlrecht – die Sozialdemokratie sei blutscheu. Das war sie in einem bestimmten Sinne wirklich, und das ist sie im Grunde auch immer geblieben; rein menschlich zu ihrer Ehre, aber realpolitisch nicht immer zu ihrem Segen.

Der 20. Juli 1932 ist allerdings auch ohne dies zu verstehen – die viel weniger «blutscheuen» Kommunisten stiegen ja auch nicht auf die Barrikade –, aber prinzipiell spielte dieses Moment keine unwesentliche Rolle. Es lag übrigens teilweise in der Erfahrung begründet, dass die Reaktion im Bewusstsein ihrer auf diesem Felde grossen, durch Technisierung, Zentralisierung und Spezialisierung zunehmenden Überlegenheit stets darauf ausging, die Arbeiterbewegung zu bewaffneten Erhebungen zu provozieren. Insbesondere ist das moderne Industrieproletariat zu rationalistisch, als dass es sich bewusst in einen aussichtslosen Kampf stürzt, lediglich wegen des «ehrentvollen Unterganges». Das tun nur mehr oder wenige kleine Minoritäten.

Das Wichtigste ist jedoch, dass Demokraten, Sozialisten und Humanisten ihrem ganzen Wesen nach mehr moralische Hemmungen haben

als ihre Gegner. Sie befinden sich in einem tragischen Dilemma, denn sobald sie ebenso hemmungslos lügen, gewissenlos unterdrücken, beherrscht hassen, zynisch handeln und kaltblütig morden können, haben sie ihren Geist ausgehaucht, sind sie keine Demokraten, Sozialisten und Humanisten mehr. Im Kampf gegen die Barbarei in dieser Hinsicht unterlegen zu sein, ist der Tribut, den sie ihren Idealen zollen müssen, sofern sie nicht geistig vor ihren Feinden kapitulieren und selber Barbaren werden wollen. Sie müssen natürlich bestrebt sein, ohne ideologische Kapitulation vor ihren Widersachern ein realistisches Verhältnis zur Macht und zur Machtpolitik zu finden, aber die Republik und die Arbeiterbewegung hatten dieses unerhört ernste und schwere Problem nicht zu lösen vermocht.

Wen es zum Richten drängt, der sollte jedenfalls auch bedenken, dass die Republik und die deutsche Arbeiterbewegung – von allem anderen abgesehen – nicht nur das Opfer ihrer Fehler und Torheiten wurden, sondern in dem eben aufgezeigten Sinne auch das Opfer ihrer grossen, leuchtenden und unvergänglichen positiven Seiten. In diesem Lichte erscheint die Tragik der Besiegten so gross, dass es der Historiker einem begnadeten Dichter überlassen muss, sie in Worte zu kleiden. Wenn zahlreiche Völker Europas später ein ähnliches Schicksal erlitten wie die deutsche Republik und Arbeiterbewegung, und wenn England sich erst sehr spät zum Widerstand gegen die nationalsozialistischen Eroberer entschloss, so hatten wir es zu einem guten Teil auch hier mit dem Problem zu tun, dass die Diktatur von der Demokratie, die Barbarei von der Menschlichkeit ihrer Feinde profitiert, wie sich ja nach dem 30. Januar 1933 im internationalen Massstab überhaupt vieles wiederholte, was sich vorher im inneren Kampf Deutschlands abgespielt hatte.

Die am 20. Juli 1932 zum Ausdruck gekommene tragische Hilflosigkeit der Arbeiterbewegung wurde durch den sozialdemokratischen Appell an den Staatsgerichtshof nur noch bekräftigt. Ebenso durch den illusionären Aufruf vom 20. Juli, in dem der Sozialdemokratische Parteivorstand auf die bevorstehenden Reichstagswahlen verwies und erklärte, dass es beim deutschen Volke liege, «durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu machen, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden ist».

Wie es von vornherein auch für den sozialdemokratischen Parteivorstand absolut sicher war, errangen die Nationalsozialisten in diesen Wahlen einen grossen Sieg. Auf sie entfielen von den insgesamt fast 37 Millionen abgegebenen Stimmen 13,7 Millionen oder 36,9 Prozent. Das war der Rekord der Hitler-Partei, solange die Wahlen in Deutschland noch korrekt und frei waren. Wie im September 1930, ging der Erfolg der Nationalsozialisten auch im Juli 1932 auf Kosten der alten bürgerlichen Parteien. Nur der Katholizismus und der «Marxismus» waren auf diesem Felde nicht zu erschüttern.

Die deutsche Volkspartei, die Erbin der einst so mächtigen Nationalliberalen, hatte jetzt nur noch 436'000 Wähler. Seit dem Mai 1928 wanderten mehr als zwei Millionen ihrer Anhänger ins Lager der Hakenkreuzler, obwohl sie seit dem Tode Stresemanns immer weiter nach rechts gegangen war. Die Deutschdemokratische Partei, hinter der im Jahre 1919 mehr als 5,5 Millionen Wähler standen, sank bis zum Juli 1932 auf 373'000 herab. Ihre 1930 erfolgte Umbenennung in «Staatspartei» und die damit verbundene Entwicklung nach rechts hat ihren Abstieg eher noch beschleunigt. Es gab nun zwar noch liberale Bürger in Deutschland, aber kein liberales Bürgertum mehr. Die einzige grosse demokratische Partei war jetzt die Sozialdemokratie, zu der Thomas Mann im Oktober 1930 ein mutiges Bekenntnis abgelegt hatte.

Am 14. August 1932, zwei Wochen nach dem grossen Wahlsieg seiner Partei, schrieb Goebbels ins Tagebuch: «Unter den Parteigenossen herrscht grosse Hoffnungslosigkeit.» Warum? Ging nicht alles grossartig? Keineswegs! Hitler war nämlich am 13. August in einer Unterredung von Hindenburg klar und deutlich gesagt worden, dass seine Ernennung zum Reichskanzler eine unerfüllbare Forderung sei. Er müsse sich damit begnügen, in der Papen-Regierung Vizekanzler zu spielen. «Ein unmögliches Ansinnen. Geht der Führer darauf ein, ist er verloren», meinte Goebbels. Der Führer dachte darüber genauso. Er, der schon einmal einen schnellen Aufstieg seiner Partei erlebte und bald danach vor einem Trümmerhaufen stand, war sich vollkommen darüber im Klaren, dass es für ihn nur die totale Macht oder den totalen Bankrott gab. Die totale Macht an sich zu reissen, setzte aber den Reichskanzlerposten voraus, und darum lehnte er das Ansinnen vom 13. August ab.

Wie die «Frankfurter Zeitung» am 4. Oktober 1932 in Übereinstimmung mit dem «Stahlhelm», dem Organ der gleichnamigen Organisation, berichtete, hatte Hitler von Hindenburg auch eine dreitägige Herrschaft der Strasse für seine SA. gefordert. «Die Forderung des nationalsozialistischen Parteiführers ging also auf nichts weniger hinaus als auf eine ‚Bartholomäusnacht‘ unter staatlicher Duldung», bemerkte die «Frankfurter Zeitung» dazu. «Die Eroberung der Macht, zu der er sich nicht fähig fühlte, sollte also wenigstens unter freundlicher Hilfestellung des Reichspräsidenten markiert werden.»

Papen wurde von den Nationalsozialisten schon vorher nicht mehr toleriert, aber jetzt fiel der braune Bär wie wild über den preussischen Adelsmann her, führte er den schärfsten Kampf gegen das Kabinett der Junker und Barone. Adolf Hitler war kein Adolf Stöcker. Vorüber waren die Tage, in denen man die plebejischen Konservativen durch einige Konzessionen zu treuen Dienern der alten Herrschaft machen und fallenlassen konnte, wenn sie zuviel verlangten. Lasst den Papen nur gegen die Kommune und die Marxisten vorgehen. Er bringt den Stein ins Rollen. Bald wird er sich einer Lawine ausgesetzt sehen, und dann muss er um Hilfe schreien. So dachten die Plebejer. So kalkulierten sie bei ihrer Tolerierungspolitik – und sie kalkulierten richtig.

Verzweifelt kämpften die Deutschnationalen und Stahlhelmer im Bunde mit Hindenburg und Papen gegen den nationalsozialistischen Führungsanspruch. Es ging hart her dabei, denn wehe dem, der den Wettlauf um den Diktatorposten verliert. Der Terror der Braunhemden richtete sich jetzt nicht mehr ausschliesslich gegen links. Die Kameraden von Harzburg bekamen ihn ebenfalls zu spüren. Herr von Papen versicherte, fest entschlossen zu sein, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten, und griff in seiner Not die Parole einer anderen Welt auf: «Gegen Hitler, für den Rechtsstaat!»

Er gestehe dem nationalsozialistischen Parteiführer nicht das Recht zu, die seinen Fahnen folgende Minderheit allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild zu behandeln, sagte Herr von Papen, der schärfstens gegen die «Zügellosigkeit» jenes Mannes polemisierte, den er im Januar 1933 endlich im Sinne der dekadenten Herrschaft gezügelt zu haben hoffte. Der Kavalier der konservativen Revolution wusste jedenfalls, wem er nach dem unvermeidlichen

Bankrott des Experimentes der Junker und Barone den Weg zur Macht bahnen half. Ebenso kannte Hindenburg den Herrn, dem er am 30. Januar mit kameradschaftlichem Händedruck das Reichskanzleramt übertrug. Das beweisen ihre Reden, obwohl der Volksmund über den alten Feldmarschall spottete, er habe die von ihm gehaltenen Reden nie gelesen.

Um Papen und die Deutschnationalen gefügiger zu machen, aber vielleicht auch um notfalls ohne sie ans Ziel zu kommen, verhandelten die Nationalsozialisten mit der Zentrumsparlei über die Bildung einer parlamentarischen Koalitionsregierung. Die «Berliner Börsenzeitung», ein Sprachrohr reaktionärer Reichswehrkreise, befürchtete offenbar die Durchkreuzung ihrer strategischen Pläne. Sie warnte daher die Nationalsozialisten, durch eine Koalition mit dem Zentrum «politischen Selbstmord zu begehen», sich dem Schicksal auszusetzen, im Mahlstrom parlamentarischer Verantwortung zerrieben zu werden. «Sie sollen in der Reserve, das heisst in der Opposition bleiben, aber in ritterlicher, immer eingedenk des grossen gemeinsamen Zieles.»

Genauso dachten die Alldeutschen. Sie würden es für «das denkbar grösste Verhängnis halten, wenn die NSDAP, dem Bündnis mit dem Zentrum verfallen und nun in den Parlamentarismus einschwenken wollte», schrieb ihr Führer Heinrich Class am 10. September. Auch Papen suchte das schwarz-braune Bündnis zu sabotieren, denn alle diese Herren wollten ja den Nationalsozialisten nur noch etwas von ihrer «Zügellosigkeit» gegenüber den traditionellen Führern der Reaktion abschleifen, um mit ihnen dann auf einer einigermassen standesgemässen Basis zu paktieren. Nur noch darum, nur um die Frage der Machtverteilung, drehten sich diese Kämpfe am Vorabend des Dritten Reichs.

Am 12. September 1932 löste Hindenburg den Reichstag auf, weil die Gefahr bestand, dass dieser die Aufhebung einer Notverordnung verlangte, mit anderen Worten, weil Herr von Papen vollkommen in der Luft hing. Hindenburgs Auflösungsorder wurde übrigens erst verlesen, nachdem die Regierung eine beispiellose parlamentarische Niederlage erlitten hatte. So flatterten wieder Wahlflugzettel durch Deutschland, das nun seinen letzten freien Wahlen entgegenging.

Die Nationalsozialisten bemühten sich diesmal mit besonderer Energie um die Stimmen der Arbeiterschaft. Die Front sei nach links verschoben, erklärte Göring am 9. Oktober. In Berlin manövrierte sich dessen

Partei auf diese Weise in einen Anfang November ausgebrochenen Verkehrsarbeiterstreik hinein. «Die ganze Presse schimpft wie toll auf uns. Sie nennt das Bolschewismus; und dabei blieb uns eigentlich gar nichts anderes übrig», heisst es in Goebbels Tagebuch. So erlebte Deutschland drei Monate vor Hitlers Einzug in die Wilhelmstrasse das Schauspiel, dass Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam einen Streik gegen ein Unternehmen der öffentlichen Hand durchführten, gemeinsam Autobusse umstürzten und Strassenbahnschienen aufrissen.

Diese «Frontverschiebung nach links» konnte einer Partei wie der NSDAP, nicht gut bekommen. In der Reichstagswahl vom 6. November rannte mancher ihrer ängstlichen Kleinbürger rasch zu Hugenberg zurück, der fast eine Million Stimmen gewann. Die Deutsche Volkspartei hatte ebenfalls Gewinne zu verbuchen. Die Hitler-Partei dagegen erhielt jetzt über zwei Millionen Stimmen weniger als im Juli. Auf sie entfielen nur noch 11'737'000 oder 33,1 Prozent, auf die «Marxisten» aber 13'231'000 oder 37 Prozent, fast 1'500'000 oder 4,2 Prozent mehr als auf die Nationalsozialisten. Die Frontverschiebung nach links hatte sich also nicht rentiert. Die braune Flut im Rückgang, das war das wichtigste Charakteristikum der Wahlen vom 6. November 1932.

«Jede neue Meldung bringt eine neue Niederlage», schrieb Goebbels am Wahltag ins Tagebuch. «Unter der Wählerschaft herrscht vielfach Verzweiflung», notierte er am Tage darauf. Vier Tage später klagte er über die schlechte Finanzlage. «Nur Ebbe, Schulden und Verpflichtungen.» Solche Klagen waren nicht neu. Sie ertönten vorher schon oft. «Geld ist augenblicklich sehr schwer aufzutreiben», hiess es beispielsweise am 20. September. «Der Geldmangel ist in diesem Wahlkampf zu einer chronischen Krankheit geworden», am 2. November. Nach der Wahl ging dieses Gejammer zunächst weiter. Der Grund dafür ist einfach: gewisse Kreise hatten während dieses Zeitraumes aus strategischen Gründen die finanziellen Zuwendungen eingeschränkt oder ganz gestoppt.

Viele Nationalsozialisten sahen in der Niederlage vom 6. November den Anfang vom Ende. Tiefer Pessimismus herrschte im Lager der Braunhemden. Sehr bezeichnend ist ein Stossgebet Joseph Goebbels vom 12. November: «Ich bin im Geiste schon wieder im nächsten Wahlkampf. Der wird unerhört schwer werden. Gebe Gott, dass wir ihn nicht durchzuführen brauchen.»

In den wenigen Monaten von Juli bis November reduzierte sich unsere Wählerschaft von 36,9 auf 33,1 Prozent, gingen uns mehr als zwei Millionen Stimmen verloren. Und das nächste Mal? Vor uns liegt die düstere Perspektive weiteren Rückganges. Der Kulminationspunkt unserer parlamentarischen Erfolge ist überschritten. In freien Wahlen die Mehrheit des deutschen Volkes zu erobern und auf diesem Wege ans Ziel zu kommen, ist total unmöglich. Gewiss, wir haben die SA. und die SS., aber können wir damit die Machtmittel des Staates brechen und auf diese Weise die Herrschaft an uns reißen? Unsere militärischen Verbände sind zwar wesentlich stärker und vor allem auch besser bewaffnet als die der Marxisten, aber die Reichswehr ist eine erstklassige Elitemeeres und uns in jeder Hinsicht überlegen. Marschieren sie, dann sind wir verloren. Die bewaffnete Erhebung ist für uns also nicht weniger riskant, als sie es am 20. Juli für die Marxisten gewesen wäre. Diese hätten immerhin noch den Generalstreik proklamieren können, aber ein solches Machtmittel steht uns nicht zur Verfügung. Wir heißen zwar Arbeiterpartei, doch der Name tut's nicht. Wir sind eine Bewegung der Mittelschichten, und die können keinen Generalstreik machen. Vielleicht aber wenden die Arbeiter, die es am 20. Juli nicht taten, unter den wesentlich veränderten Bedingungen einer Auseinandersetzung zwischen uns und der Staatsmacht diese scharfe Waffe an? Auf jeden Fall haben wir den Marxismus im Rücken, wie dieser im Juli uns im Rücken hatte.

So und ähnlich dachte man in den führenden Kreisen der Hitler-Partei, so war deren Situation in den letzten Wochen vor ihrem Triumph. Kein Wunder, dass die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen nun mehr denn je auf den Reichspräsidenten setzten, denn konnte er nicht zur Öffnung der Tür bewegt werden, dann gab es überhaupt keinen Weg zur Macht. Das war der einzige Weg, und darum herrschte fieberhafte Spannung, als am 19. November 1932 neue Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler aufgenommen wurden. «Wenn diese beiden Männer sich einmal die Hände reichen, dann ist die deutsche Revolution gesichert», schrieb Goebbels am 18. November ins Tagebuch.

Aber noch reichten sich diese beiden Männer nicht die Hände. Noch war daher «die deutsche Revolution» nicht gesichert. Am 24. November erhielt Hitler von Hindenburg eine Absage. Auch diese Verhandlungen

waren gescheitert. Der Reichspräsident glaube es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschliesslichkeit betone, seine präsidentialen Vollmachten zu geben, hiess es in einer amtlichen Erklärung. Der Reichspräsident müsse befürchten, dass ein von Hitler geführtes Präsidiakabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine ausserordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könne. «Die Revolution steht wieder vor verschlossenen Türen», notierte Goebbels an diesem Tage.

Die Verhandlungen zwischen Hitler und Hindenburg wurden durch eine Regierungskrise ausgelöst, denn das Kabinett Papen hatte nach vergeblichen Versuchen, seine Isolierung zu durchbrechen, am 17. November demissioniert. «Jeder englische König würde in dieser Situation Adolf Hitler rufen und ihm die Bildung einer neuen, im Volke verankerten Regierung in die Hand legen. Sollte das, was in England selbstverständlich ist, in Deutschland unmöglich sein?» schrieb Joseph Goebbels im «Angriff».

Dieser demagogische Hinweis auf das demokratische England, das später wegen seiner Weigerung, vor Adolf Hitler zu kapitulieren, zum Paradies der Plutokraten gestempelt wurde, blieb jedoch ohne Resultat. Die Tür wurde vorläufig noch nicht geöffnet. Aber Staatssekretär Meisner teilte dem nationalsozialistischen Parteichef namens des Reichspräsidenten mit, dass dessen «Tür jederzeit für Sie offen stehe und dass er immer bereit sein werde, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, dass es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.» Mit anderen Worten: Gebt den Herren, was ihnen gebührt, lasst euch in deren Sinne zügeln, respektiert die gottgewollten Traditionen, dann wird sich die Tür öffnen.

So ging das alte Spiel mit verteilten Rollen weiter. Gleich nach den Wahlen gab Papen der Hoffnung Ausdruck, dass es nun zu einer «wirklichen nationalen Konzentration» kommen werde. Die Verluste der NSDAP, betrachtete er allem Anschein nach als eine zweckmässige Kaldusche für den hitzigen Führer der Braunhemden. Jetzt ist er vielleicht reifer für unsere konservative Revolution, dürfte Herr von Papen gedacht haben. Am 13. November lud er Hitler zu einer Aussprache ein.

Man müsse versuchen, die Bitternisse des Wahlkampfes zu vergessen, meinte er väterlich. Sein plebejischer Zwillingsbruder aber konnte sich nicht noch einmal auf das Gleis der Tolerierungspolitik schieben lassen. Er war sich seiner Alternative bewusst: Totale Macht oder totaler Bankrott. Papens Demission bedeutete jedoch nicht dessen Resignation. Der Strategie der konservativen Revolution setzte seine Bärenbändigerarbeit jetzt in anderen Formen fort. Er blieb Hindenburgs vertraulicher Ratgeber, ging bei ihm ein und aus und machte auf den Feldmarschall seinen starken Einfluss geltend.

Am 2. Dezember wurde General von Schleicher zum Reichskanzler ernannt. Er betrachtete die Politik Papens, in dessen Kabinett er Wehrminister war, schon seit längerer Zeit mit Skepsis und hatte allem Anschein nach nicht wenig zum Sturz seines Vorgängers beigetragen. Wie die Schleicher nahestehende «Tägliche Rundschau» schrieb, trat dieser General aus dem Halbdunkel ins Licht der Öffentlichkeit, weil ein zweites Kabinett Papen «mit grosser Wahrscheinlichkeit die Wehrmacht auf die Strasse gezwungen hätte, um die Maschinengewehre für die Erhaltung überlebter Wirtschaftsformen sprechen zu lassen».

In seiner Regierungserklärung vom 15. Dezember stellte Schleicher sich als «sozialen General» vor, weder Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus und mit nur einem Programmpunkt: Arbeit zu schaffen. Staatlich subventionierte Betriebe gedachte er in Zukunft als Staatsbetriebe zu behandeln. Im deutschen Osten wollte er Siedlungsland freimachen. Eine weitere Senkung der Arbeitslöhne sollte nicht zugelassen werden. Das waren keine schönen Klänge für gewisse Herren der Schwerindustrie und die ostelbischen Granden.

Obwohl keiner der seltenen Generäle grossen politischen Formats, hatte Schleicher doch begriffen, dass sein ehemaliger Freund und Weggenosse Papen auf Grund seiner Isoliertheit von den Massen scheiterte. Er suchte sich deshalb eine gewisse Verankerung. Man könne auf die Dauer nicht ohne eine breite Massenstimmung regieren, sagte er in seiner Regierungserklärung. Da er aber unter keinen Umständen vor Hitler kapitulieren, in die Autarkie und das Dritte Reich marschieren wollte, musste er seine Blicke notwendigerweise nach links wenden. Er tat dies allerdings sehr zaghaft. Immerhin hob er diverse reaktionäre Verordnungen seines Vorgängers auf und bemühte sich um die Bildung einer alle Richtungen umfassenden Gewerkschaftsfront.

In diesem Zusammenhang brach am 8. Dezember der an anderer Stelle bereits erwähnte Konflikt zwischen Hitler und Gregor Strasser aus. Spiegelte sich darin einerseits die Krise der NSDAP., so wurde sie dadurch andererseits erheblich vertieft. Schleichers raffinierte Taktik der Parteispaltung setzte in einem psychologisch nicht ungünstigen Augenblick ein. Hätte er mehr Zeit gehabt, wäre auch auf diesem Gebiet vieles möglich gewesen.

Zeit war jetzt überhaupt ein Faktor von entscheidender Bedeutung, umso mehr, als sich die Wirtschaftslage Deutschlands seit Wochen im Zustand der Besserung befand. Wissenschaftler und Industrieführer stellten relativ günstige Prognosen. Sie glaubten, die grosse Weltkrise gehe ihrem Ende zu, eine neue Konjunktur sei im Heraufziehen. «Man kann zweifellos etwas hoffnungsfreudiger in die Zukunft schauen», sagte zum Beispiel Krupp am 14. Dezember in einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Es gelte, «die natürlichen Erscheinungen der Erholung zu verstärken durch eine stetige, Experimenten abholde Wirtschaftspolitik», erklärte Reichswirtschaftsminister Warmbold, Mitglied des Vorstandes der IG.-Farben, in der gleichen Sitzung.

Auch die Neujahrskundgebungen Hindenburgs waren auf einen optimistischen Ton gestimmt. Die Entwicklung berechtige zu der Hoffnung, dass die härteste Notzeit für Deutschland überwunden sei und der Weg aufwärts frei werde. «Die internationalen Beziehungen haben sich günstiger gestaltet, nachdem die Reparationsfrage, das grosse Hemmnis jeder wirtschaftlichen Erholung, im vergangenen Sommer endlich ihrer Lösung zugeführt wurde und im letzten Monat in der Abrüstungsfrage Deutschland die Gleichberechtigung eingeräumt worden ist. . . Die deutsche Wirtschaft, die noch vor Jahresfrist sich in Lebensgefahr befand, hat sich nach den schweren Erschütterungen der Vorjahre allmählich wieder gefestigt und beschreitet den Weg langsamer Erholung», sagte der Reichspräsident.

Am 17. Januar forderte Duisberg Ruhe für den beginnenden Wiederaufbau. Die IG.-Farben, so teilte er mit, konnte von Oktober bis Ende 1932 4'000 Arbeiter und Angestellte wieder in Brot und Arbeit setzen. Diese erfreuliche Entwicklung habe sich im neuen Jahre fortgesetzt. Duisberg war kein naiver Optimist, aber jetzt glaubte er sagen zu können: «Sie sehen, meine Herren, das Dunkel, das seit Jahren auf unserem Va-

terlande lastet und die Kräfte unseres Volkes zu entmutigendem Nichtstun zwingt, beginnt sich am fernen Horizont zu lichten. Der Aufbau beginnt wieder!»

Das war das allgemeine Empfinden. Auch die Reaktionäre hatten es, und gerade darum sammelten sie sich nun zur entscheidenden Aktion. Wird jetzt nicht gehandelt, dann ist es mit der «Reichsreform» wahrscheinlich für immer vorbei, dachten Hugenberg, Class und ihre Komplizen. Zögern wir noch länger, dann verpassen wir die letzte Chance unserer «konservativen Revolution», sagten sich die Herren um Papen. Und so warfen die traditionellen Führer der deutschen Reaktion der Hitler-Partei im letzten Augenblick den Rettungsring zu.

Am 6.Dezember notierte Goebbels: «Die Lage im Reich ist katastrophal. In Thüringen haben wir seit dem 31. Juli nahezu 40 Prozent Verlust erlitten.» Am 8.Dezember: «In der Organisation herrscht schwere Depression. Die Geldsorgen machen jede zielbewusste Arbeit unmöglich . . . Abends ist der Führer bei uns zu Hause. Es will keine rechte Stimmung aufkommen. Wir sind alle sehr deprimiert, vor allem im Hinblick darauf, dass nun die Gefahr besteht, dass die ganze Partei auseinanderfällt und alle unsere Arbeit umsonst getan ist. . . Wir sprechen die Lage durch: Zuerst muss der Machtapparat, den Strasser in der Partei aufgerichtet hat, zerschlagen werden ... Der Führer geht stundenlang mit langen Schritten im Hotelzimmer auf und ab . . . Einmal bleibt er stehen und sagt nur: ‚Wenn die Partei einmal zerfällt, dann mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluss/ Ein furchtbares Wort, das sich wie eine Zentnerlast auf die Seele legt.»

Am 15.Dezember: «Es ist höchste Zeit, dass wir an die Macht kommen. Vorläufig allerdings bietet sich nicht die geringste Aussicht.» Am 23.Dezember: «Die Vergangenheit war schwer, und die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten und Hoffnungen vollends verschwunden.» Doch am 29.Dezember heisst es: «Es besteht die Möglichkeit, dass der Führer in einigen Tagen eine Unterredung mit Papen hat. Da eröffnet sich eine neue Chance.»

Von nun an werden Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen immer optimistischer. Am 5. Januar notierte der spätere Propagandaminister des Dritten Reiches: «Die Unterredung zwischen dem Führer und Herrn von Papen in Köln hat stattgefunden. Sie sollte geheim bleiben, aber durch

eine Indiskretion ist sie in die Öffentlichkeit gedrungen und Schleicher lässt sie nun ganz gross in der Presse ausposaunen. Man scheint zu ahnen, was hier gespielt wird... Wenn dieser Coup gelingt, dann sind wir nicht mehr weit von der Macht entfernt.» Am 6. Januar: «In Anbetracht der erfreulich fortschreitenden politischen Entwicklung findet man kaum noch die Lust, sich um die schlechte Finanzlage zu bekümmern. Kommen wir diesmal zum Streich, dann spielt das alles keine Rolle mehr.»

Am 7. Januar: «Die Presse ist immer noch voll von der Unterredung des Führers mit Herrn von Papen. Es ist ihr nun ein Licht aufgegangen: sie weiss bereits, worum es geht.» Der Führer erzählte mir ausführlich über den Verlauf seiner Unterredung. «Unsere Sache steht gut. Wenn nichts Besonderes mehr eintritt, dann wird es diesmal wohl gelingen», vermerkte Goebbels am 9. Januar. «Besprechungen mit massgebenden Herren vom Reichslandbund. Jetzt steht alles gegen Schleicher auf», notierte er am 27. Januar. «Es ist fast wie ein Traum. Die Wilhelmstrasse gehört uns», rief er triumphierend drei Tage später aus, «und nach den furchtbaren Zeiten schwerster Depression gibt es wieder zum ersten Male eitel Glück und Sonnenschein», hiess es in der Aufzeichnung vom 1. Februar.

Die Unterredung zwischen Hitler und Papen vom 4. Januar 1933 fand im Hause des Bankiers Baron Kurt von Schröder in Köln statt. Herr von Papen, schreibt Dietrich, erwies sich «als ehrlicher Makler». So reichten der Feudalkapitalismus, repräsentiert durch den finanziellen Vertrauensmann der Schwerindustrie und führenden Vertreter des Herrenklubs in Westdeutschland, Baron Kurt von Schröder, der aristokratische Konservativismus, repräsentiert durch Herrn von Papen, und der plebejische Konservativismus, repräsentiert durch Adolf Hitler, einander die Hände. Die drei Fraktionen der deutschen Reaktion einigten sich unter dem Druck der ihnen allen drohenden Gefahren, aber jede dieser Fraktionen hatte nach wie vor ihre eigenen Träume, Ziele und Gesetzmässigkeiten. Jede war davon überzeugt, die Partie am Ende zu gewinnen, jede entschlossen, die anderen zu überlisten, zu betrügen, als Mittel zum Zwecke ihres eigenen Machtstrebens zu benutzen. Doch keiner dieser drei Partner konnte jetzt darauf verzichten, den anderen die Hand zu reichen.

Eine Woche nach der Kölner Unterredung ritt der Reichslandbund eine provozierende Attacke gegen die angebliche «Ausplünderung der

Landwirtschaft zugunsten der allgemeinen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten». Die Verelendung der Landwirtschaft habe mit Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter rein marxistischer Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmass angenommen, hiess es in dieser Entschliessung weiter. Zum Schluss forderte sie auf zum letzten Einsatz für den dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz. Daraufhin lehnte die Regierung Schleicher Verhandlungen mit Vorstandsmitgliedern des Reichslandbundes ab. Die Brücken waren gesprengt.

Gleichzeitig zerschnitt der Reichsverband der deutschen Industrie das Tischtuch. Er protestierte energisch gegen die unerhörten Angriffe der Agrarier auf die Ehre der deutschen Unternehmer. Ebenso wandte sich der Reichsverband des deutschen Gross- und Überseehandels in einer scharfen Erklärung gegen den Vorstoss des Reichslandbundes. Am 14. Januar erliess die Regierung eine Warnung vor Missbrauch der politischen Freiheit, wobei besonders auf eine Entschliessung des Pommerischen Landbundes hingewiesen wurde, die die Bauern aufforderte, ihre Scholle mit den letzten Mitteln gegen jeden Zugriff, auch des Staates, zu schützen. Der alte Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft erreichte jetzt seinen Kulminationspunkt.

Nur wenn die Frage, wie man den bisher vom Export lebenden Teil der deutschen Bevölkerung auf andere Weise zu ernähren gedenke, positiv beantwortet werden könne, wäre eine Umschaltung der seit Jahrzehnten betriebenen Politik zu erwägen, sagte Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold am 18. Januar 1933. «Ich muss diese Frage absolut verneinen. Dann bleibt aber zwangsläufig nichts anderes übrig, als die Politik fortzusetzen, dass man versucht, vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland zu ergänzen. Wenn das feststeht, müssen daraus alle Konsequenzen gezogen werden», erklärte er. Dieser liberale Narr, dachten Hugenberg, Hitler und andere, die das Problem durch territoriale Expansion, insbesondere auf Kosten Russlands, zu lösen entschlossen waren.

Diesen abenteuerlichen Weg zogen aber weder Warmbold noch die führenden Männer des Reichsverbandes der deutschen Industrie oder die von Schleicher, Groener, Seeckt, Hammerstein repräsentierte Richtung der Reichswehr in Erwägung. Viele von ihnen waren sich durchaus im

Klaren darüber, dass dieser Weg zum Zusammenschweissen einer neuen deutschfeindlichen Koalition, zu einem neuen Krieg und zu einer neuen Niederlage führt. Krupp soll sich übrigens mit einer ähnlichen Motivierung anfänglich sehr gegen die nach dem 30. Januar 1933 geforderte Umstellung seines Werkes auf die Kriegsproduktion gesträubt haben.

Ohne Zweifel suchte Schleicher den Sieg Hugenburgs und Hitlers auch deshalb zu verhindern, weil dieser früher oder später den deutsch-russischen Krieg, auf jeden Fall aber das Ende der deutsch-russischen Zusammenarbeit bedeutet hätte. Innen- und Aussenpolitik standen hier, wie immer, in engster Beziehung zueinander.

Der Kampf gegen eine antirussische Wendung der deutschen Aussenpolitik entsprach ebenso sehr den Wünschen bedeutender Reichswehrkreise wie der weltwirtschaftlich orientierten Industrie. 10,9 Prozent der deutschen Ausfuhr gingen im Jahre 1932 nach Russland, mehr als doppelt soviel als nach den südosteuropäischen Ländern, deren Bedeutung von gewissen Kreisen masslos übertrieben wurde. Auf der im September 1932 abgehaltenen Dresdener Tagung des «Vereins für Sozialpolitik», die sich in sehr ernster Weise mit dem Problem der Autarkie befasste, sagte der sozialistische Wissenschaftler Lederer sehr richtig voraus, dass die Autarkie eine imperialistische Spitze nach dem Südosten haben werde.

Weltwirtschaftsfeindliche Grossraumpolitiker befürworteten als Verlängerung der deutschen Autarkie einen Südosteuropahandel auf der Basis des Präferenzsystems, der gegenseitigen Vorzugsbehandlung. Gegen diese Bestrebungen, die auf eine Art von Tauschverkehr hinausliefen und auf mannigfaltige Weise die weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gefährdeten, argumentierte der Reichsverband der deutschen Industrie 1930 in einer von Duisberg verfassten Broschüre über die Zukunft der deutschen Handelspolitik: «Es dürfte wirtschaftlich kaum zu verantworten sein, dass wir, um 3,4 Prozent unseres Exportes sicherzustellen, 96,6 Prozent unseres Exportes gefährden.»

Natürlich wollten auch die weltwirtschaftlich orientierten Kreise den Südosteuropahandel pflegen und intensivieren. Duisberg selbst schrieb einige Monate später: «Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur 4 Prozent unseres Exportes in Südosteuropa Aufnahme finden, so steht doch zweifellos fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes, die durchaus schon in den nächsten Jahrzehnten möglich ist, die

Aufnahme industrieller Produkte aus Deutschland um das Mehrfache steigern kann.» Aber wie und auf welcher Basis sie den Südosteuropahandel pflegen und intensivieren wollten, darauf kommt es an. Auf der nationalsozialistischen Basis wollten sie es jedenfalls nicht tun.

Von allem anderen abgesehen, war es ja auch ein schlechtes Geschäft, Südosteuropa gegen Russland einzutauschen. So aber stand die Frage im Falle des Sieges Hugenbergs und Hitlers. Bekanntlich hatte Hitler im Zusammenhang mit seinen Eroberungsplänen gegen Russland von Anfang an ein Bündnis mit Japan vorgesehen, und das bedeutete unter anderem, dass die deutschen Wirtschaftsinteressen in China dem japanischen Lebensraumimperialismus geopfert wurden. China aber war neben Russland das grosse, volkreiche und entwicklungsfähige Land, auf das die weltwirtschaftlich orientierte Industrie stets ihre Blicke richtete.

«Dort ist sicher noch ein grosses Feld der wirtschaftlichen Betätigung und des Warenabsatzes, besonders für uns Deutsche», sagte beispielsweise Duisberg 1926 über Russland und China. China wünsche aber nicht als Markt, sondern als gleichberechtigte Nation behandelt zu werden, und Deutschland werde dort nur bei gutem Willen der Bevölkerung grosse Absatzmöglichkeiten haben, erklärte er 1929. Die systematisch auszubauende Zusammenarbeit mit Russland und China, das war, wenn man so will, die «Grossraumwirtschaft» der weltwirtschaftlich orientierten Industrie, aber die Ziele Hugenbergs und Hitlers entsprachen deren Bedürfnissen und Vorstellungen auf aussenpolitischem Gebiet ebenso wenig wie auf jedem anderen.

Nein, die weltwirtschaftlich orientierte Industrie, insbesondere deren von Fried als «aufgeklärter Kapitalismus» charakterisierter Teil, verspürte keine Sehnsucht ins Dritte Reich. Sie verspürte sie auf dem Höhepunkt der grossen Krise nicht, und jetzt, wo der Silberstreifen am Horizont auftauchte, verspürte sie sie noch weniger. Ruhe, Ruhe für den begonnenen Wiederaufbau, das war ihre Sehnsucht in jenen Tagen, als ihre Antipoden um Hitler, Hugenberg und Papen zum Marsch in die Katastrophe bereitstanden. Am 19. Januar 1932 drückte das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie sein Bedauern aus, dass von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen werde, und bezeichnete es als höchst verhängnisvoll, wenn auf diese Weise die bestehenden Ansätze zu einer Rückkehr des Vertrauens und zu einer wirtschaftlichen Besserung wieder zunichte gemacht würden. Es wandte sich dabei auch

gegen die Rücksichtnahme auf einseitige Interessen. Am selben Tage fanden neue erhebliche Zollerhöhungen statt.

Am 25. Januar forderte die deutschnationale Reichstagsfraktion vollständige Neubildung des Kabinetts, da die Regierung Schleicher immer deutlicher in «sozialistisch-internationale Gedankengänge» abgleite. Daraus kann man ersehen, was bei diesen Herren alles Sozialismus und Internationalismus war. Eine besondere Gefahr bedeutete es, so hiess es in der deutsch-nationalen Erklärung weiter, «wenn man Gegensätze zwischen Gross und Klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen lässt und dadurch die Gefahr eines Bolschewismus auf dem flachen Lande hervorruft.» Und daraus kann man ersehen, was bei diesen Herren alles bolschewistische Gefahr hiess.

Am 28. Januar trat Schleicher zurück, da Hindenburg ihm die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages verweigerte und damit demonstrativ sein Vertrauen entzog. Noch in derselben Stunde beauftragte der Reichspräsident Herr von Papen, die Lage für die Bildung einer neuen Regierung zu sondieren. Die neue Regierung war jedoch schon fertig, wenn auch vieles in der Schwebe blieb und das Tauziehen der drei Fraktionen der deutschen Reaktion vor und hinter den Kulissen lebhaft fortsetzte.

«Zu jener Zeit wurden von sozialdemokratischer Seite auch sehr ernsthafte Versuche unternommen, ein besseres Verhältnis zu der Kommunistischen Partei anzubahnen. Sie gestalteten sich äusserst schwierig, da das Misstrauen auf beiden Seiten ungeheuer gross war und in Moskau die Meinung vorherrschte, der Sieg des Faschismus in Deutschland wäre für den Sieg des Kommunismus ein unvermeidliches Vorspiel», schreibt Friedrich Stampfer, der in dem von ihm redigierten «Vorwärts» die Parole der Einheitsfront ausgegeben und an den Verhandlungen mit den Kommunisten führend teilgenommen hatte. Es fehlte bis ans Ende nicht an imposanten Massenkundgebungen der beiden grossen Arbeiterparteien, aber sie marschierten nebeneinander, nicht miteinander, obwohl sich das Verhältnis zwischen den Anhängern der beiden Parteien wesentlich zu bessern begann. Auch in dieser Hinsicht arbeitete die Zeit gegen Papen, Hugenberg und Hitler. Aber inzwischen fiel schon die Entscheidung, die eine einheitliche und realistisch auf bestimmte Ziele begrenzte Aktion der Arbeiterbewegung in letzter Minute vielleicht doch noch hätte verhindern können.

In der Reichswehr waren Kräfte am Werk, die dies – anders als im Juli 1932 – begrüsst hätten. Am 29. Januar 1933 telephonierte ein engster Vertrauter Schleichers einem Staatssekretär – die Namen beider Herren müssen vorläufig ungenannt bleiben – Hitler werde nicht Reichskanzler, die Garnison marschiere. Am selben Tage intervenierte General von Hammerstein, der Chef der Heeresleitung und einer der von den Nationalsozialisten stets scharf bekämpften «Novembergeneräle», vergebens bei Hindenburg zugunsten Schleichers. Hammerstein verlangte vom Reichspräsidenten, mit Rücksicht auf die Wehrmacht kein Kabinett Papen oder Hitler zu berufen. Das wäre für die Generalität nicht tragbar. Hindenburg zeigte sich bei dieser Unterredung sehr ungehalten und Hammerstein wurde kurz abgefertigt.

Die Berufung Hitlers erschien jedoch nur einem Teil der Generalität nicht tragbar. Ein anderer, zum mindesten ebenso grosser Teil, dachte anders darüber. Der Ausbruch eines bewaffneten Zusammenstosses der beiden Richtungen wurde nur um Haaresbreite vermieden, und die Gefahr des Krieges Reichswehr gegen Reichswehr soll die Ernennung des Kabinetts Hitler beschleunigt haben. Doch das Kabinett Hitler wäre sicher auch ohne dies ernannt worden, soweit es auf Herrn von Hindenburg ankam, dessen Entschluss ja schon vorher feststand.

Am 30. Januar reichte der Repräsentant des aristokratischen Konservatismus Paul von Hindenburg dem Repräsentanten des plebejischen Konservatismus Adolf Hitler die Hand. Nun brauchte Goebbels nicht mehr zu jammern, dass die Revolution vor verschlossenen Türen stehe. Am 30. Januar wurden die Türen geöffnet und stürzte die alte Reaktion Deutschlands die deutsche Nation zum zweiten Male in den Abgrund.

«Die Entfesselung des Elementaren war notwendig, um einen lähmenden und hemmenden Mechanismus zu sprengen», schrieb Herr von Papen bald nach dem 30. Januar. «Der Ungeist der Demokratie, der jeden wahren Wert zu vernichten drohte, musste wohl mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden.» Man kann es dem dekadenten Adelsmann glauben, wenn er fortsetzt: «Diese Erkenntnis ist mir nicht leicht geworden.» Der folgerichtige Weg «erschien mir der, den ich in der Form der sogenannten präsidentiellen Politik im vorigen Sommer eingeschlagen hatte. Es hat sich aber herausgestellt, dass die Demokratisierung in Deutschland zu weit fortgeschritten, die Volksstimmung ein allzu entscheidender

Faktor geworden war», so äussert sich Herr von Papen über sein und seiner Schicht Dilemma, und darum «musste der Umweg über die grossen nationalen Organisationen und Bewegungen gegangen werden». (Papen «Appell an das deutsche Gewissen», Oldenburg 1933.)

Das ist das Problem in der Nusschale. Entweder verzichteten diese Rudimente einer überlebten Zeit auf ihre «konservative Revolution» oder sie mussten sich mit der nationalsozialistischen Massenbewegung Adolf Hitlers alliieren. Eine dritte Möglichkeit gab es ganz einfach nicht. Es war daher eine tief innere Notwendigkeit, dass Papen nach dem Scheitern seines eigenen Experimentes seinen Einfluss auf Hindenburg im Sinne der Entscheidung vom 30. Januar geltend machte, und es war mehr als Altersschwäche oder das Resultat eines tollen Intrigenspiels, dass Hindenburg sich von diesem Manne in diesem Sinne beeinflussen liess.

Aber die Herren irrten sich, wenn Papen, wie sein Gesinnungsgenosse Rauschning berichtet, kurz nach dem 30. Januar sagte: Hitler an der Macht? Nein, dieser Herr wurde von uns nur engagiert. Herrschen tun wir.

Der Führer wusste, so schreibt der uns bereits bekannte Dr. Walter Frank, «dass *erst jetzt*, an der Regierung, die verwegene Partie um den Sieg zu Ende gespielt und entschieden werden musste». Die verwegene Partie wurde so verwegend zu Ende gespielt, dass in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 der Reichstag brannte. Das erste Land in Europa war okkupiert!

Einige Jahre später brannte noch viel mehr. Doch darzustellen, was nach dem 30. Januar 1933 geschah, gehört nicht mehr zur Aufgabe des vorliegenden Buches. Dies schliesst mit dem Tage ab, an dem Adolf Hitler die Türen geöffnet wurden.

Wie es möglich war, dass Hitler ohne Widerspruch der Grossmächte seine anfänglich sehr labile Diktatur stabilisieren konnte und die notwendige Zeit zur gigantischen Aufrüstung bekam, ist ein Thema für sich, und warum das Dritte Reich der Welt ebensowenig seinen Siegfrieden aufzwingen konnte wie das Wilhelminische Kaiserreich, habe ich in meinem Buch «Dreimal gegen England» gezeigt.

Nach einem alten strategischen Gesetz sind die Armeen der gegen England kämpfenden europäischen Kontinentalmacht auch im zweiten Weltkrieg wieder gezwungen gewesen, am englischen Kanal haltzuma-

chen. So gewann England Zeit, seine Kraft zu entfalten und das Blatt zu wenden. Es war die tiefe Tragik der demokratischen und progressiven Kräfte Deutschlands, dass es in ihrem Kampf keinen englischen Kanal gab. Er hätte auch sie retten können, denn auch für sie wäre Zeitgewinn alles gewesen. Das Dritte Reich ist nicht, wie wir gesehen haben, aus den Wolken gefallen, aber es dürfte auch klar geworden sein, dass es ebensowenig in den Sternen geschrieben stand.

ENDE

NAMENSVERZEICHNIS

d'Abernon Viscount	britischer Botschafter in Berlin
Ahlwardt	Rektor
Alter Junius	Publizist
Angell Norman Sir	englischer Wirtschaftspolitiker
von Armin	preußischer Gesandter in Karlsruhe
Auer Ignaz	sozialistischer Führer
Autrick	sozialistischer Abgeordneter
Bahr Herman	Publizist
Bamberger Ludwig	Mitbegründer der Deutschen Bank
Barth Theodor	liberaler Wirtschaftspolitiker
Bassermann	Führer der Nationalliberalen
Bebel August	Führer der Sozialisten
Behr-Behrendorf	führende Konservativer
von Behr-Greifswald	konservativer Reichstagsabgeordneter
von Bennigsen Rudolf	Führer des Deutschen Nationalvereins
Benoist-Méchin	französischer Publizist
Bergsträßer, Professor	politischer Schriftsteller
Bernardi	alldeutscher General
Bernhard Ludwig	Professor, Vertreter industrieller Ideologien
Bernstein Eduard	Sozialist
Bernstorff, Graf	deutscher Gesandter in London
Bethmann Hollweg	Reichskanzler
von Bismarck Herbert, Fürst	Diplomat
von Bismarck Otto, Fürst	Reichskanzler
Bleichröder	Bankier, Mitarbeiter Bismarcks
Blum Léon	französischer Führer der Sozialisten
von Blumenthal	Kammerherr
Böckel Dr.	Reichstags-Abgeordneter
Borell Adolf Dr.	Nationalökonom
Borg Karl	Führer der deutschen Industriellen- Vereinigung
Born Stephan	Führer der «Arbeiterverbrüderung»
Bosch Carl	Großindustrieller (IG. Farben)

von der Bottenberg, Freiherr	führender Konservativer
Brauer, Professor	führender Zentrumsmann
Braun Otto	preußischer Minister
Bredt Dr., Professor	Publizist
Breitscheid	sozialistischer Reichstags-Abgeordneter
Brentano Lujo	Nationalökonom
Briand Aristide	französischer Ministerpräsident
Brüning Heinrich Dr.	Reichskanzler
Bucher Lothar	Mittelsmann zwischen Bismarck und Lassalle
Buchrucker, Major	rechtsradikaler Putschist
Bücher Hermann Dr.	Präsident der AEG.
Bueck Axel	Geschäftsführer des Zentralverbandes der Industriellen
von Bülow	Reichskanzler
Busch Moritz	Pressegehilfe Bismarcks
Caprivi	Reichskanzler
Cassel Paulus	Publizist
Chamatz	österreichischer Historiker
Chamberlain Houston Stewart	Schriftsteller
Churchill Winston	englischer Premierminister
Claß Heinrich	Führer des Alldeutschen Verbandes
Coudenhove-Kalergi Heinrich, Graf	führender Paneuropäer
Curtius Ernst Robert	Reichskanzler
Dawes Charles G.	Schöpfer des Dawes-Planes, Bankier und Rechtsanwalt
Delbrück Hans, Professor	deutscher Historiker
Dernburg	Bankdirektor
Dessauer, Professor	führender Zentrumsmann
Detlef Albers Dr.	Historiker
Dietrich Otto Dr.	Pressechef Hitlers
Dittmann	Minister
Droysen Hans Gustave	Historiker
Dubnow S. M.	Historiker
Dühring Eugen	Philosoph und Schriftsteller
Duisberg Carl	führende Persönlichkeit der chemischen Industrie
Ebert Friedrich	Reichspräsident
Eisenhart	Verfasser von «Deutschland erwache»

Eltzbacher Paul	Publizist
Engels Friedrich	Kampfgenosse Marx' (Soziologe)
Erzberger Matthias	führender Zentrumsman
zu Eulenburg-Hertefeld Philipp	Freund und Berater Wilhelms II.
Fick Luise	Publizistin
Fischer Karl	Jugendführer
Flitner Dr. med.	alld deutscher Rassenideologe
Foerster	Astronom
Förster Bernhard	Gymnasiallehrer (Publizist)
Forckenbeck	Oberbürgermeister von Berlin
Frank Walter Dr.	Nationalsozialist, Leiter des Reichsinstitutes für die Geschichte des «Neuen Deutschland»
Frick Wilhelm Dr.	nationalsozialistischer Reichsminister
Fried Ferdinand	Nationalsozialist (Reichsnährstand)
Friedrich III.	König von Preußen
Friedrich Wilhelm IV.	König von Preußen
Fritsch Theodor	Publizist
Gareis	bayr. Landtagsabgeordneter (Sozialist)
von Gebsattel, Freiherr	General
Geis Robert	deutscher Historiker
Glagau Otto	antisemitischer Propagandist
Gneist Rudolf	Politiker 1816–1895
Goebbels Josef	Propagandaminister (NSDAP.)
Göring Hermann	Luftfahrtminister (NSDAP.) und Reichsmarschall
von Goltz	Abgeordneter
von Graefe Albrecht	Führer der deutschvölkischen Freiheitspartei
Gröner	Reichsbahnminister, General
Grünberg Emil	Soziologe
Günther	Rassenmystiker
Haeckel Ernst	Professor
von Hagen Maximilian	Biograph Bismarcks
Hahn Dietrich Dr.	Bund der Landwirte
von Haller alias Levy	Chef der wissenschaftlichen Abteilung für Flottenagitation
von Hammerstein Wilhelm, Freiherr	Chefredaktor der Kreuzzeitung

von Hammerstein	Reichswehrgeneral
Hasse Ernst, Professor	Reichstags-Abgeordneter, Minister
Heines	führender Nationalsozialist
Held Friedrich Wilhelm	preußischer Leutnant a. D.
Helldorf-Bedra	Reichstags-Abgeordneter
Henrici Dr.	Gymnasiallehrer, Antisemit
Hertzog Rudolf	Großkaufmann
Heuß Theodor	führender Linksliberaler
von Heydebrand	konservativer Abgeordneter in Preußen
Heye	Oberst
Hilferding Rudolf	Reichsfinanzminister
von Hindenburg Paul	Feldmarschall, Reichspräsident
Hitler Adolf	Schöpfer des Nationalsozialismus
	Reichskanzler
Hobolm-Rohrbach	Publizist
Hödel	Klempnergeselle, Attentäter auf den Kaiser
	Reichskanzler
Hohenlohe-Schillingsfürst	Generaldirektor, Mitglied der
Hompel	Zentrumspartei
	amerikanischer Botschafter in Berlin
Houghton	Gründer des Alldeutschen Verbandes
Hugenberg Alfred	Schöpfer der Weimarer Verfassung
Hugo	
	führende Persönlichkeit des
Jacob Dr., Geheimrat	Hansabundes
	führender Kommunist
Jäger Hans	Freund Stresemanns, Reichspräsident-
Jarres	Kandidat
	führender Alldeutscher
Jentsch Karl	führendes Mitglied der Zentrumspartei
Joos	Soziologe, Ideologe aus dem Kreis um
Jung Edgar Dr.	von Papen
	Chef der Zentrumspartei
Kaass Dr.	Präsident des Reichslandbundes
Kalckreuth Graf	Geheimrat
Kapp	konservativer Politiker
von Kardoff	sozialistischer Wissenschaftler USPD.
Kautsky Karl	Soziologe
Kehr Eckart	führendes Mitglied des Alldeutschen
Keim, General	Vereins

Keynes John-Maynard	englischer Delegierter an der Friedenskonferenz in Paris 1919
Kirdorf Emil, Geheimrat	Schwerindustrieller
Klein-Haltungen Oskar	politischer Schriftsteller
Koch-Weser Emil	demokratischer Politiker
Koenen	kommunistischer Abgeordneter
Kouzow	Abgeordneter
Kremer Willy Dr.	politischer Schriftsteller
Krupp	Großindustrieller
Kuhlenbeck, Professor	Rassenideologe
Lambach Walter	deutschnationaler Abgeordneter
Lammers Clemens	Aufsichtsrat der IG. Farben
Landsberg	republikanischer Minister
Lassalle Ferdinand	Mitbegründer der Sozialdemokratie
Lakser	Mitarbeiter Bismarcks (Israelite)
Ledebur Georg	Reichstagsmitglied, Führer der unabhängigen Sozialisten
Lederer	sozialistischer Wissenschaftler
Legien	Führer der freien Gewerkschaften
Leipart Theodor	Vorsitzender des allgemeinen Gewerkschaftsbundes
Lestschinsky Jakob	jüdischer Soziologe
Liebknecht Karl	sozialistisches Reichstagsmitglied, Führer der USPD.
Limburg-Stürum, Graf	preußischer Abgeordneter
List Friedrich	deutscher Nationalökonom
Löbe	sozialistischer Abgeordneter der Nationalversammlung
Lothar Werner Dr.	Publizist
Lowe Charles	englischer Bismarck-Biograph
Lueger Karl Dr.	Antisemit
von Lüttwitz	Reichwehrgeneral
Luxemburg Rosa	Reichstags-Abgeordnete USPD.
Man Wilhelm	Literat
Mann Thomas	Schriftsteller
Mannheim	deutscher Soziologe
Marlo Karl	Schriftsteller
Marx Karl	Gründer der Internationale
Marx Wilhelm	vorgeschlagener Reichspräsident

Mastin Rudolf	Regierungsrat
Mayer-Loewenschwerdt Erwin	Biograph
Mayer Gustav	Biograph von Schweitzer
Max von Baden, Prinz	Reichskanzler
Mehring Franz	sozialistischer Historiker
Meißner	Staatssekretär
Millerand Etienne-Alexandre	Präsident der französischen Republik
Miquel Johannes	preußischer Finanzminister
Mirbach-Sorquitten, Graf	ostelbischer Agrarier
von Moellendorf Wichard	Professor
Moeller van den Bruck	führender Konservativer
von Moltke	Generalfeldmarschall
Mommsen Theodor	deutscher Historiker
Müffelmann Leo	leitende Persönlichkeit der wirtschaftlichen Verbände Deutschlands
Müller Hermann	republikanischer Reichskanzler
Münzenberg Willy	kommunistischer Redaktor
Mussolini Benito	Schöpfer des italienischen Faschismus, Duce
Napoleon III.	Kaiser von Frankreich
Naumann Friedrich, Pfarrer	Vorsitzender der Deutschdemokratischen Partei
Neumann Sigmund	deutscher Soziologe
Nobiling Karl Dr.	1878: Attentäter auf den deutschen Kaiser
Nordheim P.	führender Alldeutscher
Papen von	Reichskanzler
Pirmow Hermann	deutscher Historiker
Plaght	österreichischer Offizier
Poincaré Raymond	französischer Ministerpräsident
Pollek Friedrich	Professor
von Puttkamer	preußischer Unterrichtsminister
Radek Karl	russischer Journalist
Rathenau Emil	Großindustrieller
Rathenau Walther	Außenminister
Rauschnig Hermann	Gauleiter von Danzig
Reimer Jos. Ludwig	Vertreter des Pangermanismus
Reisman-Grone	führender Alldeutscher
Richter Eugen	Reichstagsabgeordneter

Rießer	führendes Mitglied des Hansabundes
Röder Adam	Herausgeber konservativer Publikationen
Röhm	Führer der SA., von Hitler ermordet am 30. Juni 1934
Rosenberg Alfred	Reichsminister
Rosenberg Arthur	deutscher Historiker
Rothschild	Bankier
Ruprecht	schlesischer Gutsächter
Salin-Horstmar, Fürst	Präsident des Deutschen Flottenvereins
Sartorius von Waltershausen A.	Wirtschaftstheoretiker
Schacht H. Dr.	Reichsbankpräsident
Scheer Admiral	Mitglied der Deutschen Volkspartei
Scheidemann	Sozialist, Vizepräsident des Reichstages
Schemann Ludwig Dr., Professor	führender Alldeutscher
Scheringer	Reichswehroffizier
Scheunemann Walter	liberaler Akademiker
von Schirach Baldur	Reichsjugendführer
Schlack	Abgeordneter der Zentrumspartei
Schlatt Georg	Publizist
von Schleicher	General, Reichskanzler, von Hitler ermordet am 30. Juni 1934
von Schönerer Georg, Ritter	österreichischer Reichsrat 1842–1921
von Schroeder Kurt, Baron	Bankier
Schultze-Pfäelzer	Verfasser politischer Schriften
Schwaner Wilhelm	Herausgeber des «Volkserzieher»
von Schweitzer J. B.	Nachfolger Lassalles
von Seeckt	Reichswehrgeneral
Seeley J. Robert	englischer Historiker
Seldte Franz	Stahlhelmfabrikant
Severing Carl	preußischer Minister
von Siemens Georg	Führer der Deutschen Bank
Silverberg Dr.	führendes Mitglied des Reichsver- bandes der Industriellen
Sombart Werner	Professor
Sonnenberg von Liebermann	verabschiedeter Offizier, führender Antisemit
Sonnemann Leopold	Gründer der «Frankfurter Zeitung»
Stahl Julius	Israelit

Stampfer Friedrich	Chefredaktor des «Vorwärts»
Stegerwald	führender Zentrums Politiker
von Stein Heinrich	Freiherr 1756–1831
Stennes	SA.-Hauptmann
Stephani	nationalliberaler Abgeordneter
Stillich Oscar Dr.	Verfasser konservativer Schriften
Stöcker Adolf	Hofprediger
Straßer Gregor	führender Nationalsozialist der Opposition
Straßer Otto	führender Nationalsozialist der Opposition
von Strautz Kurd	Regierungsrat
Streicher Julius	Herausgeber des «Stürmer»
Stresemann Gustav	Reichskanzler
Stroußberg	israelitischer Finanzmann
von Sturum, Freiherr	saarländischer Schwerindustrieller
Tarnow Fritz	Vorsitzender des Holzarbeiter- Verbandes
Thälmann Ernst	kommunistischer Reichspräsidenten- Kandidat
Thießen Kirdorf	Schwerindustrieller (Stahl, Eisen)
Tirpitz	Admiral
Tönnies Ferdinand	Professor
Topf Erwin	Publizist
von Treitschke Heinrich	deutscher Historiker 1834–1896
Troeltsch Ernst	Religionssoziologe
Trotzki Leo	Mitarbeiter Lenins, Volkskommissar
Tschitscherin	russischer Außenminister
Tüpke Hermann	Leutnant, Hegelianer, in Berlin anläß- lich der Revolution von 1848 gefallen
Vandervelde	Führer der belgischen Sozialisten
Veit Valentin	deutscher Historiker
Viereck Peter	amerikanischer Schriftsteller, politische Schriften
von Vietinghoff	Freiherr
Virchow Rudolf	Arzt 1821–1902
Volkmann	Major
Wagener Hermann	Mitarbeiter Bismarcks, Parteiblatt- Leiter der Konservativen

Wagner Adolf	erster nationalsozialistischer Abgeordneter
Waldersee, Graf	deutscher Generalstabschef
von Wangenheim, Freiherr	Führer des «Bundes der Landwirte»
Warmbold Dr.	Führende Persönlichkeit bei den IG. Farben
von Warthenburg J.	Graf
Wawrzinek Kurt Dr.	Schriftsteller
Weber Max	Religionssoziologe
von Wedell-Malchow	führender Konservativer
Westarp Graf,	Vorsitzender der Deutschnationalen Partei
Wilhelm I.	deutscher Kaiser
Wilhelm II.	deutscher Kaiser
Willmanns C.	Stadtgerichtsrat
Wilson Woodrow	Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika
Winckelblech Marlo	Professor
Windthorst	Führer der Zentrumspartei
Wirth	Reichskanzler
von Wrangel	Feldmarschall
Zedlitz-Trützschler	Hofmarschall Wilhelms II.
Ziekursch	deutscher Historiker